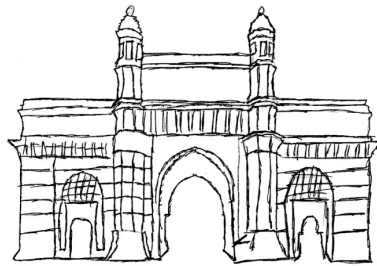


Die britische Debatte über Indiens Unabhängigkeit, 1909 - 1947

Machttransfer oder Kontrollverlust?



Inauguraldissertation
Zur Erlangung des akademischen Grades:
„Doktor der Philosophie“
(Dr. phil.)

Kulturwissenschaftliche Fakultät der Europa-Universität Viadrina
2020

Peter Schwarzer

Erstgutachter: Prof. Dr. Klaus Weber
Zweitgutachter: Prof. Dr. Jürgen Neyer

Die Disputation fand am 22. Januar 2018 statt.

DANK

Der Ursprung dieser Arbeit liegt im Jahr 1997. Mein Ziel war es, nach drei Jahren eine Dissertation einzureichen. Auf meine Frage an einen frisch promovierten Historiker, wie lange die Arbeit an seiner Dissertation gedauert hätte, erhielt ich damals eine Gegenfrage: „Brutto oder Netto?“ Über 20 Jahre später habe ich verstanden, was diese Frage sollte.

Professor Jürgen Heideking, unter dem ich in Köln anglo-amerikanische Geschichte studierte, danke ich, dass er mich damals als Promotionskandidat akzeptierte, obwohl ich nach Abschluss des Magisterstudiums zunächst mehrere Jahre in Singapur war. Er begleitete meine Arbeit bis zu seinem Tod im Jahr 2000. In diese Zeit fiel auch das Promotionsstipendium des Deutschen Historischen Instituts, dem ich ebenfalls meinen Dank ausdrücke. Dieses Stipendium erlaubte mir 1998 einen halbjährlichen Aufenthalt in Großbritannien und die Arbeit in den Archiven, den meine damals schwangere Frau Sabia am anderen Ende der Welt in Singapur unterstützte.

Mein Dank für ihre Hilfe und ihren Ratschlag gilt auch den Mitarbeitern der British Library, der Bibliotheken der Universitäten in Cambridge, Oxford und denen der London School of Economics. Weiter danke ich den Mitarbeitern des britischen Innenministeriums, der India Office Library, des Londoner Zeitungsarchivs, des Archivs der *Times* und des BBC Archivs in Reading. Nicht vergessen möchte ich den *tea ladies* des BBC Archivs, ohne deren *tea and biscuits* meine Arbeit dort nur halb so viel Spaß gemacht hätte. Danke! Ich danke ebenfalls Tony Benn, Vizeadmiral Sir Ian Hogg und Viscountess Christie Simon, die mir freundlicherweise erlaubten, aus den Nachlässen von William Wedgwood Benn, Howell Gwynne und Sir John Simon zu zitieren.

Der erste Entwurf dieser Dissertation wurde noch im Jahr 2000 in Singapur fertiggestellt, überlebte den Umzug in die USA, samt kopierten Quellen und Notizen. In Washington, DC sammelte die erste Rohfassung des Manuskripts nach Professor Heidekings Tod zunächst Staub an - und das Leben passierte. Ich danke den Professoren Marc Frey, Jost Dülffer und Christof Mauch, die damals alle Verbindungen zur Universität in Köln hatten. Ihre heroischen Versuche, mir in dieser Zeit zur Seite zu stehen und die Arbeit voranzutreiben, scheiterten am Zeitmangel meinerseits.

Es bedurfte vieler äußerer Faktoren, um mich wieder meiner Doktorarbeit anzunähern:

Zum einen fand ich mich in einer durch Krankheit aufgezwungenen Auszeit wieder. Des Weiteren bot mir Prof. Jürgen Neyer, der damals mein Nachbar in den USA war, an, zu versuchen, mich als Doktorand bei der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt, vorzuschlagen. Außerdem motivierten mich der Umzug nach Deutschland und erneutes Mutmachen meiner Frau Sabia, es ab 2015 noch einmal zu versuchen. Und so nahm sich Professor Klaus Weber von der Viadrina Universität meiner an und half, aus einem 16 Jahre alten Entwurf eine abgeschlossene Dissertation zu machen. Zu ihrem Gelingen trug auch die geduldige Lektorarbeit von Dr. Frank Stern und Dr. Alexandra Gittermann bei, durch die die Dissertation ihren letzten Schliff mehr als 20 Jahre nach Beginn erhielt. Sollten sich trotz ihrer Arbeit noch Fehler im Text finden, liegt es an meiner Unfähigkeit, ihre hilfreichen Anmerkungen umzusetzen.

Mein Dank vor allem nochmal an meine Frau Sabia, die während dieser Zeit an mich geglaubt hat und gleichzeitig sicherstellte, dass ich den Bezug zur Realität nicht verliere. Dank auch an unsere Kinder Leon, Oscar und Sophia, die mich gerade in der letzten Phase stets ermunterten – und sicherstellten, dass ich nicht abhebe. Sollte einer von ihnen promovieren, werde ich sie an den Unterschied zwischen Brutto und Netto erinnern, bei mir 23 und vier Jahre.

EINLEITUNG	7
Historiographie	11
Öffentliche Meinung und Konsens	22
Der Orient im westlichen Diskurs	26
Quellen	32
I: GROSSBRITANNIENS ANSEHEN	49
1. Die britische Indiendebatte vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und politischer Umbrüche	49
2. Die Indiendebatte in Großbritannien vor dem Hintergrund der britisch-indischen Beziehungen seit 1600	55
3. Staatssekretär John Morleys Kontrolle über das Narrativ	61
a. Die <i>Times</i> , das Indienministerium und Bengalen	61
b. Ein Präzedenzfall für Reformen wird geschaffen	85
Zwischenbilanz	103
II: DAS ENDE DES BRITISCHEN KONSENSES	105
1. Edwin Montagu – Ein ehrgeiziger Unterstaatssekretär	105
a. Großbritannien definiert ein Ziel für seine Herrschaft in Indien	105
b. Der Erste Weltkrieg und die unerwartete indische Loyalität	113
2. Die Montagu-Chelmsford Reformen	123
a. Staatssekretär Montagu positioniert einen Reformvorschlag	123
b. Reformen für Indien – ein großes Experiment	133
c. Prestigeverlust in Indien und Unsicherheit in Großbritannien	161
d. Montagus sinkender Stern	169
Zwischenbilanz	183
III: DIE REFORMEN VON 1935 – EIN JAHRHUNDERTWERK?	185
1. Eine Konsequenz des GIA von 1919 – die Statutory Commission	185
a. Die erste <i>Labour</i> -Regierung versucht sich mit der indischen Frage	185
b. Die Einberufung der Simon-Kommission	197
2. Simon geht nach Indien	211
a. „Ein guter Vorsitzender, aber ein schrecklich schwaches Team“	211
b. Simon stößt auf Widerstand	221
c. Irwins Erklärung – 1917 Redux?	233
d. Nichtkooperation in Indien – der nackte Fakir Gandhi marschiert	253
e. Der Bericht der Simon-Kommission – Bestseller ohne Wirkung	265
3. Gespräche am runden Tisch	279
a. Große Erwartungen	279
b. Die erste Konferenz	287
c. Irwins Pakt mit dem Teufel	297
d. Erneut am Runden Tisch – diesmal mit Gandhi	311

4. Komitees, Ligen und Unionen schnüren das Reformpaket	333
a. Ziviler Ungehorsam – alles beim Alten?	333
b. Die Lösung der kommunalen Frage und die letzte Round-Table-Konferenz	343
c. Der Generalangriff der <i>diehards</i>	353
Zwischenbilanz	415
IV: GROSSBRITANNIENS ABGANG – MISSION ERFÜLLT?	417
1. Eine Verfassung mit Hindernissen	417
a. Die Prinzen und der Kongress zögern	417
b. Vizekönig Linlithgow erklärt für Indien den Krieg	421
2. Der Transfer of Power – eine neue Rolle für die Kolonialmacht	435
a. Cripps, sein Angebot und <i>Quit India</i>	435
b. Simla – Wavells Initiative	461
c. Der zweite Versuch – die Kabinettsmission	471
d. Endlich in die Unabhängigkeit	479
Zwischenbilanz	489
V: ZUSAMMENFASSUNG	491
Die Kontrolle über das Personal	493
Die Kontrolle über die Autoritäten im Diskurs	494
Verbotene Worte	496
Die strukturelle Kontrolle über das Narrativ	499
Die inhaltliche Kontrolle über das Narrativ	501
Der Kontrollverlust	504
Indiens Relevanz für Großbritannien – britisches Problembewusstsein	506
ANHANG	511
Interner Daily Mail-Artikel über die Round Table Conference, April 1931	511
Flugblatt zur Gründung der UBI, 19. Mai 1933	518
Anmeldeformular der India Defence League, 1939	522
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	523
LITERATURVERZEICHNIS	525

[T]he less England knows of India, the better.

Anonymer Beamter des Indienministeriums.¹

Einleitung

Koloniale Unabhängigkeitskämpfe finden an mehreren Fronten statt. Zum einen in der Kolonie, wo sich entsprechende Aktionen gegen die Vertreter der Kolonialmacht richten. Zum anderen im Mutterland, in dem die Leitlinien der Kolonialpolitik festgelegt werden. Zwar können lokale Akteure in der sogenannten Peripherie erheblichen Einfluss auf die Entwicklung des Dekolonisierungsprozesses nehmen. Es ist jedoch die Metropole, die sich nicht nur strategisch und logistisch, sondern auch intellektuell und ideologisch mit den Aspirationen der Peripherie auseinandersetzen muss.

Indien war im britischen Empire insofern ein Sonderfall, als die indischen Freiheitskämpfer ihre Unabhängigkeit – im Gegensatz etwa zu den nordamerikanischen Kolonien oder zu Irland – nicht überwiegend durch Gewalt und Revolution erlangten.² Abgesehen von wenigen Attentaten in London – zu nennen wären hier vor allem die Morde an dem pensionierten Generalleutnant der britisch-indischen Armee, Sir William Curzon-Wyllie, im Jahr 1909, sowie an dem ehemaligen Vizegouverneur des Punjab, Sir John O’Dwyer im Jahr 1940 – war es vor allem die Debatte um die Legitimität der politischen Bestrebungen von indischer Seite, die die Auseinandersetzungen zwischen Indien und Großbritannien prägte. Die Hauptakteure in der Peripherie, Mokandas Gandhi, Jawaharlal Nehru und Mohammad Ali Jinnah zwangen das Königreich durch ihre Forderung nach der Einführung einer parlamentarischen Demokratie nach britischem Vorbild, sich damit auseinanderzusetzen, ob das sogenannte Westminster-Modell³ für Indien geeignet

¹ In W. Lawrence, *The India We Served*, London 1928, 254.

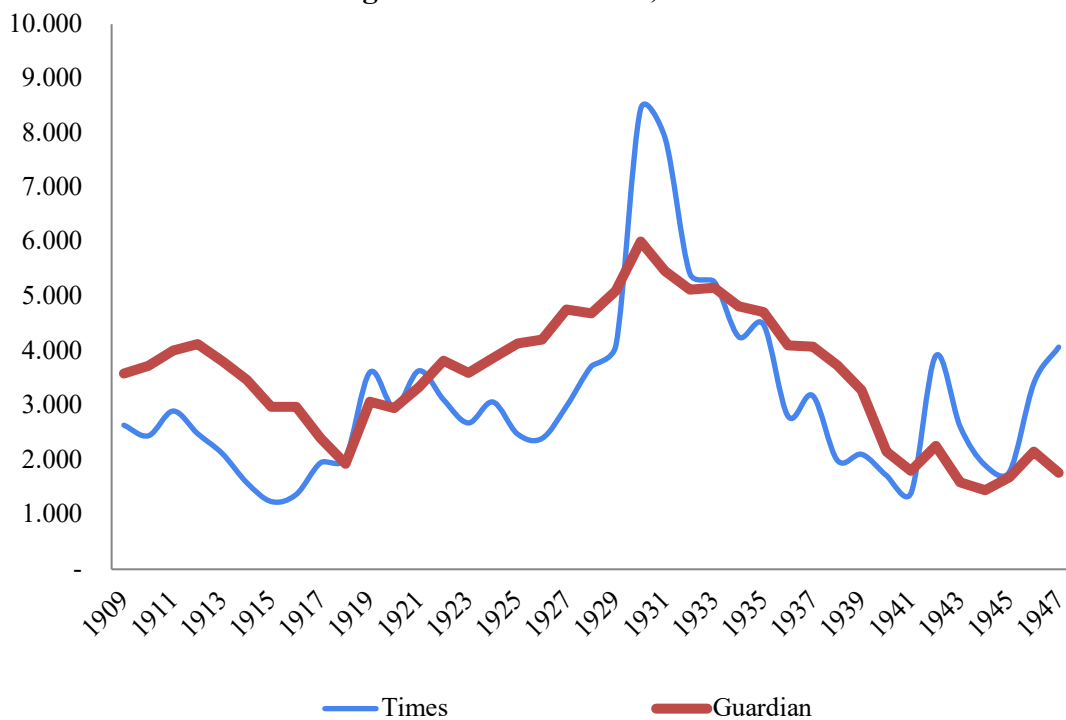
² Mokandas Gandhi und Jawaharlal Nehru wollten das Empire durch friedlichen zivilen Ungehorsam in die Knie zwingen. Dasselbe gilt für Mohammad Ali Jinnah, dessen Strategie darin bestand, sich konstitutioneller Mechanismen zu bedienen. Attentate auf britische Kolonialbeamte blieben die Ausnahme. Die Unruhen in Indien fanden vor allem zwischen indigenen religiösen Gruppen statt.

³ Grob umschrieben, besteht das Westminster-Modell aus einem Staatsoberhaupt (der Monarch), dem Regierungsoberhaupt (der Premierminister), der vom Staatsoberhaupt ernannt wird und von einer parlamentarischen Mehrheit gestützt ist. Die Exekutive besteht aus dem Kabinett, das wiederum von Mitgliedern der Legislative besetzt ist und vom Regierungsoberhaupt angeführt wird. Im Parlament sind Oppositionsparteien vertreten. Eine Regierung kann entweder durch ein Misstrauensvotum oder

wäre, und ob die britische Herrschaft die Kolonie wirklich auf die Selbstregierung vorbereitet hatte.

Im Verlauf dieser Debatte waren die für Indien verantwortlichen Personen und Institutionen im Vereinigten Königreich gezwungen, ihre Entscheidungen und Handlungen vor verschiedenen Interessengruppen in Großbritannien zu legitimieren und zudem die öffentliche Meinung zu berücksichtigen. Nach Ansicht des von 1899 bis 1905 als Vizekönig von Indien amtierenden Lord Curzon war der Subkontinent das *Jewel in the Crown*, das Herzstück des britischen Kolonialreiches.⁴ Aufgrund der großen Bedeutung, die man Indien zumaß, ist zu erwarten, dass diese Debatte großen Widerhall in der britischen Presse hervorrufen musste. Tatsächlich wurde Indien zwischen 1909 und 1947 allein in der *Times* über 122.000 Mal erwähnt, durchschnittlich also mehr als 3.000 Mal pro Jahr. Ähnlich war es beim *Guardian*, der Indien während dieser Periode über 130.000 Mal erwähnte.⁵

Zeitungsartikel über Indien, 1909 - 1947



Dies scheint zu bestätigen, dass Indien ein viel diskutiertes Thema war – bis man diese

Neuwahlen, die jederzeit stattfinden können, abgesetzt werden. Das Westminster-Modell oder -System übernahmen letztlich neben Indien etwa Kanada, Australien, Neuseeland, Singapur und Jamaika.

⁴ R. Chandarvarkar, *Strangers in the Land: India and the British since the Late Nineteenth Century*, in C. Bayly (ed.), *The Raj: India and the British, 1600-1947*, London 1990, 369.

⁵ Basierend auf Suchen im *Palmer's Index* und dem *Official Index to The Times* sowie dem Online Archiv des *Guardian*.

Zahlen im Kontext der Veröffentlichungen zu anderen Ländern betrachtet. Im direkten Vergleich ist etwa festzustellen, dass zwischen 1900 und 1947 erheblich mehr Artikel über Deutschland (237.000) und die USA (200.000) in der *Times* publiziert wurden.⁶ Das erscheint zunächst paradox. Geoff Eley machte in diesem Zusammenhang auf das Spannungsfeld zwischen der Unkenntnis über die Belange des Empire, die in weiten Teilen der britischen Bevölkerung herrschte, und der gleichsam alles durchdringenden Präsenz und Bedeutung desselben aufmerksam.⁷ Vor diesem Hintergrund wird in dieser Arbeit untersucht, ob die folgenden drei Thesen belegt werden können.

Erstens: die öffentliche Debatte über Indiens politische Zukunft, die zwischen 1909 und 1947 in Großbritannien geführt wurde, beschränkte sich im Grunde auf eine relativ kleine Elite, deren Selbstverständnis es war, für Indiens Wohlergehen zu agieren⁸ und fand im Rahmen wachsender Unsicherheit und Selbstzweifel über den Sinn und Zweck der britischen Mission in Indien statt.

Zweitens: mit der Einführung einer an der britischen parlamentarischen Demokratie orientierten Verfassung in Indien verband sich eine Auseinandersetzung mit der Art und Weise, wie Großbritannien selbst regiert wurde und wofür das Empire stand. Die Debatte, die zwischen 1909 und 1947 im Vereinigten Königreich um politische Reformen in Indien geführt wurde, wurde somit gleichermaßen zu einer Debatte um die eigenen Werte und zu einem Vehikel zur Selbstfindung in einer sich rapide ändernden Welt, in der das Königreich einen zunehmenden Verlust von Kontrolle und Einfluss verarbeiten musste. Um den Kontrollverlust in der Realität zu rechtfertigen, musste die Kolonialmacht die Kontrolle über das Narrativ sicherstellen und Kompensationsmechanismen bereitstellen. Die Debatte um Reformen befasste sich nämlich weniger mit einem Machttransfer, so wie es implizit in der ab 1978 von Nicholas Mansergh und Penderel Moon unter dem Titel *Transfer of Power*

⁶ Basierend auf Suchen im *Palmer's Index* und dem *Official Index to The Times*.

⁷ G. Eley, *Beneath the Skin. Or: How to Forget about the Empire without Really Trying*, *JCCH* 3 (1), 2002, 1-17. Andere Autoren heben ebenfalls hervor, dass das Empire oder Indien auf geringes Interesse stießen, so z. B. Jim English, *Empire Day in Britain, 1904-1958*, *HJ* 49 (1), 2006, 247-76 und J.D.B. Miller, *The End of Bombast and Pessimism*, *JCH* 15, 1980, 53-65.

⁸ So wurde es etwa in einer Erklärung Königin Viktorias dargestellt: „It is Our earnest desire to stimulate the peaceful industry of India, to promote works of public utility and improvement, and to administer the government to the benefit of all Our subjects resident therein.“ (zit. nach A. Read & D. Fisher, *The Proudest Day. India's Long Road to Independence*, London 1997, 55). Nicht selten ist eben dieser Anspruch in der historischen Forschung in Vergessenheit geraten oder als zynische Hinhaltestrategie in Verruf geraten. Vgl. etwa Deborah Cherrys Untersuchung darüber, wie das Empire bis ins frühe 20. Jahrhundert in den Statuen des *Trafalgar Square* dargestellt wurde. Gegner der indischen Unabhängigkeit erscheinen hier vorwiegend als anachronistische Reaktionäre, D. Cherry, *Statues in the Square: Hauntings at the Heart of Empire*, *AH* 29 (4), 2006, 660-98).

erschienenen Quellenedition behauptet wurde.⁹ Vielmehr war es eine Debatte darüber, wie britische Kontrolle modifiziert werden musste, um gewisse Aspekte britischer Herrschaft über Indiens Unabhängigkeit hinaus bewahren zu können.

Daran schließt sich die dritte These an, nämlich, dass die Einbindung einer breiteren britischen Öffentlichkeit in die Debatte um Reformen für Indien ohne eine Koppelung an Großbritannien selbst betreffende Belange nicht – oder nur schwer – möglich gewesen wäre. Ohne den Bezug der Debatte auf eine für die britische Öffentlichkeit relevante Ebene wäre das Interesse an Indien nicht in dem Maße geweckt worden, und es hätte eine breitere Beteiligung an dieser Debatte höchstwahrscheinlich nicht stattgefunden.

Die vorliegende Arbeit untersucht, unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln die Einführung von Reformen für Indien in Großbritannien gerechtfertigt werden konnte und welche Art von Reform sich zu welchem Zeitpunkt realistisch in die Debatte einbringen ließ. Ebenso soll dargelegt werden, wie Paradigmenwechsel in der Indienpolitik gerechtfertigt wurden und was dazu beitrug, einen solchen Wechsel vorzunehmen. Mit dieser Erörterung geht die Frage einher, wer sich für oder gegen die entsprechenden Schritte einsetzte, und wie letztlich die Akzeptanz von Indiens Unabhängigkeit möglich gemacht wurde. Die vorliegende Untersuchung wird die einzelnen Argumentationsstränge, Wendepunkte, Gruppierungen und Individuen und deren Motive, sich in die Debatte einzubringen, aufzeigen.

Mit der politischen Emanzipation Indiens setzte während des hier untersuchten Zeitraums eine Entwicklung ein, in deren Verlauf das Empire, dessen Grundlagen im 16. Jahrhundert gelegt worden waren und das 1914 etwa ein Viertel der Landfläche der Erde abdeckte, innerhalb von weniger als vierzig Jahren aufhörte, zu existieren. Dass dieser Prozess mit dem Herzstück des Empires begann, ist bemerkenswert, denn Großbritannien war dadurch von Anfang der Dekolonisierung an gezwungen, Wege und Mittel zu finden, signifikante Umwälzungen ideologisch zu bewältigen. Das Vereinigte Königreich wurde nicht langsam an diese Entwicklungen herangeführt, indem es zunächst durch einen Regierungstransfer in weniger bedeutenden Kolonien eine „Testphase“ durchlaufen konnte. Vielmehr schufen gerade die Unabhängigkeit

⁹ N. Mansergh & P. Moon (eds.), *Constitutional Relations between Britain and India: The Transfer of Power 1942-1947*, 12 Bde., London 1978-82. Im Folgenden zitiert als TOP.

Indiens und die darüber in Großbritannien geführte Debatte einen Präzedenzfall für ähnliche Entwicklungen in Asien und Afrika im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts. Das gibt diesem Fall eine besondere Bedeutung.

Historiographie

Der Prozess der politischen Emanzipation Indiens und seine Verarbeitung in der britischen Öffentlichkeit ist immer noch ein weißer Fleck in der Historiographie über das britische Empire. Robin Moore,¹⁰ Nicholas Mansergh,¹¹ Lawrence James,¹² Patrick French,¹³ S.M. Burke und Salim Al-Din Quraishi¹⁴ sowie Anthony Read und David Fisher¹⁵ verfassten umfangreiche Werke zu Indien, und zahlreiche weitere Veröffentlichungen haben erheblich zum Verständnis der Bedeutung Indiens für die britische politische Philosophie und Kultur beigetragen.¹⁶ Auf deutscher Seite sind vor allem Dietmar Rothermund und Hermann Kulke mit ihrer Geschichte Indiens zu nennen.¹⁷ Ein neuerer deutscher Beitrag stammt von Michael Mann, dessen Arbeit mit dem Beginn der Kolonialphase ansetzt und Indien als Nationalstaat bewusst aus der Region Südasien hervorhebt.¹⁸ Eine der ersten einflussreichen Veröffentlichungen über den sogenannten Machttransfer war V.P. Menons *The Transfer of Power in India*.¹⁹ Menon diente als Berater für die letzten drei Vizekönige und war der ranghöchste indische Kolonialbeamte in Indien. Diese Nähe zur Kolonialmacht spiegelte sich nicht zuletzt auch in seinem wohl bekanntesten Werk wider. Er schrieb:

It was during the first World War, in 1917, that the goal of British policy was for the first time authoritatively defined. It was after the conclusion of the second World War that Britain decided to hand over power to Indian hands and to withdraw. This was indeed Britain's finest hour.²⁰

¹⁰ Hier vor allem Churchill, *Cripps and India*, Oxford 1979 und *Escape from Empire: The Attlee Government and the Indian Problem*, New York 1983.

¹¹ Siehe Fußnote 9; der Historiker wurde 1967 von der britischen Regierung damit beauftragt, relevante Dokumente des Indienministeriums über den Machttransfer (Transfer of Power) in den 1940er Jahren zusammenzutragen. Diese sogenannten TOP Dokumente sind jeweils mit ausgezeichneten Einleitungen zum historischen Hintergrund der einzelnen Quellen versehen.

¹² L. James, *Raj: The Making and Unmaking of British India*, London 1997.

¹³ P. French, *Liberty or Death. India's Journey to Independence and Division*, London 1997.

¹⁴ S.M. Burke & S. A. Quraishi, *The British Raj in India. An Historical Review*, Oxford 1995.

¹⁵ A. Read & D. Fisher, *The Proudest Day. India's Long Road to Independence*, London 1997.

¹⁶ Vgl. hierzu etwa die Dissertation von D.K. Cody, *British Attitudes towards India: A Selection of Documents*, Columbia 1970 oder auch A.S. Thompson, *The Language of Imperialism and the Meanings of Empire: Imperial Discourse in the British Politics, 1895-1914*, *JBS* 36, 1997, 147-77.

¹⁷ H. Kulke & D. Rothermund, *A History of India*, Florence, 2016.

¹⁸ M. Mann, *Geschichte Indiens. Vom 18. bis zum 21. Jahrhundert*, Paderborn 2005.

¹⁹ V.P. Menon, *The Transfer of Power in India*, Princeton 1957.

²⁰ *Ibid.*, 1.

Wie weiter unten beschrieben wird, verlief der Machttransfer bei weitem komplizierter und ging eben nicht nur von zwei Entscheidungen der britischen Kolonialmacht aus. Aus verfassungshistorischer Sicht ist Menons Beitrag erheblich. Über die Jahre wurde seine Arbeit mit neueren Erkenntnissen von anderen Forschern weitergeführt. Es sind diese Werke, die vor allem in die vorliegende Arbeit eingeflossen sind.

John MacKenzie untersuchte, inwiefern das Empire im Allgemeinen und Indien im Besonderen im britischen Alltag in Form von Kolonialprodukten, in der Werbegrafik (z. B. Abbildungen auf Streichholzpackungen) und dergleichen präsent war. Gleichzeitig legte er dar, wie sich militärische Ereignisse an der kolonialen Peripherie in den Liedern der sogenannten *Music Halls* in der Metropole niederschlugen und zum Aufkommen des Jingoismus²¹ im späten 19. Jahrhundert beitrugen. Ein wichtiges Ergebnis seiner Forschung ist, dass der Erste Weltkrieg keineswegs zu einem Ende des Populärimperialismus führte, sondern ihn vielmehr modifizierte. In seiner neuen Form war er weniger aggressiv, blieb aber wichtig für das britische Selbstverständnis.²² Angesichts von MacKenzies Arbeit muss Bloms Behauptung, das Empire hätte um 1900 kaum Resonanz in der britischen Kultur gefunden, mit Vorsicht betrachtet werden. Institutionen wie Schulen, das Militär und auch die Kirchen propagierten klassenübergreifend die imperiale Einheit und die Überlegenheit der britischen Rasse propagierten.²³ Kelly Boyd und Avril M.C. Maddrell wiederum untersuchten, wie das Empire im Schulunterricht dargestellt wurde und welchen Einfluss Kinderzeitschriften, die das Empire thematisierten, auf Generationen von britischen Jugendlichen ausübten.²⁴

²¹ Ein Ausdruck für extremen Nationalismus, dessen Ursprung auf ein im späten 19. Jahrhundert populäres Lied zurückging mit dem Refrain:

„We don't want to fight but by Jingo if we do,
We've got the ships, we've got the men, we've got the money too,
We've fought the Bear before, and while we're Britons true,
The Russians shall not have Constantinople.”

²² J. MacKenzie, *Imperialism and Popular Culture*, Manchester 1986. Ders., *Propaganda and Empire*, Manchester 1986; A. Bosco, *The Round Table Movement and the Fall of the 'Second' British Empire* (1909-1919), Cambridge 2017, 204 f.

²³ P. Blom, *The Vertigo Years. Europe, 1900–1914*, New York 2008, 111.

²⁴ K. Boyd, Exemplars and Ingrates: Imperialism and the Boys' Story Paper, 1880-1930, *HR* 67 (163), 1994, 143-55. A.M.C. Maddrell, Empire, Emigration and School Geography: Changing Discourses of Imperial Citizenship, 1880-1925, *JHG* 22 (4), 1996, 373-87. Erst 1900 wurde das Fach Geschichte Pflicht in britischen Schulen. Davor wurde es lediglich an 25% der Schulen gelehrt, wobei 75% bereits Geographie in den Lehrplan aufgenommen hatten. Anhand der *Boys' Story Papers* lassen sich drei Phasen in der pädagogischen Herangehensweise an das Empire bzw. an die weißen *Dominions* ausmachen. Während die Viktorianer den Ruhm des Empires priesen und der Ruf nach (richtigen) Männern wiederhallte, die für das Empire neue Länder akquirierten, wurden für die Edwardianer die weißen *Dominions* zu Orten, an denen sich die mittlerweile dekadent gewordenen und degenerierten

T.R. Metcalf befasste sich ebenfalls mit der britischen öffentlichen Meinung zu Indien. Dabei konzentrierte er sich vor allem auf Indienbilder in Großbritannien und weniger darauf, wie Reformen in der britischen Öffentlichkeit aufgenommen wurden.²⁵ Diesem Schwerpunkt entsprechend deckt er einige Ereignisse des Reformprozesses im Epilog seines Buches auf weniger als zwanzig Seiten ab. Metcalf geht allerdings nicht auf die intensiven Debatten der späten 1920er Jahre über die Simon-Kommission, die *Round Table Conference* der frühen 1930er Jahre und die daraus resultierenden Reformen von 1935 ein, die in dieser Arbeit ausführlich behandelt werden. Suhash Chakravartys perzeptionsgeschichtliche Untersuchung, in der er besonderes Augenmerk auf die Stellung des *Indian Civil Service* (ICS) und seiner Beamten legte, hat ihrerseits einen wichtigen Beitrag über die Briten in Indien geliefert.²⁶ Der massive Verwaltungsapparat des britischen Kolonialreichs über Indien hinaus hatte Auswirkungen auf Großbritannien, wie Catherine Hall aufzeigt. Wie weiter unten beschrieben wird, gibt es durchaus Parallelen zwischen der Rolle der britischen Kolonialbeamten in Jamaika und ihrer Kollegen in Indien. Catherine Hall beschreibt, wie Kolonialbeamte während des Diskursverlaufs zunehmend ihre Autoritätsposition verloren. Grund war, dass ihre Auffassungen mit der Zeit in Großbritannien als eindimensional und angeblich nicht mehr zeitgemäß empfunden wurden.²⁷

M.K. Bookers Konzept der Rollen für die Kolonialmacht und die kolonisierten Völker ist auch für die vorliegende Arbeit bedeutsam. Seine Analyse zeigt, wie das *Raj* in der britischen Literatur als Idealwelt inszeniert wurde, in der den Akteuren in Britisch Indien bestimmte Rollen zugewiesen waren.²⁸ Die Rolle der kolonisierten Völker war dabei meist die von dankbaren Kindern, die zivilisiert werden mussten.²⁹ Die Völker des „Orients“ wurden zu einem „irrationalen, psychologisch schwachen

Engländer – so habe es der Burenkrieg gezeigt – erneut Charakter aneignen könnten. Zwischen den beiden Weltkriegen kreiste die Thematik vorwiegend um die neue Stellung der *Dominions*. Zeitgenössische Beobachter fürchteten, dass das neue Selbstbewusstsein derselben dazu beitragen würde, deren Integration in das Empire zu erschweren.

²⁵ T.R. Metcalf, *Ideologies of the Raj*, Cambridge 1994.

²⁶ S. Chakravarty, *The Raj Syndrom: A Study in Imperial Perceptions*, Neu-Delhi 1989.

²⁷ C. Hall, *Civilising Subjects: Metropole and Colony in the English Imagination 1830 - 1867*, Cambridge 2002.

²⁸ M.K. Booker, *Colonial Power, Colonial Texts. India in the Modern British Novel*, Ann Arbor 1997, 77; R. Ahuja, *The Bridge-Builders: Some Notes on Railways, Pilgrimage and the British Civilizing Mission in Colonial India*, in H. Fischer-Tiné & M. Mann (eds.), *Colonialism as Civilizing Mission: Cultural Ideology in British India*, London 2004, 113.

²⁹ *Ibid.*, 100ff.

und femininen nicht-europäischen Anderen“ stilisiert, im Gegensatz zum „rationalen, psychologisch starken und maskulinen Westen“.³⁰ Wie das *Times*-Zitat zu Beginn des ersten Kapitels zeigt, war das Konzept des „nicht-europäischen Anderen“ während des hier untersuchten Zeitraumes in Großbritannien fest etabliert. Die Auffassung, dass östliches Denken sich jeder (westlichen) Logik entziehe, wurde nicht nur in diesem *Times*-Artikel von 1907 diskutiert, sondern lässt sich auch in den Äußerungen einflussreicher Kolonialbeamter wie Sir Alfred Lyall oder Lord Cromer und vielen anderen Materialien nachweisen. Auf den „westlichen Orientalismus“³¹, der dem zugrunde liegt, soll weiter unten näher eingegangen werden.

Metcalf, Chakravarty und Booker untersuchten Einzelaspekte des britischen Diskurses über Indien, während sie den britischen Umgang mit den indischen Unabhängigkeitsbestrebungen wenig oder gar nicht thematisierten. Was noch immer fehlt, ist eine Untersuchung darüber, wie der gesamte Prozess der politischen Emanzipation Indiens vom frühen 20. Jahrhundert bis zur Unabhängigkeit im Jahr 1947 öffentlich diskutiert wurde. Es ist weiterhin unklar, ob und wie politische Reformen vor der britischen Öffentlichkeit gerechtfertigt werden mussten. Die öffentliche Debatte blieb bisher weitgehend unbeachtet oder stellte bestenfalls einen Nebenaspekt wichtiger Forschungsarbeiten dar, wie etwa Carl Bridges Untersuchung zum *Government of India Act* von 1935.³² Und das, obwohl John Darwin bereits 1991 mahnte, dass es äußerst lohnend wäre, eine Untersuchung zur Darstellung kolonialer und imperialer Themen in der Tagespresse und im Radio durchzuführen.³³ Sein Aufruf verhallte jedoch weitgehend ungehört, so dass sich ähnliche Appelle auch noch in der monumentalen *Oxford History of the British Empire* wiederfinden.³⁴

John S. Davids Dissertation über die *Times* und den von ihr ausgeübten Einfluss auf die öffentliche Meinung in Bezug auf Indien ist eine der wenigen Ausnahmen. Diese Arbeit liegt aber bereits mehrere Jahrzehnte zurück und untersucht nur einen Zeitabschnitt von drei Jahren.³⁵ Eine weitere Ausnahme ist Khursheed K.

³⁰ E. Said, *Orientalism*, London 1978, 66f.

³¹ *Ibid.*, 38.

³² C. Bridge, *Holding India to the Empire. The British Conservative Party and the 1935 Constitution*, London 1986. Bridge erwähnt an einigen Stellen, wie Mitglieder der Partei Einfluss auf die öffentliche Meinung auszuüben versuchten und wie die britische Öffentlichkeit darauf reagierte. Mehr dazu in Kapitel 3.

³³ J. Darwin, *The End of Empire. The Historical Debate*, Oxford 1991, 12.

³⁴ Etwa im Beitrag von R.J. Moore, *India in the 1940s*, in R.W. Winks (ed.), *The Oxford History of the British Empire*, V, *Historiography*, Oxford 1999, 236.

³⁵ J.S. Davids, *The Times, London, and its Influence on British Public Opinion and Government Policy*

Aziz' Buch über Großbritannien und das muslimische Indien,³⁶ das allerdings eine Engführung auf britisches Fehlverhalten gegenüber den indischen Muslimen aufweist. Kusoom Vadgamas *India* wiederum ist ein nützliches Nachschlagewerk.³⁷ Von ihr werden die meisten Gruppierungen, Assoziationen und Einzelpersonen, die sich in Großbritannien und Indien für oder gegen indische Emanzipation stark gemacht hatten, benannt. Die dort edierten Reden und Pamphlete geben Einblick in die zeitgenössische Diskussion und gleichzeitig Auskunft darüber, mit welchen Formen von Veröffentlichung die verschiedenen Interessengruppen arbeiteten.

David Lillys Dissertation untersucht die Berichterstattung von achtzehn britischen Zeitungen über Indien zwischen 1919 und 1935.³⁸ Sein Befund, es gäbe einen parteiübergreifenden Konsens zu Indien, ist nur insofern korrekt, als dass dieser Konsens zwar ein Postulat britischer Indienpolitik, in der Praxis jedoch schwer zu erreichen war. Wie weiter unten ausführlicher beschrieben wird, waren wichtige Elemente eines solchen Konsenses bereits 1917 erodiert, also vor der Periode, die er untersucht. Ferner behauptet Lilly, dass die wirtschaftlichen Vorteile, die Großbritannien aus seiner Herrschaft in Indien zog, im Mutterland nicht thematisiert wurden. Dies trifft gerade für die Zeit der Weltwirtschaftskrise nur bedingt zu. Außerdem wurde 1917 die *Indo-British Association* gegründet, die sich ausdrücklich für britische Wirtschaftsinteressen einsetzte und deren Mitglieder bis in die 1930er Jahre aktiv an der Debatte beteiligt blieben. Weiterhin ist Lillys Aussage, dass Indien „das dominante Thema zwischen den beiden Weltkriegen“ gewesen sei,³⁹ kaum zutreffend. Um dies zu widerlegen, reicht ein einfacher Rückgriff auf die bereits erwähnte quantitative Analyse des *Palmer Index*, die in der folgenden Grafik

towards India (April 1926 - November 1929), Oxford 1966.

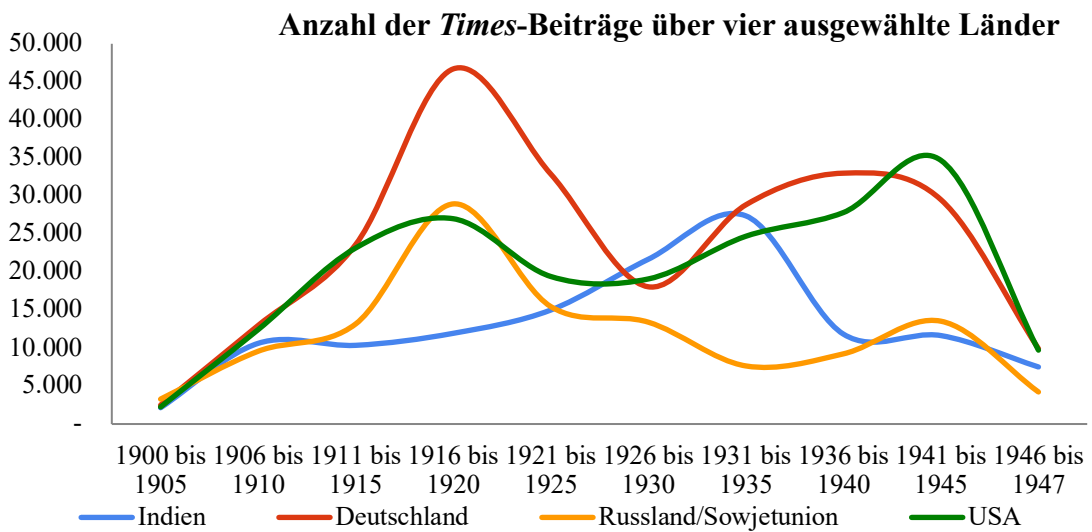
³⁶ K.K. Aziz, *Britain and Muslim India. A Study of British Public Opinion vis-à-vis the Development of Muslim Nationalism in India, 1857-1947*, London 1963.

³⁷ K. Vadgama, *India, British-Indian Campaigns in Britain for Indian Reforms, Justice and Freedom, 1831-1947*, London 1997. Auffallend ist die Zuordnung der *Indo-British Association* zu den Reformbefürwortern.

³⁸ D. Lilly, *Imperial Consensus: The English Press and India, 1919-1935*, Baton Rouge 2012 (https://digitalcommons.lsu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=3404&context=gradschool_dissertations).

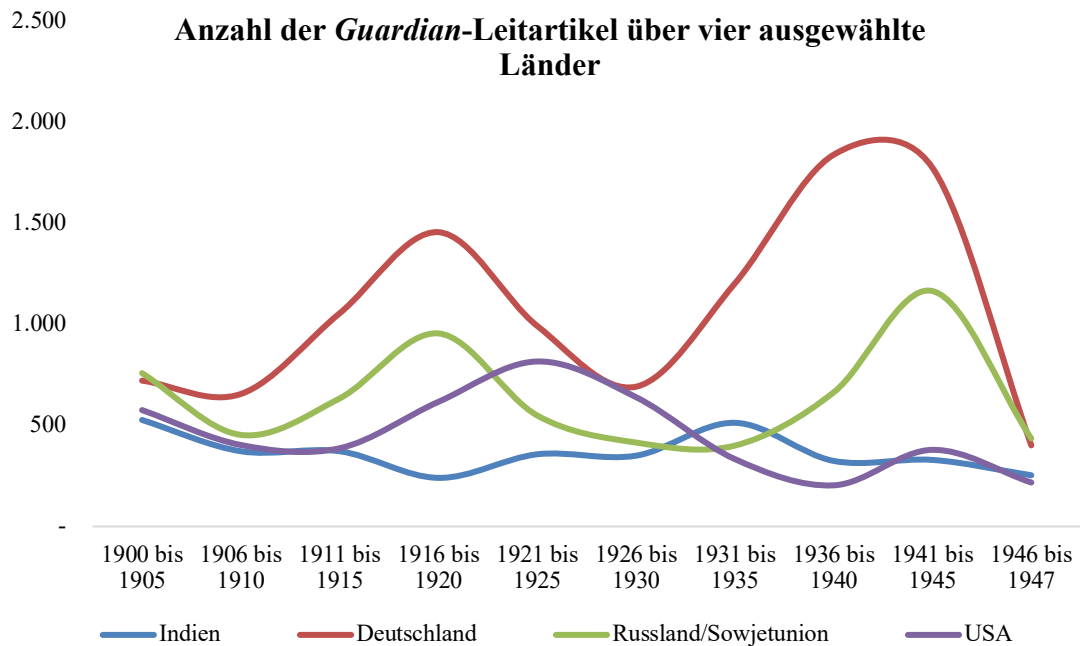
³⁹ *Ibid.*, 1

veranschaulicht werden soll:⁴⁰



Im Vergleich war Indien lediglich in den frühen 1930er Jahren ein „dominantes“ Thema, vor allem aufgrund der *Round Table Conference* und den daraus resultierenden Reformen. Die vorliegende Arbeit wird aufzeigen, dass die intensivere Berichterstattung dieses Zeitraumes weniger ein gesteigertes Interesse an Indien belegt, sondern eher den Wunsch nach Orientierung während einer innenpolitisch stürmischen Zeit, für die Indien lediglich eine Bühne bildete. Kaum waren die Reformen von 1909, 1919 und 1935 jedoch verabschiedet und damit die innenpolitischen Probleme beseitigt, nahm die Berichterstattung rapide ab. Eine einfache Stichwortsuche nach Leitartikeln über Indien im *Guardian* zeigt ähnliche Tendenzen auf. Im Vergleich zu Deutschland, Russland bzw. der Sowjetunion sowie den USA zeigten die Redakteure des *Guardian* relativ wenig Interesse an der Kolonie. Deutschland wird in Leitartikeln zwischen 1900 und 1947 fast 11.000 Mal erwähnt, Russland, später die Sowjetunion über 6.400 Mal, die USA knapp 4.600, Indien dagegen nur gut 3.600 Mal, wie die folgende Grafik belegt:

⁴⁰ *Palmer's Index* und *Official Index to The Times*. Wichtig ist festzuhalten, dass der *Palmer's Index* methodisch anders vorgeht als der *Official Index*, was die recht niedrige Anzahl von Artikeln über Indien zwischen 1900 und 1905 erklären mag.



Ähnlich wie in der *Times* wurde Indien lediglich in den frühen 1930er Jahren zu einem wichtigen Thema in den Leitartikeln des *Guardian*. Aber selbst während dieser Zeit wurde Deutschland noch mehr Aufmerksamkeit zuteil. Zeitgenossen wiesen auch darauf hin, wie selbst die britische Elite sich Indien gegenüber oft indifferent zeigte. Der *Guardian* war eine der Zeitungen, die sich nicht scheute, diesen Punkt regelmäßig anzusprechen:

Parliament is notoriously indifferent to India, and the problems of Indian government are so vast that no man in his senses would ever look to the English people for a lead on them.⁴¹

Selbst wichtige Politiker der Zeit sahen sich oft der Kritik des *Guardian* ausgesetzt. Joseph Chamberlain etwa, einem konservativen Politiker, Kolonialminister in den 1890ern und einem der führenden Befürworter der imperialistischen Politik, warf der *Guardian* vor, Indien als Bestandteil des Empire komplett ignoriert zu haben.⁴²

Dennoch haben Historiker verstärkt begonnen, die Indiendebatte in der britischen Presse näher zu betrachten. Chandrika Kaul hat seit den frühen 1990er Jahren die Rolle der britischen Presse in der öffentlichen Debatte über Indien untersucht und dabei dargelegt, wie gerade unter Staatssekretär Edward Montagu das Indienministerium seine Pressearbeit ausbaute und damit den Grundstein für das Vorgehen seiner Nachfolger legte. Aber auch sie kritisiert, dass Indien in den

⁴¹ *The Guardian*, 21. Juli 1906.

⁴² *Ibid.*, 20. Februar 1907.

Untersuchungen über die britische Presse noch immer zu wenig als eigenständiger Forschungsgegenstand wahrgenommen wird.⁴³ Neil Flemings Aufsatz über die *Times* und ihr Beitrag in der Debatte, die politischen Entwicklungen in Indien in einem neu formulierten historischen Kontext zu beschreiben, beleuchtet detailliert die Rolle der Zeitung von 1911 bis 1947.⁴⁴ Es ist eine der wenigen Arbeiten, die einen längeren Zeitraum betrachtet. Wie bei Lilly entsteht hier der Eindruck, Indien sei ein sehr dominantes Thema gewesen, weil es nicht mit der Thematisierung anderer Länder kontextualisiert wird. Der ausschließliche Fokus auf die *Times* ignoriert weiterhin den nicht unerheblichen Einfluss des *Guardian* auf eben diese Debatte.

Weitere Veröffentlichungen zur britischen Debatte über Indiens Unabhängigkeit bleiben entweder auf die Kabinetts- bzw. Ministerialebene beschränkt oder – wenn die britische Öffentlichkeit miteinbezogen wird – auf isolierte Einzelgeschehnisse, wobei die Darstellungen sich weitgehend auf die Ilbert-Gesetzgebung von 1883 unter Vizekönig Ripon,⁴⁵ das Amritsar-Massaker von 1919⁴⁶ und auf Gandhis Hungerstreiks während der 1930er Jahre⁴⁷ beschränken. Es ist erstaunlich, dass Kaul ihre oben erwähnte Analyse der britischen Presse und deren Umgang mit dem Amritsar-Massaker erst 2003 durchführte, da andere Historiker bereits in den frühen 1980er Jahren Amritsar als das Ereignis beschrieben, mit dem das Ende des Empires eingeläutet wurde.⁴⁸ Wie T. Pratts und J. Vernons Aufsatz zu Gandhis Hungerstreiks deutlich macht, waren die Autoren auch noch 2005 gezwungen, auf Milton Israel⁴⁹ und Chandrika Kaul⁵⁰ zu verweisen.

Andere Forschungen untersuchen die Debatte um Indiens Unabhängigkeit nur

⁴³ C. Kaul, England and India: The Ilbert Bill 1883: A Case Study of Metropolitan Press, *IESHR* 30 (4), 1993, 413-36; A New Angle of Vision: The London Press, Governmental Information Management and the Indian Empire, 1900–1922, *CR* (8), 1994, 213-41; *Reporting the Raj. The British Press and India, c. 1880-1922*, Manchester 2003.

⁴⁴ N.C. Fleming, The Press, Empire and Historical Time, *MH* 16:2, 2010, 183 – 198.

⁴⁵ Vizekönig Ripon legte einen Gesetzentwurf vor, der indischen Richtern Jurisdiktion über britische Staatsbürger auf der Distriktebene geben sollte. E. Hirschmann, The Ilbert Bill Agitation: A Struggle for Public Opinion, *QRHS* 18 (1), 1978-79, 7-18; Kaul (1993).

⁴⁶ 1919 feuerten indische Truppen im Punjab unter dem Kommando des britischen Generals Reginald Dyer auf eine Versammlung. Es gab Hunderte von Toten und Verletzten. A. Draper, *Echoes of War. The Amritsar Massacre. Twilight of the Raj*, London, 1993; G. Oddie, Some British Attitudes towards Reform and Repression in India, 1917-1920, *AJPH* 19 (2), 1973, 224-40; K.A. Wagner, *Amritsar 1919. An Empire of Fear and the Making of a Massacre*, New Haven/London 2019.

⁴⁷ T. Pratt & J. Vernon, “Appeal from this fiery bed ...”: The Colonial Politics of Gandhi’s Fasts and their Metropolitan Reception, *JBS* 44, 2005, 92–114.

⁴⁸ A. Draper, *Amritsar: The Massacre that Ended the Raj*, London 1981.

⁴⁹ M. Israel, *Communications and Power: Propaganda and the Press in the Indian Freedom Struggle, 1920-1947*, Cambridge 1994.

⁵⁰ Kaul (1993).

als Teilaspekt, da ihr Fokus eigentlich auf einen anderen Bereich gerichtet ist. Als Beispiel mögen hier Christian Koller und seine Betrachtungen zum Einsatz von Kolonialtruppen in Europa dienen.⁵¹ So wichtig diese Momentaufnahmen auch sind, so werden die Langzeitaspekte der Debatte doch ignoriert. Problematisch bei der Auswahl der in diesem Zusammenhang untersuchten Ereignisse ist, dass diese nicht repräsentativ sind und gegebenenfalls den Eindruck einer anhaltenden angeregten Indiendebatte in Großbritannien hinterlassen, die es in dieser Form nicht gab.

Es gibt also keine zusammenhängende Untersuchung der öffentlichen britischen Debatte über Indiens Unabhängigkeit, die sich konsequent mit der Frage auseinandersetzt, wie die die Reformen in Indien seit dem frühen 20. Jahrhundert in den öffentlichen Diskurs in Großbritannien eingeführt und wie diese gerade auch im Hinblick auf das Selbstverständnis als Kolonialmacht gerechtfertigt wurden. Die vorliegende Untersuchung strebt an, diese Lücke zu füllen. Sie umfasst einen längeren Zeitraum als die meisten der oben erwähnten Publikationen und untersucht die britischen Debatten über Indien von den Reformen von 1909, mit denen die Kolonialmacht zum ersten Mal das Prinzip von Wahlen in Indien einführt, bis hin zur Unabhängigkeit im Jahr 1947. Sie verfolgt somit den britischen Diskurs über Indiens Unabhängigkeit über rund vierzig Jahre hinweg und ordnet einzelne Ereignisse und Personen, die bisher nur ansatzweise in diesem Kontext betrachtet worden sind, in diesen Diskurs ein. Das britische Selbstverständnis als koloniale Kontrollinstanz in Indien tritt dabei deutlich zutage, ebenso wie die Bemühungen der jeweiligen Staatssekretäre, das Narrativ über den Reformprozess bestmöglich zu kontrollieren.

In der Historiographie scheint weitgehende Einigkeit darüber zu herrschen, dass der Diskurs über eine notwendige Modernisierung des britischen Empire im Wesentlichen auf „Milners Kindergarten“ zurückzuverfolgen ist. Lord Milner scharte als Gouverneur von Transvaal (1901-1905) eine Reihe begabter junger Männer um sich, die wie er das Empire fördern wollten. Nach dem verlustreichen Burenkrieg (1899-1902) und dem Ende der viktorianischen Ära wurde von verschiedenen Seiten eine verstärkte Hinwendung zu den Belangen des Empire gefordert. In seiner 1902 veröffentlichten Studie *Imperialism* prangerte etwa J.A. Hobson an, dass das Empire lediglich als Investitionsfeld des britischen Kapitalismus diene.

⁵¹C. Koller, „*Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt*“. *Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914-1930)*, Stuttgart 2001.

Milner und sein „Kindergarten“ wollten die Zukunft des Empires durch dessen Modernisierung sichern. Milner selbst hatte wenig Interesse an einem expandierenden Empire.⁵² Aber eine Transformation sollte die britische Führung des Empire in eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Großbritannien, Australien, Kanada und Neuseeland umwandeln.⁵³ Die Ideen seines Kindergarten basierten auf dem Konzept eines aus sich selbst wachsenden und stärker werdenden — *organic growth* — Empire, das durch die Überlegenheit der weißen Rasse auch Verantwortung für die nicht-europäischen Völker hatte.⁵⁴ Das Konzept des organischen Wachstums geht zurück auf die Mitte des 19. Jahrhunderts, als in Großbritannien über eine föderale Struktur des Empire nachgedacht wurde, um dessen Verteidigungsfähigkeit zu verbessern. Dabei sollten sogenannte „organische Gesetze“ den „echten britischen Provinzen“ zu einer wirklichen politischen Repräsentation verhelfen.⁵⁵

Ein Mitglied von Milners Kindergarten war Lionel Curtis, der 1912 seine Arbeit als Historiker in Oxford aufnahm und der von William R. Louis als Begründer der Empire-Historiographie bezeichnet wird.⁵⁶ Milner gründete 1909 das einflussreiche Journal *The Round Table*⁵⁷, das mit finanzieller Förderung von Cecil Rhodes als ein Printmedium für die britischen Eliten den Kampf für Empirereformen aufnahm. Curtis, dem Zeitgenossen eine quasi religiöse Verehrung des Empire nachsagten, und sein jüngerer Kollege Reginald Coupland, der zwischen den beiden Weltkriegen in Oxford unterrichtete, waren Idealisten⁵⁸, die das Empire in ein organisch sich entwickelndes *Commonwealth* umwandeln wollten. Politische Reformbestrebungen und nationalistische Tendenzen in den britischen *Dominions* und Kolonien sollten innerhalb des konstitutionellen Rahmens des Empire in konstruktive Bahnen gelenkt werden. Dabei kam es innerhalb des *Round Table* schnell zu Spannungen zwischen Lionel Curtis und Philip Kerr (ab 1930 Lord Lothian). Während Curtis glaubte, das Empire durch organische Einheit in Form einer direkt gewählten,

⁵² Bosco (2017:98).

⁵³ Ibid., 4.

⁵⁴ Ibid., 3.

⁵⁵ Ibid., 63, f. Andrea Bosco fasst die Debatte zusammen und zitiert „Our Colonial Empire,“ *Westminster Review*, 58, 114, (1852): 214 – 34 und „Our Australian Possessions,“ *London Quarterly Review*, 1, (1853): 517-57. Die „echten britischen Provinzen“ schlossen die West Indischen Inseln aus, sowie Mauritius, Indien, Cylon, Gibraltar und St. Helena.

⁵⁶ *OHBE*, V, 14.

⁵⁷ Erstmals veröffentlicht 1909 gab es bis 1914 rund 3.000 Abonnements, zwei Drittel davon von Lesern aus dem Empire. Bis 1918 stieg die Zahl der Abonnements auf über 10.000. Bosco (2017:9;177).

⁵⁸ Ibid., 10.

zentralen souveränen Autorität gesichert sah, zweifelte Kerr an der technischen Umsetzbarkeit.⁵⁹ Zwar verfehlte die *Round Table* Bewegung es, ein föderales Empire zu schaffen. Diverse Mitglieder, u.a. Curtis, Kerr und Coupland wurden jedoch zu Verfechtern einer relativ progressiven Indienpolitik, um das *Raj* im *Commonwealth* zu halten.⁶⁰

Neben Curtis und Coupland hatte Edward J. Thompson erheblichen Einfluss auf die Debatte um ein organisch wachsendes Empire. Thompson war 1923 nach langjähriger Missionstätigkeit aus Indien zurückgekehrt und lebte fortan als Lektor für Bengali in Oxford. Als persönlicher Freund Gandhis verfolgte er den Reformprozess in Indien kritisch.⁶¹ Thompson ist insofern von Interesse, als er über die Jahre unterschiedliche Meinungen vertrat, und offenbar damit rang, dass Großbritannien Indien nicht auf immer beherrschen, seine Kolonie jedoch aus Pflichtbewusstsein nicht sich selbst überlassen könnte. Damit vertrat er gewissermaßen das gesamte Spannungsfeld zwischen den hier darzustellenden Positionen.⁶²

Die der *Labour*-Partei nahestehende *Fabian Society* argumentierte, dass die britische Kolonialherrschaft in eine Treuhandschaft umgewandelt werden sollte. Nicht weit entfernt vom *Round Table* wollten die Fabianisten die kolonisierten Völker eine Demokratie lehren, die in Form von kleineren Westminster-Modellen den Globus erobern würde.⁶³ Die örtlichen Kolonialverwaltungen sollten dazu übergehen, aus den Reihen der Kolonialisierten ihr Personal zu rekrutieren, um sie zunehmend in das politische und administrative Tagesgeschäft einzubinden.

Die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise trugen zur Desillusionierung bei und führten dazu, dass nicht nur die Geschichtsschreibung sich von teleologischen Empire-Vorstellungen distanzierte. Die Theorie des organisch wachsenden Empire verlor endgültig an Attraktivität durch R. Robinsons und J. Gallaghers 1953 erschienenen Aufsatz *Imperialism of Free Trade*,⁶⁴ in dem sie

⁵⁹ Ibid., 167f.

⁶⁰ Ibid., 17f.

⁶¹ B. Parry, *Delusions and Discoveries, Studies on India in the British Imagination. 1880-1930*, London 1972, 165ff.

⁶² Ibid., 181.

⁶³ N. Owen, Critics of Empire in Britain, in *OHBE*, IV, 193. Die *Fabian Society* sah in der Bewältigung des Burenkrieges und der Fragen, die er aufwarf, eine Möglichkeit, das Monopol der Konservativen Partei auf das Empire zu brechen und entwickelte ihr eigenes Programm. Thompson (1997:156). S. Howe, *Anticolonialism in British Politics. The Left and the End of Empire, 1918-1964*, Oxford 1993, 35.

⁶⁴ in *EHR*, XIV, 1953, 1-15.

zwischen dem Konzept eines formellen und einem informellen, auf Handel bzw. auf indirektem Einfluss auf die Lokalpolitik basierenden Empire unterschieden. Der Gegensatz zwischen der angeblichen britischen Indifferenz gegenüber seinem Empire in der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem gleichzeitigen rasanten Wachstum der kolonialen Besitzungen des Königreichs erklärten die Autoren damit, dass formelle Herrschaft für imperiale Dominanz nicht nötig sei. Britischer Einfluss könne auch ohne die für eine formelle Herrschaft nötigen Ressourcen gewahrt werden. Solche offiziellen Ressourcen müssten erst dann aktiviert werden, wenn britische Interessen gefährdet würden. Geschehnisse an der Peripherie und nicht in der Metropole wurden in der Folge als treibende Kraft innerhalb des Empire interpretiert. Gallagher und Robinson schreiben etwa:

It is absurd to deduce from the harmony between London and the colonies of white settlement in the mid-Victorian age any British reluctance to intervene in the fields of British interest. The warships at Canton are as much a part of the period as responsible government for Canada; the battlefields of the Punjab are as real as the abolition of suttee.⁶⁵

Die historische Forschung stellte nun die Frage, wer letztlich die Unabhängigkeit bewirkt habe: Waren es die Londoner Eliten oder die Nationalisten in den Kolonien? Seit Ende der 1980er haben Historiker verstärkt die Rolle der britischen Eliten bezüglich des Empire untersucht. Chris Bayly erforschte den Einfluss der Aristokratie und des Militärs.⁶⁶ David Cannadine führte seine Forschungen zur britischen Aristokratie⁶⁷ weiter und untersuchte ihren Einfluss auf die britische Empirepolitik.⁶⁸ Spätere Kritik an Cannadines Arbeit bemängelte den ausschließlichen Fokus auf die britischen und indischen Oberschichten und das Fehlen einer Analyse des Empire der „Bürokraten, Geschäftsleute und Arbeiter“.⁶⁹ Auch in dieser Hinsicht stellt die vorliegende Arbeit eine Ergänzung dar.

Öffentliche Meinung und Konsens

Trotz mannigfaltiger Forschung ist es noch nicht gelungen, eine Definition der „öffentlichen Meinung“ zu finden, die Soziologen, Meinungsforscher, Historiker und

⁶⁵ Ibid., 11.

⁶⁶ C. Bayly, *Empire and Information: Intelligence Gathering and Social Communication in India, 1780-1870*, Cambridge 1996.

⁶⁷ D. Cannadine, *The Decline and Fall of the British Aristocracy*, London 1999.

⁶⁸ Ders., *Ornamentalism. How the British Saw Their Empire*, Oxford 2001.

⁶⁹ Peter Hoffenberg, David Cannadine and the Decline and Fall of Britain's Imperial Aristocracy, *JCH* 3:1, 2002, 1-14. P.J. Cain, Capitalism, Aristocracy and Empire: Some 'Classical' Theories of Imperialism Revisited, *JICH* 35 (1), 2007, 25-47.

Vertreter anderer akademischer Disziplinen gleichermaßen zufriedenstellt. Konzepte und Theorien zur öffentlichen Meinung reichen von rein quantitativen Untersuchungen verschiedener Meinungen innerhalb einer zufälligen Probe⁷⁰ bis hin zu den Arbeiten von Pierre Bourdieu, der davon ausging, dass die öffentliche Meinung lediglich eine Fiktion sei.⁷¹

Hans Speier lieferte die klassische Definition des Begriffs, die auf das Konzept rationaler Meinungsbildung setzt: Die öffentliche Meinung umfasst Äußerungen, die frei und öffentlich über die Nation betreffende Angelegenheiten von Menschen außerhalb der Regierung getätigt werden, die für sich beanspruchen, mit ihrer Meinung die Handlungen, das Personal oder die Struktur der Regierung beeinflussen oder bestimmen zu können.⁷²

Von den zahlreichen Varianten dieser Definition erscheint die von Noelle-Neumann und später von Hannay ausgebauten plausibel, die in die öffentliche Meinung alles einschließt, was jeder öffentlich machen kann und jedem ermöglicht, auf diese öffentliche Meinung Zugriff zu erhalten.⁷³ Im Gegensatz zu dem von de Sola Pool u.a. vertretenen Ansatz, dass Mehrheitsmeinung mit öffentlicher Meinung gleichzusetzen ist, öffnet Noelle-Neumann mehr Raum für eine historische Untersuchung, denn für de Sola Pool hat vor allem das Resultat einer öffentlichen Debatte Vorrang. Der Historiker sollte jedoch auch Minderheitsmeinungen für die Untersuchung von öffentlicher oder veröffentlichter Meinung in die Betrachtung einbeziehen, um Paradigmenwechsel in einer über mehrere Jahre anhaltenden Debatte zu erkennen.⁷⁴

⁷⁰ C.J. Glynn, S. Herbst, G. O'Keefe, R. Y. Shapiro, *Public Opinion*, Oxford 1999, 17.

⁷¹ P. Bourdieu Public Opinion Does Not Exist, in A. Mattelart & S. Siegelau (eds.), *Communication and Class Struggle*, New York 1979, 124-30; T.L. Glasser & C.T. Salmon (eds.), *Public Opinion and the Communication of Power*, London 1995, 37.

⁷² Andere etablierte Theorien erklären öffentliche Meinung als (1) Meinung, die von der Mehrheit der Öffentlichkeit geteilt wird, unabhängig vom Inhalt dieser Meinung; (2) Meinung des Teils der Bevölkerung, der intellektuell in der Lage ist, sich öffentlich zu Themen zu äußern; und (3) jede Meinung, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt. H. Speier, Historical Development of Public Opinion, *AJS* 55, 1950, 376, zit. nach: E. Noelle-Neumann, Public Opinion and Rationality, in Glasser (1995:33-54); I. de Sola Pool, Public Opinion, in: Ders., F. Frey, W. Schramm, N. Maccoby, & E.B. Parker (eds.), *Handbook of Communication*, Chicago 1973, 779-835; J. Habermas, *The Structural Transformation of the Public Sphere: An Inquiry into a Category of Bourgeois Society*, Cambridge, MA, 1989, 11-50.

⁷³ E. Noelle-Neumann, Das doppelte Meinungsklima: Der Einfluss des Fernsehens im Wahlkampf 1976, *Politische Vierteljahresschrift* 18, 1977, 408-51. A. Hannay, *On the Public*, London 2005, 30.

⁷⁴ E. Noelle-Neumann (1977:68). Im Gegensatz zu Speier lässt Noelle-Neumanns Ansatz es auch zu, das gesamte gesellschaftliche Spektrum – von der breiten Öffentlichkeit bis hin zur politischen Ebene – abzudecken. Dabei werden politische Eliten definiert als diejenigen, die direkten Zugang zu politischer Macht, Wissen, Expertise und logistischen Mittel haben. Neben Politikern zählen dazu Sprecher, führende Journalisten und Kommentatoren verbunden mit der Frage, wie deren an die Öffentlichkeit gerichtete Reden, Interviews oder Radiosendungen Einfluss auf die öffentliche Debatte

Jürgen Habermas definierte die ideale Situation für eine öffentliche Debatte, in der die Mitglieder der von ihm so genannten „öffentlichen Sphäre“⁷⁵ gewisse Regeln einhalten müssen.⁷⁶ Erstens müsse es jedem Subjekt, das kompetent ist, erlaubt sein, an der Debatte teilzunehmen. Zweitens müsse es jedem möglich sein, Aussagen in Frage zu stellen und neue Aussagen in die Debatte einzubringen. Drittens dürfe es niemandem durch interne oder äußere Umstände verboten werden, wie unter Punkt eins und zwei dargelegt an der Debatte teilzunehmen. Dabei geht es Habermas vor allem um Diskursethik und weniger um eine Analyse, was Achim Landwehr zusammenfassen lässt, dass „Habermas‘ Diskursbegriff für eine historische Diskursanalyse kaum ein Rolle spielt“.⁷⁷ Weiterhin lässt Habermas‘ Bedingung, dass gewisse intellektuelle Fähigkeiten Voraussetzung für die Teilnahme an der öffentlichen Diskussion sind außer Acht, dass diejenigen, die eine Debatte lenken oder beeinflussen wollen, nicht unbedingt auf den Intellekt des Publikums angewiesen sind. Die gesellschaftlichen und politischen Umstände im Vereinigten Königreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen jedoch dem von Habermas aufgestellten Konzept einer idealen Situation nah genug. Es herrschte Pressefreiheit, und die Bürger des Landes konnten ihre private Meinung frei äußern und veröffentlichen.

Was bleibt ist die Frage der Kompetenz. Der amerikanische Schriftsteller und Journalist Walter Lippmann⁷⁸ war davon überzeugt, dass es für breite Bevölkerungsschichten unmöglich sei, sich adäquat über ein Thema zu informieren. Er bezweifelte, dass die Öffentlichkeit über genügend Zeit, Wissen und Energie verfüge, um sich ausreichende Informationen über verschiedene tagespolitische Fragen zu beschaffen.⁷⁹ Weiterhin sprach Lippmann den Tagesmedien schlichtweg ab, als Basis für öffentliche Meinungsbildung fungieren zu können.⁸⁰ Sein Landsmann, der Philosoph John Dewey, stimmte mit Lippmann darin überein, dass die breite Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert sei, schob die Verantwortung dafür jedoch nicht auf die Individuen, sondern argumentierte, dass es an Zugriffsmöglichkeiten auf das nötige Informationsmaterial fehle. Nur durch unabhängige Experten kann laut Dewey diesem Mangel abgeholfen werden, wodurch er deren Rolle und

ausüben.

⁷⁵ Habermas (1989:244).

⁷⁶ Ders., *Discourse Ethics: Notes on Philosophical Justification*, Cambridge 1980, 86.

⁷⁷ A. Landwehr, *Historische Diskursanalyse*, 2. Auflage, Frankfurt/New York 2018, 63.

⁷⁸ Walter Lippmann war einer der ersten Kontakte des *Round Table* in den USA. Bosco (2017:21).

⁷⁹ W. Lippmann, *Essays in the Public Philosophy*, Boston 1955, 128f.

⁸⁰ Ders., *Public Opinion*, New York 1929, 22.

Verantwortung hervorhob.⁸¹

Um ein Thema in die öffentliche Diskussion zu bringen, muss zunächst durch bestimmte Personen oder Personengruppen ein Problembewusstsein geschaffen werden.⁸² Der Drang nach weiteren Informationen oder weiterer Orientierung entsteht durch politische Relevanz oder angebliche Wichtigkeit der Problematik sowie einer daraus resultierenden politischen Unsicherheit und dem Bewusstsein, dass ein Informationsmangel besteht. Es wird unterschieden zwischen den Themen, die sich besonders leicht in eine öffentliche Debatte einbringen lassen und denjenigen, die nur schwer Interesse hervorrufen oder bei denen es länger dauern kann, Interesse zu wecken. In die erste Kategorie fallen solche Themen, die die Öffentlichkeit durch direkte Kenntnis oder unmittelbare Erfahrung involvieren, z.B. Inflation im Heimatland. Letztere sind diejenigen Themen, die bei der Öffentlichkeit weder auf direkte Kenntnis noch auf Erfahrung stoßen, z.B. Krieg im Ausland.⁸³ Relevanz entsteht durch Interesse. Dieses Interesse kann verschiedene Gruppen auf ein Thema einstimmen.⁸⁴ Die verschiedenen britischen Teilnehmer an der Debatte zu Indien wurden zusammengeführt durch Interessengruppen, die unter anderem die britische Baumwollindustrie, die Parteipolitik und das Empire repräsentierten.

Die durch den Glauben an Rationalität geprägten Ansätze wurden durch psychologische Elemente ergänzt. Faktoren wie Prestige, Status, Einfluss und Bildungsniveau wurden für die Erforschung öffentlicher Meinungsbildung zunehmend berücksichtigt. Die Vorstellung, dass das bessere Argument oder die Rationalität in einer öffentlich ausgetragenen Debatte stets überwiege, verlor durch die Theorie der „Spirale des Schweigens“ an Gewicht. Diese geht davon aus, dass alle Gesellschaften solche Individuen, die sich außerhalb eines anerkannten Konsenses bewegen, mit Isolation bedrohen. Die Hypothese besagt, dass Individuen ihre Umgebung, die Gesellschaft, beobachten, um zu bestimmen, welche Meinungen und welches Verhalten auf Unterstützung treffen. Das Individuum achtet folglich nicht ausschließlich auf die Stärke der vorgelegten Argumente, sondern ist beeinflusst durch

⁸¹ J. Dewey, *The Public and its Problems*, Athens 1954, 209. Beide blieben jedoch Antworten schuldig. Lippmanns Behauptung, dass die Medien nur unzureichend aufklären könnten, bleibt im Raum stehen, ohne wirkliche Alternativen für die Medienarbeit aufzuzeigen. Dewey wiederum gelingt es nicht zu erklären, wie Experten „unabhängig“ sein können – und vom wem.

⁸² V. Price, *Public Opinion*, London 1992, 30; M. McCombs, L. Danielian, W. Wanta, *Issues in the News and the Public Agenda: The Agenda-Setting Tradition*, in Glasser & Salmon (1995: 281-300).

⁸³ *Ibid.*, 288.

⁸⁴ Hannay (2005:25).

die Art und Weise, wie sie vorgebracht werden. Emotionale Appelle können mehr Einfluss haben als rational geführte Kampagnen, die sich allein auf die Stärke ihrer Argumentation verlassen. Selbst wenn emotionale Appelle von einer Minderheit vorgetragen werden, kann die Art ihres Auftretens Stärke und damit die Zustimmung der Mehrheit suggerieren. Bei der schweigenden Masse kann zudem der Eindruck entstehen, dass durch abweichende Äußerungen gesellschaftliche Isolation droht. Es kommt also nicht nur auf die Qualität der Argumentation an, sondern auch auf die Art des Auftretens. Der Einzelne steht somit unter starkem Druck, sich dem Konsens anzupassen.⁸⁵ Unter diesem Blickwinkel wird dargelegt, wie einzelne Interessengruppen in der Debatte um politische Reformen in Indien vorgingen, und ob sie es im Verlauf der Debatte wagten, vom Konsens abzuweichen.

Vor diesem Hintergrund sprach Jim English von einem nationalen Konsens über den „hegemonischen Imperialismus“ des Empire, der wenig Raum für abweichende Meinungen ließ. Wie weiter unten dargelegt wird, schuf der hegemonische Imperialismus Hürden, die es zu überwinden galt, um politische Paradigmenwechsel vornehmen zu können. Die Debatte um Indiens politische Emanzipation und Unabhängigkeit wurden in diesem Kontext zu wichtigen Katalysatoren für den während des Untersuchungszeitraumes vollzogenen Wandel vom Empire zum *Commonwealth*.⁸⁶

Der Orient im westlichen Diskurs

Stärker interdisziplinär angelegte Forschungen haben gezeigt, wie der Westen Wissen über seine Kolonien erlangte. Edward Said etwa argumentierte, dass der „Orient“ nicht nur ein fiktives Produkt westlicher Kultur sei, sondern dass jegliches westliches Wissen über diesen Orient aus dem westlichen Drang zur Eroberung entstanden war und deswegen keine zutreffende Beschreibung dieser außereuropäischen Kulturen liefern könne.⁸⁷ In diesem Sinne beschrieb Jon Wilson die britischen Anstrengungen, Indien zu katalogisieren folgendermaßen:

[...] the imperial regime's effort to count and to list, to write yet more information down [...] was a sign of its inability to otherwise know anything about the people it ruled. [...] The classic case of using these impersonal techniques to rule an otherwise ungovernable people was the use of the fingerprints, pioneered in British India.⁸⁸

⁸⁵ Noelle-Neumann, in Glasser & Salmon (1995:42f.); Price (1992:6).

⁸⁶ MacKenzie (1986:10f.); English (2006:259).

⁸⁷ Said (1978).

⁸⁸ J. Wilson, *Britain's Raj and the Chaos of Empire. India Conquered*, London 2016, 304.

Said knüpfte an Michel Foucault an, dessen Arbeit zur Diskurstheorie und das Verhältnis von Wissen und Macht die Untersuchungen zur öffentlichen Meinung erheblich beeinflusst hat. Foucault stellte nicht die Frage, was richtig oder falsch ist, sondern wie verschiedene Konzepte geformt, benutzt und verändert wurden. Dabei untersuchte er Ausschließungssysteme, innere Prozeduren, die zur Selbstkontrolle des Diskurses führen, und die Bedingungen, unter welchen Subjekte am Diskurs teilnehmen können. Im Diskurs werden Foucault zufolge keine Wahrheiten ermittelt oder rationale Entscheidungen getroffen, sondern es wird Macht konstituiert.

Für Jürgen Habermas dagegen ist der Diskurs der Raum für politische Debatten, in dem wahre Aussagen zum Konsens führen sollen. Er definierte „Wahrheit“ als den „Geltungsanspruch, den wir mit konstativen Sprechakten verbinden. Eine Aussage ist wahr, wenn der Geltungsanspruch der Sprechakte, mit denen wir unter Verwendung von Sätzen jene Aussage behaupten, berechtigt ist.“⁸⁹ Dabei erkannte er keine Machtverhältnisse in der Konsensbildung an. Für Foucault wiederum formt Sprache nicht nur den Text, sondern auch das Resultat einer Debatte.⁹⁰ Weiterhin ging es Foucault nicht darum, ein historisches Dokument auf dessen Wahrheitsgehalt zu prüfen.⁹¹ Vielmehr fragte er, wer das Narrativ kontrolliert, was die Sprache des Erzählers ist, wer der Autor ist und wie das Unbewusste des Wissens enthüllt werden kann.⁹²

Ein Konsens innerhalb eines Diskurses kann nur temporär sein, da die Fragen, die die politische Debatte über ein Thema zu beantworten sucht, sich mit der Zeit ändern.⁹³ Ein weiteres Konzept von Foucault weist auf Transformationsprozesse innerhalb einer Debatte hin.⁹⁴ Diesen gehen in der Regel Überschreitungen innerhalb des Sprachgebrauchs voraus, etwa durch die Verwendung „verbotener Worte“, die zuvor gebräuchliche Konzepte in Frage stellen.⁹⁵ Foucault war jedoch nicht an Ideengeschichte interessiert. Vielmehr ging es ihm darum, unbewusste Strukturen aufzudecken, die den Ideen zugrunde liegen und Ideen, Debatten und Sprache

⁸⁹ Jürgen Habermas, Wahrheitstheorien, in H. Fahrenbach (ed.), *Wirklichkeit und Reflexion. Walter Schulz zum 60. Geburtstag*, Pfullingen 1973, 218.

⁹⁰ M. Foucault, *The Order of Things*, New York 1970, 305.

⁹¹ Landwehr (2018:68).

⁹² M. Foucault, *The Birth of the Clinic*, New York 1973, ix; Rabinow (1997:216); Landwehr (2018:67).

⁹³ P. Rabinow (ed.), *Ethics: Subjectivity and Truth*, New York 1997, 114f.

⁹⁴ M. Foucault, *The Archeology of Knowledge and the Discourse of Language*, New York 1972, 59f.

⁹⁵ J. Faubion (ed.), *Aesthetics: Method and Epistemology*, New York 1998, 70.

limitieren können. Er fragte:

In what is given to us as universal, necessary, obligatory, what place is occupied by whatever is singular, contingent, and the product of arbitrary constraints?⁹⁶

Anknüpfend an Foucault fordert auch Catherine Hall eine differenzierte Diskursanalyse, die nicht nur ausfindig macht, wann eine bestimmte Sichtweise oder ein Konsens erreicht wurden und was sie beinhalteten. Darüber hinaus müsse analysiert werden, welches Personal, welche Medien und andere Agenten in die Konsensbildung involviert waren, und wie und wann welche Strömungen in der Debatte die Oberhand gewannen.⁹⁷

Dabei werden westliche Vorurteile gegenüber nicht-westlichen Kulturräumen von westlichen Autoren verbreitet, indem sie eine sprachliche Beschreibung wählen, die die Realität der nicht-westlichen Kulturräume der eigenen Wahrnehmung unterordnet und eine eigene Realität schafft. Auf diese Weise wird die kollektive Sinnkonstruktion einer Gesellschaft beeinflusst und langfristig definiert.⁹⁸ Beispielsweise hatte sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Idee einer gottgegebenen britischen Treuhandschaft für Indien durchgesetzt.⁹⁹ In diesem Sinn werden Romane, Zeitungen oder auch Briefwechsel zwischen Ministerien zu Manifestationen eines kulturellen Kommunikationssystems – oder kulturellen Gedächtnisses.¹⁰⁰ Diese Konzepte haben in dieser Arbeit Bedeutung für die Beschreibung der Produktion und Verwaltung kolonialen Wissens. In Britisch-Indien war hierfür der *Indian Civil Service* (ICS) von großer Bedeutung.

Die Kolonialmacht hatte ein erhebliches Interesse daran, die Presse in Indien zu kontrollieren, die sich auch in Indien seit dem Umbruch zum 19. Jahrhundert lebhaft entwickelte.¹⁰¹ Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatten die Gouverneure von Bombay und Madras davor gewarnt, dass Pressefreiheit in Indien zum Ende der britischen Herrschaft führen würde.¹⁰² Dem ICS oblag die Produktion, aber auch die

⁹⁶ Ders. (ed.), *Power*, New York 2000, 315.

⁹⁷ Hall (2002:440).

⁹⁸ A. Nünning, Literatur, Mentalitäten und kulturelles Gedächtnis: Grundriss, Leitbegriffe und Perspektiven einer anglistischen Kulturwissenschaft, in ders. (ed.), *Literaturwissenschaftliche Theorien, Modelle und Methoden*, Trier 1995, 173-97.

⁹⁹ L. Thompson, Fleet Street Colossus: The Rise and Fall of Northcliffe, 1896-1922, *PIH* 25 (1), 2006, 166f.

¹⁰⁰ *Ibid.*, 186.

¹⁰¹ J. Osterhammel: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2011, 67-68.

¹⁰² M. Mann, *Wiring the Nation: Telecommunication, Newspaper-Reportage, and Nation Building in British India, 1850 - 1930*, Oxford 2017, XVIII.

Kontrolle von Informationen, die der britischen Debatte über den möglichst von den Briten gelenkten indischen Emanzipationsprozess zugrunde lagen.¹⁰³ Dem Charakter des ICS als administrativem Kontrollorgan entsprechend war die Semantik dieser Informationen geprägt von Konzepten wie Effizienz, Kontrolle, Ordnung und Ähnliches. Hinzu kam die Berichterstattung der anglo-indischen Presse. Damit sind die englischsprachigen Zeitungen in Indien gemeint¹⁰⁴, die - teilweise von den Indienkorrespondenten der britischen Zeitungen zusammengefasst - nach Großbritannien weitergeleitet wurde. Diese Basis-Informationen aus Indien erreichten Großbritannien über den Nachrichtendienst Reuters, der sich meist zuvor mit dem *Government of India* (GOI) abstimmte, und hatten damit gewissermaßen bereits einen Filter durchlaufen. Reuters' Monopolstellung basierte nicht nur auf seinem eigenen Netzwerk von Telegraphen und Korrespondenten, sondern auch auf seinen guten Beziehungen zum Indienministerium (IO – *India Office*) und dem GOI. Die enge Zusammenarbeit mit den Behörden zeigte sich unter anderem darin, dass der langjährige Indienkorrespondent von Reuters Edward Buck während des Ersten Weltkrieges Propagandatelegramme für das GOI entwarf.¹⁰⁵ Im Gegenzug erhielt Reuters vom GOI Informationen oft vor allen anderen. Man entwickelte sogar ein Verschlüsselungssystem, mit dessen Hilfe Buck erkennen konnte, welche Telegramme vor ihrer Veröffentlichung dem Indienministerium vorgelegt werden sollten und welche nicht.¹⁰⁶ Vor diesem Hintergrund soll diese Arbeit nach Möglichkeit die Einflussnahme der Regierung auf oder auch die Interaktion zwischen den Medien und der Politik aufzudecken.

Die Autoren der oben angesprochenen Basis-Informationen waren Beamte des ICS sowie Korrespondenten der Nachrichtendienste und der britischen Tagespresse, die oft in erster Linie für anglo-indische Zeitungen in Indien arbeiteten. Dieselben Quellen dienten als Informationsgrundlage für neue ICS-Anwärter, die an den Universitäten in Cambridge, Oxford, London und Dublin auf ihre Tätigkeit als Kolonialbeamte vorbereitet wurden. Diese Institutionalisierung des Wissens über Indien führte dazu, dass diesen Informationen große Bedeutung zugemessen wurde,

¹⁰³ Kaul (2003:102).

¹⁰⁴ Siehe Mann (2017:105ff.) über eine Auswahl führender anglo-indischer Zeitungen und deren redaktionelle Ausrichtung.

¹⁰⁵ D. Read, Reuters: News Agency of the British Empire, CR 8, 1994, 195-212.

¹⁰⁶ Ibid., 199; C. Kaul, A New Angle of Vision: The London Press, Governmental Information Management and the Indian Empire 1900-1922, CR 8, 1994, 216; dies. (2003:46f.).

ebenso wie ihren Übermittlern, die damit zugleich Autorität in der öffentlichen Debatte erlangten.¹⁰⁷

Vorwiegend galt das für die Beamten des ICS, aber auch für die Journalisten. Zu jener Zeit war es durchaus legitim, dass Behörden wie das GOI oder auch der Staatssekretär für Indien Journalisten eng an sich banden. Im Gegensatz zu heute wurde dies nicht gleich als Versuch gedeutet, die Presse zu beeinflussen. Auch wenn sich Politiker dadurch durchaus positive Berichte erhofften, wurde der vertrauliche Austausch doch vorwiegend als Weg gesehen, der es den Zeitungen ermöglichte, politische Inhalte klar zu formulieren.¹⁰⁸ Anknüpfend an die oben genannten Thesen soll in diesem Zusammenhang aufgezeigt werden, dass die Debatte über politische Reformen in Indien semantisch und ideologisch auf einem Konsens über die Notwendigkeit von fortdauernder britischer Dominanz und Kontrolle über Indien fußen sollte, jenseits jeglicher Parteipolitik.¹⁰⁹ Angesichts der Tatsache, dass die Beteiligten aufgrund dieses Konsenses die erworbenen Informationen vermutlich meist gleich oder ähnlich interpretierten, war das Narrativ über Indien durch den ICS und die Presse geprägt und von Anfang an stark kontrolliert.

Der Begriff „Kontrolle“ war entsprechend von großer Bedeutung in diesem Diskurs und über den Kontext des Narrativs hinaus bedeutsam, etwa wenn es um die politische Kontrolle über Reformen und um den Anspruch ging, dass die Initiative dafür von der Metropole, also London, und nicht von der kolonialen Peripherie auszugehen habe. Zusätzlich gab es das Problem der physischen Kontrolle über Indien, schließlich war es Konsens, dass die Kolonialmacht Reformen nur in einer geordneten Kolonie durchführen würde und somit aus einer Position der Stärke zu handeln habe. Foucault drückte es in seiner Arbeit über Disziplin und Bestrafung folgendermaßen aus: Die Abschaffung der Folter und der parallele Ausbau des Gefängnisystems bedeuteten nicht, dass Strafen geringer ausfallen, sondern lediglich effizienter angewandt werden sollten. Das Konzept Strafe wurde nicht in Frage gestellt.¹¹⁰ Hier bedeutet dies, dass das Konzept Kontrolle nicht in Frage gestellt wurde. Wie Jon Wilson aufzeigt, war es der britischen Kolonialmacht aber nie wirklich möglich,

¹⁰⁷ Said (1978:95).

¹⁰⁸ Kaul (2003:99).

¹⁰⁹ S. u.a. Gallagher (1953); Bridge (1986); Lilly (2012); Cody (1970); Kaul (2003); M. Mann, *Torchbearers upon the Path of Progress: Britain's Ideology of a Moral and Material Progress in India*, in Fischer-Tiné & Mann (2004:1-26, hier: 25f.).

¹¹⁰ M. Foucault, *Discipline and Punishment*, New York 1977, 82.

Indien unter seine Kontrolle zu bringen. Vielmehr lag es der Regierung in London daran, politische Souveränität formell zur Schau zu stellen, weniger aber wirkliche Kontrolle vor Ort auszuüben.¹¹¹

Vor Ort wurde das nicht selten anders gesehen, und Kim Wagners Analyse des Amritsar Massakers trägt nicht umsonst den Untertitel „An Empire of Fear“. Wie Wilson zeigt er, dass britische Kontrolle über Indien letztlich illusorisch war und von daher die Ausübung von physischer Kontrolle geprägt war von den Erfahrungen der *mutiny* von 1857. Diese Erfahrungen schufen ein „Albtraumszenario einer unmittelbar bevorstehenden Revolution“.¹¹² Das Postulat der Kontrolle schuf jedoch auch Grenzen für den Konsens. Erneut soll Said zu Wort kommen:

Orientalism imposed limits upon thought about the Orient. Even the most imaginative writers of an age, men like Flaubert, Nerval, or Scott, were constrained in what they could either experience of or say about the Orient. For Orientalism was ultimately a political vision of reality whose structure promoted the difference between the familiar (Europe, the West, ‘us’) and the strange (the Orient, the East, ‘them’).¹¹³

Wie also Dominanz aussah oder wie das Königreich Kontrolle über sein *Raj* ausüben sollte oder konnte, waren Fragen, die den jeweiligen Konsens immer wieder an seine Grenzen führten. Die Transformationen innerhalb der Debatte fanden dann statt, wenn die Grenzen eines Konsenses erreicht waren, wie z.B. durch verbotene Worte - beispielsweise das Wort „Unabhängigkeit“. Das Ziel von Indiens politischer Emanzipation mit „Unabhängigkeit“ zu benennen, blieb in Großbritannien bis ins Jahr 1947 problematisch. Unter welchen Bedingungen wurde es den Befürwortern von politischen Reformen in Indien möglich, solche Reformen auch einzufordern, und wie war das Verständnis von politischen Reformen zu dem jeweils gegebenen Zeitpunkt? Und wie wurde es Großbritannien möglich, Indiens Unabhängigkeit einzuleiten, ohne es nach einem Verlust oder gar der Aufgabe von Kontrolle aussehen zu lassen? Selbst John Gallagher konnte noch 1953 – sechs Jahre nach Indiens tatsächlicher Unabhängigkeit – nicht umhin, von einer fortwährenden „informellen Bindung“ zwischen der ehemaligen Kolonie und der britischen Mutternation zu sprechen.¹¹⁴

¹¹¹ Wilson (2016:471).

¹¹² Wagner (2019:xxi, 9).

¹¹³ Said (1978:44).

¹¹⁴ Gallagher (1953:7). Das war nicht unberechtigt, schließlich kamen in den 1950er Jahren 50% aller Importe aus Indien nach Großbritannien, sowie 80% aller Auslandsinvestitionen nach Indien aus dem Königreich. Bis in die 2010er Jahre fanden allerdings drastische Veränderungen statt. Das Vereinigte Königreich ist mittlerweile an Stelle 13 von Indiens wichtigsten Handelspartnern gerückt und macht nur noch 2% des gesamten Außenhandels seiner ehemaligen Kolonie aus. In: India and Britain. A cooler climate. *The Economist*, 12. November 2016.

Kritiker von Diskurstheorien bemängeln deren Tendenz zur Generalisierung. D.A. Washbrook weist beispielsweise auf die Gefahr hin, Quellen einer Epoche aufzugreifen, um sie auf Ereignisse einer anderen anzuwenden, ohne den Zeitfaktor gebührend zu beachten. Kritisiert wird auch die Tendenz, Gegenströmungen im Diskurs nicht aufzunehmen und somit zu einseitigen Rückschlüssen zu gelangen.¹¹⁵ Wie Alan Lester ausführte, tendieren koloniale Diskurse zudem dazu, lokale Agenten eindimensional zu einer einheitlichen Gruppe zu verschmelzen.¹¹⁶ Während der untersuchten Debatte wurden lokale Agenten vornehmlich in zwei Gruppen aufgeteilt, die Hindus und die Muslime. Denn die Frage nach Indiens Fähigkeit, sich vor dem Hintergrund der dortigen Religionskonflikte, auch als „kommunale Frage“ bezeichnet, selbst zu regieren, spaltete den Diskurs in einen britisch-muslimischen und einen britisch-hinduistischen auf.¹¹⁷

Quellen

Eine Auswertung der Tagespresse und anderer zeitgenössischer Medien als Grundlage für die Untersuchung der öffentlichen Meinung ist nicht neu, und zudem sah sich diese Methode bereits mehrfach heftiger Kritik ausgesetzt. Melvin Small etwa warf den entsprechenden Autoren vor, die in Zeitungen zum Ausdruck gebrachten Meinungen fälschlicherweise mit der öffentlichen Meinung gleichzusetzen. Eine Zeitungskolumne ist aus Smalls Sicht lediglich die Meinung des Verfassers, aber nicht die der Öffentlichkeit. Und auch hier muss Foucault erwähnt werden, der den Forscher auffordert, sich im Klaren darüber zu sein, wer genau verantwortlich für den Text ist.¹¹⁸ Die Autorenschaft einer Zeitungskolumne ist für die Leser nicht immer ersichtlich, denn selbst wenn der Name des Verfassers erwähnt ist, was zum Beispiel weder bei der *Times* noch dem *Guardian* der Fall war, dann sind infolge redaktioneller

¹¹⁵ D.A. Washbrook, *Orients and Occidents: Colonial Discourse Theory and the Historiography of the British Empire*, in *OHBE*, V, 603f.

¹¹⁶ Lester (2003:281).

¹¹⁷ Eine Untersuchung zu der Frage, inwieweit der damalige Diskurs sich fortsetzt, wäre gerade angesichts von D. Cherrys Arbeit interessant. Beispielsweise wurde 1968 eine Gandhi-Statue am Tavistock Square in London eingeweiht. Eine Büste für Nehru folgte in den 1990er Jahren am India Place. Anfang 2015 wurde eine zweite Gandhi-Statue am Parliament Square in London aufgestellt. Bis heute bleibt für Gandhis streitbaren Mitkämpfer um die Unabhängigkeit und den Gründer von Pakistan, Mohammad Ali Jinnah, lediglich eine blaue Plakette an der 35 Russell Road, die darauf hinweist, dass er 1895 dort lebte. Inwieweit ist dies immer noch eine Reflektion der damaligen Sympathien für die drei prominentesten Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung?

¹¹⁸ Rabinow (1997:216).

Prozesse in vielen Fällen mehrere Autoren für den jeweiligen Text verantwortlich.¹¹⁹ Ein weiterer Schwachpunkt einer derartigen Analyse von Zeitungsartikeln besteht laut Small darin, dass es nicht möglich ist, die Wirkung eines Artikels auf die zeitgenössischen Leser zu rekonstruieren, was ihn beinahe resignierend zum Schluss kommen lässt, dass die Erforschung öffentlicher Meinung für Perioden, die in die Zeit vor dem Aufkommen der professionellen Meinungsumfrage fallen, nur geringe Erfolgsaussichten haben.¹²⁰

Dennoch bilden Zeitungen immerhin einen erheblichen Teil der „öffentlichen Sphäre“. Und auch Small muss zugeben, dass Zeitungen ihren Lesern vielleicht nicht vorgeben können, was sie zu denken haben, doch zumindest, worüber sie nachdenken sollten.¹²¹ Kritiker von Untersuchungen der zeitgenössischen Tagespresse zur öffentlichen Meinung vor dem Aufkommen professioneller Umfragen sollten laut Kaul Folgendes beachten:

[...] while historians can debate the relationship between the press and public opinion, this luxury was not open to politicians. For them, press reporting [...] could not be ignored. In the absence of alternative insights into public attitudes, there is no doubt that many politicians acted on the assumption that press opinion was tantamount to public opinion.¹²²

Kapalgam argumentierte weiterhin, dass Zeitungen als frühe Massenmedien eine in dieser Breite zuvor nicht bekannte Plattform für Diskussion und Konsensbildung boten. Dies wurde auch von den zeitgenössischen Kommentatoren so gesehen. Die Rolle der Presse in Großbritannien war es, die Leser auf das „richtige Verständnis“ bestimmter politische Themen hin zu lenken und dabei ein Forum für eine öffentliche Debatte zu bieten. Die in diesem Forum kontrovers diskutierten Ideen sollten zu einem Konsens führen.¹²³

Weiterhin fungierten Zeitungen als Kanäle, über die auch unbekannte Teilnehmer ihre Meinung in die öffentliche Debatte einbringen konnten,¹²⁴ umso mehr, als die damalige Leserschaft im Vereinigten Königreich groß war. John Stevensons Schätzungen zufolge lasen bis zum Jahr 1939 knapp 70% der britischen

¹¹⁹ M. Hampton, *The Press, Patriotism, and Public Discussion: CP Scott, The Manchester Guardian and the Boer War, 1899–1902*, *HJ* 44 (1), 2001, 181.

¹²⁰ M. Small, *Public Opinion and Historians*, Detroit 1970, 13-8.

¹²¹ *Ibid.*, 21.

¹²² Kaul (2003:20).

¹²³ Hampton (2001:178).

¹²⁴ U. Kapalgam, *Colonial Governmentality and Public Sphere in India*, *JHS* 15 (1), 2002, 44.

Bevölkerung eine Tageszeitung,¹²⁵ und die Auflagen im Jahre 1930 reichten von knapp 50.000 für den *Guardian* bis zu fast zwei Millionen für die *Daily Mail*.¹²⁶ Die Tageszeitungen erreichten folglich einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung. Um Mark Connelly zu zitieren:

The conclusions the British people came to [...] were connected to the information they received [...] and [...] this was largely dependent on the newspapers and newsreels they were exposed to.¹²⁷

Während des hier untersuchten Zeitraumes hatten sich die britischen Massenmedien bereits etabliert.¹²⁸ Sie bilden hier einen wichtigen Bestandteil des Quellenapparats. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der Zeitungen als Quelle für eine Analyse einer historischen öffentlichen Meinung interessant macht, ist ihre zeitgenössische Perspektive. Ein Artikel des frühen 20. Jahrhunderts bleibt ungefiltert durch unser heutiges Wissen von den Resultaten der Debatten und Ereignisse.¹²⁹ Somit stellt die Tagespresse ein geeignetes Quellenmaterial dar, um Paradigmenwechsel und Strömungen innerhalb einer öffentlichen Debatte zu erforschen.

Medien werden in der Diskursforschung drei Funktionen zugeordnet: Erstens berichten sie über Ereignisse und Meinungen. Dabei sehen sie sich selbst als neutrale Kanäle, die Themen in die Öffentlichkeit tragen. Zweitens nehmen Medien für sich in Anspruch, zu wissen, was die öffentliche Meinung ist, und diese wiedergeben zu können. Drittens dienen Medien als Forum für die öffentlichen Debatten, denen sie auf ihren Seiten Raum zur Verfügung stellen.¹³⁰ Medien verfügen also zugleich über die Möglichkeit, eine Debatte in die öffentliche Sphäre zu tragen, und sie zu beeinflussen.¹³¹

Das Aufkommen der Massenmedien erhöhte den Informationsfluss und schuf neue Mittel und Wege, die öffentliche Meinung zu formen und zu analysieren.¹³²

¹²⁵ J. Stevenson, *British Society, 1914–1945*, London 1984, 402f.

¹²⁶ Laut Butler und Sloman lauten die Zahlen: *The Guardian* (47.000), *The Times* (187.000), *Daily Herald* (750.000), *Daily Sketch* (1 Million), *Daily Express* (1.6 Millionen), *Daily Mail* (1.9 Millionen), B. Butler & A. Sloman (eds.), *British Political Facts, 1900–1975*, London 1975, 388, zit. nach C. Krull & B.J.C. McKercher, *The Press, Public Opinion, Arms Limitations, and Government Policy in Great Britain, 1932-1934: Some Preliminary Observations*, *DS* 13 (3), 2002, 113.

¹²⁷ M. Connelly, *The British People, the Press and the Strategic Air Campaign against Germany, 1939–45*, *CBH* 16 (2), 2002, 40.

¹²⁸ Blom (2008:105).

¹²⁹ Kaul (2003:9).

¹³⁰ K. Schoenbach & L.B. Becker, *Origins and Consequences of Mediated Public Opinion*, in Glasser & Salon (1995: 326).

¹³¹ *Ibid.*, 58.

¹³² Kapalgam (2002:39).

Dabei gehen die Medien gewöhnlich auf drei unterschiedliche Weisen vor. Erstens präsentieren sie das, was an höherer Stelle als öffentliche Meinung definiert wurde und wirken damit sozusagen „von oben nach unten“. Zugleich können sie aber auch „von unten nach oben“ agieren und den Eliten präsentieren, was öffentliche Meinung ist (oder was sie dafür halten). Zweitens gehen sie selektiv vor und bringen nur das in die Debatte ein, was sie für erwähnenswert halten. Drittens übernehmen sie eine aktive Rolle und schaffen selbst Themen, die in die öffentlichen Debatten aufgenommen werden. Durch ihr selektives Vorgehen schaffen Medien aber auch Schwellen, die es nicht allen Meinungen erlauben, in die Debatte aufgenommen zu werden. Diese sogenannte „Agendafestlegung“ entsteht, wenn politische oder andere gesellschaftliche Eliten den Rahmen für eine Debatte und akzeptable Meinungen vorgeben.¹³³ Diese Eliten können im Allgemeinen bestimmte Meinungen von einer Debatte ausschließen¹³⁴ und gegebenenfalls auch die Aufmerksamkeit der Presse und damit der Öffentlichkeit auf andere Geschehnisse lenken bzw. ablenken.

Britische Blätter mit Millionenaufgabe trugen dazu bei, eine Leserschaft zu bilden, die in mancher Hinsicht gewissermaßen eine eigene Identität annahm, indem sie die gleiche Informationsquelle mit anderen teilte.¹³⁵ Seit dem 18. Jahrhundert hatte sich in Großbritannien eine liberale Presse ohne Zensur etabliert, und die Pressefreiheit in Großbritannien ermöglichte es den Medien, der Öffentlichkeit verschiedene Interpretationen und Meinungen zum politischen Tagesgeschehen zur Verfügung zu stellen.¹³⁶

Die Verbreitungsmöglichkeiten von Information wurden seit 1909 gerade in der britischen Presse durch mehrere Ereignisse erweitert. Zwar genoss die

¹³³ J. McLeod, Zhongdang Pan, Dianne Rucinski, Levels of Analysis in Public Opinion Research, in Glasser & Salon (1995:60).

¹³⁴ B. Nathans, Habermas's „public sphere“ in the Era of the French Revolution, *FHS* 16, 1990, 625. Je rigider das politische System, in dem die Medien agieren, desto mehr wird die „Agenda“ von den Eliten vorgegeben. Gleichzeitig geht in diesen Fällen die Dynamik eher von oben aus. Auch wenn der freie Austausch von Meinung für den Wert eines Diskurses nach Habermas unabdingbar ist, müssen sich Meinungsforscher darüber bewusst sein, dass auch unter den Eliten in Demokratien ein reges Interesse daran herrscht, den öffentlichen Diskurs zu lenken. Das scheint vor allem für Großbritannien zu gelten, dem Clive Ponting zuschreibt, unter den westlichen Demokratien die strengsten Kontrollen über den Fluss offizieller Information auszuüben. C. Ponting, *Secrecy in Britain*, London 1990, 1; M. Hollingworth & N. Fielding, *Defending the Realm. Inside MI5 and the War on Terrorism*, London 2003, 282ff.

¹³⁵ B. Anderson, *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1991, 35, zit. nach S. Potter, Webs, Networks, and Systems: Globalization and the Mass Media in the Nineteenth- and Twentieth-Century British Empire, *JBS* 47, 2007, 623.

¹³⁶ Hannay (2005:7).

Nachrichtenagentur Reuters zunächst ein Monopol¹³⁷ auf die Telegraphenlinien des Empires. Allerdings konnten die *Times* oder der *Guardian* mit der Zeit ihre eigenen Netzwerke aufbauen und damit verstärkt unabhängig von Reuters agieren. Die Preise für das Entsenden von Telegraphen-Nachrichten fielen zwischen 1909 und 1914 von 1 shilling auf 4 pence pro Wort, ein Preissturz von über 60%. Weiterhin bedeutete die Kombination von neuer Technologie und wachsender Vernetzung, dass London zu Beginn des 20. Jahrhunderts de facto zum Pressezentrum des britischen Königreichs und des Empire wurde.¹³⁸

Die Massenmedien wurden von Großbritanniens politischen Parteien schnell als nützliches Kommunikationsmedium erkannt, und bis 1914 gewannen die Herausgeber der Tagespresse rasant an politischem Einfluss, besonders in dem Maße, wie sich Pressekonglomerate bildeten, die

Tageszeitung	Ausrichtung	Auflage 1910
Daily Mail	Konservativ	900.000
Daily Express	Konservativ	400.000
Daily News	Konservativ	320.000
Daily Telegraph	Konservativ	230.000
Morning Post	Konservativ	60.000
The Times	Konservativ	45.000
Daily Herald	Labour	250.000
Daily Chronicle	Liberal	400.000
Star	Liberal	330.000
Westminster Gazette	Liberal	70.000
Manchester Guardian	Liberal	42.000

*aus: Kaul (2003: 58)

mehrere Zeitungen besaßen. Lord Northcliffe war zum Beispiel unter anderem Besitzer der *Times* und der *Daily Mail*. Insgesamt kontrollierte er 40% der Morgenzeitungen, 45% der Abendblätter und 15% der Auflagen der Sonntagszeitungen.¹³⁹

Eine Analyse der britischen Tagespresse ist eine große Herausforderung, vor allem wegen der Menge an Quellen. Eine Auswahl von Zeitungen ist daher geboten und muss von folgenden Aspekten geleitet sein:

- Repräsentativität hinsichtlich der verschiedenen politischen Strömungen Großbritanniens
- Lektüre durch eine hinreichend große Leserschaft
- der Wahrscheinlichkeit, dass die aufgrund dieser Kriterien ausgesuchten Zeitungen die Entwicklungen des untersuchten Themas verfolgten

Um das politische Spektrum und den zumindest theoretischen Zugang mehrerer

¹³⁷ Israel (1994: 99).

¹³⁸ Potter (2007:636).

¹³⁹ L. Thompson (2006, 115-38); S. Koss, *The Rise and Fall of the Political Press in Britain*, Bd. 2, London 1984, zit. nach Thompson (2006:116); Kaul (1994).

Öffentlichkeiten des Vereinigten Königreiches zu indienspezifischen Informationen in den Medien abzudecken, werden folgende Zeitungen in die Betrachtung miteinbezogen: *The Times*, *The Guardian*, *The Daily Mail*, *The Daily Herald* und *The Daily Worker*. Was die Wahrscheinlichkeit angeht, dass gerade die ausgesuchten Medien

Indien als Thema verfolgten, so gibt es mehrere Indizien, die dafür sprechen: z.B. ihre Nähe zu den politischen Parteien des Landes. Die Indienpolitik der verschiedenen Regierungen wird allein aus diesem Grund in den jeweiligen Blättern verfolgt, einmal um zu informieren, zum anderen aber auch, um politische Gegner attackieren zu können. Schließlich stellten während des untersuchten Zeitraumes mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Großbritanniens alle Parteien Premierminister: Konservative (5), *Labour* (3) und Liberale (2).

Die Auswahlkriterien richteten sich auch nach Qualität und Quantität. Die *Times* und der *Guardian* (ursprünglich *Manchester Guardian*) zeichneten sich mehr als die anderen britischen Tageszeitungen durch anhaltende und konsistente Indienberichterstattung aus und decken im politischen Spektrum die konservative und die liberale Meinung ab.¹⁴⁰ Beide waren für ihren Qualitätsanspruch bekannte Medien, die von den Eliten gelesen wurden und somit einen kleineren, aber politisch einflussreichen Teil der britischen Öffentlichkeiten erreichten. Wenngleich sie politisch nicht immer gleicher Meinung waren, zeigt die vorliegende Untersuchung, dass *Guardian* und *Times* bei den hier verhandelten Themen nicht selten einen Schulterschluss vollzogen, mit dem sie die politische Mitte abdeckten.

Der konservativen *Times* soll in dieser Studie besonderes Gewicht beigemessen werden, da sie für gewöhnlich intensiv über Indien im Besonderen und Empire-Angelegenheiten im Allgemeinen berichtete. Bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert setzte sie als eine der ersten britischen Zeitungen Auslandskorrespondenten ein. Die Redakteure der *Times* waren mit am besten über den Subkontinent informiert, angefangen mit dem Korrespondenten Sir Valentine Chirol, der bis nach 1912 im engen Kontakt mit ICS-Beamten stand und Indien häufig bereiste, bis hin zu Geoffrey Dawson, der von 1912 bis 1919 und erneut von 1922 bis 1941 Chefredakteur war. Ein weiterer Indienspezialist war Lovat Fraser, der die *Times of India* herausgab und für die *Times* in Großbritannien als Korrespondent tätig war.

¹⁴⁰ Morley an Minto, 13. Januar 1909, Morley D 573/3; *The Times*, 22. Mai 1909; Kaul (2003:54).

Der Chefredakteur Dawson zeichnete sich nicht nur durch hervorragende Beziehungen in Indien aus, sondern stand auch in regelmäßigem Kontakt mit britischen Politikern aller Ebenen und Parteien, was ihm Zugang zu vertraulichen Informationen verschaffte. Er war Teil von Milners Kindergarten und wurde von dem Besitzer der *Times*, Lord Northcliffe, als Chefredakteur eingestellt. Dawson kündigte 1919 seine Stellung, da er meinte, Lord Northcliffe nutzte die *Times*, um seine persönliche politische Agenda zu verfolgen. Nach Northcliffes Tod wechselte die Zeitung ihren Besitzer, und Dawson trat erneut als Chefredakteur an. Er war ein enger Freund von Edward F.L. Wood (später Lord Irwin), dessen Amtszeit als Vizekönig von Indien in die Phase der *Round Table Conference* fiel. Aus diesen Konferenzen gingen die intensiv debattierten Reformen von 1935 hervor. Dawson hatte ebenso enge Beziehungen zu den Premiers Stanley Baldwin und Neville Chamberlain, mit denen er in regelmäßiger Korrespondenz stand. Die Nähe zu einigen der Hauptakteure des hier untersuchten Zeitraumes macht Dawson und die *Times* zu wichtigen Quellen.¹⁴¹ Ihre Berichterstattung ist weiterhin aufschlussreich, weil nicht nur die Leitartikel, sondern auch Berichte über Treffen und Veranstaltungen zu Indien in Londoner Clubs und verschiedenen Vereinen, in Universitäten und einzelnen Interessengruppen relevante Informationen liefern.¹⁴² Weiterhin wird ihre Rolle als Informationsquelle für die Eliten dadurch unterstrichen, dass die *Times* der Ansprechpartner für das Indienministerium wurde, wenn es darum ging, Sonderausgaben über Indien zu erstellen.

Als Gegengewicht zur *Times* werden die Artikel des liberalen *Guardian* untersucht. Unter seinem Chefredakteur Charles P. Scott, der die Zeitung von 1872 bis 1929 leitete, bewegte sich das Blatt immer weiter auf die Liberalen zu und wurde in den 1880er Jahren zu einer treibenden Kraft hinter Premierminister Gladstones *Irish Home Rule*-Kampagne. Scott zeichnete sich weiterhin durch seine feste Überzeugung aus, dass eine öffentliche Diskussion existentiell war für Politik.¹⁴³ Neben der Selbstregierung für Irland hatte Scott sich auch immer wieder für politische Reformen

¹⁴¹ E. Griffiths (ed.), *The Encyclopedia of the British Press, 1422-1992*, London 1992, 193 f.; Davids (1966); Fleming (2010:183 – 198).

¹⁴² Die Dawson-Papiere geben Aufschluss darüber, wie und ob Inhalte mit Politikern abgesprochen oder zumindest diskutiert wurden. Die Dawson-Sammlung befindet sich in den *Times*-Archiven in London und in der Bodleian Library in Oxford. Je nach Fundort wird Dawson zitiert als Dawson (TNL) für die *Times*-Archive oder mit der entsprechenden Bodleian Registratur.

¹⁴³ Hampton (2001:178).

in Indien eingesetzt.¹⁴⁴ Seine Freundschaft mit Edwin Montagu, der als Unterstaatssekretär und dann als Staatssekretär für Indien zwischen 1912 und 1922 wie wenige andere die indischen Reformen prägen würde, beeinflusste die Stellungnahmen seiner Zeitung ebenfalls. Vor diesem Hintergrund erhält die Berichterstattung des *Guardian* über Indiens politische Emanzipation eine besondere Bedeutung. Wie schon eine Generation zuvor die irischen Nationalisten, so konnten auch diejenigen, die Reformen in Indien befürworteten, mit Unterstützung durch den *Guardian* rechnen. Zudem zeichnete er sich unter Scott durch seine Opposition gegen den Burenkrieg aus, womit er konträr zur *Times* stand.

Die Staatssekretäre für Indien, John Morley und später Edwin Montagu, waren dem Publizisten Scott für seine Unterstützung ihrer Reformpolitik dankbar.¹⁴⁵ Gerade Montagu profitierte von Scotts Bekanntschaft mit Lionel Curtis, dessen Forschungen über Verfassungsfragen die indischen Reformen von 1919 erheblich beeinflussten. Auch Scotts Nachfolger William P. Crozier zeichnete sich durch seine liberale politische Haltung aus. Hatte Scott sich für die irische *Home-Rule*-Bewegung stark gemacht, so unterstützte Crozier früh den aufkommenden Zionismus und warnte seine Landsleute vor einer faschistischen Diktatur in Deutschland. Auch der *Guardian* unterhielt ein Netzwerk von Korrespondenten in Indien. Unter ihnen befanden sich zum Beispiel Benjamin G. Horniman, der den *Bombay Chronicle* herausgab. Hornimans Berichterstattung über das Massaker von Amritsar führte dazu, dass das GOI ihn 1919 von Indien nach Großbritannien deportieren ließ. Ein weiterer Indien-Korrespondent für den *Guardian* war Sir Harry Cotton, dessen Vater, Sir Henry, bereits im ICS tätig gewesen war. Beide waren Mitglieder der Liberalen Partei und wurden nach ihrer Rückkehr von Indien nach Großbritannien Parlamentsmitglieder. Der jüngere Cotton saß zudem der Jahressitzung des *Indian National Congress* (INC) im Jahr 1904 vor.

Für die vorliegende Studie ist weiterhin von Bedeutung, welche Zeitungen die weniger gebildeten Öffentlichkeiten erreichten. Die *Daily Mail* war Großbritanniens auflagenstärkste Zeitung, politisch rechts und Pionier des sogenannten *new journalism*, mit dem sich die britischen Massenblätter seit dem späten 19. Jahrhundert visuell verändert hatten und ihre Berichterstattung über Debatten im Parlament und

¹⁴⁴ Kaul (2003:187).

¹⁴⁵ Ibid. (2003:69).

politische Reden inhaltlich kürzten. Als politisch links orientiertes Massenblatt war auch der *Daily Herald* ein Verfechter des *new journalism*. Zwar machten sich Vertreter der Eliten zuweilen über den *new journalism* lustig,¹⁴⁶ doch der Erfolg dieses neuen Stils und die Verkaufszahlen sprachen letztlich für sich. Die Massen hatten ein neues Medium gefunden, und die Medien ihre Massen.

Der 1912 gegründete *Daily Herald*¹⁴⁷ war die einzige Tageszeitung, die offiziell der *Labour*-Partei nahestand. Sein Gründer, George Lansbury, war zeitweise Präsident der *Indian Home Rule League* – eines während des Ersten Weltkrieges in Indien gegründeten Verbandes, der verschiedene Organisationen, die sich in der Kolonie für die Selbstregierung einsetzten, unter einem Dach vereinen wollte – und hatte somit persönliches wie auch politisches Interesse an Indien.

Der *Daily Herald* erschien anfänglich nur, um Arbeiter während eines Streiks zu unterstützen. Ab 1914 gab es eine wöchentliche Ausgabe und seit 1919 erschien der *Daily Herald* als Tageszeitung. Schnell wurde das Blatt zu einer der meistgelesenen britischen Zeitungen und ist durch seine ausdrückliche Nähe zur *Labour*-Partei von großem Interesse. Denn der hier untersuchte Zeitraum fällt zusammen mit *Labours* Aufstieg von einer radikalen Partei bis hin zur ersten Regierungsübernahme 1924 und weiter zur Regierungsbeteiligung im *National Government* der frühen dreißiger Jahre sowie während des Zweiten Weltkrieges. Die Nähe des *Daily Herald* zur Partei wurde 1929 offiziell, als *Labour* und der Gewerkschaftskongress sich entschlossen, die Kontrolle über 49% des finanziell angeschlagenen Blattes zu übernehmen. 51% blieben in den Händen von Odhams Press Ltd., das den *Daily Herald* unter Julius Elias zu einer Auflage von 2 Millionen brachte. Elias zeichnete sich vor allem durch seinen Geschäftssinn aus, was ihn rasch in Konkurrenz zu den Besitzern anderer Massenblätter brachte. Er lieferte sich einen ständigen Kampf mit anderen Zeitungsmagnaten des Landes, unter anderem mit Lord Northcliffe und Lord Beaverbrook, der weniger mit der politischen Einstellung ihrer Zeitungen zu tun hatte als mit der Frage, wer die höchste Auflage erreichen würde.¹⁴⁸ Auch wenn Elias den Kampf in den 1930er Jahren endgültig verlor, blieb der *Daily Herald* durch seine Breitenwirkung ein gewichtiger Akteur. George Lansbury und Julius Elias gelang es weiterhin, hervorragende Redakteure für die Zeitung zu

¹⁴⁶ Griffiths (1992:184).

¹⁴⁷ Seit 1964 veröffentlicht als *The Sun*.

¹⁴⁸ Griffiths (1992:219f).

gewinnen, unter ihnen auch der bekannte Schriftsteller George B. Shaw, ein frühes Mitglied der *Fabian Society*, und Edward M. Forster, der einige Jahre in Indien verbracht und seine Erfahrungen in seinem Roman *A Passage to India* festgehalten hatte. Für die Analyse der Berichterstattung der Zeitung ist wichtig, dass aus Lansburys Sicht Indien, ebenso wie Irland und Ägypten, von Großbritannien unterdrückt wurden.¹⁴⁹

Die *Daily Mail* hatte bereits 1902 mit über einer Million gedruckten Exemplaren die damals höchste Auflage der Welt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war sie in Besitz von Lord Northcliffe, zu dessen Imperium auch die *Times* gehörte und der einer der wenigen Zeitungsmagnaten waren, die Indien selbst bereist hatten. Laut Kaul ist die Indienberichterstattung der *Daily Mail* nie detailliert untersucht worden, obwohl das Blatt eine eigene Seite für Empire- und Auslandsangelegenheiten unterhielt. Ein Grund dafür mag sein, dass verhältnismäßig wenige Leitartikel über Indien verfasst wurden.¹⁵⁰ Dabei darf nicht vergessen werden, dass Kauls Untersuchungen nur die Phase bis 1922 abdecken. Wie weiter unten beschrieben, brachte sich das Blatt jedoch in den 1930ern verstärkt in die Debatte um Reformen in Indien ein, indem es vor allem den konservativen Premierminister Stanley Baldwin attackierte. Der Schwerpunkt der Untersuchung zur Rolle der *Daily Mail* in der Debatte um Indiens Unabhängigkeit fällt folglich in diese Phase des Diskurses.

Nach dem Tode von Northcliffe wurde die *Daily Mail* zusammen mit anderen Zeitungen von seinem Bruder Lord Rothermere übernommen. Rothermere, der seit dem Ersten Weltkrieg diverse politische Posten innehatte, nutzte seine Position als Zeitungsmagnat, um seine politischen Ziele mit Hilfe der Medien zu verfolgen. Als zeitweiliger Hitler-Sympathisant verbündete er sich politisch und journalistisch mit Lord Beaverbrook, um gegen die von Premierminister Stanley Baldwin geplante Einschränkung des Freihandels propagandistisch vorzugehen. Ähnlich vehement betrieb Lord Rothermere eine Kampagne gegen Reformen in Indien.

Der *Daily Worker* – der seit 1966 als *Morning Star* erscheint – war das Sprachrohr der Kommunistischen Partei Großbritanniens (*Communist Party of Great Britain* – CPGB). Seine Gründung im Jahr 1930 fiel in eine der intensivsten Phasen der britischen Indienebatte. Dabei bettete das Blatt Indiens Unabhängigkeit ein in die

¹⁴⁹ Kaul (2003:80).

¹⁵⁰ *Ibid.*, 73f.

Debatte um den weltweiten Klassenkampf.¹⁵¹

Das Radio

Zusätzlich zu den oben erwähnten Zeitungen wird die *British Broadcasting Corporation* (BBC) untersucht, die 1926 ihre *Royal Charter* erhielt.¹⁵² Zwischen 1927 und 1939 stieg die Anzahl der registrierten Radiohörer rapide von 2,2 Millionen auf 9,1 Millionen an, und zeitgenössischen Schätzungen zufolge hatten bis 1935 98% der britischen Bevölkerung Zugriff auf mindestens eine BBC-Station. Die BBC veröffentlichte zudem die Printmedien *Radio Times* und *The Listener*, deren Auflage zusammen bei fast 2,5 Millionen lag.¹⁵³ Die Charter verpflichtete die BBC, das zu senden, was die jeweiligen Ministerien ihr an Information zukommen ließen.¹⁵⁴ Die vorliegende Untersuchung zeigt auf, unter welchen Bedingungen die Agenda für die BBC festgelegt wurde, denn das Sendematerial gab oftmals nicht die Meinung eines Individuums wieder, sondern war das Ergebnis vorheriger Debatten innerhalb einer bestimmten Institution, wie etwa dem Indienministerium.

Trotz der Nähe zur jeweiligen Regierung verpflichtete die BBC-Charter den Sender allerdings auch dazu, für eine ausgewogene Repräsentanz verschiedener politischer Meinungen zu sorgen. Wie das Kapitel zum *Government of India Act* von 1935 zeigen wird, nahm die BBC auch diesen Auftrag ernst. Dennoch versuchten das IO bzw. die jeweilige Regierung, über der Auswahl der Sprecher Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen.

Als öffentlicher Sender war die BBC angehalten, mit den jeweiligen Ministerien Rücksprache zu halten. Dabei wandte sie ein nicht unerhebliches Maß an

¹⁵¹ Die CPGB war früh in einen Konflikt mit der Komintern geraten, da erste Versuche, sich an *Labour* im Allgemeinen und an ihre Indienpolitik im Besonderen anzunähern, von der Komintern abgeblockt wurden. Somit war die CPGB gezwungen, sich auf die Unterstützung unabhängiger Arbeiterbewegungen in den Kolonien zu beschränken. Die indischen Nationalisten wurden als Mitglieder der *Bourgeoisie* eingestuft. Durch Unterstützung unabhängiger Bewegungen wollte die CPGB dagegen die Arbeit des INC unterwandern. Howe (1993, S. 111).

¹⁵² Das hier benutzte Quellenmaterial befindet sich im BBC-Archiv in Reading. Der Sender wurde 1922 als *British Broadcasting Company* gegründet. Im selben Jahr übernahm John Reith, später Sir John, die Leitung des Senders. Sir John Reiths Vision für die BBC sah einen politisch unabhängigen Radiosender als Mittelweg zwischen dem nicht regulierten und kommerziellen Radiomarkt in den Vereinigten Staaten und den rigide kontrollierten Medien in der UdSSR vor. Die erste Feuerprobe für die BBC kam während des Generalstreiks vom 4. bis 12. Mai 1926. Ohne Zugriff auf die regulären Tageszeitungen wandte sich die britische Öffentlichkeit der BBC zu, die jeden Tag fünf Nachrichtensendungen produzierte, um das Königreich auf dem Laufenden zu halten.

¹⁵³ A. Briggs, *The Golden Age of Wireless*, Oxford 1965, 253, 281, zit. in R. Overy, *The Twilight Years: The Paradox of Britain Between the Wars*, Oxford 2009, 376.

¹⁵⁴ A. Goldfarb Marquis, *Written on the Wind: The Impact of Radio during the 1930s*, *JCH* 19, 1984, 399.

Selbstzensur an. So war beispielsweise die Entscheidung, Arbeitsverträge zwischen dem Sender und Kriegsdienstverweigerern zu Beginn des Zweiten Weltkrieges zu kündigen, von der BBC selbst ausgegangen.¹⁵⁵ Diese vorausseilenden Maßnahme bewahrte den Sender jedoch nicht vor tiefgreifenden Veränderungen. Die sieben Aufsichtsratsmitglieder der BBC waren immer von einem parlamentarischen Ausschuss bestimmt worden. Bei Ausbruch des Krieges wurde der Rat auf zwei Mitglieder verkleinert und bildete nun – derart zusammengeschrumpft – das letzte Bollwerk für die Unabhängigkeit des Senders von der Regierung. Noch im Februar 1940 wurden der BBC zudem zwei Berater des Informationsministeriums zugeteilt.¹⁵⁶ Diese Entwicklung erwies sich jedoch als so unpopulär, dass nur ein Jahr später, im April 1941, der Aufsichtsrat wieder auf sechs Mitglieder aufgestockt wurde. Dennoch war die BBC gewarnt, und aus Angst vor einer eventuellen Übernahme durch die Regierung stellte sich eine Selbstzensur ein.¹⁵⁷

Seit 1930 hatte die Berichterstattung des Senders über das Empire zugenommen. Diese Entwicklung fiel zusammen mit dem Indienbesuch der Simon-Kommission und den anschließenden Empfehlungen für politische Reformen für Indien im selben Jahr. Dabei verfolgte die BBC bis in die 1940er eine Linie, die das Empire als modern und progressiv darstellte. Dadurch, dass die BBC viele Absolventen der Universitäten von Oxford und Cambridge einstellte, waren viele Mitarbeiter durch die von W.R. Louis und Reginald Coupland propagierte Theorie des organisch wachsenden Empires geprägt. Sarvepalli Gopals Arbeit über die Verbindungen der in Oxford und Cambridge ausgebildeten Studenten mit Indien zeigte, dass sich das so genannte OxBridge-Netzwerk nicht nur in politischen Institutionen und der Wirtschaft ausbreitete, sondern eben auch in der BBC-Führung,¹⁵⁸ etwa in Gestalt Richard Maconachies, dem Leiter der Talkshow-Abteilung. Maconachies Assistent und Nachfolger, George Banes, kam aus einer Familie, die traditionell ICS-Beamte gestellt hatte. Banes Patenonkel Lord Curzon war um die Jahrhundertwende Vizekönig von Indien gewiesen.

Auch über Indien hinaus existierten Verbindungen ins Empire. Der Leiter der PR-Abteilung der BBC, Stephen Tallents, war, bevor er zur BBC kam, beim *Empire*

¹⁵⁵ R. Mackay, 'An Abominable Precedent': the BBC's Ban on Pacifists in the Second World War, *CBH* 20 (4), 2006, 492.

¹⁵⁶ *Ibid.*, 503.

¹⁵⁷ *Ibid.*, 506.

¹⁵⁸ S. Gopal, All Souls and India, 1921-1947, *JCIH* 27 (2), 1999, 86-106.

Marketing Board tätig gewesen. John Coatman, der für die Nordregion zuständige BBC-Direktor, war Professor für imperiale Wirtschaftsbeziehungen an der *London School of Economics*. Der in Indien geborene Schriftsteller George Orwell, Produzent der BBC-Indienabteilung, war Polizeibeamter in Burma gewesen, das bis 1935 Teil Britisch-Indiens war. Wie Hajkowski aufzeigte, wurde die Empire-Darstellung der BBC vor allem durch zwei Merkmale gekennzeichnet: erstens durch Programme, die das Wissen über das Empire förderten und zweitens dadurch, dass während Krisenzeiten die Kooperation zwischen der Metropole und der kolonialen Peripherie hervorgehoben wurde.¹⁵⁹

Weitere Quellen

Die Untersuchung der Tagespresse und der Radioberichterstattung wird ergänzt durch die vom Hansard-Verlag veröffentlichten Unterhausdebatten zu Indien. Auszugsweise wurden die wichtigsten Passagen der Debatten in der damaligen Zeit auch in der *Times* und im *Guardian* abgedruckt und somit einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Auch wenn die Mitglieder des Parlaments eine kleine elitäre Gruppe bildeten, so sind die Parlamentsdebatten von großem Nutzen für die Erforschung der öffentlichen Debatte. Zum einen geben die Unterhausdebatten Aufschluss darüber, welche politische Relevanz Indien zu welchem Zeitpunkt hatte. Die Zahlen der Sitzungsteilnehmer zum Beispiel geben zudem Auskunft darüber, ob Politiker es für angebracht hielten, als Vertreter ihrer Wahlkreise an den entsprechenden Unterhausdebatten teilzunehmen. Weiterhin verfolgten verschiedene Interessengruppen diese Debatten und trugen nicht selten die im Unterhaus vorgebrachten Argumente in die Öffentlichkeit und auch umgekehrt.

Zusätzlich werden zeitgenössische Pamphlete und Monographien in den Quellenapparat aufgenommen. Diese Quellen müssen allerdings mit Vorsicht behandelt werden, da ihre Breitenwirkung aller Wahrscheinlichkeit nach eher gering einzustufen ist. Der Wert dieser Art von Quellen liegt demnach – in der Regel – weniger in seiner Publikumswirksamkeit, als dass sie Einblick darüber geben, welche Autoren wen oder welche Gruppierungen unterstützten.

Eine weitere Quellengruppe spiegelt die Arbeit von Einrichtungen zur Erwachsenenbildung. Sogenannte *Weekend Schools* und *Day Schools* erfreuten sich in

¹⁵⁹ T. Hajkowski, *The BBC, the Empire, and the Second World War, 1939 – 1945*, *HJFRT*, V. 22, No. 2, 2002, 135.

der damaligen Zeit großer Beliebtheit, zusätzlich zu den alljährlichen *Summer Schools* und den sogenannten *Labour Colleges*, die alleine zwischen 1924 und 1939 2.520 Kurse organisierten, zu denen beinahe 155.000 wissensdurstige Zeitgenossen strömten.¹⁶⁰ Die *Labour Colleges* wurden organisiert vom *Central Labour College*, das es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Arbeitern Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten. Sie wurden von den Gewerkschaften unterstützt. Zu den Dozenten zählten z.B. Harold Laski und Henry Brailsford. Laski war Ökonom und Politiker, dessen spätere Schriften über Marxismus und Klassenkonflikt einen erheblichen Einfluss auf Jawaharlal Nehru haben sollten. Brailsford war Journalist, wird dem linken politischen Spektrum zugerechnet und war unter anderem als Korrespondent des *Guardian* in Frankreich, Ägypten und auf dem Balkan tätig.

Manche der hier erwähnten institutionellen Akteure gründeten Vereine, die auf nationaler Ebene operierten. Im Falle der *League of Nations Union* etwa wurden bis 1927 über 2.500 lokale Ableger ins Leben gerufen.¹⁶¹ Während des hier untersuchten Zeitraums taten sich in Großbritannien in Bezug auf Indien vor allem die *Indo-British Association* (IBA), die *India Empire Society* (IES), die *India Defence League* (IDL) und die *Union of Britain and India* (UBI) hervor. Dabei zeichneten sich die ersten drei durch ihre Opposition zu Reformen aus, die mehr Regierungsverantwortung in indische Hände geben wollten. Die UBI dagegen entstand in den 1930er Jahren, unterstützt durch das Indienministerium, um der Regierung in der PR-Arbeit gegen die Reformgegner beizustehen. Diese Gruppierungen waren kurzlebig, da sie oft nur gegründet wurden, um sich während eines bestimmten Abschnitts des Diskurses für oder gegen die politischen Reformen der Zeit stark zu machen. Nicht selten, wie im Falle der IDL, fanden sich dann die Mitglieder einer Interessengruppe zu einem späteren Zeitpunkt unter einem anderen Namen erneut zusammen, um weiter an der Debatte zu politischen Reformen in Indien teilzunehmen.¹⁶²

Um einen näheren Einblick in die Entstehungsgeschichte dieser Vereine bzw. Gesellschaften zu erhalten, werden nicht nur deren Veröffentlichungen, sondern auch die interne Kommunikation untersucht. Dazu zählen Briefwechsel mit Winston Churchill, Briefe aus der Sammlung des Staatssekretärs für Indien Sir Samuel Hoare

¹⁶⁰ Overy (2009:379).

¹⁶¹ Ibid., 225.

¹⁶² Die Entstehung solcher Interessengruppen während eines Diskurses wurde an anderer Stelle definiert als „subtiler Schritt zur Institutionalisierung öffentlicher Meinung von Zeitungen bis hin zu repräsentativen politischen Assoziierungen“. Kapalgam (2002:148).

und die seines damaligen Privatsekretärs Richard A. Butler, sowie Briefe von Howell A. Gwynne, dem Chefredakteur der *Morning Post*, die in der Debatte um das Amritsar-Massaker eine große Rolle spielte. Außerdem stützt sich die Untersuchung auf Briefe, Schriften und Beiträge von Sir Henry Croft, ein prominentes Mitglied der IDL, sowie von Louis Stuart, Sekretär der IES, und von Sir John P. Thompson, dem Vorsitzenden der UBI. Diese interne Korrespondenz gibt einen Einblick in die taktische Arbeit der verschiedenen Gruppen, ihre Verknüpfungen mit Politik und Presse und nicht zuletzt auch in die Finanzierung ihrer Arbeit. Gerade der letzte Punkt ist von Bedeutung, insofern er aufzudecken hilft, wer wie versuchte, sich solcher Gruppierungen zu bedienen, um die öffentliche Debatte zu beeinflussen.

Zusätzlich werden IO-interne Papiere als Quellenmaterial herangezogen, wie die Korrespondenzen der innerhalb des Untersuchungszeitraums amtierenden Vizekönige: Curzon, Hardinge, Chelmsford, Reading, Irwin, Willingdon, Linlithgow, Wavell und Mountbatten¹⁶³ sowie die einiger der Staatssekretäre für Indien im IO: Morley, Montagu, Hoare, Zetland, Amery und Pethick-Lawrence. Diese und die Papiere der in der IO-Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit enthaltenden Sammlungen ergeben ein Bild des institutionalisierten Wissens und der Versuche, dieses Wissen zu kontrollieren und durch gewisse Kanäle nach außen hin zu steuern. Die Kommunikation zwischen der britischen Regierung in Indien und dem IO gibt Hinweise darauf, wie die Meinung der britischen Öffentlichkeit im jeweiligen Amt eingeschätzt wurde. Eine offizielle Telefonverbindung zwischen dem IO und dem GOI wurde erst im April 1931 feierlich eingeweiht.¹⁶⁴

Großbritanniens politische Parteien veröffentlichten zudem eigenes Material zu wichtigen Indien-Themen. Wie weiter unten aufgezeigt wird, waren diese Veröffentlichungen oft das Ergebnis einer parteiinternen Konsensbildung, der hitzige Debatten vorausgegangen waren. Die Indiendebatte fand nämlich nicht zwischen monolithischen Parteiblöcken statt, sondern wurde ebenso innerhalb der Parteien wie parteiübergreifend geführt. Die Protokolle der Parteitage waren der britischen

¹⁶³ Für die Korrespondenz der letzten drei werden vor allem die von N. Mansergh und P. Moon edierten TOP Dokumente verwandt.

¹⁶⁴ Das erste Gespräch auf dieser Linie fand zwischen dem damaligen Staatssekretär Sir Samuel Hoare und dem Gouverneur von Bombay, Sir Frederick Sykes, statt. Der Staatssekretär gab während des Telefonats seiner Hoffnung Ausdruck, dass die neue Verbindung es ermöglichen würde, Missverständnisse schnell aus dem Weg zu räumen oder in dringenden Fällen Probleme rasch zu lösen. Mitschriften der Telefonate wurden scheinbar nicht erstellt. *Pathé News*, 13. April 1931, <https://www.youtube.com/watch?v=ftTNHz9opQs>.

Öffentlichkeit zugänglich und wurden in Auszügen in der Tagespresse wiedergegeben und diskutiert. Gerade die *Labour*-Partei konnte sich bereits zu einem frühen Zeitpunkt auf eine ausgezeichnet organisierte Öffentlichkeitsarbeit stützen, die der britischen Presse einen kostenfreien Nachrichtendienst zur Verfügung stellte. Dagegen kam die Propagandaarbeit der Konservativen zwischen den Wahlen beinahe zum Erliegen. Erst in den frühen zwanziger Jahren dachte man über ein besseres und effektiveres System nach, das ähnlich wie das der *Labour*-Partei eine regelmäßige eigene Öffentlichkeitsarbeit garantieren würde.¹⁶⁵

Zeitgenössische Untersuchungen über die öffentliche Meinung werden in vielen Fällen heutigen Standards kaum gerecht, insofern sie nicht alle relevanten Gruppen adäquat mit einbeziehen. Gallup kam damals diesen Standards am nächsten,¹⁶⁶ allerdings sind Umfragen zur öffentlichen Meinung in Großbritannien zum Thema Indien nur für die Zeit nach 1937 verfügbar. Die BBC unternahm darüber hinaus ihre eigenen Umfragen zu Indien. Diese wurden jedoch nicht von professionellen Analysten, sondern von Korrespondenten durchgeführt, die ihre eigenen Kontakte befragten. Dabei muss eingeräumt werden, dass sich die BBC-Reporter darum bemühten, ein möglichst breites soziales Spektrum abzudecken und der Sender darauf Wert legte, in verschiedenen Regionen mit Hunderten von Interviewpartnern zu sprechen.¹⁶⁷

Andere Meinungsumfragen wurden in sogenannten *Mass Observation File Reports* zusammengetragen. Diese Berichte wurden von *Mass Observation* gesammelt, einer Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Nation mit „objektiven und neutralen“ Studien über die Geschehnisse in Großbritannien zu versorgen. Sie hatte ein landesweites Netz freiwilliger Helfer aus allen sozialen Schichten aufgebaut, die ihr Ohr am Puls der Nation haben sollten. Neben diesen Freiwilligen bediente man sich der Expertise von Sozialwissenschaftlern, die sich methodisch mit den *Reports* auseinandersetzten. Ähnlich wie im Fall der Gallup-Umfragen wurde diese Arbeit in Großbritannien erst in den späten dreißiger Jahren aufgenommen.

¹⁶⁵ Siehe dazu vor allem D.M. Sutherlands Memorandum: Outline of a Scheme for Conservative Propaganda, ca. 1923, *Baldwin Papers* 48/2-9.

¹⁶⁶ G.H. Gallup (ed.), *The Gallup International Public Opinion Polls, Great Britain 1939-1975, Bd. I: 1937-1964*, New York 1976.

¹⁶⁷ z. B.: A Listener Research Report, „India“. The State of British Public Opinion on India in the Autumn 1941, (R 9/9/5).

Bereits diese Einleitung hat deutlich gemacht, dass die Debatte um Indien zwar überwiegend von Experten, Journalisten und politischen Entscheidungsträgern geführt wurde, aber auch in eine breitere Öffentlichkeit getragen wurde, angefangen mit den durch den GIA im Jahr 1909 eingeleiteten Reformen, durch den der Indiendebatte größere Aufmerksamkeit zuteil wurde. Diese Debatte muss jedoch im Kontext anderer innenpolitischer Ereignisse gesehen werden. Um die weiter oben angeführten Thesen zu belegen, werden entscheidende emanzipatorische Prozesse in Indien parallel zu einschneidenden Ereignissen im Mutterland betrachtet. Dazu zählen die Reformgesetzgebungen für Indien von 1909, 1919 und 1935, außerdem die Debatte um das Amritsar-Massaker von 1919 sowie die Untersuchungen über die Unruhen im Punjab im selben Jahr, die Simon-Kommission von 1928, die drei sogenannten *Round Table Conferences*, die zwischen 1929 und 1932 stattfanden, dazu parteiinterne Machtkämpfe vor allem innerhalb der Konservativen Partei, sowie Indiens Einsatz für das britische Empire während der beiden Weltkriege, und nicht zuletzt die Aktionen der zahlreichen Protestbewegungen in Indien und die letzte Phase des Machttransfers zwischen 1942 und 1947.

The Oriental mind is free from the trammels of logic. It is a literary fact that the Oriental mind can accept and believe two opposite things at the same time.

Leitartikel in der *Times*, 22. Mai 1907

I: Großbritanniens Ansehen

1. Die britische Indiendebatte vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und politischer Umbrüche

Die britische Debatte über politische Reformen in Indien zwischen 1909 bis zur Unabhängigkeit des Subkontinentes im Jahre 1947 fiel zusammen mit Ereignissen, die Großbritanniens politische und gesellschaftliche Landschaft entscheidend und dauerhaft veränderten. Diese Ereignisse waren sowohl innenpolitischer als auch weltpolitischer Natur. Zur Zeit der Feierlichkeiten zum 60. Thronjubiläum von Königin Viktoria im Jahre 1897 wurden im Vereinigten Königreich zunehmend Zweifel an der Beständigkeit des Empire laut. Rudyard Kipling fasste diese treffend in seinem Gedicht *Recessional* zusammen, in dem er dem britischen Stolz über das Empire Ausdruck verlieh und doch zugleich vor Dekadenz und Verfall warnte.¹⁶⁸ Die Ereignisse des Burenkrieges (1899 bis 1902) schienen Kiplings Warnungen Recht zu geben, war es den südafrikanischen Buren doch gelungen, der britischen Armee große Verluste zuzufügen.

Philip Blom wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass zwischen den 1890ern und den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die für das britische Empire beschämende Kriegsführung in Südafrika mit einer europaweiten Neubewertung des Kolonialsystems zusammenfiel. Die europäischen Kolonialmächte sahen sich einer Welle von Kritik ausgesetzt, die die Repressalien in den Kolonien anprangerte.¹⁶⁹ Kampagnen gegen das an Genozid grenzende Herrschaftssystem König Leopolds in Belgisch-Kongo in den 1890er Jahren folgten Nachrichten über das Massensterben weißer Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern, die 1900 von den britischen

¹⁶⁸ Far-called, our navies melt away;
On dune and headland sinks the fire:
Lo, all our pomp of yesterday
Is one with Nineveh and Tyre!
Judge of the Nations, spare us yet.
Lest we forget – lest we forget!

¹⁶⁹ Blom (2008:100ff.). Das entsprechende Kapitel trägt den Titel „The shame of Empires“.

Truppen für die Buren in Südafrika errichtet worden waren. In Südwestafrika schlugen deutsche Truppen 1904 blutig den Hereroaufstand nieder. Flüchtende Hereros wurden gezielt von den wenigen Wasserstellen in der namibischen Wüste vertrieben und verdursteten zu Tausenden. Die Holländer gingen seit den 1870er Jahren bis 1907 im indonesischem Aceh brutal gegen die lokale Bevölkerung vor. Und selbst Großbritannien reihte sich durch das Massaker von Amritsar im Jahr 1919 in die Reihe der repressiven Kolonialmächte ein.¹⁷⁰

Ähnlich wie Blom deutet auch Richard Overy auf eine sich seit dem 19. Jahrhundert ausweitende Unsicherheit hin, die ihren Ursprung in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch wissenschaftlichen und kulturellen Veränderungen hatte.¹⁷¹ Diese wiederum mündete in der Phase, während der sich die Evolutionstheorie immer weiter etabliert hatte und somit das Konzept der natürlichen Selektion.¹⁷² Die Übersetzung des „Kapital“ von Karl Marx ins Englische fiel in die 1870er und 1880er Jahre. Diese Entwicklungen förderten die Entstehung neuer politischer Kräfte auch in Großbritannien, wie etwa die Gründung der *Independent Labour Party* 1893 zeigt.

Dazu kamen hitzige politische Debatten, wie etwa über die *Home Rule* in Irland im Jahr 1914, die die Angst vor einem Bürgerkrieg schürte, der zur Aufspaltung des Vereinigten Königreichs führen könnte. Hinzu kamen Streiks und Demonstrationen der Suffragetten, die das Wahlrecht für Frauen einforderten.¹⁷³ Politische Umwälzungen mussten nicht nur auf nationaler, sondern auch auf innerparteilicher Ebene bewältigt werden. Vor dem Hintergrund sich ändernder Gewissheiten und Loyalitäten ist es wenig erstaunlich, dass alle drei Parteien, die Konservativen, die Liberalen und auch *Labour*, innere Konflikte bewältigen mussten. Diese Konflikte wirkten sich auch auf die Kolonial- und damit die Indienpolitik des Königreiches aus.

Wie bereits gesagt wurde die britische Indienpolitik nicht von Parteiblöcken betrieben, sondern musste innerhalb der Parteien und oft auch parteiübergreifend diskutiert werden, und dies oft in Zusammenhang mit Angelegenheiten, die andere Teile des Empire betrafen. Sowohl Bloms als auch Overys Analyse lassen den Schluss zu, dass bis 1914 ein Prozess eingesetzt hatte, für den der Erste Weltkrieg mehr

¹⁷⁰ Cain (2007:30).

¹⁷¹ Overy (2009).

¹⁷² J. Harris, *Private Lives, Public Spirit: Britain: 1870-1914*, Oxford 1993, 226.

¹⁷³ Thompson (2006:120).

Katalysator als Anfangspunkt war, und ein Opfer dieser Entwicklungen wurde das britische Zweiparteiensystem.¹⁷⁴

Seit Georg Dangerfields im Jahr 1935 veröffentlichtem Buch *The Strange Death of Liberal England* haben Historiker versucht, den „plötzlichen Bedeutungsverlust“¹⁷⁵ der Liberalen nach 1918 zu erklären. Sie konnten sowohl 1906 als auch 1910 und 1918 die Wahlen für sich entscheiden, führten wichtige Reformen durch und führten das Königreich durch den Ersten Weltkrieg. Wie Palmowski aufzeigt, setzten erste Verfallserscheinungen jedoch bereits in der Zeit vor dem Krieg ein. Die Rivalität zwischen den Parteiführern Herbert Asquith und Lloyd George brachte die Parteiarbeit zum Stillstand. Palmowski führt weiterhin an, dass es den Liberalen nach 1918 nicht mehr gelang, ihren Wahlkampf und ihre politische Arbeit auf die zunehmend durch die Ereignisse an der Front geprägte Wählerschaft einzustimmen. Das dadurch entstandene Vakuum wurde sowohl von den Konservativen als auch von der *Labour*-Partei ausgefüllt, wobei erstere im Jahr 1922 wieder eine eindeutige Mehrheit im Unterhaus erlangen konnten.¹⁷⁶ Die Umstrukturierung der politischen Landschaft in Großbritannien, in deren Verlauf die Liberale Partei über mehrere Jahre nur noch drittstärkste Kraft war, nahm folglich bereits vor 1914 ihren Anfang und hielt bis weit in die 1920er Jahre an.

Die Spaltung der Liberalen war auf divergierende Auffassungen bezüglich der Zukunft des Empires zurückzuführen und hatte bereits 1899 mit der Wahl des neuen Parteiführers Henry Campbell-Bannermann eingesetzt. Einer seiner Vorgänger, Lord Rosebury, unterstützte die von der *Imperial Federation League* propagierte imperiale Föderation, einen engen Zusammenschluss der Kolonien. Auf der anderen Seite glaubten Campbell-Bannerman und sein Nachfolger Herbert Asquith, imperiale Einheit durch mehr Autonomie stärken zu können.¹⁷⁷ Weitere innerparteiliche Streitigkeiten basierten auf unterschiedlichen Ansichten zum Burenkrieg. Während die Pro-Buren-Fraktion gegen den Krieg war, unterstützten die *Liberal Imperialists* die Kampfhandlungen.¹⁷⁸

¹⁷⁴ Blom (2008) und Overy (2009) liefern hervorragende Einblicke in diesen Themenbereich. V. Nicholson erforschte die neue Rolle von Frauen: *Singled Out. How Two Million Women Survived Without Men after the First World War*, Oxford 2007; und andere Autoren analysierten Umbrüche in Politik und Gesellschaft.

¹⁷⁵ J. Palmowski, Auf der Suche nach der neuen Mitte: Die britische Liberale Partei 1914-1931, *GG* 29, 2003, 41.

¹⁷⁶ M. Roberts, Popular Conservatism in Britain, 1832-1914, *PH* 26, 2007, 393.

¹⁷⁷ R. Quinault, Asquith's Liberalism, *JHA* 77 (249), 1992, 47.

¹⁷⁸ G. Bernstein, Sir Henry Campbell-Bannermann and Liberal Imperialists, *JBS* 23 (1), 1983, 113.

Innerhalb der Konservativen Partei war Joseph Chamberlain einer der ersten Verfechter eines besser an das Mutterland angebundene und untereinander vernetzten britischen Empire. Der ehemalige *Liberal President of the Board of Trade* hatte sich während des späten 19. Jahrhunderts den Konservativen angenähert und wurde im Jahr 1895 von Premierminister Salisbury zum Kolonialminister ernannt. Nach dem schwer erkämpften Sieg im Burenkrieg 1903 und vor dem Hintergrund sich anbahnender Zweifel an der Macht des Empire trat Chamberlain von seinem Posten zurück, um seine gesamte Aufmerksamkeit den von ihm propagierten Tarifreformen zu widmen. Diese Reformen sollten den Freihandel beenden und das Empire durch einen nach außen geschützten Handel stärken. Chamberlains Vision sah eine kulturelle, politische, wirtschaftliche und strategische Union zwischen dem Königreich und den *Dominions* vor, die auf wirtschaftlicher Kooperation, Tarifreformen und imperialer Handelspräferenz beruhte.¹⁷⁹ Diese Vision wurde von einer Gruppe jüngerer Konservativer mit Eifer aufgenommen. Unter ihnen befand sich Henry Page Croft, der als Abgeordneter der Konservativen bis in die späten 1940er für die Stärkung des Empires eintrat und ein ständiger Kritiker politischer Reformen in Indien war, ebenso wie Leo Amery, ebenfalls bis 1945 Abgeordneter der Konservativen Partei und zuletzt Indienminister unter Churchill.

Die *Labour-Partei* setzte sich gleichfalls kontrovers mit dem Empire und seiner Bedeutung für das Königreich auseinander. Die Parteiführer Keir Hardie und Ramsay MacDonald hatten beide vor dem Ersten Weltkrieg Indien bereist und ihre Eindrücke in einigen Publikationen festgehalten.¹⁸⁰ Ihre unterschiedlichen Schlussfolgerungen mussten parteiintern bewältigt werden und bildeten den Beginn einer Auseinandersetzung, die bis in die 1930er Jahre anhielt. Die beiden Lager der Partei lassen sich grob in „Idealisten“, angeführt durch Hardie, und die „Pragmatiker“ um MacDonald aufteilen.¹⁸¹ Hardie wollte Indien mit den „weißen“ *Dominions* (Australien, Neuseeland, Kanada und Südafrika) auf eine Stufe stellen und setzte sich für die baldige Selbstverwaltung des Subkontinents ein. MacDonald dagegen sah Indien als Sonderfall, da er der britischen Kolonie keinen nationalen Charakter

¹⁷⁹ L. Witherell, Sir Henry Page Croft and Conservative Backbench Campaigns for Empire, 1903-1932, *PIH* 25 (3), 2006, 358.

¹⁸⁰ K. Hardie, *India, Impressions and Suggestions*, London 1909; R. MacDonald, *The Awakening of India*, London 1910.

¹⁸¹ H. Brasted & C. Bridge, The British Labour Party and Indian Nationalism, 1907-1947, *SA* 11 (2), 1988, 69-99.

zugestand, sondern es lediglich als geographische Einheit betrachtete. Vor diesem Hintergrund stellte sich für ihn die Frage, ob Indien grundsätzlich in der Lage sei, sich selbst zu regieren. Zunächst gelang es MacDonald sich durchzusetzen, nicht zuletzt auch wegen Hardies Tod im Jahre 1915.¹⁸² Erst Clement Attlee, der als Premierminister letztlich die Unabhängigkeit Indiens einleiten sollte, konnte die beiden Lager vereinen.¹⁸³

Nicht weniger bedeutend waren in diesem Zusammenhang innenpolitische Themen, vor allem die Haushaltsdebatten um das sogenannte *People's Budget* im Jahr 1909. Die Einführung des *People's Budget* durch Finanzminister Lloyd George führte zu tiefen strukturellen Veränderungen, etwa der Einführung der Alterspension und anderen sozialstaatlichen Maßnahmen, die durch Steuererhöhungen für die Oberschichten finanziert wurden. Sein Sieg gegen den Widerstand des Adels bedeutete die faktische Entmachtung des Oberhauses.¹⁸⁴ John Fairs empirische Untersuchung über das Abstimmungsverhalten im britischen Parlament zeigt, wie sich Liberale und *Labour*-Abgeordnete zwischen 1906 und 1918 immer stärker angleichen, so dass es in vielen Bereichen zu einem Liberalen/*Labour*-Konsens kam.¹⁸⁵ Nicht unwahrscheinlich ist, dass die parteiübergreifende Kriegskoalition zwischen 1914 und 1918 dazu beitrug, Parteilinien in einigen Bereichen zu verwischen. Der Aufstieg der *Labour*-Partei ist jedoch nicht nur mit dem Niedergang der Liberalen Partei zu erklären. Es gelang *Labour* vielmehr, auch Anhänger aus dem konservativen Lager abzuwerben.¹⁸⁶ Diese Entwicklung trat vor allem nach 1918 ein. Entscheidend hierbei war, dass die Parteiführer Ernest Bevin und Herbert Morrison Kommunisten aus der Partei ausschlossen. Weiterhin etablierte sich *Labour* als politische Partei durch seine patriotische Haltung während des Ersten Weltkrieges, die weitgehend mit der Haltung der Arbeiterklasse übereinstimmte.¹⁸⁷ Vor diesem Hintergrund trieb Staatssekretär John Morley nach dem Wahlsieg der Liberalen von 1905 ein folgenreiches

¹⁸² J. Hyslop, *The World Voyage of James Keir Hardie: Indian Nationalism, Zulu Insurgency and the British Labour Diaspora, 1907-1908*, *JGH* 1, 2001, 361.

¹⁸³ *Ibid.*, 89; Howe (1993:45ff.).

¹⁸⁴ G. Oakley, *The People's Budget in the North and Squire Thelluson of Brodsworth Hall*, *NH* 42 (2), 2005, 329-47; B. Murray, *The Politics of the 'People's Budget'*, *HJ* 6 (3), 1973, 555-70.

¹⁸⁵ J. Fair, *Labour's Rise and the Liberal Demise: A Quantitative Perspective on the Great Debate, 1906-1918*, *AQ* 34 (1), 2002, 58-73.

¹⁸⁶ M. Pugh, *The Rise of Labour and the Political Culture of Conservatism, 1890-1945*, *History* 87 (288), 2002, 514-37; Roberts (2007:393).

¹⁸⁷ *Ibid.*, 519. Die Gewerkschaften hatten der Revolution entsagt und sich für die "Klassenkooperation" entschieden.

Reformpaket für Indien voran.

2. Die Indienebatten in Großbritannien vor dem Hintergrund der britisch-indischen Beziehungen seit 1600

Zu Morleys Zeiten war der britische Herrschaftsanspruch über Indien durch die Krone noch keine fünfzig Jahre alt, doch die britisch-indische Verbindung bestand bereits seit 300 Jahren. Im Dezember 1600 verlieh Königin Elisabeth I. der britischen *East India Company* (EIC) das Monopol für den Handel östlich des Kaps der Guten Hoffnung. Portugiesische Schiffe waren bereits 1498 an der indischen Südostküste gelandet und gründeten einen Handelsposten in Goa. Von dort expandierten sie in den indonesischen Archipel. Die Holländer folgten ungefähr einhundert Jahre später, und etablierten sich vorwiegend in Java und Sumatra. Als Schiffe der EIC im Jahr 1608 in der Nähe von Surat, knapp 300 Kilometer nördlich von Bombay, dem heutigen Mumbai, vor Anker gingen, hatten die anderen europäischen Kolonialmächte bereits wichtige Brückenköpfe vor Ort besetzt. Im Jahr 1660 brachte Katharina II von Portugal zudem Bombay als Mitgift in ihre Ehe mit dem englischen König Charles II. ein, was die weitere Expansion begünstigte, da die EIC die Stadt ab 1674 gegen Bezahlung an den König als Hauptquartier nutzen konnte. Bis 1690 hatte die EIC ihre Einflussbereich entlang der Küstenlinie bis in den Nordosten Indiens ausgedehnt, wo sie 1690 Kalkutta, das heutige Kolkata, gründete, das in der Folge zum Stützpunkt der EIC wurde.¹⁸⁸ Versuche unter Sir Josiah Child, seit den späten 1680ern Gouverneur der EIC, die britische Herrschaft in Indien weiter auszubauen, führten jedoch zu finanziell verlustreichen Expeditionen.

In diesen Zeitraum fiel auch die französische Expansion in Indien. Seit 1664 gründete Frankreich Handelsposten in Pondicherry, Chandernagore und Masulipatam. Pondicherry liegt ca. 150 Kilometer südlich von Madras, dem heutigen Chennai, also in empfindlicher Nähe des dortigen britischen Handelspostens. Während des 17. Jahrhunderts agierten die britischen und französischen Handelsfirmen friedlich nebeneinander. Das änderte sich jedoch mit dem Beginn des lange währenden Konflikts der beiden Länder im 18. Jahrhundert. Die britisch-französische Rivalität in Indien wurde 1761 durch die Truppen der EIC unter dem Kommando von Oberstleutnant Robert Clive zugunsten Großbritanniens entschieden.¹⁸⁹

¹⁸⁸ Burke & Quraishi (1995:3f.).

¹⁸⁹ J. Keay, *The Honorable Company. A History of the English East India Company*, London 1991, 268ff.

Laut Read und Fisher hatte die EIC – und auch Großbritannien selbst – lediglich Interesse an „Profiten und nicht an glorreichen Eroberungen“, die, wie das Beispiel der Unternehmungen von Sir Josiah Child gezeigt hatte, zu risikoreich waren.¹⁹⁰ Es waren gerade die Profite, oder besser gesagt der Mangel an Profiten, der das britische Parlament in den 1770er Jahren dazu bewegte, sich in Indiens Verwaltung einzumischen. Die Korruption war innerhalb der EIC so ausgeprägt, dass es ihr in jener Zeit nicht möglich war, die fälligen Steuern zu zahlen. Als die Kompanie einen Kredit erbat, um den bevorstehenden Bankrott zu verhindern, war das Parlament bereit, die Gelder zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug wurde 1773 der *Regulating Act* verabschiedet, mit dem das Parlament zum ersten Mal direkt in die indische Verwaltung eingriff. Unter anderem ernannte das Parlament nun einen Generalgouverneur für Indien, der von der EIC bezahlt wurde und von Kalkutta aus zusammen mit einem Rat der Kompanie vorstand.

Der erste Generalgouverneur, Warren Hastings, sah keinen Nutzen in einer Eroberung Indiens. Dabei war die Weigerung, Teile Indiens zu annektieren keineswegs so zu verstehen, dass Großbritannien nicht daran interessiert gewesen wäre, weitreichende territoriale Kontrolle auszuüben.¹⁹¹ Denn Hastings stellte sicher, dass die EIC indirekt Einfluss auf die Prinzenstaaten nahm, um ein für den britischen Handel und die Anliegen der EIC günstiges politisches Klima zu schaffen. Trotzdem vertiefte sich über die nächsten Jahrzehnte der britische Widerstand gegen weitergehende territoriale Eroberungen in Indien. Der GIA (*Government of India Act*) von 1784 verbot solche Schritte sogar ausdrücklich und übertrug die Entscheidungsgewalt einem aus sechs Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat in London. Auch noch 25 Jahre später schrieb der neue Generalgouverneur Lord Cornwallis, dass jegliche Expansion in Indien wegen der hohen Kosten und des großen Verwaltungsaufwands unerwünscht sei.¹⁹²

Allerdings war London weit weg, und es war nicht möglich, über eine solche Distanz effektive Kontrolle auszuüben. Zum einen waren die Männer vor Ort häufig gezwungen, initiativ tätig zu werden, denn nicht jede Entscheidung konnte zunächst mit dem Aufsichtsrat in London abgesprochen werden. Zum anderen gab es

¹⁹⁰ Read & Fisher (1997:10ff.).

¹⁹¹ Gallagher & Robinson (1953:3).

¹⁹² Lord Cornwallis an Lord Lake, 30. August 1805, L/P & J/3, zit. nach Burke & Quraishi (1995:19); Read & Fisher (1997:23).

ausreichend Gelegenheit, die Verzögerungen in der Kommunikation auszunutzen, um Fakten zu schaffen. Die informelle britische Herrschaft in Indien wurde weitgehend auf diese Art ausgebaut. Eine der berühmtesten eigenmächtig durchgeführten Initiativen mit dem Ziel der territorialen Expansion geschah 1842 unter General Sir Charles Napier. War er ursprünglich lediglich damit beauftragt, eine Revolte von muslimischen Herrschern im Sindh niederzuschlagen, schaffte Sir Charles Fakten, indem er letztlich die gesamte Provinz eroberte und der britischen Administration unterstellte.¹⁹³

Die Unruhen im Sindh waren nicht die ersten, die die EIC vor große Herausforderungen stellte. Sie sollten auch nicht die letzten sein. Im Jahr 1857 kam es zur sogenannten *mutiny*. Der direkte Auslöser waren neue Gewehrpatronen, denn der Lademechanismus der Gewehre sah das Aufbeißen der Papierhülle für das Schießpulver vor. Gerüchten nach war die Papierhülle mit tierischen Fetten versehen, was gegen die religiösen Überzeugungen sowohl der hinduistischen als auch der muslimischen Soldaten der EIC verstieß. Was als Befehlsverweigerung unter den indischen Soldaten der EIC begann, mündete in Aufstände, die sich vor allem über den Norden Indiens ausbreiteten.

Die anfängliche Weigerung des Parlaments, direkte Kontrolle auszuüben oder gar in militärische Expeditionen verwickelt zu werden, musste rasch aufgegeben werden, um zugunsten von „britischen Interessen zu intervenieren“.¹⁹⁴ Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Für die britischen Kolonialherren war es ein einschneidendes Erlebnis, und Wagner postuliert, dass die *mutiny* aus britischer Sicht niemals wirklich endete.¹⁹⁵ Die EIC musste in der Konsequenz 1858 ihre Befugnisse abgeben. Die Krone regierte Britisch-Indien fortan direkt, es entstand das sogenannte *British Raj*, wobei die Hindi-Vokabel für „Herrschaft“ steht.¹⁹⁶ Der Generalgouverneur erhielt nun zusätzlich den Titel eines Vizekönigs und stand in der Rangordnung gleich unter Königin Viktoria und dem britischen Premierminister. Der

¹⁹³ Wohlwissend dass dies nicht im Sinne des GIA von 1784 war und letztlich auch weit über sein Mandat hinausging, soll er an seine Vorgesetzten folgende lateinische Nachricht gesendet haben: „*peccavi*“, was ins Englische übersetzt werden kann mit „I have sinned“, wobei „sinned“ phonetisch mit dem Namen der just eroberten Provinz Sindh übereinstimmt. James (1997:104); Read & Fisher (1997:42).

¹⁹⁴ Gallagher & Robinson (1953:11).

¹⁹⁵ Wagner (2019:16).

¹⁹⁶ Dabei hatte bereits der GIA von 1833 die kommerziellen Geschäfte der EIC beendet und sie in eine rein administrative Organisation umgewandelt. Sie verlor ihr Monopol über den Handel in China und Fernost.

Aufsichtsrat der EIC wurde aufgelöst und durch den Staatsminister für Indien im Zusammenwirken mit dem Indienrat ersetzt. Indien war damit die einzige Kolonie, für die ein eigenes Ministerium eingerichtet wurde.¹⁹⁷ Indiens Sonderstatus zeigt sich deutlich im *Royal Titles Act* von 1876, der Königin Viktoria den Titel „Kaiserin von Indien“ verlieh. Innenpolitisch half dieser Schritt, das Empire und Indien näher an den Thron zu binden. In Indien selbst trat nun Königin Viktoria offiziell an die Stelle der ehemaligen Mughal Dynastie als oberste Instanz der sozialen Ordnung. Die indischen Prinzen wurden so zu einer indigenen Aristokratie, die zur Stabilität des Empire in Indien beitragen sollte.¹⁹⁸

Burke und Quraishi bezeichnen die indischen Prinzen und die Großgrundbesitzer als die größten Nutznießer der Rebellion. Die Prinzen erhielten territoriale Garantien, ebenso wie die Landbesitzer. Diese Allianz der britischen Verwaltung mit den konservativen Elementen der indischen Gesellschaft bedeutete, dass es für die künftige westlich ausgebildete indische Mittelklasse schwer sein sollte, Gehör zu finden.¹⁹⁹

Dennoch gab es auch Akteure innerhalb des *British Raj*, denen daran gelegen war, den Tag herbeizuführen, an dem die indischen Untertanen nach politischen Institutionen nach englischem Vorbild rufen würden. In den 1830er Jahren schwang sich Lord Macaulay als Fürsprecher des Ausbaus des indischen Bildungssystems aus. Macaulay, seines Zeichens Historiker und Politiker, war von 1834 bis 1838 Mitglied des Rats des indischen Generalgouverneurs. In einer Parlamentsrede von 1833 hob er die Vorzüge einer aktiven Bildungspolitik in Indien hervor:

[...] having become instructed in European knowledge, they may, in some future age, demand European institutions. Whether such a day will ever come I know not. But never will I attempt to avert or to retard it. Whenever it comes, it will be the proudest day in English history.²⁰⁰

Um dies zu erreichen, sollten in Indien alle Schulen für arabisch und Sanskrit geschlossen werden. Lediglich die Akademien in Benares und Delhi sollten erhalten

¹⁹⁷ Read & Fisher (1997:55).

¹⁹⁸ Cannadine (2001:45f.); M. Mann, Pomp and Circumstance in Delhi, 1877 – 1937 oder: Die hohle Krone des *British Raj*, in P. Brandt, et al. (eds.), *Symbolische Macht und inszenierte Staatlichkeit. „Verfassungskultur“ als Element der Verfassungsgeschichte*, Bonn 2005, 101 – 134; nach wie vor wird das Jahr von Viktorias Krönung zur Kaiserin von Indien oft fälschlicherweise in das Jahr 1858 verlegt, vermutlich in der Annahme, dass dies im GIA von 1858 vorgesehen war, so z.B. Margret Frenz, *A Race of Monsters: South India and the British Civilizing mission in the Later Eighteenth Century*, in Fischer-Tiné & Mann (2004:46-64, hier: 51).

¹⁹⁹ Burke & Quraishi (1995:45).

²⁰⁰ 10. Juli 1833, in HMSO, 1, 479ff.

bleiben. Großbritanniens Mission sollte darin bestehen, die Inder zu „zivilisieren“, was nur möglich sein würde, wenn sie lernten, wie die Briten zu werden.²⁰¹ Ein Teil des Bildungsfonds sollte nach Macaulays Ansicht zukünftig investiert werden, um eine auserwählte Gruppe von Indern nach englischem Vorbild zu formen:

We must at present do our best to form a class who may be interpreters between us and the millions whom we govern, a class of persons Indian in blood and colour, but English in tastes, in opinions, in morals and in intellect.²⁰²

Diese westlich ausgebildete Mittelklasse sollte in den kommenden Jahren in der Tat streben, sich zu organisieren und ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Unter den Briten vor Ort fanden sie einen Verbündeten in Sir Allan Octavian Hume, der es sich während seiner Karriere im ICS durch sein Engagement für eine stärkere Teilhabe von Indern an den Regierungsangelegenheiten nicht leicht gemacht hatte. Nach seiner Pensionierung blieb er in Indien und setzte sich dort für eine repräsentativere Regierungsform ein. Im Jahre 1885 wurde er Gründungsmitglied und erster Vorsitzender des Indischen Nationalkongresses. Der Kongress begann bald, politische Themen zu diskutieren, die über soziale Reformen hinausgingen. Darin wurde er zunächst sogar von Vizekönig Lord Dufferin unterstützt, da der INC ihm die Möglichkeit bot, Schwächen in der Verwaltung besser identifizieren zu können.²⁰³ Es half, dass der INC sich als loyal gegenüber der britischen Krone verstand.

In den kommenden Jahren wurden die Forderungen des INC radikaler, da die britische Seite sich vielen seiner Forderungen widersetzte. Innerhalb des INC kam es zu Streitigkeiten zwischen moderaten und radikaleren Kräften, die bald in einen offenen Konflikt mündeten. Der moderate Flügel wurde von Gopal Krishna Gokhale angeführt, während sich die sogenannten Extremisten hinter Bal Gangadhar Tilak scharten. Gokhale bewunderte die Briten und wollte Fortschritt in Kooperation mit ihnen erreichen. Im Gegensatz dazu war Tilak ein früher Verfechter von *swaraj* – der Hindi-Begriff für „Selbstregierung“.²⁰⁴

²⁰¹ M. Mann, in Fischer-Tiné & Mann (2004:*passim*).

²⁰² T.B. Macaulay, Minute on Education, 2. Februar 1835.

²⁰³ Burke & Quraishi (1995:95).

²⁰⁴ Read & Fisher (1997:81f.); Burke & Quraishi (1995:110f.); James (1997:358); French (1997:36).

3. Staatssekretär John Morleys Kontrolle über das Narrativ

a. Die *Times*, das Indienministerium und Bengalen

Vor diesem Hintergrund übernahm John Morley das Indienministerium. Morley, ab 1908 Lord Morley, war ein liberaler Politiker, der nach einer Karriere als Journalist im Jahr 1883 Parlamentsmitglied geworden war. Unter Premierminister Gladstone wurde Morley zunächst verantwortlich für Irland, wo er sich für die *Irish Home Rule* einsetzte, wenn auch erfolglos.²⁰⁵ Sein Amt als Staatssekretär für Indien übernahm Morley unter Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman nach dem großen Wahlsieg der Liberalen Partei im Jahr 1905. Nach zehn Jahren konservativer Politik standen die liberalen Politiker nun unter anderem vor der Aufgabe, ihre liberalen Versprechen bezüglich Indiens umzusetzen. Morley beabsichtigte ursprünglich lediglich, die legislativen Räte in Indien zu vergrößern und um einige gewählte Inder zu erweitern, die das Recht haben sollten, Budgetvorschläge zu diskutieren und Resolutionen einzubringen.²⁰⁶

Die Reformen sollten die Gesetzgebungen zu den indischen Räten von 1862 und 1892 erweitern. Als sie 1909 endgültig verabschiedet wurden, beinhalteten sie unter anderem folgende Punkte:

- Die Mitglieder der Provinzräte und des Zentralrates in Kalkutta wurden in vier Gruppen aufgeteilt:
 - Ex officio: Generalgouverneur und die Mitglieder seines Exekutivrats
 - Offizielle: vom Gouverneur berufene Beamte des *Indian Civil Service* (ICS)
 - Nicht-Offizielle: vom Gouverneur berufene Mitglieder, die nicht Teil des ICS sind
 - Gewählte: von verschiedenen indischen Wählerschaften gewählt
- Die Anzahl der Mitglieder des Zentralrats wurde von 16 auf 60 erhöht, ausschließlich der Ex-officio-Mitglieder
- Die Anzahl der Mitglieder der Provinzräte wurde auf 30 (im Punjab und Burma) bis 50 (Bengalen, Bombay, Madras, den Vereinigten Provinzen, sowie

²⁰⁵ Seine politische Philosophie fasste er so zusammen: „I am a Liberal by training, and I am a thorough Radical by observation and experience.“ zit. nach D.A. Hamer, *John Morley: Liberal Intellectual in Politics*, Oxford 1968, 160.

²⁰⁶ Mehr dazu in Burke & Quraishi (1995:127f.).

Ost-Bengalen und Assam) festgelegt

- Die indischen Muslime wurden zu einer separaten Wählerschaft
- Offizielle Mitglieder sollten die Mehrheit im Zentralrat haben, wohingegen nicht-offizielle die Mehrheit in den Provinzen stellen sollten
- Den Mitgliedern der gesetzgebenden Räte war es erlaubt, an Diskussionen zum Haushalt teilzunehmen, Veränderungen vorzuschlagen und (mit Ausnahmen) an den Abstimmungen über diese teilzunehmen
- Zwei Inder sollten dem Rat des Staatsministers für Indien beitreten
- Der Generalgouverneur von Indien konnte ein indisches Mitglied für seinen Exekutivrat ernennen

Dies war keine Revolution, aber seit 1892 die erste Maßnahme, um Veränderungen in der indischen Kolonialverwaltung einzuführen.²⁰⁷

Zu Beginn des Jahres 1909 befand sich John Morley in einer entscheidenden Phase, um dieses Reformvorhaben zum Abschluss zu bringen. Just zu diesem Zeitpunkt erhielt er einen Brief von Valentine Chirol, der das außenpolitische Ressort der *Times* leitete. Chirol war einer der einflussreichsten Journalisten und einer der größten Indienexperten seiner Zeit. Ministerialbeamte konnten es sich nicht leisten, seine Leitartikel zu den Entwicklungen im *British Raj* oder der Politik des Indienministeriums bzw. des GOI zu ignorieren.

In seinem Brief an den Staatssekretär ließ Chirol John Morley wissen, dass er Zweifel an dessen Reformvorschlägen habe. Morley schrieb daraufhin an Vizekönig Minto in Kalkutta:

This is bad news for me, for active unfriendliness and opposition from the Times will make a vast deal of difference here. It is the only journal that has followed Indian affairs in a consecutive manner in my time, and it is the only journal read by the very limited class of public folk who take real interest in India. I have asked him to have a talk with me at once. He is an able fellow, and – as I believe – very straight (though Curzonian), but (perhaps I ought not say 'but', but 'therefore') extremely hard to move.²⁰⁸

Diese Einschätzung der Rolle der *Times* erlaubt einen Einblick in die Hintergründe der

²⁰⁷ M.N. Das, *India Under Morley and Minto*, London 1964, 57. R.S. Wasti, *Lord Minto and the Indian Nationalist Movement, 1905-1910*, Oxford 1964.

²⁰⁸ Morley an Minto, 13. Januar 1909, Morley D 573/3. Dabei war die *Times* nicht generell gegen Reformen. Bereits 1906 hatte sie sich für eine weitest gehende Integration gebildeter Inder ausgesprochen und bemängelt, dass die britische Indienpolitik bislang lediglich auf eine die Effizienz der Administration setzte (30. Juli 1906). Als Staatssekretär Morley jedoch tatsächlich einen Ausschuss einberief, um eine entsprechende Umstrukturierung der legislativen Räte zu untersuchen, befürchtete das Blatt, dass ein solcher Schritt aufgrund der Unerfahrenheit der indischen Vertreter fehlschlagen würde (*The Times*, 20. August 1906).

Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums. Morley ging offenbar davon aus, dass die Anzahl der an Indien Interessierten, inklusive der Parlamentarier, sehr gering sei. Mit dieser Meinung stand er nicht allein. Ähnlich äußerte sich der Abgeordnete Samuel Smith, der Indien im Jahre 1905 bereist und als einziges Parlamentsmitglied an der Jahressitzung des Indischen Nationalkongresses teilgenommen hatte. In einem Leserbrief an die *Times* schrieb er:

The masses of our people know almost nothing about the internal state of India. Very few members of Parliament visit the country and study earnestly the condition of the people. Most of our party leaders on both sides of the House are 'colossally ignorant' of India. The Secretary of State for India is usually one who has never seen the country he administers.²⁰⁹

Auch der *Guardian* prangerte die Ignoranz und Indifferenz der meisten Parlamentarier gegenüber Indien an.²¹⁰ Der Chef des IO brauchte allerdings die Unterstützung des Parlaments, um sein Reformvorhaben durchzusetzen. Ein *Times*-Artikel konnte Parlamentarier und Bürger, die nur bedingt informiert waren, schnell gegen ihn aufbringen. Folglich war die *Times* aus Sicht des Ministeriums die wichtigste Zeitung, da man davon ausging, sie sei die bevorzugte Zeitung der Abgeordneten. Seit 1906 war es John Morley gelungen, seine Reformvorhaben so weit voranzutreiben, dass sie kurz vor der Ratifizierung standen. Nun bestand jedoch die Gefahr, dass Chirols Kritik die Reformen zum Scheitern bringen könnte. Um dies zu verhindern, musste Morley die Kontrolle über das Narrativ gewinnen. Eine Herausforderung für bestand für ihn demnach von Anfang an darin, die britische Presse und vor allem die *Times* und innerhalb der *Times* vor allem Chirol auf seine Seite zu ziehen.

Eine wichtige Aufgabe des Staatssekretärs bestand in der folgenden Zeit darin, Valentine Chirol von den geplanten Reformen zu überzeugen und dessen Misstrauen gegenüber dem Indienministerium zu überwinden. Dieses Misstrauen war vor allem auf die sogenannte Curzon-Kitchener-Affäre zurückzuführen. Der *Indian Civil Service* und das Indienministerium waren durch die Konflikte zwischen dem militärischen Oberbefehlshaber in Indien, Lord Herbert Kitchener, und Vizekönig George Curzon gespalten. Lord Kitchener hatte Anstoß daran genommen, dass er lediglich *ex-officio*-Mitglied des vizeköniglichen Rates war und wollte seiner Position mehr Autorität verleihen. Im anschließenden Streit um seine Stellung in Indien wartete Kitchener mit einer beeindruckenden Kampagne auf, in deren Verlauf er sich sogar König Edward

²⁰⁹ *The Times*, 26. April 1905.

²¹⁰ *The Guardian*, 21. Juli 1906.

VII. als Verbündeten sichern konnte. Als John Morleys Vorgänger John Brodrick sich ebenfalls auf Kitcheners Seite schlug, trat Vizekönig Curzon von seinem Posten zurück und wurde von Lord Minto abgelöst.²¹¹

Die Spaltung in Kitchener- und Curzon-Anhänger hatte auch vor den britischen Medien nicht haltgemacht und war bis in die Redaktionsräume der *Times* vorgedrungen. So fanden sich beispielsweise Chirol und sein Chef George E. Buckle in unterschiedlichen Lagern. Chirol, der Vizekönig Curzon unterstützte, hatte nach dessen Abgang in seinen Artikeln einen persönlichen Rachefeldzug gegen das Indienministerium gestartet.²¹² Das Ministerium wiederum hatte der *Times* mit dem Entzug ihres Sonderstatus in Bezug auf den Erhalt offizieller Nachrichten gedroht, als Chirol aus Sicht der Beamten mit seiner Kritik zu weit gegangen war. Als John Morley sein Amt antrat, fand er sich somit einem wenn nicht offen feindseligen, so doch dem IO gegenüber äußerst kritisch eingestellten Indienexperten der *Times* gegenüber.²¹³

John Morley und sein Privatsekretär Arthur Hirtzel setzten alles daran, Valentine Chirol auf ihre Seite zu ziehen. Chirol wurde demnach ein oft gesehener Gast in Morleys Haus in Wimbledon oder erhielt Einladungen zum Lunch. Bei diesen Treffen war stets eine Anzahl IO-Beamter anwesend, um den *Times*-Journalisten auf mehr oder weniger subtile Art umzustimmen.²¹⁴ Währenddessen konnte Morley seine PR-Arbeit getrost auf die *Times* beschränken, denn er genoss bereits die Unterstützung des *Guardian*. Der Redaktion in Manchester war es gelungen, während der Curzon-Kitchener-Affäre ihre Einheit zu bewahren, und die Zeitung kommentierte die Tatsache, dass die Affäre sich auch um die Frage drehte, ob die Kontrolle über Indien in ziviler Hand bleiben sollte, mit Sarkasmus, aber auch mit voller Unterstützung für Morleys Bestreben, Kitchener und damit das Militär in seine Schranken zu weisen.²¹⁵

John Morleys zweite Herausforderung bestand darin, die Machtverhältnisse zwischen seinem Ministerium, dem ICS und dem GOI zu klären. Kalkutta hatte sich bereits in den Jahren vor Curzon einer gewissen Autonomie erfreut. Einmischungen aus Westminster waren bislang selten gewesen, und vor allem Curzon hatte häufig Entscheidungen über die Köpfe von Parlament und IO hinweg getroffen. Pensionierte

²¹¹ Read & Fisher (1997:86); c, 240ff.

²¹² L. Fritzinger, *Diplomat without Portfolio: Valentine Chirol. His Life and Times*, London 2006, 316f.

²¹³ A. Kaminsky, *The India Office*, London 1986, 178.

²¹⁴ Hirtzel Diaries, Eintrag vom 7. Januar 1907, Hirtzel D 1090. Morley an Minto, 14. September 1906, Morley D 573/1. Dunlop-Smith an Minto, 24. März 1910, in M. Gilbert, *Servant of India*, London 1966, 222.

²¹⁵ *The Guardian*, 29. Dezember 1905 und 26. Februar 1906.

ICS-Beamte, britische Offiziere der britisch-indischen Armee²¹⁶ und heimkehrende Geschäftsleute bildeten nach ihrer Rückkehr zudem eine starke konservative Lobby für ihre ehemaligen Kollegen vor Ort, die sich praktisch keinerlei Opposition gegenüber sah. Innerhalb des IO waren Beamte wie der Ständige Unterstaatssekretär Sir Arthur Godley, Sir William Lee-Warner²¹⁷ und Morleys Sekretär Hirtzel es gewohnt, mit einem mehr oder weniger kooperativen Staatssekretär an der Spitze ihre Arbeit ungestört und ohne allzu viel Einmischung zu verrichten. Das IO hatte auf diese Weise über die Jahre eine eigene Dynamik entwickelt, in der Beamte wie Sir Arthur Godley dafür sorgten, kontroverses Material zu Indien vom Unterhaus fernzuhalten.

Ebenso wie das GOI hielt das IO seine Stellung durch unabhängige und ungefilterte Informationen über Indien für bedroht. Beide setzten alles daran, ihre Monopolstellung auf Informationen über Indien zu sichern, um so ihre Kontrolle über das Narrativ in Großbritannien zu wahren. Die Kapitel zu Indien in den sogenannten *Bluebooks*, den offiziellen Parlamentsveröffentlichungen, wurden beispielsweise in der hauseigenen Bibliothek des IO gedruckt und vorher auf sensible Stellen geprüft.²¹⁸ Weiterhin wurde von Zeitgenossen kritisiert, dass die *Bluebooks*, die das Parlament über Indien veröffentlichte, achtzehn Monate zu spät erschienen.²¹⁹ Staatssekretär Morley wollte jedoch sicherstellen, dass das britische Parlament als höchste Instanz innerhalb der Verwaltung Indiens anerkannt würde. Er sah die Hauptentscheidungsgewalt in London und nicht bei den bisher recht selbständig agierenden Autoritäten und Repräsentanten englischer Macht in Indien selbst.²²⁰

Ein weiteres Erbe von Curzons Vizekönigtum war die Teilung der Provinz Bengalen, die dieser 1905 aus verwaltungstechnischen Gründen durchgesetzt hatte.²²¹

²¹⁶ Die Kolonialmacht organisierte das Militär in Indien folgendermaßen: Die britisch-indische Armee (*Indian Army*) war für die Verteidigung des *British Raj* sowie der Prinzenstaaten zuständig und bildete eine separate Einheit innerhalb des Empires. Sie rekrutierte in Indien, war in Indien stationiert und wurde von indischen und britischen Offizieren befehligt. Die britische Armee in Indien (*British Army in India*) bestand aus britischen Armeeeinheiten, die zeitweilig in Indien stationiert waren und dann in anderen Teilen des Empires Dienst verrichteten. Beide Armeen bildeten die Armee von Indien (*Army of India*). An dieser Stelle wird einfach von der britisch-indischen Armee gesprochen werden.

²¹⁷ Sir William war langjähriger Beamter im IO und Autor mehrerer Bücher über den Subkontinent, so verfasste er zum Beispiel die Kapitel zu Indien und Afghanistan in der 1909 erschienen *The Cambridge Modern History* und auch *The Native States of India*, erschienen London 1910.

²¹⁸ Kaminsky (1986:176ff.).

²¹⁹ *The Guardian*, 25. Juni 1907.

²²⁰ Wolpert (1967:42).

²²¹ Auch diese Entscheidung war mehr oder weniger am Parlament vorbei getroffen worden. Sir Arthur Godley hielt kontroverses Material von den Abgeordneten fern. So sorgte er dafür, dass sie während der Sitzung zur Teilung Bengalens nicht mehr als zwei Papiere zur Situation vor Ort erhielten. Diese bestanden aus dem ursprünglichen Vorhaben der Teilung und der eigentlichen Entscheidung der indischen Exekutiven, die Teilung vorzunehmen. Godley an Curzon, 26. Februar 1904, Kilbraken

Dabei blieb unberücksichtigt, dass die Hindus, die in Bengalen in der Mehrheit waren, in den beiden neu geschaffenen Provinzen jeweils zur Minderheit gegenüber den dort ansässigen Muslimen wurden. Die Hindus glaubten, das GOI wolle sie schwächen, da sie einen großen Teil der gebildeten Klasse Indiens stellten und großen Einfluss in Kalkutta, dem Sitz des GOI, genossen. Diese Verdächtigungen führten zu erheblichen Unruhen, die im Vereinigten Königreich als bare Agitation gewertet wurden:

The members of the agitating section, who dance like puppets to a Kalkutta tune, are lawyers, the baser sort of school masters with their boys, the private doctors, and lastly, such zemindars as the lawyers can induce by social pressure and practical boycott to join their ranks. Though small in numbers the section is most powerful, [...]. [Their] aims and objects are frankly anti-British. [...] These men are jealous of our rule, they wish themselves to occupy our posts, they wish themselves to handle the public moneys.²²²

Zu einem solchen Zeitpunkt das Augenmerk auf Reformen zu legen, bedurfte klugen Taktierens, um nicht nur britische Parlamentarier, sondern auch Journalisten und die britische Öffentlichkeit zu überzeugen.

Der neue Staatssekretär für Indien kämpfte folglich an drei Fronten. Erstens musste er ein traditionsbewusstes IO umstrukturieren, das lediglich Indiens effiziente Verwaltung im Sinne hatte. Zweitens wurde seine Überzeugungsarbeit gegenüber dem Ministerium, dem Parlament und der britischen Öffentlichkeit dadurch erschwert, dass die für seine Zwecke wichtigste Zeitung mit Chirol einen Indienexperten hatte, dem das IO zumindest suspekt war. Und drittens war ihm Indien gewissermaßen selbst im Weg, da die Demonstrationen vor Ort es fraglich erscheinen ließen, ob es zu diesem Zeitpunkt angebracht war, Reformen auf den Weg zu bringen. John Morley musste sich beweisen, und die Unruhen in Bengalen lieferten ihm eine Möglichkeit dazu, denn die Entscheidung, zwei der Anführer der Demonstrationen – Lajpat Raj und Bipin Chandra Pal²²³ – nach Burma zu deportieren, wurde in der *Times* voll unterstützt. Der Leitartikel war nicht nur für die Inder, sondern wohl auch für Morleys Augen bestimmt:

The action of the Government appears to have an excellent effect. Hindus, with their usual credulity, seem to have accepted the assurances of their evil counsellors, here and in India, that a Liberal Government would infallibly yield to manifestations, however artificial, of the 'popular will', and to have believed that they would not dare to lay hands on a dangerous demagogue. These illusions have been rudely dispelled. The agitators have been taught that the arm of the British raj has not been shortened or paralysed, and we

Papers MSS.EUR.F 102/60, zit. nach: Kaminsky (1986:20).

²²² *The Times*, 11. September 1906.

²²³ Zusammen mit Bal Gangadhar Tilak waren beide überzeugte indische Nationalisten, die sich früh für politische Reformen durch Protestmärsche einsetzten. Alle drei gingen als das sogenannte Lal Pal Bal Triumvirat in die Geschichte der indischen Unabhängigkeitsbewegung ein.

trust that the lesson will be taken to heart by the bodies of rustic bludgeon-men who have been crowding into Lahore at the summons of the seditious-mongers.²²⁴

Das Blatt unterstützte auch Morleys Haushaltsrede, in der er unmissverständlich klargemacht hatte, dass das GOI auf unabsehbare Zeit weiterhin autokratisch und absolut agieren müsse. Dabei ging es insbesondere darum, das Bild der souveränen Kolonialmacht aufrechtzuerhalten, so wie es der oben angeführte Artikel aufgezeigt hatte. Der Eindruck musste vermieden werden, London reagiere auf Druck aus Indien. Erst wenn Ruhe und Ordnung wieder hergestellt seien, könne Indien mit dem Fortgang der Debatte um Reformen rechnen.²²⁵ Damit thematisierte der Staatssekretär für Indien einen wichtigen Aspekt britischer Herrschaft in Indien, den Chakravarty als Pflicht, Indien zu disziplinieren, zusammenfasste.²²⁶ Die dazu nötigen Methoden konnten aus britischer Sicht nicht mit westlichen Standards gemessen werden und mussten die Verhältnisse vor Ort in Betracht ziehen, da, so Chakravarty, die britische Herrschaft in Indien auf Ansehen und Respekt, nicht auf der Zuneigung der Kolonisierten beruhte.²²⁷

Auch wenn Morley es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Machtverhältnisse in Indiens Verwaltung zugunsten des Indienministerium und zu Lasten des GOI umzustrukturieren, so war ihm bewusst, dass die *Times* dem GOI durch seine Erfahrungen und Präsenz vor Ort weitaus mehr Kompetenz zugestand. Vor diesem Hintergrund bestand sein erster Erfolg darin, Vizekönig Minto seit Juni 1906 durch taktische Manöver dazu zu bewegen, seine eigenen Reformvorschläge als Initiativen aus Kalkutta zu präsentieren. Damit konnte Morley sich auf die Zustimmung der höchsten Instanz vor Ort berufen.²²⁸ Trotz dieser Unterstützung zeigten die Unruhen, wie sehr das britische Selbstverständnis von Prestige und dem Postulat von der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung vor der Verwirklichung jeglicher Veränderungen, Reformvorhaben blockieren konnte.

So drohte die sogenannte Fuller-Affäre Morleys Pläne zu durchkreuzen. Sir Bampfylde Fuller hatte 1885 seine Karriere im *Indian Civil Service* begonnen und wurde 1899 Mitglied des vizeköniglichen Rats. Nach der Teilung Bengalens wurde er Vizegouverneur der neu geschaffenen Provinz Ostbengalen. Sir Bampfylde Fuller

²²⁴ *The Times*, 11. Mai 1907.

²²⁵ *Ibid.*

²²⁶ Chakravarty (1989:53).

²²⁷ *Ibid.*, 54.

²²⁸ Morley an Minto, 15. Juni 1906, Morley D573.

griff während der Unruhen um die Teilung zu drastischen Maßnahmen, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Unter anderem ließ er Professoren und ihre Studenten auspeitschen, die sich an Demonstrationen beteiligt hatten. Morley war Fullers Aktionen zuwider, so dass er alles daransetzte, dessen Entlassung zu erwirken. Sir Bampfylde Fuller wiederum sah sich vom GOI in seiner Stellung nicht unterstützt und versuchte es mit einer taktischen Rücktrittsdrohung, die jedoch prompt angenommen wurde. Als Fuller im September 1906 zurücktrat, richtete sich Morley auf Attacken durch die Presse ein, doch der verbitterte Vizegouverneur hüllte sich nach seiner Rückkehr nach Großbritannien in Schweigen.²²⁹

Die Teilung Bengalens und die anschließende Handhabung der Protestaktionen durch Sir Bampfylde Fuller führten zu einer Sinnkrise in Großbritannien. Das *British Raj* war damit gerechtfertigt worden, dass allein das Vereinigte Königreich als neutrale Instanz eine gerechte Herrschaft über Indiens zahlreiche ethnische und religiöse Gruppierungen garantieren konnte.²³⁰ Weiterhin glaubte man in Großbritannien, dass es den indischen Untertanen vor allem auf die Effizienz der Verwaltung ankam und nicht auf politische Reformen.²³¹ Als Beweis für die britische Unparteilichkeit diente die Tatsache, dass Indiens Verwaltung über der britischen Parteipolitik stand, was sich darin zeigte, dass das Parlament in Westminster vereint hinter dem *Government of India* und dem *Indian Civil Service* stand.²³² Die Umstrukturierung Bengalens basierte so augenscheinlich auf einer rationalen britischen Entscheidung, die Verwaltung der Provinz zum Wohle der indischen Bevölkerung effizienter zu gestalten.²³³ Die anschließenden Unruhen konfrontierten die britische Rationalität mit der angeblichen Irrationalität der Inder, für die ethnische und religiöse Bande offenbar Vorrang vor guter Verwaltung hatten. Die Fuller-Affäre ließ allerdings Zweifel aufkommen, denn drakonische Strafmaßnahmen gegen Protestaktionen stellten das Bild einer britischen Verwaltung, die allein zum Wohle der indischen Bevölkerung agierte, in Frage.

Dies rief unterschiedliche Reaktionen im Vereinigten Königreich hervor.

²²⁹ Hirtzel Diaries, Eintrag vom 7. Januar 1907, Hirtzel D 1090. Morley an Minto, 14. September 1906, Morley D 573/1. Dunlop-Smith an Minto, 24. März 1910, in Gilbert (1966:222).

²³⁰ Chakravarty (1989); Das (1964); A. Greenberger, *The British Image of India: a Study in the Literature of Imperialism, 1880-1960*, London 1969; Metcalf (1994).

²³¹ W.S. Lilly, *India and its Problems*, London 1902, 238ff.

²³² In Bezug auf die britische Kolonialpolitik wies S. Howe auf ein Konsensmodell hin, das besagte, die Empirepolitik würde nicht auf dem Rücken der politischen Parteien geführt. Vielmehr sei die Kolonialpolitik das einzige Feld, auf dem sich die Parlamentsparteien einig seien. Bernard Braine, Leserbrief an die *Times*, 4. Mai 1955, zit. nach Howe (1993:18).

²³³ Gilmor (1994:272).

Nachdem das *White Paper* zu Fullers Rücktritt im November 1906 veröffentlicht worden war, hatte der *Guardian* sich äußerst kritisch über den Vizegouverneur geäußert und ihn als inkompetenten Mann porträtiert, der zur falschen Zeit an der falschen Stufe seiner Karriere angelangt war.²³⁴ Diese Auffassung wurde allerdings nicht von der *Times* geteilt. Mit einem Mann wie Fuller wäre es, laut einem ihrer Leitartikel, gar nicht erst so weit gekommen und jegliche weitere Agitation wäre im Keim erstickt worden.²³⁵ Mit wachen Erinnerungen an die Schrecken der *mutiny*²³⁶ verfolgten einige Medien die Ereignisse in Indien, und so mancher pensionierte ICS-Beamter sann über vergangene glorreiche Tage nach, als Zucht und Ordnung herrschten und es keinen Bipin Chandra Pal gab, der Forderungen nach indischer Selbstverwaltung stellte.²³⁷

Auf der anderen Seite warnte man vor den Folgen der Repressalien. In der Annahme, dass der liberale Morley vom GOI zu harschen Methoden gezwungen würde, befürchtete man, Indiens Vertrauen in das Mutterland würde erheblich gestört werden.²³⁸ Der *Guardian* verglich Fullers Handhabung der Protestaktionen mit der eines „Prussian official in the Danish provinces or a Russian in Poland“ und zitierte den in Britisch-Indien erscheinenden *Statesman*, der Fuller als „un-English in his methods, who failed to grasp the accepted principles of British administration“ beschrieb. Weiterhin gratulierte der *Guardian* Staatssekretär Morley dazu, wie er die Situation angegangen war:

It is well that Mr. Morley has intervened so decisively, for we may put aside the pretence which, out of tenderness for our ‘prestige’ in India, represents this return to common sense and legality as a concession to a new calmness on the part of a population which in reality is far from calm.²³⁹

Der Auffassung der Zeitung nach, konnte man den Vorsatz, Indien mit britischem Prestige zu regieren auch zu weit treiben. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass auch der *Guardian* überzeugt war, rechtsstaatliche Methoden könnten, ja müssten sogar unter gewissen Umständen in Indien ausgesetzt werden, um die Kontrolle zu

²³⁴ *The Guardian*, 14. November 1906.

²³⁵ *The Times*, 14. Mai 1907.

²³⁶ Booker (1997:105).

²³⁷ Leserbrief von X., *The Times*, 3. Juni 1907.

²³⁸ Leserbrief von C.J. O’Donnell, *ibid.*, 6. Juni 1907. O’Donnell hatte intensive Kontakte zur indischen Gemeinde in London. Gemeinsam mit seinen indischen Freunden nahm er an Protestveranstaltungen gegen Lord Curzon teil.

²³⁹ *The Guardian*, 25. Mai 1906.

behalten.²⁴⁰ Morley seinerseits versuchte, sein Reformvorhaben voranzutreiben und schrieb entnervt an Minto:

[...] I beg you to be thankful that you have not to explain all these mysteries to the British public – to enable them to know a few of the secrets of our rule, without giving a handle to some people in India who hate our rule.²⁴¹

Was dieser Ausbruch deutlich macht, ist, dass das IO sich zu diesem Zeitpunkt vor allem um die öffentliche Meinung in Indien und nicht um die im Vereinigten Königreich sorgte. Ein Großteil der Öffentlichkeitsarbeit betraf zu diesem Zeitpunkt weniger die britischen Inseln als die ferne Kolonie.²⁴²

Nicht wenige Treffen zwischen Zeitungsredakteuren und beunruhigten IO-Beamten entsprangen der Sorge um das Bild, das in Indien aufgrund bestimmter Artikel entstehen würde. Denn, so wusste die *Times* zu berichten:

[...] the Oriental mind is free from the trammels of logic. It is a literary fact that the Oriental mind can accept and believe two opposite things at the same time. [...] To the Oriental mind, a thing must be incredible to command a ready belief. [...] He [the agitator] cannot believe that a policy of murder and outrage directed against the English race is inconsistent with complete loyalty to the English Government. [...] The misfortune is that we must realize that the spirit of the Mutiny is not dead and that a very large proportion of the educated class hate us.²⁴³

Die vermeintliche Andersartigkeit der orientalischen Logik wurde für die gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht, die Kolonie effizient und rational zu verwalten.²⁴⁴ Hinzu kam, dass die *Times* das Bild der loyalen indischen Massen aufrecht erhielt,²⁴⁵ denn laut der Zeitung waren es nur die gebildeten Schichten in Indien, die die britische Herrschaft abschütteln wollten.

Die Unruhen in Indien hielten an. Während aus dem Punjab ein national gestimmter Indischer Nationalkongress nach Selbstregierung rief, kam es in Bengalen nicht nur zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen das *British Raj*, sondern auch

²⁴⁰ Ibid., 14. Mai 1907.

²⁴¹ Morley an Minto, 2. Januar 1907, Morley D 573/2.

²⁴² Politische Schriften, die in Großbritannien aufgrund der Pressefreiheit nicht verboten werden konnten und von denen man wohl auch wenig Schaden erwartete, wurden in Indien etwa auf Anordnung des Indienministeriums aus dem Verkehr gezogen. So z. B. H.M. Hyndman, *The Unrest in India*, London 1907; Hirtzel Diaries, Eintrag vom 2. Juli 1907, Hirtzel D 1090/2.

²⁴³ *The Times*, 22. Mai 1907.

²⁴⁴ Bei all dem ist es um so erstaunlicher, wie wenig Interesse das Kabinett an diesen Angelegenheiten zeigte. Während Morley sich innerhalb des IO und des GOI in Bezug auf die Aufnahme eines indischen Mitglieds vorsichtig an sein Ziel herantastete, hätte Campbell-Bannermans Kabinett den Problemen des Staatssekretärs nicht gleichgültiger gegenüberstehen können. Vgl. etwa Hirtzel Diaries, Eintrag vom 2. März 1907, Hirtzel D 1090/2: „He [the SSI] is very nervous about the native member of the Council question & feels acutely his personal responsibility: the majority of the G.G.'s Council against it, his own Council probably dead against it & the Cabinet leaving it entirely to him.”

²⁴⁵ Greenberger (1969:83).

zwischen Muslimen und Hindus. Die *Times* wies auf das offensichtliche Paradox von indischem Nationalismus auf der einen Seite und einzelnen kommunalen und religiösen Zwistigkeiten auf der anderen hin. Für Chirol, der zu diesem Zeitpunkt eine Artikelserie über die Unruhen in Bengalen verfasste, lag die Verantwortung für den Aufbruch bei einem schwachen GOI und der liberalen Regierung in London, die nicht in der Lage war, einer aufrührerischen Provinz Herr zu werden.²⁴⁶ Eine einheitliche britische Indienpolitik aus einer Position der Stärke heraus – und somit weniger Augenmerk auf Reformen – würde folglich ausreichen, um den Subkontinent zufrieden zu stellen.

Die Liberale Partei war in einer misslichen Lage. In der Opposition hatte sie sich für liberale Werte stark gemacht. Gerade Staatssekretär Morley war als Befürworter von politischen Freiheiten und Gerechtigkeit und als Gegner staatlicher Willkür bekannt. Als Staatssekretär für Indien war er nun gezwungen, politische Gegner zu deportieren oder ohne Prozess einsperren zu lassen. Der *Guardian* verteidigte Morley mit einer Analyse von John Stuart Mill, dem großen britischen Philosophen. Laut Mill musste das Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten an dem sich Annähern der beiden Parteien gemessen werden. Das Maß war die zunehmende Assoziierung der Beherrschten mit der eigentlichen Regierungsarbeit. Morleys geplante Reformen waren Ausdruck dieser Annäherung und lieferten die Rechtfertigung britischer Herrschaft. Unter gewissen Umständen blieb die Herrschaft durch das Schwert jedoch legitim.²⁴⁷ Von Aufgabe der britischen Kontrolle über die Kolonie war im *Guardian* keine Rede. Morleys Reformvorhaben war willkommen und seine Bemühungen, britische Kontrolle in Indien zu bewahren, notwendig.

Auch wenn Morley die Unterstützung des *Guardian* hatte, so hatte das IO seit Oktober 1907 neben Chirols Attacken in der *Times* mit einem weiteren Problem in Sachen Öffentlichkeitsarbeit zu kämpfen. Der Anführer der *Labour-Partei*, Keir Hardie, bereiste Indien und war beim Indischen Nationalkongress ein gern gesehener Gast. Hardie machte sich in Indien Freunde – und in England Feinde –, indem er seinen Vertrauten beim INC versprach, sich für baldige und weit reichende politische Reformen einzusetzen. Die *Times* berichtete in ihrem Leitartikel über Hardies angebliche Äußerungen, die Verhältnisse in Bengalen bewiesen, dass die britische

²⁴⁶ *The Times*, 30. Juli 1907.

²⁴⁷ *The Guardian*, 7. Juni 1907.

Herrschaft schlimmer sei als die zaristische Autokratie in Russland. Um diese Äußerung abzuschwächen und gleichzeitig Keir Hardies Autorität zu untergraben, schrieb die *Times*, der *Labour*-Führer sei als ahnungsloser Reisender in die Fänge eines verschlagenen INC geraten.²⁴⁸ Der Vergleich zwischen der konstitutionellen Monarchie Großbritanniens und einem despotischem Zarentum, das gerade eine Revolution nur durch Zugeständnisse an die Revolutionäre bewältigt hatte, isolierte Hardie von der britischen Konsensgemeinde, die davon ausging, Großbritannien herrsche im besten Interesse Indiens.²⁴⁹ Während Morley und König Edward VII. sich eine Besserung der Situation durch ein Gespräch Hardies mit Minto erhofften, befürwortete der Prinz von Wales hingegen die Deportation des *Labour*-Führers.²⁵⁰ Der *Guardian* reagierte gelassener. Die Redakteure zweifelten ohnehin an der Richtigkeit der Vorwürfe gegen Hardie. Selbst wenn der *Labour*-Führer solche Äußerungen gemacht haben sollte, war die Zeitung eher darüber besorgt, dass sie die reaktionären Kräfte in Großbritannien zu einem Zeitpunkt stärken würden, zu dem man eigentlich an politischen Reformen arbeiten sollte.²⁵¹

Für die *Times* markierte Keir Hardies Indienreise jedoch einen Wendepunkt, und dies brachte Probleme für das IO mit sich. Denn in ihrem Leitartikel vom 5. Oktober machte das Blatt endgültig deutlich, dass es das GOI nicht weiter unterstützen könne:

It is now more than a year since Lord Minto accepted Sir Bampfylde Fuller's resignation [...] and throughout that period the policy of leniency towards the so-called nationalists has been allowed a full and ample trial in both the Bengal provinces. That policy, we regret to say, must now be admitted to have failed in producing the results that were hoped from it; and its failure emphasizes once more the lesson which history has taught again and again, that the attempt to deal with disorder by mildness and concession is radically wrong. [...] As for Mr. Keir Hardie, we feel convinced that any measures which the Government of India may show to be necessary to put a stop to his mischievous activity will receive the full approval of the India Office, as they will certainly be fully endorsed by the great bulk of public opinion in this country, including, we are glad to say, a number

²⁴⁸ *The Times*, 2. Oktober 1907. Tatsächlich war diese Nachricht der Feder eines Journalisten entsprungen, der sich profilieren wollte, indem er sie an Reuters weiterleitete. In Indien selbst erfuhr man erst aus der *Times* davon, da einige Journalisten sich des zweifelhaften Charakters ihres Kollegen bewusst waren. Ihre Warnungen wurden jedoch in London nicht ernst genommen. So hielt sich das Gerücht hartnäckig selbst nachdem sich einige britische Zeitungen bei Hardie entschuldigt hatten. Unter der Überschrift *The Mischief Monger* hatte *Punch* beispielsweise eine Karikatur veröffentlicht, die *Britannia* zeigte, wie sie Hardie am Kragen zurück nach England zerrte und die mit den Worten versehen war: „Here, you'd better come home. We know all about you there and you'll do less harm“, in: *The Times*, 9. Oktober 1907. Weitere Hintergrundanalysen zu Hardies Indienbesuch in Brasted (1988) und Hyslop (2001).

²⁴⁹ H.M.L. Alexander, Discarding the „Steel Frame“. Changing Images among Indian Civil Servants in the Early Twentieth Century, *SA* 5 (2), 1982, 2. A. Ewing, The Indian Civil Service 1919–1924: Service Discontent and the Response in London and Delhi, *MAS* 18 (1), 1984, 33f.

²⁵⁰ Hirtzel Diaries, Eintrag vom 15. Oktober 1907, Hirtzel D 1090/2.

²⁵¹ *The Guardian*, 3. Oktober 1907.

of those upon whose support he is generally able to reckon.²⁵²

Wohlgermerkt wurden hier nicht mögliche Reformen attackiert, sondern die anscheinend schwache Reaktion auf Revolutionäre, die sich als Nationalisten ausgaben. Der Hinweis auf die *mutiny* durch „the lesson which history has taught us again and again“ ist lediglich versteckt, da die *mutiny* sich 1907 zum 50. Mal jährte.²⁵³

John Morley sah sich daraufhin gezwungen einzulenken. Seinem Wahlkreis in Arbroath versicherte er, niemand wolle sich aus Indien zurückziehen. Englands Würde und Stolz angesichts seines zivilisatorischen Auftrags im Orient stünden auf dem Spiel. Er stellte die rhetorische Frage:

[...] do you want me to send that telegram to Lord Kitchener tomorrow morning to clear out and bag and baggage? How should we look in the face of the civilized world if we had turned our back upon our duty and upon our task? How should we bear the savage stings of our own consciences when, as assuredly we should, we heard through the dark distances the roar and scream of confusion and carnage in India? [...] our first and commanding task is to keep order and to quell violence among race and creed [...].²⁵⁴

Es ginge also nicht um Machtfragen, sondern um die Erfüllung der Rolle Großbritanniens als Wegbereiter des konstitutionellen Prozesses der indischen Kolonie.²⁵⁵ Der liberale Staatssekretär sah das Königreich in der Verantwortung gegenüber Indien. Das Versprechen, dem Subkontinent die bestmögliche Verwaltung und politische Ausbildung zuteil werden zu lassen, musste eingehalten werden. Das war aus Morleys Sicht jedoch nur durch den Fortbestand der britischen Herrschaft und Kontrolle in Indien möglich. Der *Guardian* war letztlich enttäuscht, dass Morley sein Reformvorhaben nicht stärker verteidigt, sondern Großbritanniens Kontrollfunktion hervorgehoben hatte.²⁵⁶

Die *Times* und Chirols Beiträge, in denen Morley und das GOI stark kritisiert worden waren, fanden in Leserbriefen alsbald positiven Widerhall. Der Großteil der Verfasser unterstützte die Linie des Blattes, die besagte, dass der aus der Teilung Bengalens resultierende Machtverlust der Hindus der einzige Grund für die Unruhen sei. Die Drahtzieher der Ausschreitungen hätten nicht das Wohl der Provinz im Sinn, sondern lediglich den Machterhalt der eigenen Brahmanenkaste. Patriotismus oder gar Nationalismus seien folglich nicht die wahren Beweggründe hinter den Unruhen. Man

²⁵² *The Times*, 5. Oktober 1907.

²⁵³ Booker (1997:11ff.).

²⁵⁴ *The Times*, 21. Oktober 1907.

²⁵⁵ R. J. Moore, *Liberalism and Indian Politics, 1872 – 1922*, London, 1966, 84.

²⁵⁶ *The Guardian*, 22. Oktober 1907.

glaubte, die Mehrheit der Inder stimme der Notwendigkeit britischer Präsenz in Indien zu.²⁵⁷ Die Gefahr ginge demnach lediglich von ein paar isolierten jedoch einflussreichen Personen aus.

The people who cannot be disregarded are the reactionary Brahmins, to whose supremacy British rule is antagonistic, who are not concerned whether a cessation of that rule would deprive India of civilized administration, as we understand the term, because their ideas of civilization are not ours.²⁵⁸

Damit wurde der Eindruck vermittelt, die Brahmanenkaste sei gegen alles, was man in Großbritannien glaubte, über die Jahre in Indien geschaffen zu haben: zivilisierte Verwaltung und damit Fortschritt und Gerechtigkeit. Das herablassende Verhalten der Brahmanen gegenüber den Kastenlosen schien zu entlarven, wie sie Indien ohne britische Oberherrschaft regieren würden. Aus britischer Sicht war Korruption diesem System immanent. Fortschritt, Rationalität und Effizienz auf britischer Seite wurden indischem Reaktionismus, Korruption und Aberglauben – verkörpert durch die Brahmanen – gegenübergestellt.²⁵⁹ Politische Agitatoren und Extremisten wurden zu einer Schar reaktionärer und abergläubischer Hindus abgestempelt.²⁶⁰

Der INC selbst sorgte durch das Chaos, das die Jahressitzung von 1907 begleitete, dafür, seine Arbeit und seine Mitglieder in einigen Teilen der britischen Presse zu diskreditieren. Dem Bruch der Extremisten mit den Moderaten, der den INC spaltete, waren chaotische Szenen vorausgegangen, in denen sich die 1.600 Delegierten – die indische *crème de la crème* in Sachen Politik – eine Saalschlacht ohnegleichen geliefert hatte. Aus Sicht der britischen Medien war das ein weiteres

²⁵⁷ *The Times*, siehe z. B. 26. Oktober (Leserbrief von J.D. Rees) und 2. November (Leserbrief von I.P.) 1907.

²⁵⁸ *Ibid.*, 2. November 1907, siehe Leserbrief von I.P.

²⁵⁹ Cody zeichnet die Entwicklung britischen Denkens zu Indien anhand britischer politischer Philosophie nach und zeigt auf, wie insularer Traditionalismus und Utilitarismus die britische Herrschaft in Indien nach und nach als Aufgabe zur Verbesserung indischer Lebensbedingungen definierte. Cody (1970).

²⁶⁰ Um wirklich klarzumachen, wem das britische Königreich sein Juwel verdanke und was man von Unruhe und Chaos hielt, organisierte der *Daily Telegraph* am Heiligabend 1907 ein Weihnachtessen für über 700 Veteranen der *mutiny*, die aus ganz Großbritannien nach London in die Royal Albert Hall geladen wurden. Diejenigen, die aus Altersgründen nicht teilnehmen konnten, erhielten Weihnachtspakete. Der Dichter des Empires Rudyard Kipling, der ehemalige Vizekönig Lord Curzon und Admiral Kerr waren Ehrengäste, und Edward VII. sowie Lord Kitchener, der Oberbefehlshaber der britisch-indischen Armee, und Vizekönig Minto schickten Telegramme an die Helden, die Indien und das Empire aus großer Gefahr gerettet hatten. Gleichzeitig meldeten sich andere Veteranen, Söhne, Töchter, Enkel, Neffen, Nichten und andere Verwandte mit den Geschichten von Heldentaten ihrer Lieben während der Kämpfe von 1857 zu Wort. In der Erinnerung an damalige britische Triumphe versicherte man sich, dass das Vereinigte Königreich bereits andere Krisen gemeistert habe. Den Helden von damals, dem loyalen Indien und der ganzen Welt sei man es nun schuldig, die Mission fortzusetzen. Siehe z. B. *The Times*, 6. Januar (Nachruf für Richard V. Boyle), sowie 7. Januar (Leserbrief von W.E. Ayrton) 1908.

Indiz für politische Unreife und Unfähigkeit, und die *Times* aalte sich in der zynischen Beschreibung der Sitzung, die nach den ersten fünf Sätzen des moderaten INC Präsidenten Dr. Rashbehari Ghose ihr abruptes Ende fand.²⁶¹

Wie zum Trotz war Morley weiterhin bemüht, Druck auf die parlamentarischen Ausschüsse auszuüben, um die Reformen voranzutreiben. An der parlamentarischen Front konnte der Staatssekretär beruhigt in die Januardebatte gehen. Der radikale Flügel der Liberalen Partei verabredete mit ihrem Fraktionsführer, auf eine Kampf abstimmung zu verzichten. Im Gegenzug sah Morley von zu harten rhetorischen Attacken ab. Mit gewisser Erleichterung berichtete er im Anschluss an Minto: „The debate is over! No one is broken, no blood shed, and no light shed either.“²⁶²

Morley sah sich jedoch bald erneut von mehreren Seiten attackiert. Keir Hardie begab sich auf Vortragsreise in Großbritannien. In Newcastle upon Tyne berichtete er einem großen Publikum im Palace Theatre von seinen Erfahrungen in Indien. Er warf dem GOI vor, Aufruhr und Unruhe erst durch seine eigene Geheimpolizei angestiftet zu haben und beschuldigte das IO und Reuters, die Geschehnisse bewusst zu übertreiben.²⁶³ Damit attackierte der *Labour*-Führer die beiden Hauptquellen des britischen institutionalisierten Wissens und Kontrolleure des britischen Narrativs über Indien. Zusätzlich dazu meldete sich Sir Bampfylde Fuller im Juni nach langem Schweigen zurück, und in Anlehnung an die noch frische Dreyfuss-Affäre in Frankreich eröffnete er den Schlagabtausch mit dem Indienministerium in der *Times* unter dem Titel: *J'accuse*. Die *Times* gab seinem Leserbrief eine prominente Stelle in ihrer Samstagsausgabe:

I have kept a long silence on Indian affairs as I was unwilling to do anything which might detract from the credit of the Government whose power of maintaining order rests very greatly upon the estimation in which it is held. But the Government has failed to maintain order in India. I am urged by my friends in India – English and Indian – to speak out; and as it is really desirable that the British public should know how matters stand, and I have special knowledge of the situation, I have decided to address you.²⁶⁴

²⁶¹ Ibid., 27. Januar 1908.

²⁶² Morley an Minto, 31. Januar 1908, Morley D 573/3. Weiterhin konnte Morley die Zerstrittenheit des parlamentarischen Indienkomitees und dessen Unfähigkeit, sich gegen ihn zu stellen für sich nutzen. Kaminsky (1986:171).

²⁶³ *The Times*, 11. Mai 1908. Keir Hardie wiederholte diesen Vortrag auf dem Treffen der *Labour-Partei* in der St. Georges-Hall, Bradford am 17. Mai desselben Jahres. Das IO und die Presseagentur Reuters blickten auf eine traditionell enge Kooperation zurück. Während das GOI/IO Reuters Netzwerk benutzte, um zu Sonderpreisen Telegramme zwischen London und Kalkutta versenden zu können, erhielt die Agentur eine bevorzugte Behandlung bei der Versorgung mit Meldungen und Nachrichten. Mehr dazu in Read (1994:196-212).

²⁶⁴ *The Times*, 6. Juni 1908.

Fuller führte weiter aus, in Indien sei der Eindruck entstanden, er habe auf verlorenem Posten gestanden, weil sich das *British Raj* aus Angst und Feigheit geweigert habe, seine Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung abzusegnet. Die Unruhen in Indien seien das Resultat einer Politik, der es an Courage fehle, und nicht die Folge einer langsam gewachsenen nationalen Bewegung.²⁶⁵

Die Einführung politischer Neuerungen waren für ihn eine Kapitulation, die zu einem Prestigeverlust Großbritanniens führen musste. Da die Herrschaft in Indien aus britischer Sicht auf indischer Loyalität gegenüber gerechter Verwaltung und auf dem Ansehen des GOI beruhte, konnte und durfte vor allem Letzteres nicht ins Wanken geraten. Da dies angeblich geschehen war, warf Sir Bampfylde Fuller der Regierung in London vor, durch ihre Einmischung in indische Angelegenheiten ein Klima von Ungewissheit und Unsicherheit bezüglich der britischen Mission in Indien geschaffen zu haben.

Der Leitartikel der *Times* über Fullers Aussagen bezeichnete diese als „bemerkenswert“ und stimmte dessen Analyse zu. Die Maßnahmen gegen den Aufruhr seien viel zu spät getroffen worden.

[...] some of the last accusations of Sir Bampfylde Fuller are amply justified. British rule in India has of late grown strangely timorous and apologetic. [...] When Oriental peoples discover that by making enough noise they can drive a Lieutenant-Governor from office, and when they realize that systematic violence and the most rebellious forms of propaganda are met solely with pleasant promises of liberal legislation, they are quick enough to advance to further excesses.²⁶⁶

Dabei befand sich die *Times* in einem Dilemma. Repressalien waren nicht mit dem Bild eines wohlwollenden Königreichs zu vereinen. Um jedoch die Fiktion eines weitgehend loyalen Indiens aufrechtzuerhalten, das hauptsächlich durch britisches Ansehen und das Verlangen der orientalischen Bevölkerung nach gerechter und effizienter Verwaltung regiert und somit kontrolliert wurde, mussten radikale Inder von den gemäßigten Massen abgesetzt werden. Dies war auch die Linie des *Guardian* als er schrieb:

It is every Englishman's duty to refrain most scrupulously from discouraging the Indian Moderates and Constitutionalists. Every sneer at the Congress – and how sorely it has laboured under English sneers and neglect – is now liable to be construed into an encouragement to the physical force party. Conversely, to take the work of the Congress seriously is – until India finds a better medium for the expression of popular opinion – to aid in suppressing the beginnings of Terrorism.²⁶⁷

²⁶⁵ Ibid.

²⁶⁶ Ibid.

²⁶⁷ *The Guardian*, 25. Mai und 10. Juni 1908.

Es war also an der Zeit, den Indischen Nationalkongress wieder zu ermutigen. Wohlgermerkt, nur die Elemente, die sich dem ursprünglichen Ansatz des INC gegenüber loyal verhielten und die britische Kontrolle nicht abschütteln wollten, also als Verbündete fungieren konnten.

Morley blieb währenddessen vergleichsweise gelassen. Er bezweifelte, dass Fullers Brief eine große Wirkung haben würde und hatte nichts als Mitleid für ihn.²⁶⁸ Dennoch hielt er im Juni eine Rede vor Mitgliedern des *Indian Civil Service*, die er nutzte, um sein Reformvorhaben zu verteidigen, indem er sie mit in die Verantwortung zog. Der ICS müsse in der Lage sein, Ruhe und Ordnung zu bewahren und gleichzeitig dafür zu sorgen, auf die Ansprüche der Inder einzugehen, die Großbritannien schließlich selbst geweckt habe. Er forderte die Beamten auf, ihren Teil zu der von John Stuart Mill erwähnte Annäherung zwischen Regierten und Regierenden beizutragen. Der *Guardian* interpretierte dies als eine hoffnungsvolle Botschaft für die Kolonie und hoffte, Morley könnte als der Mann in die Geschichte eingehen, der ein neues Indien geschaffen habe.²⁶⁹ Dennoch blieb die Prämisse bestehen, dass Indien für das Empire gesichert werden müsse, zwar nicht durch administrative Effizienz alleine, sondern durch politische Vorstellungskraft.²⁷⁰ Im Oberhaus drückte Morley es so aus:

We shall, I hope, do something to give the Indian population in all their grades some formal and authorised opportunity of handling their own affairs. [...] I hope they will be not only advisory, but also – though perhaps modest – executive powers.²⁷¹

Dies sah der *Guardian* als Bestätigung dafür, dass Reformen ungeachtet der Unruhen weiter vorangetrieben würden.²⁷²

Trotz der schwierigen Lage im *British Raj* versammelten sich am Nachmittag des 22. Juli weniger als 40 Abgeordnete zur Indiendebatte im Unterhaus. Die *Times* unterstützte den Unterstaatssekretär für Indien Thomas Buchanan, der Morley dort vertrat, in seiner Weigerung, Bengalens Teilung – also die britische Politik – als Ursache der Unruhen anzuerkennen.²⁷³ Buchanan lehnte es strikt ab, politische Motive hinter den Agitationen zu sehen. Es komme nicht darauf an, die Indienpolitik des Königreichs zu reformieren, so Buchanan, sondern lediglich Indiens Verwaltung. Aus

²⁶⁸ Morley an Minto, 8. Juni 1908, Morley D 573/3.

²⁶⁹ *The Guardian*, 12. Juni 1908.

²⁷⁰ *Ibid.*, 1. Juli 1908.

²⁷¹ *Ibid.*, 2. Juli 1908.

²⁷² *Ibid.*

²⁷³ *The Times*, 23. Juli 1908.

dieser Sicht gab es folglich keine wahren politischen Missstände, die das Handeln der indischen Agitatoren rechtfertigten. Der konservative Earl Percy stimmte ihm zu und sah in nicht verwaltungstechnisch begründeten Änderungen keinerlei Dringlichkeit. Durch das Beharren auf rein administrativen Reformen wurde Indien weiterhin jede politische Reife abgesprochen.

Im Ganzen war die Debatte geprägt vom Aufzählen alter und bereits in der *Times* und dem *Guardian* erwähnten Argumenten und Vorurteilen. Parteiübergreifend stimmten fast alle Abgeordneten darin überein, dass Indien dem Empire und der Krone treu sei und sich nur ein verschwindend geringer Teil der indischen Untertanen des *British Raj* entledigen wollte. Somit war es gelungen, politisch aktive Inder als extreme Agitatoren auszugrenzen und sie den angeblich loyalen Massen gegenüberzustellen. Da also nur eine kleine Gruppe politische Reformen verlangte, war es unnötig, ihnen Gehör zu schenken.²⁷⁴ Der Schulterschluss im Parlament signalisierte einen Konsens sowohl gegenüber den Agitatoren in Indien als auch vor der eigenen Öffentlichkeit. Der *Guardian* hob erneut hervor, wie wichtig es sei, moderate Inder gegen die Radikalen zu unterstützen, was durch die Reformen geschehen würde. Die Zeitung warnte jedoch davor, die Geduld der Kolonie nicht zu lange zu strapazieren.²⁷⁵

Im Jubiläumsjahr der Übernahme der indischen Verwaltung durch die britische Krone rückte das englische Sendungsbewusstsein erneut ins Zentrum. König Edward VII. bezeichnete die Maßnahme als das „verheißungsvollste Ereignis“ in Indiens jüngerer Geschichte.²⁷⁶ Die als erfolgreich empfundenen vergangenen fünfzig Jahre, die so vielversprechend mit Königin Viktorias Botschaft an ihre indischen Untertanen begonnen hatten, schienen jedem Urteil der Nachwelt getrost ins Auge sehen zu können. Man sah Indiens Fortschritt allein als britischen Verdienst. Die „selbstlose“ und „unaufhörliche“ britische Arbeit in Indien beginne, Früchte zu tragen. Aus einem rückständigen Subkontinent sei eine Kolonie geworden, in der Bildung und technischer Fortschritt das dumpfe Leben der Inder bereichert hätten. Königin Viktorias Versprechen an Millionen von Indern hätten ihre britischen Untertanen im Lauf der Jahre erfüllt. Die Tatsache, dass Forderungen nach mehr politischer Mitsprache das logische Resultat britischer Bildung waren, wurde dadurch entkräftet,

²⁷⁴ HMSO, 193, 22. Juli 1908.

²⁷⁵ *The Guardian*, 23. Juli 1908.

²⁷⁶ *Ibid.*, 2. November 1908.

dass Indien keine einheitliche Nation sei. Auch wenn manche Inder sich für politische Reformen einsetzten, bedeutete das noch lange nicht den Ausdruck eines homogenen politischen Willens.²⁷⁷

Das Ansehen und damit die Rolle Großbritanniens als souveräner Herrscher in Indien sollte nicht in Frage gestellt werden. Die *Times* befürchtete, der Wille zum Regieren mit starker, aber gerechter Hand drohe durch die sich in Whitehall ausbreitende Frustration über die immer wieder ausbrechenden Unruhen in Bengalen und im Punjab zu erodieren und ermahnte ihre Leser:

Already the apologetic note is far too frequently heard. We have nothing to apologize for. We may have made mistakes but we can look back upon the past half-century with pride. [...] there is nothing in the history that quite compares with the achievements of the British in India.²⁷⁸

Je mehr Details über die geplanten Reformen in die britische Öffentlichkeit gelangten, desto mehr wurde Großbritanniens Rolle als Vormund der angeblich unpolitischen und ungeschützten indischen Massen hervorgehoben. Hatte Englands Mission in den Jahren davor vor allem darin bestanden, in Indien für eine moderne Rechtsprechung und eine effektive Verwaltung zu sorgen, so wurde diese Aufgabe nun um den Schutz der ahnungslosen Massen vor der politischen und materiellen Ausbeutung durch einige wenige politisch aktive Anwälte in Kalkutta erweitert. Implizit mussten die Massen vor dem orientalischen Unverständnis der westlichen Demokratie geschützt werden. Großbritanniens Aufgabe, so wurde betont, war nicht politisch, sondern sozial. Kurz gesagt, Großbritannien brauchte Indien nicht, aber Indien brauchte das Vereinigte Königreich.²⁷⁹

Wirtschaftliche Fragen wurden eher am Rande diskutiert. Der Schwerpunkt dieses Teils der Debatte lag vor allem auf der Frage ob und wenn ja wie viel Indien von der britischen Herrschaft und von britischen Investitionen profitierte. Den wirtschaftlichen Überlegungen lagen zwei Leitlinien zugrunde: Indien musste in der Lage sein, für seine Verwaltung selbst aufzukommen, und indische Ressourcen hatten dem Mutterland für imperiale Zwecke, zum Beispiel für die Verteidigung, zur Verfügung zu stehen.²⁸⁰ Dieser Diskussion entsprang auf der einen Seite die sogenannte *drain theory*. Stark verkürzt vertraten die Anhänger dieser Theorie die

²⁷⁷ *The Times*, 31. Oktober 1908.

²⁷⁸ *Ibid.*

²⁷⁹ C. Barnett, *The Collapse of British Power*, London 1972, 137.

²⁸⁰ B.R. Tomlinson, *India and the British Empire, 1880-1935*, *IESHR* 12 (4), 1975, 338.

Ansicht, dass die Ankunft der Briten in Indien eine erfolgreich funktionierende präkoloniale indische Wirtschaft deformiert und zerstört und den Indern damit ihre eigenen Ressourcen für ein erfolgreiches Wachstum genommen habe. Durch die Steuermittel, die das *British Raj* Indien entzog, sei das Vereinigte Königreich in der Lage gewesen, seine Handelsdefizite auszugleichen, hätte allerdings gleichzeitig zur Verelendung der indischen Landbevölkerung beigetragen. Einer der Vertreter der drain theory war Henry M. Hyndman. Hyndman hatte 1881 die *Social Democratic Federation* als erste sozialistische Partei Großbritanniens gegründet. Weiterhin war er prominentes Mitglied der *Irish National Land League*, die sich für verarmte Bauern in Irland einsetzte. Hyndman verurteilte die britische Präsenz in Indien aufs Schärfste. Seiner Ansicht nach sollte die britische Macht baldmöglichst für immer vom indischen Subkontinent zurückgezogen werden. Als Anhänger der *drain theory* sprach er dem *British Raj* jegliche Berechtigung ab, sich als Heilsbringer des Orients aufzuspielen. Was auch immer an Fortschritt geleistet worden war, sei durch das Ausbluten Indiens in den Schatten gestellt worden.²⁸¹

Anderen dagegen erschienen die in Indien erhobenen Steuern letztlich nur fair, da Großbritannien Kapital und Material nach Indien brachte – etwa die Eisenbahn und Industrie – und die indische Volkswirtschaft stetig gewachsen sei.²⁸² Verbunden damit war das Argument, dass alle indischen Beschwerden über wirtschaftliche Angelegenheiten von einer falschen Vorstellung über den angeblichen vergangenen Reichtum Indiens herrührten, der mit der Ankunft der Briten zerstört worden sei.²⁸³

Indizien dafür, dass es kein breites Problembewusstsein in Großbritannien gab, lassen sich in den oben erwähnten zeitgenössischen Einschätzungen der öffentlichen Meinung finden. Eine wichtige Rolle spielte dabei Morleys Strategie, eine breite öffentliche Diskussion zu verhindern und damit für die Verknappung der sprechenden Subjekte²⁸⁴ zu sorgen. In erster Linie wollte er sicherstellen, dass die *Times* ihm

²⁸¹ The Unrest in India. Verbatim Report of a Speech Delivered at Chandos Hall, Maiden Lane, London, on May 12th, 1907, by H.M. Hyndman, in Howe (1993:28).

²⁸² S. dazu z. B. *East India Association Pamphlet 1909, The Truth About the Drain*.

²⁸³ *East India Association Pamphlet 1913, The True Character of the so-called conquest of India by Great Britain*. Für eine neuere Analyse der britisch-indischen Handelsbeziehungen bezüglich der *drain theory*, s. D.R. Appleyard, The Terms of Trade between the United Kingdom and British India, 1858-1947, *JEDCC* 54 (3), 2006, 635-54. Die Debatte ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Noch im Juli 2015 brachte der indische Parlamentarier Shashi Tharoor eine Resolution bei der Oxford Union ein, nach der Großbritannien Reparationen an Indien zahlen sollte, da die Kolonialmacht den Subkontinent lediglich zu seinem eigenen wirtschaftlichen Wohle regiert habe. (<http://www.bbc.com/news/blogs-trending-33612839>).

²⁸⁴ M. Foucault, *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt, 1991, 26.

wohlgesonnen war, denn sie bildete die Hauptquelle der Informationen seiner wichtigsten Zielgruppe. Dies waren Parlamentarier und die Gruppe derer, die traditionell an einer Debatte über indische Angelegenheiten teilnahmen, obgleich diese eher klein war: ehemalige Kolonialbeamte und andere Persönlichkeiten, die aus verschiedenen Gründen als Autoritäten in der Debatte anerkannt waren. Es gab keinen systematischen Ansatz, Informationen über Indien in Großbritannien zu verbreiten. Der Verteiler ging von Indien über den ICS, das GOI und die Nachrichtendienste an das IO und die Zeitungen in Großbritannien.²⁸⁵

Mehrere Faktoren halfen Morley dabei, die Debatte einzugrenzen und so sein Reformvorhaben voranzutreiben. Bezüglich der britischen Presse konzentrierte sich der Staatssekretär auf Valentine Chirol. Das Streben nach einer höheren Effizienz der Verwaltung, das sich unter anderem in der Teilung der Provinz Bengalens widerspiegelte, wurde unterstützt von Chirol zum Ausdruck britischer Rationalität und der Fähigkeit der Kolonialmacht, solche Maßnahmen trotz anhaltender Protestaktionen umzusetzen. Die in der britischen Presse erwähnten Protagonisten der Proteste, Lajpat Raj und Bipin Chandra Pal, sowie Bal Gangadhar Tilak und deren Forderung nach indischer Selbstregierung halfen, radikale Inder auszugrenzen. Sie erschienen als irrationale Orientalen. Denn das Wort Selbstregierung wurde im Königreich entweder ignoriert oder abgeschmettert. Ein weiterer Faktor, der den Indischen Nationalkongress als Versammlungsort irrationaler Orientalen erscheinen ließ, war das Chaos, das die INC Sitzung von 1907 begleitete, sowie die Spaltung des INC und die nun aufkommenden Forderungen nach Reformen, die Großbritanniens politische Kontrolle über das *British Raj* beeinträchtigt hätten. Das Königreich konnte diese Entwicklungen leicht als irrationale Reaktion politisch unmündiger und revolutionärer Inder deuten.

Um das Narrativ zu kontrollieren, musste Staatssekretär Morley sicherstellen, dass das britische Ansehen, manifestiert durch den expliziten Willen der Kolonialmacht, seine Kontrolle aufrechtzuerhalten, nicht angezweifelt wurde. Die Reformen waren laut Morley keine Reaktion auf die Unruhen und Protestaktionen in Indien, sondern die Kolonialmacht handelte aus einer Position der Stärke. Weiterhin machte er deutlich, dass die geplanten Reformen nicht vorsahen, Kontrolle abzugeben, sondern die Ausübung der Kontrolle durch eine effizientere Verwaltung zu verbessern.

²⁸⁵ Kaul (2003:99ff.).

Die Reformen bedeuteten in diesem Sinne keinen Kontrollverlust, sondern vielmehr die Ausweitung der britischen zivilisatorischen Arbeit. Das Vereinigte Königreich war zu diesem Zeitpunkt nichts Anderes als ein ständiger politischer Vormund, der die indischen Massen vor dem orientalischen Unverständnis der Demokratie von Seiten radikaler Agitatoren beschützte.

Die *Times* fuhr fort, die Wichtigkeit von Ruhe und Ordnung in Indien zu betonen. Sie war nicht grundsätzlich gegen die von Morley vorgeschlagenen Reformen, kritisierte jedoch den Zeitpunkt, den der Staatssekretär dafür gewählt hatte. Für das Blatt musste Indien quasi wieder an das Postulat britischer Kontrolle erinnert werden, bevor Neurungen eingeführt werden konnten. Ruhe und Ordnung in der Kolonie wurden zu Indizien für indische Loyalität, wirksam ausgeübte Verwaltung und damit für den Fortbestand britischer Kontrolle. Die von den Briten in Indien aufrechterhaltene Ruhe und Ordnung zu propagieren, bedeutete im Sinne von Foucault „im Wahren“²⁸⁶ zu sein. Die Linie der *Times* war damit eindeutiger als die des *Guardian*. Denn einerseits machte Letzterer wiederholt deutlich, dass die Reformen ihm nicht schnell genug vorangingen. Außerdem kamen die im *Guardian* vertretenen Ansichten Keir Hardies Vorwurf nahe, dass das GOI in der Bekämpfung der Unruhen zu zaristischen Methoden gegriffen hätte, indem das Blatt Sir Bampfylde Fuller wahlweise mit preußischen oder russischen Beamten verglich. Andererseits war der Erhalt der britischen Kontrolle für ihn wichtig genug, das Aussetzen rechtsstaatlicher Mittel in Indien zu rechtfertigen, um die Protestaktionen zu beenden.

Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wurde nicht nur von Fuller, sondern auch von Morley, der *Times*, dem *Guardian* und den Parlamentsabgeordneten gefordert. Die *Times* und einige ihrer Leser blieben wie Sir Bampfylde Fuller besorgt über das, was sie als Anzeichen von Schwäche sahen, die britisches Ansehen und Kontrolle gefährden könnten, auch wenn nicht alle mit seinen Methoden zur Wiederherstellung der Kontrolle übereinstimmten. Und so wurden nicht nur radikale Inder, sondern auch Briten wie Hardie, aber signifikanterweise nicht Sir Bampfylde Fuller, von dem Konsens über die politische Kontrolle der indischen Kolonie ausgeschlossen. Wir erinnern uns, dass die *Times* Fullers Leserbrief als „bemerkenswert“ eingestuft hatte und ihm einen ganzen Leitartikel widmete. Während Inder als unmündige Kinder erschienen, wurde Hardies Autorität dadurch untergraben,

²⁸⁶ Foucault (1991:25).

dass er naiv in die Fänge von irrationalen Orientalen geraten sei. Sir Bampfylde Fuller habe lediglich zu den falschen Mitteln gegriffen, um die britische Kontrolle aufrecht zu erhalten. Was Fullers Aktionen jedoch erreichten war, dass die Debatte in Großbritannien an einen Punkt gebracht wurde, an dem die Grenzen des Konsenses ausgelotet wurden.

b. Ein Präzedenzfall für Reformen wird geschaffen

Der *Guardian* fand viel Positives an den von Morley im Oberhaus vorgestellten Reformplänen, die letztlich 1909 als *Government of India Act* verabschiedet wurden. Erstens sah er in ihnen die richtige Taktik, um moderate Kräfte in Indien gegenüber den Radikalen zu stärken: „The Bill seeks to widen and direct the constitutional channels for the Indian national spirit which our rule, to its honour be it said, has helped to make.“ Zweitens würde dem ICS nun ein Teil seiner schweren Bürde abgenommen werden, da er sie zumindest partiell an Inder abgeben könne.²⁸⁷

Chirol sandte jedoch einen ersten Warnschuss an den Staatssekretär in Form einer Artikelreihe, die er mit Überschriften wie *Anarchy in India* versah.²⁸⁸ Er hielt fest an der Vorstellung, die schutzbedürftigen Millionen des Subkontinentes drohten, dem Sinnen und Trachten einiger Anwälte ausgeliefert zu werden. Damit vertiefte sich die Ausgrenzung politisch aktiver Inder, die wie hier mit der Brahmanenkaste gleichgestellt wurden. Sie wurden so nicht nur gegenüber der Masse der indischen Bevölkerung, sondern auch gegenüber den Muslimen marginalisiert.²⁸⁹ Aus Chirols Sicht musste Bengalens Teilung aus diesem Blickwinkel betrachtet werden. Chirol, der noch immer dem ehemaligen Vizekönig Curzon treu ergeben war, fuhr fort, die Vorteile der Teilung hervorzuheben, die nach seiner Einschätzung nur von einer kleinen und egoistischen Minderheit auf dem Subkontinent nicht anerkannt wurde.

Als Lord McDonnell Anfang März einen Entwurf im Parlament einbrachte, der die Teilung rückgängig machen sollte, zeigt sich Chirol wenig erfreut:

Yet at this moment, when it was accepted as accomplished and irrevocable by the local population, and when even the Kalkutta wirepullers had abandoned as futile their outcry against it, Lord McDonnell has thought it wise and opportune to raise the whole question afresh by an amendment to the Councils Bill. [...] The Hindus are delighted to see their agitation revived from such a quarter [...]. It would be believed everywhere that the British Raj had reversed a deliberate and well-considered act of State, out of deference to loud and persistent clamour.²⁹⁰

Die Autorität des GOI, auf den sich die gesamte britische Herrschaft in Indien stütze,

²⁸⁷ *The Guardian*, 24. Februar 1909.

²⁸⁸ z.B. *The Times*, 12. Februar, 1. März und 8. März 1909.

²⁸⁹ In Erwartung baldiger Reformen machte im Jahre 1906 eine Delegation unter Führung des Aga Khan Vizekönig Minto ihre Aufwartung, um ihn davon zu überzeugen, dass Muslime in Indien eine separate politische Gruppe bildeten. Sie hofften, dass dies bei zukünftigen Reformen berücksichtigt werden würde. Ihr Auftreten zeugte von einem gewissen Vertrauen in die britische Verwaltung, denn sie sahen von Protestaktionen ab.

²⁹⁰ *The Times*, 8. März 1909.

von London aus so zu unterminieren, erschien ihm gegen jede Konvention. Da der Subkontinent nach Chirols Überzeugung nur mit einer stringenten Politik von Großbritannien aus regiert werden könne, dürften getroffene Entscheidungen nicht nach Belieben rückgängig gemacht werden. Nur so sei das *British Raj* zu halten und könnten geordnete Verhältnisse garantiert werden. Die politische Elite des britischen Königreichs dürfe vor den Indern nicht gespalten erscheinen. Um den Konsens über die Notwendigkeit der britischen Kontrolle in Indien aufrecht zu erhalten, könne man sich Zweifler aus den eigenen Reihen nicht leisten.

Die Aprildebatten zu Indien wurden daher im IO intensiv vorbereitet.²⁹¹ Da die konservative Opposition nicht damit rechnen konnte, großen Einfluss auf die neue Gesetzgebung zur indischen Verwaltung nehmen zu können, zog sie es vor, von einer Kampfabstimmung abzusehen, wälzte die Verantwortung für die Folgen aber auf die Liberalen ab.²⁹² Ohne Abstimmung gab das Parlament sowohl der indischen als auch britischen Öffentlichkeit zu verstehen, dass die britische Herrschaft in Indien weiterhin über der Parteipolitik stehe und die Verwaltung des Subkontinents als nationale Aufgabe anzusehen sei.

Der Unterstaatssekretär für Indien Buchanan brachte den Entwurf während der zweiten Lesung mit den Worten ein, es handele sich um Maßnahmen, die den aktuellen Erwartungen der Inder entsprächen und nicht denen der Vergangenheit.²⁹³ Der Entwurf war so formuliert, dass das Unterhaus lediglich über das Prinzip der Reformen zu entscheiden hatte, die Ausführung aber dem GOI überlassen würde. Da man potenziell kontroverse Entscheidungen gewöhnlich den Amtsträgern vor Ort überließ, war das IO darum bemüht, sich nach außen hin abzusichern und die als die wahren Autoritäten angesehenen Mitglieder des GOI einzubinden. Den Abgeordneten blieb nicht viel anderes übrig, als den Spielregeln des Ministeriums zu folgen.

Premierminister Asquith, der Campbell-Bannerman nach dessen Tod 1908 abgelöst hatte, versuchte den Parlamentariern glaubwürdig zu versichern, dass der Entwurf nicht von einem radikalen Staatssekretär ersonnen worden war, sondern dass

²⁹¹ Wolpert (1967:156ff.).

²⁹² Dennoch warnte Earl Percy davor, den indischen Nationalisten den kleinen Finger zu reichen. Denn einige indische Reformer hatten bereits deutlich gemacht, dass sie die aus ihrer Sicht unzureichenden Reformen nur unterstützten, da sie sich von ihnen in den folgenden Jahren eine weitere Integration in die Verwaltung Indiens erhofften. HMSO, 3, 1. April 1909, 512f.

²⁹³ Ibid., 499. Ganz anders hatte das sein Vorgesetzter Morley in einem privaten Gespräch gesehen. Er befürchtete, das gesamte Unterfangen würde nach jahrelanger Vorbereitung nur Spott und Gelächter ernten. Morley an Minto, 10. August 1908, Morley D 573/3.

es sich lediglich um einen weiteren Schritt einer Entwicklung handelte, die sich bereits Jahre zuvor abgezeichnet hatte.²⁹⁴ Er bettete die Reformdebatte so in eine Argumentationslinie ein, nach der die britische Indienpolitik angeblich von jeher zielgerichtet auf die verstärkte Integration der Inder in die Verwaltung des Subkontinents ausgerichtet war. Die vorangegangenen fünfzig Jahre britischer Herrschaft wurden so als politische Bildungsphase der Inder uminterpretiert, die nun die ersten Reformen ermöglichte. Damit etablierte er ein Bild von organisch gewachsenen Reformen, das sich bis zum 15. August 1947 halten sollte.

Obwohl die Debatte auch ohne Kampfabstimmung kontrovers geführt wurde, darf nicht vergessen werden, dass sich nur eine kleine Gruppe von Parlamentariern um den Wollsack im Unterhaus versammelte hatte. Selbst Keir Hardie, der in den vorangegangenen Monaten die Aufmerksamkeit genossen hatte, die seiner Indienreise zuteil geworden war, nahm seinen Sitz nicht regelmäßig ein. Das mag einerseits daran gelegen haben, dass der Ausgang der Unterhausdebatte klar zu sein schien und sich viele Parlamentarier ihre Zeit anders einteilten. Aber es gibt auch zeitgenössische Einschätzungen, die die Schuld an diesem Desinteresse nicht bei nur den Parlamentariern, sondern auch bei der britischen Öffentlichkeit suchten. Während eines Vortrages vor der *Royal Asiatic Society* bedauerte Lord Curzon beispielsweise die „ungeheure Ignoranz“, die in England gegenüber Indien vorherrschte.²⁹⁵

Dabei erscheint die Aufnahme von Indern in die Räte mit Blick auf die öffentliche britische Debatte nicht wie ein revolutionärer Schritt. Was so manchen ICS-Beamten beunruhigte, dürfte auf einen Großteil der britischen Öffentlichkeit kaum Wirkung gehabt haben. Es ist unwahrscheinlich, dass es für viele wirklich eine Rolle spielte, wie viele Inder in den Räten vertreten waren, zumal sie keine Entscheidungsgewalt innehatten und somit kein Kontrollverlust für die Kolonialmacht zu befürchten war. Wer interessierte sich tatsächlich für eine eigene Wählerschaft für die Muslime, für die sich die Delegation des Aga Khan bereits 1906 eingesetzt hatte?²⁹⁶ Es ist schwer vorstellbar, dass diese Fragen für den Durchschnittsbriten um 1909 relevant waren.

²⁹⁴ HMSO, 3, 1. April 1909, 529.

²⁹⁵ Der nie um eine große Idee verlegene ehemalige Vizekönig schlug vor, die sogenannten Bluebooks zu Indien – Veröffentlichungen für das Parlament, die traditionell einen blauen Einband erhielten – gefälliger zu gestalten und an die *Daily Mail* zu verteilen, damit sie ein größeres Publikum erreichten. Er blieb mit seinem Vorschlag allein. *The Times*, 22. Mai 1909.

²⁹⁶ Burke & Quraishi (1995:126f.); Read & Fisher (1997:92f.).

Ein Artikel in der *Times* zum *Empire Day* unterstrich, dass der GIA von 1909 in Großbritannien keinen größeren Aufruhr hervorrief.²⁹⁷ Der Verfasser beschrieb Indien als einen riesigen Kontinent, der von lediglich 1.000 Briten regiert würde. Jeder Hinduhaushalt verehrte demnach König Edward VII. fast wie einen Gott, womit sie ihre Rolle als dankbare Untertanen erfüllten. Zwischen den britischen Offizieren und ihren indischen Soldaten existiere wahre Brüderlichkeit. Indien habe dem Vereinigten Königreich Prosperität und Fortschritt zu verdanken. Auch der *Guardian* betonte, dass die Ernennung des ersten indischen Mitglieds des Exekutivrats kaum das Ende der britischen Herrschaft in Indien herbeiführen würde.²⁹⁸ Jetzt da der Reformkurs durch das Parlament abgesegnet worden war, erschien das Gesetz beinahe wie ein Befreiungsschlag nach außen und verschaffte eine Atempause.

Sir Bampfylde Fuller und sein ehemaliger Dienstherr Lord Curzon wurden dagegen nicht müde, die britische Öffentlichkeit auf die Gefahren der neuen Reformen hinzuweisen. Sie traten nun gelegentlich als Zweigespann auf, moderierten gegenseitig ihre Auftritte und versuchten, ihr Publikum davon zu überzeugen, dass zwar die Zeit für Reformen durchaus reif, Morleys Unterfangen jedoch völlig ungeeignet für den indischen Subkontinent sei. Während Curzon Indiens Massen für apolitisch hielt, erklärte Fuller, indische Beschwerden seien lediglich sentimental und entsprängen einem Unterlegenheitsgefühl, das durch das arrogante Verhalten vieler Briten in Indien nur weiter geschürt würde. Die Lösung sei nicht etwa die politische Emanzipation, sondern eine Erweiterung des ICS um mehr indische Beamte. Damit wäre das britische Kontrollorgan vor Ort lediglich personell aufgestockt worden. Fuller kam zu dem Schluss, durch die Unwissenheit des britischen Parlaments seien Indiens Erwartungen falsch interpretiert worden. Reformen hätten sich ausschließlich auf den administrativen Bereich beschränken sollen. Sir Bampfylde Fuller beklagte die Einmischung in Angelegenheiten, die seiner Ansicht nach nur die Männer vor Ort einschätzen konnten.²⁹⁹

Nach der erfolgreichen Ausgrenzung politisch aktiver Inder als Extremisten beriefen sich nun Curzon, Fuller und, wie die oben zitierten Leserbriefen an die *Times* zeigen, auch andere Teilnehmer der Debatte auf die indischen Massen. Nach Ansicht von Curzon und seiner Anhänger stellten diese keine politischen Forderungen. Aber

²⁹⁷ *The Times*, 24. Mai 1909.

²⁹⁸ *The Guardian*, 24. Mai 1909.

²⁹⁹ Vortrag von Fuller und Curzon im *Royal Colonial Institute*, in: *The Times*, 9. Juni 1909.

auch Befürworter der Reformen bezogen die indischen Massen in ihre Argumentation ein. Unterstaatssekretär Buchanan beispielsweise betonte, dass es eben die Loyalität der breiten indischen Bevölkerung gewesen sei, die Reformen ermöglicht habe. Beide, Gegner und Befürworter der Reformen, beriefen sich somit auf die stille Unterstützung der Mehrheit der indischen Bevölkerung für die britische Verwaltung.

Nachdem die Reformen verabschiedet worden waren und sich die erhitzten Gemüter in London beruhigt hatten, zog die *Times* Bilanz. Selbst wenn es Morley geglückt war, den Eindruck zu erwecken, die Initiative für die Reformen habe bei Vizekönig Minto in Indien gelegen, und Lady Minto in späteren Jahren alles daran setzte, diese Legende aufrechtzuerhalten,³⁰⁰ so warf die *Times* dem Staatssekretär dennoch vor, das bisherige Prinzip britischer Herrschaft und der Verwaltung des *Raj* in seinen Grundfesten zu erschüttert zu haben:

It is not the function of the India Office to be in advance of the Government of India, to drag the collective Government of India reluctantly at its heels in such matters; yet that is the real spectacle that has been recently witnessed. [...] Parliamentary control over Indian affairs has tightened to such a degree that men are afraid to speak out. One wonders whether this is not proof of deterioration in the spirit and independence of the Indian Civil Service.³⁰¹

Morley war es durch geschicktes Taktieren nicht nur gelungen, Reformen in Indien durchzusetzen, sondern darüber hinaus das GOI und den ICS dem Indienministerium unterzuordnen. Im Gegensatz zur *Times* hielt der *Guardian* die Reformen für das „größte Ereignis der indischen Geschichte seit der *mutiny*“.³⁰² An dieser Stelle keine Sorgen um die Umschichtungen der Machtverhältnisse zwischen London und Kalkutta und damit auch der Autoritäten über das Narrativ. Dies ist zu diesem Zeitpunkt nicht überraschend, da alle drei Instanzen – *India Office*, *Indian Civil Service*, *Government of India* –, sowie die *Times* und der *Guardian* nicht an der Notwendigkeit britischer Herrschaft und Verwaltung rüttelten.

Im Februar 1910 zog es Chirol wieder nach Indien, und Morley tat sein Bestes, Vizekönig Minto dazu zu bewegen, den Korrespondenten freundlich zu empfangen, denn er war weiterhin bemüht, die Beziehungen zwischen dem Indienministerium und

³⁰⁰ Lady Minto arbeitete vor allem seit den 1930er Jahren am Andenken ihres Mannes. Aus ihren Briefen, teilweise ediert in Gilbert (1966), geht ihre Antipathie gegen Morley deutlich hervor. In Indien scherzten Zeitgenossen über die Aufgabenverteilung im vizeköniglichen Palast. Während der ICS das Land regiere, organisiere Lady Minto das Patronat und die Ämterverteilung, während Lord Minto die Stallungen beaufsichtige.

³⁰¹ *The Times*, 28. Juni 1909.

³⁰² *The Guardian*, 14. Juni 1909.

der *Times* zu verbessern.³⁰³ In den vorangegangenen Monaten hatte Chirol tatsächlich damit begonnen, seine Vorbehalte gegenüber dem IO abzubauen, eine Entwicklung, die Morley nun durch einen positiven Verlauf seines Indienaufenthaltes unterstützen wollte. Chirol hatte ihn für seine Politik gegenüber den indischen Muslimen in mehreren Leitartikeln gelobt,³⁰⁴ da er seinerseits hoffte, dass eine Stärkung ihrer Position dem Sinnen und Trachten der radikalen Hindus Einhalt gebieten würde. Morleys Handhabung dieses Problems wurde auch im *Guardian* wohlwollend kommentiert.³⁰⁵ Weiterhin war Chirol erleichtert über Morleys Versicherung, dass seine Reformen nicht darauf abzielten, parlamentarische Institutionen in Indien zu schaffen, sondern lediglich auf eine bessere Integration der Inder in die Verwaltung des Subkontinentes hinzuwirken.³⁰⁶ In seinen Briefen und Telegrammen an Vizekönig Minto konnte Morley über die außergewöhnlich gute Aufnahme der Reformen auch in der restlichen britischen Presse berichten, und er fügte hinzu, dass die meisten Korrespondenten ohnehin nicht viel über die Details der Reformen wüssten.

Das Ende des antagonistischen Verhältnisses zwischen der *Times* und dem IO brachte Morley jedoch keinen anhaltenden Frieden. Der Staatssekretär musste sich nun auf Attacken aus Indien vorbereiten, denn Vizekönig Minto hatte vor Ende seiner Amtszeit seinen Privatsekretär Dunlop-Smith nach London gesandt, um Öffentlichkeitsarbeit in eigener Sache zu leisten.³⁰⁷ Mintos repressive Politik gegenüber indischen Aktivisten, von Morley sanktioniert, war unter den Liberalen auf wenig Unterstützung getroffen. Den Konservativen hingegen war sie nicht repressiv genug. Nachdem Morley das Reformpaket nach vier Jahren endlich durchgesetzt hatte und der Auftakt der neu gestalteten indischen Räte auf ein positives Echo in der britischen Presse gestoßen war, wollte der Staatssekretär Indien nun weitestgehend aus den Zeitungen heraushalten. Deshalb betrachtete Morley Dunlop-Smiths Englandaufenthalt mit Argwohn. Der Sekretär des Vizekönigs musste jedoch sehr zu Morleys Erleichterung feststellen, dass niemand besonders an Indien interessiert war.

³⁰³ Morley an Minto, 3. Februar 1910, Morley D 573/5. Das GOI war berüchtigt für seine Abneigung gegenüber reisenden Journalisten aus dem Vereinigten Königreich, die aus Kalkuttas Sicht zu wenig über die wahren Verhältnisse vor Ort wussten und in ihren Artikeln kein korrektes Bild der Herausforderungen britischer Herrschaft in Indien zeichneten. Diese ablehnende Haltung war nicht nur auf die Presse beschränkt, sondern erstreckte sich gleichermaßen auf Vertreter des Parlaments. S. z.B. einen Brief von Godley an Curzon, 29. Januar 1902, Curzon Papers MSS.EUR.F 111-161, 10.

³⁰⁴ Morley an Minto, 18. November 1909, Morley D 573/4.

³⁰⁵ *The Guardian*, 16. Juni 1909.

³⁰⁶ z.B. *The Times*, 4. Oktober und 16. November 1909.

³⁰⁷ Das (1964:55); Gilbert (1966:158ff.)

Lediglich im Oberhaus waren einige der Lords gewillt, sich mit Dunlop-Smith auseinanderzusetzen, doch Morley sorgte dafür, dass dieser nicht allzu viele von ihnen traf.³⁰⁸

Wenn überhaupt eine Indien betreffende Angelegenheit in Großbritannien auf Interesse stieß, dann war es die Diskussion um Mintos Nachfolger, dies allerdings mehr wegen der möglichen innenpolitischen Konsequenzen für Großbritannien selbst als für das *Raj*. Zeitweise war Winston Churchill im Gespräch, ohne je wirkliche Chancen zu haben. Kitchener war in vielen Kreisen der Favorit, aber Morley tat sein Möglichstes, um die Berufung eines Soldaten vom Schlage des Helden von Khartum zu verhindern. Er bot den Posten dagegen Lord Hardinge an, und dieser akzeptierte. Bereits Hardinges Großvater war Generalgouverneur von Indien gewesen, damals noch unter der *East India Company*. Hardinge selbst war als Diplomat zunächst in Teheran stationiert gewesen, bevor er 1904 zum britischen Botschafter in Russland ernannt worden war. Vom ihm als neuen Vizekönig wurde erwartet, die Loyalitätsbekundungen gegenüber der britischen Krone zu stärken und auf jene Teile der indischen Gesellschaft auszuweiten, die noch nicht durch den aufwiegenderen Geist angesteckt waren.³⁰⁹

Ab Juli 1910 veröffentlichte die *Times* Chirols Serie über die Unruhen in Indien, die zeigte, dass Chirol seinen Frieden mit dem IO und den Reformen gemacht hatte. In insgesamt 37 Artikeln, die bis Ende September 1910 erschienen, wandte sich seine Kritik nun gegen die Inder, zwar mit wenig neuen Argumenten, dafür aber mit einer deutlicheren Stoßrichtung gegen den INC, und damit nicht mehr ausschließlich gegen eine anonyme Ansammlung „heimtückischer“ *babus*.³¹⁰ Offensichtlich hatte Morley Chirol davon überzeugen können, dass Ruhe und Ordnung weiterhin oberstes Gebot in Indien waren und dass das IO die britische Oberherrschaft in Indien weiterhin für nötig erachtete. Hinzu kam, dass sowohl der Staatssekretär als auch Chirol das Verhalten der Muslime als vorbildhaft ansahen, im INC und in den radikalen Hindus jedoch einen gemeinsamen Gegner gefunden hatten, der das britische Selbstverständnis in Frage stellte. Staatssekretär Morleys Werben um den Indienexperten der *Times* zahlte sich nun aus. In Valentine Chirol hatte er keinen

³⁰⁸ Gilbert (1966:215f.).

³⁰⁹ Read & Fisher (1997:110f.); Gilbert (1966:225).

³¹⁰ „Babu“ war zunächst ein Ausdruck für einen Englisch sprechenden Schreiber, von denen das GOI viele beschäftigte. Die Briten benutzten das Wort in einer abwertenden Form, um sich über Inder lustig zu machen, die versuchten, sich britischen Normen gemäß zu verhalten.

Verbündeten, aber doch einen wohlwollenden Journalisten gefunden. Die Anstrengungen, die der Staatssekretär seit 1907 unternommen hatte, um Chirol für sich zu gewinnen, begannen Früchte zu tragen.³¹¹

Chirol schloss seine Artikelreihe, die er anschließend auch in Buchform veröffentlichte, mit folgenden Bemerkungen, die auch den Amtsantritt des neuen Vizekönigs Lord Hardinge erwähnten:

No Viceroy has for fifty years gone out to India at so critical a moment as that at which Lord Hardinge of Penshurst is about to take up the reins of government. [...] The justification of our presence in India is that it gives peace and security to all the various races and creeds which make up one-fifth of the population of this globe. To introduce self-government to India would necessarily have been to hand it over to the ascendancy of the strongest. [...] We must continue to govern India as the greatest of the dependencies of the British Crown, but we must do our utmost to satisfy Indians of all classes and castes and beliefs that we govern them as none of their race would govern them, with an equal and absolutely impartial regard for all law-abiding communities, with an intelligent appreciation of their peculiar interests, and with genuine consideration for all their ideas, so long as those ideas are compatible with the maintenance and security of British rule.³¹²

Die englische Präsenz in Indien war nach dieser Ansicht weiterhin lebenswichtig für den Subkontinent und besaß in Anbetracht der Tatsache, dass es um das Wohl eines Fünftels der Menschheit ging, eine globale Tragweite. Großbritannien musste sich Indiens Vertrauen durch gerechte Verwaltung vor Ort verdienen. Chirol vermochte sich offenbar ein sich selbst regierendes Indien nicht vorzustellen. Er unterstützte daher den Konsens, der Großbritannien als wohlwollende Mutternation definierte. Allerdings forderte er eine aktive Rolle dieser Mutternation und warnte seine Landsleute vor Selbstgefälligkeit. Die Aufgabe des neuen Vizekönigs musste darin bestehen, die Reformen zu konsolidieren und damit die Fortdauer der britischen Herrschaft zu sichern.

Im Februar 1910 hatte Edwin Montagu das Amt des Unterstaatssekretärs für Indien von Buchanan übernommen. Montagu war der jüngere Sohn von Baron Swaythling und mit dem großen Wahlsieg der Liberalen 1906 ins Parlament eingezogen. Der ambitionierte Neuling im IO konnte sich in seiner ersten Budgetrede im Juli desselben Jahres optimistisch geben. Die Unruhen in Indien waren abgeklungen, und die Sitzungen der reformierten Räte erschienen vielversprechend. Montagus Bilanz dieser Sitzungen zeichnete ein durchweg positives Bild kollegial gehaltener Treffen. Gleichzeitig bat er das Unterhaus, zwischen den Forderungen von

³¹¹ Morley an Minto, 30. Juni 1910, Morley D 573/5.

³¹² *The Times*, 17. September 1910.

Unruhestiftern und der Erfüllung berechtigter Erwartungen in Indien zu unterscheiden.³¹³ Das GOI in Kalkutta habe die Zeichen der Zeit erkannt und würde nun weiterhin mit harter Hand gegen Aufrührer vorgehen, aber mit eben solcher Entschlossenheit den berechtigten Erwartungen der Inder mit Sympathie gegenüberstehen.

Auch der konservativen Opposition blieb nichts Anderes übrig, als in den Chor der allgemeinen Erleichterung über den Fortgang der Reformen mit einzustimmen. Lediglich *Labour* wies auf ungeklärte Fragen hin. Dabei beschränkte sich die Kritik in erster Linie auf das Pressegesetz in Indien und das Problem der politischen Gefangenen. Ramsay MacDonald legte den Finger in die Wunde, indem er an die große britische Tradition der Pressefreiheit und des Rechts auf ein faires Verfahren appelliert. Beides sah er in Indien gefährdet.³¹⁴ Bei aller Harmonie unter den Abgeordneten galten weiterhin die alten Spielregeln. Wie aus den Protokollen hervorgeht, war nur ein Tag für die Debatte anberaumt worden. Parlamentsmitglieder beschwerten sich darüber hinaus, das IO habe nur rudimentäres Informationsmaterial bereitgestellt. Das für das Parlament gedachte *Bluebook* war zu spät veröffentlicht worden, als dass es noch jemand hätte lesen können, und Montagu stellte die Geduld seiner Kollegen angesichts leerer Bänke für mehr als zwei Stunden auf die Probe.³¹⁵ Der *Guardian* sah Montagus Rede jedoch im Ganzen positiv. Der Leitartikel erinnerte an die Wichtigkeit, die moderaten politischen Kräfte in Indien gegen die radikalen Gruppen zu stärken. Dabei warnte das Blatt:

[...] perhaps if [the reforms] had come ten years earlier the revolutionary section would have had no chance of a following. But ten years ago we were sneering at the Indian National Congress, and every gibe at the constitutionalist then has gained an adherent to the revolutionaries since. We must no repeat that mistake.³¹⁶

Neue Ereignisse führten dazu, die indische Loyalität erneut ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. In Indien überschlugen sich 1910 nach dem Tod Edwards VII. die Muslim-Liga und der Indische Nationalkongress mit Loyalitätsbekundungen für König Georg V. Während in Indien ein unsicherer Frieden herrschte, der seitens der Regierung als Resultat ihrer Reformen gefeiert, von Seiten der konservativen Opposition aber als Ergebnis der festen Haltung des Vizekönigs betrachtet wurde, sann

³¹³ HMSO, 19, 26. Juli 1910, 1982.

³¹⁴ *Ibid.*, 1999f.

³¹⁵ HMSO, 19, 26. Juli 1910.

³¹⁶ *The Guardian*, 27. Juli 1910.

Georg V. über einen passenden Amtsantritt als Kaiser von Indien nach. Die Teilung Bengalens hatte er nie gutgeheißen, und als neuer König sah er seine Stunde gekommen.³¹⁷ Die bald folgende Entscheidung, die Teilung rückgängig zu machen, wurde auch vom neuen Vizekönig Hardinge und Morleys Nachfolger als Staatsminister für Indien im IO, Lord Robert Crewe, unterstützt. Lord Crewe gehörte dem radikalen Flügel der Liberalen Partei an und machte sich früh für soziale Reformen stark, unter anderem für eine Altersrente, den Achtstundentag für Bergarbeiter, sowie für Schulesen für bedürftige Kinder. Georg V. beschloss, als erster regierender britischer Monarch nach Indien zu reisen und die neue politische Linie, die zunächst das bestgehütete Geheimnis des britischen Empires war, selbst bekannt zu geben. Um eine zeitnahe Berichterstattung in der Presse zu ermöglichen, erhielt der Redakteur der *Westminster Gazette*, John Spender, geheime Informationen vom Indienministerium. Spender reiste zum Krönungsdurbar³¹⁸ nach Indien, verfasste aber bereits vor seiner Abreise mit Hilfe dieser Informationen mehrere Artikel, die er in versiegelten und datierten Umschlägen im Tresor seiner Redaktion deponierte. Seine Kollegen waren angewiesen, diese Beiträge an den entsprechenden Tagen zu veröffentlichen.³¹⁹

In Vorbereitung des königlichen Besuches nach Indien wurden in den britischen Medien allerlei mögliche Szenarien für den Fortbestand des *British Raj* debattiert. Die Bedeutung, die man der persönlichen Herrschaft des Monarchen seiner mystischen Bedeutung für Indien zumaß, führte dazu, dass eine Zeit lang sogar die Einführung einer Regentschaft durch ein Mitglied der Königsfamilie diskutiert wurde. Es herrschte also eine große Erwartungshaltung sowohl in Indien als auch in Großbritannien. 100.000 Menschen drängten am 12. Dezember 1911 auf den Platz des Krönungsdurbar in Delhi, um Georg V. und seine Gattin Mary zu begrüßen. Als Georg V. seinen indischen Untertanen mitteilte, dass Bengalen wieder vereint sei und der Sitz des Vizekönigs von Kalkutta nach Delhi, das neue Delhi, verlegt werden würde, brach ohrenbetäubender Jubel aus.³²⁰ Dass Delhi, der alte Sitz der muslimischen Mogul-

³¹⁷ Read & Fisher (1997:109).

³¹⁸ Der Begriff kommt aus dem Persischen und bezieht sich auf formale Treffen zwischen einem König und seinen Adeligen. Diese Tradition wurde von den britischen Kolonialherrschern in Indien übernommen und zunächst so übertrieben zu einer „europäisch-mittelalterlichen Huldigungszeremonie“ genutzt, dass sie praktisch zu einer „Farce“ wurde. Erst unter Vizekönig Curzon wurde es wieder in die indische Tradition eingebunden. Mann (2005:108f., 113).

³¹⁹ Kaul (2003:109).

³²⁰ *The Guardian*, 13. Dezember 1911; Read & Fisher (1997:110); Burke & Quraishi (1995:141f.). Die Verlegung des Verwaltungssitzes sollte das GOI aus dem Pulverfass Bengalen und außer Reichweite

Kaiser, als Sitz der Regierung durch den Bau eines vizeköniglichen Palast wiederbelebt werden sollte, war als Trostpflaster für die Muslime gedacht, die in Bengalen nun wieder zu einer Minderheit wurden. Die Muslime empfanden die Ankündigung allerdings als Wortbruch, war ihnen doch von Lord Crewes Vorgänger Morley zugesagt worden, die Teilung sei eine ein für alle Mal beschlossene Sache. Wie sollten sie fortan die britische Präsenz als Garanten für den Schutz ihrer Rechte als Minderheit ansehen? Für sie entstand der Eindruck, dass Bomben mehr Ergebnisse erzielten als Loyalität und Vertrauen in britische Gerechtigkeit. Schnell war ein neuer Slogan gefunden: *No Bombs No Boons!* Also ohne Bomben kein Entgegenkommen.

Der *Guardian* ignorierte die Enttäuschung der Muslime. Er betonte, Beschwerden über den Abzug des GOI aus Kalkutta kämen vor allem von anglo-indischen Kaufleuten und weniger von Indern. Letztere seien vielmehr die Hauptnutznießer der Umwälzungen: „Calcutta now becomes what it has not been since the partition – the capital of the Bengali-speaking peoples. The change of capital has saved the unity of the race.“³²¹ Dabei sollte das *darbar* vor allem die Kolonialbeamten selbst in ihrer Führungsfunktion bestätigen.³²² Die Mutternation erfüllte ihre Rolle als Kontrollinstanz, die am besten wusste, was die Kolonie brauchte. Da laut *Guardian* die Inder dies erkannten und sich im Gegenteil zu den Anglo-Indern nicht beschwerten, erfüllten sie ihrerseits ihre Rolle als dankbare Untertanen. Das *darbar* „ließ alle Träume wahr werden“.³²³

In Großbritannien führte der Indienbesuch des Königs zu Lobeshymnen in der *Times*. Seit dem Eintreffen König Georgs V. in Delhi Anfang Dezember hatte es kein Halten mehr gegeben:

The tense and heartfelt emotions of today have swept into temporary oblivion any recollections of the wave of questioning spirit which passed over India a few years ago. [...] One felt that, though the difficulties may not grow less, the vision of the King-Emperor riding through vast throngs of his revering peoples, with all the Princes of India following in his train, taught an enduring lesson.³²⁴

Alle früheren Fehden der Zeitung mit dem IO schienen im imperialen Glanz wie weggeblasen, wobei Chirols Einschwenken auf den Reformkurs des IO hilfreich war.

von Terroristen sowie der britischen Geschäftswelt bringen, die dazu tendierte, sich in politische Belange einzumischen.

³²¹ *The Guardian*, 2. Januar 1912.

³²² Mann (2017:153f.)

³²³ Ders. (2005:123).

³²⁴ *The Times*, 8. Dezember 1911.

Georg V. hatte seinerseits mit seiner Ansprache sein Ziel erreicht.³²⁵ Wenngleich die Wiedervereinigung Bengalens und die Verlegung des Machtzentrums von Kalkutta nach Delhi natürlich der Politik der Regierung geschuldet war, so hatte er doch einen nicht unerheblichen Anteil daran. Gleichzeitig wurde in Indien und in Großbritannien der Eindruck vermittelt, ein souveräner Herrscher habe eine souveräne Entscheidung getroffen, der aus einer Position der Stärke heraus gehandelt, wieder Klarheit und Sicherheit in die Politik gebracht und bezeugt hatte, dass das Königreich weiterhin in der Lage war, eine effektive Kontrolle auszuüben. Die königliche Politik hatte damit die volle Unterstützung der *Times*:

[...] it would be unpolitic to ignore considerations of popular sentiment, especially if they are backed by a genuine sense of grievance, when there no longer can be the slightest suspicion that the concessions made to them have been wrung from the Government by mere clamour.³²⁶

Vizekönig Hardinge war sich der impliziten Konsequenzen des GIA von 1909 und der Verlegung des GOI nach Delhi voll bewusst. Mittelfristig würde es zu mehr Selbstregierung kommen.³²⁷ Das blieb auch dem *Guardian* nicht verborgen. Voll des Lobes, vor allem für die Aufhebung der Teilung, schätzte er die Verlegung des GOI nach Neu-Delhi als „most original and thrilling“ ein.³²⁸ Weiterhin wies der *Guardian* auf Folgendes hin:

We may be fully assured that an India ruled from Delhi under an expanding provincial system will in the course of a very few years develop many fresh and vital elements of public life.³²⁹

Damit betonte die Zeitung, dass innerhalb weniger Jahre weitere politische Veränderungen zu erwarten sein würden.

Tatsächlich hatte das IO aber eine Exekutiventscheidung am Parlament vorbeigetroffen. Unter Berufung auf GIAs von 1793 und 1853, mit denen damals noch die Charter der *East India Company* erneuert worden war, hatten Staatssekretär Crewe und sein Unterstaatssekretär Montagu ein legislatives Schlupfloch gefunden, mit dem sie ohne parlamentarische Konsultation und Zustimmung die Teilung Bengalens rückgängig machen konnten. Zum ersten Mal in der Geschichte der britischen Herrschaft in Indien wurde damit eine Entscheidung des IO/GOI aufgehoben.

³²⁵ Moore (1966:102).

³²⁶ HMSO, 37, 22. April 1912, 782ff.

³²⁷ Moore (1966:105).

³²⁸ *The Guardian*, 13. Dezember 1911.

³²⁹ *Ibid.*, 18. Dezember 1911.

Nachdem der ICS seine Stellung als letzte Instanz während der Debatte um den GIA von 1909 eingebüßt hatte, war nun mit der Entscheidung ohne parlamentarische Debatte eine zweite Bastion gefallen. Ohne der Opposition im Parlament eine Chance zu geben und um jegliche Diskussionen im Vorfeld vermeiden zu können, hatte das IO mit einer Tradition britischer Verwaltung gebrochen. Kritik an diesem Vorgehen wurde vom *Guardian* mit den Worten zurückgewiesen: „There is no reversal of policy, for the repartition of Bengal does not reproduce the status quo ante.“³³⁰ Die Zeitung identifizierte damit das Hauptproblem: manche Opposition seitens der Konservativen entsprang eher einer Aversion gegen jegliche Veränderungen an den Strukturen der britischen Herrschaft in Indien.

Die seit Jahren andauernden Unruhen, das Attentat auf Vizekönig Minto im Jahr 1909,³³¹ Morde an ICS-Beamten aller Rangstufen bis hin zum Anschlag auf den pensionierten Generalleutnant der britisch-indischen Armee Curzon-Wyllie, der 1909 am Eingang des *Imperial College* in London erschossen worden war, schienen trotzdem vergessen. Denn der Jubel der Inder war Musik im imperialen Orchestersaal.

There can only be one verdict about it [the Durbar]. The Durbar has been far more than a mere success. It has been a triumphant vindication of the wise prescience which conceived and planned it. The King-Emperor's mission to his Indian peoples has been fulfilled with a completeness which placed it beyond the reach of criticism. [...] One is forced to write mainly of its spectacular side, but no one who stood on the plains of Delhi today can have failed to feel that it recalled and symbolized the long and majestic story of two races whose fate has become interwoven, that it expressed the promise of a still more glorious and more closely united future. It epitomized the centuries; it made visions of the years to come seem real and immediate [...].³³²

Es ist anzunehmen, dass das IO und das GOI, die britische Presse und die sogenannten aufrührerischen Elemente in Indien ebenso überrascht waren. Der unbeschreibliche Empfang für Georg V. stellte alles vorher Gewesene in den Schatten.

Was war geschehen? Mehrere Faktoren spielten eine Rolle. Die Ereignisse in Indien waren eingebettet in verschiedene Entwicklungen, die auf viele Zeitgenossen wie ein frischer Neuanfang für Britisch-Indien gewirkt haben müssen. Zusätzlich zu Valentine Chirols Umschwung hatten sich seit 1910 die reformierten Räte in Indien etabliert. INC-Mitglieder hatten die Autorität der indischen Legislativen nicht ins Wanken gebracht, sondern vielmehr mit ihnen kooperiert. Es gab einen neuen König, Georg V., einen neuen Vizekönig, Lord Hardinge, und einen neuen Staatssekretär für

³³⁰ *The Guardian*, 15. Februar 1912.

³³¹ Auch Hardinge wurde wenig später (1912) Opfer eines Attentats. Beide schlugen jedoch fehl.

³³² *The Times*, 13. Dezember 1911.

Indien, Lord Crewe. Edwin Montagu, der junge und sendungsbewusste Unterstaatssekretär, war von dem Ehrgeiz gepackt, der Indienpolitik Großbritanniens seinen Stempel aufzudrücken.

Wie die *Times* und der *Guardian* stellte auch Montagu die Frage nach dem Wohin und Warum. Der ICS hatte sich nach Einführung der Reformen pflichtbewusst verhalten.³³³ Die Verwaltung der Kolonie schien weiterhin reibungslos zu funktionieren. Auch den Widerspenstigsten unter der Beamtenschaft musste mit der Zeit klar geworden sein, dass die Machtverhältnisse sich nicht wesentlich verändert hatten. Zusätzlich muss der Effekt des Krönungsdurbar von 1911 wie eine imperiale Katharsis gewirkt haben. Die unmittelbare Absegnung der neuen Maßnahmen in England, neues Personal auf allen Ebenen der britischen Indienpolitik und der beispiellose Empfang des Regenten in Indien wirkten zurück auf die Wahrnehmung Indiens im Vereinigten Königreich. Man schien die Stärke des illoyalen Indiens doch überschätzt zu haben.³³⁴

Anspielungen auf weitere Reformen für Indien gefährdeten noch nicht den Konsens über die Notwendigkeit der britischen Herrschaft in Indien. Dazu waren die verabschiedeten Reformen von 1909 nicht radikal genug.³³⁵ Wie das Beispiel der Berichterstattung der *Times* zeigt, waren Abgeordnete und Kommentatoren, die weitere Schritte zu früh gefordert hatten, leicht isoliert worden.³³⁶ Das war in diesem Fall in erster Linie die INC-Anhängerschaft, die in den Spalten der *Times* zu einer Gruppe eigensüchtiger und gefährlicher Unruhestifter zusammenschumpfte, die sich politisch Naiver Handlanger bediente.³³⁷ Der *Guardian* hatte stets angemahnt, die radikalen Elemente durch die Stärkung der indischen Moderaten zu schwächen. In Großbritannien erlitt unter anderem Hardie ein ähnliches Schicksal. Zwar wurden ihm keine versteckten politischen Motive unterstellt, aber Diffamierungskampagnen taten das Ihrige, um ihn zu isolieren und ihm die nötige politische Kompetenz – nicht nur in

³³³ Chakravarty (1991:61).

³³⁴ Ibid., 57. Dennoch ist Vorsicht geboten. Das Königshaus hatte keine Sympathien für weitreichende politische Reformen und noch weniger für den INC. Gleichwohl blieb sein Einfluss auf die Politik auf das Fädenziehen im Hintergrund beschränkt. Die Konservativen waren für den Erhalt des *Status quo* und sorgten dafür, dass die Reformen genau das erreichten. Die Liberalen waren für Veränderungen, ein Großteil von ihnen hielt die Erwartungen der Inder jedoch für überzogen und plädierte dafür, Reformen in wohl dosierten Portionen zu verabreichen. Ebenso wie die Konservativen waren sie dem Prinzip des britischen Empire verhaftet. *Labour* war laut, aber noch unerfahren und erreichte wenig. Das (1964:63).

³³⁵ HMSO, 193, 22. Juli 1908, 22.

³³⁶ *The Times*, 26. Oktober und 2. November 1907.

³³⁷ Cody (1970).

Bezug auf Indien – abzusprechen.³³⁸

Das Phänomen, dass ein Fünftel der Menschheit auf einem Subkontinent wie Indien von einer zahlenmäßig stark unterlegenen britischen Beamtschaft verwaltet werden konnte, war in England ein Beweis dafür, dass diese generell in Übereinstimmung mit der lokalen Bevölkerung handelte. Der ICS sorgte dafür, dass wichtige Konzepte der britischen politischen Philosophie – Sicherheit von Besitz (*security of property*), Zufriedenheit (*happiness*), Gerechtigkeit (*justice*) und Regierung in Übereinstimmung mit der Bevölkerung (*consent of the people*) – in Indien, wenngleich in pervertierter Form, gewährleistet waren.

Der Bezug auf die Zustimmung der indischen Bevölkerung stimmte in Anbetracht der Unruhen nachdenklich, hatte es doch immer geheißen, Indien werde seit 1858 nicht mehr mit dem Schwert regiert. Sir Bampfylde Fullers Aktionen waren deshalb nicht nur für eine liberale Regierung eine peinliche Angelegenheit. Die gesamte Affäre um dessen Vorgehen gegen Professoren und deren Studenten strafte nicht zuletzt dieses ideologische Fundament des *Raj* Lüge. Dabei war den Kabinettsministern selbstverständlich bewusst, dass Indien sehr wohl mit Gewehren und Bajonetten und nicht mit der allgemeinen indischen Zufriedenheit über die Vorteile der *Pax Britannica* regiert wurde. Aber das sagte man nicht in der Öffentlichkeit.³³⁹

Die Grenzen zwischen Reformgegnern und -befürwortern waren jedoch nicht immer eindeutig. Das Bild des ICS-Beamten, der am besten wusste, wie Indien zu regieren war und dessen undankbare Aufgabe darin bestand, Zivilisation und Gerechtigkeit in Indien zu etablieren, war in Großbritannien weit verbreitet.³⁴⁰ Selbst Hardie und MacDonald hielten sich mit Kritik am ICS zurück, da auch sie letztlich glaubten, die Männer vor Ort täten ihr Bestes, wenn dies auch für sie nicht gut war.³⁴¹ Letztlich stimmten jedoch auch sie damit dem Auffassung zu, dass Großbritannien am Besten wisse, was der Subkontinent brauchte.

Neben der Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen dem IO, dem ICS und dem GOI³⁴² war es Morley geglückt, Valentine Chirols Wohlwollen zu gewinnen und somit die *Times* nach der Curzon-Kitchener Affäre wieder ganz auf die Seite des

³³⁸ *The Times*, 30. Juli und 9. Oktober 1907.

³³⁹ Morley an Minto, 22. Juni 1906, Morley D 573/1.

³⁴⁰ Alexander (1982); Chakravarty (1991); Ewing (1984).

³⁴¹ Hardie (1908); Hyslop (2001); Brasted & Bridge (1988).

³⁴² James (1997:418).

Ministeriums zu ziehen. Dass sich die einflussreichste britische Publikation³⁴³ zum Fürsprecher für die Indienpolitik der Regierung aufgeschwungen hatte, war für die öffentliche Debatte in Großbritannien von großer Bedeutung. Dass, wie oben aufgezeigt, die *Times* Reformen für Indien akzeptierte, ebnete den Weg für die Akzeptanz der Vorstellung, dass die britische Herrschaft in Indien trotz ihrer augenscheinlichen Effizienz und Gerechtigkeit durchaus noch verbessert werden konnte. Es wurde eine Tür aufgestoßen, die, einmal geöffnet, nicht wieder zu schließen war.³⁴⁴ Auch die Aufhebung der Teilung Bengalens zeigte, wie sehr sich die britische Indienpolitik veränderte. Sie schuf einen Präzedenzfall, der dazu beitrug, mögliche Hemmungen vor Entscheidungen ähnlicher Tragweite abzubauen.

Ein Aspekt, der weitaus schwerer zu fassen war, war die Vorstellung, dass die britische Herrschaft letztlich auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet sei. Das lag unter anderem daran, dass dieses Ziel nicht klar formuliert war und auf unterschiedliche Weise umschrieben wurde, etwa mit der oben umrissenen Theorie von der Annäherung zwischen Regierenden und Regierten oder einer verstärkten Integration von Indern in die Verwaltung der Kolonie. Kaum jemand sprach sich prinzipiell gegen Reformen aus, auch nicht Sir Bampfylde Fuller oder Lord Curzon. In der Debatte um die Teilung Bengalens und den GIA von 1909 hatte ein Prozess eingesetzt, der in den folgenden Jahren auch konservative Kreise zu der Überlegung hinführte, dass etwas verändert werden müsse. Allerdings wurde von ihrer Seite nie ganz klar formuliert, was genau verändert werden sollte, von einigen kleinen Zugeständnissen auf der administrativen Ebene abgesehen. 1909 sprach nur *Labour* gelegentlich von repräsentativen Institutionen – und wie das Beispiel um Keir Hardie deutlich machte, geschah dies nicht ohne Risiko. Es blieb es daher bei Vorschlägen, wie die Inder in der Regierung der Kolonie eingebunden werden könnten. In keinem Fall konnte es darum gehen, die Kontrolle in indische Hände zu legen.

Wenn Indien im Mutterland Thema einer politischen Rede war, dann oft nur eingebettet in heimische Themen und eher als Vehikel, um einen Generalangriff auf den politischen Gegner zu starten. Auch hier mag Keir Hardies Schicksal als Beispiel dienen. Heimische Themen genossen weitaus mehr Aufmerksamkeit als das *British Raj*, denn der britische Wähler war in keiner Weise direkt von politischen Änderungen

³⁴³ Morley an Minto, 13. Januar 1909, Morley D 573/3.

³⁴⁴ Moore (1966:105).

in Indien betroffen. Ein Zustand, der vom IO und dem GOI vermutlich gutgeheißen wurde,³⁴⁵ denn aus Sicht der Anhänger des *Status quo* bedeutete Unkenntnis, dass niemand auf Veränderungen pochen würde. Die Reformbefürworter konnten andererseits versuchen, ihre Pläne voranzutreiben, da eben diese Unkenntnis der Parlamentarier³⁴⁶ und vieler Journalisten über indische Angelegenheiten dazu führte, dass sich nur wenige der Konsequenzen politischer Veränderungen bewusst waren.

Gelegentliche Stellungnahmen zu Keir Hardie oder Hyndman dienten dazu, die beiden von der britischen Konsensgemeinde zu isolieren. Von den gewöhnlichen Nachrichtenhöhepunkten, wie zum Beispiel Attentaten und königlichen Besuchen, die das Bild des loyalen Indien wiederbelebten, war Indien als ein Bestandteil des Empires beinahe zu komplex. Das Empire als solches mag Stolz und Zuversicht geweckt haben. Dies bedeutete jedoch nicht, dass es Interesse gab, sich über Details und örtlichen Idiosynkrasien zu informieren.³⁴⁷

Die Debatte um die Einführung des GIA von 1909 und seine Umsetzung in der Praxis vertiefte die Überzeugungen, die aus den vorhergegangenen Diskussionen um die Inhalte der Reformen heraus entstanden waren. Großbritanniens Kontrolle über die Kolonie war weiterhin nötig und wurde durch den GIA von 1909 nicht gefährdet. Die Gegner dieses GIA, die wohlgerne nicht grundsätzlich gegen eine Reform waren, fürchteten, dass die Gesetzgebung lediglich aus Schwäche angesichts der Proteste einer kleinen Gruppe in Indien eingeführt worden war. Sie sahen die indischen Massen als apolitisch und nur interessiert an gerechter und effizienter Verwaltung. Diese apolitische Einstellung war aus Sicht der Reformgegner auch ein Ausdruck von Vertrauen, bedeutete also auch die Erfüllung ihrer Rolle als dankbare Empfänger der britischen Aufbauarbeit. Von daher waren auch Leute wie Sir Bampfylde Fuller nicht gegen eine verstärkte Rekrutierung von Indern für den *Indian Civil Service*, da dessen Aufgabe ja in Kontrolle in Form von Verwaltung bestand. Letztlich würden aus dieser Perspektive heraus indische ICS-Beamte zu Kollaborateuren in der Ausübung der britischen Kontrollfunktion werden.

Die Reformbefürworter zogen ebenfalls die indischen Massen zur Bekräftigung ihrer Argumente heran. Sie betonten weniger deren angeblich apolitische Haltung, sondern ihre Loyalität. Aufgrund dieser Loyalität waren die Reformen von

³⁴⁵ Lawrence (1928:254).

³⁴⁶ Das (1964:67).

³⁴⁷ Chakravarty (1991:68).

1909 erst möglich geworden. Beide Seiten konnten sich somit auf die Haltung der indischen Massen berufen und sahen entweder deren Loyalität als Garanten oder ihr Desinteresse an Politik als Indiz für die Notwendigkeit fortlaufender britischer Kontrolle. Gleichzeitig setzte jedoch ein Prozess ein, der dazu führte, dass Konservative wie Fuller und im gewissen Sinne auch Curzon und deren Ansichten oder Methoden in Frage gestellt wurden.

Chirol äußerte nur dann Zweifel an Großbritanniens andauernder Fähigkeit, Kontrolle in Indien auszuüben, als das erste Mal darüber nachgedacht wurde, die Teilung Bengalens rückgängig zu machen. Aus seiner Sicht würde ein solcher Schritt als Kapitulation vor den lautstarken Protesten einiger aufrührerischer Elemente interpretiert werden und Großbritanniens Ansehen gefährden, was wiederum seine Fähigkeit zur Herrschaft beeinträchtigen könnte. Der Journalist hatte auch deshalb Zweifel, weil der GIA von 1909 vom Indienministerium in London initiiert worden war, und das scheinbar an den Autoritäten vor Ort vorbei. Allerdings sah er die Gefahr weniger in den Inhalten der Reform, sondern in einem potenziellen Moralverlust innerhalb des ICS, der es den Beamten schwergemacht hätte, selbstbewusst ihre Kontrollfunktion auszuüben.

Als die Vorgehensweise Fullers zur Aufrechterhaltung der britischen Kontrolle in Indien auf Kritik stieß, konterte das Indienministerium, dass diese Form der Herrschaft ohnehin nicht mehr erwünscht sei. Dabei ging es allerdings nur um die Form der Kontrollausübung, nicht um die britische Kontrolle selbst. Zu diesem Umschwung kam es auch, weil der *Indian Civil Service* und das *Government of India* ihre Vormachtstellung gegenüber dem Parlament eingebüßt hatten. Dies wiederum hatte Auswirkungen auf deren Autorität innerhalb des Diskurses sowie auf deren Stellung als Kontrolleure des Narrativs.

Der Indienbesuch von Georg V. führte Großbritanniens Willen zur Herrschaft erneut jedermann deutlich vor Augen, was durch die Loyalitätsbekundungen der indischen Massen noch unterstützt wurde. Die Ansprache des Königs während des *durbars* projizierte nicht nur das Bild königlicher Macht in Indien, sondern suggerierte eine starke königliche Autorität, die auch in Großbritannien einen hohen PR-Wert hatte. Georg V. wurde so zu einem Symbol imperialer Herrschaft und damit britischer Dominanz stilisiert. Dass weitere Reformen nun erwartet wurden, fand seinen Ausdruck in der Forderung der *Labour*-Partei von 1911, die indische Selbstverwaltung offiziell zum Ziel der britischen Indienpolitik zu erklären.

Zwischenbilanz

Im Großbritannien der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts blieb der Konsens über die Notwendigkeit der britischen Herrschaft in Indien zunächst ungefährdet. Der Rahmen der britischen Debatte blieb auf die Verbesserung der administrativen Effizienz und den Erhalt der politischen Ordnung beschränkt, die der indischen Kolonie durch die zivilisatorische Mission des Mutterlandes zuteilwurde. Es fand keine wirkliche Diskussion darüber statt, ob Selbstregierung möglich sein könnte. Der britische Konsens wurde durch die scheinbare Absurdität radikaler Forderungen aus Indien eher gestärkt. In der Zeit vor 1909 verkörperte Fuller die Antithese zum britischen Selbstverständnis als wohlwollende Kolonialmacht.³⁴⁸ Andererseits unterwanderte die von einigen als Schwäche wahrgenommene Unsicherheit angesichts der angeblich irrationalen indischen Forderungen das britische Ansehen und damit einen wichtigen Aspekt der britischen Kontrolle über den Subkontinent.

Die Autoritäten über das institutionalisierte Wissen waren der ICS in Indien und seine Lobby in Großbritannien. *Labour*-Führer Keir Hardie stellte sich gegen das institutionalisierte Wissen und den Konsens zur britischen Kontrolle, denn er hob nicht die Schlüsselbegriffe des Diskurses hervor – administrative Effizienz, Ruhe, Ordnung, Loyalität der indischen Untertanen. Vielmehr griff er das Königreich in der Ausübung seiner zivilisatorischen Pflicht an. Verbotene Worte wie Despotismus brachten den Konsens an eine Grenze, die zunächst nicht überschritten wurde. Allerdings schlug die Debatte vor dem Hintergrund von Sir Bampfylde Fullers Handeln eine Richtung ein, die zuließ, die Art und Weise der physischen Kontrolle über Indien zu hinterfragen.

Die Ereignisse zwischen der Verabschiedung des GIA von 1909 und dem Indienbesuch Georgs V. von 1911 trugen jedoch dazu bei, die Grenzen des Diskurses zu sprengen und eine Transformation desselben herbeizuführen, sowie einen Präzedenzfall zu schaffen, der zur Folge hatte, dass ein neuer britischer Konsens gefunden werden musste. Die Überzeugung, dass die britische Verwaltung in Indien durchaus verbessert werden konnte, vertrat nicht nur Keir Hardie, sondern auch die *Times* und der *Guardian*. Deren Artikel halfen, die Idee zu etablieren, dass weitere Reformen folgen könnten. Dies wurde weiter unterstrichen durch den angekündigten Umzug des GOI von Kalkutta nach Neu-Delhi. Großbritanniens Kontrollinstanz zog

³⁴⁸ Wie weiter oben aufgeführt, entsprach dieses Selbstverständnis keineswegs der Wirklichkeit, siehe Wagner (2019).

sich physisch auf eine Ebene zurück, die von den Provinzen entrückt war, aber nicht in einer Form, die die britische Kontrolle unterminieren würde.

Die Idee, dass Indien eines Tages die Einführung europäischer Institutionen fordern würde, stand seit Lord Macaulays Einschätzung aus dem Jahre 1833 im Raum. Der GIA von 1909 und die Aufhebung der Teilung Bengalens, sowie die Behauptung seitens der Regierung, Großbritanniens Indienpolitik verfolge ein Ziel – auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt versäumte, klar zu artikulieren, was dieses Ziel sein sollte – schufen ein Klima, in dem das Wort Selbstregierung — aber nicht Unabhängigkeit — über die *Labour*-Partei seinen Weg in die britische Debatte fand. Dies musste dazu führen, dass neue Fragen den bis dahin etablierten Konsens in ein anders Licht rückten. Edwin Montagu sollte nun dazu beitragen, eine erhebliche Transformation innerhalb des Diskurses zu erwirken, wie Foucault sie definiert,³⁴⁹ indem er Großbritannien zwang, ein klares Ziel britischer Indienpolitik zu formulieren.

³⁴⁹ Foucault (1972:59).

I am glad I have lived to see the day when a fellow country-man of mine in an official position, not only puts these views forward, but has been able to get them received unanimously by the House of Commons as the right thing to do. I regret, if it is a regret, that he is a Jew and not an Englishman.

Colonel Wedgwood über Staatssekretär Montagu Reformvorhaben³⁵⁰

II: Das Ende des britischen Konsenses

1. Edwin Montagu – Ein ehrgeiziger Unterstaatssekretär

a. Großbritannien definiert ein Ziel für seine Herrschaft in Indien

Gegenseitige Absprache schien nicht zu den Stärken des Arbeitsverhältnisses von Staatssekretär Lord Crewe, Unterstaatssekretär Montagu und Vizekönig Hardinge zu gehören.³⁵¹ Montagu preschte mit dem ihm eigenen Enthusiasmus voran und forderte während einer Rede in Cambridge eine klare Stellungnahme zur Zielsetzung der britischen Indienpolitik. Der Unterstaatssekretär war überzeugt, dass Indien auf Dauer nicht ungeplant und ohne eindeutige Richtlinien zu regieren sei. Er betonte jedoch, dass es nur durch eine graduelle und nicht etwa überstürzte Entwicklung zu politischen Veränderungen kommen könne.³⁵² Dem war eine Depesche von Vizekönig Hardinge vorangegangen, in der er auf die neue konstitutionelle Situation in Indien einging, die durch die Verlegung der Hauptstadt nach Neu-Delhi geschaffen worden war.³⁵³ Hardinge bestand darin weiterhin auf einer souveränen zentralen britischen Macht, stellte jedoch weitere Reformen auf regionaler Ebene in Aussicht. Dabei hatte der Vizekönig eindeutig erklärt, dass

[t]he only possible solution of the difficulty would appear to gradually give the Provinces a larger measure of self-government, until at last India would consist of a number of administrations, autonomous in all provincial affairs, with the Government of India above them all and possessing power to interfere in cases of misgovernment, but ordinarily restricting their functions to matters of Imperial concern.³⁵⁴

³⁵⁰ HMSO, 109, 6. August 1918, 1210.

³⁵¹ Moore (1966:106f.).

³⁵² Rede von Montagu am 28. Februar 1912, zitiert von Curzon im Oberhaus am 24. Juni 1912, Lord's Debates, 12, 144.

³⁵³ Während sich die neue Zentralgewalt in einer neuen Stadt auf neutralem Boden fernab von den alten Strukturen in Kalkutta verschanzte, setzte sie das Signal, dass jeglicher konstitutionelle Fortschritt auf regionaler Ebene die Macht in Delhi nicht kompromittieren würde. Read & Fisher (1997:110); Mann (2005:130).

³⁵⁴ Zitiert von Lord Curzon während der Oberhausdebatte vom 24. Juni 1912, Lord's Debates, 12, 143.

Konsterniert sah sich Crewe gezwungen, Montagus Aussagen und Hardinges Schreiben zu relativieren. Während Montagu von einer zielgerichteten Politik gesprochen hatte, brach Crewe diese Aussage auf vage Tendenzen hin zu mehr regionaler Autonomie herunter, ohne sich auf einen genauen Zeitplan oder konkrete Maßnahmen festzulegen.³⁵⁵ Leicht schwankend unterstützte die *Times* Crewe in seinen Bemühungen um Schadensbegrenzung: „That Indians may reasonably look *ultimately* for even larger facilities for debating and controlling public affairs [...] is also happily no longer a subject for dispute.“³⁵⁶ Einen Monat später hieß es:

India has rarely been so peaceful as today, but her quietude is the outcome of hopes which must not remain too long unfulfilled. [...] It is not a premature extension of those reforms but rather some fuller recognition of their country's voice in the councils of the Empire as a whole. [...] No one, least of all their makers, regard these reforms as final; but for the present they suffice.³⁵⁷

Es war nicht die Zeit, allzu ambitionierte Neuerungen einzuführen, und so zeigte sich die *Times* erleichtert, als Hardinge selbst die Aussagen seiner Depesche relativierte.³⁵⁸ Mit dieser Festlegung auf praktisch gar nichts gelang es der *Times*, sich aus der Affäre zu ziehen. Der mahnende Zeigefinger blieb erhoben – man dürfe Indien nicht zu lange warten lassen –, auf der anderen Seite waren die gegenwärtigen Reformen für die Zeitung völlig ausreichend. Der *Guardian* beschränkte sich darauf, über die Reaktion in Indien zu berichten und die anglo-indischen Zeitungen *Statesman* und *Englishman* zu zitieren, die beide ihrer Erleichterung über Lord Crewes Statement Ausdruck verliehen hatten. Lediglich die indischen Zeitungen *Bengali* und *Amrita Bazar Patrika* seien verstört.³⁵⁹

Montagu versuchte mittlerweile, den sich entwickelnden indischen Nationalismus als Ergebnis britischer zivilisatorischer Aufbauarbeit zu erscheinen zu lassen. Für ihn und seine eigenen Ambitionen war es von grundlegender Bedeutung, die radikalen Elemente des indischen Nationalismus von den moderaten zu trennen und in der öffentlichen Debatte herauszuheben, dass nicht alle gebildeten Inder, die sich für politische Reformen und mehr Mitsprache einsetzten, illoyal waren.³⁶⁰ Durch

³⁵⁵ Rede von Crewe, 24. Juni 1912, Lord's Debates, 12, 153-6.

³⁵⁶ *The Times*, 10. April 1912 (kursiv vom Autor).

³⁵⁷ *Ibid.*, 24. Mai 1912.

³⁵⁸ *Ibid.*, 19. Juni 1912.

³⁵⁹ *The Guardian*, 27./28. Juni 1912.

³⁶⁰ HMSO, 41, 15. Juli 1912, 1877f.

die rhetorische Isolation der als bedrohlich empfundenen Elemente der indischen nationalistischen Bewegung versuchte Montagu, andere national gesonnene Inder zu rehabilitieren und in Großbritannien gewissermaßen salonfähig zu machen. Letztlich fand durch die Darstellung nationaler Gesinnung in Indien als Ergebnis der britischen Präsenz die Legitimation des indischen Nationalismus statt. Fortan stellte sich nicht mehr so sehr die Frage, wie die nationale Bewegung in Indien als solche zu bewältigen sei. Vielmehr musste man nun zwischen loyalen Nationalisten unterscheiden, denen man jede Unterstützung zukommen lassen würde, und den Radikalen. Dies suggerierte ebenfalls, dass die Kolonialmacht jegliche politische Entwicklung in Indien kontrollieren musste. Zum einen war die Ausgrenzung der radikalen Elemente nichts Anderes als ein Versuch, das Personal vor Ort zu bestimmen, mit dem der Diskurs über politische Reformen geführt werden sollte. Zum anderen zeigte die Integration der loyalen Nationalisten, dass Großbritannien vor Ort auf Akteure zugreifen konnte, die sich von der Mutternation in einen kontrollierten Prozess integrieren lassen würden.

Ein Attentat auf Vizekönig Hardinge im Dezember 1912 beendete allerdings die Phase der allgemeinen Euphorie, die der königliche Besuch im Jahr zuvor ausgelöst hatte, und erschwerte Montagus Arbeit ungemein. Denn tatsächlich war es Rash Behari Bose, dem Anführer der so genannten Delhi-Verschwörung gelungen, eine Bombe auf den Elefanten des Vizekönigs zu werfen. Hardinges Standartenträger und ein weiterer indischer Uniformierter wurden in Stücke gerissen, und der Vizekönig selbst erholte sich, körperlich und seelisch schwer verletzt, nur langsam von den Folgen des Attentats.³⁶¹ Damit sank die Zustimmung für weitere Reformen und die indischen Nationalisten in Großbritannien auf einen Tiefpunkt, und dies obwohl der Attentäter sowohl von der indischen Presse, als auch von den Nationalisten aufs Schärfste verurteilt wurde. Der *Guardian* zitierte Surendranath Bannerjee, einen der prominentesten Kritiker von Lord Curzons Bengalen-Politik, mit den Worten: „It is the work of a maniac“,³⁶² womit er allerdings auch betonte, dass der Mordversuch an Vizekönig Hardinge keine politische Bedeutung habe, also nicht als Rechtfertigung für den Aufschub weiterer Reformen dienen könne.

Montagu versuchte zu retten, was zu retten war, denn Zweifel an den früheren

³⁶¹ *New York Times*, 20. Mai 1916.

³⁶² *The Guardian*, 26. Dezember 1912.

Reformen verstellten den Weg für zukünftige. Für manche war das einzige Ergebnis der Morley-Minto-Gesetzgebung ein vizeköniglicher Rat, in dem sich die Vertreter des GOI selbst ernannten Volksvertretern gegenüberstehen. Und, so die *Times*, hatten die Reformen nicht bereits zu ganz anderen Ergebnissen geführt als von ihren Schöpfern vorgesehen?³⁶³ Unsicherheit gepaart mit Ärger und Trotz breitete sich aus, da eine Gruppe Inder augenscheinlich die ihnen von britischer Seite zugedachte Rolle als dankbare koloniale Untertanen mit verheerender Wirkung verweigerte. Wie konnte ein indischer Nationalismus solcher Prägung das Ergebnis britischer Erziehung sein?

Montagu machte sich weiter für die moderaten Nationalisten stark. Seiner Ansicht nach hatte der Mordanschlag auf Hardinge nichts mit einer breit angelegten Bewegung zu tun. Der Unterstaatssekretär machte Hardinges Statement zum Attentat im Parlament und in der Presse bekannt³⁶⁴ und hob die Mitleids- und Loyalitätsbekundungen verschiedenster indischer ethnischer und politischer Gruppierungen hervor. So wurde die Marginalisierung der gewalttätigen Nationalisten weiter vorangetrieben.

Gegen Ende des Jahres 1913 wartete die *Times* wieder mit einer neuen Reihe über Indien auf. Unter dem vielsagenden Titel *The Indian Peril* erschienen den gesamten Dezember hindurch mehrere Artikel, die mit der nun bereits üblich gewordenen Aufzählung der britischen Leistungen in Indien begannen und sich im weiteren Verlauf mit den Ursachen der Unruhen, der nationalistischen Bewegung und den Pflichten des GOI auseinandersetzten.³⁶⁵ Die mantra-artige Aufzählung der britischen Errungenschaften sollte die Öffentlichkeit darin versichern, dass man sich die Aufbauarbeit der letzten fünfzig Jahre nicht von einer kleinen – zunehmend marginalisierten – Schar gewalttätiger Agitatoren nehmen lassen würde. Das *Raj* könne sich in Indien auf eine große kooperationswillige Basis stützen. Die Serie machte unter anderem deutlich, dass zumindest die *Times* und vermutlich auch andere Teilnehmer der öffentlichen Debatte in Großbritannien an einem Punkt angelangt waren, an dem sie sich ihres Standpunktes selbst versichern mussten. Je mehr das *Raj* aus Indien heraus in Frage gestellt wurde, desto mehr Rückversicherung wurde im Königreich scheinbar nötig.

³⁶³ *The Times*, 1. März 1913.

³⁶⁴ HMSO, 56, 7. August 1913, 1800ff.: „In my desire for kindly intercourse with the people and accessibility to them, I have always discouraged excessive precautions, and I trusted myself and Lady Hardinge more to the care of the people than to that of the police.”

³⁶⁵ *The Times*, 19.-23. December 1913.

Im Schatten der vergangenen Ereignisse und der Unsicherheit über die Zukunft der Reformen wurde der durch das schwer zu durchschauende Hin und Her innerhalb des IO und zwischen dem GOI und dem IO verwirrten Öffentlichkeit von der *Times* eine neue Lösung angeboten: welche radikalen Vorschläge auch immer aus Kalkutta kamen und von Montagu und Crewe in London in widersprüchlicher Art und Weise interpretiert worden waren, Indien hatte 1909 mehr erhalten als es zu hoffen gewagt hatte.³⁶⁶ Da das *Raj* gute Arbeit geleistet hatte, waren etwaige weitere Reformen nur als Verfeinerung nötig. Durch die Integration von Indern in die diversen Räte war ein großer Schritt getan worden. Dies bedeutete nicht, dass man die Unterstützung für die Reformen zurücknahm. Vielmehr stellte man den GIA von 1909 als die Verbindung britischer Weitsicht mit dem Vertrauen, das Großbritannien in die Inder haben konnte, dar. Ohne die Arbeit des *British Raj* wäre Indien nicht in der Lage, Männer in die Räte zu entsenden. Diese Weitsicht konnte in letzter Konsequenz allerdings auch so interpretiert werden, dass die unternommenen Schritte bis auf Weiteres ausreichend waren.

Die Artikelserie in der *Times* argumentierte, dass die Ursachen für die Unruhen und die Attentate allein in Indien selbst lagen: in der schieren Größe des Subkontinentes, der Vielfältigkeit der ethnischen Gruppen, den Spannungen zwischen verschiedenen Religionen, der materiellen Unausgewogenheit sowie in der Existenz einer kleinen fanatischen Gruppe, die gewissenlos Studenten und andere für die Verwirklichung ihrer Phantasien zu gewinnen suchte. Unter diesen Umständen war Indien aus Sicht des Verfassers zu einer Brutstätte für Attentäter, Revoluzzer und politische Naivlinge geworden. Wer außer Großbritannien konnte das Land uneigennützig vor sich selbst schützen? Die *Times* fand die Antwort:

Only under a Government which stands above and aloof from these jarring elements can there be the faintest hope of the creation of a united India in *some* happier future.³⁶⁷

Die Einführung einer repräsentativen Demokratie, war so nur bedingt oder wenn überhaupt, dann nur in ferner Zukunft möglich. Das Kaleidoskop an indischen Völkern und Sprachen konnte im Vergleich zum Vereinigten Königreich kaum dauerhaft als Einheit bestehen. Indischer Nationalismus geriet vor dem Hintergrund gewaltsamer Aktionen in ein negatives Licht und wurde im Sprachgebrauch des

³⁶⁶ Ibid., 19. Dezember 1913.

³⁶⁷ Ibid., 20. Dezember 1913 (kursiv durch den Autor).

Königreichs synonym mit Anarchie und Terror verwandt. Damit wurde zwar der Nationalismus nicht im Ganzen abgelehnt, wohl aber der Anspruch einer gewissen indischen Gruppierung, die gesamte Nation zu repräsentieren.

Diese Clique verfolge die Errichtung repräsentativer Institutionen in Wahrheit nur, um ihre eigenen Interessen – nicht die des indischen Volkes – durchzusetzen. Somit wurde indischen Nationalisten das grundlegende Verständnis von Demokratie abgesprochen. Zwar war ein nationaler Geist durchaus willkommen, aber nicht in der Form, die er über die Jahre in Indien angenommen hatte.³⁶⁸ Die wahre Gefahr für Indien waren aus britischer Sicht Oligarchen im demokratischen Gewand. Die Aufgabe des GOI bestand folglich darin, die Massen aus den Klauen der Aufwiegler zu reißen, die versuchten, einen Keil zwischen sie und das paternalistische System zu treiben.

Ausgerechnet Ramsay MacDonald sollte sich als pessimistisch, ja fast fatalistisch erweisen, was die politische Entwicklung Indiens betraf. MacDonald war zu dieser Zeit Mitglied der königlichen Kommission, die den öffentlichen Dienst in Indien untersuchen sollte. Aus Indien sandte er einen Brief an den *Leicester Pioneer*, den der *Guardian* in Auszügen veröffentlichte. Seine Einschätzung war niederschmetternd:

It is the great structure of our government here that is so weak. The mind of India is chaos. No people can be governed or govern themselves except upon the social axiom of a culture and civilisation. These conditions do not exist here, and I do not find that the man on the spot sees that as he should. We are patching without a plan, yielding without foresight, changing without insight. India demands qualities which we are not giving to her.³⁶⁹

Zusammenfassend stellte sich die Frage: War es möglich, eine orientalische Kolonie mit westlicher Demokratie zu regieren? Der Fortschritt Indiens hing von der Klärung dieser Frage ab.³⁷⁰ Fortschritt konnte in diesem Zusammenhang vieles bedeuten. Mit einem so wenig definierten Begriff, konnte man jedoch auch in verschiedenen Lagern auf offene Ohren stoßen. Wenn also eine Zeitung wie die *Times* Gefahr für den Fortschritt in Indien witterte, konnte ein Unterstaatssekretär vom Schlage Montagus im Unterhaus und auf anderen Bühnen auf die Notwendigkeit von Reformen pochen. Andere wiederum sahen sich in ihrer Annahme bestätigt, dass orientalische Völker westliche Demokratie nicht verstehen würden und dass die

³⁶⁸ Ibid., 22. Dezember 1913.

³⁶⁹ *The Guardian*, 20. Dezember 1913.

³⁷⁰ *The Times*, 23. Dezember 1913.

einzigste Methode, ein Land wie Indien zu regieren, eine starke Hand sei. Alle anderen Ansätze entsprangen für sie allein aus der Unkenntnis der wahren Situation.³⁷¹

Bereits vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte sich in Indien eine Erwartungshaltung etabliert, nicht zuletzt auch durch den GIA von 1909. Montagu war durch diese Erwartungen ermutigt, 1912 für mehr Reformen einzutreten. Dieser Eifer wurde mit Argwohn seitens seines direkten Vorgesetzten, Lord Crewe, beobachtet. Jegliche politische Reform in Indien, die eine Ausweitung der Autonomie gleich auf welcher Ebene bedeutete, hätte in dessen Augen gleichermaßen zu einem Kontrollverlust der Kolonialmacht geführt. Als Vizekönig Hardinge und Unterstaatssekretär Montagu die Notwendigkeit einer klaren Aussage über das Ziel der britischen Kolonialpolitik in Indien forderten, brachten sie den Konsens an eine Grenze. Dies wurde unter anderem durch die Wortwahl der Autoritäten deutlich, die das Narrativ bestimmten. Unterstaatssekretär Montagu forderte eine klare Aussage. Vizekönig Hardinge benutzte zwar das Wort „self-government“, aber nur in Bezug auf die Provinzen und selbst dort nur in einem „erhöhten Maß“. Staatssekretär Crewe sah den Konsens über den britischen Machterhalt gefährdet und reduzierte Hardinges Depesche auf bestehende „Tendenzen in Richtung regionaler Autonomie“. Damit stellte er sicher, dass die Debatte keine Grenze überschritt und der Konsens zunächst erhalten blieb. Dabei wurde er von der *Times* unterstützt, die es schaffte, eine noch vagere Sprache an den Tag zu legen. Dies gelang vor allem, da Lord Crewes Relativierung der vizeköniglichen Depesche und Hardinges eigener Text lediglich von regionaler Autonomie sprachen, während sie Großbritanniens Kontrolle weiterhin fest in der Zentrale in Neu-Delhi verankert sahen.

Lord Curzon erkannte jedoch, dass Lord Crewes Rede von zukünftigen Tendenzen in Richtung lokaler Autonomie den Anstoß gab, eine Transformation in der Debatte einzuleiten. Er war vor allem besorgt über den Anschein, dass Montagu und Crewe unterschiedlicher Meinung seien. Lord Curzon wies darauf hin, dass Montagus Rede in Indien als neue Indienpolitik des Königreichs interpretiert wurde und die Versuche seines Vorgesetzten, den Schaden zu begrenzen, wenig Beachtung fanden.³⁷² Spaltungen innerhalb des Indienministeriums bedeuteten grundsätzlich eine

³⁷¹ Leserbrief von Sir Frank Swettenham, *ibid.*, 27. Dezember 1913. Sir Frank, ein pensionierter Kolonialbeamter, hatte in Südostasien Karriere gemacht und war zuletzt Gouverneur und Oberbefehlshaber in den so genannten *Straits Settlements*, dem heutigen Malaysia.

³⁷² Lord's Debates, 24. Juni 1912, 12, 144f.

Gefährdung des britischen Konsenses. Was eine wirkliche Transformation der Debatte zu diesem Zeitpunkt verhinderte, war das Attentat auf Vizekönig Hardinge, das deutlich machte, dass Großbritanniens Kontrolle über Indien Grenzen hatte.

Dies führte zu einem Problembewusstsein in Großbritannien, dem die *Times* mit einer Artikelreihe entgegenzuwirken suchte, die unter anderem die britischen Errungenschaften in Indien in Erinnerung rief. Neben Indiens wirtschaftlicher Rückständigkeit rückte die *Times* in dieser Reihe verstärkt die angeblich soziale und politische Rückständigkeit des Landes ins Licht, die sich in gesellschaftlichen und religiösen Konflikten offenbarte. Diese konnte nur durch eine neutrale und rationale Kontrollinstanz bewältigt werden, womit die fortdauernde britische Herrschaft gemeint war. Indische Kritiker wurden beschuldigt, den Konsens über Großbritannien als wohlwollende Mutternation zu bedrohen, indem sie die loyalen Massen, die kindlichen Orientalen, gegen die westliche Kontrollinstanz dazu aufwiegeln wollten, ihre Rolle als dankbare Untertanen nicht mehr einzunehmen. Für den weiteren Verlauf der Debatte war es für Montagu wichtig, unter den indischen Nationalisten gemäßigte Verbündete zu finden, auf die sich die britische Herrschaft stützen konnte. Die Strategie der Reformbefürworter war nun, ein Konzept in den Diskurs einzuführen, das indischen Nationalismus als Resultat britischer Herrschaft erscheinen ließ und damit an den GIA von 1909 anzuknüpfen zu können.

b. Der Erste Weltkrieg und die unerwartete indische Loyalität

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 schmiedete die Regierung in Berlin Pläne, die indischen Massen für ihre Zwecke zu benutzen. Die deutschen Ambitionen wurden jedoch durch Indiens unerwartete Loyalitätsbekundungen schnell zunichte gemacht.³⁷³ Insgesamt stellte Indien 1,5 Millionen Soldaten,³⁷⁴ Zelte, Decken, Schuhe, Munition, Lebensmittel, Baumwolle und Stahl³⁷⁵ und leistete zudem finanzielle Unterstützung. Das GOI brachte für die Kriegsanstrengungen bis 1918 265 Millionen Britische Pfund (ca. 11 Milliarden im Jahr 2010³⁷⁶) auf. Aber auch indische Privatpersonen unterstützten das Mutterland. Vor allem die Maharajas, von denen nicht wenige zu den reichsten Männern der Welt gehörten, gaben reichlich. Das Lazarettschiff *Loyalty* etwa wurde mit 320.000 Britischen Pfund (ca. 13 Millionen im Jahr 2010) aus der Privatbörse des Maharajas von Gwalior finanziert. Andere stifteten Kamele, Pferde, Autos und andere militärisch nützliche Dinge. Selbst „Extremisten“ wie Tilak versicherten Großbritannien ihre Loyalität. Der *Guardian* betitelte seinen Leitartikel über die Fehleinschätzung der deutschen Strategen, die von einer indischen Revolte im Falle eines Krieges ausgegangen waren, mit den Worten „The German Defeat in India“.³⁷⁷

Ähnlich wie beim Besuch Georgs V. war niemand in Großbritannien auf solche überwältigenden Gesten vorbereitet gewesen. Der *Guardian* sprach von Indiens „enthusiastischer Loyalität“,³⁷⁸ die soweit ging, dass Hindus im kanadischen British Columbia anboten, ein 500 Mann starkes Regiment aufzustellen, das ausschließlich aus nach Kanada ausgewanderten Veteranen bestehen sollte.³⁷⁹ Die Schlussfolgerungen waren jedoch unterschiedlicher Natur. Im Spätsommer 1914 sah

³⁷³ Vizekönig Hardinge berichtete noch zwei Jahre später davon, dass das GOI der Loyalität Indiens voll vertraute. *The New York Times*, 20. Mai 1916; *The Guardian*, 7. August 1914; Burke & Quraishi (1995:148f.); Read & Fisher (1997:114ff.).

³⁷⁴ In Britisch-Indien gab es keine allgemeine Wehrpflicht, so dass die Einschreibung in die Armee mehr oder weniger freiwillig vonstatten ging. Dennoch darf man soziale Not und alternative Druckmittel nicht unterschätzen, die viele dazu bewegten, in die Armee einzutreten.

³⁷⁵ Der Erste Weltkrieg verhalf *Tata Iron and Steel Works* zu ihrer legendären Expansion. Die indische Stahl- und Eisenhütte sollte im Zweiten Weltkrieg der größte Stahlproduzent des Empires werden, größer als jede britische Hütte. Auch heute noch befindet sich *Tata* in Familienbesitz und ist das größte Konglomerat des Landes. Ironischerweise ist die Firma nun Besitzer von solch stolzen britischen Marken wie Tetley Tea, Land Rover und Jaguar.

³⁷⁶ Gemessen in Kaufkraftparität.

³⁷⁷ *The Guardian*, 10. September 1914.

³⁷⁸ *Ibid.*, 12. August 1914.

³⁷⁹ *Ibid.*, 14. August 1914.

mancher *Times*-Leser voller Stolz auf die indischen Truppen. Dabei wurde die Entscheidung, Inder Seite an Seite mit britischen Soldaten kämpfen zu lassen als Ausdruck britischen Vertrauens und als Chance für Indien gedeutet, seine Loyalität unter Beweis zu stellen.³⁸⁰ Bedenken, dass der Einsatz indischer Truppen in Europa zu einem internen Sicherheitsrisiko für Indien werden könnte, wurden von Staatssekretär Crewe verworfen. Die Mutternation könne auf Indiens Loyalitätsbekundungen gar nicht anders reagieren, als seine Truppen für den Krieg zu nutzen.³⁸¹ Außerdem zeigte der Abzug indischer Truppen aus dem *British Raj*, die immerhin Teil des Sicherheitsapparats waren, auch, dass das Königreich sich der Kontrolle über seine Kolonie auch durch weniger Personal vor Ort sicher war. Mit gönnerhaftem Blick beobachtete man, wie indische Soldaten für Großbritannien ins Feld zogen.³⁸² Alte Haudegen, die vermutlich nicht viel von Politik hielten, begrüßten die Bekanntgabe der Heeresleitung und beschrieben die Begeisterung, die indische Soldaten dabei empfanden:

Their employment in this supreme struggle side by side with the best troops that the world knows will do more to make our rule in India popular than any other step that the Government could take.³⁸³

Ein Gedicht des britischen Schriftstellers und Dichters Robert E. Vernede, das die *Times* am 11. September 1914 veröffentlichte, brachte die Stimmung jener Zeit gut zum Ausdruck:

*Into the West they are marching! This is their longed-for day
When that which England gave them they may at last repay [...].*

Indien habe demnach nur auf eine Gelegenheit gewartet, sich für britische Segnungen zu revanchieren und konnte dies nun als Alliiertes der britischen Truppen tun. Indische Loyalität wurde so erneut zur Legitimation und Bestätigung der britischen Herrschaft herangezogen.³⁸⁴ Chirol, mittlerweile Sir Valentine Chirol,³⁸⁵ wies voller Zuversicht auf die glorreiche Zukunft der britisch-indischen Beziehungen

³⁸⁰ Leserbrief von J.E.D. Ezra, *The Times*, 24. August 1914.

³⁸¹ *The Guardian*, 29. August 1914.

³⁸² Detaillierter in Koller (2001:152f.).

³⁸³ Leserbrief von J.P. Hewett, ehemaliger Vizegouverneur der United Provinces, *The Times*, 2. September 1914.

³⁸⁴ Dabei waren die Nationalisten nicht einfach nur dankbar. Sie erwarteten vielmehr weitere Reformen nach Ende des Krieges. Burke & Quraishi (1995:152ff.).

³⁸⁵ Der Ritterschlag im Januar 1912 war als Anerkennung seiner Unterstützung für Lord Morleys Reformen erfolgt.

hin:

The whole question of the position of Indians in the British Empire will be approached in a broader and more generous spirit when our Indian Princes and our Indian Army have stood shoulder to shoulder through this war with British officers and British men drawn from our most distant Dominions as well as from these islands.³⁸⁶

Chirol betonte, dass Großbritannien Schritte einleiten müsse, um politische Reformen weiter voranzutreiben. Vernedes Gedicht war im Gegensatz dazu gänzlich auf die Vergangenheit ausgerichtet. Dem Dichter ging es nicht um Englands Dankbarkeit angesichts des indischen Kriegseinsatzes, sondern vielmehr um die Begleichung der Rechnung für die britische zivilisatorische Aufbauarbeit. Reform oder Erneuerung waren aus dieser Sicht nicht nötig.

Die britischen Reaktionen auf Indiens unerwarteten Beitrag waren vergleichbar mit denen, die der *darbar* im Dezember 1911 hervorgerufen hatte. Vergessen waren die Unruhen und die Fragen nach Ziel der Reformen. Auch die ungewöhnlich tiefgehenden Kondolenzbekundungen aus Indien für Hardinge nach dem verfrühten Tod seiner Frau³⁸⁷ hatten den Subkontinent für den Moment rehabilitiert. Erneut in seiner Rolle als wohlwollender Herrscher des *Raj* bestätigt, gab sich Großbritannien der Überzeugung hin, dass die indischen Massen die wahre Stimme Indiens seien und wie ein Mann hinter dem britischen Empire stünden, während nationalistische Chaoten in der Versenkung verschwunden seien.³⁸⁸ Der britischen Öffentlichkeit musste der gewaltige indische Kriegsbeitrag wie eine nachhaltige Sanktionierung der post-*mutiny*-Ära erscheinen.

Alle Bedenken, die Ende 1912 aufgekommen waren, waren wie weggeblasen. Religiöse Dispute, Aufruhr und anti-britische Vorbehalte in Indien schienen vergangenen Tagen anzugehören. Kommunale Unruhen hatten in der Berichterstattung kaum Gewicht angesichts der indischen Unterstützung.³⁸⁹ Als das Unterhaus durch den Unterstaatssekretär für Indien, Charles Roberts, im Detail über das Ausmaß der indischen Unterstützung erfuhr, rief der Vorsitzende der Konservativen unter lautem Jubel aller Abgeordneten: „I hope those facts will be circulated as a message throughout the world.“³⁹⁰ Lord Curzon stellte während einer

³⁸⁶ *The Times*, 12. September 1914.

³⁸⁷ Winifred Selina war 1914 unerwartet nach einer Operation in London gestorben. Read & Fisher (1997:113).

³⁸⁸ Leserbrief von F. Swettenham, *The Times*, 14. September 1914.

³⁸⁹ E.J. Trevelyan, *India and the War*, Oxford 1914, 6f.

³⁹⁰ *The Guardian*, 10. September 1914.

Rede vor jungen Rekruten in Glasgow die folgende rhetorische Frage:

Why were those [Indians] coming? What induced them to volunteer and take part in our battles? Was it not perfectly clear they were coming because the Empire of which they were members stood to them for something much more than power? It stood for justice, for uprightness, for good government, for mercy, for truth.³⁹¹

Die britische Regierung bildete demnach das vereinigende Element. Während Montagu 1912 noch von seinem Chef im IO gezügelt werden musste und auch Hardinge gezwungen war, sich zurückhaltend zum Thema Reformen zu äußern, verloren die früheren Bedenken angesichts des indischen Kriegsbeitrages an Gewicht. Zum ersten Mal wurde in Chirols Artikeln ein zumindest etwas präziserer Zeitrahmen für zukünftige Schritte erwähnt. Implizit erwartete er nach dem Krieg eine neue Initiative. Der GIA von 1909 einerseits und die indische Loyalität gegenüber Georg V. andererseits wurden als Manifestationen britischen politischen Willens und indischer Reife gedeutet.³⁹²

Die Öffentlichkeit im Vereinigten Königreich nahm auch praktischen Anteil am indischen Kriegsbeitrag. Als die ersten indischen Truppen im Oktober 1914 französischen Boden betraten und ins Feld zogen, gab es häufige Anfragen, wie man den verwundeten Soldaten oder den Familien der Gefallenen Hilfe zulassen kommen könnte.³⁹³ O.M. Creagh, ehemaliger Militär in Indien, nahm sich der Sache an und organisierte einen Fonds, der innerhalb weniger Tage erweitert werden musste. Creagh richtete daraufhin den *Indian Invalid Soldier's Fund* und den *Indian Soldier's Widows and Orphans Fund* ein. Lord Crewe, Rudyard Kipling und Lord Rothschild schickten Geld, Königin Mary Schokolade, und Lord Curzon stiftete tragbare Teekoher für jedes indische Regiment. Der diensthabende Offizier der indischen Abteilung im Royal Victoria Hospital, E.H. Sharman, rief Spendenwilligen mit geringeren Mitteln, den Verwundeten frisches Obst oder Trockenfrüchte, Zigaretten, Schreibmaterialien und warme Kleidung zu senden. Britische und indische Damen trafen sich in der *Eastern League* zu Strick- und Häkelstunden, um ihren Beitrag zum Wohlergehen der indischen Soldaten zu leisten.³⁹⁴

Die *Times* fasste zusammen:

All who knew their India had their own ideas of the probable state of the country in war-time; none of them had the remotest resemblance of the tranquillity and cheerfulness

³⁹¹ Ibid., 11. September 1914.

³⁹² *The Times*, 12. September 1914.

³⁹³ *The Guardian*, 21. Oktober 1914.

³⁹⁴ *The Times*, 17. Oktober/10. November 1914.

which are everywhere apparent.³⁹⁵

Dabei standen einige Zeitgenossen der euphorischen Berichterstattung auch kritisch gegenüber. Frederick Edwin Smith, später Earl of Birkenhead, der 1924 Staatssekretär für Indien unter der konservativen Regierung werden sollte, verbrachte ab Oktober 1914 ein halbes Jahr an der Front und berichtete über den Kriegseinsatz der indischen Truppen. Im Privaten kritisierte er, dass die Tapferkeit der indischen Soldaten für Propagandazwecke missbraucht wurde und die hohen Verluste der indischen Regimenter kaum erwähnt wurden. An seine Frau schrieb er: „[...] all these things in the papers about the Indian troops are lies. [...] We got yesterday's Times. The optimism and the buck nearly made us all sick.“³⁹⁶ Diese Art von Propaganda war jedoch seitens des GOI kalkuliert, um den illoyalen Elementen in Indien den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Chirol wies daraufhin, dass die enormen finanziellen Belastungen, die das Königreich dem GOI zur Unterstützung des Krieges abverlangte, nur möglich waren, weil das GOI vollstes Vertrauen in die indischen Prinzen und Massen hatte. Dieses Vertrauen wurde belohnt durch den gemeinsamen Kampfeinsatz an der Westfront.³⁹⁷ Chirol beleuchtete auch die mittelfristigen Implikationen des großen Krieges für Indien. Er hoffte, dass die Stationierung britischer Territorialsoldaten in Indien größeren Einfluss auf die öffentliche Debatte in Großbritannien haben würde. Sir Valentine Chirol sah in ihnen eine Art Lobbygruppe, die nach dem Krieg die Diskussion in Großbritannien bereichern würde. Für ihn waren die britischen Einsatztruppen „Pilgerschaften englischer Wähler“, die nach dem Kriege durch ein besseres Verständnis der Situation mit ihren Stimmen die Indienpolitik der Regierung positiv beeinflussen würden.³⁹⁸

Passend zu dieser Einschätzung begann das GOI, die Empfehlungen der königlichen Kommission zur Dezentralisierung der Macht zu überdenken. Die Kommission war noch von Staatssekretär Morley berufen worden und hatte nun ihren

³⁹⁵ Ibid., 19. März 1915.

³⁹⁶ The Second Earl of Birkenhead, *The Life of F. E. Smith, The First Earl of Birkenhead*, London 1965, 266f., zitiert in Kaul (2003:125).

³⁹⁷ Im September wurden indische Einheiten allerdings vom europäischen Kriegsschauplatz abgezogen, da Feldmarschall Douglas Haig eine Meuterei fürchtete. Die indische Armee war ausgebildet für den gelegentlichen Schlagabtausch am Kyberpass. Die Moral der Truppen sank im Angesicht der schweren Verluste in den flandrischen Schützengräben, die manche Einheiten bei einem Angriff um die Hälfte reduzierten.

³⁹⁸ *The Times*, 22. Mai 1915.

Bericht vorgelegt. Das GOI befand, zum jetzigen Zeitpunkt gäbe es Raum, das Ziel zu verfolgen, sich weniger in die lokalen Angelegenheiten in Indien einzumischen. Der *Guardian* zeigte sich zufrieden, mahnte jedoch an, dass die einzelnen Provinzregierungen in Indien übertriebene Vorsicht an den Tag legten.³⁹⁹

Seit der Jahreswende 1915/16 übten mehrere Faktoren Druck auf die Kolonialmacht aus, über weitere Reformen nachzudenken. In Indien wurde eine Erwartungshaltung erkennbar, die sich auch auf Großbritannien auswirkte.⁴⁰⁰ Gleichzeitig gelang es der Muslim-Liga und dem Indischen Nationalkongress, in Lucknow ein Programm zu verabschieden, in dem beide Organisationen gemeinsam für eine allgemeine Erweiterung indischer Partizipation in den verschiedenen Räten und für regionale Autonomie eintraten. Die Hindus gestanden den Muslimen ein Drittel der Sitze im imperialen legislativen Rat zu – eine weitreichende Konzession. Mohammad Ali Jinnah, der der Gründer Pakistans werden sollte, und Motilal Nehru, Vater des ersten indischen Premierminister Jawharlal Nehru, waren die Architekten des Lucknow-Pakts.⁴⁰¹ Die vereinten Kräfte auf indischer Seite und die Warnung des neuen Staatssekretärs für Indien Austin Chamberlain an das Kabinett, eine Weiterführung der bisherigen Indienpolitik sei nach dem Krieg nicht möglich, führten zu weiteren Debatten über konstitutionelle Reformen.⁴⁰² Dies führte auch dazu, dass Vizekönig Hardinge im gesetzgebenden Rat in Indien angetragen wurde, eine Resolution an den Staatssekretär für Indien zu senden, um Indiens Aufnahme in die *Imperial Conference* zu beantragen.⁴⁰³ Dass die Teilnahme an dieser Konferenz nur den selbstregierenden *Dominions* vorbehalten war, machte auch Indiens Erwartung an Großbritannien deutlich. Der Leitartikel des *Guardian* kommentierte:

It is only that the effort made by India in the war is like a flash lightening up to the years of loyal service and peaceful development, which are almost equally a ground for pride among the members of the Empire.⁴⁰⁴

Indiens Erwartungen waren demnach nicht nur durch seinen Kriegseinsatz

³⁹⁹ *The Guardian*, 12. Juni 1915.

⁴⁰⁰ Nicht zu unterschätzen war dabei auch die Türkeipolitik der britischen Regierung und deren Bedeutung für Indiens Muslime. Hussein, Sharif von Mekka, revoltierte mit britischer Unterstützung gegen den Sultan der Türkei. Damit hatte sich die Kolonialmacht gegen das religiöse Oberhaupt der Muslime gestellt. N.M. Qureshi, *The Indian Khilafat Movement 1918-1924*, *JAH* 12 (2), 1978, 152-68; Moore (1966:109).

⁴⁰¹ Burke & Quraishi (1995:162ff.); French (1997:45f.); Read & Fisher (1997:156).

⁴⁰² Memorandum von Chamberlain vom 30. Juni 1915, PRO/CAB. 37/130, 4.

⁴⁰³ *The Guardian*, 24. September 1915.

⁴⁰⁴ *Ibid.*, 28. September 1915.

gerechtfertigt. Letztlich waren sie das „Ergebnis eines Regierungssystems, das mit allen seinen Fehlern das Ziel hatte, stimulierend auf einen Prozess zu wirken, der auf einen Ausbau der indischen Beteiligung an der Regierung ihres Landes aus war“.⁴⁰⁵

Bis Mitte 1916 fand diese Debatte verstärkt ihren Weg in die britische Öffentlichkeit. Laut *Times* waren Veränderungen nicht nur unausweichlich, sondern in Erwartung weiterer struktureller Reformen des gesamten Empires auch nötig.⁴⁰⁶ In diesem Umfeld hatte sich seit 1909 einer der einflussreichsten *think tanks*, der *Round Table*, mit der Zukunft des Empires beschäftigt.⁴⁰⁷ Dabei ging es vor allem um das Problem eines geographisch und militärstrategisch bedeutsamen, wirtschaftlich aber angeblich zu wenig genutzten Empire. Das wachsende Bestreben der *Dominions* nach mehr Eigenständigkeit schien dem *Round Table* abträglich für das Ideal des Empires. Die Lösung sah man in einem *Commonwealth* als föderale Verteidigungsunion und neue weltweite Friedenskraft.

Einflussreiche Mitarbeiter und Gönner des *Round Table* waren wie in der Einleitung erwähnt Lionel Curtis, Mitglied von Milners Kindergarten und Oxford Historiker, sowie Philip Kerr, Politiker, Zeitungsredakteur für *United Newspapers* und von 1939 bis 1940 britischer Botschafter in den USA, dazu Nancy Astor, ab 1919 die erste weibliche Parlamentarierin Großbritanniens, Lord Milner und Leo Amery. Eine der ersten Amtshandlungen von Curtis bestand darin, die *Dominions* zu bereisen, um einen Überblick darüber zu erhalten, wie das Empire bzw. *Commonwealth* am besten zu vereinen sei. Curtis' Lösung war ein föderales *Commonwealth*, dessen Herz in Westminster schlagen würde. Nationalismus und Unabhängigkeit sollten vermieden und durch die Mitgliedschaft in einem organisch wachsenden *Commonwealth* aufgefangen werden. Indien war bereits Jahrzehnte vor der Gründung des *Round Table* als Problemfall gerade für die föderale Idee erkannt worden. Ein echtes föderales System hätte bedeutet, dass Indien mit seiner Bevölkerung das Empire dominieren würde.⁴⁰⁸ Dies wiederum konnte aus Sicht vieler Zeitgenossen nicht sein, waren es doch die angelsächsischen Völker, deren politische Institutionen die fortgeschrittensten der Welt waren.⁴⁰⁹ Vor diesem Hintergrund hatte Philip Kerr seit

⁴⁰⁵ Ibid., 21. Oktober 1915.

⁴⁰⁶ *The Times*, 24. Mai 1916.

⁴⁰⁷ Eine detaillierte Geschichte des *Round Table* veröffentlichte Bosco (2017) und D. Lavin, *From Empire to Commonwealth. A Biography of Lionel Curtis*, Oxford 1995.

⁴⁰⁸ Bosco (2017:75f.)

⁴⁰⁹ Ibid., 92f.

seinem eigenen Indienbesuch von 1912 über einen graduellen Prozess nachgedacht, der in einem selbst regierenden indischen *Dominion* enden sollte. Ein freiwilliges Verbleiben des *Raj* im *Commonwealth* hätte demnach Signalwirkung gehabt.⁴¹⁰

Auf Einladung des Gouverneurs von Bombay, Sir James Meston, der für kurze Zeit als Berater für die Kapkolonie tätig gewesen war und seit dem Verbindungen mit dem *Round Table* hatte, reiste Curtis nach Indien, wo er sich zwischen November 1916 und Februar 1918 aufhielt und sich mit der konstitutionellen Problematik des *British Raj* auseinandersetzte. Indien sollte nach seiner Empfehlung als eine Art Unter-*Commonwealth* ein selbstregiertes Mitglied mit parlamentarischen Institutionen werden. Dem stimmte innerhalb des *Round Table* zunächst nur Philip Kerr zu. Um die Einheit des Berichts zu wahren, wurden die Ergebnisse der Untersuchung jedoch ohne das Kapitel zu Indien veröffentlicht. Außerdem hatte Sir Valentine Chirol Curtis zu verstehen gegeben, dass seine Vorschläge, einmal in die Praxis umgesetzt, nur den indischen Nationalismus fördern würden.⁴¹¹

Was die britische Öffentlichkeit anbetraf, arbeitete der *Round Table* eher verdeckt. Lionel Curtis pflegte vor allem Kontakte an den Universitäten Oxford, Cambridge, Leeds, Birmingham und Edinburgh und war selbst seit 1912 Beit-Lektor für Kolonialgeschichte in Oxford. Er glaubte, die Eliten, und weniger die breite britische Öffentlichkeit für sich gewinnen zu müssen, um neue Ideen verbreiten zu können. An den Universitäten sollten die neuen Rekruten für den Aufbau einzelner Zellen sorgen. Und so wurde Professor Reginald Coupland einer der ersten Mitstreiter in Oxford. Er sollte Lionel Curtis Arbeit in den 1930ern fortsetzen.

Auf anderer Ebene versuchte William Wedderburn Unterstützung für weitere Reformen zu gewinnen. Wedderburn war ein pensionierter ICS-Beamter und Parlamentsmitglied für die Liberalen. Während seiner Indienkarriere wurde er mit Allen Octavian Hume Gründungsmitglied des INC und leitete über 20 Jahre das britische Komitee des Kongresses. Nach seiner Wahl zum Unterhausabgeordneten im Jahre 1893 hatte er das parlamentarische Indienkomitee gegründet, dessen Vorsitz er

⁴¹⁰ Die *Imperial War Conference* von 1917 beendete allerdings die Hoffnungen des *Round Table*, ein föderales Empire zu schaffen. Resolution IX erkannte die Notwendigkeit einer Umstrukturierung des Empire an. Das Fundament war die Anerkennung der *Dominions* als autonome Nationen eines imperialen *Commonwealth* und Indien als wichtiger Bestandteil desselben. Ibid., 290f.; 299.

⁴¹¹ Curtis an Milner, 24. Februar 1916, Bodl. MSS Eng. Hist. c. 840, in ibid, 126. Curtis' Studien zu Indien beinhalten *Four Studies of Indian Government*, Allahabad 1917, *Letters to the People of India on Responsible Government*, London 1918 und *Papers Relating to the Application of the Principle of Diarchy to the Government of India, to which are Appended the Report of the Joint Committee and the Government of India Act*, 1919, Oxford 1920. Bosco (2017:170).

bis zu seiner Pensionierung innehatte und dem bis 1906 fast 200 Abgeordnete beigetreten waren.⁴¹² Im Dezember 1916 verteilte er Handzettel an seine parlamentarischen Kollegen, in denen neunzehn Mitglieder des imperialen legislativen Rates in Indien Werbung für den Lucknow-Pakt machten. Lord Sydenham, seit 1913 pensionierter Gouverneur von Bombay und im Mitglied des Oberhauses für die Konservativen, erhielt einen dieser Handzettel und nahm ihn in einem Leserbrief an die *Times* auseinander.⁴¹³ In einem Leitartikel unterstützte das Blatt seine Kritik. Ohne die Hintergründe des Papiers der neunzehn Ratsmitglieder zu beleuchten, warf der Artikel den Unterzeichnern Unkenntnis der Sachlage vor. Auch die Tatsache, dass alle neunzehn indische Anwälte waren, konnte ihrer Petition in Großbritannien keine Glaubwürdigkeit verschaffen, da die Reputation ihrer Zunft seit den Unruhen von 1905 schwer geschädigt war. Und überhaupt war, laut *Times*, inmitten des größten Krieges der Geschichte wohl kaum der richtige Zeitpunkt, konstitutionelle Forderungen zu stellen.⁴¹⁴ Die Übernahme des INC durch den extremen Flügel während einer Sitzung im Dezember 1916 ließ die Organisation in Großbritannien noch weniger vertrauenerweckend erscheinen. Jegliches Wohlwollen auf britischer Seite verflüchtigte sich angesichts konkreter indischer Forderungen und wurde nun zurückgenommen. Sobald die britische Theorie in die indische Praxis umgesetzt werden sollte, fehlte es in London am nötigen Rückhalt.

Dennoch bewirkte die Berichterstattung über den Kriegseinsatz des gesamten Empires, dass Indien öfter in einem Atemzug mit den *Dominions* genannt wurde. Die Assoziierung der indischen Kolonie mit den selbstregierenden *Dominions* festigte weiter die Idee, dass Indiens momentaner Status sich ändern würde. Dieser Zeitpunkt schien perfekt für die Beurteilung der Empfehlungen der königlichen Kommission, die nun über verstärkte lokale Autonomie berichtete.

Weiterhin wurde der Diskurs von allen Kontrollinstanzen regelrecht angefeuert, durch das IO und den GOI, ebenso sowie die Presse und auch Institutionen wie dem *Round Table*, die alle Teil des institutionalisierten Wissens waren. Was nach außen hin als Aktionismus gewirkt haben kann, war der Versuch, die Kontrolle über das Narrativ zu wahren. Dafür gibt es mehrere Indizien. Erstens: Chamberlains Memorandum vom Juni 1915 zur britischen Indienpolitik nach Beendigung des

⁴¹² *The Guardian*, 28. Januar 1918; Kaul (2003:101).

⁴¹³ 6. Dezember 1916.

⁴¹⁴ *Ibid.*, 22. Dezember 1916.

Krieges war nicht nur eine Empfehlung, sondern auch eine implizite Warnung, dass britische Kontrolle über das *British Raj* andere Formen annehmen müsse. Zweitens: Chirols Hoffnung, dass der Diskurs durch die Indiienerfahrung britischer Soldaten bereichert werden würde, setzte implizit voraus, dass der Beitrag dieser neuen Teilnehmer an der Debatte nicht den Konsens gefährden würde. Er selbst betrachtete den indischen Nationalismus mit Argwohn. Drittens machte dieser Argwohn letztlich auch Curtis' Vorschlag vom Februar 1916 zunichte, das *British Raj* in ein *Commonwealth en miniature* zu entwickeln. Dieser Schritt hätte Indien zu viel Eigenverantwortung übertragen und zu einem erheblichen Kontrollverlust Großbritanniens geführt, was selbst innerhalb des *Round Table* verhinderte, dass es zu einer Transformation des Diskurses kam. Es ging dem *Round Table* schließlich darum, das Empire und damit britische Kontrolle, in welcher Form auch immer, zu bewahren. Viertens: der Lucknow-Pakt war das Resultat einer Zusammenarbeit zwischen Hindus und Muslimen, die Großbritanniens Kontrolle über Indien zu bedrohen schien. Unter anderen Umständen wäre das gemeinsame Programm vielleicht sogar als britische Errungenschaft gefeiert worden. Das Dokument aus Lucknow beinhaltete jedoch verbotene Worte, wie „Selbstregierung“ und „*Dominion*-Status“, die den britischen Konsens an seine Grenzen brachten. Eine Transformation des Diskurses war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.

2. Die Montagu-Chelmsford Reformen

a. Staatssekretär Montagu positioniert einen Reformvorschlag

Nachdem Montagus Dienstherr Chamberlain wegen der fehlgeschlagenen Offensive in Mesopotamien seinen Hut nehmen musste,⁴¹⁵ wurde der Weg zum Staatssekretärsposten frei. Premierminister Lloyd George musste jedoch alle Hebel in Bewegung setzen, um Unterstaatssekretär Lord Islington,⁴¹⁶ der sich zunächst strikt geweigert hatte, unter Montagu zu arbeiten, von einem Rücktritt abzuhalten.⁴¹⁷ Islington sollte fortan als Hüter der Chamberlainschen Politik ein Auge auf den neuen ambitionierten Staatssekretär haben.⁴¹⁸ Chamberlain hatte seinen Kabinettskollegen zuvor erklärt, dass der indische Nationalismus momentan zwar auf eine zahlenmäßig unbedeutende Intelligentsia beschränkt, es aber längerfristig unausweichlich sei, auf diese Bewegung einzugehen:

The wiser and more moderate members of this section realised that progress must be gradual, but even the most loyal of them had represented that unless His Majesty's Government were prepared to come forward at once and declare publicly that their ultimate aim – distant though the realisation of that aim might be – was self-government [...].⁴¹⁹

Sowohl Chamberlain als auch Curzon, mittlerweile *Lord President of the Council*, waren sich darin einig, Reformen nicht als Belohnung für indische Kriegsanstrengungen, sondern als Ausdruck britischen politischen Willens darzustellen. Ersteres hätte den Eindruck erweckt, dass Großbritannien sich wegen des Kriegsbeitrages verpflichtet fühlte und etwaige Reformen nicht dem aktuellen Grad indischer Reife entsprachen. Weiterhin konnte das Königreich mit einer solchen Erklärung suggerieren, dass es die vollständige Kontrolle über den Werdegang seiner Kolonie innehatte – und trotz der nationalistischen Bewegung behalten würde. Reformen als Antwort auf die Entwicklung indischer Reife darzustellen, machte Großbritannien zum Richter über die politische Entwicklung von Britisch-Indien. Reformen als Reaktion auf die Kriegsanstrengungen des *British Raj* wären als von der

⁴¹⁵ Indische Truppen kommandiert von General Townshend ergaben sich bei Kut in Mesopotamien den türkischen Truppen. Mangelnde Führungskraft, aber vor allem horrende Fehler in der Logistik hatten zu hohen Verlusten geführt, für die Chamberlain als Chef des IO die Verantwortung übernahm.

⁴¹⁶ Lord Islington hatte 1912 als Präsident der königlichen Kommission gedient, die den öffentlichen Dienst in Indien untersuchte.

⁴¹⁷ P.G. Robb, *The Government of India and Reform*, Oxford 1976, 16.

⁴¹⁸ J. Gallagher, Nationalism and the Crisis of Empire, 1919-1922, *MAS*, 15 (3), 1981, 360.

⁴¹⁹ Sitzung des Kriegskabinetts vom 29. Juni 1917, PRO/CAB 23, 3 W.C. 172.

Kolonie der Kolonialmacht aufgezwungen erschienen. Das wiederum hätte dem britischen Selbstverständnis als treibende und kontrollierende Kraft des Prozesses widersprochen. Chamberlain bot an, selbst nach Indien zu reisen, um sich über die Umstände vor Ort zu informieren.⁴²⁰

Noch als Unterstaatssekretär hatte sich Montagu auf die politische Richtung, die er künftig einschlagen würde, vorbereitet. Während der Parlamentsdebatte um die fehlgeschlagene Mesopotamien-Offensive am 12. Juli 1917 holte Montagu zum Rundumschlag aus und führte den Misserfolg auf die veralteten Strukturen des GOI zurück: „The Government of India is too wooden, too iron, too inelastic, too antediluvian, to be of any use for the modern purpose as we have in view“.⁴²¹ Eine Woche später übernahm er das Amt des Staatssekretärs. Im August schrieb der *Guardian*, dass die beiden Hauptargumente für die Notwendigkeit des *British Raj* in seiner jetzigen Form – der andauernde Hindu-Muslim Konflikt und die Notwendigkeit einer neutralen Verwaltung – nicht mehr zu halten seien. Das indische Problem sei nun, dass die politischen Elemente im Land politische Macht anstrebten. Der Verfasser des Leitartikels rief die Verantwortlichen in Großbritannien auf, Courage und Vision zu zeigen, um das Unaufhaltsame in Gang zu bringen.⁴²²

Einige Tage später drängte Montagu das Kriegskabinet, ihm eine definitive Erklärung über die britischen Absichten in Indien zu gestatten.⁴²³ Der endgültige Titel der Erklärung war:

Increasing association of Indians in every branch of administration, and the Gradual development of self governing Institutions with a view to the progressive realization of responsible governments in India as an Integral part of the British Empire.⁴²⁴

Eine Woche später erfolgte seine berühmte Bekanntmachung, die der *Guardian* als die vielleicht Wichtigste in der Geschichte Britisch-Indiens bezeichnete:

The policy of his Majesty's Government, with which the Government of India are in complete accord, is that of the increasing association of Indians in every branch of the administration, and the gradual development of self-governing institutions, with a view to the progressive realization of responsible government in India as an integral part of the British Empire.⁴²⁵

Montagu betonte das Einvernehmen zwischen dem GOI und der Regierung in London.

⁴²⁰ Ibid.

⁴²¹ HMSO, 95, 12. Juli 1917, 2205.

⁴²² *The Guardian*, 10. August 1917.

⁴²³ Sitzung des Kriegskabinetts vom 14. August 1917, PRO/CAB 23, 3 W.C. 183.

⁴²⁴ HMSO, 97, 20. August 1917, 2205.

⁴²⁵ *The Guardian*, 23. März 1918.

Der Konsens der politischen Elite in Großbritannien sollte Kritikern von Beginn an den Wind aus den Segeln nehmen. Man hatte aus früheren Fehlern unter Morley und Minto gelernt, denen es nicht gelungen war, Zweifel am gemeinsamen Handeln von Kalkutta und London zu beseitigen. Allerdings ließ die Wortwahl Raum für Interpretation. Es war weder die Rede von *Dominion*-Status, noch von Unabhängigkeit, und es wurde auch kein zeitlicher Rahmen festgelegt.⁴²⁶ Obwohl in bewusst vager Sprache gehalten – „graduelle Entwicklung“, „progressive Verwirklichung“, „verantwortliche Regierung“ – wurde sie von der *Times* begrüßt:

It is not too much to say that Mr. Montagu's statement [...] constitutes a fresh landmark in the history of the relations of Great Britain with India. [...] The real significance of it is that it is the clearest and most definite declaration of British aims in India which has been officially made since November, 1858. Such a declaration was *overdue*. [...] Mr. Montagu makes it perfectly clear that he is acting as the mouthpiece of the British Government. The careful and measured phraseology of his announcement sufficiently indicates that it has not been hastily framed.⁴²⁷

Mit dem Hinweis, dass Montagu als Sprachrohr der Regierung fungiere, wurde der Erklärung jegliche Radikalität genommen. Damit schloss sich die *Times* dem durch das Kabinett vorgegebenen Konsens an. Der *Guardian* schlug ähnliche Töne an:

We should be less than candid if we asserted that British policy hitherto had been consistently directed to the achievement of a self-governing India, or that confidence in the possibility of such an achievement was the atmosphere in which British administration moved.⁴²⁸

Die *Daily Mail* reagierte ebenfalls positiv. Aus der Loyalität Indiens während des Krieges resultierte, dass die Mutternation wohlwollend auf die Erwartungen der Kolonie eingehen müsse. Die Zeitung sah nichts Revolutionäres an der Regierungserklärung.⁴²⁹ Auch von dieser Seite erfuhr das Statement somit Unterstützung und erhielt Beifall für die Formulierung klarer Linien für die Indienpolitik.

Es war Montagu gelungen, die *Times* und den *Guardian* nicht nur davon zu überzeugen, dass das Indienministerium und das GOI in Einklang handelten. Wie die Berichterstattung der *Daily Mail* zeigt, hatte der neue Staatssekretär es darüber hinaus geschafft, jeglichem Verdacht vorzubeugen, dass er als Kabinettsneuling seine

⁴²⁶ R.J. Moore untersuchte die verschiedenen und teilweise gegensätzlichen Meinungen der Kabinettsmitglieder, die der Text harmonisieren musste. Curzon and Indian Reform, *MAS* (27), 1993, 719-40.

⁴²⁷ *The Times*, 21. August 1917 (kursiv durch den Autor).

⁴²⁸ *The Guardian*, 21. August 1917.

⁴²⁹ *The Daily Mail*, 21. August 1917, zit. in Kaul (2003:167f.).

altbewährten Kollegen überrumpelt hatte. Dabei drang nicht nach außen, dass das Kabinett Montagu Eifer bereits im Vorfeld gebremst hatte, indem es ausgerechnet Lord Curzon damit beauftragte, die Erklärung zu verfassen. Dank dieser Regelung verschwand auch der Begriff *self-government* und wurde durch *responsible government* ersetzt.⁴³⁰ Damit passte Lord Curzon die Sprache des Statements dem lange etablierten Konsens an. Dass Montagu sich Lord Curzons Intervention beugte, zeigt auf, dass dessen Grenzen noch nicht überschritten werden konnten. Der Begriff „Selbstregierung“ war offenbar noch keine Option. Der *Daily Herald* war bereit, die Grenzen des Diskurses anzutesten, indem er eine Reihe von Artikeln veröffentlichte, die sich inhaltlich und auch sprachlich den Äußerungen radikaler Akteure in Indien annäherten. Worte wie „Freiheit für Indien“ oder „Selbstregierung“ (im Englischen oft auch *Home Rule*) wurden zwar benutzt,⁴³¹ doch waren die Autoren in diesem Fall vermutlich indische Extremisten, also ohnehin nicht Teil der Konsensgemeinde in Großbritannien.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen seitens der Regierung, den Konsens nicht zu gefährden, schien sich Montagu seiner Sache nicht sicher. Wie schon im Fall früherer einschneidender Bekanntmachungen zu Indien, wurde nach altbewährten IO-Prinzipien verfahren. So räumte man etwa dem Parlament nur wenig Raum zur Diskussion ein. Ähnlich wie 1911 fand man wieder Wege und Mittel, die Parlamentarier vor vollendete Tatsachen zu stellen und damit grundlegende Debatten auszuschließen. Was kaum Niederschlag in der Sekundärliteratur findet, sind die Umstände, unter denen die so berühmt gewordene Ansprache im Unterhaus gehalten wurde. Für eine Bekanntmachung, die so mancher Abgeordneter in „goldenen Lettern“ auf jedem indischen Marktplatz gemeißelt sehen wollte,⁴³² wurde sie eher durch den Hintereingang ins Parlament eingebracht. Lediglich eine Anfrage aus dem Haus führte zu Montagus Ansprache, die noch nicht einmal während einer Indiendebatte gehalten wurde. Die Art und Weise, wie Anfragen im Parlament eingereicht wurden und Lord Curzons Einbindung in die Formulierung der Ansprache, lassen darauf schließen, dass die Regierung gut vorbereitet war. Anschließend wurde das Tagesgeschäft

⁴³⁰ Montagu selbst konnte den Unterschied nicht erkennen, musste sich jedoch letztlich der Weisheit des Kabinetts beugen. Montagu an Chelmsford, 21. August 1917, MSS.EUR.D. 523/1, 2, im Folgenden zitiert als Montagu D 523. Moore erläutert, dass Curzon vor allem die Macht des Vizekönigs erhalten wollte, allerdings weniger Probleme mit der wachsenden Verantwortung der Inder hatte (1993:721ff.).

⁴³¹ *The Daily Herald*, 17./24./31. August 1918, auch zitiert in Kaul (2003:181).

⁴³² HMSO, 109, 6. August 1918, 1217.

weitergeführt. Das Parlament schloss die Sitzungsperiode zur Pfingstpause, so dass auch weiterhin keinerlei Möglichkeit bestand, eine entsprechende Debatte einzuberufen. Der Regierung gelang es auf diese Weise, eine öffentliche Diskussion um Grundsatzfragen im Keim zu ersticken.

Einige Monate nach Montagus Erklärung traf sich Georg V. mit ihm zum Lunch. Dabei machte er deutlich, dass er mit künftigen Bekanntmachungen dieser Art namentlich assoziiert zu werden wünschte. Dem König kam es darauf an, die Indienpolitik näher an den Thron zu binden, um sie aus der britischen Parteipolitik herauszuheben.⁴³³ Montagu war viel daran gelegen, den Rahmen der Diskussion möglichst eng zu halten und Debatten um *self-government* oder *responsible government* in Großbritannien gänzlich zu vermeiden.⁴³⁴ Bald darauf reiste der Staatssekretär nach Indien, um vor Ort Erkundigungen einzuholen, wie man seine Bekanntmachung nun in die Tat umsetzen könnte.

Auch wenn Montagus Absichten durchaus ernst zu nehmen waren, so darf nicht übersehen werden, dass Großbritannien sich die dringend benötigte indische Loyalität erkaufte.⁴³⁵ Was als große Geste erschien, entsprach nicht ausschließlich einer progressiven Indienpolitik. 1917 war der Ausgang des Krieges noch völlig unsicher. Die prekäre Lage an der Front hatte sich verhärtet. Hinzu kam, dass zu Beginn des Jahres das GOI der englischen Kriegskasse 100 Millionen Britische Pfund (über 4 Milliarden im Jahr 2010) als weiteren indischen Kriegsbeitrag gestiftet hatte. Moore unterstützt die These, dass das Königreich gewissermaßen für Indiens Unterstützung mit konstitutioneller Währung zahlte. Die Theorie, dass sich Curzon, Montagu und andere Schlüsselfiguren nicht bewusst waren, was *self-government* wirklich bedeutete, hält er nicht für stichhaltig. Die Erklärung von 1917 war kein semantischer Unfall, sondern in ihrer Ambivalenz ermöglichte sie es vielmehr, einen Reformprozess einzuführen, dessen Grundprinzip auf Verzögerung basierte.⁴³⁶

Es ist daher fraglich, ob britische Ungewissheit über den Krieg und Indien in einem „liberalen Moment kulminierten“, wie Jon Wilson schrieb.⁴³⁷ Dies lässt die Erklärung von 1912 außer Acht, mit der die Kolonialmacht sich auf ein Ziel für seine Herrschaft in Indien festgelegt hatte. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, die

⁴³³ Montagu an Chelmsford, 4. Oktober 1917, Chelmsford E. 264/3, 47.

⁴³⁴ Montagu an Chelmsford, 21. September 1917, Montagu D 523/1, 6.

⁴³⁵ Burke & Quraishi (1995:150).

⁴³⁶ Moore (1993:731).

⁴³⁷ Wilson (2016:401)

Debatte über Indien zu lenken, ist die Erklärung vom August 1917 auch als Strategie zu sehen, die Kontrolle über das Narrativ zu bewahren und sich auf die anstehende Transformation des Diskurses vorzubereiten.

Man kann Montagus Statement auch als Flucht nach vorne interpretieren. Mit einer klaren Zielsetzung für die britische Indienpolitik sicherte sich das Vereinigte Königreich die Kontrolle über einen politischen Prozess, der 1917 unausweichlich geworden war. Es darf zwar nicht außer Acht gelassen werden, dass Montagu bereits zwei Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges noch als Unterstaatssekretär das Kabinett zu einem Reformkurs gedrängt hatte. Der indische Kriegsbeitrag und die daraus resultierenden Erwartungen stellten die Kolonialmacht fünf Jahre später allerdings vor die Frage, wie sie die Kontrolle über den bis dahin lediglich theoretischen Verlauf jeglicher Reformen behalten würde. Zusätzlich zu Indiens Kriegsbeitrag darf nicht vergessen werden, dass der Lucknow-Pakt von 1916 eine neue Einheit zwischen Muslimen und Hindus herstellte, die die britische Position hätte schwächen können. Die Akteure vor Ort hatten die Chance, die Initiative im Diskurs an sich zu reißen. Der Vormarsch seitens der Kolonialmacht stellte sicher, dass Großbritannien in dieser Angelegenheit fest im Sattel blieb.

Von anderer Seite sollte das Vorhaben des Staatssekretärs jedoch unter Beschuss geraten. Lord Sydenham hatte es nicht bei seinem Leserbrief zum Lucknow-Pakt an die *Times* im Dezember 1916 belassen. Vielmehr hatte er bald, nicht zuletzt durch Montagus Rede, eine Gruppe um sich geschart, die sich zum Ziel setzte, weiteren „Schaden“ vom *British Raj* abzuwenden. Für Ende Oktober 1917 buchten sie Räumlichkeiten im Cannon Street Hotel in London, um auf einem Treffen, das gut besucht wurde, die *Indo-British-Association* (IBA) ins Leben zu rufen.⁴³⁸ In seiner Ansprache als Vorsitzender wiederholte Sydenham Argumente, die bereits in der öffentlichen Debatte zirkulierten: weder der Kongress, noch die Liga seien repräsentative Organe in Indien, da sie nur als Sprachrohr bestimmter religiöser Gruppierungen fungierten, Indien verdanke sein Wohlergehen allein der britischen Präsenz. Der Krieg habe die wahren loyalen Elemente zum Vorschein gebracht.⁴³⁹ Interessant war, dass die Liga, die bis *dato* eine vergleichsweise gute Reputation in Großbritannien genossen hatte, von der IBA seit dem Lucknow-Pakt mit dem INC

⁴³⁸ Oddie (1973:226).

⁴³⁹ Minutes of Proceedings held at the Cannon Street Hotel, London E.C. on Tuesday, 30th October 1917, 6.

über einen Kamm geschoren wurde. Diejenigen Muslime, die sich in der Liga organisiert hatten, waren in den Augen der IBA seit dem Pakt nicht mehr das Sprachrohr für die Muslime in Indien. Vielmehr wurden auch sie von ihr abgegrenzt von denjenigen, die durch ihren Dienst in der britisch-indischen Armee ihre Loyalität gegenüber dem Empire und Georg V. bewiesen hatten.

Bezüglich der Reformen im Allgemeinen sagte Sydenham unter lautem Applaus:

I believe, as I said in the House of Lords last week, that many reforms are necessary in India, reforms which will give more responsibility to Indians and better opportunities for training in public affairs. I hope the Association we are here to found will strenuously oppose any scheme which will tend to weaken British rule and will turn over the balance of power to the little oligarchy which is trying to take advantage of the stress which is thrown upon us in this great war.⁴⁴⁰

In der Gründungsresolution der IBA hieß es:

That an Association be formed in London under the title of 'The Indo-British Association in London', having for its object the protection of the best interests in India of British and Indians alike.⁴⁴¹

Die Zusammensetzung der IBA war breit gefächert. Ehemalige ICS-Beamte, Parlamentarier (z.B. John Hewett), Mitglieder der Heilsarmee (Booth Tucker) und Offiziere (General Creagh, der die beiden Fonds für indische Soldaten eingerichtet hatte) und der bekannte Offizier Sir Francis Younghusband, der sich einen Namen als Forscher und Präsident der *Royal Geographic Society* gemacht hatte. Die IBA sollte in erster Linie wirtschaftliche Interessen verfolgen. Damit war nicht nur der britische Handel mit Baumwollprodukten gemeint, sondern auch die Geschäftsinteressen der Briten in Indien allgemein. Daran waren aus Sicht der IBA auch die Interessen der Inder geknüpft, da ja aus ihrer Sicht die britische Kaufmannschaft zum Wohlstand des Subkontinentes beigetragen hatte und immer noch beitrug. Wenig konkret waren die Aussagen zu den politischen Reformen. Die IBA befürwortete Reformen vor allem auf verwaltungstechnischer Ebene.

In the matter of democratic self-government, Indians are as children in leading strings; they have no traditions of their own, their ideals are borrowed from the West. The group of political agitators clamouring for some form of Home Rule have no stake in the country [...].⁴⁴²

Damit erlangten die Inder eine Art pubertären politischen Reifestatus und hatten,

⁴⁴⁰ Ibid.

⁴⁴¹ Ibid., 9f.

⁴⁴² Ibid.

gemessen an der jahrhundertealten Tradition parlamentarischer Regierung und Konstitutionalismus Großbritanniens keinen Anspruch darauf, politische Selbständigkeit zu fordern.

Zunächst aber richtete sich die Aufmerksamkeit der britischen Presse auf Montagus Besuch in Indien. Vor ihm war kein amtierender Staatssekretär in die Kolonie gereist, so dass die Neugier groß war. Damit konnte er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: zum einen würde er sich wie kaum ein anderer Staatssekretär zuvor aus erster Hand informieren. Gleichzeitig konnte er eine nie dagewesene Öffentlichkeitsarbeit leisten. Montagu hatte verstanden, dass offizielle Bekanntmachungen weniger bewirken konnten, als die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch die Londoner Presse.⁴⁴³

Die Einstellung des GOI zu Montagus Anwesenheit in Indien war gemischt. Vizekönig Chelmsford war für Montagu keine große Hilfe und sein Stab sorgte dafür, dass Montagus Kontakte streng reguliert wurden. Als der INC in Kalkutta tagte, führte Montagus Agenda ihn beispielsweise genau ans andere Ende des Subkontinentes nach Bombay.⁴⁴⁴ Auf seinen Reisen in Indien traf der Staatssekretär auf Lionel Curtis, den er prompt um Hilfe für die Erstellung seines Berichts bat. Insgesamt hatte der Staatssekretär neun Treffen mit Curtis.⁴⁴⁵ Während dieser Treffen erfuhr Montagu, dass ICS-Beamte auf die Frage nach dem grundsätzlichen Sinn und Zweck britischer Herrschaft in Indien ins Schwanken gerieten und sich damit entschuldigten, nicht für Politik zuständig zu sein.⁴⁴⁶ Montagu zeigte für ein solches Verhalten der britischen Verwaltungselite in Indien wenig Verständnis. Die Zusammenarbeit zwischen dem Staatssekretär und Curtis, der diese Ansicht teilte, stieß wenig überraschend auf heftige Kritik seitens des ICS. Lionel Curtis' Aktivitäten in Indien sorgten bald dafür, dass er und Chelmsford nicht mehr miteinander redeten. Der Vizekönig untersagte den ICS-Beamten zudem, *Round-Table*-Gruppen in Indien beizutreten.⁴⁴⁷

Auch in Großbritannien wurde Montagus Reise teilweise argwöhnisch beäugt. Lord Sydenham und Howell A. Gwynne, der Redakteur der *Morning Post*, zeigten wenig Begeisterung für den Staatssekretär, der in Delhi aus ihrer Sicht von indischen

⁴⁴³ Kaul (1994:225).

⁴⁴⁴ Read & Fisher (1997:135).

⁴⁴⁵ Bosco (2017:317).

⁴⁴⁶ J.G. Lockhart, *The Feet of the Young Men: some candid comments on the rising generation*, London 1929, 180, zitiert in Lavin (1995:139).

⁴⁴⁷ *Ibid.*, 143.

Terroristen empfangen und mit Blumengirlanden behängt wurde. Montagu führte Gespräche mit den Anführern der *Home Rule League*, Bal Gangadhar Tilak und der Britin Annie Besant, die sich als Sozialistin und politische Aktivistin für irische und indische Selbstregierung einsetzte und INC-Mitglied war. Besant war ebenfalls Präsidentin der *Theosophical Society*, die ihr Hauptquartier in Indien hatte. Montagu traf sich weiterhin mit Vertretern des Kongresses und der Liga.⁴⁴⁸ Mit seiner Unterhausrede vom 12. Juli, in der er den indischen Verwaltungsapparat als zu hölzern bezeichnet hatte, hatte der Staatssekretär sein Verhältnis gegenüber dem GOI nicht einfacher gemacht. Die *Times* schrieb beinahe mitleidig über Montagus Position in Indien:

[The] extremist may welcome Mr. Montagu as a liberator, while the English community seems to regard him as a sinister herald of changes which may undermine British rule. Both these conceptions are illusory. Mr. Montagu, it may be said at once, has been placed in a rather difficult position, entirely through his own words. [...] Whatever his private views may be, we are quite sure that Mr. Montagu regretted his speech almost as soon as he made it [...]. The best thing we can do about Mr. Montagu's speech is to [...] forget it.⁴⁴⁹

Die *Times* war immer noch bereit, das IO seit Morleys und Chirols Friedenspakt zu unterstützen. Zwar begrüßte der Leitartikel die Gründung der IBA, warnte jedoch gleichzeitig vor Rassismus und machte den Standpunkt der Zeitung deutlich, in dem sie schrieb, jede Organisation zu unterstützen, die realisiere, dass britische Herrschaft in Indien sich an progressiven und konstruktiven Richtlinien orientieren müsse. Manchem in Großbritannien schwante jedoch Böses bei Montagus Aktivitäten. Sir Bampfylde Fuller etwa meldete sich zurück und schrieb: „So lange England glaubwürdig in Worten und Taten Indien regiert, werden die indischen Massen begeistert der starken Hand des Mutterlandes folgen.“⁴⁵⁰

Um seine Position zu stärken, sorgte Montagu trotz der anfänglich positiven Aufnahme der Erklärung in der Presse, sowohl in der *Times*, dem *Guardian* und auch dem *Daily Herald*, dafür, die Debatte unter den Eliten vertreten im Parlament so weit wie möglich einzugrenzen. Die Gründung der IBA war ein Versuch, den befürchteten Tendenzen innerhalb einer solchen Debatte entgegenzuwirken, die drohten, den Diskurs an eine Grenze zu bringen. Indiz dafür ist der Fokus auf wirtschaftliche und administrative Reformen und die Opposition gegen politische Reformen.

⁴⁴⁸ Burke & Quraishi (1995:168).

⁴⁴⁹ *The Times*, 6. November 1917.

⁴⁵⁰ Leserbrief von Sir B. Fuller, *Ibid.*, 14. November 1917.

Montagus Erklärung vom August 1917 war eine ebenso deutliche Ansage, dass das Königreich nicht beabsichtigte, die Kontrolle über den politischen Prozess anderen Kräften zu überlassen. Montagus Reise nach Indien verlieh diesem Anspruch Gewicht. Der Staatssekretär für Indien hatte seit Morleys Amtszeit die Kontrolle des Indienministeriums über das GOI gesichert. Mit Montagu vor Ort versuchte der Chef des IO, sich den ungefilterten Zugang zu den Informationen über Indien zu sichern.

b. Reformen für Indien – ein großes Experiment

In Erwartung von Montagus Bestandsaufnahme seines Indienaufenthalts und seiner Empfehlungen für zukünftige konstitutionelle Reformen, ließ Annie Besant ihre Ansprache vor dem INC im Dezember 1917, in der sie indische Selbstregierung gefordert hatte, auch in Großbritannien veröffentlichen. Unter dem Titel *A Case for India* erschien diese Rede Anfang 1918 auch als Pamphlet. Der *Times* entging selbstverständlich nicht die Ironie des Umstandes, dass Inder mit einer Britin als Sprachrohr nach Selbstregierung riefen.⁴⁵¹ Zusätzlich versuchte Besants *Home Rule League*, Delegationen nach England zu schicken, die vom GOI aber alle teilweise noch vor Gibraltar wieder zur Umkehr nach Indien gezwungen wurden. Dieser Schritt wurde mit der noch andauernden Indientour des Staatssekretärs begründet und damit, dass die britische Regierung zunächst auf dessen Empfehlungen warten wollte, bevor indische Delegationen empfangen werden konnten:

Further, the generous intentions of his Majesty's Government, which have already been demonstrated by the pronouncement of the Secretary of State for India in Parliament and his visit to India would be seriously compromised, and might be fatally impaired, if an attempt were made before or at the very moment when they were considering his report to force their hands by a premature and possibly harmful propaganda. It is with much regret that his Majesty's Government are compelled to give this decision, but we have no alternative.⁴⁵²

Der Indienkorrespondent des *Guardian* betonte zwar, dass kein Mitglied der abgewiesenen Delegation durch den INC autorisiert gewesen sei und dass der Kongress, ebenso wie die britische Regierung, Montagus Bericht abwarten wollte, aber dennoch stellte er das Handeln der Regierung in Frage. Schließlich wollte die Delegation nichts Anderes diskutieren als das, was Montagu im August des Vorjahres in Aussicht gestellt hatte, nämlich eine Beteiligung der Inder an der Regierung des *British Raj*.⁴⁵³

Die *Times* war dabei eine der wenigen Zeitungen, die über das INC-Treffen vom Dezember 1917 im Detail berichtete. Der *Guardian* prangerte dagegen das mangelnde Interesse in Großbritannien an. Schließlich hätte der Krieg die Wichtigkeit der „indischen Freiheiten“ mehr in den Vordergrund gerückt als je zuvor, und letztlich würde vor allem Großbritannien selbst von solchen Reformen profitieren: „The more

⁴⁵¹ Ibid., 2. Januar 1918.

⁴⁵² Protokoll des Kriegskabinetts Treffens vom 7. Juni 1918, PRO/CAB 23, 6 W.C. 428, 162; *The Guardian*, 16. April 1918.

⁴⁵³ *The Guardian*, 20. April 1918.

liberty that India has (within limits that are reasonable) the more the services that she would have rendered in the present struggle.” Zu beachten sind hier die Worte „within limits that are reasonable”, denn die Forderung des INC nach kompletter Selbstregierung lag eben nicht innerhalb dieser Einschränkungen.⁴⁵⁴

Solche Einschränkungen waren auch für Reformbefürworter strategisch wichtig, um sich in die Debatte einbringen zu können. So betonte Josephine Ransom während einer Diskussionsrunde in der Onward Hall in Manchester, dass die Mehrheit der Inder Teil des Empire bleiben wollten. Ursprünglich aus Australien stammend, war Ransom nach einem Indienaufenthalt zu einer geachteten Sanskritwissenschaftlerin geworden. Ebenso wie ihr Mann, Hauptmann Sydney Ransom, war sie ein prominentes Mitglied der *Theosophical Society* und gab mit ihm zusammen das Monatsmagazin *Britain and India* heraus. Sie war überzeugt, Indien sei bereit für die Selbstregierung, sah sich während des Onward Hall Treffens jedoch gezwungen, auf Indiens angeblichen Wunsch hinzuweisen, im Empire verbleiben zu wollen. Immerhin hatte der Vorsitzende des Treffens, Bischof Welldon, deutlich gemacht, er könne nicht Teil einer Diskussion sein, die die Auflösung des *British Raj* in Erwägung ziehe.⁴⁵⁵ Damit war die Grenze des Diskurses abgesteckt. Ein Empire ohne Indien war nicht denkbar.

Montagu befürchtete, die Stimmung auf der Insel könne von allgemeiner Apathie in Ablehnung von Reformen umschlagen und wünschte daher keine politischen Kampagnen in Großbritannien. Der Staatssekretär rechnete ohnehin mit wenig Enthusiasmus für die Reformen, da sich das Land mitten im Krieg befand.⁴⁵⁶ Er ging davon aus, dass die britische Öffentlichkeit weitgehend unbeteiligt bleiben würde, was er für seine Zwecke nutzen wollte. Um ein Problembewusstsein gar nicht erst entstehen zu lassen und zu vermeiden, dass das Thema politische Relevanz erlangte, kam es in seinen Augen darauf an, die öffentliche Debatte in Großbritannien einzuschränken. Der fortdauernde Krieg in unmittelbarer Nähe trug dazu bei, den Fokus der Bevölkerung auf andere Belange zu richten und die Teilnahme an der Debatte über Indien auf ein Minimum zu beschränken.

Seine eigene Pressearbeit trieb Montagu sehr wohl voran. Von unschätzbarem

⁴⁵⁴ *The Guardian*, 7. Januar 1918.

⁴⁵⁵ *Ibid.*, 6. Mai 1918.

⁴⁵⁶ Montagu an Chelmsford, 26. Juli 1918, Montagu D 523/2, 5, und 25. September 1918, Montagu D 523/2, 10.

Wert für die positive Aufnahme seiner Empfehlungen war die Freundschaft zwischen Lionel Curtis, dem Urheber des neuen Prinzips der *Dyarchy*,⁴⁵⁷ das auf Indien angewandt werden sollte, und Sir Valentine Chirol. Chirol gehörte zu dem Kreis von Freunden, Bekannten und ICS-Beamten, mit denen Curtis über die Ergebnisse seiner Forschungen diskutierte und sie anhand dieser Gespräche bei Bedarf neu formulierte.⁴⁵⁸ Damit war die Berichterstattung der *Times* aufs Engste mit diesen Vorschlägen verbunden. Chirol war zwar seit 1912 pensioniert, trug aber nach wie vor zur Indienberichterstattung der *Times* bei und genoss weiterhin einen nicht zu unterschätzenden Einfluss. Außerdem waren er und Curtis sowie der Chefredakteur der *Times* Mitglieder des *Round Table*.⁴⁵⁹ Seitens der *Times* konnte Montagu demnach auf Rückendeckung hoffen. Seitens des *Guardian* erhielt der Staatssekretär vor allem dadurch Hilfe, dass das Blatt plante, am 28. März 1918 eine Sonderausgabe über Indien zu veröffentlichen. Diese wurde jedoch nur an Abonnenten versandt, die zuvor einen Coupon ausfüllten, der in der Ausgabe vom 23. März zu finden war. Inhaltlich deckte die Sonderausgabe die politischen Entwicklungen ab, ebenso wie wirtschaftliche Belange und eine Zusammenfassung von Montagus Indienbesuch.

Dieser pflegte derweil auch weitere Kontakte mit wichtigen Mitgliedern der britischen Presse, vor allem mit Max Aitken, dem zukünftige Lord Beaverbrook, der seit 1917 die finanzielle Kontrolle über den *Daily Express* hatte; mit Geoffrey Dawson, dem Chefredakteur der *Times* und ebenso wie Lionel Curtis Mitglied von Milners Kindergarten sowie mit James L. Garvin, dem Chefredakteur des *Observer*; F.H. Brown, Indienkorrespondent der *Times*. Der Staatssekretär traf sich privat mit ihnen und ließ ihnen teilweise geheime Informationen zukommen.⁴⁶⁰ Mitte Juni 1918 zeigten sich erste Früchte dieser Bemühungen. Chirol startete eine Artikelreihe über Reformen in Indien und schrieb im sprachlich nah an der *Round Table*-Terminologie

⁴⁵⁷ Das Grundprinzip dieses Systems bestand darin, bestimmte Ministerien auf Provinzebene in indische Hände zu geben. Damit sollten Inder mit Regierungsaufgaben vertraut gemacht werden, und dennoch blieb die eigentliche Macht (Finanzen, Verteidigung und Außenpolitik) weiter in britischer Hand. Der Begriff scheint auf einen Scherz des klassisch gebildeten Finanzexperten im vizeköniglichen Exekutivrat, Sir William Meyer, zurückzugehen. In Anlehnung an das von Kaiser Augustus angewandte System, machtpolitisch unwichtige Ressorts an den Senat zu übergeben und Schlüsselbereiche und das Militär weiterhin selbst zu leiten, taufte er Curtis' System *Dyarchy*. Lavin (1995:144). Bosco (2017:321f.).

⁴⁵⁸ Studdert-Kennedy interpretiert Curtis' Konzept als gemeinsames Statement dieses Diskussionskreises. G. Studdert-Kennedy, *Political Science and Political Theology: Lionel Curtis, Federalism in India*, *JICH* 24 (2), 1996, 205; Bosco (2017:315f.).

⁴⁵⁹ Kaul (2003:144).

⁴⁶⁰ Dies. (1994).

ausgerichteten ersten Artikel:

Closer partnership could never, however, become a living reality unless India was capable of developing the qualities essential to self-government on the same line as all the other members of the British Commonwealth.⁴⁶¹

Ohne sich der engen Beziehung zwischen Curtis und Chisolm bewusst zu sein, schrieb Montagu triumphierend an Chelmsford:

I have got the Times easily. Chisolm [...] has been bitten by Curtis with the 'two Governments' plan for the Provinces. I had him and Roberts to lunch and I think weakened him.⁴⁶²

Gleichzeitig bildete Montagu zwei Ausschüsse innerhalb des IO. Der eine war für das Verfassen des Berichts zuständig, während der andere Propagandaarbeit leisten sollte. Allerdings lag das Hauptaugenmerk auf Ersterem.⁴⁶³

Ein Ergebnis des Propagandaausschusses war Curtis' Buch *Letters to the People of India on Responsible Government*, das 1918 im Vorfeld der Veröffentlichung von Montagus Indienbericht veröffentlicht wurde. Ursprünglich hatte das IO ihn gebeten, in Briefen an die Presse Attacken gegen den Bericht abzuwehren. Das wurde allerdings im weiteren Verlauf als wenig praktikabel empfunden, so dass sie schließlich gesammelt in Buchform präsentiert wurden.⁴⁶⁴ Die Presse nahm sie weitgehend positiv auf.⁴⁶⁵

Curtis sprach weniger von politischen Reformen als von einem konstitutionellen Übergangsprozess.⁴⁶⁶ Das wichtigste Element der neuen Politik war für ihn, dass die von Montagu seit 1912 geforderte zielorientierte Politik im Hinblick auf Indiens politische Emanzipation endlich umgesetzt wurde. Das historisch Neue bestand in den Worten *responsible government*, die so das erste Mal in einer offiziellen Absichtserklärung von Montagu im August 1917 gewählt worden waren. Das einzige, was Großbritannien von der Übergabe der Verantwortung in indische Hände abhielt, war laut Curtis das Fehlen einer ausreichend gebildeten Wählerschaft auf dem Subkontinent. Damit wurden die Probleme zwischen Muslimen und Hindus, den Kasten und der ethnischen Vielfalt völlig unter den Teppich gekehrt. Die

⁴⁶¹ *The Times*, 6 Juni 1918.

⁴⁶² Montagu an Chelmsford, 15. Juni 1918, Chelmsford E 265/4, 13.

⁴⁶³ *Ibid.*

⁴⁶⁴ L. Curtis, *Letter to the People of India on Responsible Government*, London 1918, vi.

⁴⁶⁵ *The Times Literary Supplement*, 13. Juni 1918; *The Observer*, 16. Juni 1918; *The Guardian*, 2. Juli 1918.

⁴⁶⁶ Curtis (1918:x).

Aufgabe des *British Raj* wurde reduziert auf ein politisches Trainingsprogramm der indischen Bevölkerung, so dass sie die für sie vorgesehene Verantwortung als Wählerschaft wahrnehmen konnten.⁴⁶⁷

Was die Veröffentlichung von Montagus Empfehlungen anging, waren sowohl Montagu selbst als auch Lord Curzon dafür, diese vor dem Einleiten legislativer Schritte zu publizieren. Beide verfolgten jedoch unterschiedliche Ziele. Während der Staatssekretär zuhächst die Werbetrommel rühren wollte und sich ausdrücklich das Recht einräumte, nach dem Erscheinen des Papiers an der öffentlichen Diskussion teilzunehmen, kam es dem ehemaligen Vizekönig darauf an, ein Problembewusstsein zu schaffen, um weitreichendere Veränderungen, die Montagus Empfehlungen eventuell auslösen würden, verhindern zu können. Lord Curzon appellierte an das Kabinett, sich keinesfalls ohne vorherige Konsultationen an das Papier gebunden zu fühlen. Denn schließlich seien die eingebrachten Vorschläge „tiefgehend“, „grundlegend“, und „revolutionär“⁴⁶⁸ eine Ansicht, die er in einem Memorandum noch vertiefte. Curzon war überzeugt, dass Montagu sich des tiefgehenden Charakters seines Reports nicht bewusst war:

His proposals [...] are certain to give rise to an early agitation for concessions much more extreme. This revolution might be inevitable. It may conceivably be wise. [...] But let none of my colleagues conceal from himself that the change will be profound and vital [...].⁴⁶⁹

Chamberlain unterstützte Curzon. Für ihn war jedoch nicht der Bericht, sondern dessen Bekanntmachung am 20. August 1917 das Revolutionäre, da sie aus seiner Sicht eine Kehrtwende in der britischen Indienpolitik markierte. Diese Einschätzungen wurden von der Öffentlichkeit ferngehalten. Die Tatsache, dass das Kabinett Veränderungen diskutierte, die von allen Beteiligten als revolutionär bezeichnet wurden, ließ sich nicht mit der Idee einer organischen Indienpolitik vereinbaren. Montagus Vorgänger Chamberlain legte zusätzlich großen Wert darauf, das Kabinett nicht zu sehr mit Montagus Bericht in Verbindung zu bringen. Folglich trug das Papier lediglich die Unterschriften von Vizekönig Chelmsford und Staatssekretär Montagu. Chamberlain folgte Curzon darin, dass er die Diskussion um den Report so offen wie möglich halten wollte.⁴⁷⁰

⁴⁶⁷ Ibid., 9.

⁴⁶⁸ Protokoll des Kriegskabinettsstreffens vom 7. Juni 1918, PRO/CAB 23, 6 W.C. 428, 162.

⁴⁶⁹ Memorandum von Curzon, 3. Juni 1918, ibid.

⁴⁷⁰ Memorandum von Chamberlain, 6. Juni 1918, ibid.

Der Konsens der Eliten wich einer abwartenden Haltung, in der sie ihre Umgebung beobachteten, um eine drohende Isolation durch verfrühte Stellungnahmen zu vermeiden. Diese erstmalige, wenn auch versteckte Aufgabe des Konsenses macht die Zweifel am britischen Selbstverständnis sichtbar. Offenbar fürchteten einige Kabinettsmitglieder, der neue Weg könne althergebrachten Vorstellungen nicht genügen. Tatsächlich musste Montagu mit erheblichem Widerspruch innerhalb der Regierung kämpfen, die von Premierminister Lloyd George geführt wurde.⁴⁷¹ Außerdem konnten Kritiker im Kabinett sich nicht auf ehemalige Autoritäten berufen, da sowohl das GOI durch Vizekönig Chelmsford als auch das IO durch Staatssekretär Montagu vereint hinter dem Bericht standen.⁴⁷² Jede Kritik seitens des Kabinetts hätte eine Spaltung zwischen dem IO und dem GOI auf der einen und innerhalb des Kabinetts auf der anderen Seite offenbart. Die Einheit der Eliten in der Indienfrage vor dem Hintergrund der Koalitionsregierung während des Krieges und das Postulat einer parteiübergreifenden Indienpolitik wären so als Fiktion entlarvt worden. Ein Verlust dieser Einheit hätte den gesamten Diskurs an eine Grenze gebracht, die die Eliten nicht bereit waren zu überschreiten.

Montagus Kontakte zu Journalisten und ihren Zeitungen wurden in der Veröffentlichungsphase des Berichts intensiv genutzt. Der Unterstaatssekretär für Indien, Sir Thomas Holderness, wandte sich an F.H. Brown von der *Times* und bat ihn, die Zusammenfassung des Berichtes zu verfassen, mit der die Presse auf der Fleetstreet versorgt werden sollte. Dabei erhielt Brown Anweisungen, wie er vorzugehen habe, um den Bericht ins rechte Licht zu rücken:

The object of the summaries is to help the Press to understand the essential features and leading ideas of the Report and to see them in the right proportion and correct perspective.⁴⁷³

Der politische Korrespondent des *Guardian* machte im Vorfeld der Veröffentlichung darauf aufmerksam, dass Montagus Bericht sein Versprechen an Indien vom August 1917 einlösen werde. Allerdings könne dies nur phasenweise geschehen. Anders als in Kanada oder Australien sei es nicht möglich, Indien in einem Schritt eine Verfassung zu geben. Der Korrespondent erhoffte sich Geduld seitens der Inder, mahnte jedoch auch zugleich an, dass ein Teil der Reformen so schnell wie möglich

⁴⁷¹ Read & Fisher (1997:136).

⁴⁷² Moore (1966:118f.).

⁴⁷³ Holderness an Brown, 18. Juni 1918, IOR L/P&J/9 - 323, 28.

umgesetzt werden sollte: „[...] critics should recognise that something less than the whole that is intended should be given quickly, and that, if for no other reasons, as a war measure.“⁴⁷⁴ Das Königreich brauchte Indiens volle Unterstützung. Ein weiterer Leitartikel des *Guardian* betonte, die jetzige Vision für Indien gehe weit über das hinaus, was britische Kolonialbeamte im frühen 19. Jahrhundert vorgesehen hatten. Inder sollten nicht mehr nur darauf vorbereitet werden, eines Tages die Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Vielmehr würde das endgültige Ziel der Selbstregierung nicht zur Trennung von Kolonie und Mutternation führen, sondern deren Bande als Mitglieder des „britischen Empires als ein *Commonwealth* freier Völker“ stärken.⁴⁷⁵ Auch von dieser Seite wurde also die Auffassung vertreten, dass ein Verbleib Indiens im Empire implizit die Fortdauer der britischen Kontrolle bedeuten würde. Das wiederum würde die Zugeständnisse in Sachen politischer Autonomie aufwiegen.

Der Bericht selbst wurde schließlich am 6. Juli 1918 publiziert. Um möglichst wenig mit der Veröffentlichung in Zusammenhang gebracht zu werden und die Tatsache geheim zu halten, dass die Presse zuvor mit Zusammenfassungen versorgt worden war, veranlasste das Indienministerium, das Material als Mitteilung des Whitehall-Pressbüros und nicht als Dokument des Ministeriums herauszugeben. Da Montagu daran lag, ungeteilte Aufmerksamkeit zu erhalten, arrangierte Richard Carter, Privatsekretär von Unterstaatssekretär Holderness, zusammen mit Edward T. Cook, einem der Direktoren des offiziellen britischen Pressbüros in Whitehall, dass keine weiteren Regierungsdokumente von ähnlicher Tragweite zum gleichen Zeitpunkt veröffentlicht würden.⁴⁷⁶

Der *Government of India Act* von 1919 sollte demnach folgende Elemente enthalten:

- Der Staatsminister für Indien ist die oberste Autorität in der Regierung Indiens
- Der indische Zentralrat besteht aus zwei Kammern:
 - dem Staatsrat, der Gesetze für Gesamtindien beschließen konnte
 - der indischen legislativen Versammlung
- Der Generalgouverneur hat das Recht, die Kammern einzuberufen, zu vertagen, aufzulösen sowie Sonderverordnungen zu verkünden

⁴⁷⁴ *The Guardian*, 15. Juni 1918.

⁴⁷⁵ *Ibid.*, 2. Juli 1918.

⁴⁷⁶ Carter an Meade, 27. Juni 1918, IOR L/P&J/9 - 323, 17f.; Carter an Cook, 2. Juli 1918, *ibid.*, 19.

- Drei der acht Mitglieder des vizeköniglichen Exekutivrats sollen Inder sein
- In den Provinzen werden legislative Räte mit einer Kammer eingeführt
- Das *Dyarchy*-System wird in den Provinzen eingeführt, und zwar in folgenden Bereichen:
 - Finanzen, Recht und Gesetz, Armee und Polizei (die in den Händen von Exekutivräten liegen, die der jeweilige Gouverneur nominiert)
 - Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft etc. (in den Händen von Ministern, die dem Rat gegenüber verantwortlich sind)
- Einführung von direkten Wahlen auf der Provinzebene

Die *Daily Mail* stand den Empfehlungen des Dokuments grundsätzlich wohlwollend gegenüber, befürwortete jedoch eine gründliche Studie des Berichts durch die Parlamentarier, um eine ausführliche Debatte im Parlament zu ermöglichen.⁴⁷⁷ Auch die *Times* gab dem Report und Montagus Empfehlung, bestimmte Ressorts in indische Hände zu geben, ihre volle Unterstützung: „[A] no more important, and we think, no more able State Paper has been submitted in our time to the people of this country in regard to Indian affairs.“⁴⁷⁸ Andere Stimmen warnten jedoch vor übereilten Schritten. Sie glaubten, Montagu habe seine Erklärung von 1917, die zu diesem Bericht geführt hatte, am Kabinett vorbeimanövriert, das mit der Kriegsführung überlastet gewesen sei.⁴⁷⁹ Lionel Curtis entgegnete auf diese Vorwürfe, Montagus Erklärung habe stets die Unterstützung beider Häuser genossen.⁴⁸⁰ Der *Guardian* zitierte aus dem Bericht: „Englishmen believe in responsible government as the best form of government that they know, and now in response to the request they have promised to extend it to India.“ Die Zeitung unterstützte die Autoren des Berichts in ihrer Auffassung, dass „westliche Institutionen der indischen Situation angepasst werden können und müssen“. Gleichzeitig aber richtete sie auch ein warnendes Wort an diejenigen in Indien, die nicht bereit waren, die im Bericht empfohlene

⁴⁷⁷ *The Daily Mail*, 24. Juli 1918, zitiert in Kaul (2003:177).

⁴⁷⁸ *The Times*, 6. Juli 1918.

⁴⁷⁹ Damit hatten sie nicht ganz Unrecht. In der Tat war das Kabinett durch die Kriegswirren mit ganz anderen Dingen beschäftigt. Die Kabinettsmitglieder widmeten Indien wenig Aufmerksamkeit und überließen die Diskussionen dem Staatssekretär und dem Vizekönig. Montagu mag sich das zu eigen gemacht haben. Generell machten diese Umstände auch deutlich, dass Indien keine Priorität im Kabinett genoss. Auch hier fallen die Parallelen zwischen Montagu und Morley ins Auge, die sich beide in entscheidenden Augenblicken einem mehr oder weniger indifferenten Kabinett gegenübersehen.

⁴⁸⁰ Leserbrief von Curtis, *The Times*, 24. Juli 1918

Übergangsphase abzuwarten. Voreilige Zeitgenossen sollten die „Exzesse der französischen Revolution“ und das „gegenwärtige bolschewistische Chaos“ in Betracht ziehen.⁴⁸¹ Die britische Herangehensweise würde genau das verhindern und die Selbstregierung in einem geordneten und gesicherten Prozess einführen.

Im Unterhaus setzte Montagu alles daran, die im Bericht festgehaltenen Maßnahmen nicht als radikal einzustufen. Er hob hervor, dass sowohl der Bericht als auch seine Ansprache vom August 1917 auf Kontinuität beruhe:

The moment you were asked: ‘What are you going to do in the future’, the moment you decided to announce your policy, it must have been, it could only have been, a policy of determination to give complete self-government. To do otherwise would be to depart from your traditional belief in free institutions. [...] if the idea of Indian Government was persistently to be subordination and subjection, then Lord Morley’s reforms, the reforms which preceded those and the grant of high office to Indians, and the actual inclusion of Indians in the Imperial War Cabinet itself, are and were out of harmony, and the Indian Empire would be a curiously truncated affair. [...] We cannot devote more than a century to the tilling of the soil and then refuse to plant the seed.⁴⁸²

Damit stand Montagus Version in einem bemerkenswerten Kontrast zu dem, was im Kabinett wirklich diskutiert wurde. Der Staatssekretär lieferte gleich eine ganze Reihe von Schlüsselbegriffen, die nun mit dem Argument der Kontinuität verbunden wurden und die über die nächsten fünfzehn Jahre hinweg in der Diskussion verwendet wurden. Montagu sprach von einem gut durchdachten britischen Plan für den Weg hin zur indischen Selbstverwaltung. Mit Worten wie „Entwicklung“, „Übergang“, „Experiment“, „Versuch“ oder „Phase“ versuchte der Chef des IO, Kritik von vorneherein zu entkräften und dem Bericht jegliche Radikalität zu nehmen.⁴⁸³ Um die Idee von Kontinuität aufrechtzuerhalten, musste das Papier als Ergebnis einer solchen erscheinen. Die Bedeutung der politischen Tradition, auf der das britische Selbstverständnis beruhte, musste auf politische Entwicklungen in Indien übertragen werden, um diesen eine legitime Basis zu geben.

Gleichzeitig schickte Montagu jedoch auch Warnsignale an die indischen Nationalisten und definierte mit ungewöhnlicher Klarheit, was aus seiner Sicht legitimerweise von Whitehall erwartet werden konnten:

[...] it seems to me that you have no right to reject the proposal because it does not give you today what you want today and things which you can only get tomorrow. [...] What you are entitled to ask is that you should be placed upon the road, and that you should have access to Parliament at stated intervals for the hearing of your case.⁴⁸⁴

⁴⁸¹ *The Guardian*, 9. Juli 1918.

⁴⁸² HMSO, 109, 6. August 1918, 1147.

⁴⁸³ *Ibid.*, 1152ff.

⁴⁸⁴ *Ibid.*, 1156.

Damit betonte er einmal mehr den Anspruch, die Kolonialmacht, die auf eine lange demokratische Tradition zurückblickte, wisse am besten, wie viel politische Reform Indien gegenwärtig vertragen konnte. Gleichzeitig machte Montagu deutlich, dass diejenigen in Indien, die sich nicht innerhalb dieses Konsenses bewegen wollten, keinen Anspruch darauf hatten, Gehör zu finden.

Labour-Parteiführer Ramsay MacDonald unterstützte Montagus Vorschlag mit ähnlichen Argumenten. Der zukünftige *Labour*-Premier interpretierte die britische Indienpolitik als evolutionär und stellte sich damit gegen die Haltung konservativer Parlamentarier, nach denen alles so bleiben sollte, wie es war. Schließlich würden, laut MacDonald, selbstverwaltende Einheiten des Empires nur zur Stärkung desselben beitragen.⁴⁸⁵ Während Montagu und MacDonald den evolutionären Aspekt der Reformen hervorhoben, betonten die Liberalen Sir Edgar Rees und C. Lloyd die konservativen Elemente. Rees wiederholte den im Vorschlag verankerten festen Willen zum Erhalt der britischen Macht in Indien und gab der Hoffnung Ausdruck, dass diese für alle Zeit aufrecht erhalten würde.⁴⁸⁶ Der Liberale Sir Richard Denman gab den Reformen seinen Segen mit den Worten: „It is a wonderful political adventure.“⁴⁸⁷

Da fast alle Seiten zumindest etwas in Montagus Empfehlungen finden konnten, was sie unterstützen, stimmte das Unterhaus dem Bericht einstimmig zu⁴⁸⁸ und hielt so das Bild einer überparteilich getragenen Indienpolitik aufrecht. Dies wurde genauso vom *Guardian* interpretiert, der in einem Leitartikel schrieb:

It is admittedly an announcement for which the Government as a whole takes collective responsibility. Such an announcement may be challenged in the House of Commons, but if not challenged must be deemed to be accepted by the House of Commons, and certainly will be deemed by those whom the announcement primarily interests.⁴⁸⁹

Dadurch dass der Staatssekretär seine Vorschläge als Versuch vorgestellt hatte, war es ihm gelungen, politische Absicht in dehnbare Begriffe zu verpacken. Befürworter des Fortschritts fanden hier ein Mittel, das Indien dem Ziel der Selbstverwaltung näherbrachte. Auf der anderen Seite konnte jedes Experiment auch fehlschlagen und zur Rückkehr zu bestehenden Methoden führen, was wiederum Trost für diejenigen

⁴⁸⁵ Ibid.

⁴⁸⁶ Ibid., 1176.

⁴⁸⁷ Ibid., 1214.

⁴⁸⁸ Oddie (1973:225).

⁴⁸⁹ *The Guardian*, 7. August 1918.

war, die sich gegen jedwede Änderung in Indien sträubten.

Diese Gruppe war besonders stark im Oberhaus vertreten. Hier war die Hauptopposition gebildet von einigen ehemaligen Gouverneuren und hochgedienten ICS-Beamten versammelt und Lord Sydenham machte seinem Ärger reichlich Luft. Allerdings genoss er wenige Sympathien. Der *Guardian* zitierte Auszüge seiner Rede gefolgt von den Gegenargumenten anderer Mitglieder des Oberhauses, allen voran des ehemaligen Staatssekretärs für Indien Lord Crewe, der Sydenham vorwarf, er habe Montagu Report „im Geiste einer unglaublichen Finsternis“ gelesen.⁴⁹⁰ Die *Times* nannte ihn eine „einsame Figur“ und warnte davor, den Ausschuss, der sich mit dem Bericht beschäftigen würde, ausschließlich mit Vertretern vom Schlage Sydenhams zu besetzen:

It must not be allowed to fall into the hands of a little coterie claiming to possess special knowledge of India which is often obsolete. Indian questions became anathema in the Commons when a few members, hardly any of whom had won great eminence in India, took possession of the house on Indian Budget nights and addressed dull harangues to empty benches.⁴⁹¹

Die vormals unangetastete Autorität ehemaliger ICS-Beamter und sonstiger selbsternannter Indienexperten – *those who know* – wurde zunehmend in Frage gestellt und Kritik ausgesetzt. Die Kritik an Sydenham und seinen Sinnesgenossen war um so vernichtender, als er seine eigenen Vorschläge zur Verwaltung Indiens zuvor eingereicht und als IBA-Pamphlet⁴⁹² veröffentlicht hatte. Eine weitere Bastion war gefallen – und das erneut mit Hilfe der *Times*.

Montagu baute im Anschluss seine eigene Öffentlichkeitsarbeit weiter aus. Er hielt mehrere Reden vor dem *Liberal Club* in Cambridge⁴⁹³ und unterbrach seinen Parisaufenthalt im März 1919, um seine Reformen während eines Dinners zu Ehren von Lord Sinha, der im selben Jahr der erste indische Unterstaatssekretär für Indien werden sollte, in London zu verteidigen.⁴⁹⁴ Zusätzlich spannte er erneut Curtis vor den Propagandawagen. Der Autor des *Dyarchy*-Konzepts führte eine kompromisslose

⁴⁹⁰ Ibid.

⁴⁹¹ *The Times*, 7. August 1918.

⁴⁹² Indo-British Association, *Indian Constitutional Reform*, London 1918. Für die IBA gingen die Reformvorschläge zu weit und auf Kosten britischen Prestiges. Weiterhin empfand man das *Dyarchy*-Konzept als zu kompliziert und zu wenig erprobt. Der Subkontinent sei nicht homogen genug und die Wählerschaft zu ungebildet. Vielmehr wollte man das IO gegenüber dem GOI erneut in seine Schranken weisen. Das IO selbst bedürfe einer massiven Umstrukturierung. In Indien selbst sollte die zentralisierte Macht des GOI auf die Schultern der Provinzen verteilt werden.

⁴⁹³ *The Times*, 25. November 1918; *The Guardian*, 29. Juli 1918.

⁴⁹⁴ *The Times*, 10. März 1919.

Kampagne. Er traf sich mit Parlamentsmitgliedern und der Presse im gesamten Königreich. Im Laufe der Zeit gelang es ihm, Montagu die Unterstützung der *Labour*-Partei, sowie der *Times* und des *Guardian* zu sichern.⁴⁹⁵ Philip Kerr nutzte seine engen Kontakte zu Premierminister Lloyd George, für den er seit 1916 Privatsekretär war, um für die uneingeschränkte Unterstützung der Liberalen zu sorgen.⁴⁹⁶

Erste Ergebnisse von Curtis' Bemühungen fanden sich daraufhin bald in der *Times*. Sie behauptete schlichtweg, Montagu könne sich in Großbritannien auf eine breite Unterstützung für seine Reformen stützen.⁴⁹⁷ Somit wurden Lord Sydenham und andere ICS-Beamte mit ihrer nun als veraltet geltenden Meinung weiter isoliert und an den Rand der Debatte gedrängt. Die *Times* bezeichnete Montagus Rede während des Ehrendinners für Lord Sinha als eine der wichtigsten, die bislang zu den indischen Reformen gehalten worden waren. Unter lautem und anhaltendem Applaus hatte der Staatssekretär seinen Zuhörern nämlich zugerufen, die einzig mögliche Alternative zur Kontrolle des britischen Parlamentes über Indien sei die Kontrolle durch das indische Volk. In Anlehnung an seine Unterhausrede machte er deutlich, dass der Prozess jedoch fest in britischer Hand bleiben müsse.

If the British Parliament were the custodians of the growth of self-government in India, they must have a few years in which to study the stages of that growth; and Indians had no right to tell them that in providing for this we were acting too cautiously or with too much hesitation.⁴⁹⁸

Britische demokratische Tradition wurde mit liberaler Kolonialpolitik vermischt, die sich als Treuhänder für das Wohl der Völker des Empire verstand. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, musste das Parlament – das Herz der britischen Demokratie – den Verlauf der politischen Emanzipation in Indien eingehend beobachten. Nur so sei ein Reifeprozess ohne Wachstumsschmerzen möglich.

Mittlerweile braute sich jedoch im Punjab durch aufkommende Unruhen ein Unwetter zusammen. Großbritannien hatte die Kriegsrechtsgesetzgebung in Indien neu überarbeiten wollen und sandte zu diesem Zweck 1917 den britischen Richter Sir Sydney Rowlatt in die Kolonie. Sir Sydney Rowlatts Komitee tagte unter Ausschluss der Öffentlichkeit, und die erarbeiteten Vorschläge für eine neue Notstandsgesetzgebung für Indien sahen erhebliche Einschnitte in persönliche

⁴⁹⁵ Montagu an Chelmsford, 4. Februar 1919, Montagu D 523/3, 3.

⁴⁹⁶ Bosco (2017:16).

⁴⁹⁷ *The Times*, 6. März 1919.

⁴⁹⁸ *Ibid.*, 10. März 1919.

Freiheitsrechte vor. Was viele Inder als Kriegsrecht in Friedenszeiten empfanden, schien völlig konträr zum Geiste der ins Auge gefassten Reformen. Die 22 indischen Mitglieder des gesetzgebenden Rats waren einstimmig gegen den Gesetzesvorschlag, die 34 britischen Mitglieder stimmten dafür. Im März 1919 wurden Rowlatts Vorschläge nach einer siebenstündigen Debatte und mit 35 von 55 Stimmen Gesetz.⁴⁹⁹ Muhammed Ali Jinnah, der Präsident der Muslim-Liga und einer der Autoren des Lucknow-Pakts, reichte postwendend seinen Rücktritt vom gesetzgebenden Rat ein. Gandhi startete passive Widerstandaktionen.⁵⁰⁰ Im Punjab endeten die Protestaktionen im April 1919 im sogenannten Amritsar-Massaker, auf das weiter unten noch detaillierter eingegangen wird.

Nachdem Gandhi Annie Besants *Home Rule League* seine Unterstützung für die Aktionen gegen die Rowlatt-Gesetze zugesagt hatte, wurde von britischer Seite erste Kritik an seiner Teilnahme laut, die sich jedoch in erster Linie gegen die *Home Rule League* selbst richtete: „Mr. Gandhi’s sincerity and honesty are beyond doubt, but the motives of others associated with the movement are less assured.“⁵⁰¹ Die Opposition gegen Rowlatt wurde von der *Times* als gekünstelt empfunden. Indische Nationalisten suchten demnach lediglich nach einem Anlass, mehr politische Zugeständnisse einfordern zu können, während Revolutionäre die allgemeine Unzufriedenheit nutzten, um Gewaltaktionen anzuzetteln.⁵⁰² Der *Guardian* betonte zu Beginn der Protestaktionen noch, dass Proteste, bei denen Gandhi anwesend war, friedlich aufgelöst worden waren.⁵⁰³ Fast mitleidig bemerkte die *Times*, dass Gandhi zwischen die Fronten geraten war und die Kontrolle über seine Bewegung an chaotische Elemente verloren habe.⁵⁰⁴ Diese völlige Fehleinschätzung der Situation vor Ort erschien drei Tage vor dem Amritsar-Massaker,⁵⁰⁵ das wie nur wenige andere Ereignisse die Zukunft der britisch-indischen Beziehungen bestimmen sollte.⁵⁰⁶

Was war geschehen? Nach Gandhis Aufruf kam es zu verschiedenen Protestaktionen, die bis zum 10. April auch Amritsar im Punjab erreicht hatten, wo es

⁴⁹⁹ *The Guardian*, 2. April 1919.

⁵⁰⁰ Read & Fisher (1997:138f.); James (1997:468f.); Burke & Quraishi (1995:178f.); French (1997:31f.); Wagner (2019:47ff.).

⁵⁰¹ *The Times*, 12. März 1919.

⁵⁰² *Ibid.*, 9. April 1919.

⁵⁰³ *The Guardian*, 16. April 1918.

⁵⁰⁴ *The Times*, 10. April 1919.

⁵⁰⁵ Für einen genaueren Ablauf der Ereignisse siehe Draper (1981) oder auch Wagner (2019).

⁵⁰⁶ D. Sayer, *British Reaction to the Amritsar Massacre 1919-1920*, *PP*, 131, (1), 1991, 130-164, hier: 150; Wagner (2019:16).

zu gewalttätigen Ausschreitungen kam, denen u.a. Briten zum Opfer fielen. Ein Versammlungsverbot blieb unbeachtet, woraufhin der befehlshabende General Dyer seine Truppen am 13. April auf Menschen schießen ließ, die sich im Gartengelände *Jallianwala Bagh* gertoffen hatten. Einen Tag später konnte Montagu das Kriegskabinett noch mit den Worten beruhigen, die Lage in Indien sei angespannt, aber nicht ernst.⁵⁰⁷ Ähnliches berichtete auch noch der *Guardian*, als er schrieb: „At Amritsar and at Lahore all is quiet.“⁵⁰⁸ Allerdings blieben Nachrichten aus dem Punjab vorerst spärlich, denn der Vizegouverneur Michael O’Dwyer hatte das Kriegsrecht und folglich eine totale Nachrichtensperre verhängt. Das Einzige, was zunächst nach und nach an die britische Öffentlichkeit gelangte, waren Nachrichten über viele Opfer. Was genau passiert war, war zunächst nicht einmal Montagu bekannt.⁵⁰⁹ Der Mangel an Informationen war nicht nur das Resultat der bereits erwähnten Nachrichtensperre. Vizekönig Chelmsfords Briefe an den Staatssekretär erwähnten zwar die Unruhen und den Einsatz des Militärs im Punjab, lieferten jedoch wenig genaue Details.⁵¹⁰ Das GOI setzte alles daran, den Informationsfluss zu kontrollieren und trug damit dazu bei, dass in Großbritannien der Fokus zunächst auf den Gewalttaten lag, die seitens der Inder verübt wurden, zumal diese so kurz nach den Loyalitätskundgebungen während des Krieges Erstaunen hervorriefen.⁵¹¹

Gut einen Monat nach dem Massaker versicherte Montagu den Parlamentariern während einer Unterhausdebatte, der Großteil des Subkontinentes habe sich während der Unruhen loyal verhalten. Da die Zwischenfälle lokal begrenzt geblieben waren, versuchte der Staatssekretär seine Kollegen davon zu überzeugen, dass es keinen Grund dafür gab, die Einführung der Reformen zu verschieben.⁵¹² Ähnlich wie die *Times* betonte er Gandhis Unschuld und beschrieb ihn als Mann von

⁵⁰⁷ Protokoll des Kriegskabinettsstreffens vom 14. April 1919, PRO/CAB. 23, 10 W.C. 556.

⁵⁰⁸ *The Guardian*, 17. April 1919.

⁵⁰⁹ Benjamin G. Horniman, der Editor des *Bombay Chronicle*, erhielt einen detaillierteren Bericht über die Ereignisse in Amritsar, der aus dem Punjab herausgeschmuggelt worden war. Das GOI fand in der Veröffentlichung dieses Berichts einen Grund, den seit geraumer Zeit als unbequem empfundenen Journalisten aus Indien nach Großbritannien abzuschicken. Bis zum 26. April musste er das Land verlassen, da er die öffentliche Sicherheit gefährde. Seine Zeitung wurde aufgefordert, alle Artikel vor ihrer Veröffentlichung dem GOI zukommen zu lassen. Daraufhin beschloss das Redaktionsteam, jegliche Veröffentlichung vorerst einzustellen, da man sich keiner Zensur beugen wollte. Mit dieser Entscheidung tat das GOI weder sich noch dem IO einen Gefallen, denn fortan setzte Horniman alles daran, die Wahrheit in England ans Licht zu bringen. *The Guardian*, 1. Mai 1919; Sayer (1991:134); Read & Fisher (1997:173).

⁵¹⁰ Detailliert beschrieben in Kaul (2003:199ff.) und auch Mann (2017:180ff.).

⁵¹¹ Ibid.

⁵¹² HMSO, 116, 22. Mai 1919, 624.

höchsten Qualitäten.⁵¹³ Montagu räumte jedoch auch die Notwendigkeit einer Untersuchungskommission zu den Geschehnissen in Amritsar ein. Dabei blieb es zunächst, womit das Signal gesetzt wurde, dass sich weitere Debatten auf die geplanten Reformen konzentrieren würden.

Der *Guardian* bezeichnete die eingebrachten Reformvorschläge als die gewichtigsten imperialen Themen, über die das Parlament zu entscheiden hatte. Ob die Parlamentarier dies ebenso sahen, ist zweifelhaft, denn der parlamentarische Korrespondent der Zeitung wusste auch folgendes zu berichten:

Content with having secured a clear course for Mr. Montagu and his handful of fellow-devotees, the great majority of the House quickly dispersed into the lobbies (or, to adopt [the leader of the Liberal opposition party] Sir Donald Maclean's charitable hypothesis into the Committee-rooms), leaving the debate to look after itself. Thus it happened that the crowded galleries, brightened as they were by many varieties of Oriental headdress, had presented to their gaze the spectacle on the floor, only too common when Indian affairs are under discussion, of rank upon rank of unattended benches.⁵¹⁴

Im Gegensatz zur *Times* wertete das Blatt die Reformvorschläge jedoch als Bruch mit vergangenen Traditionen:

[...] Mr. Montagu has difficulties of an extraordinary character to surmount. The British system in India has not been constructed with the idea of delegating responsibility to representatives of the people. Indeed its governing idea in the past has been precisely the opposite to this.⁵¹⁵

Der *Guardian* sah darin allerdings einen Fortschritt. Beide Zeitungen unterstützten Montagus Reformen aus unterschiedlichen Motiven. Wie oben angeführt sah die *Times* in ihnen die Erfüllung alter Versprechen und die logische Konsequenz der britischen Politik. Der *Guardian* begrüßte sie, da sie für ihn den Bruch mit dem alten paternalistischen System britischer Herrschaft in Indien markierten. Trotz der Unterschiede zwischen den beiden Blättern wurde deutlich, dass Curtis gute Arbeit geleistet hatte, und Montagu fand die Unterstützung, die er brauchte, in beiden Zeitungen. Der Gesetzesvorschlag sollte nun so schnell wie möglich eingebracht werden.⁵¹⁶ Die Junidebatte zu Indien kommentierte die *Times* abschließend mit einem Seitenhieb gegen das GOI:

We have never concealed our dislike in the Indian administration. [...] Though any number of able Englishmen have been intimately associated with the administration of India, it was reserved for an imaginative traveller, Mr. Lionel Curtis, to invent a formula

⁵¹³ Ibid., 628.

⁵¹⁴ *The Guardian*, 23. Mai 1919.

⁵¹⁵ Ibid., 6. Juni 1919.

⁵¹⁶ *The Times*, 3. Juni 1919.

which Mr. Montagu has made the very essence of that Bill.⁵¹⁷

Volle Unterstützung für Curtis gegen eine als einfallslos empfundene GOI-Maschinerie bedeutete keine Abkehr von der Überzeugung, dass die traditionellen Akteure der britischen Indienpolitik ihrer Mission erfolgreich nachkamen. Vielmehr glaubte die *Times*, das GOI sei so festgefahren gewesen, dass es einen Außenseiter wie Curtis gebraucht hatte, um den Sand aus dem Getriebe zu entfernen. Nur so war es möglich, die anstehenden Reformen in die Tat umzusetzen. Der ehemalige Gouverneur von Madras und Stellvertreter von Vizekönig Curzon, Lord Amptill, drückte das für die Reformgegner weniger schmeichelhaft aus:

The incredible fact is that but for the chance visit to India of a globe-trotting doctrinaire with a positive mania for constitution-mongering, nobody in the world would ever have thought of so peculiar a notion as that of *Dyarchy*.⁵¹⁸

Die *Times* berichtete über die Sitzungen des gemeinsamen Ausschusses von Ober- und Unterhaus mit dem ehemaligen Staatssekretär für Indien Lord Crewe als Vorsitzendem, unter dessen Leitung Montagus Report diskutiert wurde. Lord Sydenhams Ansicht, der Rückhalt für diesen in Indien sei minimal, fand wenig Unterstützung von Seiten der *Times*.⁵¹⁹ Damit wurde eine weitere Attacke gegen die fallende Bastion der alteingesessenen Autoritäten gestartet. Während der weiteren Sitzungen musste sogar der Vizegouverneur des Punjab O'Dwyer den wichtigsten Punkten des Reports zustimmen, fand sich aber wie die meisten Gegner der Reformen in totaler Opposition zum Prinzip der *Dyarchy*.⁵²⁰

Während der ehemalige Chefkommissar von Balutschistan, der Konservative Colonel Yate, mit dem gerade von der Liberalen Partei zu *Labour* gewechselten Colonel Wedgwood im Parlament darüber stritt, ob die Einführung der Reformen zu schnell oder zu langsam vor sich ginge, versuchte Montagu, einen Mittelweg einzuschlagen. Der Staatssekretär drückte Sympathie für Wedgwood aus, versicherte Yate aber, er werde vorsichtig agieren und beharrte darauf, dass die Reformen

⁵¹⁷ Ibid., 6. Juni 1919.

⁵¹⁸ HL Debates, 16. Dezember 1919, in Lavin (1995:135).

⁵¹⁹ s. z.B. *The Times*, 9. Oktober 1919. Beinahe genüsslich berichtete das Blatt über die Sitzung des Ausschusses vom 10. Oktober 1919, in der Aga Khan Sydenham der Lächerlichkeit preisgab. Auf Lord Sydenhams Frage, ob er von einem anderen Land mit einem geteiltem Kabinett wüsste, antwortete der religiöse Führer unter dem schallenden Gelächter der Besucher, dass es kein anderes Land mit 300 Millionen Einwohnern gäbe, das von einem Land mit 45 Millionen Menschen aus 5.000 Meilen Entfernung regiert würde.

⁵²⁰ *The Guardian*, 8. Oktober 1919.

organisch wachsen müssten. Vor allem aber beinhalteten sie keine Konzessionen an Indien.⁵²¹ Beschwerden darüber, dass Montagu den Ausschuss ausschließlich mit seinem Sympathisanten besetzt habe, wurden von der *Times* in einem der bisher stärksten Artikel, die zur Unterstützung Montagus verfasst wurden, vehement zurückgewiesen. In einer Lobeshymne auf den „besten Staatssekretär seit langem“ forderte das Blatt seine Kritiker auf, mit einem besseren Plan aufzuwarten. Und trotz aller Missgunst gegen das *Dyarchy*-Konzept gab der Artikel der Hoffnung Ausdruck, dass der Plan am Ende vielleicht besser funktionieren würde, als seine Gegner glauben wollten.⁵²² Die Debatte des nächsten Tages unterschied sich bis auf einen Zwischenruf seitens eines indischen Besuchers, der die Debatte von der Besuchergalerie verfolgte,⁵²³ nicht wesentlich von der vorangegangenen, und eigentlich hätte alles gut verlaufen können, wäre da nicht Amritsar gewesen.⁵²⁴

Seit Mitte Dezember 1919 wurde die britische Öffentlichkeit über die Geschehnisse in Indien vor allem durch die Berichte an den Untersuchungsausschuss informiert, der unter dem Vorsitz von Lord William Hunter tagte. Lord Hunter war ein ehemaliger Liberaler Parlamentarier und schottischer Generalstaatsanwalt. Der *Guardian* betitelte die Ereignisse, die nun ans Licht kamen, mit *An Astonishing Story from India*.⁵²⁵ Der folgende Leitartikel kommentierte, „es sei, als ob ein Verrückter losgelassen worden wäre, um ein Massaker zu begehen“.⁵²⁶ Ein Leserbrief an den *Guardian* fasste es so zusammen: „You will never make any population more content by firing at it. General Dyer has not by his action got one inch nearer solving the problem of India’s discontent.“⁵²⁷ Die *Times* schrieb über den zweifachen „Schock“,⁵²⁸ den die britische Öffentlichkeit erlitten hatte: zum einen das Massaker selbst, zum anderen aber auch die Tatsache, dass das Königreich fast neun Monate lang darüber im Dunkeln gehalten wurde. Der *Daily Herald* wählte drastische Worte wie „Imperial Atrocities“ oder „Butchery“.⁵²⁹ Damit erfuhr der Konsens über die wohlwollende

⁵²¹ HMSO, 122, 3. Dezember 1919, 469.

⁵²² *The Times*, 4. Dezember 1919.

⁵²³ *The Guardian*, 6. Dezember 1919; der Besucher hatte gerufen „give complete Home Rule to India and remove the press law“ und verließ die Besuchergalerie bevor er von Parlamentsdienern dazu aufgefordert wurde.

⁵²⁴ Für einen genauen Einblick in die verschiedenen Pressekampagnen siehe: Draper (1981); Kaul (1994); Oddie (1973) und Sayer (1991).

⁵²⁵ *The Guardian*, 13. Dezember 1919.

⁵²⁶ *Ibid.*, 15. Dezember 1919.

⁵²⁷ *The Guardian*, 27. Dezember 1919, Leserbrief von M.E. Durham.

⁵²⁸ *The Times*, 15. Dezember 1919.

⁵²⁹ *The Daily Herald*, 15. Dezember 1919, zitiert in Kaul (2003:212).

Mutternation einen Frontalangriff, denn Worte wie „Gräueltaten“ – die, nicht zu vergessen, mit dem Adjektiv „imperial“ versehen waren – und „Abschlachten“ sprengten die bisherigen Grenzen der Debatte. Für Montagu war der Effekt der Zeitungsberichte ein PR-Desaster. Aufgebracht schrieb er an Chelmsford:

The Daily Express was the first paper to call attention to the evidence on Saturday morning; the evening papers took it up as a sensation, and people were made to believe that the affair had happened within the last few days. [...] Necessary or unnecessary, a firm and wise decision, or a fatal error of judgement, I do not want to say: but the fact will be an unforgettable one in the history of our administration of India.⁵³⁰

Seine Befürchtungen sollten sich erfüllen, denn vor dem Hintergrund des Massakers war die alte britische Herrschaftsform in Indien unmöglich geworden, was dazu beitrug, den britischen Diskurs zu transformieren, da das Bild der wohlwollenden Mutternation zerstört war. Michael Mann schreibt von einer „De-legitimation der zivilisatorischen Mission“ der Briten in Indien, was Zeitgenossen nicht übersahen, die Parallelen zwischen Dyer’s Truppen und den deutschen Soldaten in Belgien erkannten.⁵³¹ Dies hatte auch zur Folge, dass die Reformen aufs äußerste gefährdet schienen, da sich Großbritannien noch inmitten des Diskussions- und damit des Meinungsbildungsprozesses befand. Mehrere Interessengruppen nutzten die Diskussion um Amritsar für ihre eigenen Zwecke. Zum einen O’Dwyer, mittlerweile pensioniert und zurück in Großbritannien, nutzte die Gunst der Stunde, um in einem Verteidigungsfeldzug für General Dyer die Reformen zu diskreditieren. Für O’Dwyer bot sich die Gelegenheit, auf Indiens Sonderstellung hinzuweisen, die aus seiner Sicht westliche Vorstellungen von politischen Reformen unmöglich machte. Diese Sonderstellung bedeutete, dass Konzepte wie Liberalismus oder politischer Fortschritt nicht auf Indien angewandt werden konnten.⁵³²

Zum anderen waren da Zeitungen wie der *Guardian*, die sich fragten, welche Konsequenzen Amritsar für das Vereinigte Königreich haben würde. Wenn „Dyerismus“ die allgemeine psychologische Disposition des britischen Militärs widerspiegelte, würden dann ähnliche Maßnahmen für Irland ergriffen werden und würde dann auch auf streikende Arbeiter in Großbritannien ohne Warnung und mit ähnlicher Vehemenz gefeuert werden?⁵³³ Das waren die ersten Anzeichen dafür, dass

⁵³⁰ Montagu an Chelmsford, 18. Dezember 1919, Chelmsford E. 264/5, 36.

⁵³¹ Mann (2017:182). Deutsche Truppen hatten beim Einmarsch von Belgien 1914 vorsätzliche Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung vorgenommen.

⁵³² Chakravarty (1989:53); Read & Fisher (1997:118).

⁵³³ *The Guardian*, 9. Juli 1920.

Amritsar eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die britische Innenpolitik erlangen würde, da die Debatte nun nicht mehr auf die Folgen des Massakers für die britische Herrschaft in Indien beschränkt blieb. Die Ereignisse in Indien wurden somit für die britische Öffentlichkeit politisch relevant.

Auf einer anderen Ebene wiederum spaltete Amritsar die gesamte Indienverwaltung. Deutlich zeigte sich, dass in London ein neuer politischer Wind wehte, der die alten ICS-Vorstellungen von Ruhe und Ordnung in Indien nicht mehr uneingeschränkt unterstützte.⁵³⁴ Diese Entwicklung fiel in eine Phase, in der die britische Politik einen Linksruck vollzog. Dies geschah in einer Zeit der Schwäche der Liberalen, deren Anhänger oft eine neue Heimat in der aufsteigenden *Labour-Partei* fanden, die es auch schaffte, Mitglieder der Konservativen abzuwerben.⁵³⁵ Die britische Wählerschaft hatte sich seit 1918 grundlegend verändert, nicht zuletzt auch dadurch, dass nun auch Frauen das Wahlrecht hatten und 40% der Wahlberechtigten stellten.⁵³⁶ Dazu kamen die Erfahrungen heimkehrender Soldaten, die in den Schützengräben über soziale Grenzen hinweg aufs Engste in Kontakt gekommen waren.⁵³⁷ Aber auch in Indien zweifelten mehr und mehr ICS-Beamte am Sinn ihrer Tätigkeit.⁵³⁸

Diese Veränderungen erzeugten eine Unsicherheit, die gerade 1919 noch durch eine steigende Zahl von Unruhen an verschiedenen für Großbritannien wichtigen Orten verstärkt wurde: einem Aufruhr in Ägypten im März folgten Unruhen in Indien im April und Kämpfe in Afghanistan im Mai. Im Juni begann Persien mit Widerstandsaktionen gegen den ihm aufgezwungenen anglo-persischen Vertrag über die Ölreserven des Landes.⁵³⁹

Da das Amritsar-Massaker im April 1919 geschehen war, hoffte Montagu, die Unruhen in Indien durch die Untersuchungen des Hunter-Ausschusses schnell bewältigen zu können. Anfang Juni 1920 war Montagu noch vergleichsweise optimistisch und ging davon aus, dass die britische Öffentlichkeit sich mit den Ergebnissen des Hunter-Berichts zufrieden geben würde und die Angelegenheit damit

⁵³⁴ Sayer (1991:160).

⁵³⁵ Pugh (2002).

⁵³⁶ Palmowski (2003); Pugh (2002) und ders., 'Class traitors': Conservative recruits to Labour, 1900-30, *HER* 113, 1998, 38 – 64.

⁵³⁷ R. R. James, *Anthony Eden*, London 1986, 88.

⁵³⁸ Ewing (1984:33).

⁵³⁹ Gallagher (1981:358f.).

abgeschlossen werden könnte.⁵⁴⁰ Die indischen Mitglieder des Ausschusses verfassten jedoch ihren eigenen Bericht, da ihre Kritik nicht nur Dyer galt, sondern ebenfalls O'Dwyer, der im Abschlussbericht entlastet wurde.⁵⁴¹ Mit der Veröffentlichung eines eigenen Berichts durch die indischen Kommissionsmitglieder war Lord Hunter die Kontrolle über das Narrativ entglitten. Es kam also nicht von ungefähr, dass Vizekönig Chelmsford Laurence Rushbrook Williams, den Chef der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit des GOI, der Curtis und Staatssekretär Montagu bei deren Indienreise unterstützt hatte, nach London sandte. Dort sollte er die Verantwortung für den Umgang mit der britischen Presse nach der Veröffentlichung des Hunter Reports übernehmen. Dyers Verhalten wurde von den indischen Mitgliedern des Hunter-Ausschusses als unbritisch empfunden, und der *Guardian* behauptete, dass 90% der britischen Bevölkerung ebenso dachten. Weiterhin warnte der Leitartikel, dass „eine Regierung, die absolute Macht als Fundament ihrer Herrschaft wählt, nicht mit der Loyalität der Bevölkerung rechnen“ kann.⁵⁴² Der *Guardian*⁵⁴³ und die *Times*⁵⁴⁴ waren ebenfalls gegen eine weitere Ausbreitung des Vorfalles in der öffentlichen Debatte. Doch ihr Wunsch ging nicht in Erfüllung.

Erste ernsthafte Attacken kamen vom *Daily Herald* und der *Labour-Partei*. Für die *Labour*-nahe Zeitung war der Bericht des Hunter-Ausschusses, der Dyers Aktionen zwar verurteilte, jedoch zu dem Schluss kam, dass sein Schießbefehl berechtigt gewesen war, ein Skandal, da er versuchte, die Aktionen des Militärs in Indien zu rechtfertigen.⁵⁴⁵ Auf der größten Parteiversammlung ihrer bisherigen Geschichte Ende Juni 1920 verurteilte die Partei General Dyer und Vizegouverneur O'Dwyer auf das Heftigste. *Labour* verlangte Maßnahmen gegen den General und den ehemaligen Gouverneur sowie den Rücktritt des Vizekönigs samt seines Staatssekretärs.⁵⁴⁶ Langsam zeichneten sich die Folgen von Amritsar ab. Der Marineoffizier und konservative Parlamentarier Carlyon Bellairs fasste es in folgende Worte:

The controversy may indeed be a turning point in our Imperial history. British rule has been respected because it has been wisely strong without being cruel and because the

⁵⁴⁰ Montagu an Chelmsford, 3. Juni 1920, Montagu D. 523/4, 13.

⁵⁴¹ Wagner (2019:234).

⁵⁴² *The Guardian*, 16. Juni 1920.

⁵⁴³ *Ibid.*, 20. Juli 1920.

⁵⁴⁴ *The Times*, 3. Juni 1920.

⁵⁴⁵ Evidence Taken before the Disorders Inquiry Committee, Vol. III, Amritsar, Calcutta, 1920, *The Daily Herald*, 26. Mai 1920, zitiert in Kaul (2003:220).

⁵⁴⁶ *The Times*, 25. Juni 1920; *The Guardian*, 25. Juni 1920.

word of the Englishman was his bond.⁵⁴⁷

Während der Debatte um den Hunter-Report im Juli 1920 waren die Bänke des Unterhauses so voll wie selten zuvor und selbst Dyer und O'Dwyer nahmen Plätze auf der Besuchergalerie ein.⁵⁴⁸ Im Gegensatz zu anderen Indien-Debatten, während derer nur wenige Abgeordnete an den Sitzungen teilgenommen hatten, sorgte Indiens neue politische Relevanz für ein volles Haus. In angespannter Atmosphäre eröffnete Montagu den Reigen. Sein Hauptgegner war Sir Edward Carson, Verfechter der Union mit Irland, Anwalt und Richter. Carson hatte sich bereits in der Debatte über die irische Selbstregierung einen Namen als vehementer Gegner solcher Reformen gemacht.⁵⁴⁹ Ob Irland oder Indien spielte dabei für ihn keine Rolle, und so unterbrach Sir Edward Carson den Chef des IO bereits nach zwei Minuten mit Zwischenrufen. Montagu stellte daraufhin die alles entscheidende Frage:

Are you going to keep your hold upon India by terrorism, racial humiliation and subordination, and frightfulness, or are you going to rest it upon the goodwill and the growing goodwill, of the people of your Indian Empire? [...] There is the other choice – to hold India by the sword, to recognise terrorism as part of your weapon, as a part of your armament, to guard British honour and British life with callousness about Indian honour and life.⁵⁵⁰

Der Versuch, einen Konsens durch Appelle an das nationale Ehrgefühl zu erreichen, schlug fehl.

Im Verlauf der Debatte genossen Dyers Handlungen mehr Aufmerksamkeit als die Reformen. Während die Gruppe um Carson das Bild des ehrenhaften Soldaten zeichnete, der vor Ort im Vertrauen auf den ungeteilten Rückhalt seiner Vorgesetzten eine Entscheidung getroffen hatte, die aus ihrer Sicht das gesamte Empire gerettet hatte,⁵⁵¹ vertrat Kriegsminister Churchill die Meinung, dass Dyer seines Kommandos enthoben werden sollte.⁵⁵²

We have to make it absolutely clear, some way or other, that this is not the British way of doing business. I shall be told that 'it saved India'. I do not believe it for a moment. The British power in India does not stand on such foundations.⁵⁵³

⁵⁴⁷ *The Times*, 8. Juli 1920, Leserbrief.

⁵⁴⁸ Wagner (2019:238).

⁵⁴⁹ Sir Edward Carson war auch Verteidiger des Marquess of Queensberry, den Oscar Wilde 1895 wegen Verleumdung verklagt hatte. Es gelang Carson, die Unschuld seines Mandanten zu beweisen und damit zum Ruin des Schriftstellers beizutragen.

⁵⁵⁰ HMSO, 131, 8. Juli 1920, 1708.

⁵⁵¹ *Ibid.*, 1712.

⁵⁵² *Ibid.*, 1223; Read & Fisher (1997:176).

⁵⁵³ HMSO, 131, 8. Juli 1920, 1730.

Dafür wurde er vom *Guardian* gelobt, ebenso wie Staatssekretär Montagu, dem der Leitartikel folgendes zusprach:

The real judgment of the mass of British people was more suitably expressed by Mr. Montagu, who has done what in one man lay to redeem the reputation of this country in the world and repair the mischief done in India.⁵⁵⁴

Das Blatt ging also davon aus, dass die Mehrheit der britischen Bevölkerung Dyers Verhalten ablehnte.

Im Unterhaus gab es jedoch genügend Stimmen, die sich für Dyer stark machten.

Charles Palmer fasste die Debatte Anfang Juli für die Opposition zusammen:

We have had today a most deplorable speech from the Secretary of State for India, a speech which, I think, will go out to India as an encouragement to disloyalists and those forces of disorder which every sane and patriotic Englishman is anxious to see laid at rest. [...] One thing that has impressed me very much was this – that while General Dyer, able to visualise what was happening, realising the atmosphere in which he was moving, did his duty, severely, yes, but for the sake of the British Empire and for the sake of the people of India, a right hon. Gentleman sitting in Oriental aloofness in Whitehall, a year after, and 6,000 thousand miles away, is pleased to measure the less or more of the severity applied by that gallant soldier.⁵⁵⁵

Im selben Atemzug wurde Montagu als Jude angegriffen und Dyers Aktion als notwendige Maßnahme für das Wohl der indischen Massen dargestellt. Damit wurde nicht Amritsar diskutiert und auch nicht die Reform oder die Rowlatt-Gesetzgebung.⁵⁵⁶ Es ging um das Ansehen eines britischen Individuums, das wiederum das Ansehen des Empires widerspiegelte. Der Umgang mit Dyer sollte Signale für die Zukunft setzen.

Dyers Anhänger im Oberhaus setzten gegen allen Widerstand eine Debatte über eine Abmahnung und eine mögliche Amtsenthebung durch. Dies erschien vielen als müßig, da Dyer bereits aufgrund seiner eigenen Berichterstattung von drei Instanzen – dem GOI, dem Militärtrat und dem Kabinett – abgemahnt worden war. Der *Guardian* beschrieb die Abmahnung folgendermaßen: „It was based upon a clear principle of policy and of justice as to which there can be no trifling by the authorities if the British Imperial Commonwealth is to survive.“⁵⁵⁷ Die Verurteilung der Vorgehensweise Dyers diente demnach auch dem Zweck, die britische Kontrolle nicht nur in Indien, sondern auch über andere Gebiete zu erhalten.

In dem Klima der Angst, das nach dem Krieg angesichts drohender Revolution

⁵⁵⁴ *The Guardian*, 8. Juli 1920.

⁵⁵⁵ HMSO, 131, 8. Juli 1920, 1778.

⁵⁵⁶ Oddie (1973:238).

⁵⁵⁷ *The Guardian*, 20. Juli 1920.

und Bolschewismus herrschte, sah das eine Lager in General Dyer den Retter des Punjab, der die Ruhe und Ordnung schützte, die man weltweit für gefährdet hielt.⁵⁵⁸ Andere, wie zum Beispiel Winston Churchill, hatten eine ganz andere Vorstellung von britischem Ansehen. Aus ihrer Sicht war dieses kein Instrumentarium für Herrschaft, sondern nur ein Faktor, der Glaubwürdigkeit herstellte. In einer Zeit, in der man die wichtigste Reform der britischen Herrschaft in Indien diskutierte und in der das Königreich den Ersten Weltkrieg gewonnen hatte, erschien Dyer aus dieser Perspektive als personifizierter Anachronismus. Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte weitreichende Veränderungen mit sich, die auch vor Indien nicht haltmachten. Japan hatte seine Machtstellung in Fernost gefestigt. Auf dem europäischen Kontinent und in Russland hatten sich die Machtverhältnisse dagegen radikal verschoben, was dazu führte, dass sich Großbritanniens Europapolitik erheblich anpassen musste. Die neue Außenpolitik, die damit notwendig wurde, beeinflusste auch die zukünftigen Strategien der britischen Indienpolitik. Das Ziel, Indien unter allen Umständen zu verteidigen und zu halten, das bisher oberste Priorität besessen hatte, musste angesichts der neuen Realitäten neu evaluiert werden.⁵⁵⁹

Zwei Tage nach der Debatte eröffnete die *Morning Post* ihren Dyer-Fonds, der über 26.000 Britische Pfund (600.000 im Jahr 2011) aufbrachte. Howell A. Gwynne, der Chefredakteur der *Morning Post*, wollte mit seinem Spendenaufruf nicht nur General Dyer finanziell unterstützen, sondern auch Stimmung gegen die anstehenden Reformen machen. Er bat darüber hinaus Lord Sydenham, einen unterstützenden Brief an die *Morning Post* und an andere Zeitungen zu senden, die dem General wohlgesonnen waren.⁵⁶⁰ Für die Lords Sydenham und Amphill, Lieutenant Page-Croft, Colonel Yate unter anderem war die Aktion der *Morning Post* eine willkommene Gelegenheit, die Indienpolitik der Regierung ein weiteres Mal anzugreifen. Gwynne, ein Antisemit, nutzte die Gunst der Stunde, um die Person und

⁵⁵⁸ E. Hobsbawm, *The Age of Empire*, New York 1987, 302ff. zeigt auf, wie sehr die europäische und auch die britische Gesellschaft durch den Ersten Weltkrieg und die nachfolgenden Revolutionen alte Gewissheiten verloren. S. auch Gallagher (1981); English (2006:263).

⁵⁵⁹ A. Sharp, Adapting to a New World? British Foreign Policy in the 1920s, *CBH* 18 (3), 2004, 75.

⁵⁶⁰ Der Aufruf im Namen Lord Sydenhams war äußerst erfolgreich. Viele Aristokraten stifteten Geld, wie z.B. die Countess of Bathurst, der Duke of Westminster, der Earl of Harewood und der Duke of Somerset. Kipling spendete 10 Pfund, und O'Dwyer sandte ebenfalls Geld. Viele Briten in Indien gingen so weit, Unterschriften zu sammeln, um sie dem Premier vorzulegen. Die *European Association of India* hatte seit Juni regelmäßig Nachrichten nach Großbritannien gesandt, in denen sie General Dyer unterstützte (s. z.B. *The Guardian*, 26. Juni 1920). Die Krönung des Ganzen war ein mit Juwelen besetztes Schwert für den „Retter des Punjab“.

die Politik des Staatssekretärs gleichermaßen heftig zu kritisieren. Das GOI in Indien instruierte jedoch die einzelnen Provinzregierungen, dass es jeglichen Beamten untersagt sei, etwas für den Fonds zu spenden. Dies allerdings erst, nachdem bereits einige Beamte und Offiziere Geld gesandt hatten.⁵⁶¹ Die starke Unterstützung für Dyer unter den Briten in Indien kommentierte der *Guardian* mit viel Sarkasmus:

Residence in India [...] seems incompatible with a democratic outlook. It is impossible to believe that no true democrat ever sails from the shores of Britain. It must be that something happens en route, or very soon after arrival, to alter his point of view from the democratic to the bureaucratic. [...] The British in India do not think of the Indians as fellow-subjects. They instinctively assume the cheapness of Indian lives. It seems to them natural and fitting that hundreds of Indian lives should be taken in reprisal for one English life.⁵⁶²

Damit kritisierte er zugleich auch die ehemaligen Autoritäten in Indienfragen.

Die Diskussion um Amritsar ist weniger wegen der auf die Reformen bezogenen Inhalte bedeutsam. Sie markierte vielmehr einen Richtungswechsel in London und in Delhi selbst. Obwohl man bis 1947 die Auffassung vertrat, dass die britische Kontrolle für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Indien – unter unterschiedlichen Vorzeichen – aufrechterhalten werden musste, waren die Vizekönige und Staatssekretäre für Indien seit 1920 darauf bedacht, ein zweites Amritsar zu verhindern und zur Deeskalation beizutragen. Trotz aller Unterstützung, die Dyer von vielen Seiten zuteilwurde: noch ein Massaker wäre in der Öffentlichkeit kaum zu rechtfertigen gewesen. Wengleich die Verantwortlichen vergleichsweise glimpflich davongekommen waren,⁵⁶³ so war die Botschaft klar. Der ICS und das Militär verloren mit General Dyer eine weitere Stütze. Unsicherheit machte sich unter ihnen breit, denn sie waren sich der uneingeschränkten Unterstützung des GOI und des IO nicht mehr sicher. Nicht nur war die Einheit von GOI und IO zerstört, auch innerhalb des indischen Verwaltungsapparates und des IO selbst war es zu Spannungen gekommen. In den kommenden Jahren befanden sich die Militärs oft im Zwiespalt, denn das Ansehen des *Raj* hätte ein weiteres Massaker nicht verkraftet.

Dies erkannten auch Zeitgenossen unter den pensionierten ICS Beamten, wie zum Beispiel Lord Meston. Meston war bis 1918 Vizegouverneur der Provinzen Agra

⁵⁶¹ *The Guardian*, 9. August 1920.

⁵⁶² *Ibid.*, 20. August 1920.

⁵⁶³ General Dyer hätte gemäß des indischen Strafkodex von den Angehörigen der Opfer des Massakers wegen Mordes angeklagt werden können. Das IO setzte alles daran, ein solches Verfahren zu verhindern, weniger aus Sorge um Dyer, sondern vor allem, weil eine Verurteilung unwahrscheinlich war. Dyer wurde aus dem aktiven Dienst entlassen, was für ihn finanzielle Einbußen mit sich brachte. Nach seinem Tod im Jahr 1927 erhielt er ein Staatsbegräbnis. Sayer (1991:149f.).

und Oudh gewesen und wurde danach Finanzbeamter im vizeköniglichen Exekutivrat. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gründete er gemeinsam mit Lionel Curtis das Institut für Internationale Angelegenheiten und saß für die Liberalen im Oberhaus. Im August 1920 hielt er die jährliche Vorlesung an der Universität von Cambridge, wo er den ICS als „de facto Herrscher“ Indiens bezeichnete, der seine Rolle nicht ohne Vorbehalte und Widerstand aufgeben würde. Mit Blick auf die Zukunft und die britische Reformpolitik für Indien sagte er auch:

The number of Englishmen in those services [ICS] will tend to diminish, and the condition of their work will be less easy and pleasant than they once were. But, on the other hand, their responsibility will be higher and their real power greater; for they can be, if they choose, the guides and trusted counsellors of the forward movement.⁵⁶⁴

Lord Mestons Ausführungen sind aus mehreren Gründen interessant. Zum einen sprach er die aufopferungsvolle Tätigkeit der ICS Beamten und damit das Konzept der wohlwollenden Mutternation an. Zum anderen machte er mit seiner Wortwahl deutlich, dass es sich bei dem GIA von 1919 um ein „forward movement“, also eine zukunftsgerichtete Politik in Bezug auf die Verwaltung des *British Raj* handelte. Alles andere hätte demnach einen Schritt zurück bedeutet indem mehr und mehr Verantwortung auf immer weniger britischen Beamten lasten würde. Dennoch hielt er fest an der Vorstellung, dass eben dieser Rumpf des britischen Beamtentums in Indien als Berater fungieren sollte, womit ihre Verantwortung für die Zukunft der Kolonie eben noch größer sein würde.

Wie gingen die Indienexperten der britischen Presse und des akademischen Bereichs mit Amritsar und seiner Bedeutung für den Fortgang der Reformen um? Am Beispiel von Sir Valentine Chirol und Sir Verney Lovett, Mitglied der Kommission, die den Rowlatt-Act erarbeitet hatte und zugleich pensionierter ICS-Beamter, lässt sich dies exemplarisch verdeutlichen. Im November 1920 hielt Sir Verney Lovett seine Antrittsvorlesung in Oxford. Er interpretierte den August 1917 als Startpunkt für Indiens neuen Weg, der dem Land die Vorzüge des Empires nahegebracht habe. Frühere Zweifel an Indiens Loyalität, geschürt von Personen mit antibritischer Haltung, habe der Krieg zerstreut. Letztlich plädierte er für mehr Verständnis und – ein wenig blauäugig – für mehr Vertrauen der Inder in Großbritannien.⁵⁶⁵ In einer optimistischen Einschätzung der Lage, die eher in die Zeit vor Amritsar gepasst hätte,

⁵⁶⁴ *The Guardian*, 23. August 1920.

⁵⁶⁵ V. Lovett, *The Importance of a Clear Understanding of Britain's Work in India. An Inaugural Lecture delivered before the University of Oxford*, Oxford 1920.

übergang er die Kontroverse um das Massaker und seine Rezeption in Indien.

Ein Jahr später veröffentlichte Lovett ein umfangreicheres Werk. Der Vergleich zu Chirols *India Old and New*, das im selben Jahr erschien, macht den unterschiedlichen Umgang mit Amritsar deutlich. Über die Geschehnisse in Amritsar verlor Lovett in einem mehrere hundert Seiten starken Band gerade einen Satz.⁵⁶⁶ Als Verfechter der Rowlatt-Gesetze und Gegner des Hunter-Untersuchungsausschusses, aufgrund dessen Empfehlungen General Dyer aus dem aktiven Dienst entlassen worden war, schien ihm das Massaker als zu unbequem, um es detailliert zu besprechen.

Chirol hingegen sah in Rowlatt und Amritsar die Ursache für die gegenwärtigen Probleme in Indien, und stellte mit Bedauern fest, dass beide Ereignisse Gandhi auf den falschen Weg gebracht hätten.⁵⁶⁷ Mit ihren Widerstandsaktionen fielen Gandhi und seine Anhänger aus der ihnen von Großbritannien zugeordneten Rolle als loyale Untertanen.⁵⁶⁸ In nur schwach versteckter Kritik an O'Dwyer verglich er die unterschiedlichen Reaktionen des ICS auf die Unruhen. Im Punjab habe man überreagiert, wohingegen man in Bombay und anderen Orten dem Prinzip treu geblieben war, so wenig Gewalt wie möglich einzusetzen und sich die Situation ebenso entschärft hatte. An diesen Orten habe sich die britische *stiff upper lip* bewährt. Die Tradition einer souveränen und wohlwollenden Macht hatte ihre Kontrolle ohne Gewalt aufrechterhalten können. Amritsar war für Chirol ein schwarzer Tag in den Annalen des *Raj*.⁵⁶⁹ Für Sir Valentine Chirol begann damit ein Loslösungsprozess von Montagu, der später in handfeste Rücktrittsforderungen münden sollte. Denn auch Montagus Umgang mit dem Massaker hielt Sir Valentine Chirol für kritikwürdig. Als Journalist bemängelte Chirol natürlich die Nachrichtenpolitik von GOI und IO, für die Montagu als Ressortchef letztlich verantwortlich war. Ausgerechnet von Horniman waren im Jahr zuvor teilweise identische Punkte vorgetragen worden.⁵⁷⁰

Das IO und GOI kooperierten, um dem Ministerium die Kontrolle über das Narrativ in Großbritannien zu sichern, indem sie einerseits versuchten, die britische Debatte möglichst eng zu halten und die öffentliche Apathie nicht in Opposition gegen Reformen umschlagen zu lassen. Dazu nutzte das GOI die Möglichkeiten, die ihm

⁵⁶⁶ Ders., *A History of the Indian Nationalist Movement*, London 1921, 214.

⁵⁶⁷ V. Chirol, *India Old and New*, London 1921, 171.

⁵⁶⁸ Booker (1997:29).

⁵⁶⁹ Chirol (1921:177).

⁵⁷⁰ B.G. Horniman, *The Agony of Amritsar and the Reign of Terror in the Punjab*, London 1920.

seine eigene Kontrollfunktion bot, indem es indischen Vertretern, die sich außerhalb des britischen Konsenses bewegten, die Reise nach Großbritannien unmöglich machte oder indem man, wie im Falle des Hunter-Ausschusses, Rushbrook Williams einen Repräsentanten des institutionalisierten Wissens entsandte, um Montagu bei der Lenkung des Diskurses zu unterstützen.

Bis Mitte 1918 gelangten jedoch Ideen in die öffentliche Debatte, die dazu beitrugen, den Weg für eine Aufweichung des Konsenses über die Art und Weise britischer Kontrolle in Indien zu bereiten. Man knüpfte an die Debatte über den GIA von 1909 an, in der dies in ähnlicher Weise schon einmal thematisiert worden war. Durch die Betonung der Tatsache, dass Großbritannien weiterhin als Mutternation des Empire fungieren würde, schlich sich gewissermaßen eine Rechtfertigung für eine Teilaufgabe britischer Kontrolle über den Subkontinent ein. Diese Entwicklung ist kein Zufall, wenn man sich daran erinnert, dass mit Lionel Curtis oder auch Sir Valentine Chirol zwei herausragende Hauptakteure des *Round Table* aktiv den Diskurs beeinflussten. Schließlich sah der *Round Table* seine Funktion darin, das Empire durch politische Stärkung seiner einzelnen Mitglieder organisch wachsen zu lassen. Eine Entwicklung Indiens zu einer politisch emanzipierten Einheit des Empires entsprach genau diesem Programm.

In Einklang mit diesen Theorien würde sich mit jedem Schritt der politischen Entwicklung Indiens die Ausübung der britischen Kontrolle über seine Kolonie ändern und somit den dann aktuellen Konsens an eine Grenze bringen. Um einen Konsens über den GIA von 1919 auf der Regierungsebene zu gewährleisten, mussten das IO und das GOI zunächst sicherstellen, dass das Kabinett ihrer Konsensgemeinde beitrug und es daher von den Empfehlungen in Montagus Bericht über seinen Indienaufenthalt überzeugen. Im Parlament selbst betonte Montagu die Notwendigkeit einer graduellen Entwicklung, die unterstrich, dass Großbritannien Kontrolle über diesen Reformprozess behalten sollte. Das Argument einer kontinuierlich geführten Indienpolitik ignorierte allerdings die Brüche innerhalb des Diskurses seit 1906, weshalb Montagu im Unterhaus auch jegliche früheren Kontroversen auf Kabinetts-Ebene verschweigen musste. Der offizielle Konsens zwischen dem IO, dem GOI und dem Kabinett sowie einer Vielzahl von Parlamentariern über die Einführung des GIA von 1919 führte zu einer Isolation der Reformgegner. Ein prominentes Opfer der nachfolgenden Diskreditierung der Reformgegner waren die ehemaligen Mitglieder des ICS, die sich in Großbritannien gegen den GIA von 1919 gestellt hatten.

Die unmittelbare Reaktion des ICS und des GOI auf das Amritsar-Massaker stellte einen Versuch der Konsolidierung der alten Kräfte und Methoden dar. O'Dwyers Nachrichtensperre und Chelmsfords vage Depeschen an Montagu erscheinen wie ein letzter Versuch, das bisherige institutionalisierte Wissen durch die Kontrolle des Informationsflusses zu bewahren. Die Betroffenen waren das IO, die britische Presse und damit auch die britische öffentliche Debatte.

Im Gegensatz zur Niederschlagung der *mutiny*, während der das britische Militär gegen aufrührerische bewaffnete Einheiten vorgegangen war, hatte Dyer als Vertreter der britischen Kontrollinstanz und damit auch des britischen Ansehens unbewaffnete Zivilisten töten lassen. Seine Handlungen führten dazu, dass britische Herrschaft mit verbotenen Worten wie Massaker oder Abschlachten – die nicht mit der Rolle der wohlwollenden Mutternation zusammenpassten – assoziiert wurde, die über die britische Presse ihren Weg in die öffentliche Debatte fanden. General Dyers schicksalhafte Entscheidung brachte den britischen Konsens über die Notwendigkeit von britischer Kontrolle und das Primat von Ruhe und Ordnung in der Kolonie an seine Grenzen. Dyers Abmahnung, die von dem Konsens zwischen dem GOI, dem Militärtrat und dem Kabinett vereint getragen wurde, bedeutet jedoch nicht, dass Großbritannien bereit war, Kontrolle in indische Hände abzugeben.

Dass die Debatte im Königreich sich auch damit auseinandersetzte, inwiefern man nun in Großbritannien damit zu rechnen habe, dass Dyersche Methoden im Falle von Protesten, Streiks und anderen Aktionen auf unbewaffnete Briten angewandt werden könnten, diente als Katalysator für diese Transformation. Dabei bleibt festzuhalten, dass Dyers Abmahnung nicht nur einer moralischen Entrüstung entsprach. Es war auch die Einsicht, dass der Erhalt der Herrschaft über Indien wie auch der des *Commonwealth* insgesamt mit einer Wiederholung einer solchen reaktionären Ausübung der imperialen Kontrollfunktion nicht mehr möglich sein würde.

c. Prestigeverlust in Indien und Unsicherheit in Großbritannien

Der INC entschied im September 1920, die im GIA von 1919 vorgesehenen neuen legislativen Räte unter dem *Dyarchy*-Prinzip zu boykottieren. Die *Times* räumte ein, dass die Stimmung in Indien derart gegen Großbritannien gerichtet sei, dass der gesamte GIA von 1919 vor seiner eigentlichen Umsetzung zusammenbrechen könnte.⁵⁷¹ Schnell fand das Blatt jedoch eine neue Formel, die über dieses Hindernis hinweghalf. Für die *Times* war es an den Indern, ihre Fähigkeit zur Selbstregierung zu beweisen.⁵⁷² Montagu – und damit das Königreich – habe sein Bestes getan. Ein möglicher Fehlschlag der Reformen wäre damit nun allein Gandhis Schuld, der den Plan durch Nichtkooperation gefährdete. Es gab kein britisches Fehlverhalten. Implizit unterstrich das Blatt damit Großbritanniens Kontrollfunktion, denn wer anders als die Kolonialmacht würde das Urteil darüber fällen können, ob Indien zur Selbstregierung bereit sei? Gandhi war nun nicht mehr ein eigentlich grundehrlicher, politischer Naivling, sondern ein „unausgeglichener Fanatiker“,⁵⁷³ der nicht in der Lage [war], logisch zu denken“⁵⁷⁴ und ein „Verrückter“,⁵⁷⁵ den man nicht unterschätzen dürfe. Der *Guardian* zeigte ebenso wenig Sympathie für Gandhi und betonte, dass sein Aufruf zum totalen Boykott des britischen Systems wenig erreichte und ein Fehlschlag war, dies jedoch nicht ohne Sarkasmus und Ironie:

The Congress voted that children are somehow to fit themselves for nationalism without schooling, that government servants, the most timid class of the community, are to begin the struggle for a livelihood afresh, that the most litigious of nations is to indulge in litigation no more.⁵⁷⁶

Damit griff der *Guardian* gleich mehrere Aspekte des britischen Narrativs über Indien auf. Indische Verwaltungsbeamte wurden als ängstlich eingestuft und damit in starken Kontrast zum klassischen Bild des charakterstarken britischen ICS-Beamten gestellt, der allein und furchtlos für Ruhe, Gerechtigkeit und Ordnung in seinem Distrikt sorgte. Die angebliche indische Tendenz, Dispute vor Gericht zu bringen, war vermutlich auch ein Seitenhieb auf Gandhi und andere Führer des INC, die zum Großteil Juristen waren. Juristen wiederum wurde, wie weiter oben bereits beschrieben, vorgeworfen,

⁵⁷¹ *The Times*, 13. September 1920.

⁵⁷² *Ibid.*, 15. September 1920.

⁵⁷³ *Ibid.*, 27. Oktober 1920.

⁵⁷⁴ *Ibid.*, 3. Januar 1921.

⁵⁷⁵ *Ibid.*, 23. Dezember 1920.

⁵⁷⁶ *The Guardian*, 25. November 1920.

ihre Stellung auszunutzen, um die Herrschaft in der Kolonie an sich zu binden. Rufe wurden laut, Gandhi hinter Schloss und Riegel zu bringen. Nachdem es gelungen war, einen Großteil der Schuld für Amritsar vom GOI auf eine Einzelperson, nämlich General Dyer, abzuwälzen, wurde das Gleiche nun mit dem drohenden Fehlschlag des GIA von 1919 getan.

Der *Guardian* feierte das Inkrafttreten des GIA von 1919 als Akt, der neue politische Realitäten schuf. Das einzige Ergebnis von Gandhis Kooperationsverweigerung war, dass die Extremisten sich selbst davon isolierten. Im Gegensatz zur *Times* begrüßte der *Guardian* die Strategie des GOI, Gandhi nicht zu beachten und ihn dem Urteil seiner Landsleute zu überlassen.⁵⁷⁷ Das Königreich wurde seiner Rolle als Hüter des Prozesses der indischen politischen Emanzipation gerecht und hatte in dieser Funktion wieder die Initiative ergriffen. Mit dem Inkrafttreten des GIA von 1919 wog Großbritannien den in Amritsar erlittenen Prestigeverlust auf und ermöglichte es dem Königreich, erneut die Rolle der aktiven und progressiven Mutternation einzunehmen, die die Geschicke der Kolonie lenkte und kontrollierte.

Als PR-Maßnahme für den verabschiedeten GIA von 1919 wurde der letzte überlebende Sohn Königin Viktorias, der Duke of Connaught, im Februar 1921 nach Indien gesandt, um an der ersten Sitzung der legislativen Räte teilzunehmen. In seiner Rede ging er auf Amritsar ein, was sowohl die *Times* als auch der *Guardian* begrüßten. Die Attacken der *Morning Post* und ihre Unterstützung für Dyer waren erneut Thema, und der *Guardian* gab der Hoffnung Ausdruck, dass man in Indien anerkennen würde, dass Dyers Vorgehen in England nicht gebilligt wurde.⁵⁷⁸ Die *Times* schloss sich an und behauptete, der Schatten von Amritsar würde verschwinden.⁵⁷⁹

Amritsar aber blieb ein wichtiges Thema. Was für die einen ein peinlicher Zwischenfall war, interpretierten andere als zwingendes Resultat indischer Aufsässigkeit und glaubten, die Unruhen, die Amritsar vorausgegangen seien, seien erst der Anfang gewesen. Am 10. März 1921 wurde daraufhin ein Notkomitee gegründet, das es sich zur Aufgabe machte, die britische Öffentlichkeit vor den Gefahren, die in Indien lauerten, zu warnen. Neben O'Dwyer und Lord Sydenham waren auch Lord Amthill und der konservative Abgeordnete Sir William Joynson-

⁵⁷⁷ Ibid., 7. Januar 1921.

⁵⁷⁸ Ibid., 15. Januar 1921.

⁵⁷⁹ *The Times*, 17. März 1921.

Hicks dabei.⁵⁸⁰ Die *Times* stellte warnend fest:

It is common knowledge that there are perils in India, and it is easy for retired Governors to say that 'catastrophes' may occur. [...] what they do not seem to recognize is that, by stirring up more bad feeling against the urgent advice of leading unofficial Europeans in India, they are only making matters worse.⁵⁸¹

Das alte Prinzip der Herrschaft war folglich tot. Jeder Versuch, es wieder aufleben zu lassen, bedeutete Gefahr für die Reformen und den Fortschritt des indischen Subkontinents. Die Aktionen der alten Autoritäten erschienen zunehmend als Gefahr, nicht zuletzt auch für Großbritanniens Fähigkeit, seine Kontrollfunktion auszuüben. Ihre unerwünschte Einmischung war in den Augen der *Times* nicht, wie sie vorgaben, hilfreich für den Drang nach Orientierung, sondern drohte, unabsehbare Folgen nach sich zu ziehen. Zu diesem Zeitpunkt witterte die Zeitung weniger Gefahr von radikalen Liberalen oder Sozialisten im Vereinigten Königreich. Es war vielmehr das reaktionäre Lager, von dem befürchtet wurde, es könne die Umsetzung der Reformen erschweren.

Der Indienbesuch des Prinzen von Wales im Jahr 1921 ist insofern von Bedeutung, als dass er deutlich machte, wie sehr sich die politische Landschaft seit dem Besuch seiner Eltern im Jahre 1911 verändert hatte. Obwohl die Reise wegen der Unruhen vorerst verschoben worden war,⁵⁸² schwelgte Großbritannien vor seiner Ankunft in Indien in Erinnerungen an den triumphalen Empfang seines Vaters, Georg V. Großbritannien erhoffte sich von Prinz Edwards Besuch der angeschlagenen Kolonie einen ähnlichen Effekt. Die neue Gesetzgebung wurde von der *Times* als Beweis dafür angesehen, dass die britische Herrschaft auf Demokratie beruhte. Selbstsicher erinnerte man sich an die Loyalitätsbekundungen für Georg V.:

We believe that in one respect at last the spirit of India remains unaltered. Her peoples, as the Prince will find, have not lost that instinctive devotion to the principle of kingship and to a personal ruler which has been developed among them from the beginning of recorded history. [...] There have been stray murmurs of dissent, but we are convinced

⁵⁸⁰ Sir William Joynson-Hicks hatte 1919 Indien bereist, um sich einen Einblick in die aktuelle Situation zu verschaffen. Seine Meinung zu politischen Reformen fasst folgendes Zitat zusammen: „I know it is frequently said at missionary meetings that we conquered India to raise the level of the Indians. That is cant. We hold it as the finest outlet for British goods in general, and for Lancashire cotton goods in particular“, R. Blythe, *The Age of Illusion: England in the Twenties and Thirties 1919–1940*, London, 1963.

⁵⁸¹ *The Times*, 21. März 1921.

⁵⁸² Das GOI selbst war nicht überzeugt, dass der Zeitpunkt für einen Besuch günstig war. Prinz Edward wäre am liebsten gar nicht nach Indien gereist, musste sich allerdings dem Wunsch seines Vaters Georg V. beugen. Edward hatte wenig Sympathien für Montagu, noch für dessen Reformen, die, wie er glaubte, es Großbritannien unmöglich machen würden, seine Aufgabe zu erfüllen, Indien zu regieren. P. Ziegler, *King Edward VIII*, London 1990, 135f.

that they will be inaudible, when ‘the long waves of acclamation roll’.⁵⁸³

Die imperiale Inszenierung mit Blaskapellen, Uniformen, Paraden, Reden und Ansprachen lieferte alles, was britische Zeitungen zur Steigerung ihrer Auflagen benötigten. Die Reichen und die Schönen Großbritanniens, vertreten durch den in Großbritannien überaus beliebten Prinzen von Wales und seine Eskorte, der unter anderem sein Cousin Lord Mountbatten – der zukünftige Vizekönig – angehörte, Exotik und indischer Pomp unter der Ägide des britischen Empire wurden intensiv in der Presse verfolgt.

Doch die Erwartung wurden schwer enttäuscht, denn das Unerhörte traf ein: Teile der indischen Bevölkerung boykottierten den Besuch des Prinzen. Gandhi ging so weit, Kleiderverbrennungen zu organisieren, die parallel zur Ankunft von Prinz Edward in Bombay stattfanden. Das Verbrennen von im Ausland, also in Großbritannien, hergestellter Kleidung, war nicht nur ein symbolischer Akt des Widerstands. Baumwollprodukte waren einer der wichtigsten britischen Exporte. Bereits 1800 hatte Indien seinen Rang als der weltgrößte Zulieferer von Baumwollprodukten an Großbritannien verloren. Aus Indien exportierte Rohware wurde in den Textilbetrieben in Lancashire u.a. zu fertigen Stoffen verarbeitet. Indien wiederum wurde mit der Zeit einer der wichtigsten britischen Absatzmärkte für diese Fertigprodukte angesichts der wachsenden Konkurrenz in Europa und den USA. Der Marktanteil britischer Gewebe wuchs dort von rund 11% um 1850 auf etwa 60% im Jahr 1860.⁵⁸⁴ Der Boykott britischer Baumwollprodukte führte zu einem Rückgang von Importen aus Großbritannien, das vor 1914 für fast alle indischen Importe von Baumwollprodukten aufkam. Hinzu kam, dass die vom GOI eingeführte Verbrauchersteuer auf in Indien fabrizierte Baumwolle vor allem die Baumwollproduzenten von Lancashire schützte, indem die Kosten für indische Produkte künstlich angehoben wurden.⁵⁸⁵

Für Gandhis Aktionen gab es laut *Times* eine Erklärung:

To understand one must realize that Gandhi has long recognized his waning influence and the hopelessness of his case. There was a time when in full bloom of his sainthood, he might have gone to the mountains to return at some critical moment with very serious

⁵⁸³ *The Times*, 17. November 1921.

⁵⁸⁴ S. Beckert, *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*, 2. Auflage, München 2015, 307.

⁵⁸⁵ Read & Fisher (1997:189ff.); Burke & Quraishi (1995:148); B. Chatterji, *Trade, Tariffs and Empire. Lancashire and British Policy in India, 1919-1939*, Neu-Delhi 1992, 8; B.R. Tomlinson, *The Economy of Modern India, 1860 – 1970*, Cambridge 1993, 105ff; Beckert (2015:84f).

results. He has missed his mark. [...] In his extremity Gandhi has simply begged to be arrested [...]. His position, indeed, is merely that of the politician who has aroused forces he cannot control and is humiliatingly conscious that they are not the forces that he wants or intended to arouse.⁵⁸⁶

Der Leitartikel versuchte, die Bedeutung der Proteste zu schmälern, indem er behauptete, Gandhi handelte lediglich aus der Not heraus, sich neu positionieren zu müssen. Aus britischer Sicht gab es nichts was die Demonstrationen rechtfertigte. In Großbritannien versuchte man Augenwischerei zu betreiben, indem zum Beispiel die *Times* behauptete, die Verehrung für die Krone sei ungebrochen, das Ansehen der britischen Herrschaft insgesamt habe allerdings einen solchen Tiefpunkt erreicht, dass Gandhi und andere zu solchen extremen Maßnahmen greifen konnten. Die Treue zur britischen Krone wurde auch von der *Daily Mail* betont.⁵⁸⁷ Montagu stellte daraufhin den Indienexperten und *Times*-Korrespondenten Lovat Fraser in seine Dienste, um in Großbritannien die Berichterstattung über den königlichen Besuch von dem Boykott abzulenken und die Nichtkooperation seitens der Inder zu kritisieren.⁵⁸⁸ Der *Guardian* wartete seinerseits mit einer Liste der Teile der indischen Gesellschaft auf, die angeblich nichts von Gandhis Kooperationsverweigerung hielten. Dazu gehörten die gebildeten Klassen, die indischen Kaufleute und die Mitglieder der neuen gesetzgebenden Räte.⁵⁸⁹

Die angebliche indische Loyalität gegenüber der britischen Krone wurde in Großbritannien mit dem orientalischen politischen Verständnis erklärt. Ein Königtum war die einzige Regierungsform, die Inder instinktiv verstünden.⁵⁹⁰ Ähnlich wie beim königlichen Besuch von 1911 wurden nun wieder die Kontrollelemente von damals in den Vordergrund gerückt, nämlich die Krone und das britische Ansehen, sowie die orientalische Anerkennung für das Handeln eines einzelnen Mannes, der die Macht ausübte.

Das GOI versuchte, dem Boykott des Besuchs entgegenzuwirken, indem es einen kostenlosen Transport für die indische Landbevölkerung in die Städte, die der Prinz besuchen würde, organisierte. Dies sollte die Presse mit Bildern von einem Massenandrang versorgen, eine Taktik, die der Prinz mit großem Ärger wahrnahm.⁵⁹¹

⁵⁸⁶ *The Times*, 23. November 1921.

⁵⁸⁷ *Ibid.*, 14. Dezember 1921; *The Daily Mail*, 15. Dezember 1921, zitiert in Kaul (2003:238).

⁵⁸⁸ Kaul (2003:237).

⁵⁸⁹ *The Guardian*, 16. November 1921.

⁵⁹⁰ Kaul (2003:241).

⁵⁹¹ *Ibid.*, 252.

Angesichts leerer Straßen während des Besuches in Allahabad versuchte Hardinges Nachfolger, Vizekönig Reading, im Vorfeld des Kalkuttabesuchs die Wogen durch eine Konferenz aller Parteien im Januar 1922 zu glätten. Diese wurden gegen Montagus Willen von seinen Kollegen im Kabinett abgeschmettert, da sie zu sehr nach Verhandlungsbereitschaft ausgesehen hätte. Die Minister hatten sich in Curzons Büro im Außenministerium zu ihrer Sitzung getroffen und berieten die Anfrage des neuen Vizekönigs. Curzon und Churchill sorgten dafür, dass Reading ein eindeutiges Telegramm erreichen würde, in dem weitere Zugeständnisse verweigert wurden. Alle Kabinettsmitglieder inklusive Montagu, stimmten darin überein, dass ein weiterer Ausbau des GIA von 1919 vorerst völlig ausgeschlossen sei.⁵⁹²

Die Ablehnung der von Vizekönig angestrebten All-Parteien-Konferenz entlarvte die Zwangslage, in der sich das Königreich befand. Verhandlungen waren nicht zu rechtfertigen. Andererseits war das Königreich nicht in der Lage, die Reformen so wie geplant umzusetzen. Alle Versuche der Presse, einen Funken indischer Loyalität zu finden, wurden durch die von Gandhi organisierten Protestaktionen und den Boykott des königlichen Besuchs zunichte gemacht. Sie waren Ausdruck eines großen Kontrollverlusts der Kolonialmacht über seine indischen Untertanen. Die Reihe derer, die durch Nichterfüllung ihrer zugestandenen Rollen zu diesem Kontrollverlust beigetragen hatten, reichten von General Dyer über Gandhi zu Staatssekretär Montagu selbst. Dyers Ausführung seiner Kontrollfunktion sprengte den Konsens, nicht wegen seines Versuchs, der Situation in Amritsar Herr zu werden, sondern wegen seiner Vorgehensweise. Gandhi kam seiner Rolle als dankbarer Untertan nicht nach und brachte eine große Anzahl von Indern dazu, es dem Königreich durch Protestaktionen unmöglich zu machen, seine Kolonie vollends im Griff zu behalten. Montagu blieb nicht von Kritik verschont, da auch er scheinbar nicht in der Lage war, den politischen Frieden in Indien wiederherzustellen.

In Großbritannien selbst trat eine Entwicklung ein, während derer nicht nur diejenigen, die den Konsens über die Notwendigkeit der britischen Kontrolle über das *British Raj* anzweifelten, isoliert wurden. Für die ehemaligen ICS-Beamten, die 1921 ein Notkomitee gründeten, und auch für Staatssekretär Montagu selbst bahnte sich eine drohende Isolation vom Konsens an, da ihre Aktionen die Fähigkeit der Kolonialmacht gefährdeten, ihrer Rolle gerecht zu werden. O'Dwyer und Lord Sydenham stemmten

⁵⁹² Protokoll der Ministerkonferenz vom 20. Dezember 1921, PRO/CAB. 23, 39, Confce. 120.

sich gegen den GIA von 1919 und bedrohten mit ihrer reaktionären Haltung und Lobbyarbeit den Frieden in Indien. Erneute Unruhen in Indien bedeuteten eine Gefahr für das *British Raj*. Montagu seinerseits schien durch seine Weigerung, Gandhi verhaften zu lassen, Schwäche zu zeigen und nicht den Willen aufzubringen, die britische Mission in Indien dem Konsens entsprechend auszuführen.

Es ist vermutlich kein Zufall, dass das IO, die *Times* sowie der *Guardian* in dieser Phase des Diskurses begannen, sich auf eine angebliche Mehrheit in der britischen Bevölkerung zu berufen. Dies basierte nicht auf wissenschaftlichen Umfragen, sondern geschah eher aus dem Versuch heraus, ihre persönliche Meinung auf die angebliche Mehrheit der britischen Öffentlichkeit zu projizieren und damit eine Autorität herzustellen, die über die institutionalisierte Information hinaus ging. Die Folgen des Amritsar-Massakers, gepaart mit dem Zeitpunkt der Einführung des GIA von 1919 und dem Boykott des Besuchs von Prinz Edward schufen ein Klima der Unsicherheit. Für den britischen Diskurs bedeutete dies, dass die Grenzen des Konsenses weiter getestet wurden. Ebenso erfolgte eine Evaluierung des Personals, das am Diskurs teilnahm. Montagus Isolation wurde immer wahrscheinlicher, da er als Chef des IO dafür verantwortlich war, dem Königreich zu ermöglichen, seine Kontrollfunktion über Britisch-Indien auszuführen. Die Zweifel an seiner Fähigkeit, diese Rolle zu erfüllen, wuchsen, nicht zuletzt im Kabinett.

d. Montagus sinkender Stern

Die Situation in Indien löste fieberhafte Vorbereitungen für die Debatte im Unterhaus aus, die für Mitte Februar 1922 anberaumt worden war. Staatssekretär Montagu hielt eine Rede im liberalen 1920 Club, in der er die britische Öffentlichkeit davor warnte, falsche Rückschlüsse aus den Unruhen in Indien zu ziehen. Die Richtigkeit der derzeitigen Indienpolitik würde durch diese nicht in Frage gestellt. Er mahnte aber auch, dass Fortschritte nur durch Evolution, nicht durch Revolution möglich seien.⁵⁹³ Am 9., 10. und 13. Februar wurde Indien gleich dreimal im Kabinett thematisiert. Die Kabinettsmitglieder einigten sich auf folgende Vorgehensweise: während Montagu als erster für die Regierung sprechen sollte, forderte Lloyd Georges Nachfolger, Premier Bonar Law, für sich das Recht ein, im weiteren Verlauf selbst die Intentionen britischer Politik in Indien aufzuzeigen. Vor allem legte der Premierminister Wert darauf, „emphatisch klar zu machen“, dass die britische Herrschaft in Indien aufrechterhalten werden sollte und dass man jede Herausforderung seitens der Extremisten oder anderer illoyaler Elemente annehmen würde.⁵⁹⁴

Dem war vorausgegangen, dass in der Sitzung vom 9. Februar Churchill, der nun das Amt des Kolonialministers bekleidete, seine Kollegen davor gewarnt hatte, in der britischen und auch in der indischen Öffentlichkeit könnte der Eindruck entstehen, die Krone kämpfe ein Rückzugsgefecht. Ohne ein eindeutiges Statement befürchtete das Kabinett, dass Reformen vor der britischen Öffentlichkeit nicht mehr zu rechtfertigen sein würden.⁵⁹⁵ Bonar Law kam am nächsten Tag auf diese Einschätzung zurück:

It was necessary that a false impression should at once be dissipated. [...] It must be made clear that the Government had no intention of leaving India or of allowing British supremacy there to be challenged. A considerable measure of self-government had been granted to India; but any further extension in that direction must depend on whether the Indians showed that they were capable of making proper use of the constitution that had been granted to them. There must be a master in India. Without a master India would relapse into anarchy and chaos. We were now master in India, and we should let it be understood that we mean to remain so.⁵⁹⁶

So sollten quasi von oberster Stelle die Grenzen des Konsenses klar gekennzeichnet werden. Die Einführung von Reformen durfte nicht als Aufgabe von Großbritanniens

⁵⁹³ *The Guardian*, 10. Februar 1922.

⁵⁹⁴ Protokoll der Ministerkonferenz vom 13. Februar 1922, PRO/CAB. 23, 39, Confce. 128.

⁵⁹⁵ Protokoll der Ministerkonferenz vom 9. Februar 1922, PRO/CAB. 23, 29, Confce. 124.

⁵⁹⁶ Protokoll der Ministerkonferenz vom 10. Februar 1922, PRO/CAB. 23, 39, Confce. 127.

Willen zur Herrschaft in Indien interpretiert werden.

Die Diskussion selbst und auch die Reaktion der Öffentlichkeit sollten jedoch zum Desaster werden. Sir William Joynson-Hicks, Mitglied des von Sydenham und O'Dwyer gegründeten Notkomitees, eröffnete die Debatte. Keine zwei Wochen zuvor hatte er Montagu in einem Leserbrief an den *Guardian* vorgeworfen, das Empire zu zerstören und seine Kollegen unter den Konservativen dazu aufgerufen, Flagge zu zeigen, den „radikalen Kräften“ im Kabinett zu widerstehen und sich für konservative Prinzipien einzusetzen.⁵⁹⁷ In kürzester Zeit waren die Fronten geklärt. Laut Sir William Joynson-Hicks gab es dabei zwei verschiedene Schulen, die sich gegenüberstanden:

The right hon. Gentleman [Montagu] holds – and he is quite entitled to his opinion – that a Government, though bad, if free, is better than a Government, though good, if autocratic. [...] On the other hand, my friends and myself hold the view that in a country like India it is far more important to give them good government, though be it autocratic, than to give them free government.⁵⁹⁸

Montagu wurde im Prinzip für alles Übel der vergangenen Jahre verantwortlich gemacht, wobei seine Ansprache vom August 1917 von den Mitgliedern des Notkomitees als Anfang vom Ende interpretiert wurde. Alte Argumente wurden zum wiederholten Male vorgetragen und lediglich um neue Ereignisse aktualisiert. Sir William glaubte, Montagu habe das Bild eines schwachen Ministers vermittelt, was von Seiten der Extremisten in Indien ausgenutzt worden sei.⁵⁹⁹ Die Konservativen um Joynson-Hickson und Gwynne konnten sich ihrer Sache sicher sein. Gwynne hatte im Anschluss an die vorangegangene Unterhaussitzung zu Indien seine Kollegen um Unterschriften gegen den Staatssekretär gebeten. Innerhalb von zwei Tagen setzten 93 Abgeordnete ihre Signatur unter das Papier. Es war ein nie zuvor da gewesenes Misstrauensvotum gegen Montagu, von dem auch der Premierminister unterrichtet wurde. Dieser versuchte, nicht weiter auf die unsichere Position seines Ministers einzugehen.⁶⁰⁰

Montagu sah sich daraufhin gezwungen, Gandhi die Freundschaft zu kündigen.⁶⁰¹ Die Ereignisse in Indien, Gandhis Verweigerung der erwarteten Rolle als treuer indischer Untertan sowie das politische Klima im Vereinigten Königreich ließen

⁵⁹⁷ *The Guardian*, 2. Februar 1922.

⁵⁹⁸ HMSO, 150, 14. Februar 1922, 866ff.

⁵⁹⁹ *Ibid.*

⁶⁰⁰ *Ibid.*, 890.

⁶⁰¹ *Ibid.*, 892.

es nicht mehr zu, dass der Chef des IO sich zu sehr mit Gandhis Zielen identifizierte. Andererseits ist Montagus Erklärung nicht ausschließlich vor dem Hintergrund der öffentlichen Meinung oder seiner politischen Gegner zu verstehen. Denn so sehr er Gandhi über die Jahre bewundert haben mag, es war schließlich der kleine Anwalt aus Porbandar, der seine Situation unmöglich machte und dessen Aktionen drohten, Großbritannien vollends gegen Montagus Reformen aufzubringen.

Der Zeitpunkt, den der Staatssekretär für diesen Schritt gewählt hatte, war durchaus von Bedeutung. In aller Deutlichkeit wies er daraufhin, dass ein Haftbefehl gegen Gandhi bereits ausgestellt und nur aufgehoben worden sei, weil Gandhi nach dem Vorfall in Chauri Chaura im selben Monat Aktionen des zivilen Ungehorsams gestoppt hatte.⁶⁰² Nicht von ungefähr musste der Staatssekretär seinen Kollegen im Parlament und den Bürgern des Königreiches glaubhaft machen, dass er trotz der von ihm eingebrachten Reformen zum Hüter von Gesetz und Ordnung taugte. Montagu charakterisierte Gandhi als Anführer einer der „irrsinnigsten politischen Kampagnen“ überhaupt.⁶⁰³

In einer schwachen Verteidigungsrede für seinen in Ungnade gefallenen Minister versuchte Bonar Law, das Positive der Reformen hervorzuheben und die Verantwortung für ihr Gelingen oder Scheitern ganz auf Indien abzuwälzen. In erster Linie kam es ihm darauf an, Entschlossenheit zu demonstrieren:

[...] it is important to make clear that as far as we are concerned, we mean to give that experiment a chance of succeeding, and that, if it all fail, the failure must not be attributed to our default. The educated classes in India must be given the best opportunity for making this experiment a success, and there must be no suggestion of breach of faith on the part of the British Government. That would be fatal to our prestige. But further reform must await the result of that experiment.⁶⁰⁴

Einerseits räumte der Premierminister ein, dass Großbritannien sich einen politischen Fehlschlag in Indien nicht leisten konnte und eine Bringschuld zu leisten habe. Andererseits wurde damit jedoch deutlich, dass für Bonar Law Montagus die Reformen nichts weiter als ein Experiment waren. In den vier Sätzen taucht das Wort dreimal auf. Der Regierungschef hatte sich endgültig von der Verantwortung für die Reformen gelöst und die Sache den Indern und seinem Staatssekretär überlassen. Der *Guardian*

⁶⁰² Eine aufgebrachte Gruppe mit *Swaraj*-Fahnen hatte in Chauri Chaura eine Polizeistation gestürmt und 22 Polizisten erschlagen oder lebendig verbrannt. Burke & Quraishi (1995:185); Read & Fisher (1997:195).

⁶⁰³ HMSO, 150, 14. Februar 1922, 899.

⁶⁰⁴ Ibid., 961.

kommentierte, dass Montagu während der Debatte wenig Unterstützung von seiner eigenen Partei erfahren hatte und sich seine Gegner als zahlreicher erwiesen hatten als zuvor angenommen. Es kam sogar zu Zwischenrufen, in denen der Staatssekretär zum Rücktritt aufgefordert wurde.⁶⁰⁵ Dabei betonte das Blatt jedoch, dass die Kritik sich gegen die Handlungen des Staatssekretärs und nicht gegen die eigentliche Reform gerichtet habe. Die Zeitung verteidigte Montagu und schrieb, die Zeiten seien vorbei, während derer man der Situation in Indien lediglich mit einer starken Hand Herr werden könne:

Of course the whole problem of Indian government is enormously difficult, and it was never quite so difficult as it is now. For we are now engaged in carrying a long step farther the doctrine which is at the base of our Indian policy, however imperfectly it may have been applied: that India is for the Indians, and that the only ultimate justification of our presence in India at all is that the peoples of India shall derive benefit from it. That principle of government received a new and far-reaching application when Parliament formally declared three years ago that the aim of British policy in India was the responsible self-government of India within the Empire.⁶⁰⁶

Interessanterweise war die Erklärung vom August 1917 hier nicht mehr die von Staatssekretär Montagu, sondern die des Parlaments. Indien für die Inder war das logische Resultat einer britischen Kolonialpolitik, die das Beste für seine indischen Schützlinge im Sinn hatte.

Die *Times* wandte sich jedoch gegen ihren vormaligen Schützling. In ihrer bisher stärksten Attacke gegen Montagu und Gandhi hatte sie kein gutes Wort für keinen von beiden übrig:

Mr. Montagu has delivered his apologia in the House of Commons and Mr. Gandhi has for the dozenth time 'suspended' his incitements to rebellion in India. Neither Mr. Montagu's evasions nor Mr. Gandhi's sham retraction will satisfy the British public, who are becoming gravely alarmed about the condition of India.⁶⁰⁷

Einer der größten Fehler des derzeit schwachen GOI sei es gewesen, Gandhi nicht zu verhaften. Ohne Gandhi keine Unruhen während des Prinzenbesuchs und keine Herausforderung für englische Herrschaft. Um dem drohenden Prestigeverlust entgegenzuwirken und die Leser wachzurütteln, schrieb die *Times*: „We intend to rule and are not hurried out of India.“ Den eigentlichen Schuldigen fand das Blatt in Montagu:

One of the greatest tasks which lies before the Government of India is to restore the confidence and the prestige of the Indian Civil Service, which have been so seriously impaired since Mr. Montagu became Secretary of State. [...] The support we have given

⁶⁰⁵ *The Guardian*, 15. Februar 1922.

⁶⁰⁶ *Ibid.*, 16. Februar 1922.

⁶⁰⁷ *The Times*, 15. Februar 1922.

him in the past must now be withheld. After a trial lasting many months it has become obvious that the combination of Lord Reading and Mr. Montagu at the head of Indian affairs is not working well. The public are alarmed and with good reason. [...] No one suggests a change of Viceroy, and the necessary alternative is to appoint a new head of the India Office, preferably a statement of stronger fibre. The present arrangement cannot continue any longer.⁶⁰⁸

Wohlgemerkt wurden nicht die Reformen kritisiert. Das Wichtigste schien jedoch, sie aus einer souveränen Position heraus umzusetzen. Die Souveränität und das Prestige des GOI bzw. der britischen Präsenz in Indien waren essentiell für den Verbleib der Kontrolle in den Händen des Königreichs. Diese Kontrolle musste aber auch umgesetzt werden. Montagu hatte dieses Prinzip gefährdet und musste aus Sicht der *Times* seinen Hut nehmen. Sie schloss sich dem Misstrauensvotum der 93 Parlamentarier sozusagen an. Montagus Ansehen war einen Tiefpunkt gesunken. Leserbriefe gaben der *Times* in den nächsten Tagen Recht, und nicht wenige wunderten sich über Gandhis anscheinende „Immunität“, die ihn vor der Verhaftung bewahrte.⁶⁰⁹

Andererseits lieferten Gandhi und der Vorfall in Chauri Chaura im Februar 1922 eine willkommene Abwechslung von den Folgen von Amritsar. Denn nun waren es Inder, die in Chauri Chaura andere Inder niedergemetzelt hatten, was für viele nur bestätigte, wie wichtig die britische Präsenz in Indien war, was den britischen Konsens darüber stärkte.⁶¹⁰ Diesmal war es Gandhi, der „Blut an den Händen“ hatte.⁶¹¹ Um so größer war der Effekt, als er öffentlich seine Fehleinschätzung zugab und die Aktionen des zivilen Ungehorsams abbrach, um schlimmere Ausschreitungen zu verhindern. War das nicht ein Eingeständnis des Fehlschlags einer gesamten Politik, die nichts als Anarchie hervorgebracht hatte? Chauri Chaura hatte gezeigt, wie ein zukünftiges Indien mit Gandhi an der Spitze aussehen würde. Der Dyer-Vorfall, so bedauerlich er für viele in Großbritannien war, würde immer ein Einzelfall bleiben. Gandhi jedoch würde das Land auf Dauer in totale Anarchie und Bürgerkrieg treiben.

Der von so vielen herbeigesehnte Rücktritt Montagus verlief letztlich unspektakulärer als angenommen.⁶¹² Dennoch reichte er aus, um Gandhis Verhaftung

⁶⁰⁸ Ibid.

⁶⁰⁹ Ibid., 22. Februar 1922, Leserbrief von Sir H. Barnes.

⁶¹⁰ Selbst Gandhi schien zu befürchten, Indien ohne die Präsenz der Briten nicht kontrollieren zu können. M. Ahmed, *Indian Political Developments and the British Labour Party 1919-1924. Some Reflections*, *JIH* 60, 1982, 161-77, hier: 169.

⁶¹¹ *The Times*, 15. Februar 1922.

⁶¹² Das Kabinett ergriff seine Chance, ihn zum Rücktritt zu zwingen, nachdem er ohne Autorisierung ein Telegramm von Reading veröffentlichen ließ, in dem der Vizekönig die harschen Bedingungen des

kurz zuvor in den Schatten zu stellen. Die allgemeine Erleichterung über Gandhis Festnahme und den ausbleibenden Aufruhr in Indien war bis in den Buckingham Palast spürbar, von wo aus der Privatsekretär Georgs V., Lord Stamfordham, Vizekönig Reading die königlichen Glückwünsche übermittelte.⁶¹³ Die *Times* verlieh der neuen Zuversicht Ausdruck:

There is no longer [...] fear of a general rising, and there is confidence that any troubles [...] will be easily put down. [The growth of bitterness against Englishmen] is the more lamentable because all the leading men in India [...] are now eager to give the new system every chance and to help India along the path of self-government. Indians themselves acknowledge that they cannot yet tread that path alone [...] but they look with distrust upon the Englishmen who alone can guide them in it. They disbelieve in British intentions and in British good faith. The worst of the mischiefs done by the deplorable Montagu incident is that it will be used to feed that disbelief.⁶¹⁴

Nachdem die beiden angeblichen Hauptschuldigen – Gandhi und Montagu – aus dem Verkehr gezogen waren, erhielten die Reformen eine neue Chance, denn die britische Kontrolle über den politischen Entwicklungsprozess war nun wiederhergestellt. Die *Times* schrieb:

What the British people and the peoples of India require is a continuous and unfaltering interpretation of the Reform Act, which is at present our charter for the government of India. [...] The reforms are not an experiment. They are law, they are an integral part of the law by which India is governed. [...] The Government of India [...] is too often hampered by unnecessary and ill calculated interference from home. The time is passed when India could be governed from Whitehall.⁶¹⁵

Damit stand die *Times* in Opposition zum *Guardian*, der den GIA von 1919 als Experiment bezeichnet hatte.⁶¹⁶ Der interpretatorische Unterschied lag vor allem darin, dass aus der Sicht des *Guardian* das indische Experiment offen für Veränderungen war. Es war flexibel und anpassungsfähig. Auf der anderen Seite machte die *Times* durch ihre Betonung des Gesetzesstatus des GIA von 1919 deutlich, dass man die Reformen buchstabengetreu auszuführen habe. Damit blieb kaum Spielraum, um Anpassungen vor Ablauf der im GIA festgeschriebenen zehn Jahre vorzunehmen. Letzteres wurde vor allem von Montagus Nachfolger, William Peel, vertreten, der sich ausschließlich innerhalb des vorgegebenen Rahmens bewegen

Vertrages von Sèvres anprangerte. Der Vertrag führte praktisch zur Auflösung des Osmanischen Reiches. Außenminister Curzon sah durch die Veröffentlichung seine Verhandlungsposition mit der Türkei gefährdet.

⁶¹³ Stamfordham an Reading vom 6. April 1922, Reading Papers MSS.EU. E. 238/1, 15. Im Folgenden zitiert als Reading E. 238.

⁶¹⁴ *The Times*, 16. März 1922.

⁶¹⁵ *Ibid.*, 21. August 1922.

⁶¹⁶ *The Guardian*, 7. Januar 1921.

wollte.

Dieser Schritt markierte eine Abkehr von den Prinzipien, die der Diskussion um den GIA von 1909 und den frühen Debatten um den GIA von 1919 zugrunde gelegen hatten. Die Theorie des Experiments wurde nun von den progressiven Kräften übernommen. Montagu hatte noch versucht, seinem Report jegliche Radikalität zu nehmen, indem er ihn als Experiment vorgestellt hatte und so scheinbar die Möglichkeit anbot, die Reformen bei einem eventuellen Scheitern rückgängig zu machen. Der *Guardian* und andere, die den GIA von 1919 nicht nur unterstützten, sondern auf seinen weiteren Ausbau warteten, nutzten nun das Wort „Experiment“, um auf die Flexibilität und Ausbaufähigkeit der Reformen zu Gunsten politischer Veränderungen in Indien hinzuweisen.

Ein erster Test für die neu geformten Räte in Indien waren die Debatten um die Salzsteuer von 1923.⁶¹⁷ Die gesetzgebenden Räte in Indien waren gegen die Anhebung der Steuer und zwangen Vizekönig Reading somit, seine außerordentlichen Befugnisse zu nutzen, um das entsprechende Gesetz an den Räten vorbei durchzuboxen. Damit waren für die *Times* die Schwachpunkte des GIA von 1919 entlarvt. Lord Reading hatte sich zwar aus Sicht der *Times* etabliert, indem er Gandhi verhaften ließ und sich gegenüber seinem Rat behauptete. Die Anwendung außerordentlicher Gesetze bedeutete jedoch ein Dilemma. Auch wenn der gesamte Vorgang genauestens im GIA von 1919 geregelt und damit legitim war, mussten vizekönigliche Sonderrechte nach britischem Rechtsverständnis wie Despotismus wirken. Diese Ansicht fand zwar keinen Niederschlag in der *Times* oder dem *Guardian*. Dennoch wandte Ersterer erheblichen Spaltenplatz auf, um Readings Aktionen zu rechtfertigen.

The fact that the Viceroy possesses the power to use his discretion, and to certify a given measure in face of the opposition of the Assembly is in no sense unconstitutional. It is certainly not autocratic. The Viceroy is a representative of the King and Emperor. His actions are subject to the criticism of the British Parliament, which is the greatest repository of constitutional tradition and practice in the world. His chief function is to interpret in India and in the greater interest of India and the Empire the political experience of Great Britain.⁶¹⁸

Verantwortung vor dem britischen Parlament wurde gleichgestellt mit Verantwortung vor der indischen Bevölkerung. Dass die Mitglieder des Rats einmal mehr nicht als treue Untertanen fungieren wollten, zwang Reading ebenfalls, aus

⁶¹⁷ Burke & Quraishi (1995:252).

⁶¹⁸ *The Times*, 12. Juli 1923.

seiner Rolle als wohlwollender Vizekönig zu fallen und zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen, um den Fortgang der britischen Kontrolle zu ermöglichen. Überzeugt, dass Indien noch einen langen Weg bis zur Erreichung politischer Reife vor sich habe, analysierte die *Times* das Konzept der repräsentativen Verwaltung vor dem indischen Hintergrund:

Representative Government [...] is a means and not an end. The end is good government, stability, the satisfaction of the interests of every section of the nation. Constitutional government is not or, at any rate, ought not to be a fetish, an abstract and immutable theory of perfect government. [...] The whole object of the reforms in India is to give the Indian peoples an opportunity of securing a gradual training in the art and practice of self-government without endangering the security or the prosperity of the country.⁶¹⁹

Die Kritik richtete sich gegen alle, die dieses Konzept zu gefährden schienen. Das waren auf indischer Seite jene, die für die Ausweitung des GIA von 1919 oder gar für Indiens Unabhängigkeit plädierten und sich damit außerhalb des vorgegebenen Rahmens bewegen wollten. In Großbritannien waren es Leute wie O'Dwyer, der mit Attacken auf jegliche Bedrohung der angeblich heilen Ordnung des *Raj* dem IO das Leben schwermachte. Oder auch ein Staatssekretär, dessen angebliche Schwäche im Angesicht von Unruhen den Fortgang der politischen Entwicklung unter britischer Kontrolle gefährdete. Diese Personengruppen bedrohten aus Sicht der *Times* alle auf ihre Weise das Konzept eines starken und wohlwollenden Mutterlandes, das im Vertrauen auf seine Kinder dazu beitrug, sie in überlegten und überschaubaren Schritten flügge werden zu lassen.

Nach außen hin sollte nicht der Eindruck entstehen, dass London auf Forderungen aus Indien einging. Der Impuls hatte stets von der Hauptstadt auszugehen, um den Eindruck von Schwäche oder Mangel an politischem Willen zu vermeiden. So waren der GIA von 1909, die Aufhebung der Teilung Bengalens, der damit verbundene Umzug des Regierungssitzes nach Delhi, die Bekanntmachung von 1917 und der GIA von 1919 zu verstehen. Die Reformen von 1919 wurden zum Kulminationspunkt britischer Planung und Vorausschau. Weder das IO noch das GOI würden sich von einer lauten Schar indischer Revoluzzer beeinflussen lassen.

Gleiches galt auch für Montagus Bekanntmachung von 1917. Zwar war schon sein Vorgänger bereit gewesen, solche oder ähnliche Maßnahmen in Angriff zu nehmen, wie Montagu sie verkündete. Aber auch Chamberlain hatte erklärt, dass

⁶¹⁹ Ibid.

jegliche Reformen nicht als Zugeständnis zu verstehen sein dürften.⁶²⁰ Souveränität, Ansehen und Macht waren die Prämissen, die Londons Handeln bestimmen sollten.

Doch vieles davon entsprach bereits 1917 nicht mehr der Wirklichkeit, ein Faktum, das Chakravarty als „Superwelt hohler Ansprüche“ bezeichnet.⁶²¹ Seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 hatte es praktisch keine ICS-Rekrutierung aus England mehr gegeben. Die Reformen von 1919 bedeuteten das endgültige Aus für den traditionellen ICS, dessen Desillusionierung⁶²² über die imperiale Mission nach 1919 zu schwindenden Bewerberzahlen führte.⁶²³ Dies bedeutete mittelfristig, dass sich die Zusammensetzung der einst unangefochtenen Behörde ändern würde, da die Beamten, die ihren Dienst im ICS teilweise noch unter Königin Viktoria angetreten hatten, in Rente gingen, eine Tatsache, die auch Auswirkungen auf den Diskurs in Großbritannien haben würde. Die Nachkriegsgeneration des ICS fand sich in neuen Situation wieder und kannte keine Verwaltung ohne indische Ratsmitglieder oder gar indische Vorgesetzte.⁶²⁴ Das GOI und das IO versuchten mit der Einführung des GIA von 1919, eine neue Art von ICS-Beamten zu etablieren und besetzten frei werdende Posten fortan mit Anwälten, die als Reformbefürworter galten und flexibler waren als amtierende Gouverneure wie Michael O'Dwyer.⁶²⁵

So fielen gleich zwei Bastionen, der alte ICS sowie die etablierten Zweifel über die Regierungsfähigkeit der Inder. Der ICS wurde nicht nur verjüngt. Die Notwendigkeit, mehr indische als britische Beamte in Dienst zu stellen, machte es unmöglich, an dem Vorurteil festzuhalten, dass Inder zwar gebildet seien, jedoch nicht über die nötige Charakterstärke verfügten, die Verwaltung Indiens in Angriff zu nehmen.⁶²⁶ Chakravartys These, dass die imperiale Herrschaft undifferenziert auf Hass und Ausbeutung basierte, kollidiert nicht zuletzt mit der von vielen konservativen ICS-Beamten vertretenen Meinung, dass die einfache indische Bevölkerung vor den Machenschaften einiger weniger Anwälte geschützt werden müsse.⁶²⁷ So konnte auch Sir Walter Lawrence 1928 sagen: „Die Mission des ICS war eindeutig: regieren zum

⁶²⁰ Sitzung des Kriegskabinetts vom 29. Juni 1917, PRO/CAB 23, 3 W.C. 172.

⁶²¹ Chakravarty (1989:52).

⁶²² Alexander (1982:6).

⁶²³ S. u.a. Ewing (1984).

⁶²⁴ Greenberger (1969:83) weist daraufhin, dass seit 1910 alte Bilder und Klischees immer noch herangezogen wurden, jedoch nicht um sich selbst zu feiern, sondern vielmehr, um sich selbst neu zu versichern und um erste lautstarke Zweifler in die Schranken zu weisen.

⁶²⁵ Robb (1976:15).

⁶²⁶ Sayer (1991:139, 160); Chakravarty (1991:70).

⁶²⁷ Chakravarty (1989:65); Read & Fisher (1997:169).

Wohl von Millionen von Indern.“⁶²⁸ Selbst Clement Attlee, der zukünftige *Labour*-Parteiführer, würde noch 1937 schreiben: „There is no particular gain in handing over the peasants and workers of India to be exploited by their own capitalists and landlords.“⁶²⁹

Damit war bis in die frühen 1920er noch keine wirkliche Herausforderung von britischer Seite an das *British Raj* — also die britische Herrschaft in Indien — gestellt worden. Somit ist auch kaum zu erwarten, dass zu diesem Zeitpunkt innerhalb der breiten Öffentlichkeit bereits eine Kehrtwende stattgefunden habe. Aber was in Zeitungen, Reden, Parlamentsdebatten und Pamphleten in die Öffentlichkeit getragen wurde, zeigte, dass Neuerungen offensichtlich auch von Seiten der Regierung erwünscht waren und vorangetrieben wurden. Zunächst prallten damit zwei Autoritäten aufeinander. Die Regierung in London bzw. diejenigen, die in London für Indien verantwortlich waren auf der einen Seite und auf der anderen die ICS-Beamten, die vor 1919 ihren Dienst angetreten hatten und durch ihre Lobby in London vertreten waren. Dazu zählten Mitglieder der beiden Häuser des Parlamentes, Ex-Gouverneure mit Verbindungen zu einflussreichen Gruppen und diverse Vereine, Komitees und dergleichen. Die stärkste Opposition gegen den Reformkurs kam von dieser Seite. Noch im Jahr 1906 hatte der damalige Vizekönig, Lord Minto, Staatssekretär Morley davor gewarnt, dem britischen Parlament zu viel Mitspracherecht bei den von ihm angestrebten Reformen einzuräumen:

I am afraid of an assumption of too much authority by the House over questions at a distance, of which few people at home can possibly have an intimate knowledge – questions affected by conditions and sentiment unknown to English political life.⁶³⁰

Keine zwanzig Jahre später war dieses Prinzip aufgehoben. Das Jahr 1919 markierte in vielerlei Hinsicht ein Wendepunkt, denn der Prozess nahm seinen Ausgang, der die Reformgegner über die nächsten fünfzehn Jahre hinweg vollends schwächen würde, trotz ihrer bemerkenswerten Aktionen Mitte der 1930er Jahre. O'Dwyer kämpfte bis in die 1940er Jahre für sein *Raj*, ebenso die Lords Sydenham und Lloyd. Neulinge stießen hinzu, wie z.B. Winston Churchill. Dennoch setzte eine Wandlung innerhalb des ICS und im Gesamtansatz britischer Indienpolitik ein, die für den weiteren Verlauf der öffentlichen Debatte von erheblicher Bedeutung war.

⁶²⁸ Zitiert in Alexander (1982:4).

⁶²⁹ C.R. Attlee, *The Labour Party in Perspective and 12 Years Later*, London 1937, 174, zitiert in Ahmed (1982:162).

⁶³⁰ Morley an Minto, 28. Mai 1906, MRP II, zitiert in Das (1964:66).

Der Bruch mit der Tradition führte beim ICS zu Verunsicherung. Die Beamten sahen sich gezwungen, entgegen ihrem *corps d'esprit* zu handeln, und es dauerte nicht lange, bis Montagus Nachfolger, Staatssekretär William Peel, im Jahr 1922 ein Memorandum der ICS-Assoziation aus den indischen Zentralprovinzen erhielt, das diesen Zustand deutlich machte.⁶³¹ Premierminister Lloyd George nahm dies zum Anlass, den ICS in seiner traditionellen Rolle zu bestätigen und bezeichnete ihn als „Stahlrahmen des *Raj*“. Dies wiederum erschwerte die Arbeit des um die moderaten indischen Politiker bemühten GOI.⁶³² Um über den Bruch mit der Tradition hinwegzukommen, wurde mit eben dieser argumentiert. Was in Anbetracht anderer Umstände – dem Ersten Weltkrieg, Furcht vor der Ausbreitung des Bolschewismus und Unruhe vor der eigenen Haustür in Irland – nicht als radikale Maßnahme erscheinen durfte, wurde in traditionelle Kleider verpackt. Vor allem darf nicht übersehen werden, dass selbst Montagu, der in den Augen der britischen Öffentlichkeit der Urheber des GIA von 1919 war, immer wieder versicherte, niemand wolle sich aus Indien zurückziehen. Und je extremer die Forderungen aus Indien wurden, desto mehr distanzierte auch er sich von Gandhi und dem INC. Niemand wäre bereit gewesen, einen Staatssekretär zu unterstützen, der Macht an angebliche Rebellen abgab. Auch hier musste der Eindruck vermittelt werden, dass man es letztlich nicht nötig hatte, auf Gandhi und seine Unterstützer einzugehen. Das *Raj* und das Empire mussten aus einer Position der Stärke handeln. Jeder Anschein, man ließe sich von „Fanatikern“ einschüchtern, drohte, dieses Verständnis zu unterminieren.

Doch die Gruppe derer, die sich nun in die öffentliche Debatte einbrachten, war begrenzt. Gründungen von Notkomitees oder auch Körperschaften wie der IBA wurden stets vom selben Personenkreis initiiert: ehemalige ICS-Beamte, Mitglieder des GOI und Parlamentsabgeordnete. Das komplizierte *Dyarchy*-Prinzip trug nicht dazu bei, das Interesse der britischen Öffentlichkeit an der Diskussion zu fördern. Nicht umsonst gab es Beschwerden im Unterhaus, dass diejenigen, die immer wieder auf ihren Expertenstatus hinwiesen und die Behauptung, dass ohne Vorkenntnisse eine Teilnahme an der Debatte nicht möglich sei, jegliches öffentliche Interesse im Keim erstickten.⁶³³ Implizit wurde damit aber auch erklärt, dass eine Ausweitung der Debatte auch gar nicht erwünscht war.

⁶³¹ Ewing (1984:46).

⁶³² *Ibid.*, 47.

⁶³³ HMSO, 166, 5. Juli 1923, 750f.

Amritsar bildete eine Ausnahme. Dabei ist festzuhalten, dass die Diskussion auf einer anderen Ebene stattfand, zu der Indien lediglich die Bühne bildete. Dyer repräsentierte eine Haltung, die je nach Standpunkt entweder als reaktionär galt oder aber für nationale Prinzipien einstand. Beide Seiten beriefen sich auf das britische Ansehen: die einen behaupteten, der General hätte dieses bewahrt, die anderen, er hätte es zerstört. Als Ergebnis wurde Amritsar in erster Linie zu einem innenpolitischen Thema, bei dem das Königreich sich mit sich selbst auseinandersetzte. Konservative Kräfte sahen das britische Ansehen durch Dyer gewahrt, da der Aufruhr im Punjab aus ihrer Sicht erst durch Aufgabe bewährter Herrschaftsprinzipien möglich geworden war. Der GIA von 1919 bedeutete nach ihrer Auffassung ein weiteres Erodieren nationaler Prinzipien und britischen Prestiges. Das Massaker wurde von dieser Seite zu einer – wenn auch schrecklichen – Notwendigkeit erklärt, mit der man Indien vor sich selbst geschützt habe.

Reformbefürworter sahen mit weitaus mehr Unbehagen auf Amritsar und seine Folgen. Ihr Konflikt war allerdings komplexer. Zum einen hatte Großbritannien aus ihrer Sicht als wohlwollende Mutternation versagt. Das Vorantreiben des GIA von 1919 entsprang demnach nicht mehr nur politischem Enthusiasmus, sondern auch ideologischem Selbsterhaltungstrieb. Dies wiederum erklärt die Fassungslosigkeit und die Verärgerung vieler ehemaliger Gandhi-Anhänger in Großbritannien, zu denen auch Montagu einmal gehört hatte, über dessen Nichtkooperationsbewegung Gandhis Aktionen sorgten nicht nur dafür, einfachste administrative Vorgänge in Indien zeitweise zu unterbrechen. Vielmehr machten sie es dem Königreich unmöglich, seine Rolle als Mutternation wahrnehmen zu können, indem es versuchte, den Prestigeverlust, verursacht durch das Amritsar-Massaker, durch eine reibungslose Umsetzung des GIA von 1919 zu kompensieren.

Die Hartnäckigkeit, mit der der Kongress und Gandhi das Massaker thematisierten, führte der Welt vor Augen, dass Despotismus auch von England ausgehen konnte. Für Großbritanniens Innenpolitik warf Amritsar seinen Schatten weit über den *Jallianwala Bagh* hinaus. Angesichts der indischen Streikwelle von 1920 und der Angst vor sozialem Unfrieden im Königreich selbst stellte sich die Frage, welche Konsequenzen Amritsar für den Umgang der Behörden mit ähnlichen Protestaktionen zuhause haben würde. Der GIA von 1919 wäre Beweis genug gewesen, um den Erfolg der britischen Mission in Indien zu unterstreichen, zumal auch der Erste Weltkrieg im Namen der Freiheit gegen Tyrannei und Despotismus geführt

worden war. Die Weigerung eines großen Teils des politischen Indiens, den GIA von 1919 als Geschenk der britischen Mutternation dankbar anzunehmen, machte dies aber unmöglich. Die Debatte um den GIA von 1919 im Kontext der Ereignisse in Amritsar führte zur endgültigen Spaltung der britischen Eliten über die indische Frage. Der sich anbahnende Bruch verlief parallel zur Formierung von Gruppierungen, die ihren jeweiligen Standpunkt verstärkt in die britische Öffentlichkeit trugen.

Unmittelbar vor und nach Montagus Rücktritt fand innerhalb der Debatte um die britische Kontrolle und Herrschaft in Indien eine subtile Veränderung statt. Es wurden stärkere Worte wie „master“ und „power“ benutzt⁶³⁴, um das Verhältnis zwischen Großbritannien und Indien zu beschreiben. Diese Neubesinnung auf ausdrucksstarke Worte war vermutlich auch eine hysterische Reaktion, um jedem Anschein von Schwäche vorzubeugen.

Es ist auffällig, dass gerade in diese Phase des Diskurses die zunehmende Desillusion innerhalb des ICS fiel und die fallende Zahl an britischen Bewerbern für den indischen Verwaltungsapparat – also dem britischen Kontrollorgan in Indien schlechthin. Wenig überraschend hielt Lloyd George seine Rede, in der er den ICS als Stahlrahmen Britisch-Indiens titulierte, just zu diesem Zeitpunkt. Da es keine Möglichkeit gab, sich gegen eine verstärkte Rekrutierung aus den Reihen der Inder zu wehren, musste der Personalwechsel innerhalb des ICS auf eine Weise legitimiert werden, die eine entsprechende Transformation des Diskurses ermöglichte. Dies gelang vor allem, weil die indischen ICS-Beamten unter Beweis stellten, dass sie die nötigen Fähigkeiten für die Tätigkeit in der Verwaltung besaßen. Allerdings bedeutete britische Anerkennung dieser Fähigkeit letztlich die Akzeptanz, dass britische Kontrollfunktionen auch von indischen Mitgliedern des ICS ausgeführt werden konnten.

Nach 1919 konnte niemand mehr in Großbritannien als Sprachrohr derjenigen fungieren, die behaupteten, die Inder forderten lediglich eine effiziente und gerechte Verwaltung. Diejenigen, die sich aktiv gegen die Reform von 1919 stemmten, beharrten darauf, dass die britische Präsenz in Indien sich auf Prestige, Stärke und die uneingeschränkte Unterstützung der Männer vor Ort stützen müsse, die es jenen ermöglichte, ihre Kontrollfunktion auszuführen, egal, was es kostete. Dyers „horrible

⁶³⁴ Protokoll der Ministerkonferenz vom 10. Februar 1922, PRO/CAB. 23, 39, Confce. 127.

duty”⁶³⁵ kam die Kolonialmacht jedoch zu teuer zu stehen. Großbritanniens Dilemma nach Amritsar bestand darin, dass es seine Kontrollfunktion nicht nur nicht mehr bis zur letzten Dyerschen Konsequenz ausführen wollte. Vielmehr wurde mit den Unruhen und Boykottbewegungen letztlich deutlich, dass die Kolonialmacht diese Art der Kontrolle auch gar nicht mehr ausführen konnte. So sahen das auch Zeitgenossen: „General Dyer’s tragic failure at Amritsar was dealt with by the British authorities in the only way that could permit British rule to retain the respect of India, or indeed its own self-respect.”⁶³⁶

In Montagus verdecktem Ultimatum an das Unterhaus mit seiner Frage, ob die Abgeordneten britische Herrschaft in Indien durch Terror, Rassismus und Furcht oder durch indisches Wohlwollen realisiert sehen wollten, zeichnete sich eine Transformation des Diskurses ab. Von nun an musste die Kolonialmacht einen neuen Konsens darüber finden, wie es seine Kontrollfunktion in Indien ausführen würde. Der GIA von 1919 führte zu einer weiteren Transformation, der nicht zuletzt mit seinem Übergangscharakter zusammenhing. Das Ziel der britischen Kontrolle über Indien war mit der Erklärung vom August 1917 abgesteckt. Der GIA von 1919 legte das Prinzip fest, wie das Königreich und Indien dieses Ziel erreichen würden. Für den Diskurs zeichnete sich ein neuer Konsens ab. Indien würde während eines von Großbritannien evaluierten Prozesses mehr politische Autonomie erhalten. Die erste Evaluierung würde laut GIA von 1919 im Jahre 1929 durch eine Kommission, die sogenannte *Statutory Commission*, stattfinden. Die britische Kolonialmacht behielt jedoch ihre Kontrollfunktion, die nun nicht mehr in einer Herrschaft von unbestimmter Dauer bestand, sondern in seiner Rolle als Richter über die nötige politische Eignung der Inder, wohlgernekt über einen nicht definierten Zeitraum hinweg.

⁶³⁵ So zitierte ihn die *Daily Mail* bei seiner Ankunft in Großbritannien nach seiner Zwangspensionierung, 4. Mai 1920, in Draper (1981:216).

⁶³⁶ *The Guardian*, 28. August 1924.

Zwischenbilanz

Der indische Kriegsbeitrag seit 1914 unterstrich aus britischer Sicht, dass alle Akteure, wie von Booker beschrieben,⁶³⁷ ihre Rolle erfüllten. Indien zeigte sich dankbar für die Aufbauarbeit der Mutternation. Das ermöglichte es Sir Valentine Chirol, zwischen 1914 und 1918 die Grenzen des Konsenses zu testen und seiner Erwartung Ausdruck zu verleihen, dass weitere politische Schritte anberaumt würden. Zusätzlich dazu trug der Antrag des gesetzgebenden Rates des Vizekönigs, Indien an der *Imperial Conference* teilnehmen zu lassen, dazu bei, das Konzept von Selbstregierung quasi durch die Hintertür annehmbar zu machen.

Aus Regierungssicht war es daher von höchster Wichtigkeit, die Kontrolle über das Narrativ zu wahren. Vor diesem Hintergrund ist Staatssekretär Chamberlains Warnung vom Juni 1915 zu verstehen, dass britische Kontrolle über das *British Raj* andere Formen annehmen müsse. Der Beginn der Amtszeit seines Amtsnachfolgers Montagu zeichnete sich so auch durch dessen Entschlossenheit aus, das Narrativ und das institutionalisierte Wissen unter seine Kontrolle zu bekommen. Edwin Montagu begann mit einer Attacke gegen das GOI und den ICS, die er als zu verkrustet beschrieb und so deren Autorität als Träger des institutionalisierten Wissens untergrub. Dann erfolgte seine Erklärung vom August 1917 unter dem Hinweis auf den Konsens der Eliten, die alle hinter seiner Reformpolitik stünden. Montagus Erklärung war ein strategischer Schritt, die britische Indienpolitik auf die unausweichliche Transformation des Diskurses vorzubereiten.

Diese fand am Ende weniger wegen der Reformen, sondern vor allem durch die Bewältigung des Amritsar-Massakers statt. Ironischerweise trug General Dyers Handeln — ein einzelner reaktionärer Agent der britischen Kontrollfunktion über die indische Kolonie — entscheidend dazu bei, den Diskurs auf eine Ebene zu bringen, die es möglich machte, den Prozess der britischen Kontrollaufgabe zu beschleunigen. Zwar wurde nicht in Frage gestellt, dass Indiens politische Entwicklung weiterhin britischer Kontrolle bedurfte. Vielmehr fand die Transformation dahingehend statt, dass Dyers Art und Weise der Kontrollausübung nicht mehr auf einen britischen Konsens stieß. Damit war nicht der Konsens über die Notwendigkeit britischer Kontrolle gefährdet, sondern lediglich der über die Handhabung dieser Kontrolle.

Nach 1919 konnte niemand mehr in Großbritannien als Sprachrohr derjenigen

⁶³⁷ Booker (1997).

fungieren, die behaupteten, die Inder forderten lediglich eine effiziente und gerechte Verwaltung. Der GIA von 1919 führte zu einer weiteren Transformation, der nicht zuletzt mit seinem Übergangscharakter zusammenhing. Das Ziel der britischen Kontrolle über Indien war mit der Erklärung vom August 1917 abgesteckt. Der GIA von 1919 legte das Prinzip fest, wie das Königreich und Indien dieses Ziel erreichen würden.

The Act was passed despite the fulminations of Mr Churchill, his oratory swelling to great heights, though I am convinced after daily contact with him at that time that he had never read the Act itself.

R.A. Butler im Epilog zu Gilberts, *Servant of India*

III: Die Reformen von 1935 – ein Jahrhundertwerk?

1. Eine Konsequenz des GIA von 1919 – die *Statutory Commission*

a. Die erste *Labour*-Regierung versucht sich mit der indischen Frage

Mit *Labour* gelangte 1924 eine Partei an die Macht, die seit 1918 verstärkt für politische Reformen in Indien eingetreten war und sich wiederholt verpflichtet hatte, alles Mögliche zu einer schnellen Lösung der indischen Frage beizutragen.⁶³⁸ Der neue Premier, Ramsay MacDonald, befand sich jedoch in einer Zwangslage, die den Handlungsspielraum für seine Indienpolitik limitierte. *Labour* führte eine von den Liberalen unterstützte Minderheitsregierung, und MacDonald musste die Regierungsfähigkeit seiner Partei unter Beweis stellen. Unter keinen Umständen durfte ausgerechnet Indien zum Stolperstein werden, da innenpolitisch weitaus wichtigere Entscheidungen zu treffen waren. Dies wurde umso dringlicher, als dass *Labour* neben Indien auch mit der irischen Frage konfrontiert wurde. Nach dem anglo-irischen Vertrag von 1921, der die Beziehungen zwischen Großbritannien und Irland regeln sollte, brach ein Bürgerkrieg aus, und die anschließende Teilung der Insel in Nordirland und den Freistaat Irland war in einen unsicheren Frieden gemündet.⁶³⁹ Parallel zur Problematik der indischen Aspirationen wollte sich *Labour* auch in der irischen Frage als kompetente und verantwortliche Partei etablieren.⁶⁴⁰ Anders als Irland blieb Indien jedoch Teil der Agenda mehrerer Parteikonferenzen in den Jahren nach der Regierungsübernahme. Das Thema Irland wurde dagegen zwischen 1922 und 1926 auf keiner Konferenz offiziell diskutiert.⁶⁴¹

⁶³⁸ Report of the Annual Conference of the Labour Party, held in the Albert Hall, Nottingham on Wednesday, January 23rd, 1918, and two following days, 138.

⁶³⁹ K. Theodore Hoppen, *Ireland since 1800. Conflict and Conformity*, Edinburgh 1999, 188ff.

⁶⁴⁰ I. Gibbons, The Irish Policy of the First Labour Government, *LHR* 72 (2), 2007, 169.

⁶⁴¹ *Ibid.*, 170.

Zudem galt es, parteiideologische Probleme zu bewältigen. Wie weiter oben aufgezeigt wurde, hatten sich die Parteiführer Hardie und MacDonald intensiv mit Indien beschäftigt. Beide hatten das Land bereist und 1909 bzw. 1910 ihre Eindrücke in Buchform veröffentlicht.⁶⁴² Anders als Hardie, der sich bereits während seines Indienaufenthalts im Jahre 1907 für weitgehende politische Reformen ausgesprochen hatte, lag laut MacDonald noch ein langer Weg vor Indien, bis zur politischen Emanzipation. Damit stimmte er dem Konsens zu, dass das Königreich als Wegbereiter für dieses Ziel eine Kontrollfunktion ausüben sollte, um seine Pflichten als wohlwollende Mutternation zu erfüllen. MacDonald war jedoch überzeugt, *Labour* sei die einzige Partei, die den Subkontinent auf diesem Weg kompetent begleiten könne und hielt die Partei für bereit, die notwendige Kontrolle auszuüben.

Während *Labour* 1918 noch für die *Home Rule* in Indien eingetreten war und diese Forderung damit rechtfertigte, dass ihre „Brüder in allen Teilen Indiens in der Lage seien, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen“,⁶⁴³ wurden solche Äußerungen nun modifiziert. Erstes Opfer war der INC, dessen politische Agitation aus britischer Sicht nicht mit politischer Reife zu vereinbaren war und von dem sich auch die *Labour*-Partei in den kommenden Jahren distanzieren sollte. Die Nichtkooperationsbewegungen waren von *Labour* mit Unbehagen und Ratlosigkeit beobachtet worden. Parteiinterne Unsicherheiten führten dazu, dass im Jahre 1921 *Labour*-Abgeordnete in den Unterhausdebatten keine Fragen zu Indien stellten.⁶⁴⁴ Mit dem Premierminister Ramsay MacDonald, dem gerade von den Liberalen übergelaufenen Josiah Wedgwood und Benjamin Spoor hatte die Partei ihre Indienexperten in den Unterhausdebatten platziert, die dort für demokratische Reformen eintraten. Zwar stand man dem *Raj* kritisch gegenüber und war rhetorisch immer wieder zu Forderungen nach einer größeren Integration von Indern in die Verwaltung der Kolonie bereit, MacDonald wandte sich jedoch als Verfechter von Ruhe und Ordnung in Indien nicht nur an indische Nationalisten, sondern auch an Kritiker inner- und außerhalb der eigenen Reihen, als er sagte: „No party in Great Britain will be cowed by threats of force or by policies designed to bring government

⁶⁴² Hardie (1909); MacDonald (1910).

⁶⁴³ The Labour Party, Agenda to be discussed at the Seventeenth Annual Conference to be held in the Albert Hall, Nottingham, January 23rd, 1918 and two following days, Home Rule for India.

⁶⁴⁴ R. J. Moore, *The British Labour Party and the Indian Independence Movement, 1917 - 1939*, Neu-Delhi 1987, 46.

to a standstill.“⁶⁴⁵

Und um auch die letzten Zweifler an seiner Entschlossenheit, in Indien für geordnete Verhältnisse zu sorgen, zu beruhigen, ernannte MacDonald weder Josiah Wedgwood, den Sprecher der Partei für indische Angelegenheiten, noch Benjamin Spoor, die bekanntermaßen beide eine indische Selbstregierung unterstützten, zum ersten *Labour*-Staatssekretär für Indien, sondern Lord Olivier,⁶⁴⁶ vormals Gouverneur in Jamaika. Es gab zwei Gründe, die ihn für das Amt qualifizierten. Er war adelig, was die Position der neuen Regierung im Oberhaus stärken würde, und er verfügte über keinerlei Vorkenntnisse zu Indien. Damit war das Establishment zunächst beruhigt, denn als ehemaliges Mitglied des Kolonialdienstes galt er als wenig radikal und ungefährlich. Die Partei hatte sich in großen Schritten auf die kolonialpolitische Mitte zu bewegt. Damit war Integration *Labours* in den britischen Konsens über den Verlauf der politischen Reformen in Indien vollzogen.

Zusätzlich sorgte die 1924 formulierte offizielle *Labour*-Position dafür, dass Parteimitglieder mit „extremen“ Ansichten isoliert wurden. *Labour* begrenzte die parteiinterne Diskussion auf ein Minimum, da diese drohte, den parteiübergreifenden Konsens, der Großbritannien als Kontrollinstanz vorsah, zu zerstören. Für MacDonald war die Aufrechterhaltung einer parteiübergreifenden Indienpolitik und damit eine Modifizierung der bisherigen *Labour*-Debatte zu Indien eine innenpolitische Notwendigkeit geworden, um seine Partei in die nationale Indiendebatte integrieren und aus der Isolation holen zu können. In seinem letzten Brief an Vizekönig Reading, bevor er von Lord Olivier abgelöst wurde, fand der scheidende Staatssekretär William Peel folglich beruhigende Worte. Er ging davon aus, dass *Labour* so sehr mit innenpolitischen Problemen beschäftigt sein würde, dass kaum Zeit für große konstitutionelle Veränderungen in Indien bliebe.⁶⁴⁷

Als Lord Olivier sowohl von Reading als auch von der legislativen Versammlung in Indien zu einer Stellungnahme zum Thema der Selbstregierung gedrängt wurde, machte der neue Staatssekretär klar, dass er sich nicht außerhalb des *Government of India Act* von 1919 bewegen würde. Damit war eine vorgezogene

⁶⁴⁵ *The Times*, 30. Januar 1924.

⁶⁴⁶ M. Ahmed, *The First Labour government and the Problems of India*, *IBR* 12 (2), 1986, 40ff.; C. Bridge & H. Brasted, *The British Labour Party 'Nabobs' and Indian Reform, 1924-31*, *JICH* 17 (3), 1989, 399.

⁶⁴⁷ Peel an Reading, 21. Januar 1924, Reading Papers MSS.EUR E 238/7, 4. Im Folgenden zitiert als Reading Papers E 238.

Einsetzung der *Statutory Commission*, die der GIA von 1919 für 1929 vorgesehen hatte und die den Erfolg oder Misserfolg desselben evaluieren sollte, ausgeschlossen.⁶⁴⁸ In seinem ersten Statement im Oberhaus drückte sich Staatssekretär Olivier allerdings so ungeschickt aus, dass er den Konservativen reichlich Munition für eine Attacke lieferte:

His Majesty's Government having themselves the same ultimate aim as the Indian Swaraj party, namely, the substitution of responsible Indian Dominion Government for the present admittedly transitional political constitution are earnestly desirous of availing themselves in whatever may be found the best possible method of this manifest disposition towards effectual consultation.⁶⁴⁹

In konservativen Kreisen wurde dies dahingehend interpretiert, dass der erste *Labour*-Staatssekretär für Indien öffentlich zugegeben hatte, dass seine Partei ein gemeinsames Ziel mit den *Swaraj*isten – also die Selbstregierung – verfolgte. Gandhi hatte das Konzept *Swaraj* für seine ersten Aktionen zivilen Ungehorsams nach dem *Rowlatt Act* benutzt. Die von MacDonald angestrebte Integration seiner Partei in die nationale Konsensgemeinde und die Etablierung von *Labour* als seriöser Teilnehmer an der Indienebende war damit gefährdet. Die *Times* erinnerte *Labour* daran, dass die Übergabe der Regierungsgewalt an *Swaraj*isten hieße, Macht an eine Gruppe abzugeben, die unter sich religiös gespalten und nur auf die eigene Herrschaft in Indien aus war.⁶⁵⁰

Lord Olivier war sich dieses Dilemmas bewusst und setzte sich in einem geheimen Memorandum mit der Problematik auseinander.⁶⁵¹ Die Hauptschwierigkeit sah er darin, dass *Labour* mit einer Bewegung in Indien konfrontiert war, der die Partei grundsätzlich wohlwollend gegenüberstand. Allerdings räumte der Staatssekretär ein, dass der Anspruch der *Swaraj*-Partei, Indien als Ganzes zu repräsentieren, nicht den nötigen Rückhalt in Indien hatte. Die Allianz der Muslime, Brahmanen und indischen Liberalen im INC war in seinen Augen zu brüchig. Vor allem konnten die Brahmanen laut Olivier Demokratie *per se* nicht favorisieren, da das hinduistische Kastensystem dem entgegenstand. Gandhi selbst verhielt sich aus seiner Sicht schlichtweg reaktionär in seinem Verlangen, Indien in das politische System aus Dorfrepubliken aus vorbritischer Zeit zurückzuführen. Oliviers Unverständnis für die in Indien weit

⁶⁴⁸ Olivier an Reading, 27. März 1924, Reading Papers E 238/7, 11.

⁶⁴⁹ P.D. House of Lords, 56, 26. Februar 1924, 320, zit. in: F. Lee, *Fabianism and Colonialism. The Life and Political Thought of Lord Sydney Olivier*, London 1988, 154.

⁶⁵⁰ *The Times*, 27. Februar 1924.

⁶⁵¹ Memorandum von Olivier, 3. März 1924, PRO/CAB 24/103, C.P. 151 (24).

verbreitete negative Einstellung gegenüber der britischen Aufbauarbeit war groß.

Hier finden sich gleich mehrere Schlüsselkonzepte des Konsenses wieder. Orientalische Andersartigkeit stand dem britischen Westminster-System konträr gegenüber. Die indische Dorfrepublik galt als Ausdruck indischer Rückständigkeit, die wiederum durch die britische Aufbauarbeit gelindert worden war. Aus westlicher Sicht war es schwer verständlich, wie orientalisches Denken den britischen Segnungen ablehnend gegenüberstehen konnte. Mit dieser Kritik am *Swaraj* hielt Olivier an der von MacDonald vorgegebenen Richtung fest. Der Staatssekretär definierte die Situation als veränderungsfähig, jedoch nur unter bestimmten Bedingungen. Diese Bedingungen stellte die Kolonialmacht und wurde damit ihrer Kontrollfunktion über den politischen Prozess in Indien gerecht.

In der Öffentlichkeit erschienen die Probleme des *Labour*-Kabinetts weniger differenziert, und Wedgwood setzte während einer Rede in Swindon alles daran, seine Zuhörerschaft davon zu überzeugen, dass *Labour* Neuerungen in Indien einführen wollte. Mit einem Seitenhieb auf O'Dwyer sowie die Lords Lloyd und Sydenham berief er sich auf einen angeblichen parteiübergreifenden Konsens und stellte fest, alle Parteien in Westminster würden darin übereinstimmen, dass Indien eines Tages eine eigene Regierung erhalten würde. Die alten Gouverneure grenzte er aus der Konsensgemeinde aus, da keiner von ihnen in der Lage sei, diesen Prozess aufzuhalten.⁶⁵² Wedgwood versuchte somit ebenso, *Labours* Indienprogramm in den parteiübergreifenden Konsens zu integrieren und gleichzeitig *Labour* als Partei zu rehabilitieren, die sich seit jeher für die indische Selbstregierung eingesetzt hatte. Während der Druck aus Indien größer wurde und die *Swaraj*-Partei drohte, den GIA von 1919 durch Blockierung der Budgets und andere mögliche Maßnahmen der Räte *ad absurdum* zu führen, verschanzte sich die *Times* hinter der Zehnjahresregel, nach der Indien bis 1929 die Gelegenheit hatte zu beweisen, dass es in der Lage sein würde, weitere emanzipatorische Schritte tragen zu können. Der Leitartikel flüchtete sich in die Ausrede, der GIA von 1919 sei bisher jedoch kaum getestet worden. Trotz der britischen Entschlossenheit, den Reformen eine faire Chance zu geben, war der Erfolg aus diesem Blickwinkel abhängig von der Kooperation von indischer Seite.⁶⁵³ Die *Times* hielt mit dieser Einstellung an dem Prinzip fest, dass die Initiative von London

⁶⁵² Wedgwoods Rede in Swindon vom 10. März 1924, zitiert in *The Times*, 11. März 1924.

⁶⁵³ *The Times*, 13. März 1924.

auszugehen hatte und dass die Kolonialmacht Richter über diesen Prozess sein würde.

Dabei übergang das Blatt die Tatsache, dass die Hälfte der Testperiode bereits verstrichen war. Mit dem Argument, der GIA von 1919 hätte noch nicht genügend Zeit gehabt, sich zu bewähren, wurde der Reform immer noch der Charakter des Neuen gegeben, den sie längst nicht mehr hatte. Andererseits verschaffte man sich eine Atempause, indem die Behauptung aufgestellt wurde, dass die wirkliche Testphase aufgrund der indischen Nichtkooperation noch nicht eingeleitet worden war.

Die damalige Situation in Indien wurde im Parlament von Viscount Curzon (nicht verwandt mit Lord Curzon) als die Schlimmste seit der *mutiny* empfunden.⁶⁵⁴ Während Curzon den GIA von 1919 für gescheitert erklärte, fragte sich der Liberale John Hope-Simpson, warum man diesen nicht einfach ergänzte, wenn er schon nicht so funktionierte wie geplant.⁶⁵⁵ Die gesamte Gesetzgebung sei schließlich auf Veränderung ausgelegt. Dies hätte vermutlich eine verfrühte Kommission zur Evaluierung des GIA von 1919 bedeutet. Konservative Forderungen nach einer klaren Stellungnahme seitens der Regierung blieben jedoch unbeachtet. Die gegenwärtige Lage ließ für *Labour* kein Statement zu, das den bereits angeschlagenen Konsens womöglich unwiderruflich vernichtet hätte. Während der INC-Boykott der Kolonialmacht eigentlich die Kontrolle über die Ausführung des GIA von 1919 genommen hatte, beharrte das Königreich auf seinem Vetum über den politischen Entwicklungsprozess des *British Raj*.

Die Situation in Indien selbst versprach keine Besserung. Die von Motilal Nehru, Vater des ersten indischen Premierministers Jawaharlal, und Chittaranjan Das gerade gegründete *Swaraj*-Partei war in Opposition zu Gandhi getreten, nachdem dieser die Nichtkooperation beendet hatte. Mohammad Jinnah wiederum war es gelungen, mit den 42 *Swaraj*isten und den 23 unabhängigen Mitgliedern des neu gewählten Legislativen Rates eine Fraktion zu gründen, die die 36 britischen Ratsmitglieder überstimmen konnte.⁶⁵⁶ Kommunale Unruhen, die Aktivitäten der *Swaraj*-Partei und eine handlungsunfähige Regierung in London ließen aus konservativer Sicht nichts Gutes ahnen. Weiterhin schienen Annie Besant und ihre Sympathisanten im regen Austausch mit Staatssekretär Olivier im IO zu stehen, was einigen Konservativen suspekt war. Für O'Dwyer etwa war dies Beweis genug für

⁶⁵⁴ HMSO, 172, 15. April 1924, 1257.

⁶⁵⁵ *Ibid.*, 1275.

⁶⁵⁶ Read & Fisher (1997:198f.).

sinistere Aktivitäten. Waren Olivier und Besant nicht alte Fabianisten, die sich noch aus den frühen Tagen der Bewegung kannten? Waren Das und Gandhi nicht verurteilte Terroristen, die nun innerhalb und außerhalb der Räte gegen das *Raj* intrigierten? O'Dwyer war gefangen zwischen Sarkasmus und Verzweiflung:

There is something romantic, indeed fantastic, in this little camarilla of Fabians, Theosophists, Indian extremists, who have been convicted of sedition or rebellion, Indian politicians 'on the shelf' looking for new realms to conquer, sitting down on a London drawing-room to frame a Constitution for a free India and presenting their demands to the Premier and the Secretary of State at pistol point.⁶⁵⁷

Der Subkontinent schien nicht in der Lage zu sein, sich demokratisch bilden und erziehen zu lassen, denn *Swarajisten* hatten die Räte in Bengalen und den Zentralprovinzen mittlerweile völlig lahmgelegt. Der *Guardian* war enttäuscht, denn der GIA von 1919 war für Großbritannien ein Vertrauensbeweis gewesen, da das Gesetz ein hohes Maß an politischer Macht an gewählte Repräsentanten übertragen hatte. Im Gegenzug hatten indische Politiker ihre neue Stellung benutzt, um den GIA zunichte zu machen. Frustriert stellte die Zeitung die Frage: „How can you profitably inquire into the working of an institution which those who should work it refuse to work?“⁶⁵⁸ Das Urteil war vernichtend, denn das Blatt fürchtete, Großbritannien müsse die politische Führung, also die totale Kontrolle, in den boykottierten Provinzen wieder selbst in die Hand nehmen. In Hinblick auf die verfahrenere Situation musste selbst der liberal gesonnene Lord Meston feststellen, dass *Swaraj* eine gewaltbereite antibritische Bewegung sei, die es der Mutternation unmöglich machen wollte, Indien unter Kontrolle zu halten. Ein Erfolg der *Swarajisten* würde die Kolonie in politisches Chaos stürzen und war damit ein Zeichen der politischen Unreife.⁶⁵⁹ Liberalen Kräften blieb nur eine Schlussfolgerung:

We are tempted to conclude that we must either leave India at once and altogether or retain such a hold on the administration as will deprive our adversaries of all hope of shaking us off. Such a conclusion would be the negation of the spirit of Liberalism, but if that spirit is to have a decisive influence on British policy towards India, Indian politicians must come to its aid. They must show, not by words but by deeds, that they have faith that the policy of countries, like the conduct of individuals, is not governed solely by a short-sighted selfishness. [...] Nowhere except in co-operation with the spirit of British Liberalism do we see any hope for India.⁶⁶⁰

Dies hieß, Indien würde weiterhin auf britische Führung angewiesen bleiben.

⁶⁵⁷ M. O'Dwyer, *India as I Knew it*, London 1925, 429.

⁶⁵⁸ *The Guardian*, 1. August 1924.

⁶⁵⁹ *Ibid.*

⁶⁶⁰ *Ibid.*, 28. August 1924.

Die Geschehnisse in Indien ließen nicht nur Zweifel bei Liberalen wie Lord Meston oder dem *Guardian* aufkommen, sondern riefen nun die alte Garde erneut auf den Plan. Selbst Sir Bampfylde Fuller ergriff wieder die Feder und verurteilte diejenigen, die auf die indische Kooperationsbereitschaft gehofft hatten, als naiv.⁶⁶¹

Diese Einschätzung wurde auch von anderen geteilt:

I feel amazed that in the discussion about Indian reforms the fact is also so often forgotten that the present reforms are an experiment. If their failure proves anything, it surely proves the entire unsuitability of a form of government evolved in Britain, and adopted with far from unqualified success by other white races, for Asiatics. The success of responsible representative government depends upon certain qualities of character which those who have lived in the East know, to be lacking in the Oriental. These are blunt words, not much in fashion nowadays, but true [...].⁶⁶²

Der Verfasser des Leserbriefes, der es vorzog, anonym zu bleiben, versicherte die Leser der *Times* alter britischer Werte. Das britische System wurde als zu fortgeschritten für den Subkontinent interpretiert. O'Dwyer und auch Fuller griffen erneut das Konzept der orientalischen Andersartigkeit und auch Unfähigkeit auf, um den bereits vor 1909 etablierten Konsens über die Notwendigkeit der britischen Kontrolle in Indien wiederzubeleben.

Die Problematik des festgefahrenen GIA von 1919 ließ sich von Seiten der *Labour*-Partei nicht verschweigen. Folglich bemühte sich die neue Regierung, die Kooperationsbereitschaft der Inder wiederzugewinnen. Hauptproblem für *Labour* war, dass das gesamte *Dyarchy*-Konzept sowohl in Indien, als auch in Großbritannien fortan als verfehlt galt. Die Frage ging um, ob die für 1929 angesetzte Einsetzung der *Statutory Commission* nicht auch erwägen müsste, Teile der Reformen rückgängig zu machen.⁶⁶³

MacDonalds Versuche vom Oktober 1924, die indische Situation schönzureden, prallten an der harten Kritik der *Times* ab. Sie warf *Labour* vor, keine klare Politik zu verfolgen, wodurch *Swarajisten* und andere immer mehr an Boden gewannen. Trotz ihrer Unterstützung für Reformen in Indien und der vorherigen Kritik an O'Dyerschen oder Fullerschen Methoden, war die *Times* überzeugt, dass nur eine klare und selbstbewusste Politik die Garantie für Ruhe und Ordnung in Indien sein würde. Die Zeitung räumte ein, dass die Situation nicht von *Labour* verschuldet worden war, warf der Regierung jedoch vor, sie würde nur als hilfloser Zuschauer am

⁶⁶¹ *The Times*, 18. September 1924, Leserbrief von Sir Bampfylde Fuller.

⁶⁶² *Ibid.*, 25. August 1924, Leserbrief von Ulysses.

⁶⁶³ *Ibid.*, 8. September 1924, Leserbrief von H. Hobbs.

Rande stehen. Die Tatsache, dass politische Schwierigkeiten in Indien aufkamen, während Großbritannien von einer sozialistischen Partei regiert wurde, machte die Sache für die *Times* noch prekärer:

A British Government that coquets with Bolshevism cannot be expected to assert the high sense of responsibility that is now so urgently needed for the conduct of Indian affairs. The worst influence in India at the present moment is the vague and pervasive suggestion of a British compromise with revolutionary forces.⁶⁶⁴

Immer noch an den Reformen festhaltend und weiterhin fest entschlossen, gegen revolutionäre und aufrührerische Elemente vorzugehen, sah die *Times* die Politik, die sie über die vergangenen Jahre für und gegen Unterstaats- und Staatssekretäre unterstützt hatte, wieder gefährdet. Reformen konnten für sie nur strikt innerhalb des im GIA von 1919 vorgegebenen konstitutionellen Rahmens vonstattengehen. Weitere Schritte wurden jedoch an gewisse Bedingungen geknüpft. Die wichtigste davon war, dass Großbritannien dabei die Führung übernehmen und sich weitere Maßnahmen nicht von den Umständen in Indien diktieren lassen durfte.

Fester Bestandteil der öffentlichen Debatte blieb die Ausgrenzung des INC und seiner Mitglieder. Die Kolonialmacht übte seine Kontrolle über die indischen Diskursteilnehmer aus, indem es ihnen die Teilnahme an der Debatte verweigerte. Man war bereit, mit Indern zu kooperieren, aber nicht mit Swarajisten, Extremisten oder Terroristen, Termini, die durchaus synonym verwandt werden konnten.⁶⁶⁵ Auch aus dem Buckingham-Palast geriet MacDonald unter Druck. Georg V. hatte Staatssekretär Olivier in den Palast zitiert und ihm zu verstehen gegeben, dass Vizekönig Reading, falls erforderlich, zu einer Notstandsgesetzgebung befugt werden sollte.⁶⁶⁶

Für *Labour* bestand die Schwierigkeit in erster Linie darin, sich von den *Swarajisten* innerhalb des INCs distanzieren zu müssen. MacDonalds Partei war nicht nur aus machtpolitischen Gründen daran interessiert, in der Indienfrage als moderat und nicht als radikal zu erscheinen.⁶⁶⁷ Das Prinzip demokratisch gewählter Institutionen musste für die Wiege der europäischen Demokratie politisches Fundament für alle weiteren Schritte in Indien sein. Spaltungstendenzen innerhalb des INC, wie sie sich mit der Gründung der *Swaraj*-Partei manifestierten, schwächten seinen Anspruch auf Repräsentativität und untergrub die demokratische Legitimation

⁶⁶⁴ *The Times*, 23. Oktober 1924.

⁶⁶⁵ O'Dwyer (1925:429).

⁶⁶⁶ Stamfordham an Reading, 14. Oktober 1924, Reading Papers E. 238/1, 43.

⁶⁶⁷ Bridge & Brasted (1989:397).

des Kongresses.

Labours Vorgehen unterschied sich in vielerlei Hinsicht nicht von der Empirepolitik der Konservativen oder Liberalen.⁶⁶⁸ Auch MacDonald ging es darum, Indien im Empire zu halten. Zwar war *Labours* Haltung mit weniger Empire-Hurra verbunden als die ihrer konservativen Landsmänner. Betrachtet man jedoch das gemäßigte Programm sowohl von *Labour* als auch das der Konservativen für den politischen Emanzipationsprozess in Indien, so finden sich dort die gleichen Prinzipien: Fortschritt in Phasen, Heranführen an demokratische Institutionen, administratives Training für Inder und der Aufruf zu Kooperation und Vernunft an *Swarajisten*. Da all dies nur unter britischer Leitung geschehen sollte, wird umso deutlicher, dass *Labour* dem Postulat der britischen Kontrolle über diesen Prozess und damit dem Werdegang seiner Kolonie genauso verhaftet war wie die Konservativen oder gar O'Dwyer. Die Sozialisten erhofften sich Ruhe, Ordnung und Kooperation in Indien durch Vertrauen der Inder ihre guten Absichten.⁶⁶⁹ Damit waren sie nicht weit weg vom Paternalismus der Konservativen.

Es scheint wie eine Ironie des Schicksals, dass eine der letzten Amtshandlungen der MacDonald-Regierung bezüglich Indiens darin bestand – gerade so, wie es Georg V. favorisierte – Vizekönig Reading tatsächlich zur Anwendung repressiver Maßnahmen durch außerordentliche Gesetzgebungen zu autorisieren.⁶⁷⁰ *Labour* war es trotz aller Versprechen der vorangegangenen Jahre nicht gelungen, die britische Indienpolitik entscheidend voranzutreiben. Da halfen auch die Rettungsversuche einiger wohlmeinender Zeitgenossen wie Lord Catto, dem Vorstandsvorsitzenden des in Kalkutta ansässigen Industriekonglomerats Andrew Yule and Company Ltd. nichts, der versuchte, die gescheiterte Indienpolitik der ersten *Labour*-Regierung mit der großen Zahl von innereuropäischen Problemen in jener Zeit zu entschuldigen.⁶⁷¹ Damit drückte er nichts Anderes aus, als dass Indien zur Zeit keine Priorität hatte – auch nicht für eine *Labour*-Regierung. Der *Guardian* mahnte dagegen, dass die britische Kolonialmacht gut daran täte, sich nicht mit der Bekämpfung von Symptomen durch Notstandsgesetze aufzuhalten. Vielmehr sollte man mit den

⁶⁶⁸ Pugh (2002:524).

⁶⁶⁹ Ahmed (1986:40f.); (1982:174ff.).

⁶⁷⁰ Im Oktober 1924 wurden eben diese Sonderbefugnisse in Bengalen Wirklichkeit. Die Polizei in Indien war nun in der Lage, Verdächtige ohne richterliche Anordnung zu verhaften und auf unabsehbare Zeit zu inhaftieren.

⁶⁷¹ *The Times*, 8. November 1924, Leserbrief von T.S. Catto.

gemäßigten Kräften kooperieren, um so eine junge Generation indischer Politiker an sich zu binden.⁶⁷²

So sehr auf den *Labour*-Parteitag von allgemeiner Brüderlichkeit und dem Streben nach Selbstregierung der Inder die Rede gewesen sein mag, so war für die breite Masse in Großbritannien vermutlich das massive Wohnungsbauprogramm des kurz amtierenden Gesundheitsminister John Wheatly weitaus entscheidender. Die Freihandelspolitik der neuen konservativen Regierung unter Stanley Baldwin, die nach nur neun Monaten *Labour*-Regierung ins Amt kam, und die Abschaffung bzw. Reduzierung von Steuern auf verschiedene Lebensmittel mit dem Ziel des *Free Breakfast Table* fielen trugen vermutlich das Ihre dazu bei. In Anbetracht steigender Arbeitslosenzahlen nach 1924 kann man davon ausgehen, dass diesen Programmen weitaus mehr Diskussionsraum zugestanden wurde und sie für die britische Bevölkerung mehr politische Relevanz hatten als das ferne Indien.

Die Phase zwischen dem Erlass des GIA von 1919 und der Einberufung der *Statutory Commission*, die unter Vorsitz des Liberalen Sir John Simon nach Indien reisen sollte, zeigt auf, dass die britischen Parteien trotz aller Rhetorik dem Konsens folgten. Konservative, Liberale und auch *Labour* waren für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, worin sie von der *Times* unterstützt wurden. Auf die eine oder andere Weise gaben alle Parteien Indien zu verstehen, dass ihnen ohne die vorherige Herstellung von Ordnung in Indien die Hände für weitere Schritte gebunden waren. Anfängliche Forderungen der *Labour*-Partei, Indien baldmöglichst zur Selbstregierung zu führen, scheiterten an den realen Gegebenheiten. Ohne jede Regierungserfahrung und lediglich ausgerüstet mit guten Absichten konnte die Partei ihre Vorstellungen nicht verwirklichen. Letztlich erwartete auch sie, dass indische Politiker ihre Rolle als dankbare Untertanen erfüllten, bevor das Königreich die nächste Reformphase einleiten würde.

Da sich alle britischen Parlamentsparteien und auch die Medien über diese Prinzipien bezüglich der indischen Integration in den britischen Verwaltungsapparat der Kolonie einig waren, konnte nach außen kaum eine kontrovers geführte Diskussion stattfinden. Daher war die Indiendebatte inhaltlich als auch die Teilnehmer betreffend in einem gewissen Sinne zentralisiert. Denker der extremen Linken waren zu isoliert, als dass sie großen Einfluss auf die Debatte hätten nehmen können. Auf der anderen

⁶⁷² *The Guardian*, 29. Oktober 1924.

Seite wurden Reformgegner ebenso von der Konsensgemeinde ausgegrenzt, behielten ihrerseits jedoch weiterhin einen erheblichen Einfluss auf den Verlauf der öffentlichen Debatte.

Die Geschichte der ersten *Labour*-Regierung ist auch die Geschichte einer Partei, die sich in den nationalen Konsens über Indien integrierte und zuvor vertretene Positionen aus machtpolitischen Gründen modifizierte. Gerade so wie die Staatssekretäre Morley und Montagu auf nationaler Ebene versucht hatten, die Debatte um politische Reformen in Indien einzuschränken, setzte auch Ramsay MacDonald nach dem erstmaligen Regierungsantritt von *Labour* alles daran, parteiinterne Konflikte über das *British Raj* zu vermeiden. Weiterhin stellte er sicher, dass diejenigen Akteure, die den Weg *Labours* aus der Isolation gefährden könnten, keine Positionen bezogen, von denen aus sie die britische Kontrollfunktion über die Kolonie hätten beeinflussen können. Damit stärkte MacDonald den Konsens über die Notwendigkeit der britischen Kontrolle über Indien. Weder wurden Grenzen überschritten, noch fanden verbotene Worte ihren Weg in die Debatte. Indiens Verweigerung der ihm zugedachten Rolle in Form der Boykottierung der Räte ließ die Mutternation ihre Rolle als Kontrolleur erneut annehmen. Wie andere politische Parteien setzte auch *Labour* auf den Erhalt und die Ausübung der britischen Kontrolle über seine indische Kolonie.

b. Die Einberufung der Simon-Kommission

Die erste sozialistische Regierung in Großbritannien scheiterte letztlich nicht aufgrund der Ereignisse in Indien, sondern wegen eines verlorenen Misstrauensvotums. Im sogenannten Campbell Fall hatte der Verleger des kommunistischen Wochenblatts *The Workers' Weekly* Soldaten zur Befehlsverweigerung aufgerufen. Eine Untersuchung dieses Vorfalls wurde, so Campbell, auf Betreiben des Premierministers eingestellt, woraufhin das Unterhaus selbst eine Untersuchung forderte. Gekränkt stellte MacDonald die Vertrauensfrage und verlor. Während der anschließenden Unterhauswahlen kam es zur Veröffentlichung des Sinowjew Briefes, in dem die Komintern die englische Kommunistische Partei zur bewaffneten Revolution aufrief. Der Brief, der erst 42 Jahre später als Fälschung entlarvt wurde, trug erheblich zum Wahlsieg der Konservativen bei, die nun eine überragende Mehrheit im Unterhaus besaßen.

Lord Oliviers Vorgänger im Amt, Lord Birkenhead, zog erneut als Staatssekretär für Indien in seine Büroräume gegenüber dem St. James Park ein. Lord Sydenham seinerseits erklärte voller Hoffnung einem Kreis patriotischer Damen der feinen Gesellschaft, die neue Regierung habe nun die Möglichkeit, die Fehler, die unter *Labour* gemacht worden seien, wiedergutzumachen.⁶⁷³ Eine ganze Reihe ähnlicher Treffen wurde nun organisiert, im Zuge derer etwa auch Lord Willingdon, Ex-Gouverneur von Bombay und Madras und zukünftiger Vizekönig, seine Zuhörerschaft im Royal Colonial Institute der alten Linie neu versicherte. Es sei zwar ebenfalls die erklärte Politik der konservativen Regierung, letzten Endes Regierungsverantwortung in indische Hände abzugeben. Andererseits sei der Zeitpunkt dafür noch nicht abzusehen:

[T]he principles of the policy of Great Britain should be reiterated. These were: India must remain under British control and within the Empire; the principles of law and order must be upheld and there must be security for the peaceful citizen to carry on his occupation; and the great responsibility and trust which Great Britain had incurred towards India many years ago should not be abandoned.⁶⁷⁴

Mit den Konservativen an der Macht wurde der Bewegungsspielraum innerhalb des Konsenses zunächst wieder eingeschränkt. Willingdon hatte unmissverständlich

⁶⁷³ Rede von Sydenham bei einem Treffen der *British Woman's Patriotic League* vom 17. November 1924, zitiert in *The Times*, 18. November 1924.

⁶⁷⁴ Rede von Willingdon im Royal Colonial Institute vom 9. Dezember 1924, zitiert in *The Times*, 10. Dezember 1924.

klargestellt, dass Indien unter britischer Kontrolle und Teil des Empires bleiben müsse – auch wenn das endgültige Ziel der Indienpolitik erreicht werden würde.

1924/25 wurden zwei bemerkenswerte Bücher veröffentlicht: zum einen O'Dwyers Memoiren *India as I Knew it*,⁶⁷⁵ in denen er gegen „unwissende“⁶⁷⁶ Parlamentarier und „rebellische“⁶⁷⁷ *Swarajisten* ausholte. Immer noch seiner alten Ansicht verhaftet, dass Revolution und Verschwörung überall lauerten, hatte es sich O'Dwyer zur Aufgabe gemacht, die britische Verantwortung gegenüber dem indischen Subkontinent erneut zu betonen. Da die indischen Massen, vor allem in Form von Landarbeitern und Tagelöhnern, laut Sir Michael O'Dwyer keine Stimme im Vereinigten Königreich hatten, wollte er Aufmerksamkeit für Schicksal wecken. Er machte weiterhin den GIA von 1919 für Großbritanniens Probleme in Indien verantwortlich.

Weiterhin sei das gesamte politische Konzept der Montagu-Chelmsford-Reformen nicht mit der indischen Mentalität kompatibel. Verschärft würde die Lage noch dadurch, dass *Labour* mit ihrer Politik des vergangenen Jahres nur diejenigen in Indien begünstigt habe, die ihre sozialistischen Ansichten teilten. Um seine Vorbehalte zu veranschaulichen, beschrieb O'Dwyer, wie er die indischen Politiker einschätzte: sie seien meist Anwälte oder Journalisten, verschlagen, arrogant, städtisch, dem Kastensystem und seinen Privilegien verfallen, ständen über den Massen, die sie verachteten und seien äußerst geübt in Dialektik und destruktiver Kritik. Ihnen fehle es an Charakterstärke, und sie seien in erster Linie eifersüchtig auf die Stellung britischer Beamter. Es war also nicht Selbstregierung und politische Emanzipation, nach der sie strebten, sondern die Machtausübung. Damit waren sie der Gegenpol zu den treuen, hilflosen Massen, die O'Dwyer vor ihnen beschützen wollte und nicht zuletzt auch der Gegenpol des selbstlosen, kompetenten und apolitischen ICS-Beamten. Nichtkooperation war für O'Dwyer ein Charakteristikum sämtlicher aufrührerischer Elemente. Der Terminus *responsible government* würde von den Hindus lediglich als rhetorischer Trick benutzt, um vor politisch Gleichgesinnten in Großbritannien eine oligarchische Herrschaft zu rechtfertigen.

Das gesamte Werk war ein Angriff auf den GIA von 1919, das Konzept der Selbstregierung und auf die Mitglieder der oberen Kasten in Indien. Mit britischer

⁶⁷⁵ M. O'Dwyer (1925).

⁶⁷⁶ *Ibid.*, 145.

⁶⁷⁷ *Ibid.*, 14.

Entschlossenheit wollte O'Dwyer der Situation Herr werden. Damit war nicht unbedingt militärische Gewalt gemeint, wenngleich Truppen in O'Dwyers Indien eine Schlüsselrolle spielten, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Seine patriarchalische Welt wäre wieder zu neuen Leben erweckt worden, wenn Großbritannien sich seiner Mission in Indien erneut bewusst geworden und sich und dieser Mission treu geblieben wäre. Damit war eine Besinnung auf den Konsens von vor 1909 gemeint, der lediglich auf gerechter und effizienter britischer Verwaltung der Kolonie basiert hatte und nicht auf zielgerichteten politischen Reformen. Der GIA von 1919 und seine Folgen waren für den ehemaligen Vizegouverneur des Punjab Verrat an dieser Mission und an den indischen Massen. O'Dwyer sah das Reformpaket als eine Absage an die britische Tradition, die sich aus seiner Sicht seit 1858 bewährt hatte. Sir Michael O'Dwyer hatte die Hoffnung jedoch noch nicht aufgegeben:

[W]e might still lose India: (1) by defeat in battle, or (2) by negligently abandoning it, or (3) by abandoning it on so-called moral grounds. It can, I think, be shown that if we remain true to ourselves and our trust we need have no fear of (1), and that the relinquishment of our responsibilities contemplated in (2) and (3) would be, in the words of Mr. Lloyd George, when Prime Minister, 'the greatest betrayal in history'.⁶⁷⁸

Die zweite Veröffentlichung des Jahres, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung ist, war *The Lost Dominion*. 1924 wurde es zunächst anonym, ab 1925 unter dem Pseudonym Al Carhill veröffentlicht. Dahinter steckte der pensionierte Richter des obersten Gerichtshofs von Bombay, Bennet Christian Huntington Calcraft-Kennedy, dessen Karriere im ICS von 1891 bis 1926 währte, was ihn zu einem Zeitgenossen von O'Dwyer machte. Die Ereignisse auf dem Subkontinent entsprangen für Calcraft-Kennedy einer Mischung aus weltweiten dunklen Machenschaften, hinduistischen Kulturen, kommunistischer Verschwörung, Anarchie und Weltjudentum,⁶⁷⁹ wobei Anspielungen auf die Tatsache, dass der ehemalige Staatssekretär Montagu und der amtierende Vizekönig Reading Juden waren, nur leidlich versteckt waren. Ähnlich wie O'Dwyer sah er das Hauptübel der gesamten Situation in britischer Unentschlossenheit und Kompromissbereitschaft, die in Indien sofort als Schwäche ausgelegt worden seien.

Die *Times* setzte sich mit dem Problem gelassener auseinander und fasste die Ereignisse des Jahres 1924 so zusammen:

The constitution established in the Act of 1919 has encountered graver peril in the fourth year of its working than at any previous stage. Mr. Gandhi has capitulated to the 'Council

⁶⁷⁸ Ibid., 412.

⁶⁷⁹ A. Carhill, *The Lost Dominion*, London 1924, 110, 113f.

entry party', and his non-cooperation plan has perished. [...] the Swarajists members achieved notable success in their wrecking tactics in only two Provincial Legislatures.⁶⁸⁰

Hoffnungsvoll stellte das Blatt und auch der *Guardian* – nicht zum ersten Mal – Gandhis sinkenden Einfluss fest und erklärte, die Dezemberversammlung des INC habe gezeigt, wie hohl die Ansprüche des Kongresses waren, eine vereinte und repräsentative Partei zu sein. Gandhi war in den Augen der *Times* zu einem „abgewrackten“ ehemaligen Führer des INC geworden, der sich noch nicht darüber bewusst geworden sei, dass eigentlich Chittaranjan Das und Motilal Nehru an die Spitze der Organisation gerückt seien.⁶⁸¹ Zum wiederholten Male war folglich eine entschlossene Politik gefragt, um weitere Unruhen zu verhindern.⁶⁸² Nicht weiter verwunderlich war die Reaktion von Sydenham und seinen Freunden, die sich in ihrer Kritik bestätigt fühlten.⁶⁸³

Genau diese Argumente griff der *Guardian* jedoch als Pseudorealismus an. Dem war der von Rushbrook Williams verfasste Bericht über Indien vorausgegangen, den das GOI alljährlich dem britischen Parlament vorlegte. Der Chef der PR-Abteilung des GOI war darin auch auf die Meinung indischer Politiker eingegangen, wofür er stark kritisiert worden war. Der *Guardian* verteidigte Rushbrook Williams:

No one who knows India can suppose that because we ruled her for 150 years therefore we can rule her three hundred millions for ever. We rule India not by Englishmen only but chiefly through hosts of Indian civil servants and an army of Indian soldiers. When these men transfer their allegiance from the British Raj to the idea of an Indian nation, then our Raj will be at an end.⁶⁸⁴

Die Zeitung wies daraufhin, dass diese Veränderung bereits unter den indischen Beamten stattfände und war sich sicher, dass die indischen Soldaten sich bald in diese Entwicklung einmischen würden. Das *Dyarchy*-System war lediglich ein Mittel, um die Übergangsphase zu gestalten.⁶⁸⁵ Darin lag weiterhin die undankbare Aufgabe der Mutternation, wie es Lord Meston während eines Vortrages in Manchester beschrieb. Die Kolonialmacht musste ihre Kontrolle dadurch ausüben, dass sie einen Mittelweg zwischen den Ansichten der indischen Extremisten und denen der Moderaten fände, um dazu beizutragen, Indien mit sicherer Hand auf dem Weg in die Selbstregierung

⁶⁸⁰ *The Times*, 1. Januar 1925.

⁶⁸¹ *Ibid.*, 29. Dezember 1924; *The Guardian*, 30. Dezember 1924.

⁶⁸² *The Times*, 17. März 1925.

⁶⁸³ *Ibid.*, 23. März 1925, Leserbrief von Sydenham.

⁶⁸⁴ *The Guardian*, 2. Februar 1925.

⁶⁸⁵ *Ibid.*

zu leiten.⁶⁸⁶ Während einige Diskursteilnehmer wie O'Dwyer, Calcraft-Kennedy und die *Times* die britische Kontrolle durch die entschlossene Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung garantieren wollten, waren andere wie Lord Meston und der *Guardian* der Auffassung, Großbritannien solle eher sicherstellen, dass es die Kontrolle über die für sie unaufhaltsame politische Transformation der Kolonie behielte.

In Großbritannien richtete man sich für die Berufung der Kommission zur eventuellen Ausweitung des GIA von 1919 auf eine Wartezeit bis 1929 ein, an der die Regierung und die *Times* eisern festhielten. Während der Julidebatte zu Indien im Unterhaus gingen die Abgeordneten auf Staatssekretär Lord Birkenheads Statement ein, das er zwei Tage zuvor im Oberhaus gemacht hatte:

If our critics in India are of the opinion that their greater knowledge of Indian conditions qualifies them to success, where they tell us that we have failed, let them produce a constitution which carries behind it a fair measure of general agreement among the great peoples of India. [...] The door was never closed. It is, on the contrary, open today, but the condition is clear and precise. There will be – there can be – no reconsideration until we see everywhere among the responsible leaders of Indian thought evidence of a sincere and genuine desire to co-operate with us in making the best of the existing constitution.⁶⁸⁷

Josiah Wedgwood stimmte für *Labour* Lord Birkenhead zu und forderte die Inder auf, sich zu einigen, um der Regierung den nächsten Schritt zu ermöglichen. *Labour* ließ sich so vor den konservativen Karren spannen.⁶⁸⁸ In mehreren Artikeln machte der *Guardian* klar, dass er die Bereitschaft seitens des IO, eine konkrete Politik auszuarbeiten, für zu gering hielt. Lediglich Bereitschaft zu erklären, indische Verfassungsvorschläge zu evaluieren, war für den Autor ein zu schwaches Statement.⁶⁸⁹ In Indien nahm man jedoch Lord Birkenheads Herausforderung an. Annie Besant und die *Home Rule League* zögerten nicht lange und begannen, eine Verfassung zu erarbeiten, mit der sie hofften, die von Birkenhead eingeforderte Unterstützung unter den anderen indischen Parteien zu erhalten.

Trotz des Schlagabtauschs war die Debatte zur Stellung Indiens in der britischen Öffentlichkeit auf einem Tiefpunkt angelangt. Falls die Anwesenheitsliste der Unterhausdebatte als Indikator für das britische Interesse angesehen werden kann, so hätte es kaum geringer sein können. Der *Speaker*, John Henry Whitley, musste in ihrem Verlauf zunächst einmal feststellen lassen, ob überhaupt genügend Abgeordnete

⁶⁸⁶ Ibid., 5. März 1925.

⁶⁸⁷ HMSO, 186, 9. Juli 1925, 636.

⁶⁸⁸ Ibid., 637.

⁶⁸⁹ *The Guardian*, 8. und 13. Juli 1925.

für eine Sitzung anwesend waren. Insgesamt verhalf die Debatte der *Labour-Partei* zu einer Annäherung an die Konservativen, denn ausgerechnet MacDonald sorgte dafür, dass die Sitzung in einem allgemeinen Einverständnis endete: die „bemerkenswerte Debatte“ habe gezeigt, dass sich Indien einem vereinten Unterhaus gegenüber sehe.⁶⁹⁰ Mit der Beschwörung der parlamentarischen Einheit in der Indienfrage schloss *Labour* sich dem Konsens wieder neu und bedingungslos an.

Damit hatte die Partei jedoch die Unterstützung und das Vertrauen anderer Gruppierungen verloren. Die Hoffnung von *Labour*, die erste *British Commonwealth Labour Conference* Ende Juli bis Anfang August 1925 nach ihrem Regierungsdebakel als Erfolg für sich verbuchen zu können, wurden durch das Verhalten der indischen Delegierten schwer enttäuscht. Chaman Lall, Mitglied der gesetzgebenden Versammlung Indiens, kritisierte die Versäumnisse der ersten *Labour*-Regierung aufs Schärfste. Wedgwood konterte, indem er – wie zuvor in der Unterhausdebatte – die indische Nichtkooperation für die wenig progressive Politik seiner Partei verantwortlich machte.⁶⁹¹ Dennoch hatte *Labour* seine Glaubwürdigkeit als Anwalt der indischen Bestrebungen in Großbritannien eingebüßt. Die Partei stand vor dem Scherbenhaufen ihrer Indienpolitik. Auffallend ist, dass sich *Labour* ähnliche Vorwürfe bereits 1924 von irischer Seite hatte gefallen lassen müssen, die die Irlandpolitik der Partei mit der Empirepolitik der Konservativen verglichen hatte.⁶⁹²

Auch wenn Annie Besant das IO unter Lord Olivier mit ihren Planungen bestürmt hatte, so war sich *Labour* bewusst, wie unwahrscheinlich eine Akzeptanz ihres Verfassungsvorschlags auf breiter Basis in Indien sein würde. Den Abgeordneten der Partei blieb nichts Anderes übrig, als sich mit der Politik des nun wieder konservativ bestimmten IO zu identifizieren und die vergangenen Monate ideologisch aufzuarbeiten. Howe erklärt *Labours* Dilemma als ein Problem der politischen Ausrichtung. Nachdem *Labour* den Aufstieg in die Korridore der Macht geschafft hatte, musste sie sich von einer rein propagandistischen Körperschaft weiterentwickeln, aber wohin? Das Empire hatte sich seit 1914 verändert. Aber auch hier war nicht ganz klar, was man denn nun mit dem veränderten Empire zu tun hatte.⁶⁹³

⁶⁹⁰ HMSO, 186, 9. Juli 1925, 741.

⁶⁹¹ Report of the first British Commonwealth Labour Conference, July 27 to August 1, 1925, zit. in: Ahmed (1987:77).

⁶⁹² Gibbons (2007:175).

⁶⁹³ Howe (1993:41).

Um sich ideologisch neu auszurichten, verabschiedete die *Labour*-Partei gemeinsam mit ihrer Schwesterpartei, der *Independent Labour Party*,⁶⁹⁴ auf ihrem Parteitag im Oktober 1925 eine Erklärung. Beide erkannten erneut ausdrücklich das Recht der Inder auf Selbstregierung und -bestimmung an. Weiterhin appellierte der Gründer des *Daily Herald* und *Labour*-Mitglied George Lansbury an die konservative Regierung, baldmöglichst Schritte zu unternehmen, nun endgültig eine indische Verfassung zu erarbeiten. Die Partei forderte eine Konferenz unter einer repräsentativen Beteiligung indischer Parteien in London, um eine solche Verfassung zu erarbeiten und begrüßte den von Annie Besant erstellten Vorschlag. Allerdings war *Labour* gezwungen einzuräumen, dass die *Swaraj*-Partei Besants Entwurf nicht mittrug.⁶⁹⁵

In England stellte sich alsbald die Frage, welche Punkte eine zukünftige *Statutory Commission* zu berücksichtigen haben würde. Damit erhöhte sich von mehreren Seiten der Druck auf die Regierung, den im GIA von 1919 geregelten Prozess einer Evaluierung der indischen Situation voranzutreiben. Dieser Druck kam von der *Times*, dem *Guardian* und auch prominenten Indienexperten wie Sir Valentine Chirol. In seinem Buch *India* machte Chirol 1926 auf den rein provisorischen Charakter des GIA von 1919 aufmerksam. Er begrüßte die Umschichtungen innerhalb des ICS,⁶⁹⁶ die dafür gesorgt hätten, dass reaktionäre Kräfte aus seinen Reihen verschwunden waren und somit Platz für neue Rekruten geschaffen worden war.⁶⁹⁷ Er betonte, trotz der *Swaraj*isten, die den GIA von 1919 aus seiner Sicht zum Scheitern gebracht hatten, könne Großbritannien nicht einfach abwarten, sondern müsse handeln. Seitens der *Times* machte sich ebenso ein gewisser Druck auf die Regierung bemerkbar, indem sie häufiger über die mögliche Zusammensetzung der Kommission spekulierte. Als sich die Wahlen zu den Räten Ende 1926 für die *Swaraj*isten als wenig erfolgreich erwiesen, sah die *Times* keinen Hinderungsgrund mehr für die Einberufung einer vorgezogenen Kommission.⁶⁹⁸ Von der Regierung in London wurde der

⁶⁹⁴ Die ILP war von Keir Hardie 1893 gegründet worden und hatte sich 1906 der *Labour*-Partei angeschlossen. Die gemeinsame Erklärung zu Indien ist insofern erwähnenswert, als dass die ILP in den 1920ern verstärkt unabhängige Resolutionen und Strategien entwickelte, die 1932 in ihrer Abspaltung von der *Labour*-Partei mündete. G. Cohen, *The Independent Labour Party. Disaffiliation, Revolution and Standing Orders*, *HA* 86 (282) 2001, 200-221.

⁶⁹⁵ Report of the Executive Committee to the 25th Annual Conference September 29th to October 2nd, 1925, 236-38.

⁶⁹⁶ Sayer (1991:139, 160); Chakravarty (1991:70).

⁶⁹⁷ V. Chirol, *India*, London 1926, 240f.

⁶⁹⁸ *The Times*, 6. Dezember 1926.

schwindende Einfluss der *Swarajisten* als Unterstützung der indischen Wählerschaft für ihre konstitutionelle Politik gedeutet.⁶⁹⁹ War der Wahlausgang eine Konsolidierung des kolonialen Rollenspiels? Premierminister Stanley Baldwin zog während des jährlichen Guildhall-Banketts, das der Bürgermeister von London abhielt, jedenfalls ein positives Fazit und deutete selbst auf die baldige Einberufung der im GIA von 1919 vorgesehenen Kommission hin:

I am able to speak of [India] more hopefully than has been possible for myself or any of my predecessors for many years. (*Cheers*) [...] we rejoice to think that there is a real chance [...] that, whichever party may claim predominance, the policy of non-cooperation will be recognized as reactionary and sterile. [...] We all desire that the Royal Commission, whenever it meets, may find itself justified in recommending a further step on the road by which we, by our pledges, are committed. The miasma of non-cooperation, I believe, has been finally dissipated. Do not – I would earnestly say to all schools of Indian thought – do not approach the Commission with an India distracted by internal dissension. Do not embarrass those who will be the judges of your development. Let them, on the contrary, find an India which has proved herself strong enough [...].⁷⁰⁰

Mit dieser Warnung klang das Jahr aus und der *Guardian* drückte wie Chirol und die *Times* seine Hoffnung darüber aus, dass Staatssekretär Birkenhead die Kommission baldmöglichst einberufen würde, um aus Indien ein selbstregierendes *Dominion* zu machen. Dafür mussten folgende Voraussetzungen erfüllt werden: eine Einigung über die Machtverteilung zwischen den Hindus und Muslimen, ein Arrangement zwischen den Provinzen und den Staaten, die von den indischen Prinzen regiert wurden und die komplette Übernahme der Armee durch indische Offiziere, um die innere und äußere Sicherheit zu garantieren. Die Zeitung erwartete auch, dass die Inder die Mutternation um Hilfe bitten würden, um diese Bedingungen schnell erfüllen zu können.⁷⁰¹ Damit wäre weiterhin eine britische Leitung von Nöten und somit auch eine gewisse Kontrollfunktion gewährleistet.

In positiver Erwartung der Arbeit der neuen Räte verstärkte die *Times* nochmals den Druck auf das IO bezüglich der Einberufung der *Statutory Commission*.⁷⁰² Was das Blatt dazu gebracht haben mag, seine Meinung in Bezug auf die nicht anzutastende Zehnjahresfrist zu ändern, ist nicht ganz klar. Ohne sich zu sehr in das Reich der Spekulation vorzuwagen, sollte man folgende Konstellationen in Betracht ziehen: der Chefredakteur der *Times*, Geoffrey Dawson, war ein enger Freund von Vizekönig Irwin und Premierminister Baldwin und verfügte über hervorragende

⁶⁹⁹ Ahmed (1987:78).

⁷⁰⁰ *The Times*, 10. November 1926.

⁷⁰¹ *The Guardian*, 18. Dezember 1926.

⁷⁰² *The Times*, 31. März 1927.

Kontakte nach Indien.⁷⁰³ Er stand mit beiden in regelmäßiger Korrespondenz und hatte Zugang zu inoffiziellen Nachrichten. Auffallend ist, dass gut eine Woche vor dem erwähnten *Times*-Artikel Staatssekretär Birkenhead und Vizekönig Irwin begonnen hatten, sich über eine mögliche Zusammensetzung und den vorgezogenen Einsatz der Kommission auszutauschen.⁷⁰⁴

Man muss jedoch davon ausgehen, dass Dawsons Hauptquelle nicht der Staatssekretär war. Sein Verhältnis zu Birkenhead war nicht das Beste, und der Redakteur der *Times* machte seinem Ärger in einem Brief an Irwin Luft.⁷⁰⁵ Auf der anderen Seite machte sich Irwin Dawsons gutes Verhältnis zu Premierminister Baldwin zunutze, in dem er den Redakteur bat, einige seiner Ideen inoffiziell dem Premierminister vorzutragen. Baldwin ließ sich daraufhin offiziell von „respektierten Quellen“ über die vizeköniglichen Vorschläge informieren.⁷⁰⁶ Mit der *Times*, dem *Guardian* und Indienexperten wie Chirol drängten etablierte und anerkannte Autoritäten in der Indiendebatte auf den baldigen und möglichst vorgezogenen Einsatz der im GIA von 1919 vorgesehenen Einberufung der *Statutory Commission*. Bezüglich des Narrativs war so eine starke Koalition innerhalb des Diskurses der Meinung, dass die indische Kolonie für eine Evaluierung bereit sei – und damit implizit auch bereit für weitere Schritte, um dem im Konsens etablierten Ziel der Selbstregierung näherzukommen. Dadurch, dass Großbritannien das Urteil über den Verlauf des GOI von 1919 und damit über Indiens politische Reife fällen würde, behielt es seine Kontrollfunktion.

Die *Times*-Kampagne zeigte Wirkung, denn auch im Unterhaus wurden wieder Fragen über den Einsatz der Kommission laut.⁷⁰⁷ *Labour* versuchte nun erneut, in der Debatte die Rolle als Anwalt Indiens im Parlament einzunehmen. Dennoch zeigt der

⁷⁰³ Einer seiner langjährigen Freunde innerhalb des ICS war Harcourt Butler, Gouverneur von Burma und Vater von Richard Butler, dem zukünftigen Unterstaatssekretär für Indien.

⁷⁰⁴ Birkenhead an Irwin, 23. März 1927, Halifax Papers MSS.EUR.C 152/3, 1. Im Folgenden Halifax Papers C 152.

⁷⁰⁵ Durch interne Informanten wusste Dawson, dass es innerhalb des IO häufig Beschwerden über den Staatssekretär gab, da er einen Großteil seiner Zeit damit verbrachte, seine knapp gewordenen finanziellen Mittel aufzubessern. Während seiner Arbeitszeiten im IO diktierte er Bücher, gab bezahlte Interviews und versuchte, so viele Eisen wie möglich im Feuer zu haben. Dawson schätzte, dass Birkenhead wöchentlich kaum mehr als drei Stunden für die Belange Indiens aufwand: ein Hinweis darauf, für wie wichtig Indien in Whitehall erachtet wurde und wie sehr das IO und GOI unabhängig vom jeweiligen Staatssekretär arbeiten konnten. Dawson an Irwin, 1. November 1927, TNL Archives, Dawson Papers.

⁷⁰⁶ Ibid. Ob einer dieser Vorschläge den Vorzug der *Statutory Commission* beinhaltete, kann nicht belegt werden.

⁷⁰⁷ HMSO, 207, 17. Juni 1927, 1370.

Zeitraum 1924-1927 deutlich, wie sehr die Partei sich beim Thema Indien unter MacDonald dem Standpunkt der Konservativen angenähert hatte und dass sie es nicht wagte, den Konsens über Indien an eine Grenze zu bringen. Ihre Reden in der Öffentlichkeit waren an mancher Stelle weniger auf ein Einverständnis mit den Konservativen bedacht, aber da, wo der direkte Schlagabtausch stattfand, im Parlament, verhielt sich der etablierte *Labour*-Flügel recht zahm. Es gelang MacDonald, den Teil seiner Partei, der sich mit den indischen Nationalisten identifizierte, im Unterhaus in seine Schranken zu weisen. Der Druck des linken Parteiflügels stieg zwar an, wurde aber parteiintern während des Parteitages von 1928 endgültig geblockt.⁷⁰⁸ Folglich sahen viele in der *Labour-Partei* kein unmittelbares Ende der britischen Herrschaft voraus. *Labour*-Mitglied Frederick William Pethick-Lawrence, der künftige Staatssekretär für Indien, ging davon aus, dass der Subkontinent innerhalb der nächsten 25 Jahre in kleinen, wohl dosierten Schritten das Ziel der Selbstregierung erreichen könne.⁷⁰⁹ Dass die Kolonialmacht diese Dosierungen verabreichen würde, war auch von *Labour* weiterhin anerkannt.

Labour war seit ihrem ersten Regierungsantritt 1924 darum bemüht, den Konsens aus macht- und innenpolitischen Gründen zu erhalten. Diese Strategie führte zu zwei Ergebnissen. Zum einen wurde der Konsens über die Fortführung der britischen Kontrolle durch *Labours* Unterstützung gestärkt. Zum anderen bewegte sich die Partei bezüglich Indiens auf die Konservativen zu. Die Natur des GIA von 1919 – die zugrundeliegende Idee, bereits durchgeführte Reformen zu untersuchen, um sie eventuell weiterzuführen – sowie *Labours* Etablierung in Westminster führten jedoch dazu, dass die Option, es beim GIA von 1919 zu belassen – oder ihn gar einzuschränken – immer noch eine Möglichkeit blieb.

Vier Tage nach der Debatte verfasste Birkenhead jedoch ein Memorandum, in dem er nicht nur für eine vorgezogene Kommission plädierte, sondern auch für eine rein britische Zusammensetzung derselben.⁷¹⁰ Der Grund für die vorzeitige Berufung der Kommission lag nicht nur in der Befürchtung, dass 1929 erneut eine *Labour*-Regierung an der Macht sein könnte. C. Bridge und H. Brasted haben herausgearbeitet, dass das wichtigste Kriterium der Kommission für Birkenhead und Irwin ein

⁷⁰⁸ Brasted & Bridge (1988:84).

⁷⁰⁹ Wie die Geschichte zeigte, war seine Einschätzung in Bezug auf den Zeitrahmen korrekt. Was die Art und Weise anbetraf, hätte er sich kaum mehr täuschen können. F. Pethick-Lawrence, *Indian Problems*, London 1927.

⁷¹⁰ Memorandum von Birkenhead, 12. Juli 1927, PRO/CAB24/187, C.P. 187 (27).

einheitlicher Bericht war. Was Birkenhead im Falle einer eventuell von *Labour* ernannten *Statutory Commission* vor allem vermeiden wollte, war der Einsatz indischer Kommissare. Eine indische Beteiligung, so glaubte er, würde einen einheitlichen Abschlussbericht unmöglich machen. Die Sorgen des Staatssekretärs waren jedoch unbegründet, da MacDonald Birkenheads Argumentation bereits ohne Abstriche zugestimmt hatte.⁷¹¹ Bemerkenswert bleibt, dass Birkenhead es für nötig hielt, seinen Kabinettskollegen zu versichern, dass eine vor 1929 einberufene Kommission nicht aufgrund indischer Agitation erfolgen würde. Er erklärte, jede britische Regierung habe solche Versuche bisher abgewehrt und er gedenke, sich auch weiterhin so zu verhalten. Birkenheads Strategie ging auf, und das Kabinett billigte seine Vorschläge.⁷¹²

Die Kommission sollte aus sieben Mitgliedern bestehen: vier davon sollten die regierenden Konservativen stellen, einen die Liberalen und die *Labour*-Partei. Was das Kabinett bereits hinter verschlossenen Türen entschieden hatte, wurde von der *Times* zunächst in allen Varianten durchgespielt. Dawson schrieb an seinen Freund Harcourt Butler, den Gouverneur von Burma:

I have been thinking a good deal about India these last few days, having discovered by Socratic process (for no Ministers ever tell me anything) both that the Statutory Commission is imminent and that its members are chosen. The conclusions to which I have come are, briefly, that the Government are right in plumping for a Parliamentary Commission pure and simple (you will find a leader to this effect in The Times of this morning); but I am far less certain about the personnel.⁷¹³

Dawson ging davon aus, dass die *Statutory Commission* keinerlei Entscheidungsgewalt haben könne. Die Mitglieder der Kommission sollten aus den Reihen der Parlamentarier rekrutiert werden, da diese letztlich über die indische Frage zu entscheiden haben würden. Am 7. November 1927 schließlich wurde die offizielle Mitgliederliste der *Statutory Commission* bekannt gegeben, die nach ihrem Vorsitzenden, Sir John Simon, als Simon-Kommission in die Geschichte einging. Simon war ein persönlicher Freund von Lord Birkenhead. Beide teilten die Ansicht, dass Indien so lange wie möglich unter britischer Herrschaft verbleiben sollte.⁷¹⁴

Labours Drang, sich fest in die britische Konsensgemeinde über Indien zu integrieren, trug dazu bei dazu, den Konsens über die Fortdauer der britischen

⁷¹¹ Bridge & Brasted (1989:401).

⁷¹² Protokoll der Kabinettsitzung vom 20. Juli 1927, PRO/CAB. 23, 55.

⁷¹³ Dawson an H. Butler, 1. November 1927, TNL Archives Dawson Papers.

⁷¹⁴ Gopal (2009:89).

Kontrollfunktion über Indien zu stärken. Fairerweise muss man *Labour* zugestehen, dass die indische Boykottbewegung es selbst einer gefestigten und regierungserfahrenen Partei schwer oder gar unmöglich gemacht hätte, die politische Emanzipation der Kolonie voranzutreiben. Dem widersprachen folgende Faktoren: zum einen durfte, nach der vorherrschenden Auffassung, eine vorgezogene Einberufung der *Statutory Commission* nicht aufgrund von Druck aus Indien entsandt werden, sondern konnte nur als Ausdruck britischer Initiative erscheinen. Diese Ansicht war bereits seit dem Ersten Weltkrieg etabliert und auch Voraussetzung für Montagus Erklärung von 1917 und für die Verabschiedung des GIA von 1919 gewesen.

Um die Einheit der *Statutory Commission* — stellvertretend für einen nationalen Konsens — zu erreichen, musste der Beitritt indischer Kommissare verhindert und sichergestellt werden, dass *Labour* nicht durch eine Absage versuchen würde, den Konsens an eine Grenze zu bringen. Ersteres gelang ihm ohne Problem. Seine Sorgen um *Labour* waren unberechtigt, zieht man in Betracht, wie sehr MacDonald selbst dazu beitrug, den Konsens über Indien innerhalb seiner Partei zu forcieren.

Dabei tauchten im *Guardian* jedoch erste implizite Warnungen auf, die die Fähigkeit der Kolonialmacht, ihre Kontrollfunktion auszuüben, in Frage stellten. Da war zum einen die Feststellung, dass selbst moderate Gruppen in Indien die Entlassung in die Unabhängigkeit innerhalb einer Dekade forderten.⁷¹⁵ Zum anderen gab es konkrete Warnungen an die Mutternation, die Natur ihrer Kontrollfunktion zu überdenken. Die Zeitung wies auf die Gefahr für die Sicherheit des Empires hin:

India free would be no longer India subservient. That is all we have to fear. Her friendship and her aid could be secured – at a fair price, – but India unfree must undoubtedly, sooner or later, become the most dangerous of our enemies.⁷¹⁶

Damit war die Kommission nicht nur aufgefordert, eine Lösung für Indiens politische Ansprüche zu finden. Das Königreich musste in der Lage bleiben, Indien im Empire zu halten und eine vollkommene Unabhängigkeit zu vermeiden. Damit war das Wort Unabhängigkeit noch nicht als Konzept in den Diskurs eingeführt, geschweige denn als Test für die Grenzen des Konsenses. Aber Mitte der 1920er Jahre liegen die Ursprünge für eine sich anbahnende Auseinandersetzung mit diesem verbotenen Wort

⁷¹⁵ *The Guardian*, 22. August 1925.

⁷¹⁶ *Ibid.*, 8. Juli 1927.

im Diskurs um Indiens politische Emanzipation.

2. Simon geht nach Indien

a. „Ein guter Vorsitzender, aber ein schrecklich schwaches Team“⁷¹⁷

Die Zusammensetzung der Simon-Kommission war für viele eine Enttäuschung. Dawson glaubte sogar, dass nur die dritte Garde zur Verfügung gestanden habe angesichts des zeitgleichen Gerangels um die Aufstellung von Kandidaten für den Wahlkampf.⁷¹⁸ Sir John Simon selbst hatte im Vorfeld Überlegungen bezüglich seiner parlamentarischen Zukunft angestellt. Der Staatssekretär für Indien, Lord Birkenhead, musste ihm versprechen, den Vorsitzenden der *Conservative Party Organisation*, John C. C. Davidson, dazu zu bewegen, die Aufstellung eines konservativen Gegenkandidaten in Simons Wahlkreis zu verhindern.⁷¹⁹

Um über die bemängelte schwache Besetzung der Kommission hinwegzutäuschen, versuchte Irwin von Indien aus, die Unerfahrenheit der Mitglieder als Vorteil darzustellen. Parlamentarier ohne „indische Vorgeschichte“ würden in der Lage sein, ohne festgefahrene Meinungen zu einem neuen Ansatz zu gelangen.⁷²⁰ Die *Times* machte sich allerdings nicht einmal die Mühe, ihre Enttäuschung über die Ansammlung politischer Leichtgewichte zu verbergen und fand Trost im parlamentarischen Charakter der *Statutory Commission*, der ihr, so glaubte sie, die nötige Autorität verschaffen würde. Eine anders geartete Kommission hätte wenig Aussichten auf einen einheitlichen Bericht geboten, womit sich die *Times* Irwins Auffassung anschloss.⁷²¹

Labour nahm jedoch genau daran Anstoß. Während des Parteitages im Oktober 1927 wurde beschlossen, eine Kommission nur zu unterstützen, wenn sie Indiens Vertrauen genösse.⁷²² Diese Klausel ließ viel Raum für unterschiedliche Interpretationen, da sie nicht unbedingt die Anwesenheit indischer Mitglieder in der Kommission voraussetzte. Fast schon naiv oder unerklärlich optimistisch waren hingegen einige konservative Kreise in London. Lord Linlithgow, der Vorsitzende der königlichen Kommission für Landwirtschaft in Indien und zukünftiger Vizekönig war

⁷¹⁷ Dawson an Irwin, 1. November 1927, TNL Archives, Dawson Papers.

⁷¹⁸ Ibid.

⁷¹⁹ D. Dutton, *Simon. A political Biography of Sir John Simon*, London 1992, 84.

⁷²⁰ *The Guardian*, 9. November 1927.

⁷²¹ *The Times*, 9. November 1927.

⁷²² *Report of the Executive Committee to the 27th Annual Conference, October 3rd to 7th, 1927*, 255.

überzeugt, dass kein Boykott drohe, sollte eine Kommission ohne indische Mitglieder berufen werden. Gemeinsam mit dem Staatssekretär sah er indischen Reaktionen gelassen entgegen. Beide hofften, den gemäßigten Teil der indischen Politiker für ihre Politik zu gewinnen und mit dem Bericht eine unantastbare Basis für die nächsten zwanzig Jahre zu schaffen. Einheit und Stärke hatten Priorität vor Qualität.⁷²³

Die Befürchtungen wegen der rein britischen Zusammensetzung der Kommission schlugen sich in den Prognosen des *Daily Herald* nieder, der darauf hinwies, dass nicht nur die *Swarajisten*, sondern auch indische Anhänger des *British Raj*, wie der Maharaja von Burdwan, damit drohten, die Arbeit einer solchen Kommission zu boykottieren. Fälschlicherweise glaubten die Macher des Blattes, Vizekönig Irwin sei für eine gemischte Kommission und kämpfe allein auf weiter Flur.⁷²⁴ Tatsächlich war es gerade Irwin, der sich gegen eine Kommission dieser Art ausgesprochen und Birkenhead von seinem Standpunkt überzeugt hatte.⁷²⁵

Mit der Zeit rückte *Labour* von ihrer Forderung ab, eine gemischte Kommission zusammenzustellen. Die Partei-Exekutive hatte Instruktionen gegeben, den Staatssekretär nur dazu zu bewegen, alles Nötige einzuleiten, um die Kooperationsbereitschaft der indischen Seite zu gewährleisten. Birkenhead wurde gebeten, Konsultationen zwischen einem Komitee der indischen Legislative und der Kommission zu garantieren.⁷²⁶ Und so war der *Labour*-Vorsitzende, George Lansbury, gezwungen, die Entscheidung, Abgeordnete seiner Partei auch ohne die zuvor eingeforderten indischen Kommissionsmitglieder nach Indien zu schicken, vor der Partei und vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Im *Daily Herald* schrieb er apologetisch, dass die Kommission mit oder ohne *Labour* ihre Arbeit aufnehmen würde und dass eine zukünftige *Labour*-Regierung mit Simons Bericht würde arbeiten müssen.⁷²⁷

Der *Guardian* empfand es als unklug, keine indischen Kommissare an dem Prozess teilhaben zu lassen, da die Arbeit der Kommission von indischer Kooperationsbereitschaft abhängig sei, die man nun kaum erwarten könne.⁷²⁸ Das Blatt unterstützte jedoch die Resolution der *Labour*-Partei, die die Inder dazu aufrief,

⁷²³ Birkenhead an Irwin, 23. Juni 1927, Halifax Papers C 152/3, 18.

⁷²⁴ *The Daily Herald*, 9. November 1927.

⁷²⁵ Birkenhead an Irwin, 23. März 1927, Halifax Papers C 152/3, 8.

⁷²⁶ M. Ahmed, *The Indian Statutory Commissions and British Labour Politics*, *IBR*, 12 (1), 1985, 81.

⁷²⁷ *The Daily Herald*, 25. November 1927; Ahmed (1985:82); Moore (1987:86).

⁷²⁸ *The Guardian*, 9. November 1927.

die kommende Parlamentsdebatte abzuwarten, ehe ein Urteil über die Kommission gefällt würde.⁷²⁹ Birkenhead, mit der *Times* im Rücken, sah der Pressekritik gelassen entgegen:

The announcement of the Commission has, on the whole, been extremely well received in this country, and I do not anticipate that we shall have any serious parliamentary difficulty. The *Daily News*, of course, the *Manchester Guardian* and the *Westminster Gazette* profess bitter indignation at the non-inclusion of Indians. But this was to be expected.⁷³⁰

Ohne Kontroverse verlief die Diskussion um *Labours* Teilnahme allerdings nicht.⁷³¹ Das Kabinett hielt mehrere Sitzungen ab, in denen ein möglicher Rücktritt der *Labour*-Kommissare Clement Attlee und Vernon Hartshorn sowie dessen mögliche politischen Folgen thematisiert wurden.⁷³² Birkenhead hielt engen Kontakt zu den drei *Labour*-Mitgliedern des Indienkomitees MacDonald, Lansbury und Philip Snowden — *Labours* erster Finanzminister 1924 — , um die Kooperation der Opposition zu garantieren.

Um eine rein britische Delegation in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, vertrat die Regierung die Meinung, dass nur eine parlamentarische Kommission das Problem der politischen Reformen in Indien untersuchen könne. Irwin selbst hatte zuvor betont, das Parlament sei eher bereit, einen Bericht, der aus den eigenen Reihen heraus verfasst würde, gutzuheißen.⁷³³ Weiterhin hätte die Kommission nur beratende Befugnisse, und ihr Bericht würde im Anschluss von einem Parlamentsausschuss zunächst überarbeitet werden, bevor man ihm dem Parlament vorlegte. Gemäß dieser Linie betonte der ehemalige liberale Finanzminister Sir Robert Horne während einer Rede in Glasgow, die Regierung sei berechtigt, eine rein britische Kommission zu ernennen. Da das Parlament allein verantwortlich sei, sei es auch befugt, indische Fragen alleine anzugehen.⁷³⁴ Damit unterstrich er gleich zwei Aspekte des britischen Konsenses. Zum einen den, dass Indien außerhalb der Parteipolitik vereint durch das Parlament regiert werde und auch den Konsens über die Ausübung der britischen

⁷²⁹ Ibid., 10. November 1927.

⁷³⁰ Birkenhead an Irwin, 10. November 1927, Halifax Papers C 152/3, 30.

⁷³¹ Siehe dazu Brasted & Bridge (1989:401f.). Das Problem wurde dadurch gelöst, dass Birkenhead einwilligte, zu einem späteren Stadium indische Mitglieder zu integrieren. Der Staatssekretär war dagegen, diese Entscheidung zu veröffentlichen, um die Arbeit der Kommission im Vorfeld nicht zu beeinflussen.

⁷³² PRO/CAB 23, 55 und 58. Dabei waren beide ausgewählt worden, da sie als „nüchtern“ galten. Brasted & Bridge (1989:401).

⁷³³ *The Guardian*, 9. November 1927.

⁷³⁴ *The Times*, 12. November 1927.

Kontrolle über Indien, die keine Eingabe seitens der Inder benötigte.

Nach außen kreiste die Argumentation somit um den britischen Parlamentarismus. Um demokratische Reformen in Indien voranzutreiben, musste man sich im Rahmen der Westminster-Demokratie bewegen. Nur eine parlamentarische Zustimmung konnte weitere Schritte in Indien legitimieren. Dies diente mehreren Zwecken: die britische Öffentlichkeit sollte davon überzeugt werden, dass alles Erdenkliche unternommen würde, um den Erfolg der Kommission zu garantieren. Weiterhin sollte der Kommission die nötige Autorität verschafft werden, indem betont wurde, sie entspräche dem Westminster-System. Nur ein Gremium, das das volle Vertrauen des Parlaments genoss, konnte zu schnellen und reibungslosen Ergebnissen führen. Andere Lösungen drohten, den konstitutionellen Prozess aufzuhalten. Es sollte also der Eindruck entstehen, dass die Regierung so schnell wie möglich Resultate herbeiführen wollte. Die *Times* billigte diese Vorgehensweise, indem sie behauptete, dass nicht wenige indische Politiker drohten, die *Statutory Commission* nur deswegen zu boykottieren, weil sie nicht selbst als Mitglieder benannt worden waren.⁷³⁵ Die britische parlamentarische Demokratie wurde der angeblichen politische Unreife Indiens gegenübergestellt. Mit dieser Mischung aus Konstitutionalismus und Polemik versuchte man, der Simon-Kommission vor allem im eigenem Land Autorität zu verschaffen und hielt damit auch an dem Konsens fest, dass die Mutternation am besten wisse, wie der Prozess vonstattengehen sollte. Diejenigen, die das aus Indien heraus anzweifelten, erfüllten damit nicht ihre Rolle als dankbare Untertanen, die dem Königreich vertrauten.

In Whitehall war Birkenhead jedoch weiterhin nicht sicher, ob sich die *Labour*-Abgeordneten Attlee und Hartshorn Simon anschließen würden. Noch am Tage der Debatte wurde eine Notsitzung des Kabinetts abgehalten. Der Staatssekretär wurde erst eine Stunde vor dem Beginn der Unterhaussitzung darüber informiert, dass *Labour* seinen Antrag nicht blockieren würde. Die Debatte um die vorgezogene Untersuchung des GIA von 1919 war somit nur noch reine Formsache.⁷³⁶

Der *Guardian* sah mit gemischten Gefühlen auf die Arbeit der Kommission. Er befürchtete nicht nur einen Boykott seitens der Inder, sondern auch sinkende Chancen für eine von allen Seiten akzeptierte Verfassung. Die Zeitung wies auf erneut

⁷³⁵ Ibid., 16. November 1927.

⁷³⁶ Birkenhead an Irwin, 1. Dezember 1927, Halifax Papers, C 152/3, 31. Die Sitzung des Unterhauses verlief entsprechend kurz und knapp. HMSO, 210, 22. November 1927.

aufflammende kommunale Unruhen in Neu-Delhi hin, um auf die gespannte Lage im Land aufmerksam zu machen. Würde das Westminster-System in Indien, selbst in modifizierter Form, Fuß fassen können? Erwartungen an die Kommission wurden an dieser Stelle zurückgeschraubt:

All that we must aim at is to make over the work of Indian administration to a native Government which shall be at once tolerable and stable, and the Commission's function is to see how much a Government can be brought into being and by what stages it can safely take over the administration of India.⁷³⁷

Damit war klar, dass der Auftrag der Simon-Kommission nur auf das Allernötigste beschränkt sein konnte. Während die indische Kolonie *Dominion*-Status oder Unabhängigkeit forderte, schien sich die Debatte in Großbritannien darum zu drehen, wie viel Kontrolle man aus Sicherheitsgründen überhaupt in indische Hände abgeben konnte. In Regierungskreisen und in der *Times* war über Jahre hinweg jeder Schritt in Richtung politischer Reformen als britische Initiative gedeutet wurde. Der *Guardian* schrieb nun jedoch:

There can be no doubt that the decision [to antedate the procedure by two years] is a wise one. There has been constant agitation in India for an immediate revision of the 1919 Act, and *this is the concession to it.*⁷³⁸

Die Prämisse, politische Entscheidungen würden allein auf britischer Seite getroffen, ohne auf indische Erwartungen einzugehen, war damit in Frage gestellt.

Dennoch erkannte das Blatt, dass alle Versuche, Indien mit einer Verfassung zu versehen, ohne Rückhalt im britischen Volk umsonst sein würden. Der *Guardian* sah drei Varianten öffentlicher Meinung im Vereinigten Königreich. Indische Selbstverwaltung war demnach: (1) vorstellbar, (2) wünschenswert oder (3) unausweichlich.⁷³⁹ Für die Zeitung war ein Beharren auf dem GIA von 1919 in seiner jetzigen Form unmöglich. Ein weiterer politisch-evolutionärer Schritt war nötig. Von Simon erhoffte das Blatt, er würde Vorschläge einreichen, mit denen die Verwaltung Indiens neugestaltet werden könnte. Die Frage, ob einige der Reformen von 1919 rückgängig gemacht werden müssten, stellte sich für ihn nicht. Das Problem stellte für ihn nicht der GIA von 1919 und seine Folgen dar, sondern vielmehr ein Arrangement zwischen den so konfliktiven indischen Kommunen zu finden.

Die *Times* verhielt sich eher abwartend, während der *Guardian* konkrete

⁷³⁷ *The Guardian*, 16. November 1927.

⁷³⁸ *Ibid.* (Kursiv durch Autor).

⁷³⁹ *Ibid.*, 28. November 1927.

Forderungen nach erkennbaren, allerdings nicht präzise definierten Schritten stellte. Beide Zeitungen argumentierten aus ihrer Sicht aus dem anerkannten Konsens heraus. Der GIA von 1919 bildete für beide die Argumentationsbasis, wobei die *Times* einerseits mögliche Veränderungen nicht ausschließen wollte, die Simon-Kommission für sie jedoch die Schiedsrichterrolle über den bisherigen Erfolg oder Misserfolg der Reformen von 1919 und damit auch der indischen Ratsmitglieder einnahm. In dieser Rolle wurde die Kommission zur Verkörperung der immer noch anhaltenden britischen Kontrolle über Indiens politische Emanzipation. Der *Guardian* hingegen sprach der Gesetzgebungen zu, *per se* auf Veränderung ausgelegt zu sein und erwartete folglich von Simon Vorschläge über das Wie und nicht das Ob. Der britische Konsens wurde somit weiter geschwächt. Während ein Teil der britischen Diskursteilnehmer das Augenmerk auf die Zeit vor 1919 gerichtet hielt, begann der andere Teil, optimistisch auf die Entwicklung nach 1929 zu schauen, da für sie der GIA von 1919 für diese Phase die Option für neue Schritte offengelassen hatte.

Ein Leserbrief an die *Times* unterstreicht, wie wichtig die rein britisch zusammengesetzte parlamentarische Kommission für das Selbstverständnis im Königreich war. Der Verfasser war überzeugt, dass Großbritannien keine anderen Repräsentanten nach Indien hätte entsenden können, die gleichzeitig so neutral und mit soviel Autorität ausgestattet waren. Weiterhin befänden sich unter den Mitgliedern weder ehemalige ICS-Beamte noch Beamte des IO:

It is a judicial body, drawn from outside, representatives of neither of the parties immediately concerned, but representative of different Parliamentary parties. Its only bias will be a sense of deep responsibility for the welfare of India; and in this spirit it will collect evidence, formulate views, and lay the result before the British Legislature, which is the ultimate tribunal.⁷⁴⁰

Hier wurde erneut auf britische Ehre und Wahrhaftigkeit, sowie die Verantwortung der Mutternation für das Wohlergehen seiner indischen Untertanen angespielt. Das gesamte Parlament, die gewählten Repräsentanten des britischen Volkes und damit das Vereinigte Königreich, waren durch die Kommissare vertreten. Angeblich ohne Eigeninteresse, objektiv und mit geballter parlamentarischer Erfahrung ausgestattet würde die Kommission nun Erkundigungen über Indiens zukünftigen politischen Werdegang einholen. Angesichts dieser aus seiner Sicht positiven Faktoren gab sich der Schreiber überrascht über das Misstrauen, das den Kommissaren von indischer

⁷⁴⁰ *The Times*, 23. November 1927, Leserbrief von H. Sharp.

Seite entgegengebracht wurde.

Allen Appellen zum Trotz entschied ein Großteil des politischen Indiens, Simon und seine Kommission zu boykottieren. Dabei befand sich vor allem *Labour* in einer misslichen Lage. Indien schien sich nicht mehr Hilfe suchend an die Partei zu wenden. In dem Prozess, sich in die britische Konsensgemeinde zu integrieren, hatte *Labour* seine Autoritätsstellung in Indien offenbar eingebüßt. Die Partei sah sich gezwungen, auf den Blackpooler Parteitag des Vorjahres zu verweisen, auf dem sie beschlossen hatte, Indiens nationale Bewegung zu unterstützen. Sollte man wieder an die Macht kommen, würde *Labour* weitere Schritte nur mit Indiens Zustimmung einleiten.⁷⁴¹ Wie der *Guardian* im November 1927 trug *Labour* so dazu bei, den Konsens über die Notwendigkeit der alleinigen britischen Kontrolle über Indiens politische Entwicklung zu hinterfragen. Bisher war von Indien erwartet worden, dass es seine politischen Schritte zur Selbstregierung von der britischen Zustimmung abhängig mache. *Labour* hatte dieses Prinzip nun auf den Kopf gestellt. Dennoch brachte auch *Labour* seine Enttäuschung und Unverständnis über den indischen Boykott zum Ausdruck.⁷⁴² Somit kam es zu einer Übereinstimmung unter den Konservativen, den Liberalen und *Labour*, indem alle versuchten, Indien von den ehrbaren britischen Absichten zu überzeugen und davon, dass das Königreich die richtige Lösung für Indien finden würde.

Auf der Suche nach möglichen Verbündeten in Indien stieß die *Times* alsbald auf die Muslime. Aber auch von dieser Seite war die Unterstützung für das *Raj* nicht mehr ungebrochen. Die Muslim-Liga hatte sich über die Frage des Boykotts der Simon-Kommission in die Shafi-Gruppe und die Jinnah-Gruppe gespalten. Während sich Sir Muhammad Shafis Anhänger auf ihrem Treffen in Lahore (31. Dezember 1927 - 1. Januar 1928) für eine Kooperation ausgesprochen hatten, rief Jinnah auf der Versammlung in Kalkutta (30. Dezember 1927 - 1. Januar 1928) den Boykott aus. Dennoch sah die *Times* Licht am Ende des Tunnels:

The visit of the Statutory Commission furnishes the Indian Moslems with an excellent opportunity of laying their case before the delegates of the Imperial Parliament. They will be all the more disposed to do so since they must be aware that the Hindu propagandists have been working energetically in London for the abolition of communal representation. They have been particularly active among members of the Labour Party [...].⁷⁴³

⁷⁴¹ *Report of the Executive Committee to the 27 Annual Conference to be held in Blackpool, October 3rd to 7th, 1927, 256ff.*

⁷⁴² *The Daily Herald*, 3. Januar 1928.

⁷⁴³ *The Times*, 6. Dezember 1927.

Die *Times* analysierte die Situation mit einer überraschend offenen *divide et impera* Einstellung. Diese Ansicht wurde im IO intern geteilt. Um Simon vor Peinlichkeiten zu bewahren, empfahl Staatssekretär Lord Birkenhead Vizekönig Irwin einen Tag nach Simons Abreise, dafür zu sorgen, dass die Kommission erst gar nicht versuchen sollte, sich mit denjenigen Indern zu treffen, die eine solche Zusammenkunft ausschlagen könnten.⁷⁴⁴

Als der Boykott immer wahrscheinlicher wurde, fühlte sich die *Times* berufen, ihre Landsleute zu beruhigen. Demonstrationen und Boykottandrohungen wurden als *Farce* bezeichnet, die Teil des üblichen politischen Kalküls in Indien seien. Indiens Intelligentsia richtete sich laut *Times* lediglich auf die neue Situation ein. Von der vorgezogenen Einberufung der *Statutory Commission* in gewissem Sinne überrascht, interpretierte man hier den Boykott als ein Mittel der zerstrittenen indischen Parteien, über die Uneinigkeit innerhalb der eigenen Reihen hinwegzutäuschen.⁷⁴⁵ Während die Medien einerseits versuchten, die Isolation kritischer Inder, wie Jinnah und verschiedener INC-Mitglieder, voranzutreiben, wurde gleichzeitig ein britisches „Wir-Gefühl“ angeregt. Die Kommission verkörperte Großbritanniens nationalen Willen, die bestmögliche Entwicklung für Indien zu verwirklichen.

Der britische Konsens über einen ausschließlich von Großbritannien gelenkten und kontrollierten Prozess, ohne dabei auf indischen Druck einzugehen, wurde 1927 an seine Grenzen gebracht. Dies geschah zum einen durch die Berichterstattung des *Guardian*. Die Behauptung der Zeitung, dass jahrelange Aufrufe aus Indien dazu beigetragen hätten, die Kolonialmacht dazu zu bewegen, die *Statutory Commission* früher als im GIA von 1919 geplant nach Indien zu senden – wohlgermerkt unter Annahme, dass die Gesetzgebung revidiert und erweitert werden würde – stand im krassen Gegensatz zum Postulat der absoluten Kontrolle des Königreichs über den politischen Prozess, zu dem es sich verpflichtet hatte. Großbritanniens Kontrollfunktion schloss die Wahl des richtigen Zeitpunkts für jegliche weiteren politischen Schritte mit ein. Vor diesem Hintergrund waren Konzessionen an Indien aufgrund nachhaltiger Forderungen nicht Teil des Konsenses. Genauso interpretierte der *Guardian* jedoch die Indienpolitik des GOI.

Ebenfalls im Jahr 1927 ging *Labour* noch einen Schritt weiter und untergrub

⁷⁴⁴ Birkenhead an Irwin, 19. Januar 1928, Halifax Papers C 154/4, 3.

⁷⁴⁵ *The Times*, 9. und 19. Januar 1928.

den Konsens noch mehr, indem sie erklärte, weitere politische Schritte nur mit Indiens Zustimmung zu unternehmen. Dies war zugegebenermaßen eher als Absichtserklärung zu verstehen, doch stellte man damit in Aussicht, als Regierungspartei Indiens politische Emanzipation nicht ohne Mitwirkung und -bestimmung der Inder voranzutreiben. Damit überschritt *Labour* eine Grenze des Konsenses überschritten, wenn auch eher im Hinblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen. Dennoch legten diese Ereignisse das Fundament für eine Transformation des Diskurses.

b. Simon stößt auf Widerstand

Während Simon und seine Kollegen im IO ganze zwei Tage auf ihre Aufgabe vorbereitet wurden, erwartete die *Times* ein Fehlschlagen des Boykotts.⁷⁴⁶ Der *Guardian* ging davon aus, dass man sich letztlich arrangieren würde, sah jedoch das Hauptproblem in der Entscheidung, eine Kommission ohne indische Kommissare nach Indien zu entsenden:

It is no doubt true that the British Parliament has blundered badly in failing to secure Indian co-operation in the work of the Commission, but that blunder should not make them forget the fact that India has wasted the four years in communal quarrels. India must suffer for what she has done amiss, and part of the price to be paid is this. [...] the British Parliament has once again shown its inability to see the Indian point of view, which happens to be the right one.⁷⁴⁷

Damit hatte die Zeitung den Erfolg der Mission noch nicht von indischer Kooperation abhängig gemacht und somit die Verantwortung für ein erfolgreiches Ergebnis allein der britischen Seite zugeschoben. Als Sir John Simon mit seinen Mitstreitern Bombay am 3. Februar 1928 erreichte, ließ sich Indien jedoch nicht von den Hoffnungen britischer Zeitungen beeindrucken. Trotz strömenden Regens erwarteten Tausende die Ankunft der Parlamentarier. Während eine kleine auserwählte Schar die Kommissionsmitglieder regengeschützt mit Girlanden begrüßte, erwartete den Besuch aus dem fernen London draußen eine weniger freundlich gesonnene Menschenmasse. Ein Meer von schwarzen Fahnen, auf denen wahlweise *Simon Go Back* oder *Simon Go Home* stand, verdeutlichte, wie die Sympathien verteilt waren. Das Kabinett in London war derart entnervt, dass Birkenhead Schwierigkeiten hatte, die Herausforderungen seines Ministeriums während der Kabinetttreffen überhaupt diskutieren zu können.⁷⁴⁸

Der Staatssekretär bat Irwin daraufhin, dafür zu sorgen, dass Simon alle wichtigen Leute treffen solle, die seine Arbeit nicht boykottierten und diese Zusammenkünfte journalistisch entsprechend ausschlichten zu lassen. Sein Ziel war

⁷⁴⁶ *The Times*, 3. Februar 1928.

⁷⁴⁷ *The Guardian*, 2. Januar 1928.

⁷⁴⁸ Die Kommissare hatten fortan an jeder Zwischenstation ihrer Reise mit solchen Demonstrationen zu rechnen. Damit aber nicht genug. Während der ersten Etappe von Bombay nach Poona führen Demonstranten mit ihren schwarzen Fahnen als permanente Begleiter auf Lastwagen parallel zu den Zugschienen. Jinnahs Anhänger innerhalb der ML in Lahore bewiesen besondere Kreativität, indem sie sich den lokalen Brauch von Flugdrachenvettkämpfen zu eigen machten. Während des offiziellen Empfangs ließen sie schwarze Drachen mit *Simon Go Back*-Aufschriften über dem Kaiserbagh aufsteigen. Dutton (1992:85); Ahmed (1985:84); Birkenhead an Irwin, 3. Februar 1928, Halifax Papers C 152/4, 5.

es, das Narrativ zu kontrollieren sowie zum einen für einen guten Eindruck in Großbritannien zu sorgen, und zum anderen Kontrolle über die Akteure in Indien auszuüben, indem er Jinnah isolierte und sowohl dessen Splittergruppe als auch die Hindus mit einem möglichen Bündnis mit loyalen Kräften unter Druck setzten wollte.⁷⁴⁹

Um ein totales PR-Desaster zu vermeiden, erwähnte die *Times* jedes auch nur so geringe Abflauen der Proteste. Als die Empfänge in Kalkutta und Madras weniger chaotisch abliefen, war für die Zeitung das Eis gebrochen, ungeachtet der Tatsache, dass immer noch Hunderte von Demonstranten auf Simon gewartet hatten.⁷⁵⁰ Um überhaupt Erfolge verbuchen zu können, konzentrierte die *Times* ihre Berichterstattung nun auf die eigentliche Arbeit der Kommission und wusste alsbald zu berichten:

The success attained by the Commission has already been considerable. [...] Sir Simon's colleagues, and not least the representatives of the Labour Party, have thoroughly justified their appointment and have given him the most energetic and loyal support. The striking absence of any difference of opinion within the Commission justifies that its members will remain equally united during the longer journeys and more laborious enquiries that await them next winter.⁷⁵¹

Da die indische Kooperationsbereitschaft augenscheinlich so gering ausgeprägt war, wurde stattdessen die Harmonie unter den Kommissaren hervorgehoben. Was konnte die Richtigkeit britischer Indienpolitik noch mehr unter Beweis stellen als der parteiübergreifende Konsens? Birkenheads Hauptziel war, wie gesagt, ein einheitlicher Bericht, und die *Times* half, die IO-interne Meinung nach außen zu tragen. Auf der anderen Seite schrieb der *Guardian* über Simons Versuche, die Inder zu einer Aufgabe des Boykotts zu bewegen. Diese lehnten jedoch nach einer genauen Begutachtung seiner Vorschläge jegliche Zusammenarbeit mit seinen Kommissaren ab, was der *Guardian* mit beißender Ironie kritisierte:

So explicit an answer, delivered immediately, can only mean that no careful consideration was in fact accorded to the proposal: the party leaders had already made up their minds to refuse any kind of co-operation with the Commission.⁷⁵²

Aus Sicht der Zeitung war der Boykott keine gute Strategie, da die Kommission lediglich eine beratende Funktion hatte. Die Zukunft Indiens würde nicht von der

⁷⁴⁹ Birkenhead an Irwin, 9. Februar 1928, Halifax Papers C 152/4, 6.

⁷⁵⁰ *The Times*, 21. und 27. Februar 1928.

⁷⁵¹ *Ibid.*, 30. März 1928.

⁷⁵² *The Guardian*, 9. Februar 1928.

Kommission, sondern den öffentlichen Meinungen in Indien und Großbritannien bestimmt werden.⁷⁵³ Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass die indische Öffentlichkeit hier durchaus miteinbezogen wurde.

Trotz seiner anhaltenden Kritik an der rein britischen Zusammensetzung der Kommission war der *Guardian* voll des Lobes für das bisher Erreichte, als Simon den ersten Teil seiner Reise beendete und mit seinen Kollegen vor dem heißen indischen Sommer nach London floh, um die Arbeit bei angenehmeren Temperaturen im Herbst wiederaufzunehmen. Der Boykott erschien lediglich als Resultat von verletztem Stolz auf Seiten der Inder.⁷⁵⁴ Die *Times* resümierte ähnlich, der Boykott sei letztlich Ausdruck eines „hypersensiblen Nationalismus“ gewesen.⁷⁵⁵ Die Gegenüberstellung britisch-parlamentarischer Professionalität mit dem angeblich emotionalen indischen Nationalismus lenkte die Debatte von inhaltlichen Fragen auf eine Reflexion über das eigene Westminster-System. An Indien konnte das Königreich nun die Stärke seiner eigenen Regierungsform beweisen.

Die Behauptung, die Inder seien nicht in der Lage, sich zu einigen, schien gleichwohl nicht unberechtigt. Seit 1925 hatte Birkenhead „Kritiker“ aus Indien zweimal dazu aufgefordert, eine Verfassung zu erarbeiten, die genügend Rückhalt im Volk fände. Der Staatssekretär hatte zugegebenermaßen nie ernsthaft daran geglaubt, dass die indischen Politiker dazu fähig sein würden, mit einer solchen Verfassung aufzuwarten. Vielmehr ging er davon aus, dass Indien noch für Jahrhunderte nicht in der Lage sein würde, den *Dominion*-Status zu erhalten.⁷⁵⁶

Seine Aufforderung führte, neben den Entwürfen der *Home Rule League*, trotzdem zum Nehru-Report, der einen Versuch darstellte, die von Lord Birkenhead geforderte Verfassung zu erarbeiten. Anfang 1928 hatte sich das politische Indien zu den All-Parteien-Konferenzen in Neu-Delhi getroffen. Doch die ML, der INC, die *Hindu Mahasabha* und Sikh-Organisationen kamen auf keinen gemeinsamen Nenner. Um ein Dokument zu Papier zu bringen, wurde ein Ausschuss unter Motilal Nehrus Vorsitz einberufen. Der im Anschluss an die Sitzungen vorgelegte Bericht, an dem Jawaharlal Nehru als INC-Präsident ebenso beteiligt war wie sein Vater Motilal Nehru, führte zum entscheidenden Bruch zwischen der ML und dem INC. Die

⁷⁵³ Ibid.

⁷⁵⁴ Ibid., 16. April 1928.

⁷⁵⁵ *The Times*, 17. April 1928.

⁷⁵⁶ The Second Earl of Birkenhead (1966:507), zit. in: Burke & Quraishi (1997:265).

Empfehlungen sprachen sich gegen ein eigenes Elektorat für Muslime aus und sahen eine erhebliche Schwächung regionaler Autonomie gegenüber der Zentralregierung vor. Damit waren gleich beide Hauptforderungen der ML nicht berücksichtigt worden. Um den Report innerhalb des INC annehmbar zu machen, einigten sich die jungen Radikalen um Jawaharlal Nehru darauf, nicht auf eine totale Unabhängigkeit zu drängen, sondern sich zunächst mit der Forderung nach dem *Dominion*-Status zufrieden zu geben.⁷⁵⁷ Diese Entwicklungen führten auch dazu, dass Gandhis Rolle sich änderte. Anstatt die Geschicke des INC aktiv zu lenken, wurde er nun zu einem Symbol — oder Talisman, wie Jon Wilson schrieb — für eine Bewegung deren Sinn und Zweck nun von anderen bestimmt wurde.⁷⁵⁸

Die *Times* verlor keine Zeit, um auf den mangelnden Rückhalt für den Nehru-Report in Indien aufmerksam zu machen. Die Spalten der Zeitung spiegelten wider, was O'Dwyer bereits früher behauptet hatte: das Dokument beruhe auf einer künstlichen Einigung, die nur zustande gekommen sei, da man durch sie nach außen hin von der Zerstrittenheit der indischen Politiker untereinander ablenken wollte.⁷⁵⁹ Im Hinblick auf die Verfassungsvorschläge sprach die *Times* von einem kläglichen Versuch, der lediglich althergebrachte Forderungen des INC wiederhole. Der Bericht verkam auf den Seiten der *Times* zu einem weiteren der „unzähligen Dokumente, die die Kommission nun in Betracht ziehen musste“. Die Vorstellung, Großbritannien könne einen solchen Vorschlag als Verfassung akzeptieren, um Indien sich selbst überlassen zu können, war für die Zeitung schlichtweg absurd, ja sogar „unmoralisch“.⁷⁶⁰ Der *Guardian* reagierte ähnlich und schrieb, der Nehru-Report sei dem Reich der Phantasie entsprungen.⁷⁶¹ Wäre ein von allen Parteien verabschiedeter Bericht eingereicht worden, wäre der britische Konsens über Großbritanniens alleiniges Recht, den politischen Prozess in Indien zu beurteilen, vermutlich an eine Grenze gestoßen. Stattdessen konnten die britischen Medien, vertreten durch die *Times* und den *Guardian*, die Zwistigkeiten der einzelnen indischen Parteien hervorheben und damit implizit die Notwendigkeit britischen Eingreifens unterstreichen.

Im Oktober traten Simon und seine Kollegen ihre zweite Reise nach Indien an. Die *Times* wurde im Vorfeld aufs Engste mit einbezogen. Vor der Abfahrt traf sich

⁷⁵⁷ Burke & Quraishi (1995:264ff.); Read & Fisher (1997:215ff.).

⁷⁵⁸ Wilson (2016:425).

⁷⁵⁹ *The Times*, 18. April 1928, Leserbrief von O'Dwyer.

⁷⁶⁰ *Ibid.*, 4. und 8. September und 15. Oktober 1928.

⁷⁶¹ *The Guardian*, 9. Oktober 1928.

Simon mit Dawson und besprach mit ihm seine Strategie.⁷⁶² Außerdem bereitete Dawson seine eigene Reise (Ende Dezember 1928 bis Ende März 1929) nach Indien vor. Noch während der Überfahrt hatte Simon einen verhältnismäßig optimistischen Brief an seinen Parteifreund Vivian Phillips gesandt:

We are very fit and the task is certainly interesting and as important as has ever been undertaken by a body of men in this generation. In the area involved and the population affected it is not less extensive than the Paris Conference after the War; in complexity and intensity of rival feelings it is comparable; and in the mischief that will be done by all mistakes it is not less grave. Let us hope that the atmosphere of 1928-9 is not so poisoned and befogged as the atmosphere of 1919! [...] One is just beginning to realise how little the ordinary Britisher knows about India and how great the responsibility of Britain is to this amazing patchwork of races and creeds.⁷⁶³

Einerseits voller Sendungsbewusstsein, andererseits im Zweifel über den Ausgang seiner Mission erwartete Sir John Simon die nächste Phase. In Neu-Delhi wurde er bald von der rauen Wirklichkeit wieder eingeholt. Plakate, Versammlungen, schwarze Fahnen und Prozessionen forderten Simon auch diesmal auf, nach Großbritannien zurückzukehren. Die Kommission wurde aus einem Seitenausgang des Bahnhofs nach draußen geschleust, so dass die Demonstranten vergeblich warteten.

O'Dwyer seinerseits fand sich am Abend des 18. Dezember in den Räumlichkeiten des *1912 Club* ein und erläuterte seine Version des Zustandekommens des GIA von 1919 und die Ereignisse seit seiner Verabschiedung. Für ihn basierte das gesamte Vorhaben seit 1919 auf zwei fundamentalen Fehlschlüssen: zum einen hatten britische Politiker aus seiner Sicht 1919 fälschlicherweise geglaubt, Indien könne bald zu einer Nation werden; zum anderen wollten sie den Prozess hastig und ohne Not durch die Einführung der Selbstbestimmung für Indien beschleunigen. Die Probleme des *Raj*, die Unruhen und der Mangel an Kooperation unter den Indern beruhten laut O'Dwyer auf dem Kampf antagonistischer Kräfte innerhalb Indiens, die sich für die Zeit nach dem Abzug der Briten in Position zu bringen versuchten.⁷⁶⁴

⁷⁶² Memorandum von Dawson über sein Treffen mit Simon vom 25. September 1928, in Dawson Papers (Bodleian Library) MS Dawson 73/101-102. Im Folgenden zitiert als Dawson Papers.

⁷⁶³ Simon an Phillips, 11. Oktober 1928, in Simon Papers (Bodleian Library) MS Simon 62/27-28. Im Folgenden zitiert als Simon Papers.

⁷⁶⁴ O'Dwyer erklärte:

„(1) increase of the Indian element in British administration was too fast and had gone too far
(2) instead of introducing self-governing institutions one should have revived the village community, tribes, and councils; blindly copied the ballot box of the West that left 97 per cent outside the democratic institutions

(3) [...] The Hindu extremists, who were a bare majority, demanded either complete independence or full Dominion-Status, almost the same thing at once. This ridiculous demand was perhaps intended to hide their incapacity for self-government and their repeated abuse of the powers already granted.”

Im Folgenden schlug er fünf Punkte vor:

Die Sitzungen des Kongresses in Kalkutta, die zwischen dem 29. Dezember 1928 und dem 1. Januar 1929 abgehalten wurden, lieferten der britischen Öffentlichkeit weiteres Material für die Diskreditierung des INC und der indischen Politiker. Der Kongress stellte dem Königreich ein Ultimatum, indem er forderte, den Nehru-Report und damit den *Dominion*-Status bis zum 31. Dezember 1929 anzuerkennen. Andernfalls drohe eine neue Nichtkooperations-Welle. Jawaharlal Nehru und Subhas Chandra Bose stellten gegen Gandhis Willen den Antrag, als endgültiges Ziel des Kongresses die vollständige Unabhängigkeit ins Programm aufzunehmen. Von 2.371 Delegierten stimmten 1.350 dagegen.

Mit diesem vergleichsweise knappen Ergebnis und dem eben eingereichten Nehru-Bericht bahnte sich für die *Times* ein Bruch auf mehreren Ebenen an: zum einen innerhalb des Kongresses zwischen Gandhi und den neuen jungen Männern, die sich um Jawaharlal Nehru und Subhas Chandra Bose scharten, und außerhalb des Kongresses zwischen der ML und dem INC. Über Jahre war es dem INC möglich gewesen, eine Scheinsolidarität mit der ML und anderen Organisationen aufrecht zu erhalten. Birkenheads Herausforderung, eine Verfassung zu entwerfen, der alle Parteien zustimmen, hatte nach Ansicht des Blattes das Dilemma ans Licht gebracht. Generelle Absichtserklärungen wurden durch die Arbeit des Nehru-Ausschusses an der Realität der indischen Situation gemessen, was nun dafür gesorgt hatte, den angeblichen Schwindel aufzudecken:

In short, the caste Hindus are left fighting almost unitedly for independence – for the control of the situation without let of hindrance by Great Britain – and the Moslems are standing by Great Britain as the guardian of their cultural security and the power by which they expect to obtain its permanence.⁷⁶⁵

Nicht nur sei damit die Scheinsolidarität entlarvt, sondern es habe sich zudem gezeigt, wer Großbritanniens Verbündete waren: die indischen Muslime.

Der *Guardian* zog es vor, die ganze Angelegenheit ins Lächerliche zu ziehen. Auch für ihn waren die Vorgänge in Kalkutta das Ergebnis innerer Rivalitäten.

„1. Communal representation must be maintained
2. Powers of the present Assembly must be restricted to avoid Hindu majority rule and to guaranty peace and order for India
3. Advance towards provincial autonomy with the Central Government remaining in power
4. Substantial British element of the Administration to guaranty impartiality and integrity
5. The Indian problem is a social rather than a political one. Undue emphasis on a spurious nationalism – which was often only another name for the ambitions of a small selection of politicians – had distracted attention from the appalling social inequalities and injustices created by the Hindu social system”, in *The Times*, 19. Dezember 1928.

⁷⁶⁵ Ibid., 12. Februar 1929.

Diejenigen die sich für eine vollständige Unabhängigkeit aussprachen, wollten vor allem ihre Gegner innerhalb des INC überbieten. Das Ergebnis der Abstimmung bedeutete für die Zeitung nicht nur eine Spaltung der größten indischen politischen Partei, sondern auch Gandhis politisches Ende: „It is difficult to resist an inclination to laugh at this ultimatum [...]“⁷⁶⁶ Die *Daily Mail* wiederum fand nichts Amüsantes an der Jahressitzung des INC und machte sich für die indischen Prinzen stark, die sich im Butler-Komitee Mitsprache bei den Entscheidungen über ihre zukünftige Position erhofften. Der Gouverneur von Burma war Vorsitzender dieses Komitees, das sich zwischen 1927 und 1929 mit den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Britisch-Indien und den von den indischen Prinzen regierten Reichen befasste. Somit machte es sich Rothermeres Blatt zur Aufgabe, als Schutzpatron der Prinzen zu agieren, da er glaubte, deren Treue und Loyalität liefen Gefahr, unterschätzt zu werden. Die *Daily Mail* warf anderen britischen Medien vor, mit ihrem Fokus auf indische Extremisten Großbritanniens wahre Freunde zu ignorieren und erinnerte die britische Öffentlichkeit an die angebliche Tugend, Intelligenz und Ehrbarkeit der Maharajas.⁷⁶⁷

Der Einfluss des INC und seine gesamte Tätigkeit wurden erneut an den Rand des politischen Geschehens gedrängt. In den britischen Medien wurde ein Bild gezeichnet, das den Kongress als eine undisziplinierte Vereinigung darstellte, die von alten Männern beherrscht wurde und nun an den Rivalitäten mit der jüngeren Generation zerbrach. Der *Guardian* räumte ein, in einer modernen Welt könne Großbritannien es sich nicht leisten, ein widerwilliges Indien zu beherrschen. Aber auch er mahnte zur Geduld. Zunächst müsse der Bericht der Kommission abgewartet werden.⁷⁶⁸ Die *Times* und der *Guardian* waren sich einig in ihrer Unterstützung für Simon und seine Arbeit. Für die öffentliche Debatte bedeutete das einen Schulterchluss zweier führender Zeitungen gegen die größte und am besten organisierte politische Gruppierung in Indien.

Dabei drohte der Boykott der Kommission in Indien in Vergessenheit zu geraten. Die beiden von *Labour* gestellten Kommissionsmitglieder, Attlee und Hartshorn, sahen sich alsbald gezwungen, bei ihrem Parteichef MacDonald Beschwerde über britische Zeitungen einzureichen, die gegen Simon gerichtete

⁷⁶⁶ *The Guardian*, 3. Januar 1929.

⁷⁶⁷ *The Daily Mail*, 15. Februar 1929,

⁷⁶⁸ *The Guardian*, 6. Februar 1929.

Demonstrationen sträflicherweise übergangen.⁷⁶⁹ Dawson reagierte gelassen auf diese Vorwürfe. Zum einen empfand er die Demonstrationen als unwesentlich, zum anderen war er der Ansicht, dass in Großbritannien ohnehin kaum jemand wisse, was Simon eigentlich in Indien mache, wie er an einen seiner Redakteure, G. Murray Brumwell, schrieb.⁷⁷⁰ Das Hauptaugenmerk der *Times* sollte weiterhin auf dem Fortgang der Reformen liegen und nicht auf dem INC.

Dennoch spielte er mit dem Gedanken, eine Sonderausgabe über Indien vorzubereiten. Vor der Veröffentlichung des *Simon-Reports* war für Dawson der richtige Augenblick allerdings noch nicht gekommen. So plante er die Ausgabe für Ende 1929:

The broad purpose of the Number – from the financial as well as from the editorial point of view – would be to show the extent of British achievements in India – administrative, commercial and archaeological – with some account of the Indian political movements which have led to the present situation, and of course a great deal of lighter stuff dealing with village, life, sport, scenery, literature and the like. [...] You may decide that the thing is not worth doing at all; but if it is ever to be done, there is no doubt that about a year hence is the psychological moment.⁷⁷¹

Dawsons wenig schmeichelhafte Einschätzung seiner Leserschaft macht auf ein generelles Problem des Diskurses über das *British Raj* aufmerksam. Die breite Öffentlichkeit im Vereinigten Königreich fand wenig Interesse an den Vorgängen in Indien. Wer auch immer in Großbritannien für britische Leser schrieb, musste davon ausgehen, dass Indien die große Unbekannte war. Daher ging er davon aus, mit dem Thema Indien keine Erhöhung der Zeitungsauflagen zu erreichen. Deswegen also Dawsons Strategie, politische Reibereien in Indien hintanzustellen und die britischen Leser durch die Aufzählung britischer Errungenschaften vor Ort gewissermaßen zu ködern.⁷⁷²

Während seines Indienaufenthaltes traf Dawson sich mehrmals mit seinem Freund Irwin. Der Vizekönig spielte mit dem Gedanken, eine Konferenz mit Angehörigen der Regierung und indischen Vertretern aller Parteien vorzuschlagen. Zusätzlich dazu wollte er eine klare Aussage über den Inhalt der britischen Indienpolitik machen, um die Situation in Indien zu entschärfen. Irwin plante, eine

⁷⁶⁹ Brumwell an Dawson, 17. Januar 1929, Dawson Papers 73/172-175. Brumwell war Assistenzredakteur der *Times* und hielt Dawson während dessen Indienreise über die Ereignisse im Königreich auf dem Laufenden.

⁷⁷⁰ Dawson an Brumwell, 6. Februar 1929, Ibid.

⁷⁷¹ Dawson an Smith, 6. Februar 1929, Ibid. 74/3-5.

⁷⁷² Vertrauliche Notizen, ca. erste Hälfte 1929, vermutlich von Dawson an Baldwin, in Baldwin Papers 103/ 90-91.

Erklärung vorzubereiten, die ein für allemal klarstellen sollte, dass Londons Ziel der *Dominion*-Status sei. Damit wurde der Redakteur einer der einflussreichsten britischen Zeitungen aufs Engste in den Planungsprozess einbezogen. Nicht nur das, Dawson fungierte zusätzlich als Mittelsmann zwischen Irwin und Premierminister Baldwin, dem er nach seiner Rückkehr von Irwins Überlegungen berichtete.⁷⁷³ Irwin versuchte so, einen neuen Konsens zu schaffen, um selbst politisch handeln zu können. Zum einen sollte das politische Ziel für Indien über Selbstregierung klar als *Dominion*-Status definiert werden. Zum anderen sollte die Konferenz indische Vertreter weitaus mehr als je zuvor in die Transformation mit einbeziehen. Dies bedeutete, dass das Königreich diesen Prozess nicht mehr ohne die Eingaben der eigentlich Betroffenen kontrollieren sollte.

Auf seiner Rückreise nach Großbritannien verfasste Dawson ein Memorandum, in dem er festhielt, wie er die künftige Entwicklung auf dem Subkontinent einschätzte. Gespräche mit Motilal Nehru hatten ihn davon überzeugt, dass kaum eine der wichtigen politischen Persönlichkeiten in Indien das INC-Ultimatum für bare Münze genommen hatte. Alles was man vor Ort wirklich erwartete, war die Versicherung des Königreichs, dass ernsthafte Schritte in Richtung *Dominion*-Status unternommen würden. Somit fasste er die Situation folgendermaßen zusammen:

The broad effect of all this, I hope, has been to suggest that the present Government of India is (1) sympathetic to Indian aspirations, (2) conscious of the problems of India as a whole, and not merely of the most vocal politicians in British India, and (3) determined to fulfil its first function of maintaining law and order.⁷⁷⁴

Angesichts der anstehenden Unterhauswahlen im Königreich empfahl Dawson, einen von allen drei Parteien bewilligten Plan für Indien noch vor den Wahlen zu verabschieden. Mit einem Schlag könne so die verfahrenere Situation verändert werden. Zukünftige britische Regierungen gleich welcher Partei würden laut Dawson nicht umhinkommen, die boykottierenden Gruppen in Indien in die Diskussion zu integrieren. Nur so könne Großbritannien seine Ernsthaftigkeit beweisen und den Indern gleichzeitig die Schwierigkeit der Situation vor Augen halten. Damit hob Dawson auch die Bedeutung einer parteiübergreifenden Politik hervor. Widerstand gegen eine solche Konferenz sah der Redakteur der *Times* in konservativen Kreisen

⁷⁷³ Für eine nähere Beschreibung der Abläufe s. Birkenhead (1966: 269ff).

⁷⁷⁴ Memorandum von Dawson, 25. März 1929, Baldwin Papers 103/74/57-66.

und bei einigen Mitgliedern der Simon-Kommission. In diesem Memorandum zeichnete Dawson in beinahe prophetischer Manier die zukünftigen Entwicklungen vor.

Bevor Simon nach England zurückkehrte, stellte sich die Frage, wie seine Rolle in der britischen Öffentlichkeit dargestellt werden sollte. Noch von Indien aus hatte Sir John Simon zu verstehen gegeben, er wolle Indien und die Kommission nicht zu einem parteipolitischen Thema werden lassen. Daher lehnte er es kategorisch ab, während politischer Veranstaltungen seine Rolle als Vorsitzender der *Statutory Commission* zu erwähnen. Als Parlamentsmitglied fand er es lediglich angebracht, in seinem Wahlkreis kurz und knapp auf Indien einzugehen, um dann bis zur Wahl das Thema nicht weiter anzuschneiden.⁷⁷⁵ Dawson, der sich mittlerweile zu einem PR-Manager in Sachen der Indienpolitik der Regierung entwickelte, war mit Simon darüber hinaus telefonisch übereingekommen, dass er sich fest an seine Funktion als Berichterstatter für die Regierung halten würde. Für das Bild, das sowohl Großbritannien wie auch in Indien von der Arbeit der Kommission gezeichnet werden sollte, kam es darauf an, diese lediglich als Bericht darzustellen. Weder auf der Insel noch in der Ferne durfte der Eindruck entstehen, Simon habe eine bereits zuvor festgelegte Agenda verfolgt.⁷⁷⁶ Mit einer solchen Strategie konnte man Kritikern von allen Seiten entgegenhalten, dass Simons Bericht nicht der Weisheit letzter Schluss sein müsse.

In Anlehnung an die Meinung ihres Chefs, dass politische Berichterstattung über Indien momentan überflüssig sei, beschränkten sich die Redakteure der *Times* bis zu Simons Rückkehr darauf, die Einheit der Kommission in allen Bereichen zu betonen. Am 27. April 1929 kehrte diese nach England zurück. Bei ihrer Ankunft in Folkstone hielt Simon eine kurze Rede, in der er getreu früherer Absprachen betonte, wie wichtig es sei, in Anbetracht der Wahlen im Königreich Indien nicht zum Wahlkampfthema zu machen.⁷⁷⁷ Danach reiste die Kommission weiter nach London, wo im Viktoriabahnhof ein offizieller Empfang stattfand. Auf dem Bahnsteig warteten die Lords Peel, Birkenhead und Templemore, der in Vertretung Georgs V. gekommen war, außerdem Premierminister Baldwin, der indische Hochkommissar, Sir Atul Chatterjee, sowie eine bunte Mischung aus Politik und indischem Leben im Königreich.

⁷⁷⁵ Simon an Evans, 4. April 1929, Simon Papers 62/72-73.

⁷⁷⁶ Dawson an Salisbury, 14. April 1929, Dawson Papers TNL.

⁷⁷⁷ *The Times*, 27. April 1929.

Während im Bahnhofsgebäude Glanz und Gloria die Szene beherrschten, fand draußen eine eher traurige Demonstration statt.⁷⁷⁸ Schätzungen zufolge waren ca. 100 Demonstranten vom Hyde Park zum Viktoriabahnhof marschiert. Sie trugen die schon aus Indien bekannten schwarzen Fahnen. Polizeikräfte hatten offensichtlich mit Protesten gerechnet, denn der Bahnhof war bereits im Vorfeld abgesperrt worden. Während des Marsches zum Bahnhof war die Gruppe bis zur Buckingham Palace Road größer geworden. An dieser Stelle mischten sich Beamte in Zivil unter die Demonstranten. Der Großteil der Teilnehmer waren indische Studenten. Sie wurden unterstützt vom Londoner Büro des INC, dem britischen Arm der Liga gegen Imperialismus und der indischen Arbeiterwohlfahrtsorganisation. Plakate und Pamphlete waren beschriftet mit *To Hell with the Simon Commission, Release the Prisoners* und *Freedom for India*. Abgetrennt vom eigentlichen Geschehen blieb den Demonstranten nichts Anderes übrig, als ihre Plakate wenig beachtet zur Schau zu stellen. Bald löste die Polizei die Versammlung auf und beschlagnahmte einige Poster und Fahnen. Einem der Demonstranten, Herbert R. Lovell, war es allerdings zuvor doch gelungen, in das Bahnhofsgebäude zu gelangen. Einmal in Rufweite der illustren Gesellschaft am Bahnsteig, begrüßte er sie mit den Worten: „Down with the Simon Commission! Up with the Reds! Down with Royalty!“ Ein Richter verurteilte ihn einen Monat darauf zu einer Geldstrafe von 30 Britischen Pfund.⁷⁷⁹

Die begrenzte Reichweite der Demonstration macht deutlich, dass das Interesse in der englischen Bevölkerung eher gering war und dass logistische Unterstützung lediglich von linksgerichteten Gruppen kam.⁷⁸⁰ Die Slogans, die Lovell der Simon-Kommission entgegenrief, lassen weiterhin darauf schließen, dass er der CPGB nahestand. Indien schien von ihm lediglich als politisches Vehikel benutzt worden zu sein, um anti-monarchistische Parolen zu verbreiten.

Der *Guardian* fuhr fort, den Konsens über Großbritanniens Kontrolle über den Verlauf der politischen Emanzipation Indiens zu testen, indem er die indische öffentliche Meinung als Richter über die Empfehlungen der Simon-Kommission anerkannte. Das Versagen der indischen Parteien, den Nehru-Report als vereinte Front zu verabschieden, verhalf dem Königreich jedoch zu einer Atempause, während derer

⁷⁷⁸ *The Guardian*, 27. April 1929.

⁷⁷⁹ *The Times*, 9. Mai 1929.

⁷⁸⁰ Alle drei Organisationen wurden von britischen Geheimdiensten überwacht. Die geheimdienstlichen Aktivitäten in Bezug auf die *League against Imperialism* waren bis 2000 in der Akte HO 144 unter Verschluss.

es sich nicht mit den möglichen Grenzen des Konsenses auseinandersetzen musste. Es war Indien eben nicht gelungen, auf Birkenheads Herausforderung einzugehen und einen von allen Parteien unterstützten Entwurf einer Verfassung zu erstellen.

Da eine Debatte in Großbritannien über die Empfehlungen des Simon-Berichts und ihre Konsequenzen jedoch absehbar war, begannen mehrere Akteure sich vorzubereiten. Verschiedene Zeitungen starteten ihre Suche nach Verbündeten in Indien. Traditionell hatten sich Reformbefürworter für die moderaten Kräfte in Indien stark gemacht. Der Bruch zwischen dem INC und der ML über den Nehru-Report machte für den *Guardian* die indischen Muslime zu Alliierten der britischen Kolonialmacht, und zwar nicht etwa, weil sie keinen politischen Fortschritt wollten. In ihrer Opposition zu dem Bericht befanden sie sich vielmehr im gleichen Lager wie die *Times* und der *Guardian*. Dadurch konnte ihre ablehnende Haltung gegenüber dem INC zur Stärkung des britischen Konsenses genutzt werden

Die Muslime waren jedoch nicht die Einzigen, die als potenzielle Verbündete betrachtet wurden. Die *Daily Mail* entdeckte die wahren Verbündeten des Königreichs nämlich unter den indischen Prinzen. Diese sahen sich nicht nur durch den Nehru-Bericht bedroht, sondern durch jegliche Form von indischer Selbstregierung, die ihren Status als zumeist absolute Herrscher gefährdet hätte. Die Opposition der Prinzen und ihre Ablehnung jeglicher politischer Emanzipation stärkte wiederum die Position derer, die wie Sir Michael O'Dwyer und Lord Sydenham nicht über das Konzept einer gerechten und effizienten Verwaltung Indiens hinausdenken konnten.

Die von Irwin vorgeschlagene Konferenz brachte den Konsens an eine Grenze, denn dies bedeutete, wenn auch vorerst nur in der Theorie, eine nie dagewesene Integration der Inder in den politischen Entscheidungsprozess. Der Vorschlag, eine Erklärung über das britische Ziel, Indien *Dominion*-Status zu gewähren zu verfassen, konnte weiterhin nicht konträrer zu den Vorstellungen der Gegner der politischen Emanzipation Indiens sein.

c. Irwins Erklärung – 1917 Redux?

Zurück in London machte sich Simon mit seinen Kollegen an die Arbeit. Während er und vor allem Clement Attlee ihre Notizen ordneten und zusammenfassten, wurde ihr Bemühen in Indien bereits totgesagt. Annie Besant glaubte nicht an eine grundlegende Verbesserung der Situation durch Simons Arbeit.⁷⁸¹ Der erneute Regierungsantritt der *Labour*-Partei im Juni 1929 und Irwins Reise nach London im darauffolgenden Monat ließen die Erwartungen auf dem Subkontinent jedoch steigen. Der Vizekönig trug seine mit Dawson vorher diskutierten Vorschläge dem neuen Kabinett vor, diesmal mit William Wedgwood Benn als Staatssekretär für Indien. Wie sein Vorgänger und Parteifreund Lord Olivier hatte Wedgwood Benn keine Kontakte zu indischen Nationalisten und besaß wenig Hintergrundwissen über die Probleme, die er lösen sollte.⁷⁸²

Der Ablauf der Beratungen zwischen Simon, dem Kabinett und Irwin über seinen Vorschlag, eine Konferenz unter Beteiligung aller britischen und indischen Parteien in London einzuberufen, ist etwas verwirrend. Laut Irwin sollte die von ihm vorgeschlagene Konferenz – die *Round Table Conference* – ebenso wie eine Absichtserklärung über den *Dominion*-Status als Idee eines von ihm bereits aufgesetzten Briefwechsel zwischen Simon und dem wiedergewählten Premierminister MacDonald vorgestellt werden. Der Begriff des „*Dominion*-Status“ war aus mehreren Gründen brisant, vor allem nach der *Imperial Conference* von 1926. Der Status implizierte die komplette Selbstregierung und damit verbunden das Recht eines *Dominion*, aus dem *Commonwealth* auszutreten.⁷⁸³ Dies hätte Indien theoretisch die vollkommene Unabhängigkeit ermöglicht.

Simon und seine Kommissare befürchteten jedoch, eine Erklärung in Irwins Sinne würde die Bedeutung ihres Berichts beeinträchtigen und ihn irrelevant machen. Sir John Simon ließ den Oppositionsführer Stanley Baldwin und Premierminister MacDonald lange Zeit im Dunkeln, und weigerte sich am Ende, sich für eine Erklärung stark zu machen, die den *Dominion*-Status zum Inhalt hatte. Baldwin, der zuvor seine Unterstützung von Simons Zustimmung abhängig gemacht hatte, machte nun einen Rückzieher.⁷⁸⁴

⁷⁸¹ *The Guardian*, 28. Juni 1929.

⁷⁸² Ahmed (1985:85).

⁷⁸³ *Ibid.*, 87.

⁷⁸⁴ Für eine detailliertere Darstellung der Ereignisse siehe: Birkenhead (1966:269-75) und Dutton

In einem Memorandum an seine Kollegen stellte der neue Staatssekretär für Indien Wedgwood Benn rückblickend zwar fest, die Kommission hätte äußerst effektiv gearbeitet,⁷⁸⁵ allerdings war aus seiner Sicht der indische Boykott der Kommission nicht weniger effektiv gewesen. Der Staatssekretär vertrat damit eine den *Times*-Berichten entgegengesetzte Meinung. Während das Blatt immer wieder versucht hatte, den Boykott als Fehlschlag darzustellen, räumte Wedgwood Benn ein, dass die generelle Weigerung, mit Simon zu kooperieren, den Bericht unvollständig gemacht habe. Um dem abzuhelpen, wollte man nun die Konferenz einberufen. Ein solches Vorhaben würde die indischen Delegierten zwingen, eine konstruktive Politik zu betreiben, anstatt die britische Regierung einfach zu attackieren. An dieser Stelle lieferte Benn auch die Hauptbeweggründe der Regierung, der Öffentlichkeit das Schauspiel eines Briefwechsels zwischen Simon und MacDonald vorzugaukeln:

The grave objection that the calling of the Conference might be held to be derogatory to the importance and authority of the Simon Commission has been completely overcome, because this new step originates in a letter from Sir John Simon with the concurrence of his Commissioners.⁷⁸⁶

Das Narrativ über die nächsten Schritte hin zur politischen Emanzipation Indiens sollte seinen Ursprung in der öffentlichen Wahrnehmung bei der zu diesem Zeitpunkt allgemein anerkannten Autorität zu Indien haben, und eben zu dieser hatte man die Simon-Kommission im Vorfeld ihrer Arbeit stilisiert.

Vizekönig Irwin begründete die vorgesehene Erklärung mit dem indischen Misstrauen gegenüber der britischen Politik. Eine solche Maßnahme würde das Vertrauen in die britischen Absichten wiederherstellen und somit die Arbeit der Konferenz erheblich vereinfachen. Zusätzlich dazu listete Staatssekretär Wedgwood Benn gleich mehrere historische Ansprachen zwischen 1917 und 1927 auf, die aus seiner Sicht ein mögliches Zugeständnis des *Dominion*-Status für Indien angedeutet hatten. Zeitgleich mit der Bekanntgabe, dass eine Konferenz einberufen würde, sollte Irwin in Indien am 31. Oktober 1929 den *Dominion*-Status als Ziel britischer Politik für Indien erklären. Wedgwood Benn löste sich so von der Annahme, dass britische Versprechungen und die Wahrung des britischen Ansehens allein genügten, um Indien ruhig zu stellen. Eindeutig machte er den Vertrauensverlust von indischer Seite in das

(1992:91-95) oder auch Wedgwood Benns Memorandum vom 4. November 1929, PRO/CAB 32 C.P. 307 (29).

⁷⁸⁵ Memorandum von Wedgwood Benn, 3. Oktober 1929, PRO/CAB 23/34, 100 C.P. 266 (29).

⁷⁸⁶ Ibid.

Vereinigtes Königreich verantwortlich für die Nichtkooperation.

Die *Times* hielt jedoch eisern an Simons Bericht fest und damit an der Vorstellung, der Ausgangspunkt für politische Schritte habe in England zu liegen, könne also nicht von indischen Befindlichkeiten abhängig gemacht werden. Simon selbst war so bedacht auf die Autorität seines Berichts, dass er versuchte, die Hauptautorität über Indien in der britischen Presselandschaft auf seine Seite zu ziehen. Dazu versorgte er die *Times* mit genügend und vor allem geheimen Informationen. Dankbar für Dawsons Unterstützung spielte Simon ihm die Entwürfe „seiner“ Korrespondenz mit MacDonald zu. Damit wollte er dem *Times*-Redakteur einen Vorsprung geben, der es ihm ermöglichen sollte, sich ausreichend mit dem Material auseinanderzusetzen, um dann zum richtigen Zeitpunkt entsprechende Artikel zu platzieren.⁷⁸⁷

Am Abend des 18. Oktober hielt O'Dwyer im Oxford Luncheon Club erneut die Rede, mit der er seit 1921 verschiedene Organisationen auf die indische Problematik aufmerksam gemacht und in der er die britische Reformpolitik in Indien aufs Heftigste kritisiert hatte. Am nächsten Tag schrieb ein aufgeschreckter Wedgwood Benn an Irwin:

I will certainly see O'Dwyer and tell him the position. What I should say would be – 'There is the plan, and whatever you may think of it, I thought it right that you should know about it in advance'. This leaves him, of course, complete freedom, but at the same time scores the only point that I can score with anyone likely to be opposed, namely, to create a feeling that, whatever policy is adopted, there will be no tricks.⁷⁸⁸

Ogleich er somit bestens über die hinter verschlossenen Türen getroffenen Arrangements Bescheid wusste, wollte der Staatssekretär unter allen Umständen den Eindruck vermeiden, dass eben mit solchen „Tricks“ gearbeitet wurde, um potenziellen Gegnern keine Angriffsfläche zu bieten. Dawson wiederum war von Anfang an in die Planungen, die zur Erklärung vom 31. Oktober 1929 geführt hatten, eingeweiht. Wie viel er darüber hinaus über die Situation wusste, war vermutlich nicht allen Parteien im IO, der Regierung und dem GOI bekannt. Fest steht, dass der Chefredakteur der *Times* mit seinen exzellenten Kontakten einer der über die indischen Verhältnisse am besten informierten Zeitungsmacher im Lande war. Sein Einfluss ging so weit, dass Wedgwood Benn ihn in die Methoden der Öffentlichkeitsarbeit des IO einweihte, sich bei ihm Ratschläge einholte und ihm sogar vorgesehene

⁷⁸⁷ Simon an Dawson, 15. Oktober 1929, Simon Papers 62/111.

⁷⁸⁸ Wedgwood Benn an Irwin, 19. Oktober 1929, Halifax Papers c 152/5, 22.

Bekanntmachungen vorab zur Kenntnis übergab.

Noch vor der Veröffentlichung der angeblichen Korrespondenz zwischen Simon und MacDonald machte sich in der konservativen Opposition Unmut breit. Lord Salisbury, der Fraktionsführer der Konservativen im Oberhaus, warnte Baldwin, dass jede Erklärung vor dem Bekanntwerden des Berichts der Simon-Kommission die Partei in ihren Grundfesten erschüttern würde, und beschwor seinen Vorsitzenden, das Vorhaben zu stoppen.⁷⁸⁹ Ganz anders äußerte sich Horace Alexander, prominenter Quäker, Ornithologe und persönlicher Freund von Gandhi, in einem Brief an den *Guardian*, in dem er die Regierung aufrief, zu handeln. Die Weigerung, auf das INC-Ultimatum, Indien bis Ende des Jahres unabhängig werden zu lassen, einzugehen, dürfe nicht zum Stillstand führen. Vielmehr sei es an der Zeit, eine Konferenz einzuberufen.⁷⁹⁰ Die Diskussion um eine mögliche Konferenz hatte somit ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden.

Die britische Presse reagierte gemischt auf Irwins Erklärung. Die *Times* riet zur Vorsicht, da die Lage in Indien sich von der in anderen *Dominions* derart unterscheide, dass es verfrüht sei, von einem *Dominion*-Status zu sprechen.⁷⁹¹ Der *Daily Herald* betonte, dass mit der Erklärung keine neue Politik eingeführt werde, sondern dass Irwins Bekanntmachung lediglich die Fortführung der von Montagu eingeleiteten Reformen sei. Die Präambel des GIA von 1919, die festlegte, dass das Ziel britischer Indienpolitik die Umsetzung verantwortlicher Selbstregierung war, habe laut Irwin implizit den *Dominion*-Status vorgesehen und sei ein bindendes Versprechen gewesen.⁷⁹²

Der ehemalige *Labour*-Führer George Lansbury schickte voller Begeisterung ein Telegramm an das indische Volk, in dem er allen „Genossen, Freunden und Bürgern des großartigen Landes“ gratulierte, was Gandhi, Motilal Nehru und Annie Besant einschloss. Weiterhin rief er dazu auf, altes Misstrauen über Bord zu werfen und einen neuen Start zu wagen.⁷⁹³ Der Vorwurf, man habe an Simon vorbei

⁷⁸⁹ Salisbury an Baldwin, 23. Oktober 1929, Baldwin Papers 103/63.

⁷⁹⁰ Leserbrief von H. Alexander an den *Guardian*, 19. Oktober 1929. Alexander war Dozent für internationale Beziehungen am *Quaker College* in Birmingham. Er hatte Gandhi während eines Besuchs in Indien kennengelernt. Beide kamen sich aufgrund ähnlicher Auffassungen bezüglich gewaltfreier Aktionen schnell nahe. Alexander sorgte in späteren Jahren für die Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen dem INC und der britischen Regierung, wofür ihm 1984 die höchste indische Auszeichnung für Zivilpersonen, die *Padman Bhushan* Medaille, verliehen wurde.

⁷⁹¹ *The Times*, 1. November 1929.

⁷⁹² *The Daily Herald*, 1. November 1929.

⁷⁹³ *The Guardian*, 1. November 1929.

gehandelt, wurde mit dem Hinweis abgetan, dass sich Simons Kompetenzen lediglich auf die Berichterstattung seiner Arbeit als Vorsitzender der Kommission beschränkten. Es könne nicht angehen, dass er die Indienpolitik der Regierung und des Vizekönigs bestimme:

The real attack is not made because Lord Irwin and Mr. Wedgwood Benn have used the powers and accepted the responsibility which is constitutionally theirs. It is made because Lord Reading and his fellows are, in their blindness, rigidly opposed to the only policy which will ensure the peaceful evolution of India towards the status which has been solemnly promised to her on repeated occasions during the last 12 years.⁷⁹⁴

Simons Bericht wurde somit wenig Gewicht zugesprochen.

Die *Daily Mail* konzentrierte sich ausschließlich auf Baldwins Unterstützung für die Politik der Regierung. Aus ihrer Sicht hatte der Führer der Konservativen mit seinem Versprechen an die Sozialisten die britische Nation in eine politische Krise erster Güte gestürzt. Das Blatt hob die Freundschaft zwischen Baldwin und Irwin hervor,⁷⁹⁵ der seinerseits verdächtigt wurde, mit dem Sozialismus zu liebäugeln. Mit dieser explosiven Konstellation aus einem „heimlichen Sozialisten“ als Vizekönig, einem konservativen Führer, der wichtige Entscheidungen unbedacht im Urlaub traf, und einem *Labour*-Premier in der Downing Street sei Großbritannien auf den waghalsigen Kurs geführt worden, den unzähligen indischen Rassen und religiösen Gruppen uneingeschränkte Selbstverwaltung in Aussicht zu stellen.⁷⁹⁶

Weiterhin wurde Lansburys Telegramm an Indien mit Bestürzung kommentiert. In seiner Funktion als Kabinettsmitglied eine derartige Nachricht zu schicken, konnte für die *Daily Mail* nur bedeuten, dass es sich hier nicht um einfache sozialistische Rhetorik handelte. Für Rothermeres Blatt schien sich das IO fest in der Hand von angeblich ahnungslosen *Labour*-Politikern zu befinden, die sich von indischen Extremisten, die wie 1919 im IO ein- und ausgingen, dazu überreden ließen, das *British Raj* indischen Oligarchien zu überlassen.⁷⁹⁷ Man befürchtete, die Regierung plane den Ausverkauf des Empires im Osten, und schnell war der Vergleich mit China gefunden, wo Kriegsbanden das Land in Anarchie gestürzt hätten. Der Verlust Indiens würde die britische Wirtschaft in Gefahr bringen, indem der Handel

⁷⁹⁴ *The Daily Herald*, 5. November 1929.

⁷⁹⁵ Irwin war einer von Baldwins engsten politischen Freunden und von ihm zum Vizekönig ernannt worden. Baldwin war entschlossen, dessen Erklärung zum *Dominion*-Status zu unterstützen. R. Jenkins, *Baldwin*, London 1987, 111f.

⁷⁹⁶ *The Daily Mail*, 1. November 1929.

⁷⁹⁷ *Ibid.*, 4. November 1929.

vernichtet würde und Investoren der Bankrott drohte.⁷⁹⁸

Die *Daily Mail* suggerierte eine angsterfüllte Anteilnahme der Bevölkerung an den Machenschaften des „sozialistischen“ IO. Das Blatt unterstellte zudem ein wachsendes Verlangen in der Bevölkerung, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Um dieser Behauptung mehr Gewicht zu verleihen, beschrieb die Zeitung das angeblich allgemeine Erstaunen der Unterhausabgeordneten über die Aktivitäten der Regierung. Die Opposition war aufgerufen, zu handeln. Wenige Tage nach den Verlusten an der New Yorker Börse am 28. Oktober 1929, die die Große Depression einleiteten, mit Handels- und Investitionsniedergang zu drohen, schürte tatsächlich Ängste. Mit der Einführung wirtschaftlicher Gesichtspunkte in die Debatte versuchte Rothermere nun auch unter der breiten Bevölkerung ein Problembewusstsein zu schaffen und sie gegen mögliche Reformen in Indien aufzubringen. Solche und ähnliche Meldungen erschienen nun täglich in der *Daily Mail* bis zur Eröffnung der nächsten Unterhausdebatte zu Indien.

Der *Guardian* hoffte andererseits auf einen neuen, beschleunigten verfassungsbildenden Prozess für Indien. Die Zeitung sah sich aufgrund von Irwins Erklärung in ihrer früheren Annahme bestätigt, dass Simon weitreichende Vorschläge vorlegen würde. Das Blatt begrüßte die Politik der offenen Tür für alle, die sich zuvor nicht in der Lage gesehen hatten, mit der *Statutory Commission* zusammenzuarbeiten. Das Wort Boykott wurde nicht erwähnt. Ganz anders als die *Daily Mail* sah der *Guardian* in Baldwins Unterstützung eine klare Aussage, dass alle politischen Führer in einem parteiübergreifenden Konsens vereint mit äußerster Entschlossenheit an die zu bewältigenden Probleme herangingen.⁷⁹⁹

Die *Times* zögerte, da sie zunächst den Inhalt von Simons Report analysieren wollte. Die *Daily Mail* war gegen jegliche Schritte, die eine sozialistische Regierung, unternehmen würde, der sie keine Empirepolitik zutraute. Das Blatt begann, Indien öffentlich zu einem parteipolitischen Thema zu machen, und ignorierte eine wichtige Prämisse britischer Indienpolitik, nämlich dass das Königreich Indien in Übereinstimmung mit allen politischen Parteien regieren sollte. Der *Daily Herald* sah in der Konferenz lediglich ein Mittel zum Zweck. Er hielt an dem Prinzip der Kontinuität britischer Indienpolitik fest, die aus seiner Sicht die möglichst schnelle

⁷⁹⁸ Ibid., 2. November 1929.

⁷⁹⁹ *The Guardian*, 2. November 1929.

Zuerkennung des *Dominion*-Status beinhaltete. Ähnlich wurde das zunächst auch beim *Guardian* gesehen.

Dennoch zog Letzterer seine uneingeschränkte Unterstützung zurück, als bekannt wurde, dass die Simon-Kommission sich gegen die Bewilligung des *Dominion*-Status ausgesprochen hatte. Zusätzlich dazu hatte Lord Reading mit der Autorität eines ehemaligen Vizekönigs seiner Befürchtung Ausdruck verliehen, dass eine Abkehr von der Linie des GIA von 1919 bevorstehe, die besagte, dass Reformen in mehreren Phasen einzuführen seien. Ein großer konstitutioneller Schritt sei nicht im Sinne der Urheber des GIA von 1919 gewesen. Weiterhin sah Reading die Souveränität des Parlaments als letzte Instanz zu Indien durch eine *Round Table Conference* gefährdet. Der *Dominion*-Status selbst stand für den *Guardian* weniger zur Debatte. Ausschlaggebend war, dass aus seiner Sicht eine solche Erklärung zum jetzigen Zeitpunkt Erwartungen in Indien wecken würde, die Großbritannien noch nicht erfüllen konnte. Die plötzliche Kehrtwende der Zeitung ging vermutlich auf George Lloyds Intervention zurück.⁸⁰⁰ Weiterhin könnte parteipolitische Loyalität eine Rolle gespielt haben, denn als liberales Blatt wollte sich der *Guardian* möglicherweise nicht gegen liberale Politiker wie Lord Reading und Sir John Simon stellen.

Bezüglich des Konsenses hatte sich schon früher eine Entwicklung abgezeichnet, in der die *Times* und der *Guardian* eine Art politische Mitte der Debatte bildeten. Die *Daily Mail* hingegen gefährdete den Konsens, indem sie den Konflikt um Indien zum Gegenstand der Parteipolitik machte, während der *Daily Herald* mit dem Postulat der Kontinuität argumentierte, um in der Konsensgemeinde bleiben zu können.

In der allgemeinen Aufregung um Irwins Bekanntmachung und die Einladung an das politische Indien, sich in London zu einer Konferenz einzufinden, drohte der *Simon-Report* tatsächlich in Vergessenheit zu geraten. Mit Spannung erwarteten die Parlamentarier, wie Baldwin auf die Vorwürfe der *Daily Mail* reagieren würde, dass ein früheres Handeln der Opposition Schlimmeres hätte verhindern können.⁸⁰¹ Simon seinerseits versuchte, von der Autorität seines Berichts zu retten, was zu retten war, und schrieb vor der Unterhausdebatte an Baldwin:

⁸⁰⁰ Bridge (1986:36) erwähnt den Brief von Kommissionsmitglied George Lane-Fox an Irwin, 13. November 1929, Halifax Papers C153/18.

⁸⁰¹ *The Guardian*, 7. November 1929.

I do hope that in your speech today you are going to say something in support of the Commission. We do not want sympathy or apology but we do want backing. Otherwise we are shattered, through no fault of our own.⁸⁰²

Und so zog Baldwin ins parlamentarische Feld. Sein Freund Dawson hatte in der *Times* zwei Tage zuvor noch versucht, die Vorwürfe der *Daily Mail* zu entschärfen. Weder hatte der Oppositionsführer laut Dawson unbedacht Versprechungen gemacht, noch sei die Simon-Kommission übergangen worden. Gegen besseres Wissen wurde den Lesern mitgeteilt, dass Simon selbst die Konferenz vorgeschlagen habe. Außerdem sei das Vorgehen des Vizekönigs nichts Besonderes. Irwin habe den Ausdruck *Dominion-Status* so angewandt, wie es seit 1919 üblich sei. Die Zeitung konnte in der von ihr als künstlich empfundener Aufregung der *Daily Mail* nichts entdecken, was das Blatt als Kritik an der Indienpolitik parteipolitisch hätte nutzen können.⁸⁰³

Wedgwood Benn erklärte, Irwins Ansprache sei im Geiste der Montagu-Erklärung von 1917 gehalten und beinhalte somit keine neue Politik.⁸⁰⁴ Die Idee, dass die britische Indienpolitik seit 1917 kontinuierlich geführt worden war, war ein nicht zu unterschätzender Punkt. Wedgwood Benn versuchte, dem Vorschlag einer Konferenz die Brisanz zu nehmen, indem er festhielt, die Ergebnisse einer *Round Table Conference* könnten sich ohnehin nur im Rahmen der bereits seit 1917 bekannten politischen Ziele bewegen. Letztlich habe man nichts Anderes im Sinn, als einen weiteren Schritt auf der vorgegebenen Bahn zu gehen. Simon wiederum bat seine Kollegen, die Kommission in Frieden arbeiten zu lassen, und hüllte sich daraufhin in Bezug auf die Kommission in ein Schweigen, das er die nächsten Jahre beinahe ungebrochen aufrechterhalten sollte.⁸⁰⁵

MacDonald sorgte dafür, dass die Debatte ohne Kampfabstimmung beendet wurde. Damit war es Baldwin und der Regierung gelungen, einen unsicheren Waffenstillstand zu erreichen. Dabei verlief die Frontlinie weniger über den Flur des

⁸⁰² Simon an Baldwin, 7. November 1929, Baldwin Papers 103/67.

⁸⁰³ *The Times*, 4. November 1929. Baldwin lieferte eine glänzende Verteidigungsrede. Den Bericht der *Daily Mail* entkräftete er, indem er einfach die Wahrheit berichtete und seine Parlamentskollegen über das Missverständnis über Simons angebliche Zustimmung unterrichtete. Er verteidigte seinen Freund Irwin, ohne den die Konservative Partei bedeutend an Substanz verlöre. Baldwin leugnete die Existenz einer Krise, unterstützte Simon und forderte seine Kollegen auf, sich der Wahrheit zu stellen. Großbritannien habe eine eindeutige Erklärung zu verantwortlicher Selbstregierung abgegeben. Jeder müsse sich nun fragen, ob er es damit ernst meine oder nicht. In Bezug auf einen genaueren Zeitraum für weitere Schritte machte er allerdings einen „leisen Rückzieher“. Er unterstützte Indiens Recht auf Gleichheit innerhalb des Empires, deutete aber an, dass dieser Status erst in ferner Zukunft erreicht werden könne. HMSO, 231, 7. November 1929, 1303-13; Bridge (1986:37).

⁸⁰⁴ HMSO, 231, 7. November 1929, 1326; Read & Fisher (1997:223f.).

⁸⁰⁵ HMSO, 231, 7. November 1929, 1336.

Unterhauses, sondern innerhalb der konservativen Opposition.⁸⁰⁶ Churchill hatte während der Debatte mit finsterner Miene neben Baldwin gegessen. Der Parteivorsitzende hatte sich einen formidablen politischen Feind geschaffen, der bald wie kaum ein anderer die Öffentlichkeit in Bezug auf Indien mobilisieren sollte. Wegdwood Benn glaubte sich jedoch zunächst in Sicherheit. Dankbar schrieb er an Dawson:

Now that the storm seems almost to be over, I must just write and tell you how deeply grateful I am for all the help that you have given. I don't mean this as a personal thanks, because I know what you have done for India's and Irwin's sake; but I should like to tell you on my own behalf, and I am sure Irwin would join with me, how very much easier our task has been made by the sane and helpful line you have taken when most people seem to have been losing their heads.⁸⁰⁷

Auch die Medien fassten die Ereignisse zusammen. Für den *Daily Herald* wie für den Chef des IO war die Angelegenheit erledigt. Fortan sollte die konservative Opposition ihre internen Zwistigkeiten an anderer Stelle als im Parlament austragen. Das Einzige, was der Tumult der vergangenen Tage aus Sicht des *Daily Herald* erreicht hatte, war, Indien erneut in Bezug auf die britischen Absichten zu verunsichern. Mit Zuversicht erwartete man freie und unvoreingenommene Diskussionen während der kommenden *Round Table Conference*.⁸⁰⁸

Der *Guardian* gab dagegen der Hoffnung Ausdruck, dass Baldwins Rede die Wogen in Indien geglättet habe. Um seinem Artikel mehr Gewicht zu verleihen, erwähnte das Blatt ein Telegramm der *European Association* in Indien, in dem diese Irwins Erklärung unterstützt hatte. In diesem Artikel wurden gleich mehrere Argumente widerlegt, die Kritiker um O'Dwyer immer wieder auf den Tisch brachten: Nationalismus – nicht Extremismus – sei zu einer indienweiten Bewegung geworden; die von O'Dwyer so häufig bemühten indischen Massen hätten ihre politische Apathie und ihren unerschütterlichen Glauben an das Prinzip verloren, dass eine gute – britische – Regierung besser sei als eine schlechte Eigenregierung; von den Indern im ICS ginge keine Gefahr aus, sie unterstützten lediglich den immer weiter um sich greifenden Nationalismus; und die Männer vor Ort seien für Irwins Politik.⁸⁰⁹ Der indische Nationalismus war demnach kein Unfall, der den verträumten Idealen einiger in England ausgebildeter, egozentrischer indischer Anwälte entsprungen war, sondern

⁸⁰⁶ R.J. Moore, *Making the New Commonwealth*, Oxford 1987, 105.

⁸⁰⁷ Wegdwood Benn an Dawson, 11. November 1929, Dawson Papers TNL.

⁸⁰⁸ *The Daily Herald*, 8. November 1929.

⁸⁰⁹ *The Guardian*, 8. November 1929.

eine natürliche Entwicklung, die sich nicht aufhalten ließ.

Die Unterstützung der *European Association* löste weiter die Phalanx der Briten in Indien auf, die wie oben aufgezeigt, bis dato den angeblich abenteuerlichen Vorhaben einiger Londoner Liberaler bzw. Sozialisten immer wieder Riegel vorgeschoben hatten. Für den *Guardian* waren nun auch Teile der Briten in Indien für politische Reformen. Dies stand im krassen Gegensatz zu dem bisher stets implizierten Eindruck, dass „those who know“ ohne Ausnahme den *Status quo* in Indien erhalten wollten.

Die *Daily Mail* diente in erster Linie als Angriffsplattform Rothermeres gegen Baldwin. Der Pressezar hatte sich mit Lord Beaverbrook vom *Daily Express* auf eine Allianz für den Empire-Freihandel geeinigt. Baldwin stand dem im Wege, und um ihn zu attackieren, bot sich Indien zu jener Zeit als idealer Angriffspunkt. In diesem Sinne betonte der Leitartikel nach der Debatte, dass Baldwin seine Zustimmung für Irwins Erklärung durchaus gegeben hatte. Für Rothermere zählte allein das und damit Baldwins angeblich unautorisiertes Handeln. Die gesamte Indienpolitik unter *Labour* mit Irwin als ihrem „Agenten“ in Indien war für die *Daily Mail* unverantwortlich und Ausdruck einer schwachen Regierung, die allzu leichtfertig auf Druck von außen reagierte. Das alte Prinzip, niemals solchem Druck nachzugeben, das Großbritannien in Indien stark gemacht hatte, war für sie folglich aufgehoben.⁸¹⁰

Die *Daily Mail*-Kampagne blieb in Indien und auch im IO selbst nicht unbeachtet. Mitglieder des ICS waren über die Auswirkungen dieser Artikel auf dem Subkontinent besorgt. Versuche des IO, indirekten Einfluss auf die *Daily Mail* auszuüben, scheiterten.⁸¹¹ Erneut fragte Wedgwood Benn Dawson von der *Times* um Rat. Der Chefredakteur wollte sich allerdings auf keinen Fall in seiner Zeitung zu Artikeln in der *Daily Mail* äußern, da dies nur für noch mehr Aufmerksamkeit in Indien sorgen würde. Was die Öffentlichkeit in Großbritannien anbetraf, beruhigte Dawson Staatssekretär Wedgwood Benn mit den Worten:

I came to the conclusion some days ago that the best policy was to let the thing die down for lack of fuel since no other paper in this country seems to pay attention to what the Daily Mail is doing.⁸¹²

Dies war in Bezug auf die britische Öffentlichkeit eine fragwürdige Einstellung, wenn

⁸¹⁰ *The Daily Mail*, 8. November 1929.

⁸¹¹ Wedgwood Benn an Dawson, 21. November 1929, Dawson Papers TNL.

⁸¹² Dawson an Wedgwood Benn, 19. November 1929, *ibid.*

man bedenkt, dass die *Daily Mail* zu den auflagenstärksten Blättern in Großbritannien gehörte.

Mittlerweile warteten die Medien gespannt auf die Reaktion des INC auf das Angebot einer Konferenz und auf Irwins Erklärung dazu. Der *Guardian* ging von einer positiven Antwort aus.⁸¹³ Wedgwood Benn glaubte, die britische Öffentlichkeit und die Mehrheit der Parlamentarier würden beeindruckt sein von Irwins Plan. Die Sticheleien von Rothermere glaubte er, ignorieren zu können.⁸¹⁴

Gut eine Woche später herrschte jedoch erneut Krisenstimmung. Die Aussicht, der INC könnte die Konferenz des nächsten Jahres boykottieren, stellte den Erfolg des gesamten Unterfangens in Frage, denn ohne den INC war die Kooperation indischer Nationalisten ausgeschlossen.⁸¹⁵ Die Frustration ging so weit, dass sich der *Guardian* fragte, ob ein unabhängiges Indien nicht weniger Ärger für das Königreich bedeuten würde als ein indisches *Dominion*. Das erste Mal hatte sich ein renommiertes Blatt die Frage gestellt, wie viel Sinn Großbritanniens Verbleib in Indien ergab:

Clearly, the selfish arguments for retaining our hold on India are outweighed by the risks involved in holding on too long. Self-interest and humanity alike teach us that we must leave India free to govern herself within a few – a very few decades.⁸¹⁶

Mit dieser überraschenden Bestandsaufnahme schien klar, dass aus Sicht des *Guardian* Großbritanniens Aufgabe in naher Zukunft beendet sein würde, ja sein müsste. Das Juwel in der Krone war 1929 zum Risiko geworden.

O'Dwyer hielt jedoch die Fahne derer hoch, die Indien unter keinen Umständen aufgeben wollten. Kurz nach Irwins Bekanntmachung hatte er in Windeseile ein Pamphlet verfasst, das noch im Dezember 1929 veröffentlicht wurde.⁸¹⁷ Für ihn war die Erklärung über die Bewilligung des *Dominion*-Status für Indien ein feiges Nachgeben der britischen Regierung als Reaktion auf den Druck indischer *Swarajisten*. O'Dwyer war überzeugt, dass die derzeitige *Labour*-Regierung im Alleingang drohte, mit dem Angebot des *Dominion*-Status vollendete Tatsachen zu schaffen. Um ein indisches *Dominion* zu gründen, fehlten aus seinem Blickwinkel

⁸¹³ *The Guardian*, 17. Dezember 1929.

⁸¹⁴ Wedgwood Benn an Irwin, 5. Dezember 1929, Halifax Papers C 152/5, 27. So beeindruckt wie Wedgwood Benn annahm, waren seine parlamentarischen Kollegen allerdings nicht, denn zur Debatte über die politische Situation in Indien fanden sich gerade vier konservative Parlamentsmitglieder ein. Von dieser Seite stieß man also eher auf vorsichtiges Abwarten oder auch Desinteresse.

⁸¹⁵ *The Guardian*, 27. Dezember 1929.

⁸¹⁶ *Ibid.*, 30. Dezember 1929.

⁸¹⁷ M. O'Dwyer, *Dominion-Status for India*, London 1929.

jedoch wichtige Voraussetzungen, die in Australien, Neuseeland, Kanada, Irland und Südafrika gegeben waren: eine homogene Bevölkerung, gemeinsame Sprache und Kultur, britisch-demokratische Traditionen und eine graduelle Entwicklung hin zur Autonomie. Würde in Indien mehr Einigkeit herrschen, würde sich das Vereinigte Königreich sofort für volle konstitutionelle Reformen einsetzen. Die letzten fünf Jahre hatten O'Dwyer allerdings mehr denn je von Indiens Unfähigkeit überzeugt, sein Geschick in die eigenen Hände nehmen zu können.

Das Meinungsspektrum reichte von einem Liberalen Sir John Simon, der schweigend seine Arbeit machen wollte⁸¹⁸ über eine konservative Partei, die sich zu spalten drohte,⁸¹⁹ bis hin zu einer *Labour*-Partei, die sich ihrer eigenen Sache nicht sicher war, einer Partei, die sich trotz aller Beteuerungen, ihre Herangehensweise sei die einzig richtige für Indien, hinter der Floskel versteckte, dass sie keine neue Politik eingeführt habe, sondern lediglich alte Prinzipien klarer als bisher definiere.⁸²⁰ Der parteiübergreifende Konsens weichte immer weiter auf.

Erschwerend kam hinzu, dass sich der Konflikt nicht auf den Disput der Regierung gegen die Opposition oder auf den zwischen der *Daily Mail* und dem *Daily Herald* beschränkte. Baldwin wurde vielmehr aus den eigenen Reihen attackiert. Die *Times* wollte sich weiterhin auf den Simon-Report verlassen und setzte so mittelfristig auf das falsche Pferd. Die Medienlandschaft kritisierte wiederum vereint den INC, über den dadurch jedoch so intensiv berichtet wurde, dass andere indische politische Parteien der britischen Öffentlichkeit nur sporadisch vorgestellt wurden. Der Kongress drohte mit Boykott, Gegner der Reformpolitik fühlten sich von der *Round Table Conference* bedroht, und *Labour* machte keinen selbstsicheren Eindruck.

Bald schon wurde die Aufmerksamkeit verstärkt auf die Entwicklungen in Indien gelenkt. Der INC hatte sich zu seiner alljährlichen Versammlung in Lahore eingefunden. Unter Jawaharlal Nehrus Vorsitz wurde *Swaraj* von Gandhi nun als komplette Unabhängigkeit von Großbritannien definiert. Die Abgeordneten beschlossen einen Boykott der zentralen und regionalen Räte, woraufhin Nehru um Mitternacht am 31. Dezember 1929 die Unabhängigkeitsflagge hisste.⁸²¹ Indien

⁸¹⁸ HMSO, 231, 7. November 1929, 1336.

⁸¹⁹ Ahmed (1985:87).

⁸²⁰ HMSO, 231, 7. November 1929, 1326.

⁸²¹ Eine Teilnahme des INC an der *Round Table Conference* wäre einem politischen Selbstmord gleichgekommen. Kongressmitglieder hätten einer Agenda folgen müssen, die von der britischen Regierung festgelegt worden war. Für Gandhi und Nehru wäre es weder auch nur annähernd möglich gewesen, ihre Minimalforderungen durchzusetzen, noch ihre Unabhängigkeitsresolution

wartete nun gespannt auf Gandhis nächsten Schritt. Wie würden die nächsten zivilen Ungehorsamkeitsaktionen aussehen?

Beinah gelangweilt notierte die *Times*, dass der INC diese Politik bereits lange bevor Wedgwood Benn oder Irwin in ihre Ämter gekommen waren verfolgt hatte. Ohnehin sei das Angebot der *Round Table Conference* an Patrioten und die eher praktisch ausgerichteten Elemente der indischen politischen Szene gerichtet. Mit der Entscheidung des INC hatten moderate Politiker wie Sir Tej Bahadur Sapru, der Anführer der pro-britischen indischen Liberalen Partei und auch Mohammad Jinnah für die *Times* an Bedeutung gewonnen. Die anberaumte Konferenz konnte aus ihrer Sicht durch die Abwesenheit der „Fanatiker“ nur an Profil gewinnen.⁸²²

Eine Ansicht, die von dem *Times*-Redakteur Dawson auch privat geteilt wurde: „As for the general course of British policy, I certainly feel that the only thing to be done for the moment is to refuse to allow recent events to deflect it through panic.“⁸²³ Je souveräner die Regierung und das GOI auf Gandhis Drohungen reagiere, desto geringer die Bedrohung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Indien. Implizit kamen Dawsons Äußerungen auch einer Warnung gleich. Nur ein selbstsicheres *Raj*, das willens sein würde, seine Kontrollfunktion auszuüben, war einer Nichtkooperationswelle gewachsen. Das bedeutete eine einheitliche Indienpolitik, die jedoch ganz und gar nicht gewährleistet war.

Der *Guardian* rief dazu auf, die *Round Table Conference* mit Realismus anzugehen und ermahnte seine Leser, dass Großbritannien „zu oft versucht gewesen war, indische Politiker wie Kinder zu behandeln“. Man könne auf unabsehbare Zeit weder Dankbarkeit noch Loyalität erwarten. Indien sei nun berechtigterweise ungeduldig und jeder Versuch Großbritanniens, den Subkontinent zu lange regieren zu wollen, berge zu viele Risiken. Allerdings blieb man recht vage, was den genauen Zeitpunkt betraf:

But though risk is involved in holding on too long, no less risk and dishonour will be incurred if we let go too soon. Honour is not a mere cant phrase, and honour and interest alike bind us do ail on our power to ensure that when we leave India we leave a stable Government and not anarchy to fill our place.⁸²⁴

aufrechtzuerhalten. Der Prestigeverlust in den eigenen Reihen und in Indien allgemein hätte zu einem nicht wieder gut machenden Autoritätsverlust des INC geführt. James (1997:524); D.A. Low, *Britain and Indian Nationalism. The Imprint of Ambiguity, 1929-1942*, Cambridge 1997, 56-71.

⁸²² *The Times*, 2. und 6. Januar 1930.

⁸²³ Dawson an Salisbury, 7. Januar 1930, Dawson Papers TNL.

⁸²⁴ *The Guardian*, 4. Januar 1930.

Montagus System der graduellen Reform war für den *Guardian* immer noch das Beste,⁸²⁵ und somit schien eine tiefgreifende Veränderung zu einem baldigen Zeitpunkt unmöglich. Insgesamt blieb die Berichterstattung des *Guardian* vergleichsweise wenig stringent. Denn keine zwei Wochen später wurde ein Leitartikel verfasst, laut dem die einzig denkbare Möglichkeit, die gemäßigten Inder auf die Seite Großbritanniens zu ziehen, eine Politik sei, die für Indien so schnell wie möglich den *Dominion*-Status herbeiführte.⁸²⁶ Eine Erklärung, wie dies ohne dramatische Einschnitte in die indische Verwaltung und die momentane Regierungsform in Indien möglich sein sollte, blieb man den Lesern schuldig.

Der Schlingerkurs des *Guardian* schien verschiedene Gründe zu haben. Zum einen waren die liberalen Schwergewichte Lloyd George als ehemaliger Premierminister, Lord Reading als ehemaliger Vizekönig und Chefkommissar Sir John Simon mit Irwins Erklärung nicht glücklich.⁸²⁷ Lord Readings Kritik war um so beißender gewesen,⁸²⁸ als es gerade unter seiner Amtszeit zu einem friedlichen Ende von Gandhis ersten zivilen Ungehorsamkeitsaktionen gekommen war. Durch sein eisernes Schweigen war Simon für Staatssekretär Wedgwood Benn und Vizekönig Irwin keine große Stütze. Es entbehrte jedoch nicht einer gewissen Ironie, dass sämtliche Reformen in Indien auf liberaler Politik fußen. Unter Lloyd Georges Regierung war es 1917 zur Montagu-Erklärung gekommen. Der GIA von 1909 war unter John Morley verabschiedet worden. Der GIA von 1919 war ebenfalls das Produkt eines liberalen Staatssekretärs und wurde unter Lord Readings Vizekönigtum eingeführt. Der liberale Sir John Simon wiederum war gemäß der im GIA von 1919 Linie nach Indien gegangen, um sich über die Möglichkeit weiterer Schritte zu informieren.

Dieser Deutungsnotstand hatte offensichtliche Auswirkungen auf die Berichterstattung. Die Frage nach der liberalen Position konnte der *Guardian* letztlich nur mit der Formel lösen, man wolle den *Dominion*-Status für Indien so bald wie möglich einführen, was wiederum nur mit einer nicht näher erläuterten einheitlichen und gradlinigen Politik möglich sei. Es gelang dem *Guardian* nicht, in Bezug auf Indien liberale Grundsätze mit liberaler Tagespolitik zu versöhnen, die weitgehend

⁸²⁵ Ibid.

⁸²⁶ Ibid., 16. Januar 1930.

⁸²⁷ Ahmed (1985:89).

⁸²⁸ Burke & Quraishi (1995:275).

von Lord Reading und Lloyd George beeinflusst wurde und zu dieser Zeit zwischen der Duldung einer *Labour*-Regierung und der Aufrechterhaltung der Kontakte mit den Konservativen schwankte.

Die *Daily Mail* sah in der INC-Resolution nichts als Verrat und einen Aufruf zur Gewalt. Erneut wurde die angeblich schwache Politik des GOI verantwortlich gemacht.⁸²⁹ Am 4. Januar 1930 erschien ein Artikel, verfasst von Sir Michael O'Dwyer, mit dem Titel: *Digging Our Grave in India*. Hier wurden gleich mehrere Optionen beschrieben, die dem angeblich schwachen Vizekönig offen stünden, um Gandhis Treiben ein Ende zu bereiten. Es wurden einfache Lösungen angeboten. In großen Lettern überschrieb die *Daily Mail* ihren Leitartikel vom 7. Januar 1930 mit: *Govern!*, und am 28. Januar: *No Surrender in India!* Während man sich inhaltlich nicht sehr von bereits zuvor vertretenen Thesen entfernte, schien sich das Blatt nun auf Aufmerksamkeit heischende Überschriften zu verlassen. Mit der Zeit jedoch verließen sich die Verfasser der Leitartikel verstärkt auf die Taktik, unverhohlen Großbritanniens wirtschaftliche Interessen ins Spiel zu bringen. Diese stellten sie über die politische Entwicklung Indiens und definierten sie als nationale Interessen Großbritanniens:

Politicians must forever drop their gibberish about Dominion Home Rule for the Eastern Empire. Those of them who persist in toying with so fatal a policy must be remorselessly driven from public life. The retention of India is more important to the welfare of Great Britain than tariffs or any other political question.⁸³⁰

Der dramatische Fall der Aktienpreise an der Börse in Bombay im Januar 1930 kam gerade recht, um den Boykott und die Aktionen zivilen Ungehorsams allein dafür verantwortlich zu machen. Und so zeichnete die *Daily Mail* ein düsteres Bild für die Zukunft der Lancashire-Baumwollindustrie angesichts des sinkenden Werts indischer Wertpapiere.⁸³¹ Damit setzte Rothermere auf eine Strategie, mit der er der britischen Bevölkerung die Problematik sozusagen vor die Haustür bringen wollte, indem er die Folgen aufzeigte, die dies für Briefftasche jedes einzelnen haben würde. Dabei ließ er

⁸²⁹ *The Daily Mail*, 2. Januar 1930.

⁸³⁰ *Ibid.*, 28. Januar 1930.

⁸³¹ *Ibid.*, 23. Januar 1930. Was vielen Zeitgenossen nicht bewusst war, war die Tatsache, dass Indien bereits seit den frühen 1920er Jahren als Wirtschaftsfaktor für Großbritannien erheblich an Bedeutung verloren hatte. Zwar war Lancashire immer noch auf den indischen Markt angewiesen, aber auch hier hatte lange vor Gandhis Boykott ein Prozess eingesetzt, der dazu geführt hatte, dass nur noch ein Drittel der Baumwollproduktexporte aus Lancashire nach Indien gingen. Weiterhin sank die Lancashire-Produktion durch die ungleich höheren Kosten im Vergleich zu Indien. Selbst die japanische Konkurrenz traf zu diesem Zeitpunkt die indische Industrie weitaus härter als die britische. S. dazu Tomlinson (1975:337-80); ders., *The Economy of Modern India, 1860-1970*, Cambridge 1993.

außer Acht, dass es zu diesem Zeitpunkt weder eine ausschließlich von Indien ausgehende Krise für Lancashire gab, noch dass das Gros seiner Leserschaft kaum im Besitz von indischen Wertpapieren gewesen sein kann.⁸³²

Sir William Joynson-Hicks, der 1922 die treibende Kraft hinter dem Misstrauensvotum gegen den damaligen Staatssekretär Montagu gewesen und mittlerweile zu Lord Brentford geworden war, verfasste einen weiteren Artikel, in dem er eine starke Hand in Indien forderte. Er schrieb, niemand könne erwarten, dass die Forderungen der indischen Extremisten zu deren Lebenszeit erfüllt werden könnten. Seiner Meinung nach würde zu viel Gewicht auf den fortschrittlichen Aspekt der Montagu-Erklärung und des GIA von 1919 gelegt. Schließlich sah die Gesetzgebung, wenn nötig, ebenfalls Schritte vor, Reformen zu bremsen. Die Tatsache, dass er mit Lord Irwin einem Parteifreund in den Rücken fiel, entschuldigte er damit, dass es wichtigere Dinge gäbe als Parteizugehörigkeit, wenn es um das Wohl des Empires ginge:

They are thoughts which I submit to my friends in Great Britain, and which I commend to them with a memory of Roosevelt's great and true remark in regard to our position in India and elsewhere: Govern or get out! If you want to get out, say so – and go. But if you want to govern, see that you do it.⁸³³

Die *Daily Mail* sah im INC die Bedrohung, die man ihm in der *Times*, *Daily Herald* und dem *Guardian* absprach.⁸³⁴ Während die anderen Zeitungen den Kongress verharmlosten, wollte die *Daily Mail* die Gefahr durch den INC bewusst hervorheben, um ihre Leser aufzurütteln.⁸³⁵ Politischer Fanatismus seitens des Kongresses bedeutete für den *Daily Herald*, den *Guardian* und die *Times* ausschließlich Gefahr für die Reformen und nicht für das Empire. Rothermere hingegen warnte vor dem Untergang des gesamten Empires, den der fanatischen INC und die katastrophale Politik im Königreich verursachen könnte. Die *Times* und der *Guardian* sahen mehr das Ansehen der britischen Regierungskunst gefährdet. Während die *Daily Mail* jede politische Emanzipation Indiens ablehnte, ging es ihnen um das Problem, das *British Raj* durch

⁸³² Empirebezogene Aktien wurden meist von den wirtschaftlichen Eliten vor allem in London und dem Süden Großbritanniens gekauft und nicht in Lancashire. Ein Großteil dieser Aktienkäufe fand als Teil der allgemeinen Vermögensumwälzungen der britischen Aristokraten statt. Der Löwenanteil der Investitionen ging jedoch nach Kanada und Australien und nicht nach Indien. G. Balachandran, *Imperialism: The Auditor's Report*, *IESHR* 27 (2), 1990, 228-243; Cannadine (1999:137ff.).

⁸³³ *The Daily Mail*, 15. Januar 1930.

⁸³⁴ *The Guardian*, 4. Januar 1930; *The Times*, 2. und 6. Januar 1930; *The Daily Herald*, 9. November 1929.

⁸³⁵ *The Daily Mail*, 2., 7. und 28. Januar 1930.

das Zugeständnis politischer Reformen weiterhin im Empire zu halten. Für den *Daily Worker*, der im Januar 1930 die Bühne der britischen Presselandschaft betrat, wurden die Ereignisse in Indien zu einem wahren Geschenk des Himmels. Nicht nur lieferte ihm die britische imperiale Politik ausreichend Material, das Establishment zu kritisieren und anzugreifen. Zusätzlich war die INC-Politik für ihn hervorragend geeignet, um auf das Schicksal der Arbeiter und Bauern in Indien aufmerksam zu machen.⁸³⁶

Indien war nach der kommunistischen Ideologie die Achilles-Ferse des Empires. Die politische Emanzipation Indiens wurde eng mit der der britischen Arbeiterklasse verknüpft. Der Verrat an den indischen Massen durch die angeblich reaktionären Kräfte um Gandhi, der 1922 seine gewaltfreie Kooperationsverweigerung beendet hatte, hatte vom Standpunkt der Kommunistischen Partei Großbritanniens (*Communist Party of Great Britain – CPGB*) aus dazu beigetragen, das Empire zu erhalten. Gewaltfreiheit wurde vom *Daily Worker* als passive Unterwerfung der Massen definiert, was Gandhi zu einem Agenten des Empires machte.⁸³⁷ Die Unabhängigkeitsresolution von 1928 war aus Sicht des *Daily Worker* lediglich auf Druck der Massen ins Programm des INC aufgenommen worden. Voll revolutionären Eifers erwartete die Zeitung das baldige Einsetzen kommunistischer Umwälzungen in Indien.⁸³⁸

In diesem Sinne lieferte der INC aus Sicht des *Daily Worker* nur einen Schaukampf. Jahrelang hätten Gandhi und Nehru die indischen Massen durch immer wieder abgebrochene Aktionen verraten. Als seine Nichtkooperation sich zu einer wahren Massenbewegung entwickelt habe, habe ein aufgeschreckter Gandhi sie abrupt

⁸³⁶ Dabei war die Kommunistische Partei in Großbritannien früh in einen Konflikt mit der Komintern geraten. Frühe Versuche der Partei, sich an *Labour* im Allgemeinen und an ihre Indienpolitik im Besonderen anzunähern, waren von dieser abgeblockt worden. Somit war die CPGB gezwungen, unabhängige Arbeiterbewegungen in den Kolonien zu unterstützen. Indische Nationalisten wurden als Angehörige der Bourgeoisie eingestuft. Hilfe für unabhängige Bewegungen sollte die Arbeit des INC unterwandern. Für eine ausführliche Diskussion der Rolle der CPGB und des Problems des britischen Imperialismus in Bezug auf Indien siehe Howe (1993:53-67).

⁸³⁷ *The Daily Worker*, 11. Januar 1930.

⁸³⁸ Was für den Auftakt des *Daily Workers* allerdings noch wichtiger war, waren die sogenannte Meerut-Verschwörungsprozesse. Im März 1929 hatte das GOI 31 der führenden Kommunisten in Indien verhaftet, darunter auch etliche Briten. In ihren Angriffen auf reaktionäre Scheinrevolutionäre übersah die Zeitung, dass die beiden Nehrus das Verteidigungskomitee unterstützten. Die 31 verhafteten Genossen wurden in den kommenden Jahren zu Märtyrern stilisiert, denen sich der *Daily Worker* in vielen Artikeln widmete. Der Prozess zog sich bis 1933 hin und endete mit hohen Haftstrafen für fast alle Angeklagten. 1935 wurden jedoch die meisten Verurteilungen revidiert. Unter den verhafteten Briten befanden sich Philip Spratt, Mitbegründer der Kommunistischen Partei in Indien, und Benjamin F. Bradley, ein weiteres führendes Mitglied der Partei. Beide wurden zu zehn Jahren Deportation verurteilt.

beendet, um die Pfründe des Kongresses zu sichern. Der erneute Aufruf zum Boykott diene nun der Verschleierung dieser Tatsache und sollte es dem INC ermöglichen, den Einfluss auf die indischen Massen aufrechtzuerhalten. Nicht anders waren Gandhis Aktionen auch von den anderen Zeitungen kommentiert worden.⁸³⁹ Der Boykott diene auch aus ihrer Sicht dazu, das angebliche Schwinden des Einflusses des INC auf das politische Indien abzufangen.

Der Vorwurf an Irwin, aus Angst vor dem INC dessen Politik gutzuheißen, wurde an dieser Stelle zurückgewiesen. Dabei handelte es sich nicht etwa um eine Verteidigung des Vizekönigs. Die etablierte Presse, gleichgültig wie sie zu Irwin stand, überging laut *Daily Worker* die Tatsache, dass der Vertreter des Königs nicht aus Angst vor dem INC, sondern aus Angst vor den indischen Massen handelte. Der Kongress wurde im *Daily Worker* zu einem Bund indischer Kapitalisten, die alles daransetzten, nach Abzug der Briten selbst die indischen Massen auszubluten. Von den Klassenkämpfen aufgeschreckt, würde der INC nun in die Arme des britischen Kapitalismus gedrängt werden.⁸⁴⁰ Der *Daily Worker* verfolgte so bezüglich des INC eine ähnliche Taktik wie die *Daily Mail*: die Mitglieder des Kongresses seien lediglich darauf aus, den Reichtum des Landes für sich zu beanspruchen und ihn der indischen Bevölkerung vorzuenthalten.

Der INC und seine Boykotthaltung erhielten so eine Breitseite von der britischen Presse. Wie oben aufgezeigt, kann zusammenfassend gesagt werden, dass die *Times* versuchte, der Situation etwas Positives abzuringen, indem sie davon ausging, die Nichtanwesenheit „fanatischer Revolutionäre“ während der *Round Table Conference* könne zu deren Erfolg beitragen. Der *Daily Herald* war auf Schadensbegrenzung bedacht. *Daily Mail* und *Daily Worker* witterten beide auf ihre Weise Verrat. Während Rothermere mit der Faust drohte und praktisch den Abbruch der britischen Reformpolitik forderte, sah das kommunistische Blatt eine Verschwörung kapitalistischer Kräfte sowohl in Großbritannien als auch in Indien gegen die Unabhängigkeit und den Klassenkampf in Indien. Die anberaumte Konferenz war für *Daily Mail*-Kreise Ausdruck eines feigen Rückzugs und für den *Daily Worker* eine imperiale Intrige kapitalistischer Kräfte, die sich gegen die indischen Massen verschworen hatten. Gegensätzlicherer Ansichten konnte das

⁸³⁹ *The Guardian*, 3. Januar und 12. Februar 1929; *The Times*, 4. und 8. September sowie 15. Oktober 1929.

⁸⁴⁰ *The Daily Worker*, 2. und 4. Januar 1930.

Bündnis gegen die *Round Table Conference* kaum sein.

Was mit der Zeit deutlich wurde, war die Notwendigkeit, den indischen Bestrebungen mit einer klaren Politik zu begegnen. Die Antwort der *Daily Mail* bestand dabei wie gesagt aus: *Govern!* Der *Daily Worker* sah die Lösung in der natürlichen (leninistischen) Abfolge der Revolution und des Klassenkampfes. Der *Daily Herald* behauptete einfach, eine klare Politik sei bereits vorhanden, würde von den Extremisten jedoch unverständlicherweise nicht akzeptiert. Der *Guardian* und die *Times* forderten eine geordnete Übergabe von geordneten Verhältnissen. Während das übergeordnete Ziel einer klaren, einheitlichen, britischen Indienpolitik weiterhin vorhanden blieb, begann eben dieses Konzept, aufgrund der sich nun stark voneinander unterscheidenden Ansätzen verschiedener Gruppen in Großbritannien zu zerbrechen.

Der Prozess, der mit Irwins Erklärung des Vorjahres begonnen hatte, setzte sich fort und wurde auf verschiedenen Ebenen debattiert. Ausgehend von Baldwins ungeschicktem Taktieren und Simons undurchsichtigem Verhalten setzte die Auflösung des britischen Einheitsanspruchs ein. Mit der Ankunft der indischen Delegierten zur Londoner Konferenz würde das *Raj* den Briten so nahekommen wie nie zuvor. Während die eine Seite, vertreten durch die Rothermere-Presse, den Anfang vom Ende befürchtete, hofften auf der anderen Seite der *Guardian* und der *Daily Herald*, dass man allen Delegierten britisches *fair play* vor Augen führen könne.⁸⁴¹

Mit Irwins Erklärung wurde 1929 das Ende des britischen Konsenses über die Notwendigkeit einer parteiübergreifenden Indienpolitik eingeläutet. Dabei versuchte der *Guardian* zwar, den Konsens zu stützen, indem er darauf hinwies, die Erklärung würde von allen britischen politischen Parteien unterstützt. Dabei übersahen die Anhänger dieses Arguments jedoch den innerparteilichen Zwist unter den Konservativen. Die *Daily Mail* forderte zu jener Zeit überdies, jegliche Reformpolitik zu beenden. Die Zeitung war an der Transformation des Diskurses aktiv beteiligt, indem sie die anberaumte Konferenz im Grunde als Vehikel zum Angriff gegen Baldwin nutzte. Indien war dabei nur eine potenziell offene Flanke des Parteiführers der Konservativen. Angesichts der Tatsache, dass die Indienberichterstattung der *Daily Mail* traditionell recht spärlich war, ist es umso kurioser, dass gerade dieses Blatt

⁸⁴¹ *The Guardian*, 8. November 1929 und 4. Januar 1930; *The Daily Herald*, 8. November 1929; Memorandum von Wedgwood Benn, 3. Oktober 1929, PRO/CAB 23/34, 100 C.P. 266 (29).

den Diskurs so stark beeinflusste. Das gelang der Zeitung, weil sie versuchte, die *Labour*-Regierung von der Konsensgemeinde auszuschließen. Aber natürlich auch, da sie durch Lord Rothermere, einen der einflussreichsten Pressemagnaten und Mitglied der politischen Elite, erheblich auf das Narrativ einwirken konnte. Ein weiterer Angriff gegen den Konsens über eine überparteiliche Indienpolitik kam überraschenderweise vom *Guardian*, als er von Simons Vorbehalten gegen einen indischen *Dominion*-Status erfuhr. Auch wenn die Zeitung sich eher gegen den Zeitpunkt der Erklärung wandte als gegen das Prinzip selbst, so war der Rückzieher wahrscheinlich aufgrund parteipolitischer Loyalität erfolgt.

Als Lord Irwins Erklärung auch von Teilen der Briten in Indien unterstützt wurde, zerbröckelte auch die oft beschworene Konsensgemeinde der Indienautoritäten vor Ort immer weiter, die als *those who know* oft von Reformgegnern als Autoritäten angerufen worden waren. Großbritanniens Auffassungen von seiner Verantwortung und seinen Pflichten gegenüber seiner indischen Kolonie erhielt ebenfalls einen Seitenhieb. Der *Guardian* hatte bereits seit Mitte der 1920er Jahre auf die Gefahren hingewiesen, die dem Empire drohten, falls man Indien zu lange festhalten würde. Weiterhin kamen Frustrationen zum Vorschein, die das Blatt zweifeln ließen, ob das *British Raj* nicht zu viel Ärger für das Königreich bedeutete. Bisher war die undankbare Aufgabe in Indien als britische Mission dargestellt worden. Ende 1929 empfand nun das liberale Sprachrohr der britischen Medien diese Mission als Belastung. Das Einzige, was die Diskursteilnehmer gemeinsam hatten, war ihr Verlangen nach einer klaren Indienpolitik. Wie diese aussehen sollte, konnte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in einem britischen Konsens beantwortet werden.

d. Nichtkooperation in Indien – der nackte Fakir Gandhi marschiert

Am 2. März 1930 erhielt Vizekönig Irwin einen Brief von Gandhi. Der Mahatma informierte Irwin darin über die Details seiner nächsten zivilen Ungehorsamkeitsaktion. Mit einigen seiner Anhänger plante er einen Marsch von 240 Meilen von seinem Sabarmati Aschram an die Küste bei Dandi, um dort das Salzmonopol des GOI anzuprangern.⁸⁴² Resigniert schrieb Wedgwood Benn an Irwin:

The plain fact is that the lifting of the boycott will be so popular in this country that nothing else really matters. Salt, land, prisoners and all those things are really of no direct concern or interest of Great Britain.⁸⁴³

Der *Guardian* schrieb zum Stichtag der Ungehorsamkeitsaktion, er könne diese Aktion nicht gutheißen, noch könne Gandhi Sympathien erwarten. Vielmehr erhoffte sich die Zeitung vom Vizekönig, dass er alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutzen würde, den Mahatma zu stoppen. Die Zeitung sprach Lord Irwin jedoch ihr vollstes Vertrauen in die Art und Weise aus, wie der die Situation handhaben würde.⁸⁴⁴ Der *Daily Herald* richtete eine Warnung an die Anhänger der Rothermere- und Beaverbrook-Presse. Die von der *Daily Mail* bereits im Januar 1930 geforderte eiserne Hand gegen Gandhi sei keine Antwort auf die geplante Kampagne. Die Ungehorsamkeitsaktionen waren für den *Daily Herald* eine Art Volksbegehren, das bewies, mit wie wenig Unterstützung von Seiten des indischen Volkes die Briten in Indien regierten. Ein solches Regierungssystem schien ohne jeden Nutzen und lief aus Sicht des *Daily Herald* Gefahr, eine Revolution heraufzubeschwören. Eine rein auf die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung ausgerichtete Verwaltung sei fehl am Platze.⁸⁴⁵ *Dyarchy*, ohnehin ein „komplexes und konfuses System bar jeder Logik“ konnte Indiens Erwartungen nicht befriedigen. Die einzige Legitimation für das Montagu-System war das implizite Übergangsprinzip.⁸⁴⁶

Damit verschaffte der *Daily Herald* Gandhis Salzmarsch eine politische Legitimation und auch eine demokratische Grundlage. Vor allem wurde mit der

⁸⁴² *Collected Works of Mahatma Gandhi*, XLIII, 3-7, zitiert in Read & Fischer (1997:227). Die Salzsteuer hatte einen ungeheuren Symbolwert. Sie war bereits 1765 von der *East India Company* eingeführt worden. Da Salz zu den Grundnahrungsmitteln gehörte, war es unmöglich, diese Steuer nicht zu zahlen. Selbst die Anwohner der Küstengebiete, die das Salz im Prinzip vor der Haustür hatten, waren gezwungen, an das GOI zu zahlen. Jegliche Eigenproduktion war untersagt. Gandhis Plan sah vor, gegen dieses Verbot zu verstoßen, indem er am Strand Meerwasser abkochte und Salz produzierte.

⁸⁴³ 4. März 1930, Halifax Papers C 152/6, 58.

⁸⁴⁴ *The Guardian*, 12. März 1930.

⁸⁴⁵ *The Daily Herald*, 11. März 1930.

⁸⁴⁶ *Ibid.*, 24. März 1930.

Vorstellung gebrochen, der ICS bzw. das *British Raj* habe das indische Volk hinter sich. Annähernd so sah es zumindest Staatssekretär Wegdwood Benn, der damit gegen seinen eigenen Parteivorsitzenden MacDonald argumentierte.⁸⁴⁷ Dies war eine weitere Attacke gegen den britischen Konsens über die Dankbarkeit, die die indischen Massen angeblich der effizienten und gerechten englische Regierung entgegenbrachten. Die britische Nation war nun angehalten, entsprechend ihrer eigenen demokratischen Gesinnung in der Kolonie zu handeln. Die Erinnerung an die peinliche Lage von 1924, als unter der Ägide der ersten *Labour*-Regierung Notstandsgesetze über Indien verhängt worden waren, war noch frisch. Der in Indien geborene *Labour*-Abgeordnete Archibald Fenner Brockway⁸⁴⁸ versäumte keine Gelegenheit, *Labour* an die „fortwährende Schande“ zu erinnern, dass die sogenannten Bengalen-Verordnungen, wie die Notstandsgesetze genannt wurden, damals unter ihrer Regierung verabschiedet worden waren.⁸⁴⁹

Für die *Daily Mail* sah die Situation allerdings völlig anders aus. Hier glaubte man mittlerweile, Gandhi regiere in Wirklichkeit Indien. Die neuen indischen Einfuhrzölle auf Fertigprodukte der Lancashire-Baumwollindustrie schienen Beweis genug, dass nunmehr das GOI völlig gegen britische Interessen agiere, um indische Aufrührer zufrieden zu stellen. Versuche des Kabinetts, die Zölle auf diese Baumwollprodukte niedriger zu halten waren nämlich von Vizekönig Irwin abgeschmettert worden.⁸⁵⁰ Daraufhin griff Lord Rothermere selbst zur Feder und schrieb vom Untergang Indiens und des gesamten britischen Empires, den er mit einer neuen *United Empire Party* verhindern wollte.⁸⁵¹ Gandhis Aktionen wurden mit einer Kriegserklärung gleichgesetzt, die laut *Daily Mail* von Großbritanniens Bevölkerung mit Erschrecken aufgenommen wurde. Der Leitartikel brachte es auf die simple Formel: „The real trouble is that the Government has for 10 or 15 years ceased to

⁸⁴⁷ Siehe dazu auch Brasted & Bridge (1988:86-88). Für MacDonald waren Gandhis Aktionen boshaft. Sie würden lediglich an niedere Instinkte appellieren und gesetzloses Handeln sanktionieren. In seinen Augen drohte der INC mit der erneuten Ungehorsamkeitsbewegung eine Chance zu verspielen, die „innerhalb der nächsten zwanzig Jahre nicht wieder zu erwarten sei“. MacDonald an Andrews, 5. Mai 1930, MacDonald Papers PRO/REM 30/69, 1440.

⁸⁴⁸ Fenner Brockway engagierte sich sein ganzes Leben lang für Pazifismus, obwohl er während des spanischen Bürgerkrieges willens war, zur Waffe zur greifen. Dort lernte er seinen Mitstreiter George Orwell kennen und half ihm dabei, *Homage to Catalonia* zu veröffentlichen.

⁸⁴⁹ So auf dem Birmingham-Parteitag der *Independent Labour Party* am 21. April 1930. *The Times*, 22. April 1930

⁸⁵⁰ Tomlinson (1975:366).

⁸⁵¹ *The Daily Mail*, 4. März 1930.

govern.“⁸⁵² Dem lag ein Festhalten an dem Postulat der absoluten britischen Kontrolle über seine Kolonie zugrunde, die der Regierung unter *Labour* und dem *British Raj* unter Irwin scheinbar gänzlich entglitten war.

Die *Times* blieb vergleichsweise distanziert. Ihre erste Reaktion bestand darin, warnend auf die Ereignisse der letzten sogenannten gewaltfreien Ungehorsamkeitsaktionen hinzuweisen. Erinnerungen an Chauri Chaura wurden wachgerufen. Für Gandhis Verhalten gab es für die *Times* folglich nur zwei Erklärungen: entweder hätten die Schmeicheleien seiner Anhänger dazu geführt, dass er jeden Sinn für Verantwortung verloren habe; wahrscheinlicher sei jedoch, dass die bevorstehende *Round Table Conference* der Welt vor Augen führen würde, dass der INC nur einen Bruchteil der politischen Interessensgruppen Indiens repräsentierte.⁸⁵³ Das wiederum war ein Gegenargument für die Berichterstattung des *Daily Herald*, der wie oben beschrieben, Gandhis Aktionen politische legitimierte. Es gab in Großbritannien keinen Konsens über die indische Kooperationsverweigerung.

In einem Leserbrief an die *Times*, den die *Daily Mail* am darauffolgenden Tag ihren Lesern empfahl,⁸⁵⁴ nahmen sich die Lords Sydenham und Meston, Sir Michael O’Dwyer und Sir Reginald Craddock, ehemaliger Gouverneur von Burma, des Themas an.⁸⁵⁵ Die versammelte Riege von Ex-Gouverneuren, die alle ihre Erfahrungen mit Unruhen in Indien gemacht hatten, forderte die Wiedereinführung außerordentlicher Notstandsgesetze, mit denen Vizekönig Irwin der Lage Herr werden könne. Für dessen diplomatische Experimente hatten sie wenig Verständnis und riefen den Repräsentanten des Königs auf, mit aller Härte gegen die Auführer vorzugehen. Die Tatsache, dass selbst Lord Meston einer der Unterzeichner war, zeigt, dass auch Diskursteilnehmer, die zuvor den Übergangscharakter des GIA von 1919 wohlmeinend betont hatten, an ihre Grenzen kamen. Es ist unwahrscheinlich, dass Lord Meston sich plötzlich gegen Reformen stellte. Die angedrohte Verweigerung des INC, seine Rolle als dankbarer Untertan zu erfüllen, mag Befürchtungen über einen britischen Kontrollverlust bei ihm ausgelöst haben.

Die *Times* konnte die säbelrasselnden Forderungen nicht nachvollziehen.⁸⁵⁶ Vielmehr glaubte die Zeitung, Gandhi wartete nur darauf, von den Behörden verhaftet

⁸⁵² Ibid., 6. März 1930.

⁸⁵³ *The Times*, 4. März 1930.

⁸⁵⁴ *The Daily Mail*, 6. März 1930.

⁸⁵⁵ *The Times*, 5. März 1930.

⁸⁵⁶ Ibid., 8. März 1930.

zu werden, um vor den Massen als Märtyrer erscheinen zu können. Sie versicherte ihren Leser erneut, dass, wer auch immer vor Ort in Indien etwas zu sagen hatte, hinter Irwins Politik stünde. Diese Haltung wurde in Leserbriefen von J.P. Hewett, einem ehemaligen ICS-Beamten und Experten für indische Tiger, als auch von C.J. O'Donnell, ebenfalls einem pensionierten ICS-Beamten, unterstützt.⁸⁵⁷ Der *Guardian* war ebenfalls nicht alarmiert. Zwar sei Indien wie ein Pulverfass, aber Gandhis illegale Salzgewinnung würde kaum zu einer Explosion führen.⁸⁵⁸

Als Gandhi sich tatsächlich auf seinen Marsch begab, zog die *Times* seine Aktionen ins Lächerliche. Die Polizei in Indien ihrerseits schien Anweisungen zu befolgen, sich nicht einzumischen.

The martyrs therefore went about their job unmartyred, save so far as a hot sun and brackish drinking water may constitute martyrdom. It all seemed very futile, very childish, and, above all, very unreal.⁸⁵⁹

Mit Sarkasmus berichtete das Blatt im Lauf der nächsten Tage über Gandhis angeblich verzweifelte Versuche, den Zorn des Gesetzes auf sich zu ziehen. Die Nichtkooperationsbewegung verlor durch das als naiv empfundene Verhalten der „Möchtegern-Märtyrer“ ihre Bedrohung. Somit waren Notstandsgesetze nicht erforderlich. Irwins Verhalten fand in den Spalten des Leitartikels Unterstützung. Während sie den angebliche Versuch Gandhis kritisierte, durch den Salzmarsch eine Verhaftung zu provozieren und damit Aufsehen zu erregen, was von der „weisen“ Voraussicht des GOI unter Irwins Führung vereitelt worden sei, übersah die *Times* jedoch die Massen, die Gandhi an sich zog.⁸⁶⁰ Später musste sie einräumen, dass die Bewegung eine breite Basis genoss. Um ihr anschließend jede Wirkung absprechen zu können, schrieb das Blatt, die Teilnahme am Salzmarsch beschränke sich nur auf Hindus.⁸⁶¹

Der *Guardian* glaubte zunächst immer noch an Gandhis gute Absichten. Für ihn war der Mahatma ein desillusionierter Mann, der sich darüber bewusst war, dass es nicht möglich sein würde, dass erneute Aktionen keine Gewalt hervorriefen. Dabei

⁸⁵⁷ Ibid., Leserbrief von J.P. Hewett und Leserbrief von C.J. O'Donnell, 11. März 1930.

⁸⁵⁸ *The Guardian*, 4. März 1930.

⁸⁵⁹ *The Times*, 7. April 1930.

⁸⁶⁰ Bis zu 75.000 hatten ihn von seinem Aschram verabschiedet, während weitere Tausende auf seiner Route versuchten, einen Blick auf den Mahatma zu erhaschen. Andere INC-Mitglieder hielten Reden, die insgesamt vermutlich 250.000 Menschen anzogen. S. dazu: Fisher & Read (1997:238f); French (1997:60f).

⁸⁶¹ *The Times*, 11. April 1930.

sah er laut *Guardian* in seiner Vorgehensweise die einzige Möglichkeit, Schlimmeres zu verhindern und die studentischen Elemente innerhalb des INC in Schach zu halten.⁸⁶² Um so mehr begrüßte der Leitartikel vom darauffolgenden Tag seinen Vorschlag, weitere Aktionen unter bestimmten Bedingungen aufzuschieben.⁸⁶³

Der *Guardian* überließ es jedoch Irwins Expertise, mit der Situation fertig zu werden.⁸⁶⁴ So gesehen sprach der *Guardian* Irwin zwar sein Vertrauen aus, bezog aber keine klare Stellung in Bezug auf den Umgang mit Gandhi. Die Redakteure teilten weitgehend die Meinung ihrer Kollegen von der *Times*, dass der INC sich mit seiner Entscheidung, eine erneute Ungehorsamkeitsaktion ins Leben zu rufen, politisch ins Aus manövriert hatte. Der Unterschied zu 1921 lag für den *Guardian* vor allem darin, dass Gandhi sich der breiten Unterstützung der Massen nicht mehr sicher sein konnte. Vielmehr sei ein Großteil seiner damaligen Verbündeten diesmal gegen ihn und habe sich distanziert. Die *Round Table Conference* und Irwins und Wedgwood Benns Politik trugen demnach auf gewisse Weise dazu bei, die Spreu vom Weizen zu trennen, womit indischen Politikern eine Alternative zum INC geboten wurde.⁸⁶⁵

Der *Daily Worker* kritisierte Gandhis erneute Kampagne, denn für ihn war der Salzmarsch keine Massenaktion, sondern lediglich ein Aufmarsch von Fakiren. Das Hin und Her zwischen Neu-Delhi und Gandhis Aschram wurde als Bluff der beiden Parteien gewertet: um indische Arbeiter von der illegalen Salzproduktion auszuschließen, habe Gandhi Dandi, ein kleines, nicht industrialisiertes Fischerdorf für den eigentlichen Akt gewählt.⁸⁶⁶ Gandhis interreligiöse Gebetsversammlungen, sein asketisches Äußeres und die immer wiederkehrende Berufung auf seine innere Stimme waren für den *Daily Worker* lediglich zur Schau getragen. Getreu dem Motto, Religion sei das Opium des Volkes, war Gandhis Nichtkooperationsbewegung für den *Daily Worker* ein großes Spektakel bar jeder Relation zu den wirklichen Bedürfnissen

⁸⁶² *The Guardian*, 27. Februar 1930.

⁸⁶³ Dazu gehörten unter anderem die Abschaffung der Salzsteuer, die Halbierung der Landsteuer und der Ausgaben für das Militär sowie die Änderung des Wechselkurses zwischen der Rupie und dem Pfund Sterling.

⁸⁶⁴ *The Guardian*, 12. März 1930.

⁸⁶⁵ Der Artikel des *Guardian*-Korrespondenten in Neu-Delhi war vor allem das Produkt des Chefs des Büros für Öffentlichkeitsarbeit des Vizekönigs, John Coatman. Kurze Zeit später verließ er Indien mit Irwins Empfehlungsschreiben an Wedgwood Benn in der Tasche. Dabei ging es vor allem darum, Coatman in irgendeiner Funktion bei der *Round Table Conference* zu platzieren. Darüber hinaus hatte Irwin seinen ehemaligen Mitarbeiter gebeten, einen Ersatzmann zu finden, der den *Guardian* von Indien weiterhin mit Nachrichten versorgen, um in der britischen Öffentlichkeit Interesse für die *Round Table Conference* und Simons Bericht zu wecken. Irwin an Wedgwood Benn, 19. März 1930, Halifax Papers C 152/6, 15.

⁸⁶⁶ *The Daily Worker*, 5. und 8. März 1930.

und Problemen der indischen Massen. Weder Mystizismus noch Religion konnten die wahre Revolution ersetzen.

Während der *Daily Worker* noch auf die wirkliche Revolution wartete, befürchteten andere, sie hätte längst begonnen, denn das GOI ließ nun doch alle führenden Köpfe um Gandhi herum verhaften. Wie erwartet, war der Mahatma nicht in der Lage gewesen, seine Aktionen auf Dauer gewaltfrei zu halten. In Chittagong und Peshawar kam es am 18. bzw. 23. April 1930, gut zwei Wochen, nachdem Gandhi eigenhändig illegal die ersten Klumpen Salz dem Meer entrungen hatte, zu Ausschreitungen mit Toten und Verwundeten. Gerade die Unruhen in Peshawar hatten zeitweise zu einem totalen Kontrollverlust über die Stadt geführt.⁸⁶⁷

Die *Daily Mail* sah sich, nicht überraschend, in ihren Prognosen über den totalen Verlust britischer Kontrolle bestätigt. Seit Wochen hatten diverse Leitartikel über Indien gefordert, Gandhi zu verhaften. Rothermeres Blatt veröffentlichte nun beinahe täglich Artikel, in denen es vor den Konsequenzen eines zu laschen Umgangs mit den Aufrührern warnte. Gandhi tourte scheinbar ungehindert durch das Land, um offenen Aufruhr und Rebellion zu predigen.⁸⁶⁸ Nach den Unruhen in Chittagong und Peshawar und angesichts der unmittelbar bevorstehenden Veröffentlichung des *Simon-Reports* schrieb die Zeitung rückblickend:

The news from India today shows with what ample justification *The Daily Mail* long weeks ago warned the Viceroy and our Socialist Government against the danger of misguided sentimentalism and weakness in the treatment of Indian disloyalty. In October last all that was required was moderate firmness on the part of the Viceroy. Everyone knows what happened. Instead of maintaining order, the Viceroy tried to placate the seditious, with vague promises of Dominion Home Rule, thereby grievously embarrassing the Simon Commission and alarming all who understood the real state of affairs in India.⁸⁶⁹

Die *Times* hingegen war im Gegensatz zu Lord Rothermere der Überzeugung, Gandhi habe erheblich an Einfluss verloren. Diejenigen, die ihm folgten, wurden als gutgläubig diffamiert und verloren so ihre unmittelbare Bedrohlichkeit.⁸⁷⁰

⁸⁶⁷ Chittagong war insofern ein Sonderfall, als das örtliche Waffendepot erfolgreich gestürmt wurde und es den Aufrührern gelang, Waffen zu entwenden. Allerdings konnten sie keine Munition aufspüren. Der Großteil der Aufrührer verlagerte die Aktivitäten daraufhin auf das Kappen von Telefon- und Telegrafenkabeln. Burke & Quraishi (1995:281f.); Read & Fisher (1997:230f.); Low (1997:92ff.).

⁸⁶⁸ *The Daily Mail*, 10. April 1930.

⁸⁶⁹ *Ibid.*, 26. April 1930.

⁸⁷⁰ Man ging tatsächlich so weit, darauf hinzuweisen, dass das im Ungehorsam hergestellte Salz nicht zu gebrauchen sei – ein weiterer Versuch, den Lesern die gesamte Aktion als nichtig, kindisch und unnützlich zu beschreiben. Dabei muss den *Times*-Redakteuren und allen voran ihrem Chef, Dawson, aufgrund seiner Indienenerfahrung der Symbolwert dieses Prozesses bewusst gewesen sein. *The Times*, 28. April 1930.

Der Standpunkt des *Guardian* lag dazwischen. Die Zeitung machte Gandhi nicht für Chittagong verantwortlich, befürchtete allerdings, dass die aufgeheizte Atmosphäre in Indien zu weiteren Gewalttaten ähnlicher Art führen könnte.⁸⁷¹ Die Anwendung von Notstandsgesetzen und Sonderverordnungen, die vor allem die Presse und die alltägliche Rechtsprechung betrafen, wurde von dieser Seite aus mit Sorge betrachtet. Der Leitartikel sprach Irwin jedoch auch für diese Maßnahmen sein Vertrauen aus:

[...] we have to remember that, after all, the chief enemy, Indian nationalism, is one which we cannot and do not wish to destroy. We mean, when we get the chance, to make peace with it. It is, therefore, worthwhile to consider how it comes that we find ourselves fighting it today. That may help us to keep open the avenues that lead to peace. The British Government recognises, and any future British Government must recognise, that the only safe and honourable goal for British policy in India is the establishment of full self-government as quickly as that can be achieved [...]. As to the question whether India is yet in a position to take over the responsibility for full self-government there are serious differences of opinion.⁸⁷²

Dabei ging es dem *Guardian* nicht nur um indische Interessen. Vielmehr glaubte man hier, Großbritannien habe im Interesse seiner eigenen Sicherheit seine Beziehungen zu Indien anzupassen.⁸⁷³ Im *Guardian* erodierte die Vorstellung, das Vereinigte Königreich könne ohne Indien nicht existieren. Ganz im Gegenteil schien nun die Frage erlaubt, ob die Kosten der Verbindung das Risiko wert waren. Dieser Punkt fand auch in anderen Blättern Widerhall:

[...] the sooner [India] is able to govern and defend herself, the better it will be for England, for then England will be able to get about her own business hampered by one less anxiety.⁸⁷⁴

Nachdem Gandhi in den frühen Morgenstunden des 5. Mai 1930 doch verhaftet worden war, konnte der ehemalige konservative Unterstaatssekretär für Indien, Lord Winterton, seiner Zuhörerschaft in Great Harwood in Lancashire erneut versichern, man sei immer Herr der Lage gewesen. Explizit griff er „gewisse“ Ex-Gouverneure an, die daran festhielten, das GOI *ante* Montagu habe immer eine feste Hand bewiesen, wohingegen nach dem GIA von 1919 die britische Politik von Rückzug geprägt sei.⁸⁷⁵ Wintertons Zielgruppe war vermutlich auch seine eigene Partei, die durch die Kritik dieser ehemaligen Gouverneure in Unruhe versetzt wurde. Dies wurde in ähnlicher

⁸⁷¹ *The Guardian*, 22. April 1930.

⁸⁷² *Ibid.*

⁸⁷³ *Ibid.*, 3. Mai 1930.

⁸⁷⁴ *The Times*, 27. Mai 1930, Leserbrief von F. Younghusband.

⁸⁷⁵ *The Times*, 10. Mai 1930.

Form vom *Guardian* bestätigt als er schrieb:

If there are any in this country who hold that the time has already come when Great Britain ought to surrender her control over India, Mr. Gandhi's arrest will seem to them only one more link in the chain of inevitable wrong. But if we believe that Great Britain is bound to retain responsibility and power at least till the question of Indian readiness or unreadiness to stand alone has been fully and freely debated at the London Conference, then we hardly doubt that Lord Irwin's Government could not avoid proceeding against a man whose recent activities were designed not merely to secure the abolition of the salt tax but to subvert the authority of the Government of India.⁸⁷⁶

Dies zeigt ein Wiedererstarken des britischen Konsenses über die Notwendigkeit, Kontrolle in Indien auszuüben, denn die Kolonie brauchte einen Richter, der verantwortlich entscheiden würde, was die nächsten politischen Schritte sein sollten, gleich in welche Richtung.

Kaum hatte Winterton seinen Warnschuss an O'Dwyer abgegeben, setzte dieser sich an den Schreibtisch und sandte eine Antwort an die *Times*. In ihrem Eifer, eine gute Atmosphäre für die Konferenz zu schaffen, so O'Dwyer, würden das GOI und die Regierung zu schwach gegen indische Auführer vorgehen. Für O'Dwyer gab es einen Kausalzusammenhang zwischen den Reformvorschlägen aus Großbritannien und dem Ausbruch von Gewalt in Indien. Wie 1919 habe die Aussicht auf konstitutionelle Reform zu Unruhe und übertriebenen Erwartungen geführt.⁸⁷⁷

Nach außen bewahrte die Regierung Ruhe, wenngleich das Kabinett im Geheimem die Entsendung zusätzlicher Truppen diskutierte.⁸⁷⁸ Gleichzeitig erhöhte man den Druck auf der PR-Front. Der Staatssekretär wollte die britische Öffentlichkeit auf die anberaumte Konferenz einstimmen. In Bezug auf die bevorstehende Veröffentlichung des *Simon-Reports* war der *Labour*-Staatssekretär darauf bedacht, das Interesse eher auf die Arbeit der *Round Table Conference* zu lenken. Dabei kam es ihm vor allem darauf an, im Falle der negativen Aufnahme des Berichts in Indien, publizistisch verstärkt auf das zukünftige Treffen von Indern und Briten am runden Tisch hin zu arbeiten.⁸⁷⁹ Diese Maßnahme hatte weitreichende Konsequenzen für die Aufnahme des Berichts in Großbritannien.

Nach Gandhis Verhaftung war Wedgwood Benn aktiv geworden und hatte seinen neuen Manager für Öffentlichkeitsarbeit, Hugh MacGregor, zunächst

⁸⁷⁶ *The Guardian*, 6. Mai 1930.

⁸⁷⁷ *The Times*, 13. Mai 1930, Leserbrief von O'Dwyer.

⁸⁷⁸ Kabinettsitzungen vom 30. April 1930, PRO/CAB 27, 422.

⁸⁷⁹ Wedgwood Benn an Irwin, 22. April 1930, Halifax Papers C 152/6, 14.

angewiesen, für die Verschiebung einer Neuauflage von *Mother India*⁸⁸⁰ zu sorgen und sann gleichzeitig über Möglichkeiten nach, die britische Presse vom IO aus besser lenken zu können. Dabei richtete sich die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs zunächst auf den *Daily Worker*, der in zwei Artikeln⁸⁸¹ an seine Leser appelliert hatte, ihre in der britisch-indischen Armee dienenden Verwandten dazu aufzurufen, die Waffen niederzulegen und mit demonstrierenden Indern zu fraternisieren. Während Wedgwood Benn überlegte, wie er gegen den *Daily Worker* vorgehen könnte, rief die Zeitung ihre Leser zu einer Demonstration auf dem Trafalgar Square auf.⁸⁸² Dort wollte man der Toten der Unruhen in Peshawar, Chittagong und Sholapur gedenken. Diese Demonstrationen wurden mit streikenden Arbeitern in Leeds koordiniert. Das zentrale Streikkomitee hatte mit der CPGB gemeinsame Solidaritätskundgebungen vereinbart. Angefacht durch Nachrichten über die Weigerung des Garhwal Regiments, auf Demonstranten zu schießen, über Streiks in Bombay und die allgemeine Unruhe in Indien erwartete man beim *Daily Worker* den unmittelbaren Ausbruch der Revolution und des Unabhängigkeitskampfes.

Über den Versuch, gegen die Zeitung vorzugehen, kam es zum Konflikt zwischen dem Indienministerium und dem Innenministerium, das keinerlei Handhabe sah, den *Daily Worker* juristisch zu belangen. Das Indienministerium war naturgemäß sensibler, was die Berichterstattung über Indien anbetraf. Für das Innenministerium waren die Artikel jedoch lediglich politische Floskeln, die für die Zeitung üblich waren.⁸⁸³ Wedgwood Benn ging bis zum Generalstaatsanwalt, der wie das Innenministerium davon abriet, gegen den *Daily Worker* vorzugehen. Ein Prozess gegen die Zeitung wegen Aufrufs zur Meuterei hätte nur für noch mehr Aufmerksamkeit gesorgt. Selbst eine Verurteilung hätte nur einen geringen Nutzen gehabt, da das Urteil naturgemäß milde ausgefallen wäre. Zusätzlich gelangten

⁸⁸⁰ K. Mayo, eine amerikanische Journalistin, hatte *Mother India* das erste Mal 1927 veröffentlicht. Mayo machte in erster Linie den Hinduismus für Indiens Probleme verantwortlich. Moralisierend ging sie mit wenig Sensibilität gegenüber einer anderen Kultur gegen alles vor, was sie als Übel in Indien definierte. Sie drückte Bewunderung für das *British Raj* aus und zeigte wenig Verständnis für die Politik des INC. In den meisten politischen Kreisen in Großbritannien war man von dem Buch eher peinlich berührt (s. etwa *The Times*, 30. Mai 1934). Aufgrund der spannungsgeladenen Situation in Indien hätte eine Neuauflage just zu diesem Zeitpunkt die Gemüter unnötig erhitzen können. Am Ende wurden über 250.000 Exemplare in 27 Auflagen verkauft. Das hielt das *British Raj* nicht davon ab, Mayos Buch bis 1946 auf einer schwarzen Liste aufzuführen. Mehr dazu in K. Clymer, *Quest for Freedom: The United States and India's Independence*, New York 1995, 6, 357.

⁸⁸¹ 30. April und 8. Mai 1930.

⁸⁸² *The Daily Worker*, 9. Mai 1930.

⁸⁸³ Korrespondenz zwischen Wedgwood Benn und seinem Vorgänger Peel vom 9. Mai 1930, IOR/L/P&J/12/408.

Informationen über Vorhaben des Staatssekretärs nach außen, was in den Spalten des *Daily Worker* prompt mit einem Aufruf an die britischen Arbeiter beantwortet wurde, ihre Zeitung zu verteidigen.⁸⁸⁴ Wedgwood Benn gelang es jedoch, den Vertrieb des *Daily Worker* in Indien zu unterbinden. Fortan gelangten Exemplare der Zeitung nur noch auf illegalem Weg auf den Subkontinent.⁸⁸⁵ Zudem ließ das Indienministerium sich in der darauffolgenden Zeit regelmäßig von Scotland Yard über Interna des *Daily Worker* informieren.⁸⁸⁶

Was die allgemeine Einschätzung der öffentlichen Debatte anbetraf, schrieb Wedgwood Benn abschließend an Irwin:

Perhaps the most useful thing I can do just now is to give you my impressions of the general reaction of public opinion, and particularly Parliamentary opinion to recent events in India. In the first place, I should tell you that with the exception of one or two wild men, there has never been any lack of confidence, that I could discern among the members of the Conservative Party in your handling the situation. [...] What trouble has been stirred up I think is mainly due to the *Daily Mail* campaign [...].⁸⁸⁷

Dabei war Wedgwood Benn mehr um die Stimmung im Parlament besorgt – und hier vor allem um die unter den Konservativen – als um die in der britischen Öffentlichkeit. Bis auf wenige Ausnahmen⁸⁸⁸ fand die öffentliche Debatte vor allem in den Spalten der diversen Zeitungen statt.

Die britische Medienlandschaft lieferte folgende Alternativen für die Indienebende: der *Daily Herald*, gestärkt durch die neue *Labour*-Regierung und deren Einflusses auf die Debatte, stellte immer offener weiterreichende Forderungen und sprach dem INC eine gewisse politische Legitimation zu. Der *Guardian* verurteilte einerseits Boykott- und Ungehorsamkeitsaktionen, äußerte jedoch nun gleichzeitig Zweifel, inwieweit Indien die „Mühen und den Ärger“ wert sei. An dieser Stelle ging man soweit, für Selbstverwaltung in Indien zu plädieren, um im Vereinigten Königreich Handlungsspielraum bei anderen, innenpolitisch wichtigeren Themen, wie zum Beispiel der Wirtschaftskrise, zu schaffen. Dabei blieb man wenig konkret, was den zeitlichen Rahmen anging. Die *Times* blieb angesichts der *Labour*-Regierung

⁸⁸⁴ *The Daily Worker*, 17. Mai 1930

⁸⁸⁵ Der Generalstaatsanwalt Earl William Jowitt an Wedgwood Benn, 16. Mai 1930, IOR/L/P&J/12/408.

⁸⁸⁶ *Scotland Yard Special Branch Report*, 3. September 1930, IOR/L/P&J/12/408.

⁸⁸⁷ Wedgwood Benn an Irwin, 8. Mai 1930, Halifax Papers C 152/6, 16.

⁸⁸⁸ Am 25. Mai 1930 klebte Mrs. F. Britton Aufkleber mit der Aufschrift *Home Rule for India* an die Wände einer Telefonzelle nahe des Gesundheitsministeriums in Whitehall. Sie wurde aufgrund eines Gesetzes verhaftet, das untersagte, Poster, Aufkleber und Ähnliches an öffentliche Gebäude, was offenbar Telefonzellen miteinschloss, zu kleben. *The Times*, 26. Mai 1930.

weiterhin abwartend, hielt dabei jedoch an ihrer Unterstützung für Irwin und Baldwin fest. Die *Daily Mail* reduzierte die Problematik auf einen Machtkampf, den Großbritannien aus ihrer Sicht ohne Weiteres für sich entscheiden könne, allerdings unter der Voraussetzung, dass die richtigen Leute an den richtigen Stellen frei von politisch motivierter Sentimentalität entsprechend handelten. Der *Daily Worker* stand außerhalb der Konsensgemeinde und berichtete in Erwartung einer unmittelbar bevorstehenden proletarischen Revolution in Indien Standpunkt aus, der von der Komintern beeinflusst war.

Gandhis Nichtkooperation, die Unruhen und der Boykott der *Round Table Conference* durch den INC sprengten den britischen Konsens über die Notwendigkeit der britischen Kontrolle über Indien, denn die Unruhen im April hatten der Mutternation die Kontrolle in einigen Teilen des *British Raj* für kurze Zeit entrissen. Die Diskursteilnehmer mussten sich nun auf eine anstehende Transformation im Diskurs vorbereiten. Der *Labour*-nahe *Daily Herald* und die *Daily Mail* behaupteten beide, der Mahatma hätte die indischen Massen hinter sich. Während der *Daily Herald* die Nichtkooperationsbewegung für demokratisch legitimiert hielt, stellte sie für die *Daily Mail* eine Kriegserklärung an die Mutternation dar. In beiden Fällen machte der von diesen Zeitungen postulierte Rückhalt Gandhis bei den indischen Massen es notwendig, die britische Kontrollfunktion über die Kolonie zu überdenken. Die *Labour*-nahe Zeitung nutzte dies, um ihrer Forderung nach einer Demokratisierung der Kolonie voranzutreiben. Lord Rothemeres Blatt und die besorgten Ex-Gouverneure um Lord Sydenham riefen im Gegenteil das *Raj* dazu auf, mit härtesten Mitteln seine Kontrollfunktion wahrzunehmen, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Ganz anders die *Times* und der *Guardian*, die beide eben nicht glaubten, dass Gandhi sich auf eine breite Unterstützung in Indien berufen konnte. Vielmehr habe er die Kontrolle über seine Aktionen verloren. Die beiden Blätter waren um die anberaumte *Round Table Conference* besorgt und schrieben Gandhi und damit auch den INC ins politische Abseits. Dies tat auch der *Daily Worker*. Sein Motiv war offensichtlich anderer Natur, insofern als die kommunistische Zeitung Gandhi als Hindernis für eine sozialistische Revolution betrachtete.

Weiterhin vertieften sich die bereits früher von Seiten des *Guardian* geäußerten Zweifel am Sinn und Nutzen der indischen Kolonie. Diese fanden nun auch Widerhall bei einigen Reformgegnern wie Francis Younghusband. Dadurch

manifestierte sich eine Transformation im Diskurs um die Rolle der Mutternation und deren Prestige und Aufgaben in Indien. Denn Zweifel an der britischen Mission in Indien führten zu der Frage, ob die zivilisatorische Arbeit innerhalb des *British Raj* all die Mühen wert sei. Der *Guardian* fand zunächst einen Ausweg, indem er sich eine Lösung von der *Round Table Conference* erhoffte, womit er gleichzeitig den britischen Konsens über die Notwendigkeit der Regierung Indiens durch eine neutrale Kolonialmacht wiederbelebte. Denn die *Round Table Conference* war letztlich nichts Anderes als eine Bühne, auf der diese Kolonialmacht Hof halten würde, um die indischen Untertanen auf den von ihr bestimmten politischen Weg zu bringen. Um den Erfolg der *Round Table Conference* zu sichern, setzte das Indienministerium dazu an, die Kontrolle über das Narrativ zu übernehmen, indem es den Kommunikationsschwerpunkt auf die anstehende Konferenz richtete und damit den Blick der Öffentlichkeit weg von Simons Bericht lenkte. Dieser Schritt führte dazu, dem Diskurs über die Art und Weise der britischen Kontrolle über seine Kolonie eine neue Richtung zu geben.

e. Der Bericht der Simon-Kommission – Bestseller ohne Wirkung

Die Kommissare unterschrieben den ersten Band ihres Berichts am 8. Mai 1930. Simon notierte einen Tag darauf, es sei ihnen dabei sehr zu seiner Überraschung gelungen, Einigkeit zu erzeugen. Ihm war bewusst, dass er dafür größtenteils Clement Attlee zu danken hatte, der zu diesem Zweck eine Reihe eigener Vorstellungen geopfert hatte.⁸⁸⁹ Simon befürchtete jedoch heftige Kritik durch die *Daily Mail*. Um dem so weit wie möglich vorzubeugen, beschloss er, auf die Zeitung zuzugehen. Fünf Tage vor Veröffentlichung des Berichts bot er über seinen Privatsekretär dem Redakteur der *Daily Mail* W.A. McWhirter ein Interview mit einem seiner Korrespondenten an.⁸⁹⁰

Simon legte Wert darauf, die beiden Teile des Berichts nicht gleichzeitig zu veröffentlichen. Der erste Band untersuchte die gegenwärtigen Verhältnisse in Indien und stellte für die Schlussfolgerungen in Teil II eine Art Überblickswerk dar. Seine Sorge war, dass Teil I von den Reformvorschlägen des zweiten Bandes völlig überschattet würde.⁸⁹¹ So wurden Teil I und II im Abstand von vierzehn Tagen durch den parlamentarischen Verlag HMSO veröffentlicht⁸⁹² und wurden, im Vergleich zu anderen Staatspapieren, zu einem Bestseller. Dabei ist festzustellen, dass von Teil II bis November des Jahres in Großbritannien ca. ein Drittel weniger Exemplare (23.249) als von Teil I (33.653) verkauft wurden. Es ist auffallend, dass der Band, der sich konkret mit den künftigen Beziehungen zwischen der Krone und ihrem Juwel befasste, auf weniger Abnehmer stieß.⁸⁹³

Folgende Vermutungen könnten dies erklären. Ein Teil der Leser wird sich nach der Lektüre des ersten Bandes eine eigene Meinung gebildet haben über das, was Indien zu erwarten hatte. Andere Leser mögen davon ausgegangen sein, dass Indien unabhängig von den Empfehlungen der Kommission die Reformvorschläge ablehnen würde. Somit wären Verhandlungen in Form einer *Round Table Conference* ohnehin nötig. Das Endprodukt einer solchen Konferenz würde demnach anders ausfallen als von der Kommission vorgesehen. Wiederum andere könnten vermutet haben, es gäbe

⁸⁸⁹ Simons Memorandum zu seinem Bericht, 9. Mai 1930, Simon Papers MS Simon 64/35-36.

⁸⁹⁰ Simon an McWhirter, 5. Juni 1930, Simon Papers MS Simon 64/73.

⁸⁹¹ Dutton (1992:96).

⁸⁹² *Report on the India Statutory Commission*, Vol. I: *Survey* (Cmd 3568); Vol. II: *Report and Recommendations* (Cmd 3569 XI), London 1930.

⁸⁹³ HMSO, 245, 24. November 1930, 913. Zum Vergleich die Verkaufszahlen für Indien: Vol. I 16.000; Vol. II 20.000.

am *British Raj* nichts zu verbessern, oder hatten vielleicht kein Interesse an konstitutionellen Fragen. Hinzu kommt folgende These, die hier nicht nachgewiesen werden kann: Band II könnte mehr Abnehmer unter Indienkennern gefunden als Band I, da die dort enthaltenen Informationen für diese Gruppierung wohl nicht überraschend waren. Umgekehrt haben Laien vermutlich eher nach Band I gegriffen, der ihnen die nötigen Grundlagen zum Verständnis des Indiidiskurses lieferte. Diese These schien Archibald Fenner Brockway zu vertreten, als er schrieb, Simons Bericht habe geringen Wert für Indien, sei aber für Großbritannien ein wichtiges Referenzwerk.⁸⁹⁴ Beatrice Webb, *Labour*-Aktivistin und zusammen mit ihrem Mann Sydney Webb Mitbegründerin der *London School of Economics*, dachte ähnlich:

[...] the assumption [of the Simon report] from start to finish [was] that the British are born ruler and the Indians are born to be ruled and that the greatest circumspection is needed before upsetting this 'natural order'.⁸⁹⁵

Von dieser Warte aus war der Bericht also nichts Anderes als eine aus dem Konsens erwachsene Veröffentlichung über die Notwendigkeit der britischen Herrschaft in Indien. Nicht wenige waren im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in Indien vermutlich auch gelangweilt, empört oder einfach resigniert. Trotz des beeindruckenden Überblickwerkes, das Teil I darstellte, hielten manche Zeitgenossen die Empfehlungen des zweiten Teils bereits für veraltet.⁸⁹⁶

Die BBC gewährte Simon Sendezeit, um die beiden Teile des Berichts einem breiteren Publikum vorzustellen.⁸⁹⁷ Wohl wissend, dass sein Bericht von höchster Stelle bereits heftig kritisiert wurde,⁸⁹⁸ wollte der Chefkommisсар sein Publikum während der ersten Sendung vom 18. Juni 1930 dazu animieren, ein Exemplar zu kaufen, um sich selbst ein Bild zu machen. Als Experte konnte er bei seinem Publikum

⁸⁹⁴ *New Leader*, 22. Juni 1930, zit. in: K.C. Arora, *Indian Nationalist Movement in Britain 1930-1949*, Neu-Delhi 1992, 26.

⁸⁹⁵ B. Webb Diary, 16. Juni 1930, zitiert in Dutton (1992:96).

⁸⁹⁶ Die Kommission sah vor, *Dyarchy* durch eine neue Verfassung zu ersetzen, die mehr Kompetenzen für die Provinzregierungen enthalten sollte. Die Gouverneure behielten in diesem Rahmen allerdings weiterhin erhebliche Vetorechte. In den nun autonomen Provinzen sollten Inder testen, inwiefern das britische Regierungssystem auf ihre Situation anzuwenden sei. Anstatt Eigenverantwortung zu fördern, hinderte das Montagu-Prinzip aus Sicht der Kommissare konstitutionelles Wachstum. Problematisch aus indischer Sicht waren die Empfehlungen für die Zentralregierung, die im Prinzip unverändert bleiben sollte – unverantwortlich gegenüber der Legislative und größtenteils in britischer Hand. Was den Report in erster Linie in Indien disqualifizierte, war die Tatsache, dass der *Dominion*-Status nicht einmal erwähnt wurde.

⁸⁹⁷ Beide Ansprachen wurden anschließend als Pamphlet von Faber & Faber veröffentlicht. J. Simon, *Two Broadcast Talks on India*, London 1930.

⁸⁹⁸ Das GOI brauchte ganze 48 Stunden, um seine Enttäuschung über den Bericht kund zu tun. Dutton (1992:97).

nur wenig differenziertes Wissen über den Subkontinent voraussetzen. Er legte folglich Wert darauf, deutlich hervorzuheben, wie unterschiedlich die einzelnen indischen Regionen, Religionen, Sprachen und Kulturen waren. Um die Anhänger des INC und andere politisch aktive Inder in Relation zu den indischen Massen zu setzen, ging Simon ins Detail. Sir John Simon betonte, die indische Intelligentsia beschränke sich auf ein paar Tausend und sei auf 33 Städte mit mehr als 100,000 Einwohnern verteilt – und das in einem Land, dessen Bevölkerung über 250 Millionen betrug. Vor allem aber warnte er davor, sich diejenigen Inder, die der eine oder andere Zuhörer in Großbritannien kennengelernt haben mochte, als Prototypen vorzustellen.

In diesem Sinne unterschied sich seine Darstellung in der Sendung und auch der Bericht in keiner Weise von älteren Studien ähnlicher Art. Ausgrenzung und Diffamierung der Nationalisten als Agitatoren, die ohne nennenswerten Rückhalt in Indien versuchten, dem Subkontinent ihre eigenen und angeblich nicht immer guten Vorstellungen aufzupressen. Simon sprach weder von einer Nation noch von einem einheitlichen politischen Willen. Er endete seine Ansprache mit den Worten:

[...] no serious student can deny the greatness of the achievement which Britain has thus accomplished. But it would be a still finer achievement to contribute our experience and our own constructive statesmanship to the progress of India towards the goal that has been set before her.⁸⁹⁹

Simon stimmte erneut eine Hymne auf die britischen Errungenschaften an.⁹⁰⁰ Auch die Selbstregierung sei ein Ziel, das die britische Regierung formuliert habe. Damit sprach er politischen Gruppierungen in Indien jegliche Teilhaberschaft an diesem Prozess ab und hielt an der Devise fest, dass jegliche politische Entwicklung in Indien von britischer Seite ausging und das Königreich den gesamten Prozess kontrolliere.

Während der zweiten BBC-Sendung eine Woche darauf stellte Simon die Empfehlungen seiner Kommission vor, die er lediglich als Korrektur an dem alten System beschrieb. Es ging ihm darum, deutlich zu machen, dass das Montagu-System einmalig im gesamten Empire sei. Nirgendwo sonst habe es unter britischer Führung Verfassungsänderungen in festgelegten Schritten gegeben. Um dies zu ermöglichen, machte seine Kommission nun konkrete Vorschläge. Er unterstrich, dass alle Kommissare den Bericht unterschrieben hätten und dieser somit parteiübergreifend

⁸⁹⁹ Simon, *Two Broadcasts*, 1930.

⁹⁰⁰ Annie Besant bemerkte dazu, dass in dem Bericht nichts stünde, was man nicht schon dreißig Jahre zuvor hätte schreiben können. Rede vom 13. Juli 1930 auf der *Commonwealth of India League*-Konferenz in der Houldsworth Hall, Manchester. *The Guardian*, 14. Juli 1930.

verabschiedet worden war. Simon suggerierte damit einen Konsens, der nur unter großen Opfern erreicht worden war. Wie die öffentliche Debatte zeigte, war ein solcher Konsens außerhalb seiner Kommission nicht mehr vorhanden, zumal wenn man bedenkt, dass das GOI und auch das Indienministerium dem Report selbst kritisch gegenüberstanden. Auch für seine letzte Sendung fand Simon ein väterliches Schlusswort:

Do not let your interest in India's constitutional problem be alienated by the events of the last few months. I said a week ago that India now needs more than ever the help of Britain to achieve her ultimate destiny. She does: and we must give it as sincere friends with knowledge and with patience.⁹⁰¹

Sir John Simons eigene Pressearbeit im Vorfeld sah nicht nur Interviews mit der *Daily Mail* vor. Er zog auch Dawson von der *Times* erneut zu Rate. Simon hatte sich von ihm Hilfe in Bezug auf Ton und Wortwahl für seine zweite Radiosendung erbeten.⁹⁰² Da er sich des geringen Rückhaltes von Seiten Wedgwood Benns und des GOI bewusst war, plante Simon, seinem Bericht eigenhändig eine breitere Basis zu verschaffen. Innerhalb des Parlaments versuchte er ebenfalls, seine Fäden zu ziehen. So erhielt Lawrence Rushbrook Williams,⁹⁰³ der mittlerweile in Oxford lehrte, kurz bevor Simon vor einigen Abgeordneten über die Lage in Indien reden sollte, ein Schreiben des Kommissionsvorsitzenden. Der Professor sollte das Einvernehmen der Kommissionsmitglieder mit den unterschiedlichen Meinungen, die in Großbritannien über das indische Problem kursierten, hervorheben. Die Kommissionsmitglieder sollten als Indienexperten erscheinen, was durch ihre Tätigkeit vor Ort gerechtfertigt werden sollte. Dieser Status und durch die Tatsache, dass sie – obwohl sie aus unterschiedlichen politischen Lagern kamen – einvernehmlich handelten, sollte sie zum einen gegen jegliche „Amateurkritik“ von außen schützen, sowie gewissermaßen stellvertretend den parteiübergreifenden Konsens abbilden, den Simon sozusagen wiederbelebte, um seinem Bericht mehr Gewicht zu verleihen. Dabei kam es ihm darauf an, die Empfehlungen als definitiven Plan und nicht als generelle große Idee vorzustellen.⁹⁰⁴

⁹⁰¹ Simon, *Two Broadcasts*, 1930.

⁹⁰² Simon an Dawson, 24. Juni 1930, Simon Papers M.S. Simon 64/215.

⁹⁰³ Rushbrook Williams unterrichtete am *All Souls College*, dessen Netzwerk wie weiter oben dargelegt bis in die BBC und viele weitere politische und gesellschaftliche Institutionen reichte. Vizekönig Irwin hatte in eben diesem College seine Bildung erhalten und war dort Zimmergenosse von Lionel Curtis gewesen. Gopal (2009:87); Kaul (2003:148).

⁹⁰⁴ Simon an Rushbrook Williams, 21. Juni 1930, Simon Papers M.S. Simon 64/190.

Dawson erwartete wenig Unterstützung für den Bericht, obwohl er ihn persönlich für ausgezeichnet hielt.⁹⁰⁵ Um so zufriedener war auch er über die Einigkeit unter den Mitgliedern der Kommission. In Bezug auf die Frage nach dem *Dominion*-Status schlug er Simon vor, Irwin zu telegrafieren und ihn zu überreden, die Empfehlungen der Simon-Kommission als „*Dominion*-Methode“ zu definieren. Simon war froh um jede Hilfe und schrieb an den Redakteur:

It would be tragic if all the stupid people take the line that it is not [Dominion method], and Irwin is so anxious to persuade the ‘moderates’ to come to the Conference that there is a grave danger, I fear, of his implicitly agreeing that the Simon plan is not consistent with his own announcement. Of course it is, and, what is more, if we get the support of middle opinion in this country it really will not be possible to substitute anything else for it.⁹⁰⁶

Dawsons Interventionsversuche und Simons Bemühungen blieben jedoch ohne Erfolg. Staatssekretär Wedgwood Benn hatte sich seit Ende April darum bemüht, dass dem *Simon-Report* so wenig öffentliche Aufmerksamkeit wie möglich zuteil wurde. Das GOI und das IO hatten sich wenig beeindruckt gezeigt, und Irwin hielt es für einen eklatanten Fehler, nicht explizit auf die *Dominion*-Status-Frage einzugehen. Das IO wiederum schien dem Bericht beinahe gleichgültig gegenüber zu stehen. Simon war davon überzeugt, dass der Staatssekretär für Indien seinen Bericht nicht einmal gelesen hatte.⁹⁰⁷

Auch im Kabinett setzte Wedgwood Benn alles daran, den Simon-Plan weiter zu diskreditieren. Bereits vor seiner Veröffentlichung hatte der Staatssekretär das Kabinett davon überzeugt, dass die Entwicklungen in Indien eine Dynamik erhalten hätten, die selbst erfahrene Beobachter im Königreich überraschte. Die wichtigsten Ereignisse, die dazu geführt hatten, seien nach der Rückkehr der Kommission eingetroffen, was es laut Wedgwood Benn Simon unmöglich gemacht hatte, diese zu berücksichtigen.⁹⁰⁸ Wedgwood Benn gelang es weiterhin, die Bedeutung des Berichts erheblich herunterzuspielen, indem er es so aussehen ließ, als seien die Verfasser von den Ereignissen überholt wurden.⁹⁰⁹ Diese Sichtweise sollte, wie weiter unten aufgezeigt wird, in reformfreudigen Lagern erheblichen Einfluss gewinnen.

Der Staatssekretär sah sich im Parlament durch die Liberale Partei gestärkt.

⁹⁰⁵ Dawson an Irwin, 17. Juni 1930, TNL Archives, Dawson Papers.

⁹⁰⁶ Simon an Dawson, 24. Juni 1930, Simon Papers M.S. Simon 64/215.

⁹⁰⁷ Dutton (1992:97f.) zitiert Irwin an Hoare, 10. Juni 1930, Irwin MSS Eur C 152/19; Irwin an Benn, 20. Juni 1930, *ibid.*, C 152/6; Simon an J. Buchanan, 2. Juli 1930, Tweedsmuir MSS.

⁹⁰⁸ Protokoll der Kabinettsitzung vom 24. Juni 1930, PRO/CAB 23, 65.

⁹⁰⁹ Wedgwood Benn an Irwin, 4. Juli 1930, Halifax Papers C 152/6, 23.

Über die Stimmung seiner eigenen Partei, gelangten Nachrichten an Wedgwood Benn über MacDonalds Privatsekretär Lachlan MacNeill Weir, der sich mit dem ehemaligen Redakteur der *Westminster Gazette* und nun Buchautor und Abgeordneter für die Liberalen, J.A. Spender, zu einem informativen Lunch getroffen hatte. Aufbauend war, dass der Begriff *Dominion*-Status bei vielen Liberalen weitaus weniger Schrecken zu verbreiten schien, als Lloyd Georges früherer Artikel in der *Daily Mail* es hätte vermuten lassen. MacNeill Weir konnte die beruhigende Nachricht überbringen, dass ein Großteil der Liberalen sich nicht hinter Lloyd George stellen würde. Lediglich der Gebrauch des Begriffs in offiziellen Kreisen könnte zu Unruhe führen. Als abschließenden Tipp erhielt die *Labour*-Partei noch den Rat, zumindest nach außen hin Simons Bericht Respekt zu zollen.⁹¹⁰ Damit war ein nicht unerheblicher Teil der Liberalen bereit, dem Bericht ebenfalls seinen Status als Quelle mit Autorität abzusprechen – solange das Gegenteil öffentlich proklamiert wurde.

An der Zeitungsfront ging Wedgwood Benn zunächst mit aller Vorsicht vor. In einem Gespräch mit Dawson im IO konnte er ihn davon überzeugen, dass die Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage war, den Bericht vorbehaltlos zu unterstützen. Was die *Round Table Conference* betraf gab der Staatssekretär zu verstehen, dass er es für keine gute Idee hielt, Simon als Delegierten einzuladen.⁹¹¹ Um Dawson unter Druck zu setzen, behauptete er, Irwin hielte von dieser Idee ebenso wenig. Als Dawson das IO verließ, war der Staatssekretär überzeugt, ganze Arbeit geleistet zu haben.⁹¹² So hatte bereits vor Veröffentlichung des Berichts ein Prozess eingesetzt, der ihn ins Abseits stellte und ihn für die bevorstehende Konferenz sämtlicher Autorität berauben sollte.

Die Berichterstattung der *Times* am Tage der Veröffentlichung des Berichts machte Wedgwood Benns Hoffnungen jedoch zunichte. Dawsons gab dem Bericht der Kommission seine volle Unterstützung. Die Zeitung lieferte eine achtseitige Zusammenfassung des ersten Bandes frei Haus. Drei Punkte wurden im Leitartikel besonders hervorgehoben:

- (1) staggering size and complexity of India, the multitude of races, languages and religions
- (2) dyarchy has worked far better in the Provinces than at the centre
- (3) the importance of individual leadership; 'it is the man who counts'

⁹¹⁰ Ibid.

⁹¹¹ Vizekönig Irwin hatte Simon wissen lassen, dass er weder als Vorsitzender noch als Teilnehmer der Konferenz fungieren sollte. Irwin an Simon, 1. August 1930, Simon Papers 66, 3, zit. in Dutton (1992:98).

⁹¹² Wedgwood Benn an Irwin, 27. Juni 1930, Halifax Papers C 152/6, 22.

Nevertheless, the Englishman has, and will long continue to have, his essential place in this devoted hierarchy. Apart from any question of training and character he owes his importance, in a land ridden with religious rivalries, to the very fact that he is neutral.⁹¹³

Dies kam einem Katalog der etablierten Kernpunkte über die Notwendigkeit der britischen Präsenz in Indien gleich. Implizit belebte Dawson selbst das Bild des englischen Distriktoffiziers wieder, der alleine in der Lage war, der Situation in Indien Herr zu werden. Zuletzt hob er zudem hervor, dass die britische Präsenz noch über Generationen hinweg nötig sein würde.

Simons Bericht beruhte für Dawson auf Fakten. Da diese Fakten für Extremisten unangenehm waren, war aus Sicht des Redakteurs deren Opposition gegen den Bericht nicht weiter verwunderlich. In Bezug auf die Stellung der Konferenz gegenüber dem *Simon-Report* war die Haltung der *Times* eindeutig. Entgegen Wedgwood Benns Hoffnungen warnte sie davor, Sir John Simon von der bevorstehenden Konferenz auszuschließen. Weiterhin hielt sie es nicht für hilfreich zu versuchen, den Bericht bereits für überholt anzusehen. Die *Round Table Conference* war für Dawson nichts Anderes als ein Schritt unter vielen innerhalb eines wichtigen Prozesses.⁹¹⁴ Wedgwood Benns Plan war fehlgeschlagen.

Der *Guardian* wiederum stellte bereits in einem seiner ersten Leitartikel über den *Simon-Report* fest, dass die Ergebnisse der Kommission keinerlei Grund zur Annahme lieferten, Indien sei nicht in der Lage, sich selbst zu regieren. Der ICS sei für die zukünftigen Aufgaben nicht mehr geeignet und müsse daher Platz machen für die Beteiligung einer neuen Klasse gebildeter Inder.⁹¹⁵ Mit der Feststellung, die Zeit des ICS sei abgelaufen, fiel eine weitere Bastion. Die Vorstellung, Indien könne ohne den Stahlrahmen des ICS verwaltungstechnisch überleben, war bis dato für viele undenkbar gewesen.

Bezüglich der Kommission selbst wies man auch hier zunächst darauf hin, wie wichtig das Einvernehmen unter den Kommissaren gewesen sei. Die Empfehlungen des *Simon-Reports* waren für den *Guardian* vor allem offen für weitere Entwicklungen, was nichts Anderes bedeutete, als dass der Bericht nicht der Weisheit letzter Schluss sein musste.⁹¹⁶ Man setzte hier alle Hoffnungen auf die *Round Table Conference*. Simon hatte zuvor versucht, den Chefredakteur des *Guardian*, Edward T.

⁹¹³ *The Times*, 10. Juni 1930.

⁹¹⁴ *Ibid*, 10. Juni, 19. Juni und 2. Juli 1930.

⁹¹⁵ *The Guardian*, 10. Juni 1930.

⁹¹⁶ *Ibid.*, 24. Juni 1930.

Scott, dazu zu bewegen, gegen den Eindruck anzuschreiben, sein Report sei ein „reaktionäres Dokument“.⁹¹⁷ Vergebens, denn für den *Guardian* machte es keinen Sinn, Simons Empfehlungen einem „ablehnenden Indien den Rachen hinunter zu stopfen“.⁹¹⁸ So sehr man den Bericht auch begrüßte, konnte aus dieser Sicht nach den Konflikten in Indien nur die Konferenz konstruktiv zu einer Lösung beitragen.

Auch der *Daily Herald* konnte sich mit den Empfehlungen des Berichts nicht anfreunden. Der Leitartikel kritisierte, dass die momentane Verfassung lediglich stellenweise verändert würde, ohne brennende Fragen, wie zum Beispiel die Stellung des Vizekönigs und seiner Gouverneure, klären zu können. Das Versprechen, Indien den *Dominion*-Status zuzugestehen, könne durch die Empfehlungen eines solchen Berichts nicht erreicht werden. Lansburys Zeitung glaubte vielmehr, Simons Plan sähe vor, die eigentliche Macht in britischen Händen zu bewahren, da selbst die autonomen Provinzen laut *Daily Herald* unter der neuen Verfassung kaum eine eigenständige Politik würden führen können. Der *Daily Herald* war der Meinung, dass es dem Bericht an Imaginationskraft fehle. Zu zögernd und furchtsam sei die Kommission an die Indienfrage herangegangen.⁹¹⁹

Indirekt erhielt der Simon-Report einen weiteren Schlag von der Gattin William Grahams. Die Frau des Handelsministers hatte am 20. Juni 1930 den Vorsitz der Damenkonferenz der *Commonwealth of India League*⁹²⁰ übernommen. In ihrer Rede in der Essex Hall stellte sie provokativ die Frage:

[Is] it not time for us to inquire whether we [have] not outlived our usefulness as rulers of India? No nation [is] fit to rule another. Our rule in India might have been just, wise, useful, and benevolent, but if these qualities [are] not acknowledged by the people who live under the rule, there [is] obviously another side to the question. [...] We [have] given reforms invariably after attempting to deny them or to stifle Indian protest. But these reforms never went far enough and we [are] unsuited to administer them.⁹²¹

Der *Simon-Report* sei keine große Hilfe, um diese Probleme von Grund auf anzugehen.⁹²² Die britische Herrschaft in Indien unterschied sich demnach in keiner Weise von jeder anderen Fremdherrschaft. Gleich zwei Grundfesten des britischen Selbstverständnisses der eigenen Präsenz in Indien wurden attackiert: erstens schien

⁹¹⁷ Simon an Scott, 2. Juli 1930, Simon Papers M.S. Simon 65/60.

⁹¹⁸ *The Guardian*, 3. Juli 1930.

⁹¹⁹ *The Daily Herald*, 24. Juni 1930.

⁹²⁰ Die *Home Rule League* hatte sich 1922 in *Commonwealth of India League* umbenannt. Generalsekretär war im Jahr 1930 Krishna Menon, der kurze Zeit später enttäuscht über die politische Arbeit der Liga die *India League* gründete und einige Mitarbeiter der CIL mit sich nahm.

⁹²¹ *The Times*, 21. Juni 1930.

⁹²² *Ibid.*

die britische Herrschaft in Indien nicht mehr sinnvoll, und zweitens hatte das Vereinigte Königreich laut Mrs. Graham über Jahre versucht, politischen Fortschritt aufzuhalten anstatt ihn zu fördern.

Es scheint unwahrscheinlich, dass ihr Mann über den Inhalt dieser Rede nicht im Vorfeld informiert war. Es gibt auch keine Hinweise darauf, dass das Kabinett zu irgendeinem Zeitpunkt Kritik daran übte. Außerdem stand Wedgwood Benn selbst der Arbeit der Liga insgesamt eher positiv gegenüber.⁹²³ Die Tatsache, dass *Labour* offenbar keinen Anstoß an diesen Äußerungen nahm, sagt viel aus. Zwar hatte die Partei seit 1918 ihre Sympathien für die indischen Nationalisten mehr oder weniger aufrechterhalten, doch konnte man es sich als Regierungspartei immer noch nicht leisten, öffentlich zu fordern den *Dominion*-Status zu propagieren. Ohne nahe legen zu wollen, dass Mrs. Grahams Vorsitz der Sitzung der *Commonwealth of India League* bewusst genutzt wurde, muss man eingestehen, dass ihre Rolle ein ideales Mittel für den Staatssekretär war, um die Debatte erneut anzuregen.

Die *Daily Mail* war von den Ergebnissen des ersten Bandes von Simons Bericht so beeindruckt, dass sie ihren Leitartikel mit *Why India Must Go Slow* betitelte.⁹²⁴ Teil I des Reports ließ für sie nur einen Schluss zu: zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei jeder Schritt nach vorne zu gefährlich. Für die *Daily Mail* war klar, dass der Bericht die Frage des *Dominion*-Status als ein weit entferntes Ideal betrachtete. Um der Praktikabilität willen sollte das Projekt gleich ganz fallen gelassen werden. Und um wirklich sicherzustellen, dass auch jeder verstand, wem die gesamte Problematik zu verdanken war, holte der Verfasser des Leitartikels zu einem Schlag gegen Baldwin aus:

Nothing in the pages of the report affords the faintest countenance to the policy, which was approved by Mr. Baldwin in a reckless moment last autumn of holding out hopes to the Indian extremists the fulfilment of which would mean the ruin of India and of the British Empire.⁹²⁵

Der *Daily Worker* sah in der Simon-Kommission eine weitere kapitalistische Verschwörung gegen die indische Revolution, denn Simon und seine Kollegen hätten im Laufe ihrer Karrieren stets bewiesen, dass sie überzeugte Imperialisten seien. Teil I ihres Berichts wurde vom *Daily Worker* als Ablehnung der indischen Unabhängigkeit interpretiert. Die gesamte Geschichte der Kommission war für das Blatt ein

⁹²³ Wedgwood Benn an Irwin, 4. Juli 1930, Halifax Papers C 152/6, 23.

⁹²⁴ *The Daily Mail*, 11. Juni 1930.

⁹²⁵ *Ibid.*

gigantisches Propagandamachwerk. Der *Daily Worker* befürchtete eine parteiübergreifende Aktion in Großbritannien, die der indischen Revolution entgegenwirken sollte. Die geplante Konferenz sei nur Ausdruck dieser neuen britischen imperialistisch-kapitalistischen Kollaboration mit der indischen Bourgeoisie.⁹²⁶

Als Reaktion auf den *Simon-Report* wurde am 4. Juli offiziell die *Indian Empire Society* (IES) gegründet. Mitglieder waren unter anderem O'Dwyer und Craddock, die bereits im März 1930 zusammen einen Leserbrief an die *Times* verfasst hatten, weiterhin Lord Sydenham, der gerade pensionierte Richter Lord Sumner, der ehemalige Innenminister und Autor des Misstrauensantrags gegen Staatssekretär Montagu Lord Brentford, Lord Carson, der sich gegen die irische Selbstregierung stark gemacht hatte, ebenso wie die Konservativen Sir Alfred Knox, ehemaliger Offizier der britisch-indischen Armee, Sir Charles Oman, Historiker am *All Souls College* in Oxford und Sohn eines britischen Plantagenbesitzers in Indien, Patrick Hannon und ab Oktober 1930 Winston Churchill. Das vorläufige Komitee der IES meldete sich bald zu Wort und schrieb, die Kommission habe die übertriebenen Erwartungen der indischen Intelligentsia unnötig gesteigert. Zu wenig Gewicht sei auf britische Interessen gelegt und die Aufbauleistungen Großbritanniens völlig ignoriert worden. Höchste Gefahr ging für die IES von dem Vorschlag aus, die Verantwortung für Recht und Gesetz in den Provinzen in indische Hände zu legen.⁹²⁷

Andere Teilnehmer der öffentlichen Debatte fanden, der Bericht würde nicht auf die wahren Gründe für die indische Unzufriedenheit eingehen oder befürchteten, dass die *Round Table Conference* kaum zu Ergebnissen führen könne, solange die Empfehlungen der Kommission die einzige Grundlage bildeten. Wieder andere gingen über die Forderungen des Berichts hinaus und wollten aus der *Round Table Conference* eine verfassungsgebende Versammlung machen,⁹²⁸ eine Idee, die von der *Times* kategorisch abgelehnt wurde.⁹²⁹

Zeitgenössische Monographien setzten sich ebenfalls mit den Empfehlungen der Simon-Kommission auseinander. Samuel K. Ratcliffe, der nach seiner Zeit als Redakteur des *Calcutta Statesman* seit 1907 Lektor in Großbritannien und den USA

⁹²⁶ *The Daily Worker*, 9. Juni, 11. Juni und 28. Juni 1930.

⁹²⁷ Leserbrief des Komitees der IES an die *Times*, 3. Juli 1930.

⁹²⁸ Leserbrief von G. Slater, dem ehemaligen Professor für Wirtschaft an der Universität von Madras, Leserbrief von N. Laski, Leserbrief von W.A.J. Archbold an den *Guardian*, 30. Juni und 8. Juli 1930.

⁹²⁹ *The Times*, 2. Juli 1930.

war, fasste seine Vorstellungen in einem Band mit dem Titel *What the Simon Report Means* zusammen.⁹³⁰ Für ihn bedeutete das Erscheinen des Berichts das Ende einer Ära und den Beginn einer neuen Zukunft für Indien. Vor allem aber begrüßte er die „lebhafteste“ Debatte über Indien:

Britain has solemnly committed herself to a policy of advance towards responsible self-government in India, a policy for which no parallel can be found in any other imperial system known to history. The Simon Report is the direct outcome of this deliberate British Policy, for the definite beginnings of which we must go back just twenty years.⁹³¹

Damit waren der zukünftige Weg und das Ziel klar definiert. Ratcliffe unterstrich jedoch ebenfalls, dass der gesamte politische Entwicklungsprozess von britischer Seite aus kontrolliert worden war und vermutlich auch weiterhin kontrolliert werde sollte. Zwei Schwachpunkte des Berichts hob er hervor. Erstens hätte Simon es versäumt, den indischen Nationalismus zu definieren und als solchen anzuerkennen. Zweitens würden Simons Empfehlungen in keiner Weise auf Gandhis oder Nehrus Forderungen eingehen. Bezüglich der Politik Montagus befand Ratcliffe, es gäbe niemanden, der das System der *Dyarchy* ernsthaft verteidigen würde.⁹³²

Edward J. Thompsons *The Reconstruction of India*⁹³³ stand der Unabhängigkeitsresolution des INC kritisch gegenüber. Der Autor war zwar ein persönlicher Freund Gandhis und Nehrus, politisch sympathisierte er jedoch mehr mit liberalen und gemäßigten indischen Politikern.⁹³⁴ In *The Reconstruction of India* trat er für eine graduelle Entwicklung Indiens hin zum *Dominion*-Status ein. Damit lagen seine Ansichten nahe an den Empfehlungen des *Simon-Reports*. Die Frage, ob und was das Vereinigte Königreich Indien versprochen habe, beantwortete er damit, dass die Selbstregierung schlichtweg ein natürliches Recht und keine Belohnung für Indiens früheren Kriegseinsatz sei.⁹³⁵

Auch das von Lord Sydenham und seinen Verbündeten angeführte Argument, Indien könne sich nicht selbst verteidigen, hatte für Thompson keinerlei Bedeutung. Vielmehr legte er dar, dass keines der *Dominions* im Ernstfall dazu in der Lage sein würde. Das von Reformgegnern oft bemühte Klischee des mit Halbwissen

⁹³⁰ Erschienen in London 1930

⁹³¹ *Ibid.*, 4f.

⁹³² *Ibid.*, 25.

⁹³³ Thompson war 1923 nach langjähriger Missionstätigkeit aus Indien zurückgekehrt und lebte fortan als Lektor für Bengali in Oxford.

⁹³⁴ Siehe dazu auch Parry (1972:164-202). In späteren Jahren wurde Thompson radikaler und lehnte das Empire-Konzept völlig ab.

⁹³⁵ E. Thompson, *The Reconstruction of India*, London 1930, 243f.

ausgestatteten indischen INC-Intriganten, der ganz Indien gegen die Briten aufstachelte, war für Thompson abgegriffen und antiquiert. Letztlich habe Großbritannien es sich durch eine zögerliche Indienpolitik selbst zuzuschreiben, dass eine graduelle Entwicklung beinahe unmöglich geworden war. Man war nun dazu gezwungen, zu viel auf einmal zu übergeben.⁹³⁶ Simons Bericht hätte die ideale Lösung anbieten können, wäre er nicht zu spät vorgelegt worden.

Auch im akademischen Bereich bezog man Stellung. Die Universität Leeds arbeitete an einer Reihe, die sich mit dem zeitgenössischen Denken über verschiedene Länder in Großbritannien auseinandersetzte. Der Direktor des Rawdon College, Prof. Alfred Clair Underwood, verfasste den Band über Indien.⁹³⁷ Underwood griff die Schlussfolgerungen des *Simon-Reports* auf und unterstütze sie weitgehend. In erster Linie attackierte er die Politik indischer Extremisten, die sich auf die Nichtkooperation versteiften.⁹³⁸ Weiterhin folgte er Simon in dessen Einschätzung des indischen Nationalismus, der quasi nicht existent sei. Schuld daran war laut Underwood vor allem das Kastensystem, das Nationalismus und Demokratie in Indien unmöglich machte.⁹³⁹ Die bevorstehende *Round Table Conference* sei Opfer des INC-Boykotts geworden, da sie genau diesen Sachverhalt bestätigte. Die indischen Muslime bewiesen, dass der INC nicht die einzige Stimme Indiens war und dass die britische Politik diesem zu viel Gewicht verlieh. Underwood betonte, dass der Bericht der Kommission auf der Konferenz keinesfalls *ad acta* gelegt werden dürfe.⁹⁴⁰

Die Bedeutung des Simon-Reports wurde – unter ständiger Beteuerung des Gegenteils – von Beginn an in einflussreichen Kreisen angezweifelt. Wedgwood Benn war es gelungen, Gift zu streuen, wobei er auf ausreichend Hilfe von fast allen Seiten stieß. Selbst die Mitglieder der IES fanden genügend Kritikpunkte. Simon selbst trug nicht dazu bei, die Früchte seiner Arbeit geschickt zu verteidigen. Von Anfang an befand er sich in der Defensive. Der Versuch, es allen recht zu machen, indem er in seinen Empfehlungen nicht auf das Thema des *Dominion*-Status einging, privat aber von der „*Dominion*-Methode“ sprach, trug dazu bei, dass er von allen Seiten Kritik erntete.

Der *Simon-Report* war eines der letzten großen Staatspapiere, das jegliche

⁹³⁶ Ibid., 247ff.

⁹³⁷ *Contemporary Thought of India*, London 1930.

⁹³⁸ Ibid., 33.

⁹³⁹ Ibid., 13.

⁹⁴⁰ Ibid., 78.

Aufgabe der britischen Kontrollfunktion in Indien in weiter Ferne sah. Progressive Zeitgenossen ahnten dies bereits. Sie setzten alles daran zu verhindern, dass dem Bericht allzu große Autorität zugesprochen wurde. Der britische Konsens über die Notwendigkeit einer überparteilichen Indienpolitik konnte bereits auf der Ebene der Simon-Kommission nur schwer aufrechterhalten werden. Der Bericht wurde von Beginn an von vielen Schlüsselautoritäten negativ aufgenommen. Wedgwood Benns Kampagne, mit der er sich in Vorbereitung auf die *Round Table Conference* die Kontrolle über das Narrativ und das Personal der Debatte sichern wollte, beinhaltete zum einen, das Informationsmaterial der Simon-Kommission zu diskreditieren, und zum anderen schuf er ein Umfeld, das eine Teilnahme von Sir John Simon als Delegierter der *Round Table Conference* unmöglich machte.

Die Debatte um Simons Bericht führte zu neuen Konstellationen in der britischen Presselandschaft. Der *Guardian* glaubte, die Selbstregierung sei nun möglich und Indien könne sogar auf den ICS verzichten. Der *Daily Herald* argumentierte entlang der Linie von *Labour*, indem er den Bericht als einfallslos bezeichnete, da er Indien keinen Schritt weiter in Richtung Selbstregierung bringen würde. Der Bericht führte zu grundverschiedenen Schlussfolgerungen bei der *Times* und beim *Guardian*. Die *Times* hielt fest an der Notwendigkeit einer fortwährenden britischen Präsenz in Indien. Damit war die Zeitung zu diesem Zeitpunkt nicht weit entfernt von der redaktionellen Linie der *Daily Mail*. Unter den untersuchten Medien kam es in der Debatte um den *Simon-Report* und die anstehende *Round Table Conference* zum Schulterschluss zwischen dem *Guardian* und dem *Daily Herald*, die sich für die indische Selbstregierung stark machten. Auf der anderen Seite mahnten die *Times* und in noch stärkeren Worten die *Daily Mail* vor voreiligen Schritten.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Grenzen des Konsenses über die Notwendigkeit der britischen Kontrolle über Indien durch die Presselandschaft getestet wurden, trat nun die IES auf die Bühne. Der Konsens über die überparteiliche Indienpolitik bröckelte weiter. Baldwin fand innerhalb der konservativen Partei Gegner, die sich in der IES formierten. Die Liberalen waren uneins über den *Simon-Report*, den einer der ihnen verfasste hatte. Dies wurde jedoch nur im Privaten zugegeben. Lediglich *Labour* schien einen innerparteilichen Konsens aufrechterhalten zu können. Dabei darf Attlees Kompromissbereitschaft nicht vergessen werden und auch strategische Überlegungen, die es *Labour* noch nicht ermöglichten, den *Dominion*-Status für Indien so schnell wie möglich einzuführen.

3. Gespräche am runden Tisch

a. Große Erwartungen

MacDonald und Wedgwood Benn fuhren fort, im Parlament gegen den *Simon-Report* zu intrigieren. Die *Labour*-Politiker verweigerten den Oppositionsparteien eine offizielle Danksagung an die Kommission und lehnten eine Debatte über Simons Arbeit ab.⁹⁴¹ Die Parlamentarier gingen in die Sommerpause und verschoben die Frage nach der Zusammensetzung der parlamentarischen *Round Table Conference-Delegation* auf die Zeit nach den Ferien. Die *Times* war fast die einzige Zeitung, die den Bericht darüber hinaus verteidigte. Es dürfe nicht sein, dass das „großartige Dokument“ in Vergessenheit gerate.⁹⁴²

Die Problematik der Tragweite dieses Dokuments wurde allerdings tatsächlich zunächst von der Frage nach der Zusammensetzung der parlamentarischen Delegation für die Konferenz überlagert. Dawson begrüßte die Entscheidung, ein parteiübergreifendes Team ins Rennen zu schicken:

There was never the smallest foundation for the mischievous excitement which predicted that the presence of Conservatives and Liberals at the Round Table Conference would mean an 'invitation to the enemies of India' to wreck the Conference.⁹⁴³

Mit einer deutlichen Warnung an die einzelnen politischen Parteien, keine Delegierten mit antiquierten Ansichten zur Konferenz zu entsenden, schloss er seinen Artikel.⁹⁴⁴ Über Simons Teilnahme verlor er kein Wort. Offensichtlich hatte Wedgwood Benn sein Ziel erreicht, denn Simons Brief an den ehemaligen Außenminister Sir Austen Chamberlain, in dem er diesem mitteilte, dass er von einer Teilnahme gegen den Willen der Regierung absah,⁹⁴⁵ wurde nicht einmal kommentiert. Die große Bedeutung einer britischen Delegation, die alle Parlamentsparteien vertrat, fußte auf dem Konsens, dass die britische Indienpolitik über den Parteien stehen musste. Dieser Konsens musste angesichts der innerparteilichen Zwistigkeiten gestärkt werden, um zu verhindern, dass Indien zum politischen Spielball würde.

Der *Guardian* richtete seine Aufmerksamkeit mehr auf die indischen Delegierten und befürchtete, dass die Konferenz ohne die Teilnahme des INC an

⁹⁴¹ Protokoll der Kabinettsitzung vom 11. Juli 1930, PRO/CAB 23, 64.

⁹⁴² *The Times*, 10. Juli 1930.

⁹⁴³ *Ibid.*, 5. August 1930.

⁹⁴⁴ *Ibid.*

⁹⁴⁵ *The Guardian*, 2. August 1930.

Gewicht verlieren könne. Nehru, Gandhi und der INC hatten dem Leitartikel zufolge das Recht, Indiens Zukunft mitzugestalten. Einschränkend gab er jedoch zu, dass dies nur in einer Atmosphäre der Kooperation möglich sei. Weiterhin hoffte er, dass die indischen Delegierten sich nicht von semantischen Wortspielen ablenken lassen würden: „Dominion status, substance of independence, independence with safeguards – these mean nothing in themselves.”⁹⁴⁶ Bereits zuvor war die Zeitung so weit gegangen, Folgendes zu behaupten: „[...] a workable plan to give India independence would be ‘enthusiastically’ received in England as in India.”⁹⁴⁷ Diese Artikel wurden zu frühen Beispielen dafür, wie das Wort Unabhängigkeit in den britischen Diskurs eingeführt wurde. Für den *Guardian* war es von essentieller Bedeutung, eine freie und offene Konferenz zu veranstalten, für die der *Simon-Report* nur eine Art Leitfaden wäre, der aber theoretisch auch ignoriert werden könnte.⁹⁴⁸ Simons Verzicht auf eine Teilnahme wurde daher offen begrüßt.⁹⁴⁹

Die *Daily Mail* war sichtlich zufrieden, dass *Labour* die Konferenz nicht ohne die anderen Parteien einberufen wollte. Die Aussicht, dass zusammen mit den Konservativen am runden Tisch den aus ihrer Sicht abenteuerlichen Plänen der Regierung Einhalt geboten werden könnte, schien sie zu beschwichtigen:

Failing such steady influence to check rash Socialist impulses, there is grave risk that the country may wake up some morning next autumn to learn that India has been lost or given away to a gang of Hindu conspirators and extremists.⁹⁵⁰

Auffallend waren die Parallelen, die der Artikel implizit zwischen dem INC und der *Labour*-Regierung zog. Ebenso wie die erneute Minderheitsregierung unter MacDonald in Großbritannien konnte auch der INC nicht für sich behaupten, eine Mehrheit zu vertreten. Die Situation wurde als grotesk empfunden, gelang es doch sowohl dem INC in Indien als auch *Labour* in Großbritannien, angeblich gegen den Willen der Mehrheit zu agieren. Sowohl in Indien als auch im Vereinigten Königreich drohte laut *Daily Mail* folglich die Gefahr von Extremismus.

In dieser Einschätzung erhielt die *Daily Mail* Schützenhilfe von Churchill. Lord Carson hatte einige Konservative zu einem Stelldichein geladen, auf dem Winston Churchill einer der Hauptredner war. Der Repräsentant des Wahlkreises

⁹⁴⁶ Ibid., 25. Juli 1930.

⁹⁴⁷ Ibid., 3. Juli 1930.

⁹⁴⁸ Ibid., 26. Juli und 22. August 1930.

⁹⁴⁹ Ibid., 2. August 1930.

⁹⁵⁰ *The Daily Mail*, 16. Juli 1930.

Epping prangerte das angebliche Rückzugsgefecht des IO an:

Already, in hopes of placating this malevolent fanatic [Gandhi], the Socialist Government ha[s] banished Sir John Simon from the Round Table Conference [...]. To exclude Sir John Simon from the Round Table Conference at the behest of a handful of disloyal Indian politicians [i]s a proceeding at once abject and foolish, reflecting nothing but discredit on those responsible for it, whether here or in India. [The original procedure] ha[s] now been swept aside in favour of a Round Table Conference, a sort of large lively circus in which 80 or 90 Indians, representing hundreds of races and religions, and 20 or 30 British politicians divided by an approaching General Election [are] to scrimmage about together on the chance of their coming to some agreement. I wish to place on record my conviction that it is almost certain that the result of the Conference will be confusion worse confounded. [...] It would be wrong to lure and coax [the Indians] over here with vague phrases about Dominion-Status, when it is quite certain that these Indian politicians will not obtain Dominion-Status within their lifetime.⁹⁵¹

Kurz darauf erklärte Churchill, er würde sich solange nicht aus der Politik zurückziehen, bis die Indienfrage geklärt sei. Auf diese Weise verband er sein politisches Schicksal mit Indiens Zukunft. Dabei erhielt er volle Unterstützung von Lord Burnham, einem Mitglied der Simon-Kommission und ehemaligem Besitzer des *Daily Telegraph*.⁹⁵²

Nicht nur in Großbritannien, auch in Indien selbst stimmten Teile der Briten vor Ort in den Chorus derer ein, die den *Simon-Report* attackierten. Neben der Autorität des Reports erodierte so auch die im Vereinigten Königreich immer noch bemühte Einheit der Briten im *Raj* weiter. Geschäftsleute aus Bombay verabschiedeten eine Resolution, die besagte, Simons Bericht ginge nicht weit genug. Der *Guardian* griff diese Resolution auf, um auf einen bemerkenswerten Wandel in den Ansichten einer wichtigen Gruppe von Briten in Indien in Bezug auf die Reformen hinzuweisen.⁹⁵³ Die Zeitumstände hätten sie zu Realisten gemacht. Um ihre Interessen vor den Boykottbewegungen des INC zu retten, habe die britische Geschäftswelt in Indien mittlerweile eine weitaus liberalere Einstellung zu Reformen entwickelt als die ICS-Beamten.

Der *Guardian* berief sich auf diese neue Situation vor Ort, um auf die Unausweichlichkeit von Reformen hinzuweisen. Zwar räumte das Blatt ein, die britischen Kaufleute seien nicht gerade enthusiastisch in ihrer Unterstützung weitreichender Reformen, doch sei ihnen bewusst, dass es keine sinnvolle Alternative gebe. Weiterhin kam die Resolution aus Indien gerade recht, um Churchills Kampagne

⁹⁵¹ Rede Churchills vor der Konservativen Versammlung in Lord Carsons Residenz vom 20. August 1930, in *The Times*, 21. August 1930.

⁹⁵² Lord Burnham an Churchill, 29. September 1930, Churchill Papers Char 2/174/3.

⁹⁵³ *The Guardian*, 25. August 1930.

zu schwächen. Denn im Gegensatz zur britischen Geschäftswelt in Indien konnte er bestenfalls ein abstraktes Interesse an Indien vorweisen. Der Vorstoß der Wirtschaftsvertreter aus Bombay war für den *Guardian* der eindeutige Beweis dafür, dass die Tage des alten *British Raj* gezählt waren.

In Bezug auf den indischen Nationalismus betonte der *Guardian*, man habe sich mit der nationalen Bewegung auseinanderzusetzen unabhängig davon, wie man in Großbritannien dazu stehe. Damit erschien diese Bewegung nicht mehr als reine Agitation, sondern als ein ernstzunehmendes Phänomen, das aufgrund der Verbindung Indiens mit Großbritannien entstanden war.⁹⁵⁴ Weiterhin schrieb der *Guardian*, der Unterschied zwischen den Gemäßigten und den Extremisten sei nicht inhaltlicher, sondern methodischer Natur. Beide verfolgten immerhin das gleiche Ziel. Sollte die Konferenz fehlschlagen, blieben dem Vereinigten Königreich folglich nur zwei Alternativen: entweder man müsse Indien mit Gewalt regieren oder den Subkontinent seinem Schicksal überlassen. Ein Verstecken hinter Gewehren und Bajonetten käme aus Sicht des Blattes jedoch dem Eingeständnis gleich, versagt zu haben.⁹⁵⁵

Sydenham, O'Dwyer, Craddock und weitere Mitglieder der IES wiesen auf Scharmützel der britisch-indischen Armee mit Stämmen an der Nordwestgrenze, kommunale Unruhen im Sindh und den anhaltenden Boykott hin, die für sie alle auf das Konto des INC gingen und durch das Gerücht ausgelöst worden seien, das *Raj* sei im Begriff sich aufzulösen.⁹⁵⁶ Diese Ereignisse waren für sie nur ein Vorspiel zu dem, was ein Kontrollverlust oder eine Kontrollaufgabe der Briten in Indien auslösen würde. Ohne die vorherige Herstellung von Recht und Ordnung lehnten sie die Einberufung der *Round Table Conference* ab, da dies für die IES die einzige Garantie dafür war, dass die Konferenz in ihrem Sinne verlaufen würde.⁹⁵⁷

Bald sollten die Gegner der *Round Table Conference* weitere Munition für ihre Kampagne erhalten. Als der Anführer der pro-britischen Liberalen in Indien, Sir Tej Bahadur Sapru und Mukand Ramrao Jayarkar, ein Mitglied der *Swaraj*-Partei, von Vizekönig Irwin die Erlaubnis erhielten, mit Gandhi im Gefängnis über ein Ende der Nichtkooperationsbewegung zu sprechen und damit die Teilnahme des Kongresses an

⁹⁵⁴ Ibid., 9. September 1930.

⁹⁵⁵ Ibid., 17. September 1930.

⁹⁵⁶ Dabei macht Low deutlich, dass die britische Kolonialmacht in Indien seit der *mutiny* von 1857 detaillierte und funktionierende Militärstrategien entwickelt hatte und es den Briten gelungen war, jeden bewaffneten Aufstand niederzuschlagen, und dies nicht zuletzt auch aufgrund der Loyalität, die ihnen von den indischen Soldaten entgegengebracht wurde. Low (1997:116).

⁹⁵⁷ Leserbrief der IES an den *Guardian*, 29. August 1930.

der Konferenz zu gewährleisten, sprach der *Daily Herald* offen von Verhandlungen. Die Vorstellung, das mächtige *Raj* ließe sich dazu herab, mit Aufwiegern und notorischen Störenfriedern zu kommunizieren, war für die *diehards*⁹⁵⁸ ein unvorstellbarer Gedanke. Immerhin hätte dies gegen die Prämisse verstoßen, das *British Raj* würde nie auf Druck reagieren. Der *Daily Herald* schrieb jedoch, die Zeit sei reif, den eigenen Stolz zu überwinden und sich vom gesunden Menschenverstand leiten zu lassen. Beide Seiten stünden in der Verantwortung, sich konstruktiv miteinander auseinanderzusetzen.⁹⁵⁹

Die Zusammensetzung der Delegationen für die *Round Table Conference* wurde Anfang Oktober 1930 bekannt gegeben. Baldwin verzichtete auf einen Sitz, um Lloyd George fernzuhalten und sich Kapazitäten für seine Tätigkeit als Parteichef der Konservativen freizuhalten.⁹⁶⁰ Seine Wahl fiel – nachdem der ehemalige Generalstaatsanwalt Lord Hailsham und Austen Chamberlain abgelehnt hatten – auf den ehemaligen Luftfahrtsminister Samuel Hoare, auf Oliver Stanley und auf die Lords Peel und Zetland.⁹⁶¹ Was die *Labour*-Partei betraf, griff Premier MacDonald nach dem Vorsitz der Konferenz. Die Liberalen schickten die Lord Reading (Irwins Vorgänger als Vizekönig von Indien) und Philip Kerr, unterstützt von Sir Robert Hamilton, einem ehemaligen Offizier der britisch-indischen Armee, sowie Isaac Foot in den St. James Palast, wo die Konferenz stattfinden sollte.

Der *Daily Herald* schien mit den Vorbereitungen für den Ablauf der *Round Table Conference* zufrieden zu sein und rief alle Seiten zur Kooperationsbereitschaft auf.⁹⁶² O'Dwyer kritisierte, dass einige Teilnehmer aus Britisch-Indien der politischen Linken angehörten, während die britischen Konservativen seiner Ansicht nach zu wenige Experten entsenden wollten.⁹⁶³ Die *Daily Mail* war durchweg enttäuscht. Ein Lichtblick war aus ihrer Sicht die Ernennung Lord Readings, auf den Großbritannien sein Vertrauen setzen sollte in der Erwartung, er würde dem sozialistischen Treiben ein Ende bereiten. Sorge bereitete ihr Lord Zetland, der sich öffentlich auf Irwins Seite geschlagen hatte.⁹⁶⁴ Die von der *Daily Mail* vorgeschlagenen Kandidaten – Sir John

⁹⁵⁸ Mit diesem Begriff wurden nun diejenigen belegt, für die Reformen in Indien tabu waren und die sich mehr oder weniger offen eine starke Hand in Indien wünschten.

⁹⁵⁹ *The Daily Herald*, 18. Juli 1930.

⁹⁶⁰ Jenkins (1987:112).

⁹⁶¹ Sir Samuel Hoare und Lord Zetland waren beide zukünftige Staatssekretäre für Indien, ein Posten, den Lord Peel zwischen 1922 und 1924 innehatte.

⁹⁶² *The Daily Herald*, 10. Oktober 1930.

⁹⁶³ Leserbrief von O'Dwyer an die *Times*, 15. Oktober 1930.

⁹⁶⁴ *The Daily Mail*, 9. Oktober 1930. Zetland hatte mehrere Artikel der *Daily Mail* kritisiert. Siehe z.B.

Simon, die Lords Burnham, Lloyd,⁹⁶⁵ Inchcape und Sumner – zeichneten sich vor allem dadurch aus, dass sie zum Kreise der sogenannten *diehards* gezählt wurden oder sich sonst mit ihrer Einstellung gegen das Zugeständnis des *Dominion*-Status für Indien einen Namen gemacht hatten.⁹⁶⁶ Die reaktionären Kräfte trugen selbst dazu bei, die vormals einheitliche Gruppe von Autoritäten aufzuspalten. Denn fortan galten für sie implizit nur noch diejenigen als Indienexperten, die die Meinung der *Daily Mail* oder der IES teilten. Die Tatsache, dass unter den progressiven Gruppen ebenso ehemalige ICS-Beamte oder andere Fachleute zu finden waren, wurde ignoriert. Somit trug auch die *Daily Mail* dazu bei, die im britischen Konsens anerkannten Autoritäten zu spalten.

Die *Daily Mail* fuhr weiterhin fort, Stanley Baldwin aufgrund seiner Unterstützung für die *Round Table Conference* zu attackieren. Rückendeckung fand Lord Rothermere dabei bei Lord Beaverbrook.⁹⁶⁷ Besonnenere Gemüter innerhalb der Konservativen Partei rieten Baldwin, die Indienproblematik auf einen einfachen Punkt zu bringen. Ein Memorandum zur *Round Table Conference* und zur britischen Indienpolitik von Sir Walter Lawrence, dem ehemaligen Sekretär von Lord Curzon in Indien und Autor des Buches *The India We Served*, fasste zusammen:

The conference cannot restore our trade. Our trade will only return when India believes that the British keep faith, and that the British do not interfere in religion and customs and do not meddle with Caste. So it is essential to concentrate on the vital point - how to place India on a self-governing basis.⁹⁶⁸

Das Eingeständnis von Seiten konservativer Politiker, dass das Vereinigte Königreich Indiens Vertrauen verloren hatte, bedeutete, dass die Aufrechterhaltung des britischen Ehrenworts, Indien zu seinem Besten zu regieren, künftig unmöglich sein würde. Auch Rothermeres Hauptargument, der Handel mit Indien sei durch entschlossenes Eingreifen zu retten, wurde von Sir Walter Lawrence als falsch dargestellt.

Doch Churchills Opposition und die anderer einflussreicher konservativer

The Times, 4. Juni 1930.

⁹⁶⁵ Lord Lloyd führte einen Rachezug gegen die *Labour*-Regierung, die ihn gleich nach ihrem Regierungsantritt 1929 als Gouverneur von Ägypten entlassen hatte.

⁹⁶⁶ *The Daily Mail*, 10. Oktober 1930.

⁹⁶⁷ Indien war dabei nur eine der Schwachstelle des Parteichefs. Baldwin war seit dem Sommer von der Rothermere- und Beaverbrook-Presse bei jeder Gelegenheit kritisiert worden. Baldwins Konservative Partei war gegen den von Lord Beaverbrook favorisierten Empire-Freihandel. Beaverbrooks Ambitionen gingen so weit, dass er eigene Kandidaten finanzierte, die als *Empire Crusader* gegen Konservative in Wahlkreisen antraten. Dabei schadete er den Konservativen insgesamt, denn der Teil der Wählerschaft, der der Partei durch seinen Kreuzzug verloren ging, trug zu Gewinnen auf Seiten von *Labour* und den Liberalen bei. Jenkins (1987:110ff.).

⁹⁶⁸ Memorandum von W. Lawrence, 9. Oktober 1930, Baldwin Papers 104/57-62.

Politiker begann, die Partei zu spalten. Langsam zeichnete sich eine Konstellation ab, die die Bedingungen der zukünftigen großen Koalition, dem *National Government* widerspiegelte. Die großen Parteien waren nicht in der Lage, über der Indienfrage ihre Einheit zu bewahren. Der Trend ging dahin, dass gemäßigte Konservative und Sozialisten von Radikalen beider Parteien angegriffen wurden. Somit bildeten sich vorläufige Interessengemeinschaften zwischen *diehards* und radikalen Linken.

Im *Guardian* wurden die politischen Bestrebungen Indiens weiterhin als Ergebnis britischer Herrschaft und als Teil einer unaufhaltsamen Entwicklung dargestellt. Zum einen berief sich die Zeitung damit auf den Konsens über die wohlwollende Mutternation, ohne deren Zutun die politische Bildung Indiens nicht möglich gewesen wäre. Andererseits übte man von dieser Seite aus auch Kritik, denn sich durch die Anwendung von Repressalien oder gar Militärgewalt gegen den emanzipatorischen Kurs in Indien zu stemmen, wäre Ausdruck britischen Versagens gewesen. Der *Guardian* war 1930 eine der ersten britischen Zeitungen, die das Wort „Unabhängigkeit“ ernsthaft in den Indiidiskurs einbrachte. Denn er benutzte dieses Wort nicht mehr, um indische Aspirationen ins Lächerliche zu ziehen.

Der *Daily Herald* testete weiterhin die Grenzen des Konsenses, indem er die angehenden Gespräche zwischen Gandhi und dem Vizekönig unterstützte und das Königreich vor falschem Stolz warnte. Dies dehnte die Grenzen insofern, als man hier die Prämisse, nicht auf indischen Druck zu reagieren, mit falschem Stolz gleichsetzte und eine pragmatische Vorgehensweise forderte, die die *Round Table Conference* ohne britische Vorbedingungen ermöglichen würde. Das bedeutet, dass der *Daily Herald* die Kolonialmacht dazu aufrief, sich indischen Ansprüchen zu stellen, ohne dabei reflexartig eine ablehnende Haltung einzunehmen.

Sir Walter Lawrences Memorandum an Baldwin fasste die Meinung der Konservativen zusammen, die die *Round Table Conference* unterstützten. Er versuchte, die Debatte auf eine Ebene zu bringen, auf der das Problem simplifiziert werden sollte. Für ihn ging es nur noch darum, die indische Selbstregierung herbeizuführen. Implizit reduzierte das die britische Mission auf eine Art Treuhandschaft für eine Übergangsphase. Es ging nicht mehr so sehr um die Kontrolle über die Kolonie, sondern nur noch über den Prozess der politischen Transformation. Das ließ jedoch weiterhin Raum dafür, sich innerhalb des Konsenses zu bewegen. Der Zeitrahmen blieb unpräzise und Großbritannien blieb zunächst die Instanz, die das Urteil über Indiens Bereitschaft zur Selbstregierung fällen würde.

Die Gegner der Reformen versuchten, das Narrativ dadurch zu beeinflussen, dass sie einige der vormals allgemein akzeptierten Autoritäten der Debatte nicht mehr anerkannten. So wie sich die Briten in Indien während der Debatte um die *Round Table Conference* gespalten hatte, so versuchten nun die *Daily Mail* und auch Churchill, ihre Gegner unter den Experten vom Konsens auszuschließen.

Die anberaumte *Round Table Conference* wurde für Großbritanniens Rolle als Mutternation jedoch das perfekte Medium, um mehrere Aspekte des britischen Konsenses über Indien zu erfüllen. Die britischen Delegierten der *Round Table Conference* repräsentierten alle parlamentarischen Parteien, was wiederum ein einheitliches Handeln des britischen Parlaments suggerierte. Britische Herrschaft in Indien war demnach nicht Teil der Parteipolitik. Auf der anderen Seite waren Vertreter aller indischen Parteien eingeladen. Dadurch dass der INC mit einem Boykott drohte, brauchte die Kolonialmacht nicht einmal subtil zu versuchen, Kontrolle über die Auswahl der indischen Delegierten auszuüben, da der INC sich selbst aus dem Rennen nahm. Auf der *Round Table Conference* hielt die Kolonialmacht Hof und konnte imperiale Stärke und Handlungsbereitschaft demonstrieren, ebenso wie die Tatsache, dass sie nach wie vor die Kontrolle über die Kolonie, ihre Untertanen und den gesamten politischen Prozess innehatte.

b. Die erste Konferenz

Die Bischöfe von Canterbury und York sowie die Vorsitzenden des Bundes der britischen Freikirchen riefen für Sonntag, den 16. November 1930 zum Gebet für die *Round Table Conference* auf. Diverse Schreiner hatten die Aufgabe erfolgreich beendet, einen ausreichend großen Tisch für die rund 80 Delegierten mit ihren Sekretären zu zimmern und im Verhandlungsraum im St. James's Palast unterzubringen. Für die Eröffnungsrede Georgs V. wurden spezielle goldene und silberne Mikrofone gefertigt, und die Schallplattenfirma HMV traf Vorbereitungen, die Rede des Königs in Vinyl zu pressen und den Erlös der Aufnahme einem guten Zweck zukommen zu lassen. Vor dem Hintergrund der Indienebende übersah man offensichtlich die Ironie, dass das Kürzel HMV für *His Master's Voice* steht.

Anfragen an die BBC, mit einer Sendereihe die britische Bevölkerung weiter in die Problematik einzuführen, wurden mit dem IO besprochen. Wedgwood Benn und der Sender stimmten jedoch darin überein, über Simons Ansprache vom Juni 1930 hinaus keine weiteren Sendungen über Indien auszustrahlen. Damit würde nur die Bedeutung des Berichts weiter betont. Vorschläge des indischen Hochkommissars, je einen Vertreter der vier Parteien (Hindus, Muslime, Prinzenstaaten und Europäer) ans Mikrofon zu lassen, wurden ebenso vom IO wie von der BBC abgeblockt, da man befürchtete, der Sender könne zu Propagandazwecken missbraucht werden.⁹⁶⁹ Die BBC beschränkte sich zunächst darauf, die Eröffnungsrede des Königs im Empire auszustrahlen.

Die Pressearbeit während der Konferenz wurde stark vom IO gesteuert und gefiltert. Ziel war es, die Kontrolle über das Narrativ so eng wie möglich an das Ministerium zu binden. Die Arrangements für die Presse sahen vor, alle Kommunikés an die Journalisten zunächst über die eigenen Schreibtische laufen zu lassen. Unter der Oberaufsicht des Staatssekretärs wurden dann die Bekanntmachungen über die Geschehnisse in den einzelnen Komitees der Konferenz freigegeben. Im Zweifelsfall sollten die Kommunikés zusätzlich von zwei Komiteemitgliedern geprüft werden. Erst danach wurde das Material über IO-Beamte aus der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit an die Presse weitergegeben.⁹⁷⁰

⁹⁶⁹ Briefwechsel zwischen dem Vizevorsitzenden der BBC Lord Gainford (in Vertretung des Vorsitzenden Sir John Reith) und Wedgwood Benn, 6. und 11. November 1930, Reading Archives R34/428/1.

⁹⁷⁰ Wedgwood Benn an Irwin, 24. November 1930, Halifax Papers C 152/6, 44.

Alles schien bestens auf die Ankunft der Delegierten und die logistischen Probleme, die eine solche Konferenz mit sich bringt, vorbereitet zu sein.⁹⁷¹ Dawson allerdings war wenig optimistisch, was die politischen Fragen anbetraf. Er hatte herausgefunden, dass *Labour* offensichtlich plante, der Konferenz lediglich als eine Art Schiedsrichter beizuwohnen. Während er in seinem Leitartikel der Hoffnung Ausdruck verlieh, die Regierungspartei würde eine aktive Rolle übernehmen, um Indien den *Dominion*-Status zu gewähren,⁹⁷² klang das in einem Brief an Irwin vom selben Tag ganz anders:

It looks to me as though the Indian Conference might crash through the sheer inability of the Government here to handle it. They have made no preparations – beyond the actual physical preparations for meeting – and are taking no steps to get in touch with the rest of the British delegation. Their idea (so I gather from their own conversation) is to let the Liberals and Conservatives do the dirty work of argument, while they sit remote as though they were the arbitrators in a lawsuit. This, in my opinion, is to head straight for disaster.⁹⁷³

Der *Guardian* bedauerte, dass der INC der Konferenz fernblieb, zumal man davon ausging, dass die indischen Liberalen nichts akzeptieren würden, was nicht vom Kongress abgesegnet sei. Letztlich begrüßte man Indiens politische Evolution, denn sie fußte ja auf der britischen politischen Kultur. Ohne britische Herrschaft kein Nationalismus. Es wäre daher falsch, die Nichtkooperation des INC zu ernst zu nehmen.⁹⁷⁴ Mit genügend Geschick und langem Atem würde man in der Lage sein, den widerspenstigen Teil der politischen Szene in Indien auf seine Seite zu bringen und zu verantwortungsbewussten Politikern zu machen. Damit wurde die Rechtfertigung und zugleich auch die Verharmlosung des indischen Nationalismus als Ergebnis der britischen Herrschaft in Indien in die Debatte integriert. Der Artikel suggerierte ebenfalls, dass die boykottierenden Elemente in Indien lernfähig sein würden, und wer war besser geeignet, die politische Ausbildung durchzuführen als die Mutternation?

Als die indischen Prinzen⁹⁷⁵ am ersten Sitzungstag zudem bekannt gaben, sie seien bereit, mit ihren Staaten einer Föderation mit Britisch-Indien beizutreten, war

⁹⁷¹ Mehr zum Ablauf der Konferenz in Bridge (1986:43ff.); K. Harris, *Attlee*, London 1982, 81ff.; Burke & Quraishi (1995:281ff.); Read & Fisher (1997:283ff.).

⁹⁷² *The Times*, 6. November 1930.

⁹⁷³ Dawson an Irwin, 6. November 1930, Dawson Papers TNL.

⁹⁷⁴ *The Guardian*, 10. November 1930.

⁹⁷⁵ Die Prinzen waren eine der wichtigen Interessengruppen, die berücksichtigt werden mussten. Sie regierten ihre Reiche separat von Britisch-Indien, waren allerdings alle durch Verträge an Großbritannien gebunden, die unter anderem beinhalteten, dass die Kolonialmacht die Verteidigung und Außenpolitik der Prinzenstaaten leitete.

der *Simon-Report*, der eine gesamtindische Föderation nur in ferner Zukunft vorausgesehen hatte, für den *Guardian* als Grundlage der Konferenz endgültig gestorben.⁹⁷⁶ Entgegen früheren Befürchtungen schien die *Round Table Conference* von einer beeindruckenden Einheit unter den Delegierten geprägt zu sein. *Labour* war über diesen Erfolg gleich zu Beginn hoch erfreut. Die Konservativen konnten sich ihrerseits entspannt zurücklehnen, da das Zustandekommen einer indischen Föderation mit Sicherheitsgarantien für alle Beteiligten noch Jahre dauern würde.⁹⁷⁷ Die indischen Delegierten betonten fortan einer nach dem anderen ihren Glauben an die Föderation. Die Harmonie der Konferenz schien nun die gesamte britische Indienpolitik seit 1917 zu bestätigen. Der indische Nationalismus hatte in den Augen des *Guardian* den Prozess lediglich beschleunigt.⁹⁷⁸ Dawson sah seine Befürchtungen nicht bestätigt und stimmte in die Euphorie ein. Er lobte den Vorsitzenden MacDonalds und hob hervor, dass die Delegierten bei der Erwähnung Lord Irwins immer wieder in spontanen Applaus ausbrachen.⁹⁷⁹

Die erneute Aufbruchsstimmung blieb allerdings nicht ungetrübt, denn nicht alle interpretierten das Einvernehmen zwischen den britischen und den indischen Delegierten als Schritt in die richtige Richtung. Die IES hielt Mitte Dezember 1930 eine Versammlung im Cannon Street Hotel ab, in dem dreizehn Jahre zuvor die *Indo-British Association* gegründet worden war. Churchill lief zur Hochform auf und erklärte seinem Publikum, dass die vergangenen zwölf Monate britischer Indienpolitik eine Aneinanderreihung politischer Fehler gewesen seien. Aus seiner Sicht waren nun selbst gemäßigte Inder für den *Dominion*-Status mit dem impliziten Recht, aus dem Empire austreten zu können. Rothermere gewährte Churchill so viel *Publicity* wie möglich⁹⁸⁰ und druckte seine gesamte Rede mit der Überschrift *Stark Truths About India* ab.⁹⁸¹ Auch die *Times* zitierte Churchill, dessen Rede nichts Anderes besagte, als dass der anstehende Prozess den Kampf über die Kontrolle Indiens darstellte:

The extremists, who [are], and [will] remain, the dominant force among the Indian political classes, ha[ve] moved their goal to absolute independence, and [picture] to

⁹⁷⁶ *The Guardian*, 18. November 1930.

⁹⁷⁷ Bridge (1986:51-60) zeigt auf, wie sehr konservative Kreise hinter verschlossenen Türen verschiedene Taktiken ersonnen, um so wenig Konzessionen wie möglich und wenn, dann über einen möglichst langen Zeitraum machen zu müssen. Dabei war es von Nutzen, dass das Ziel einer „gesamtindischen Föderation mit einer verantwortlichen Zentralregierung und Sicherheitsgarantien“ eine nebulöse Phrase war, die niemand so richtig verstand, *ibid.*, 55.

⁹⁷⁸ *The Guardian*, 22. November 1930.

⁹⁷⁹ *The Times*, 22. November 1930.

⁹⁸⁰ Mark Hunter an Churchill, 20. Dezember 1930, Churchill Papers, Char 2/174/24.

⁹⁸¹ *The Daily Mail*, 12. Dezember 1930.

themselves an early date when they [will] obtain complete control of the whole of Hindustan, when the British [will] be no more to them than any other European nation, when white people [will] be in India only upon sufferance, when debts and obligations [will] be repudiated and an army of white janissaries, officered, if necessary from Germany, [will] be hired to secure the armed ascendancy of the Hindu. All these absurd and dangerous pretensions ha[ve] so far been met in speech with nothing but soft deprecations and placatory words by the British Government in India or at home.⁹⁸²

Churchill war weniger besorgt darüber, dass die Kolonialmacht ihre Kontrollfunktion aus Schwäche verlieren könnte. Es war allein das im *Dominion*-Status verankerte konstitutionelle Recht, aus dem Empire auszutreten, das ihm ein Dorn im Auge war, denn damit hätte das Königreich faktisch jegliche Kontrolle über das *British Raj* verloren.

Dawson versäumte es nicht, auf Churchills Auftritt einzugehen und rief in Erinnerung, dass die Indiienerfahrung des ehemaligen Finanzministers sich auf ein kurzes Intermezzo im Jahre 1896 beschränkte. Da seine Thesen realitätsfern und seiner unwürdig seien, sei es das Beste, diesen Zwischenfall zu vergessen.⁹⁸³ Der Leitartikel hob hervor, dass Churchill nicht für die Konservative Partei spreche und forderte Baldwin auf, sich von dieser Rede zu distanzieren.⁹⁸⁴ Der *Guardian* schloss sich dieser Forderung an. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die Konservativen stünden hinter Churchill.⁹⁸⁵ Für den *Daily Herald* war Churchills Rede die schlimmste, die er während seiner gesamten Karriere gehalten hatte.⁹⁸⁶

Als einer der prominentesten *diehards* wurde Churchill von der *Times*, dem *Guardian* und dem *Daily Herald* attackiert. Die Botschaft an seine Anhänger war, dass sie mit derselben Ausgrenzung zu rechnen hatten. Und auch der Premierminister fand es angebracht, sich auf einer Versammlung in Reading, die von mehreren Tausend Menschen besucht wurde, mit Churchills Rede auseinanderzusetzen.⁹⁸⁷ Damit schenkten die Reformbefürworter in den britischen Medien und auch Premierminister MacDonald Churchill genau die Aufmerksamkeit, die die *diehards* brauchten, um ein Problembewusstsein in der britischen Bevölkerung zu schaffen.

Die IES hatte mittlerweile Büroräume am 28 Alfred Place eingerichtet und nahm von dort ihre weitere Propagandaarbeit auf. Das Aufsehen um Churchills Rede

⁹⁸² *The Times*, 12. Dezember 1930.

⁹⁸³ In Leserbriefen stimmten F. Younghusband und L. Haden Guest zu. *Ibid.*, 13. Dezember 1930.

⁹⁸⁴ *Ibid.*

⁹⁸⁵ *The Guardian*, 12. Dezember 1930.

⁹⁸⁶ *The Daily Herald*, 12. Dezember 1930.

⁹⁸⁷ *Ibid.*, 13. Dezember 1930.

bewegte Sir Michael O'Dwyer und weitere Mitglieder der Gesellschaft zu einem Leserbrief an die *Times*, in dem sie die Ziele der IES weiter erläuterten. Demnach sei man ganz und gar nicht gegen politischen Fortschritt – das Wort Reform wurde vermieden – und würde jeden Schritt begrüßen, der dazu führen würde. Allerdings knüpfte die IES daran Bedingungen. Voraussetzung für jedwede Unterstützung war die Berücksichtigung der Interessen der indischen Bevölkerung, für die Großbritannien verantwortlich sei, sowie Sicherheiten für britische Investitionen. Das Wichtigste war jedoch in ihren Augen immer noch die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Politischer Fortschritt gemäß diesen Bedingungen könne jedoch unmöglich erreicht werden, indem man auf die überzogenen Forderungen des INC bzw. Gandhis eingehe.⁹⁸⁸ Die IES nutzte das Narrativ einer wohlwollenden, doch kontrollierenden Mutternation, um ihr Programm vorzustellen. Die Semantik blieb die der Debatte um den GIA von 1909. Es war nur Großbritannien, das die Interessen der Inder vertreten könne.

Im weiteren Verlauf der *Round Table Conference* rückte der Hindu-Muslim Konflikt ins Zentrum der Debatten und drohte, den Initialerfolg zu überschatten. Die *Times* hatte es sich jedoch zur Aufgabe gemacht, dafür zu sorgen, die gute Stimmung der ersten Wochen aufrechtzuerhalten. Dawson arbeitete bewusst gegen die Berichterstattung des *Guardian* an, der dazu überging, der Regierung vorzuwerfen, die wahren Probleme zu umgehen und Zeit mit Nichtigkeiten zu verschwenden.⁹⁸⁹ Als am Ende der Konferenz Bilanz gezogen wurde, setzte die *Times* ihre positive Berichterstattung fort. Die *Round Table Conference* hatte es demnach geschafft, den gesamten Ansatz des britisch-indischen Austauschs auf eine gleichberechtigte und professionelle Ebene zu bringen. In einem letzten Versuch, dem *Simon-Report* wieder etwas Leben einzuhauchen, schrieb Dawson, die Empfehlungen der Kommission seien grundlegend für die Konferenz gewesen und in keiner Weise übergangen worden.⁹⁹⁰

Die Liberalen versammelten sich zum Ende der *Round Table Conference* zu einem Festdinner im Unterhaus, auf dem Lloyd George als Hauptredner in eine hoffnungsvolle Zukunft sah. Die Erklärung der Prinzen hätte den gesamten Prozess revolutioniert. Alle Parteien seien nun gezwungen, die Ergebnisse der Konferenz in die Tat umzusetzen und den Schwung zu nutzen. Alles hing jetzt davon ab, wie Indien

⁹⁸⁸ Leserbrief der IES an die *Times*, 7. Januar 1931.

⁹⁸⁹ Dawson an Irwin, 2. Januar 1931, Dawson Papers TNL.

⁹⁹⁰ *The Times*, 20. Januar 1931.

auf die Ergebnisse reagieren würde.⁹⁹¹

Der *Guardian* beharrte nach Beendigung der Konferenz ebenfalls darauf, die gesamte Verantwortung für zukünftige Entwicklungen auf Indiens Schultern zu legen. Großbritannien hatte den Vorschlag für die Gestaltung einer zentralen Exekutive der Gemäßigten akzeptiert,⁹⁹² die Prinzen waren einverstanden mit einer Föderation, nun sei es an den Hindus und den Muslimen, sich zu einigen und mit einem Kompromiss für den kommunalen Frieden aufzuwarten.⁹⁹³ Für einen Großteil der Bevölkerung handelte Großbritannien vermutlich immer noch aus einer Position der Stärke heraus – beruhend auf britischen Prinzipien und moralischer Stärke.

Dies wurde auch aus der von der BBC übertragenen Abschlussrede des Premierministers deutlich:

If [...] we were turned away from our policy of freedom and justice because we have been met by one of obstruction and irrationality it would just mean that we had to abandon what was the only way to settlement and order. [...] We have given proof to those whom we have met that this country is prepared to discuss Indian problems fairly, that is it not possessed by the sinister designs which nationality propagandists in India [...] so habitually attribute to it, and our Conference colleagues are going home not only with political proposals in their pockets, but with what is far more valuable, a conviction that Great Britain is genuinely enlisted in the cause of Indian self-government, and is only concerned with how it can be carried to practical success.⁹⁹⁴

Auch von dieser Seite wurde das Rollenspiel aufrechterhalten. Dabei wurde militärische Macht als Basis für britisches Prestige durch politische Überlegenheit ausgetauscht. Aus dieser Position heraus erschienen Inder als Bittsteller, für deren politische Zukunft auf der ihnen gewährten Audienz die richtigen – durch Großbritannien vorgegebenen – Weichen gestellt worden waren. Mit britischen Prinzipien hatte man nun ein bequemes Ruhekipfen gefunden für die Zeit, die man mit Warten verbringen musste, bis die indischen Parteien sich geeinigt hatten. Was einem politischen „Hände-in-den-Schoß-Legen“ gleichkam, wurde als Behauptung eigener nationaler Traditionen und Prinzipien dargestellt, auf die man sich in Indien ebenfalls einzulassen hatte. Großbritannien hatte demnach durch die *Round Table Conference* seine Rolle als Kontrolleur des politischen Prozesses konsolidiert.

Von nationaler Stärke konnte allerdings aus Sicht der *Daily Mail* keine Rede

⁹⁹¹ Rede Lloyd Georges während der Festversammlung der Liberalen im Unterhaus vom 20. Januar 1931, in *The Times*, 21. Januar 1931

⁹⁹² In Wirklichkeit hatte Großbritannien lediglich das Prinzip Verantwortung in der zentralen Exekutive mit ausreichenden Sicherheitsgarantien anerkannt.

⁹⁹³ *The Guardian*, 6. Januar 1931.

⁹⁹⁴ *Ibid.*, 21. Januar 1931.

sein. Hier schrieb man über die Konferenz als ein endloses und nutzloses „Geschwafel“ ohne Ergebnisse. Die diskutierten Sicherheitsgarantien für britische Institutionen seien das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden.⁹⁹⁵ Man war verbittert über Lord Peels Rede, in der er sich größtenteils hinter die Ergebnisse der *Round Table Conference* gestellt hatte. Im Angesicht angeblicher sozialistischer Verhältnisse in Großbritannien, die drohten, die Nation ins Elend zu stürzen, schloss der Leitartikel:

To transplant from this country to a tropical region of Asia a form of government which is even here breaking down, and is entirely alien to Asiatic tradition, seems one of the maddest experiments that history records.⁹⁹⁶

Dies zeigt, dass angeblich fremdartiges orientalisches Verständnis von Regierung bis weit in das 20. Jahrhundert fester Teil des Diskurses über Indiens politische Emanzipation blieb. Weitere Kritik hagelte es von Churchill, der eine Pressemeldung an die Zeitungen des Landes verteilte. Da aus seiner Sicht niemand die britische Position auf der Konferenz auch nur annähernd vertreten hatte, musste jeder Außenstehende aus dem Ausgang der *Round Table Conference* schließen, Großbritannien sei bereit, seine Verbindung zu Indien so bald wie möglich zu lösen. Churchill behauptete, der Großteil der Bevölkerung und der Konservativen stehe nicht hinter den Ergebnissen der Konferenz.⁹⁹⁷ Seitens der IES war dies ein Versuch, sich als Alternative im britischen Diskurs zu positionieren, deren Konsens nicht mehr zu halten war.

In dieser aufgeheizten Atmosphäre kam es bei einem gemeinsamen Treffen der *Royal Empire Society* und dem *Oversea Settlement of British Women* zum Eklat. Der Vorsitzende, Sir Reginald Craddock, war gezwungen, sich ausgerechnet einen Vortrag von Irwins ehemaligem Chef für Öffentlichkeitsarbeit, John Coatman, anzuhören, der sich dagegen aussprach, den indischen Nationalismus als bloße Randerscheinung zu behandeln. Craddock unterbrach und konterte, Indien sei keine Nation, demnach könne es auch keinen indischen Nationalismus geben. Offensichtlich war er so erregt, dass er in einem Ausbruch MacDonalds Abschlussrede der vorangegangenen Woche als den „größten Schwachsinn der Geschichte“ bezeichnete.⁹⁹⁸

Was sich während der Treffen der einzelnen Londoner Clubs und

⁹⁹⁵ *The Daily Mail*, 19. Januar 1931.

⁹⁹⁶ *Ibid.*, 20. Januar 1931.

⁹⁹⁷ S. z.B. *The Times* und *The Guardian*, 21. Januar 1931.

⁹⁹⁸ *The Times*, 24. Januar 1931.

Gesellschaften abspielte, spiegelte sich auch während der folgenden Indiendebatte im Parlament. Solange sich Zeitgenossen zurück erinnern konnten, hatte es noch nie einen solchen Andrang während einer Indiendebatte gegeben. Die Regierung hatte zwei Tage zuvor den Bericht über die Konferenz veröffentlicht und den Parlamentariern wenig Zeit gelassen, sich intensiv damit auseinanderzusetzen. MacDonald wiederholte im Prinzip die Rede, die er zum Abschluss der Konferenz gehalten hatte. Um den Ergebnissen der *Round Table Conference* mehr Gewicht zu verleihen, behauptete der Premierminister, Simons Bericht sei von großem Wert gewesen und habe das Rohmaterial für die Diskussionen geliefert. Er wehrte sich gegen die Vorstellung, die Konferenz habe einen Verfassungsplan erarbeitet. Man habe sich lediglich im Austausch mit repräsentativen indischen Politikern auf Prinzipien geeinigt.⁹⁹⁹

Zwei Reden wurden mit Spannung erwartet: die von Sir John Simon und die von Winston Churchill. Der ehemalige Chefkommissar war wenig optimistisch und bezweifelte die Echtheit der Euphorie des Premierministers. Der gesamte Prozess der *Round Table Conference* sei konträr zu normalen konstitutionellen Vorgängen verlaufen, die vom Speziellen ins Allgemeine übergingen. Unterkühlt begrüßte er jedoch die Ergebnisse der Konferenz und unterstützte MacDonalds Erklärung, man hoffe nun auf eine positive Antwort aus Indien, um die Arbeit aufnehmen zu können.¹⁰⁰⁰

Für Churchill war die Konferenz eine Versammlung einiger nicht repräsentativer Honoratioren, die den *Simon-Report* ignoriert hatten und ohne Wählermandat eine verfassungsgebende Versammlung abgehalten hatten. Die hochgelobte Entscheidung der Prinzen, einer Föderation beizutreten, sei einzig und allein aus Angst vor dem Versagen der GOI-Maschinerie getroffen worden. Lakonisch stellte er fest: „The great liner is sinking in calm sea and the crew is listening to a jazz band.“¹⁰⁰¹ Eine Reihe konservativer Hinterbänkler sah ihre eigenen Zweifel bestätigt. Die Zustimmung für Churchill wuchs im Parlament.

Mit Irwins Erklärung zum *Dominion*-Status und dem Ende der ersten *Round Table Conference* war ein Punkt erreicht, der sich ähnlich wie die Montagu-Chelmsford-Reformen von 1919 auf die Diskussion auswirkte. Wieder gab es ein Davor und Danach. Wieder war für die öffentliche Debatte ein Scheideweg erreicht,

⁹⁹⁹ HMSO, 247, 26. Januar 1931, 639ff.

¹⁰⁰⁰ Ibid., 678ff.

¹⁰⁰¹ Ibid., 687ff.

der die einzelnen Gruppierungen schärfer differenzierte. Wie bereits 1919 war deutlich geworden, dass durch die Konkretisierung vorheriger Lippenbekenntnisse sozusagen die Spreu vom Weizen getrennt wurde. Montagu hatte es 1919 geschafft, die Indienpolitik des Königreiches rückblickend zu definieren. Die Verbesserung der Strukturen auf dem indischen Subkontinent konnte nicht bei der Steigerung der administrativen Effizienz stehen bleiben. Als erster konkreter Schritt in Richtung politischer Mitsprache war der GIA von 1919 aus der Logik britischer Selbstansprüche erwachsen. Dieselbe Logik hatte nun den indischen Nationalismus für einige Kreise im Vereinigten Königreich rehabilitiert und bedingte die Weiterführung und den Ausbau der im GIA von 1919 begonnenen Reformen.

Die erste *Round Table Conference* war von zwei Extremen geprägt. Zum einen half sie, die Position der Kolonialmacht zu konsolidieren., indem sie den politischen Vorschlägen, die einem von ihm kontrollierten und evaluierten politischen Bildungsprozess seiner Untertanen entsprungen waren, zustimmte. Die anfängliche Harmonie, eingeleitet durch die Delegierten der Prinzenstaaten, unterstrich weiterhin, dass die indischen Vertreter die ihnen zugedachte Rolle als dankbare Untertanen erfüllten, denn die Prinzen und die Repräsentanten der indischen politischen Parteien drückten dem Königreich ihr Vertrauen darin aus, dass dieses zu einer Lösung für den Subkontinent beitragen und seine Versprechen halten würde. Als sich die Probleme zwischen Hindus und Muslimen abzeichneten, konnte das Königreich daraus weiteres politisches Kapital schlagen und seine Rolle der wohlwollenden Mutternation zementieren. Das Königreich legte die gesamte Verantwortung für den Fortgang des politischen Prozesses auf indische Schultern. Der Hindu-Muslim Konflikt war letztlich nie von der Kolonialmacht gelöst worden, doch nun beanspruchte sie eine Schiedsrichterrolle, um darüber zu entscheiden, wann und ob ihre indischen Untertanen diesen Konflikt beigelegt hätten.

Auf der anderen Seite führte das Resultat der *Round Table Conference* gleichzeitig dazu, die Stellung der Reformgegner zu konsolidieren. Sie konnten die sich anbahnende Transformation des Konsenses über Indiens *Dominion*-Status nicht teilen und sahen sich als Hüter des bisherigen Konsenses. In dieser Rolle machten sie deutlich, dass die *Round Table Conference* und die Reformbefürworter den Konsens an eine Grenze gebracht hatten, die sie nicht bereit waren zu überschreiten. Sprachlich angelehnt an die Debatten des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts rief die IES mit Churchill das Königreich dazu auf, erneut volle Kontrolle über Indien zu ergreifen,

was dem während der *Round Table Conference* eingeschlagenen Kurs gänzlich widersprach.

Durch diese beiden Extreme zeichnete sich nun auch immer deutlicher die bereits angesprochene Entwicklung ab, dass der Konsens nicht mehr durch eine bestimmte Partei an seine Grenzen gebracht wurde. Vielmehr verlief die Mauer zwischen den Reformbefürwortern und -gegnern quer durch die politischen Parteien, und die Reihen der anerkannten Experten, wie zum Beispiel den ICS-Beamten. Diese Polarisierung führte zu neuen Konstellationen, wie weiter unten aufgezeigt wird.

c. Irwins Pakt mit dem Teufel

Mit dem Bekanntwerden des so genannten Gandhi-Irwin-Pakts war der Mahatma wieder auf freiem Fuß. Dem war MacDonalds Rede zum Ende der Konferenz vorausgegangen, in der er die kooperationsverweigernden Parteien aufgerufen hatte, sich an der Arbeit zukünftiger *Round Table Conferences* zu beteiligen. Gandhi und Vizekönig Irwin kamen am 5. März 1931 zu einer Einigung, wie sie künftig zusammenarbeiten würden.¹⁰⁰² In Großbritannien hatte die Parlamentsdebatte vom 26. Januar 1931 zum endgültigen Bruch zwischen Churchill und seinem Parteiführer Baldwin geführt. Churchill verließ das Schattenkabinett, da er sich nicht in der Lage sah, Baldwins Indienpolitik zu unterstützen.¹⁰⁰³ Die *diehards* initiierten daraufhin einen heftigen Propagandafeldzug für den Erhalt der britischen Herrschaft zum Wohl Indiens und gegen alles, was nach Schwäche, Verrat und Rückzug aussah. Eine der ersten Aktionen war ein Treffen, organisiert von der IES in der Manchester Free Trade Hall und später in der Philharmonie, zu dem sich mehrere Tausend Menschen versammelten. Sir Mark Hunter, Sekretär der IES, hatte per Telefon und auch schriftlich versucht, die BBC dazu zu bewegen, das Treffen zu übertragen. Sein Anliegen wurde jedoch abgeblockt.¹⁰⁰⁴

Der *Guardian* warf Churchill und der IES vor, für ein Indien zu kämpfen, das aufgehört hatte zu existieren. Da es das *British Raj* des 19. Jahrhunderts nicht mehr gebe, sei auch der Konsens über die britische Herrschaft über dieses Indien nicht mehr existent. Churchill und die von ihm konsultierten „pensionierten Spießgesellen“ sollten folglich einsehen, dass Indien nicht allein von Großbritanniens Überzeugung es wisse, was richtig ist, regiert werden könne. Der Durchschnittsbrite war aus Sicht des *Guardian* nicht bereit, sich auf Churchills Visionen einzulassen.¹⁰⁰⁵ Aber auch für Gandhi hatte man an dieser Stelle warnende Worte. Die Kooperationsverweigerung schade nur seinem Fernziel: der Freiheit Indiens. Es gäbe so viel zu tun in Indien, dass seine Mithilfe von unschätzbarem Wert sei.¹⁰⁰⁶ Auffällig ist die Wortwahl des Leitartikels. Denn die Erwähnung der Freiheit Indiens implizierte, dass der

¹⁰⁰² Burke & Quraishi (1995:285); Low (1997:123ff.).

¹⁰⁰³ C. Bridge, Churchill and Indian Political Freedom: The Diehards and the 1935 Act, *IBR* 13 (2), 1987, 27.

¹⁰⁰⁴ Hunter an Churchill, 2. Februar 1931, Churchill Papers Char 2/180A/37.

¹⁰⁰⁵ *The Guardian*, 31. Januar 1931.

¹⁰⁰⁶ *Ibid.*, 9. Februar 1931.

gegenwärtige Zustand des Landes nicht natürlich, sondern aufgezwungen sei.

Dabei war die Thematik komplex, was dem IO in seinen Versuchen, das Narrativ zu kontrollieren, durchaus bewusst war. Auf Regierungsseite fasste Staatssekretär Wedgwood Benn die Problematik der Öffentlichkeitsarbeit des IO zusammen:

In Great Britain there is not only a great ignorance of Indian affairs, but a strong feeling of national pride and [...] prestige taking the more dignified form of the theory of the 'white man's burden' or the more vulgar form, as in the *Daily Mail*, of the sheer lust for domination, and all greatly intensified by the difference of colour and race. Behind this feeling there is a considerable material interest of invested capital in overseas trade, with its consequent employment, and the rest. We must embark upon an educational campaign to overcome these [...] difficulties and no doubt one of the most valuable effects of the Conference has been the education of British opinion. So far as the material interests are concerned, we must remember that we have recognised to the fullest extent in the case of each Dominion the absolute right to promote their own material interest first [...]. In point of fact, the growth of economic and fiscal autonomy in the Dominions has not diminished inter-Imperial trade.¹⁰⁰⁷

Dabei setzte sowohl die „white man's burden“ als auch die „sheer lust for domination“ voraus, dass die Kolonialmacht eine Kontrollfunktion ausübte, die auch von den Reformbefürwortern letztlich kaum in Frage gestellt worden war.

So wie Staatssekretär Wedgwood Benn setzten sich auch seine Gegner mit der Frage auseinander, wie man Einfluss auf die öffentliche Debatte nehmen könnte. Churchill schlug in einem Memorandum an Lord Rothermere konkrete Maßnahmen für die anstehende Kampagne vor.¹⁰⁰⁸ Zunächst wollte er sich das Vertrauen seines Wahlkreises bestätigen lassen, um von dieser Basis aus seine Arbeit fortzusetzen. Weiterhin plante die IES eine Veranstaltung in der Royal Albert Hall. Für dieses Treffen wollte man so viele politische Schwergewichte wie nur möglich auf dem Podium versammeln.

Lancashire war für die *diehard*-Kampagne der Schlüssel und Manchester war das Herzstück der britischen Industrie für Baumwollprodukte, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts vom Freihandel profitiert hatte. Während andere Zweige der Exportindustrie nach 1880 Verluste erlitten hatten, konnten britische Baumwollfabriken neue Märkte in Indien erschließen und wachsende Profite einfahren. Die Einwohnerzahl von Lancashire war bis 1911 stetig gewachsen und lag damals bei 13.2% der britischen Bevölkerung. Eine halbe Million Menschen arbeitete

¹⁰⁰⁷ Wedgwood Benn an Irwin, 2. Februar 1931, Halifax Papers C 152, 16.

¹⁰⁰⁸ Memorandum von Churchill an Rothermere, 3. Februar 1931, Churchill Papers Char 2/180A/61-65.

direkt in der Baumwollindustrie. Dies führte wiederum dazu, dass die Handelskammer von Manchester erheblichen politischen Einfluss genoss.¹⁰⁰⁹ Im Jahr 1931 stellte allein die Konservative Partei sechzig Parlamentsabgeordnete aus der Region auf, die Tomlinson als die „größte und am besten organisierte“ Lobbygruppe im Unterhaus bezeichnete.¹⁰¹⁰ Der Erste Weltkrieg und seine Nachwirkungen hatten jedoch weitläufige Konsequenzen für die britische Baumwollindustrie. Der Krieg hatte den Einfluss des Staates auf den Produktionsprozess und die Produktionseffizienz auf ein nie dagewesenes Ausmaß gehoben. Dies deckte erhebliche Schwachpunkte der Baumwollindustrie auf. Die finanzpolitische Autonomie, die Indien nach 1919 genoss, sowie die Weltwirtschaftskrise trugen weiter dazu bei, Lancashires Machtposition zu unterminieren. Waren bis 1914 praktisch alle indischen Importe von Baumwollfertigprodukten aus Großbritannien gekommen, so sank der Anteil dieser Importe bis 1929 auf 65%, ein Trend, der weiter anhalten sollte.¹⁰¹¹ Dennoch blieben Baumwollprodukte bis in die späten 1930er Jahre eine der wichtigsten britischen Exportwaren, obwohl das GOI seit 1917 Zölle auf die Einführung dieser Produkte erhob, die bis auf 25% ansteigen sollten.¹⁰¹²

Die Geschehnisse in Indien trugen zum Niedergang der britischen Exporte von Baumwollprodukten bei und hatten aufgrund des anhaltenden Boykotts britischer Produkte unmittelbare Relevanz für die Baumwollarbeiter und -fabrikanten.¹⁰¹³ Somit war der Drang nach Information und Orientierung in der dortigen Bevölkerung wahrscheinlich vergleichsweise hoch. Außerdem entsandte die Region vierzig *Labour*-Abgeordnete ins Parlament, so dass auch im Hinblick auf künftige Wahlkämpfe eine starke und hörbare Präsenz der *diehards* vor Ort nötig schien. Churchill erbat sich verstärkte Rückendeckung durch die *Daily Mail*, da er befürchtete, Baldwin würde mit der *Times* die britische Medienlandschaft beherrschen. Was die BBC anbetraf, bat er Rothermere, im Falle einer Ablehnung seines Antrages auf Sendung zu gehen, dies aufs Schärfste in der *Daily Mail* zu verurteilen.¹⁰¹⁴

¹⁰⁰⁹ Chatterji (1992:9).

¹⁰¹⁰ Beckert (2015:243); Tomlinson (1975:366).

¹⁰¹¹ Ders. (1993:112).

¹⁰¹² Chatterji (1983:242); C. Bridge, Churchill, Hoare, Derby, and the Committee of Privileges, April to June 1934, *HJ* 22 (1), 1979, 16ff.

¹⁰¹³ Dazu trug auch die Konkurrenz aus China und Japan bei. Bis 1939 sollten in Großbritannien beispielsweise 43% aller Webstühle, 41% aller mechanischen Spindeln und 45% aller Textilarbeiter verschwinden, Beckert (2015:349).

¹⁰¹⁴ Memorandum von Churchill an Rothermere, 3. Februar 1931, Churchill Papers Char 2/180A/61-65.

Zukünftige Parteitage der Konservativen mussten ebenfalls im Hinblick auf die Einbeziehung des Themas Indien vorbereitet werden. Dabei kam es darauf an, die Diskussion auf Indien selbst zu beschränken und sie nicht zu einem parteiinternen Machtgerangel ausufern zu lassen. Lord Beaverbrooks Taktik, eigene Empire-Kreuzzug-Kandidaten, die gegen die Konservativen antraten, aufzustellen, war aus Churchills Sicht ungeschickt, da dies dazu beitragen würde, dass sich die Reihen gegen Beaverbrook schließen würden. Es ging nicht darum, die Position der Konservativen auszuhöhlen, sondern die Partei davon zu überzeugen, dass Irwin und Baldwin den falschen Weg eingeschlagen hatten.¹⁰¹⁵ Dies drückt die Sorge aus, dass eine Überschreitung der Grenze des Konsenses und damit die Transformation des Diskurses nur dann verhindert werden konnte, wenn man die Einheit der Konservativen Partei bewahrte. Würde es gelingen, die Konservativen auf die Seite der *diehards* zu ziehen, wäre die Kontrolle über das Narrativ in die Hände der Reformgegner gelangt.

Lord Rothermere unternahm alle denkbaren Schritte, um Churchill und den anderen *diehards* größte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Dabei ließ er zumeist Churchills knackige *bonmots* abdrucken und verließ sich auf ausdrucksstarke Überschriften, vor allem, als sich Gespräche zwischen Gandhi und Irwin anbahnten, so etwa: *Fanatic Who Set India Ablaze May Be Free Today*,¹⁰¹⁶ *Lord Irwin's Intervention Uncalled For*,¹⁰¹⁷ *The Quitters*,¹⁰¹⁸ *An Imminent Menace To India*.¹⁰¹⁹ Mit dem Aufruf: *Write To Your MP*¹⁰²⁰ warnte er zudem die britische Bevölkerung vor Parlamentsmitgliedern, die glaubten, durch die Konferenz sei das indische Problem gelöst. Der größte Notfall in der britischen Geschichte erforderte von allen, die in Indien gedient und dort gelebt hatten, sich schriftlich mit ihrem Parlamentsmitglied in Verbindung zu setzen.

Churchill und Lord Rothermere waren sich darüber bewusst, dass sie die Kontrolle über das Narrativ in der britischen Presse nur mit einer koordinierten Kampagne erreichen konnten, die auf verschiedene Publikationen zielte. Rothermere deutete die richtige Strategie an, als er feststellte, dass der Teil der Öffentlichkeit, der

¹⁰¹⁵ Ibid.

¹⁰¹⁶ *The Daily Mail*, 26. Januar 1931.

¹⁰¹⁷ Ibid., 27. Januar 1931.

¹⁰¹⁸ Ibid., 28. Januar 1931.

¹⁰¹⁹ Ibid., 12. Februar 1931.

¹⁰²⁰ Ibid., 10. Februar 1931.

die *Daily Mail* las, in erster Linie auf emotionale Appelle reagierte.¹⁰²¹ Er und Churchill gingen davon aus, dass die von Sir Michael O'Dwyer vergleichsweise rational geführte Diskussion mehr Ergebnisse bei den Lesern der *Times* und des *Guardian* erzielen würde. Folglich kam man darin überein, dass sich das Komitee der IES auf Letztere konzentrieren würde.¹⁰²²

Dawson seinerseits versuchte, das Thema Indien für den Moment aus seiner Zeitung herauszuhalten. Zwar glaubte er nicht an einen Erfolg der Rothermere-Kampagne, doch richtete er den Blick in die Zukunft. Er war überzeugt, dass die Konservativen die nächste Regierung stellen würden. Indien war selbst unter gemäßigten Konservativen ein heikles Thema, und der *Times*-Redakteur wollte keine schlafenden Hunde wecken.¹⁰²³ So verschwanden folglich einige Leserbriefe der IES auf der Rückseite seiner Zeitung¹⁰²⁴ oder wurden einfach so lange zur „Korrektur“ zwischen der *Times* und der IES hin- und hergeschickt, bis ihre Veröffentlichung überholt gewesen wäre.¹⁰²⁵ Das Kabinett sah ebenfalls von weiteren Debatten über Indien ab und blockte Anträge der Opposition, eine zweitägige Diskussion anzusetzen.¹⁰²⁶

Der *Daily Herald*, der *Guardian* und die *Times* begrüßten die bevorstehenden Gespräche zwischen Gandhi und Vizekönig Irwin, die als Folge des Gandhi-Irwin Pakts anberaumt worden waren.¹⁰²⁷ Die *Daily Mail* jedoch, für die Gandhi schlichtweg ein Erzrevolutionär war, konnte daran nichts Positives finden. Voller Hoffnung sah man hier auf die angeblich wachsende Unterstützung Churchills in der Bevölkerung.¹⁰²⁸ Staatssekretär Wedgwood Benn versicherte Vizekönig Irwin seinerseits, der Großteil der Briten stünde hinter der Regierungspolitik.¹⁰²⁹ *Labour* blickte erneut zuversichtlich auf die gesamte Indienproblematik, da man mittlerweile davon ausging, dass ein erfolgreicher Umgang mit der konstitutionellen Frage der

¹⁰²¹ Häufige Wiederholungen gehörten daher zu Rothermeres bevorzugten Stilmitteln. Aus seiner Sicht war die britische Wählerschaft lediglich mit einem Kurzzeitgedächtnis ausgestattet, das nur durch ständige Wiederholung aktiviert werden konnte. Rothermere an Churchill, 3. Februar 1931, Churchill Papers Char 2/180A/66-67.

¹⁰²² Memorandum von Churchill an Rothermere, 3. Februar 1931, Churchill Papers Char 2/180A/61-65.

¹⁰²³ Dawson an Irwin, 16. Februar 1931, Dawson Papers TNL.

¹⁰²⁴ *The Times*, 16. Februar 1931.

¹⁰²⁵ Greenway an Meston, 12. Mai 1931, Stuart Papers M.S.Eng.hist.c. 609/28-29, im Folgenden Stuart Papers.

¹⁰²⁶ Kabinettsitzung vom 18. Februar 1931, PRO/Cab. 23, 66.

¹⁰²⁷ Entsprechende Artikel in den Ausgaben vom 17. Februar 1931.

¹⁰²⁸ *The Daily Mail*, 23. Februar 1931.

¹⁰²⁹ Wedgwood Benn an Irwin, 18. Februar 1931, Halifax Papers C 152/6, 56.

Partei Pluspunkte für die anstehenden Wahlen einbringen würde.¹⁰³⁰ Alle an der Debatte beteiligten Seiten beriefen sich auf eine angebliche Mehrheit in der britischen Bevölkerung, um ihre Gegner zu isolieren.

Churchill startete wie geplant seine Kampagne von Epping aus, indem er sich der Unterstützung seines Wahlkreises versicherte. Die *Unionist Association* von West Essex traf sich auf Churchills Initiative hin am 23. Februar 1931 im *Winchester House*.¹⁰³¹ Der Vorsitzende, der ehemalige Gouverneur von Madras, Sir Harry Goschen, schloss die Versammlung, nachdem der Wahlkreis Churchill einstimmig sein Vertrauen ausgesprochen hatte und nannte den so demokratisch neu gestärkten Parlamentarier: „The man for us.“ Die *Daily Mail* druckte die gesamte Rede am Folgetag unter der Überschrift: *Mr. Churchill's Triumph – Constituents' Confidence*. Die *diehards* bauten Churchills Kampagne auf dieser neuen Legitimation auf, die sich jedoch angeblich nicht auf seinen eigenen Wahlkreis beschränkte. Das Signal wurde gesetzt, er genieße im Gegensatz zur Regierung den Rückhalt in der Bevölkerung, den er in Epping direkt erhalten hatte. Andere taten es Churchill nach, und ein Zug konservativer Rebellen reiste durchs Land und forderte, in Indien erneut eine klare Politik der Ruhe und Ordnung zu verfolgen. *Guardian*¹⁰³² und *Times*¹⁰³³ waren alarmiert, denn es schien, als würde die Unterstützung für Churchill tatsächlich wachsen.

Als Gandhi und Irwin ihren Pakt schlossen, war Lord Rothermere außer sich. Eine Übereinkunft zwischen dem INC und dem Vizekönig kam für ihn einem Rückzug auf ganzer Linie gleich.¹⁰³⁴ O'Dwyer erinnerte daran, dass bereits die im Jahr 1919

¹⁰³⁰ Ibid.

¹⁰³¹ Es war in seiner Rede vor dieser Versammlung, in der er den legendären Fakir-Vergleich anwandte: „It is alarming and nauseating to see Mr. Gandhi, an Inner Temple lawyer now become a seditious fakir of a type well known in the East, striding half-naked up the steps of the Viceregal palace, while he is still organising and conducting a defiant campaign of civil disobedience, to parley on equal terms with the representative of the King-Emperor.“ R. R. James (ed.), *Winston S. Churchill: His complete speeches, 1897-1963*, Vol. 5, New York, 1974, 4985.

¹⁰³² 26. Februar 1931.

¹⁰³³ 25. Februar 1931.

¹⁰³⁴ *The Daily Mail*, 6. März 1931. Dabei waren die Zugeständnisse von Seiten des GOI minimal. Die Notstandsgesetzgebung wurde aufgehoben. Irwin bewilligte eine Amnestie für politische Gefangene, sofern sie nicht an Gewaltaktionen beteiligt gewesen waren, und die Küstenbevölkerung erhielt die Erlaubnis, Salz für den Hausgebrauch zu gewinnen. Gandhi seinerseits kam mit Irwin darin überein, die Aktionen des zivilen Ungehorsams abzubrechen und den Boykott britischer Waren aufzuheben. Friedliche Protestaktionen, die der Förderung indischer Waren dienten, waren weiterhin erlaubt, sowie Demonstrationen gegen Alkohol und Drogen. Bezüglich der konstitutionellen Fragen kam Gandhi ein erhebliches Stück auf Irwin zu, indem er die auf der *Round Table Conference* erreichten Vereinbarungen über Sicherheitsgarantien für Verteidigung, Außenpolitik, Finanzen und dergleichen anerkannte. Zusätzlich weigerte sich Irwin, eine offizielle Untersuchung zu Fällen polizeilichen

von Montagu erwirkte Amnestie zur Folge gehabt hätte, dass sich diejenigen, die davon profitiert hatten, alsbald erneut gegen das GOI wandten.¹⁰³⁵ Mit Gandhi, Nehru und anderen indischen „Extremisten“ auf freiem Fuß drohe nun eine Wiederholung der Ereignisse. Aus dieser Sicht waren die Gespräche in Wirklichkeit Verhandlungen, ein Schritt, den das *British Raj* unter dem alten Konsens nie gegangen wäre.

Der *Guardian*¹⁰³⁶ und in ähnlicher Form die *Times*¹⁰³⁷ präsentierten hingegen den Pakt als Ergebnis rationaler und vernünftiger Staatskunst auf beiden Seiten. Vor allem aber habe das britische Ansehen in keiner Weise gelitten. Hoffnungsvoll erwartete man nun die Teilnahme des INC an der nächsten *Round Table Conference*. Das IO teilte den Optimismus des *Guardian*. Zum einen erinnerte man sich an die hervorragende *Publicity*, die die Indienpolitik durch die Präsenz der indischen Delegierten auf der ersten Konferenz erhalten hatte. Zum anderen glaubte Wegdwood Benn, Gandhi sei nun einer von vielen Abgeordneten und würde sich gezwungen fühlen zu kooperieren.¹⁰³⁸

Für Baldwin bedeuteten die Aktionen von Lord Rothermere, Churchill und der IES, dass er um eine Stellungnahme vor der eigenen Partei nicht umhinkam. Dawson half ihm, den Teil seiner Rede zu formulieren, in der er sich mit Indien auseinandersetzte.¹⁰³⁹ In Newton Abbot fasste der Parteiführer zusammen:

The idea seems to have got about that I as a leader of the Conservative party am committed to a policy of withdrawal and surrender in India. [...] Neither I nor any other loyal Conservatives have the remotest intention of repudiating any of our Indian obligations or of shuffling out of any of our essential responsibilities. As a party we have for generations past made our contribution to the good government of India, and it has been no mean one. We do not intend to be false to these great traditions. So far from contemplating any weakening of the bonds that unite Great Britain and India we wish to bring about a closer union than we have ever had before. [...] Let us not waste our time in domestic wrangling and internal recrimination.¹⁰⁴⁰

Fehlverhaltens während der Ungehorsamkeitsaktionen einzuleiten. Beide Parteien schienen eine Pause von den Ungehorsamkeitsaktionen anzustreben. Burke & Quraishi (1995:286).

¹⁰³⁵ *The Daily Mail*, 6. März 1931.

¹⁰³⁶ 6. März 1931.

¹⁰³⁷ 6. März 1931.

¹⁰³⁸ Wedgwood Benn an Irwin, 13. März 1931, Halifax Papers C 152/6, 59. Die Lage in Indien war allerdings komplizierter, als es in der britischen Öffentlichkeit den Anschein hatte. Zwar hatte das GOI mit Gandhi einen Pakt geschlossen, aber die bald darauf nötigen Gespräche zwischen Gandhi und Herbert Emerson, dem *Home Secretary* des GOI, machten deutlich, wie brüchig der Frieden war. Während der INC sich beschwerte, das GOI würde vielerorts seine Abmachungen nicht einhalten, monierte Emerson, dass einige vom Kongress organisierte Demonstrationen ebenfalls nicht im Sinne der Abmachungen waren. Letztlich hatten beide Seiten Grund zur Beschwerde, und es war vor allem Gandhi und Emerson zu verdanken, dass der Pakt hielt. Detailliert in Low (1997:119-73).

¹⁰³⁹ Dawson an Irwin, 5. März 1931, Dawson Papers TNL.

¹⁰⁴⁰ Baldwins Rede in Newton Abbot vom 6. März 1931, *The Guardian*, 7. März 1931.

Die Wortwahl deutet auf ein Festhalten am Konsens über die britische Verantwortung, der sich Baldwin ebenso wie die *diehards* stellen wolle. Weiterhin betonte der angegriffene Parteiführer, dass jegliche Verfassungsänderung in Indien nur dazu beitragen könnte, die Verbindung zwischen der Kolonie und der Mutternation zu stärken, also Großbritannien weiterhin in der Verantwortung zu belassen. Implizit stellte Baldwin auch die Vertrauensfrage und forderte seine Gegner auf, davon abzulassen, der Konferenz Steine in den Weg zu legen. In der nachfolgenden Unterhausdebatte wies er darauf hin, dass das Empire von 1931 ein anderes sei als das unter Königin Viktoria.¹⁰⁴¹ Während die *Daily Mail* in dieser Rede Baldwins Schwanengesang zu erkennen glaubte,¹⁰⁴² blickte der Oppositionsführer mit resolutem Blick von der Frontseite des *Daily Herald* auf die Leser, flankiert von der Überschrift: *Baldwin Answers India Diehards*.¹⁰⁴³ Der *Guardian* hoffte, dass für das zukünftige Wohlergehen des Empires Baldwins Indienpolitik die Oberhand gewinnen würde. Grund hierfür war, dass man befürchtete, die britische Indienpolitik würde zum Spielball der Parteipolitik werden. Denn alternierende *Labour*- und konservative Regierungen mit verschiedenen kolonialpolitischen Konzepten würden das Empire in ein Desaster führen.¹⁰⁴⁴ So ignorierte die Zeitung weiterhin, dass der nationale Konsens zu Indien längst zerstört war. Zwar gab es weiterhin weitreichende Übereinstimmungen zwischen den Parteien, der parteiinterne Zwist war jedoch erheblich gefährlicher und nirgendwo ausgeprägter als bei den Konservativen.

In der Woche vor der St. George's-Nachwahl in London¹⁰⁴⁵ holte Baldwin zu einem erneuten Schlag gegen die vereinte Beaverbrook-Rothermere-Presse aus, die in seinen Augen keine gewöhnlichen Zeitungen waren, sondern als Propagandamaschinen agierten, die sich jeder demokratischen Verantwortung entzogen.¹⁰⁴⁶ Die Lords Beaverbrook und Rothermere standen sich während der Vorbereitungen für den Wahlkampf in St. George's allerdings selbst im Weg. Während Beaverbrook seinen Kreuzzügler Sir Ernest Petter als klare Herausforderung

¹⁰⁴¹ HMSO, 249, 12. März 1931, 1426.

¹⁰⁴² *The Daily Mail*, 13. März 1931.

¹⁰⁴³ *The Daily Herald*, 7. März 1931.

¹⁰⁴⁴ *The Guardian*, 13. März 1931.

¹⁰⁴⁵ Die Nachwahl war anberaumt worden, nachdem Sir Laming Worthington-Evans, der Abgeordnete des Wahlkreises verstorben war. Beaverbrook und Rothermere sahen in der Nachwahl eine Chance, Baldwin zu schädigen. Baldwin spielte kurzfristig mit der Idee, selbst als Kandidat ins Rennen zu gehen, dies wurde allerdings von Parteistrategen abgelehnt, und man einigte sich schließlich darauf, Duff Cooper als Kandidaten aufzustellen.

¹⁰⁴⁶ Zitiert in Jenkins (1987:120).

gegen Baldwin präsentierte, hoben sowohl Petter als auch Lord Rothermere Indien als alleiniges Wahlkampfthema hervor. In diesem Sinne lautete die Schlagzeile der *Daily Mail* einen Tag vor der Wahl: *Gandhi Is Watching St. George's*.¹⁰⁴⁷ Die Wählerschaft war aufgerufen, an diesem schicksalhaften Tag ihre Verantwortung für Indien wahrzunehmen. Eine Niederlage Petters würde für Gandhi eine Bestätigung und Ermunterung bedeuten:

Gandhi is watching the election very closely. He lived here for years; he knows England well; and there is no one better able to play upon the weakness of our sentimental politicians.¹⁰⁴⁸

Um zu verdeutlichen, wer aus ihrer Sicht Gandhi wirklich war, gruben die Redakteure der *Daily Mail* Bilder aus, auf denen Gandhi beinahe debil aussah und die Leser zahnlos angrinste.

Zusätzlich ließ die IES Handzettel drucken, in denen sie dazu aufforderte, die Fakten in Indien anzuerkennen.¹⁰⁴⁹ Großbritanniens selbst verschuldeter und gradueller „Rausschmiss“ aus Indien war demnach die größte Gefahr für das Empire seit dem Weltkrieg. Damit war die Einführung politischer Reformen nicht von Großbritannien kontrolliert, sondern das Resultat einer schwachen und verfehlten Indienpolitik. Anstatt Reformen wohl dosiert zu verabreichen, schien das Königreich aus dieser Sicht jegliche Kontrolle verloren zu haben. Wieder berief man sich auf die Autorität des ICS, denn man glaubte, ein Großteil der Beamten würde gegen das Vorhaben der Regierung mobil machen, wenn es ihnen erlaubt wäre, sich öffentlich zu äußern. Damit versuchte man, den drohenden Verlust der bisher exklusiv von ihnen bemühten Autorität des ICS taktisch zu umgehen, denn in Wirklichkeit standen nicht alle ICS-Beamte auf der Seite der *diehards*. Da sich jedoch keiner von ihnen öffentlich zur Indienpolitik äußern konnte, stellte man ihr aufgezwungenes Schweigen als stille Unterstützung für die Politik der IES dar.

Am Abend vor der St. George's-Wahl fanden sich ca. 9.000 Menschen zu dem von der IES organisierten Treffen in der Royal Albert Hall ein. Die Gesellschaft warb im Programm mit ihrer Forderung nach geordneter und gerechter Verwaltung für die indischen Völker,¹⁰⁵⁰ womit sie weiterhin daran festhielt, dass Indien keine Nation sei.

¹⁰⁴⁷ *The Daily Mail*, 18. März 1931.

¹⁰⁴⁸ *Ibid.*

¹⁰⁴⁹ Der IES-Handzettel vom März 1931 *Face the Facts in India* basierte auf einem Artikel im *Sunday Pictorial* und wurde verfasst von dem *Daily Mail*-Journalisten G. Ward Price, Stuart Papers c. 630/37.

¹⁰⁵⁰ Programm des IES-Treffens in der *Royal Albert Hall*. Stuart Papers c 630/33.

Auf dem Podium saßen der Duke of Marlborough, der in Indien geboren und sowohl Cousin als auch enger Freund von Winston Churchill war, Colonel Gretton, Lord Rothermeres Sohn Esmond Harmsworth, Sir Alfred Knox und der ehemalige Inhaber des *Daily Telegraph* und Mitglied der Simon-Kommission Lord Burnham. Churchill beherrschte das Treffen mit seinen gefürchteten Redekünsten:

What a spectacle could be more sorrowful than that of this powerful country casting away with both hands and, up until now, almost by general acquiescence the great inheritance which centuries have gathered? [...] I am against this surrender to Gandhi. I am against these conversations and agreements between Lord Irwin and Gandhi. Gandhi stands for the expulsion of Britain from India. Gandhi stands for the permanent exclusion of British trade from India. Gandhi stands for the substitution of Brahmin domination for British rule in India. You will never be able to come to terms with Gandhi. [...] In running after Gandhi and trying to build on Gandhi, in imagining that Mr. Ramsay MacDonald and Gandhi and Irwin are going to bestow peace and progress upon India we should be committing ourselves to a crazy dream, with a terrible awakening. [...] it is futile and mischievous to hold out hopes of independence and full Dominion-Status to the Indian political classes. Nothing of that kind is conceivably possible for generations to come.¹⁰⁵¹

Es ging weniger um geordnete Verwaltung als um Niederlage, Kapitulation und drohenden wirtschaftlichen Ruin. Für die *diehards* war es unbegreiflich, dass sich das *Raj* dazu herablassen konnte, Gandhi für die Teilnahme an der *Round Table Conference* überhaupt in Erwägung zu ziehen. Am Wahltag in St. George's wurde der Leitartikel der *Daily Mail* mit der Aufforderung übertitelt: *Vote Against Surrender!*

Duff Cooper, der für die loyalen Konservativen ins Rennen ging, genoss die volle Unterstützung der *Times*. Dawson selbst war vergleichsweise zuversichtlich, denn Lord Rothermere hatte aus seiner Sicht Indiens politische Relevanz und das Interesse seiner Leserschaft an dem Thema völlig überschätzt. Arbeitslosigkeit und Arbeiterwohlfahrt waren die Themen, die die Wähler mehr betrafen als Pakte zwischen Gandhi und dem Vizekönig oder die Frage nach dem britischen Ansehen im fernen Indien.¹⁰⁵² Duff Cooper gewann die Wahl mit einem großen Vorsprung vor seinem kreuzritterlichen Herausforderer Sir Ernest Petter. Das Ergebnis war eine bittere Enttäuschung für Lord Beaverbrook.¹⁰⁵³ Er war gezwungen einzugestehen, dass mit Indien keine Wahlen zu gewinnen waren.¹⁰⁵⁴

Churchill und die IES hingegen hatten den Kampf nicht aufgegeben. Ihre Teilnahme an der Indiendebatte offenbarte immer mehr, dass Indien zur Bühne für

¹⁰⁵¹ Churchills Rede in der Royal Albert Hall vom 18. März 1931, *The Daily Mail*, 19. März 1931.

¹⁰⁵² Dawson an Irwin, 19. März 1931, Dawson Papers TNL.

¹⁰⁵³ Sein Kreuzzug war beendet, und Ende März schloss er mit Baldwin einen Waffenstillstand. Näheres dazu in A. Chisolm & M. Davie, *Beaverbrook. A Life*, London 1992, 304f.

¹⁰⁵⁴ J. Barnes & D. Nicholson (eds.), *Empire at Bay: The Leo Amery Diaries 1929-1945*, London 1988, 119.

innenpolitische und innerparteiliche Fragen geworden war, was der *Daily Herald* bedauerte. Einerseits war man erleichtert, dass der Angriff der „*Bashi-Bazouks*“¹⁰⁵⁵ auf St. George's fehlgeschlagen war. Machtkämpfe unter den Konservativen waren schließlich kein *Labour*-Problem. Anders sah das mit den Taktiken der Churchillianer aus, denn sie würden nicht nur Baldwin, sondern der gesamten Nation schaden:

If – as the Rothermere Press has screamed incessantly – ‘Gandhi has his eye on St. George’s’ the result should assure him that the majority of people in this country have towards India feelings not of venomous hostility, but of friendship and of desire to find in agreement a solution for our common problem.¹⁰⁵⁶

Im Gegensatz zu Rothermere und seinen Anhängern war das Indienproblem nach Ansicht der *Labour*-nahen Zeitung nur in Zusammenarbeit mit indischen Politikern zu meistern. Dabei übersah der *Daily Herald* im Gegensatz zu Lord Rothermere, dass Duff Coopers Sieg nicht auf ein verstärktes Indienbewusstsein der Wähler zurückzuführen war. St. George's war traditionell ein sicherer Wahlkreis für die Konservativen gewesen. Petters Niederlage resultierte vermutlich daraus, dass die Wählerschaft keine politischen *Desperados* unterstützen wollte, die drohten, die Partei zu spalten.

Die verlorene Wahl in St. George's war auch ein Schlag für Rothermere. Die Reputation der konservativen Rebellen war angegriffen. Die plumpen Manöver gegen Baldwin – Kreuzzüge, in denen man sich Indien auf die Fahnen schrieb, und Schmierkampagnen gegen Irwin unter Berufung auf britische Tradition und Werte – gingen nicht auf. Selbst der Sockel der IES erhielt Risse. Ein Leserbrief an die *Times* von Ernest Bevin, dem zukünftigen Außenminister, macht dies deutlich. Er warf den Mitgliedern der IES vor, das Großbritannien der 1930er Jahre nicht zu verstehen. Niemand wolle mehr Englands Willen orientalischen Völkern aufzwingen. Das wäre nur mit einem weiteren Amritsar möglich.¹⁰⁵⁷ Für eine kurze Zeit litt selbst die Auflage der *Daily Mail*, und man verlegte die Berichterstattung zunächst wieder verstärkt auf Gewalt, Verbrechen und Sex.¹⁰⁵⁸

Angesichts des angeblich drohenden wirtschaftlichen Ruins des Königreichs nahm man sich beim *Guardian* eines Briefes von Sir Reginald Craddock an und wies

¹⁰⁵⁵ *The Daily Herald*, 20. März 1931. *Bashi-Bazouks* waren Söldner der osmanischen Armee, die sich während des Krimkrieges und der Balkankrise einen Ruf als wilde und furchtlose Kämpfer erworben hatten.

¹⁰⁵⁶ *Ibid.*

¹⁰⁵⁷ Leserbrief von E. Bevin an die *Times*, 19. März 1931.

¹⁰⁵⁸ Dawson an Irwin, 26. März 1931, Dawson Papers TNL.

auf den darin enthaltenen Trugschluss hin, dass man mit einer starken Hand das Problem in Indien lösen zu könne. Zumal seine Grundannahme sei, jeglicher Protest gegen das *British Raj*, sei es in Form von zivilem Ungehorsam oder kritischer Reden während der *Round Table Conference*, basiere auf einer vermeintlichen Brahmanenverschwörung. *Diehard*-Lösungen stießen hier nicht auf Unterstützung, da sie nicht die Antwort auf das politische Tagesgeschäft sein konnten. Vielmehr galt ein erfolgreicher Abschluss der Konferenz auch als Erfolg für Lancashires Wirtschaft.¹⁰⁵⁹

Wie oben aufgezeigt wurde, bildeten sich die unterschiedlichen Taktiken umso klarer heraus, je mehr die Fronten sich verhärteten. Der *Daily Herald* und einige *Labour*-Abgeordnete sprachen den indischen Politikern das Recht zu, Indiens Zukunft aktiv mitzugestalten. Die *diehards* wollten dagegen davon nichts wissen und glaubten, den politischen Ambitionen einer lautstarken Minderheit in Indien mit Entschlossenheit entgegenwirken zu müssen, womit sie die indischen Massen vor einer Oligarchie der Brahmanen schützen wollten. *Times* und *Guardian* und die dort abgedruckten Leserbriefe bildeten eine Art Mittelfeld. Es wurde für Ruhe und Ordnung plädiert. Gleichzeitig jedoch beharrte man auf dem Fortgang des politischen Reformprozesses.

Der Pakt zwischen Gandhi und Irwin trug weiter dazu bei, die Positionen der britischen Diskursteilnehmer zu polarisieren. Die Gegner weiterer politischer Reformen sahen ihn als Ergebnis von Verhandlungen, die jedoch *per se* einem Versagen der Kolonialmacht in ihrer Aufgabe gleichkamen, ihrer Rolle als souveräne Kontrollinstanz in Indien nachzukommen. Reformbefürworter sprachen nicht von Verhandlungen. Vielmehr sahen sie in den Gesprächen ein Modell für die zweite *Round Table Conference*, die nun unter Anwesenheit Gandhis stattfinden würde. Das Ziel britischer Indienpolitik war für sie festgelegt. Es kam allerdings noch zu keiner Transformation im Diskurs, denn auch die Reformgegner stellten sich nicht gegen den *Dominion*-Status für Indien an sich. Vielmehr fanden sie den Zeitpunkt verfrüht und fürchteten, die *Round Table Conference* könne den Anfang vom Ende des *British Raj*, wie sie es kannten, bedeuten.

Wie die Reformbefürworter schnell erkannten, waren die Reformgegner darauf aus, einen Konsens wiederherzustellen, den es seit spätestens 1919 nicht mehr gab. Das ermöglichte ihnen den Versuch, die Reformgegner an die Grenze des jetzigen

¹⁰⁵⁹ *The Guardian*, 2. April 1931.

Konsenses zu drücken, der besagte, dass der *Dominion*-Status das Ziel der britischen Indienpolitik sei. Reformgegner und -befürworter fuhren fort, sich auf einen angeblichen Rückhalt in der britischen Bevölkerung zu berufen, was sie nun bei Wahlen testeten. *Labour* glaubte, mit einer geschickten Indienpolitik Stimmen bei den anstehenden Unterhauswahlen gewinnen zu können. Die Reformgegner sandten ihre eigenen Kandidaten bei Nachwahlen ins Rennen. Damit wandten sie sich gewissermaßen an die schweigende Mehrheit mit dem Ziel, ihre jeweiligen Positionen in der Debatte zu legitimieren. Die *diehards* setzten nun alles daran, die Transformation des Diskurses zu verhindern, indem sie die Konservative Partei auf ihre Seite ziehen wollten. Dies war strategisch wichtig, da man von einem Sieg der Konservativen bei den nächsten Unterhauswahlen ausging, was die Leitung der nächsten *Round Table Conference* der Partei überlassen hätte. Ein parteiinterner Konsens über Indien hätte die Kontrolle über das Narrativ den Reformgegner übertragen. Dazu mussten sowohl die *diehards* als auch *Labour* eine Prämisse der britischen Kontrolle über Indien ignorieren: sie machten Indien zu einem parteipolitischen Thema oder bauten ihre Indienpolitik zumindest in ihre Wahlkampfstrategie ein.

d. Erneut am Runden Tisch – diesmal mit Gandhi

Nachdem Gandhi die Zustimmung des INC für seinen Pakt mit Irwin erhalten hatte, machte sich London an die Vorbereitung der zweiten *Round Table Conference*.¹⁰⁶⁰ Hugh MacGregor, Informationsbeamter des Indienministeriums, nutzte seine Kontakte zu Reuters und bedankte sich für die hervorragende Zusammenarbeit während der ersten Konferenz, als der Nachrichtenagentur seinem Wunsch nachgekommen war, Irwins Reden bestmöglich zu platzieren.¹⁰⁶¹

Beim *Guardian* glaubte man, Gandhis Teilnahme werde der Zusammenkunft mehr Bedeutung und einen stärkeren repräsentativen Charakter verleihen. Der Erfolg schien nun greifbar nah. Probleme sah man lediglich in der Minderheitenfrage, also dem sich zuspitzenden Konflikt nicht nur zwischen Hindus und Muslimen, sondern auch den Kastenlosen und anderen Hindus. Man erwartete, dass die Muslime jede konstitutionelle Regelung ablehnen würden, die ihnen nicht genügend Sicherheit vor der hinduistischen Mehrheit bieten würde.¹⁰⁶²

Die IES veröffentlichte eine Erklärung, in der sie folgende Prämissen für die bevorstehende *Round Table Conference* forderte: der *Simon-Report* sollte nach wie vor die Basis für alle Gespräche sein, was dessen Bedeutung als eines der letzten Staatspapiere unterstreicht, das sich für weitere erhebliche britische Kontrolle einsetzte: die letzte Kontrollinstanz aller Exekutivräte müsse das GOI bleiben, und die Verantwortung für indische Angelegenheiten hatte weiter beim Parlament in London zu verbleiben.¹⁰⁶³ Damit forderten sie weiterhin, dass die Kontrolle über Indien nicht nur politisch, sondern vor allem physisch fest in britischer Hand bleiben musste. Ihre Kampagne gegen Lord Irwin, der mittlerweile von Lord Willingdon¹⁰⁶⁴ als Vizekönig

¹⁰⁶⁰ Die Redakteure der *Daily Mail* nahmen dies zum Anlass, die Konferenz mit einem Rugby-Spiel zu vergleichen und verteilten einen internen Leitartikel über die erneute Zusammenkunft in London unter ihren Kollegen. Demnach waren die angeblich verschlagenen Taktiken „Matt“ Gandhis gefürchtet, Abdulla Ghaffar Khan leitete das Barbaren-Team, Sethna die *Ferozian Latrines* und Jinnah die *Cryptics*. Douglas Crawford, der Auslandskorrespondent der *Daily Mail*, spielte Hugh MacGregor vom IO eine Kopie zu. Crawford an MacGregor, 12. Juli 1931, L/I/1/267. Der volle Text befindet sich im Anhang.

¹⁰⁶¹ Briefwechsel zwischen Murray von Reuters und MacGregor, 24. und 25. Juli 1931, L/I/1/264.

¹⁰⁶² *The Guardian*, 22. Mai 1931.

¹⁰⁶³ IES-Veröffentlichung, abgedruckt in der *Times*, 8. August 1931.

¹⁰⁶⁴ Der am besten qualifizierte Kandidat für Lord Irwins Nachfolge war eigentlich der ehemalige Gouverneur von Bengalen, Lord Zetland. Aus parteipolitischen Gründen wollte *Labours* Außenminister Arthur Henderson keinen Konservativen als Vizekönig aufstellen. Versuche, den Minister für *Dominions*, J.H. Thomas, oder den ehemaligen Generalstaatsanwalt Sir William Jowitt für das Amt zu gewinnen, schlugen fehl. Henderson und MacDonald einigten sich auf den ehemaligen Unterstaatssekretär für Luftfahrt, Lord Gorell. Dies wurde jedoch von König Georg V., den Führern der

abgelöst worden war, wurde fortgesetzt. Allerdings ging man etwas subtiler vor als in den Monaten zuvor. Der ehemalige Vizekönig war als Redner zur Konferenz der britischen Missionsgesellschaften in der Central Hall in Westminster am 21. Juli 1931 geladen. Ein paar Stunden zuvor versammelte sich das Komitee der IES, um die taktische Vorgehensweise für den Abend zu besprechen. Lord Greenway hatte vorgeschlagen, Pamphlete oder Handzettel zu verteilen. Das Komitee sah in der Kürze der Zeit dazu jedoch keine Möglichkeit mehr. Stattdessen wurde Ameer Ali beauftragt, mit Reverent Dr. Morrison Kontakt aufzunehmen und ihn dazu zu bewegen, eine Frage zu stellen, die Irwin bloßstellen sollte. Das Unterfangen missglückte vermutlich, denn die Zeitungsberichte geben keine Auskunft über unangenehme Fragen an Lord Irwin.¹⁰⁶⁵

Churchill seinerseits versuchte erneut sein Glück bei der BBC. Der Sender hatte sein Anliegen, im Vorfeld der St. George's-Nachwahl im Radio zu sprechen, abgelehnt. In einem weiteren Brief an den Vorsitzenden der BBC, John Whitley, beschwerte sich Churchill über die damalige Abfuhr. Die vier Radiosendungen über Indien im Juni 1931 deckten aus Churchills Sicht Großbritanniens politisches Spektrum nur unzureichend ab. Letztlich seien alle bisherigen Redner für weitreichende Einschnitte in die britische Autorität in Indien. Verärgert schrieb Churchill an die BBC:

All these addresses are from standpoints wholly different from the views which I represent, which are held by a very large number of persons in all classes in this country. [...] I now formally ask you to accord me an opportunity of stating the British side of the case.¹⁰⁶⁶

Damit nahm Churchill für sich in Anspruch, allein die Interessen eines großen Teils der britischen Bevölkerung zu vertreten. Whitley und der Generaldirektor der BBC, Sir John Reith, trafen sich daraufhin mit Staatssekretär Wedgwood Benn und Sir S. Findlater Stewart, dem Ständigen Unterstaatssekretär für Indien. Wedgwood Benn zeigte sich besorgt und bat die BBC, von weiteren Sendungen vor und während der zweiten Konferenz abzusehen. Was nach Abschluss der *Round Table Conference* über

Liberalen und der Konservativen als auch von Dawson in der *Times* abgelehnt. Als Alternative wurde nicht zuletzt MacDonald selber erwähnt, bis Lord Gorell Lord Willingdon vorschlug. Zu diesem Zeitpunkt war dieser Generalgouverneur in Kanada, hatte jedoch ebenfalls als Gouverneur von Bombay und Madras gedient. Die indischen Prinzen waren ihm wohlgesonnen und er stand Georg V. nahe. P. Williamson, *Party First and India Second: The Appointment of the Viceroy of India in 1930*, *BIHR* 56 (133) 1983, 86-101.

¹⁰⁶⁵ Protokoll der Sitzung des IES-Komitees, 21. Juli 1931, Stuart Papers c 630/48.

¹⁰⁶⁶ Churchill an Whitley, 2. Juli 1931, Reading Archives R34/429.

den Sender ging, war für ihn weniger wichtig.¹⁰⁶⁷ Sendungen zu einem früheren Zeitpunkt hätten potenziell die öffentliche Meinung gegen die *Round Table Conference* und weitere Reformen aufbringen können. Es ging um Schadensvermeidung und nicht um Aufklärung der britischen Öffentlichkeit. Das Indienministerium und der Sender erwarteten, dass die *Round Table Conference* erheblich zu einer Konsensfindung beitragen würde. Dieser würde durch eine anschließende Unterhausdebatte konsolidiert werden, was die Position der *diehards* erheblich schwächen würde. Die Antwort auf Churchills Anfrage erfolgte eine Woche später:

[...] the Corporation, in view of the delicacy of the Indian situation, and having considered the matter with great care, have come to the conclusion that it would be undesirable to proceed with the suggestions before the resumption of the Round Table Conference. The Corporation contemplates having such a further series between the end of the Conference and the consideration of its conclusions by Parliament.¹⁰⁶⁸

Damit wurde es den *diehards* unmöglich gemacht, über die BBC Einfluss auf die Debatte während der *Round Table Conference* auszuüben. Im Vorfeld waren verschiedene Entwürfe ausgearbeitet worden, die die diesbezüglichen Konsultationen mit dem IO erwähnten. Die BBC hatte jedoch beschlossen, die Absage als eigenständigen Entschluss zu präsentieren und sah davon ab, Churchill von der Intervention des IO zu berichten. Whitley und Reith waren sich Churchills kritischer Einstellung zur BBC bewusst und kamen zu dem Schluss, dem redegewandten politischen Freischärler nicht zu weiterer Munition zu verhelfen.¹⁰⁶⁹ Dennoch explodierte Churchill:

In refusing to allow me to warn the nation of the enormous perils which are rapidly approaching us in India, you take a serious responsibility. [...] I can only regard your renewed refusal as a definite part of the attempt which is being made to lull and chloroform the British people into a fatal decision. [...] I wish to warn the nation before it is too late.¹⁰⁷⁰

Abschließend ließ er Whitley wissen, dass er die Korrespondenz der Presse zukommen

¹⁰⁶⁷ Eintrag in Reiths Tagebuch vom 24. Juli 1931, in C. Stuart (ed.), *The Reith Diaries*, London 1975, 104.

¹⁰⁶⁸ Whitley an Churchill, 30. Juli 1931, Reading Archives R34/429.

¹⁰⁶⁹ Memorandum des Vorsitzenden des *Conservative Central Office*, Colonel Storr, 9. Mai 1930, CCO 4/1/23. Bereits während des Generalstreiks von 1926 hatte Churchill vergebens gefordert, die Regierung solle die BBC übernehmen. Weiterhin gab es eine ganze Reihe Konservativer, die seit geraumer Zeit fest davon überzeugt waren, die BBC tendiere zu *Labour*. M. Gilbert, *Churchill. A Life*, London 1991, 475.

¹⁰⁷⁰ Churchill an Whitley, 8. August 1931, Reading Archives R34/429.

lassen würde.¹⁰⁷¹

Parallel zu all dem Hin und Her lenkten andere Ereignisse den Fokus der Öffentlichkeit von Indien ab. *Guardian* und *Times* diskutierten zwar weiterhin die Erfolgsaussichten der *Round Table Conference*, was die unmittelbare politische Relevanz der Geschehnisse für die Öffentlichkeit anbetraf, muss man jedoch einräumen, dass Indien vermutlich weit unten auf der Liste stand.¹⁰⁷² Wachsende Arbeitslosigkeit im Zuge der Weltwirtschaftskrise und das Ende der zweiten *Labour*-Regierung, dem die Spaltung des Kabinetts vorausgegangen war, mündeten im *National Government*. Die Budgetschwierigkeiten hatten dazu geführt, dass sich das Kabinett nicht zwischen der Erhebung von Tarifen oder drastischen Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung entscheiden konnte. Die Führer der Konservativen, der Liberalen und *Labour* einigten sich darauf, eine Regierung aller Parteien zu bilden. MacDonald blieb Premierminister, Lord Snowdon wurde Schatzkanzler, Sir Herbert Samuel Innenminister, Lord Reading Außenminister und Sir Samuel Hoare der neue Chef des IO. Das *National Government* war angetreten, die nationale Wirtschaftskrise zu bewältigen.¹⁰⁷³

Während sich in London die neue Regierung konsolidierte, kam die Nachricht aus Indien, Gandhi hätte sich nach anfänglichem Zögern dazu entschlossen, nun doch an der Konferenz teilzunehmen. Die *Times* begrüßte seinen Entschluss, warnte jedoch davor, sich ausschließlich auf ihn zu konzentrieren:

[...] meanwhile there is a manifest risk that the great part which Mr. Gandhi can play in the Conference may be hampered from the outset by the concentration of public attention on all those little idiosyncrasies of dress and diet and speech (and periodical abstention from speech) with which he has surrounded his position as a popular leader. [...] The best service that can be rendered to [the] solution [of the Indian problem], so far as he himself is concerned, is to regard him as a delegate among delegates – important, inevitably interesting, diverted for the time from a vague idealism to hard constitutional business – and neither as a social lion nor as an object of suspicion.¹⁰⁷⁴

Dies war ein schwach verdeckter Versuch, Gandhis Autorität zu untergraben. Die *Times* erwartete von ihm, während der Konferenz seine – wenn auch möglicherweise

¹⁰⁷¹ Ibid.

¹⁰⁷² Das wurde auch von der *Times* so gesehen, 7. Oktober 1931.

¹⁰⁷³ Die politischen Arrangements, die dafür sorgten, dass MacDonald als Premierminister der großen Koalition weiter vorstehen würde, führten zum Auseinanderbrechen der *Labour*-Partei. MacDonald wurde wegen seines „Verrats“ aus der Partei ausgeschlossen und fortan war ein Teil von *Labour* im *National Government* vertreten, während der andere Teil unter Führung von Lansbury und Attlee in der Opposition blieb. Die Geschehnisse in Indien und die anstehende *Round Table Conference* wurden von diesen Ereignissen verständlicherweise in den Schatten gestellt.

¹⁰⁷⁴ *The Times*, 12. September 1931.

entscheidende – Rolle als einer von mehreren Untertanen einzunehmen, deren Aufgabe darin bestand, umsetzbare Verfassungsänderungen auszuarbeiten. Dies stand in starkem Kontrast zum *Guardian*, der seine Berichterstattung von Anfang an beinahe ausschließlich auf Gandhi konzentrierte. Seine Leser erfuhren Einzelheiten über den Inhalt seines Gepäcks (unter anderem angeblich Schlamm und Wasser vom Ganges),¹⁰⁷⁵ seine Gebetszeiten an Bord des P&O-Linienschiffs *Rajputna* sowie über seine Schlaf- und Essgewohnheiten.¹⁰⁷⁶ Eine Kamera an Bord des Dampfers bannte ihn auf Zelluloid, während er betete oder am Spinnrad saß. Reporter baten um Interviews. In Marseille entstieg er unter großer Neugier der französischen Öffentlichkeit dem Dampfer und wurde, bewacht von *Scotland Yard*-Beamten, im *Grand Hotel* untergebracht.¹⁰⁷⁷ Gandhi erhielt die volle Aufmerksamkeit der britischen Presse und der Sicherheitsbeamten und wurde wie ein Hollywoodstar behandelt. Die *Pathé News*, die Produzenten der britischen Wochenschauen, trugen das Ihre dazu bei, Gandhis Autorität in Frage zu stellen. Der Bericht über seine Ankunft in Marseille, seine Weiterreise nach Folkstone und seine Ankunft in London führte ihn ein als „mystery man“, nannte ihn mehrfach „little man“ und machte sich über seine Kleidung lustig: „They saw quite a lot of him – even his knees.“¹⁰⁷⁸

Im *Daily Herald* schrieb Professor Harold Laski,¹⁰⁷⁹ der an der *London School of Economics* unterrichtete, über Gandhi. Laskis Optimismus bezüglich der *Round Table Conference* ging so weit, dass er schon Überlegungen zu Gandhis Rolle in einem freien Indien anstellte. Da Großbritannien aus seiner Sicht seit 1919 einen Kampf auf verlorenem Posten geführt hatte, schien ein Indien unter Gandhi bereits so nah, dass der wahre Test für den Mahatma erst in diesem Indien stattfinden würde und nicht während der Konferenz. Laskis Hauptfrage blieb, ob Gandhi in einem solchen Indien in der Lage sein würde, die destruktiven Konflikte zwischen Hindus und Muslimen zu überwinden.¹⁰⁸⁰

¹⁰⁷⁵ Der Schlamm- und Wassergehalt seines Gepäcks entpuppte sich jedoch schnell als Zeitungsentee. Neben anderen Gerüchten hielt sich hartnäckig die Mär, dass Gandhi auf dem Dach von *Kingsley Hall*, wo er in London wohnte, zwei Ziegen hielt, die ihm seine tägliche Milchration sicherten. M. Lester, *Entertaining Gandhi*, London 1932, 34.

¹⁰⁷⁶ *The Guardian*, 4. September 1931.

¹⁰⁷⁷ Read & Fisher (1997:241).

¹⁰⁷⁸ *Pathé News*, *Gandhi is Here*, 1931, https://www.youtube.com/watch?v=P6njRwz_dMw.

¹⁰⁷⁹ Laski war auch Mitglied des Komitees der *India League*. Die Liga war von Krishna Menon Mitte der 1920er Jahre in London gegründet worden. Menon war ein Protégé von Annie Besant, sowie ein enger Freund von Jawaharlal Nehru und sollte 1947 der erste Hochkommissar des unabhängigen Indien in London werden.

¹⁰⁸⁰ *The Daily Herald*, 12. September 1931.

Die *Daily Mail* hingegen forderte *Real Justice for India*.¹⁰⁸¹ Man glaubte, das Ende der Wirtschaftskrise sei nahe. Somit gab es nur noch eine Gefahr für das Empire: Indien. Die Konferenz versuchte aus Sicht der Zeitung Unmögliches und war somit zum Fehlschlag verdammt. Anders jedoch als im *Guardian*, dem *Daily Herald* und auch der *Times* setzte sich die *Daily Mail* von Anfang an stärker mit anderen indischen Interessengruppen auseinander. Man kontrastierte die Interessen der Prinzen und der Muslime mit denen der Hindus, die durch Gandhi vertreten wurden. Die Prinzen, als Großbritanniens offizielle Verbündete, wurden dazu aufgerufen, sich nicht von einer „Hindu-Intrige“ übermannen zu lassen. Die Muslime erhielten den Rat, die Konferenz eher platzen zu lassen, als sich mit weniger zufrieden zu geben als einer Zusage, ihre politische Stärke in den legislativen Räten ausbauen zu können. Weniger subtil, aber ähnlich dem Ansatz der *Times*, ging es darum, Gandhis Status in Frage zu stellen und damit auch seinen möglichen Beitrag zur *Round Table Conference*.

Wenig später lud das Blatt Gandhi ein, einen Artikel in seinen Spalten zu veröffentlichen, in dem er die Ziele des INC darlegen sollte. Gandhi fasste seine Pläne wie folgt zusammen:

1. Komplette Unabhängigkeit für Indien
2. Damit sei eine Partnerschaft zwischen Großbritannien und Indien auf gleichberechtigter Basis nicht ausgeschlossen
3. Ebenso sei eine Föderation und für Indien nützliche Sicherheitsgarantien davon nicht ausgenommen¹⁰⁸²

Um Gandhi als Repräsentanten der seit dem späten 19. Jahrhundert in Großbritannien verruchten, angeblich „verschlagenen“ Hindu-Anwaltschaft darzustellen, wählten die Redakteure der *Daily Mail* diesmal ein augenscheinlich eher schmeichelhaftes Bild aus, das Gandhi um die Jahrhundertwende im Dreiteiler zeigte. Die Bildauswahl wurde offensichtlich je nach der Intention der Botschaft vorgenommen. Gandhi erschien wahlweise als zahnloser Wahnsinniger, wie weiter oben erwähnt, oder eben als gewiefter Anwalt. Der Leitartikel warnte denn auch:

Mr. Gandhi's article shows the cunning as an advocate. [...] No one reading the mild, benignant sentiments printed in this page would suspect that they come from a man who in India assumes the role of the deliberate lawbreaker, the man whose name is on the lips of the assassins of British officials, and who in his first public speech in England a week ago, remarked that these agents of violence were working for the same cause as himself inspired by 'a burning desire for India's freedom'.¹⁰⁸³

¹⁰⁸¹ *The Daily Mail*, 14. September 1931.

¹⁰⁸² *Ibid.*, 19. September 1931.

¹⁰⁸³ *Ibid.*

Der Leitartikel diskreditierte damit nicht nur Gandhi selbst, sondern auch die Idee von Indiens Freiheit. Dies vor allem, weil sie von Gandhi mit Unabhängigkeit gleichgesetzt wurde.

Der *Daily Worker* überschrieb seinen Artikel: *Greetings For A Traitor*.¹⁰⁸⁴ Für das Blatt blieb die Zusammenkunft am Runden Tisch eine Verhandlung, in der die indische *Bourgeoisie* dazu beitragen würde, Sicherheitsgarantien für den britischen Imperialismus auszuarbeiten. Gleichzeitig unterstützte es die *League Against Imperialism* in ihrer Kampagne gegen die *Round Table Conference*. Die Liga organisierte eine Demonstration für den Nachmittag des 13. September 1931 im Hyde Park.

Der Mahatma selbst hatte inzwischen bei heftigen Regenfällen in Folkstone angelegt. Trotz des schlechten Wetters hatte sich eine große Anzahl Neugieriger versammelt. Ein Empfangskomitee im *Quaker Friend's House* in der Euston Road in London organisierte eine Willkommensparty, auf der Gandhi enthusiastisch gefeiert wurde.¹⁰⁸⁵ Am selben Abend spielten sich ähnliche Szenen vor dem Dorchester Hotel ab, wo der Vorsitzende des obersten Gerichtshof Lord John Sankey ihn empfangen sollte. Im Hotel wartete Lord Sankey zunächst vergebens, da Gandhi, bekleidet mit einem selbstgesponnenen Leintuch und einem Paar Sandalen, sich seinen Weg erst durch die große Menge Schaulustiger bahnen musste.¹⁰⁸⁶

Die Treffen der Konferenz fanden unter der Woche statt. Samstagnachmittage und Sonntage waren ausgeschlossen. Gandhi und seine Entourage nutzten die freien Stunden für Kurzreisen nach Oxford, Cambridge, Eton, zum Quäkerzentrum in Birmingham, nach Canterbury, wo er einen Nachmittagsgottesdienst besuchte, nach Chichester, wo er mit dem Bischof durch die Palastgärten schlenderte, und nach Lancashire, wo er die Greenfield Spinnerei besuchte. Die *Vegetarian Society*, mit

¹⁰⁸⁴ *The Daily Worker*, 12. September 1931.

¹⁰⁸⁵ Read & Fisher (1997:241f.).

¹⁰⁸⁶ Nachdem Gandhi so leicht bekleidet gegenüber Lord Sankey, der innerlich erleichtert war, dass das Dorchester Hotel gut geheizt war, Platz genommen hatte, begann das Interview. Auf die Frage, was Indien zustoßen würde, sollte die Konferenz scheitern, antwortete Gandhi, dass der alte Kampf erneut ausbrechen würde und man einen noch bittereren Kelch würde leeren müssen, als das bisher der Fall gewesen sei. Aber er, Gandhi, würde den Kelch trinken als wäre es Nektar. Lord Sankey schrieb in seinem abschließenden Protokoll: „So ended a remarkable interview. I am sure the man is not a humbug, but I am equally sure he is a fanatic, which makes him all the more difficult to deal with.“ Zusammenfassung des Gesprächs zwischen Lord Sankey und Gandhi, 13. September 1931, Sankey Papers c 539/26-35.

deren Mitgliedern Gandhi bereits als Jurastudent in London gespeist hatte, veranstaltete ein Essen. Der Presseclub lud zum Lunch und hatte es sogar geschafft, Mangos für den illustren Gast mit den seltsamen Speisegewohnheiten zu organisieren. Die *Independent Labour Party*, die *Gandhi Society* und die *Indian National Congress League* veranstalteten für den Mahatma eine Geburtstagsparty in den Räumen des *Westminster Palace*. Bei diesen Gelegenheiten hatte die britische Bevölkerung die Möglichkeit, Gandhi, den Mahatma, den halbnackten Fakir, Indiens Hoffnung und Großbritanniens Fluch zu sehen und eventuell sogar ein paar Worte mit ihm zu wechseln.

Von *Kingsley Hall* im Londoner East End brach er allmorgendlich zu Spaziergängen auf, wurde von seinen Nachbarn zum Tee eingeladen und war Anziehungspunkt für die lokale Bevölkerung. Viele der arbeitslosen Eastender sahen es als eine willkommene Abwechslung, den zahlreichen Kameraleuten behilflich zu sein. Unzählige Journalisten interviewten jeden, der in irgendeiner Form Kontakt mit Gandhi hatte oder sie anderweitig davon überzeugte, Wissenswertes über ihn zum Besten geben zu können. Als sich Gandhi und Charlie Chaplin im Hause des indischen Arztes Dr. Chuna Lal Katial in Canning Town trafen, gab es für die Massen kein Halten mehr. Bis zu 10.000 Menschen, meist Frauen und Kinder, drängten sich in und um die Beckton Road, um einen Blick auf das „Hollywoodidol“ aus dem Westen und den Mystiker aus dem Osten zu erhaschen.¹⁰⁸⁷ Dabei stellte ein Zeitgenosse fest:

The papers have been publishing something almost every day about Mr. Gandhi for months, but they've not told us anything about him yet, except that he wears a loin-cloth and drinks goat's milk.¹⁰⁸⁸

Gesellschaftlich und journalistisch gab es während seines Aufenthalts zwei Höhepunkte: Gandhis Reise zu den Arbeitern der Baumwollfabriken in Manchester und die Einladung zum Tee in den Buckingham Palace. Dabei war man von offizieller Seite von der Idee des Mahatma nicht angetan, sich in die Höhle des Löwen nach Lancashire zu wagen. Laut Mira Behns¹⁰⁸⁹ Beschreibung säumten Tausende die Zugstrecke durch Lancashire. An jedem Bahnhof hatte die Polizei alle Hände voll zu tun, um die Schaulustigen in ihre Schranken zu weisen. Männer winkten mit ihren

¹⁰⁸⁷Burke & Quraishi (1995:291); Pathé News, *Charlie Meets Gandhi*, 1931, <https://www.youtube.com/watch?v=Fs-kEt3pEO0>.

¹⁰⁸⁸ Lester (1932:33f.).

¹⁰⁸⁹ Sie war die Tochter von Admiral Slade, die sich seit den 1920ern zu einer der Gandhi am nächsten stehenden Jüngerinnen entwickelt hatte. M. Behn (Madeleine Slade), *The Spirit's Pilgrimage*, London 1960, 138ff.

Mützen und Hüten und Frauen mit ihren Taschentüchern. Die begleitenden *Scotland Yard*-Beamten sollen erstaunt geäußert haben, dass sie noch nicht einmal für die *Royals* einen solchen Aufmarsch erlebt hätten. In der Greenfieldspinnerei selbst zeigten sich angeblich auch arbeitslose Spinnereiarbeiter solidarisch mit Gandhi. Da Bild, das in den Wochenschauen des Landes verbreitet wurde, zeigte die Arbeiterinnen der Spinnerei, die sich bei Gandhi einhakten und ein donnerndes *Hip Hip Hurray* für den Gast aus Indien ausstießen.¹⁰⁹⁰ Inwieweit Madeleine Slades Beschreibung der jubelnden Mengen wirklich den Tatsachen entspricht, ist vielleicht fraglich. Allerdings ist Pratts und Vernons Behauptung, die nationale Presse hätte praktisch nichts über Gandhis Reise nach Lancashire berichtet, auch zweifelhaft.¹⁰⁹¹

Der *Daily Herald* etwa bestätigte die große Zahl an Schaulustigen, die an den Bahnhöfen – zum Teil vergeblich – auf Gandhi warteten.¹⁰⁹² Die *Times* und der *Guardian* versuchten dagegen, die Bedeutung der Ereignisse herunterzuspielen. Dawson ging sogar so weit zu behaupten, dass gesellschaftliche Termine aufgrund der arbeitsreichen Konferenz in den Hintergrund getreten seien.¹⁰⁹³ Der *Guardian* übergang die Schaulustigen und erwähnte ausschließlich Gandhis Treffen mit den Vertretern der Baumwollindustrie. Dabei betonte er den freundlichen und geschäftsmäßigen Umgang miteinander.¹⁰⁹⁴ Obwohl das Blatt die öffentliche Hysterie um den Gast aus Indien nicht für erwähnenswert hielt, war der Leitartikel durchaus in einem positiven Licht gehalten. Gandhi wurde als ernsthaft und realistisch dargestellt und damit die Chancen für einen erfolgreichen Abschluss der *Round Table Conference* für gut befunden. Selbst wenn die Printmedien sich zurückhielten, so zirkulierten durch die Wochenschauen genügend Bilder, die das Interesse der Öffentlichkeit an Gandhi unter Beweis stellten. Fraglich ist, ob dies politischem Interesse geschuldet war oder ob nicht vielmehr die Neugierde über die Person, die heute als *Celebrity* bezeichnet würde, überwog.

Dabei machte sich der neue Staatssekretär für Indien, Sir Samuel Hoare allerdings seine eigenen Gedanken zu Lancashire. Aus Indien hatte Vizekönig Irwins Nachfolger Lord Willingdon angeregt, die Einfuhrzölle auf britische Baumwollprodukte zu erhöhen, die Rupie gegenüber dem Pfund zu entwerten und die

¹⁰⁹⁰ British Movietone, 1931, *Gandhi in Lancashire. Sees for Himself*. <https://youtu.be/dbDi8ZjrDzY>

¹⁰⁹¹ Pratt & Vernon (2005:97).

¹⁰⁹² *The Daily Herald*, 26. September 1931.

¹⁰⁹³ *The Times*, 7. Oktober 1931.

¹⁰⁹⁴ *The Guardian*, 28. September 1931.

Gehälter der ICS-Beamten zu kürzen. Diese Schritte, so Willingdon, könne man gegenüber den indischen Delegierten der *Round Table Conference* als positive Geste verkaufen. Doch Hoare befürchtete, dass die öffentliche Meinung in Lancashire nicht bereit wäre, die Einfuhrzölle zu unterstützen. Außerdem glaubte er, die gesamte konservative Politik würde auf den Kopf gestellt, da man sich als Oppositionspartei für finanzielle Sicherheitsgarantien zwischen Indien und dem Königreich stark gemacht hatte.¹⁰⁹⁵

Als Willingdon dem Chef des IO drohte, er und sein gesamter Rat würden wegen der Ablehnung der Vorschläge zurücktreten, schrillten in London die Alarmglocken. Der nach außen immer wieder bemühte Konsens der Eliten war durch Churchills Aktivitäten bereits erodiert. Die Einheit von IO und GOI als Partner auf der indischen Bühne war beinahe die letzte Bastion, die das Establishment in dieser Hinsicht noch aufrechtzuerhalten vermochte. Abgesehen von den Folgen für Indien wäre durch einen Zusammenbruch dieses Verhältnisses eine einheitliche Indienpolitik unmöglich geworden. Je mehr der Konsens in Großbritannien selbst als Fiktion entlarvt wurde, desto mehr mussten IO und GOI zum Schulterschluss bereit sein. Der Staatssekretär gab dem Vizekönig zu verstehen, dass im Falle baldiger Wahlen ein Verlust der Lancashire-Sitze eine Katastrophe wäre.

Hoare dachte dabei allerdings nicht nur an den Wahlkampf. Auch die nationale Sicherheit stand für ihn auf dem Spiel.¹⁰⁹⁶ Täglich sandte er nun Telegramme an den Vizekönig:

In this grave emergency forgive me if I press most strongly upon you the effect upon India and the Empire of the resignation of your exalted office which I understand may occur. I most earnestly beg you not to leave the bridge when the ship is in such dire distress. You will understand that these observations apply also to possible resignations of Ministers. Your resignation, however, would be nothing less than disastrous.¹⁰⁹⁷

Anything like resignations upon the scale which you indicate as possible would present the appearance of an open conflict of interest between India on the one hand and Great Britain on the other. [...] It is impossible to overestimate the dangerous consequences of a break up of your Government. No doubt India would range itself behind members who

¹⁰⁹⁵ Zu den möglichen Konsequenzen der Vorschläge aus Indien für Großbritannien siehe Bridge (1986:71ff.). Der Finanzexperte des vizeköniglichen Exekutivrats George Schuster hatte seit Mai versucht, London um finanzielle Unterstützung zu bitten, da Indien unter den Folgen der Großen Depression litt. Aus Londons Sicht war es obligatorisch, dass Indien in der Lage war, die vom GOI oder dem IO garantierten Investitionsschulden zu begleichen. Eine Abwertung der Rupie hätte Indienaktien in London fallen lassen, was Exporte von Großbritannien nach Indien betroffen hätte. Das hätte zu einer weiteren Schwächung des Pfund geführt, ein Szenario, das sich im Kabinett angesichts der ohnehin angespannten Lage niemand ausmalen wollte.

¹⁰⁹⁶ Hoare an Willingdon, 21., 23. und 24. September 1931, Hoare Papers MSS.EUR E 240/13a. Im Folgenden Hoare Papers E.

¹⁰⁹⁷ Ibid.

resigned and the Round Table Conference would almost certainly break down upon a point that was not constitutional and one upon which it had not the material to judge.¹⁰⁹⁸

Das ohnehin angegriffene Prestige des *Raj* und des vizeköniglichen Amtes hätte durch Willingdons Rücktritt oder gar seines gesamten Rates einen nicht wieder gut zu machenden Schaden erlitten. Für zukünftige Vizekönige hätte allenfalls die zweite Garde zur Verfügung gestanden, wodurch das Amt einen permanenten Prestigeverlust in Großbritannien und Indien erlitten hätte. Die Attacken der *diehards* waren weniger bedrohlich für den Diskurs als das, denn diese waren gegen jegliche Aufgabe der britischen Kontrollfunktion. Im Gegensatz dazu hätte der Zusammenbruch des Konsenses auf der höchsten Ebene der kolonialen Verwaltungshierarchie im *British Raj* die Ausübung britischer Kontrolle unmöglich gemacht.

Weniger spannend verliefen die Gespräche während der *Round Table Conference* selbst. Hoare schrieb über deren Verlauf gelangweilt an Willingdon:

Everyone has been making the same speeches as he made last year at twice the length. [...] It does, however, appear that the differences upon matters of detail have become greater. [Gandhi's] speech at the Committee was impressively delivered, but in the rush of the crisis through which we are passing it made little stir in the world outside.¹⁰⁹⁹

Lord Sankey beschrieb Gandhis Rede ebenfalls:

[Gandhi] spoke for 47 minutes at the rate (so the shorthand-writer told me) of 57 words a minute, the slowest the shorthand-writer had ever taken down. As far as Mr Gandhi is concerned, his position is a simple one; he says that he must obey his mandate from Congress. He read out the mandate, and spoke for the rest of time without a single note and with his eyes fixed on the desk in front of him. I watched him carefully. Before he started his speech I gave him two or three minutes' notice, and he engaged in prayer, and it was obvious to me that during one or two dramatic pauses in his speech he was also praying. His case is very simple; he wants complete independence, control of finance and control of the army. In fact, I do not know anything that he does not want. His speech was delivered in a low voice, and its tone was conciliatory in spite of its extreme demands.¹¹⁰⁰

Die Forderungen des INC waren aus britischer Sicht extrem, weil sie an einer Grundfesten des Konsenses im Königreich rüttelten. Es ging um die Frage, wer die Kontrolle über Indien ausüben sollte, sei es physisch vor Ort durch das Militär oder politisch durch die Übernahme der Regierung oder über die Inhalte und den Zeitrahmen des Reformprozesses.

Gandhi nahm für sich und den INC nach wie vor in Anspruch, alle indischen Interessen und Klassen zu vertreten. Weder die Muslime, noch die Sikhs oder die

¹⁰⁹⁸ Ibid.

¹⁰⁹⁹ Hoare an Willingdon, 17. September 1931, Hoare Papers E 240/1, 4.

¹¹⁰⁰ Sankey Papers c 539/11-24.

Kastenlosen waren über diese Aussage erfreut. Die Muslime ihrerseits verschanzten sich immer weiter hinter der regionalen Frage, und die Prinzen hatten im Verlauf der vorangegangenen Monate ihre Begeisterung über den zuvor in Aussicht gestellten Föderationsbeitritt verloren. In der ersten Oktoberwoche kam die *Round Table Conference* faktisch zum Stillstand. So verbrachte Hoare einen Großteil seiner Zeit, die ihm neben der Teilnahme an den Sitzungen blieb, damit zu verbringen, Vorbereitungen für den Fall eines Zusammenbruchs zu treffen. Ein mögliches Fehlschlagen der gesamten Konferenz durfte keinesfalls dem Vereinigten Königreich angelastet werden. Die britische Kolonialmacht konnte sich Vorwürfe, die Kontrolle über die *Round Table Conference* verloren oder gar verspielt zu haben, nicht erlauben, da dies ein Versagen der Mutternation in ihrer Rolle als leitende Instanz bedeutet hätte. Ausgehend vom IO und dem Kabinett wurden entsprechende Gegenmaßnahmen unternommen.¹¹⁰¹

Im Zuge des aufflammenden Wahlkampfes, der das *National Government* bestätigen sollte, verblassten die Aktivitäten der Konferenz jedoch zunehmend. Dennoch gab es Anweisungen an konservative Wahlkämpfer darüber, wie Indien thematisiert werden sollte. Der Wahlkampfführer der Partei sah Indiens Hauptproblem in den politischen Extremisten:

Unfortunately, neither Lord Irwin's peaceful and conciliatory overtures nor the serious warnings which he at the same time issued to the extremists, had any effect on them. They fell on deaf ears, and on March 12, Mr. Gandhi – after attempting in an impertinent letter, addressed to Lord Irwin himself, to dictate the terms on which he was prepared to abandon proceedings – began his theatrical march from Ahmedabad to the sea coast of Surat [...].¹¹⁰²

Und in Bezug auf innerparteiliche Querelen wurde den konservativen Wahlkämpfern folgende Vorschläge gemacht:

In the India debate which took place in the House of Commons on January 20, 1931, speeches were made by the Prime Minister, Mr. Baldwin and Sir Samuel Hoare, which showed clearly that as regards the policy enunciated by Mr. MacDonald at the close of

¹¹⁰¹ Hoare an Willingdon, 25. September 1931, Hoare Papers E 240/1, 4. Siehe auch Sankeys Memorandum vom 5. Oktober 1931, Sankey Papers c 539/61-64: „With a prospect of (1) industrial unrest in the near future, and (2) financial difficulties, we do not want India added to our troubles. It is therefore essential that the Round Table Conference should not break down [...]“ Ähnlich auch Hoares Memorandum vom 5. Oktober 1931, PRO/Cab 27/469: „With [a breakdown] in view it might be prudent to do something in advance in the way of press propaganda or review articles [...] to secure that a true view of the responsibility for a breakdown, if one comes, is available immediately.“ Das IO sorgte weiterhin dafür, dass John Cummings eben in London erschienenes *Modern India* den Zeitungen des Landes empfohlen wurde (s. Brief an verschiedene britische Zeitungen vom 17. Oktober 1931, IOR/L/I/1/253).

¹¹⁰² *Election Notes for Conservative Speakers and Workers, General Election 1931*, London 1931, 346-54.

the Round Table Conference, there was no difference in broad principles between the three Parties of the State and that position has since been maintained.¹¹⁰³

Der Zwist innerhalb der Konservativen Partei wurde totgeschwiegen. Vielmehr hob man nun den parteiübergreifenden – implizit also einen nationalen – Konsens zwischen *Labour* und den Konservativen hervor. Aber auch hier blieb man die ganze Wahrheit schuldig. Der parteiübergreifende Konsens war, wie oben angeführt, nur auf Kosten des parteiinternen Friedens zustande gekommen. Die Konsensgemeinde war eher eine „Schnittmenge“ aus konservativen, *Labour*- und liberalen Abgeordneten, die Reformen befürworteten. Die Gegner, gleich welcher Partei sie angehörten, waren von dieser Konsensgemeinde ausgeschlossen.

Am 27. Oktober 1931 wurde das *National Government* wiedergewählt. Die Konservativen erhielten die absolute Mehrheit, verzichteten aber im nationalen Interesse auf eine Regierungsübernahme. MacDonald behielt das Amt des Premierministers, musste sich jedoch von seiner Partei Verrat vorwerfen lassen und wurde mit Ausschluss aus *Labour* bestraft. Im Vorfeld war es zur Abkehr vom Goldstandard und zum Fall des Pfund um 30% gekommen. Das Kabinett war um den inneren Frieden im Land besorgt. Aufgeschreckt durch Proteste der Matrosen der Atlantikflotte, die an Meuterei grenzten, befürchtete man sogar einen allgemeinen Aufruhr.¹¹⁰⁴ Ohnehin war die Öffentlichkeit angehalten, zwischen den dringenden Aufgaben zu unterscheiden, die sich das *National Government* gestellt hatte und denen, die keine unbedingte Priorität besaßen. Indien fiel in letztere Kategorie, wie Sir George Bowyer seinen Parteiführer Baldwin bald mitzuteilen wusste.¹¹⁰⁵

Aus Sicht der IO-Presseabteilung kam hinzu, dass die *Round Table Conference* selbst, von Gandhis Präsenz abgesehen, wenig Material lieferte, das in den Medien präsentiert werden konnte. Dawson von der *Times* verzichtete auf Artikel über die Arbeit der Komitees, und selbst die *Daily Mail* hielt sich bis auf Weiteres zurück.¹¹⁰⁶ Innenpolitik und andere Krisen hatten eine größere Relevanz. Trotzdem sah sich Hoare bald gezwungen, weitere Schritte zu unternehmen, um Gandhi so weit wie nur möglich

¹¹⁰³ Ibid.

¹¹⁰⁴ Hoare an Willingdon, 18. September 1931, Hoare Papers E 240/13a.

¹¹⁰⁵ Das wurde von Colonel Page-Croft auf einer Veranstaltung der *East India Association* in der Caxton Hall am 28. September 1931 deutlich gemacht. Der ehemalige Kolonialminister Leo Amery hoffte, die Regierung würde ihre „zweifelhaften Tätigkeiten“ auf ein Minimum reduzieren. Note from Bowyer to Baldwin, 28. September 1931, Baldwin Papers vol. 105/65-66.

¹¹⁰⁶ Dawson an Willingdon, 23. Oktober 1931, Dawson Papers TNL.

aus den Berichten der Presse fernzuhalten.¹¹⁰⁷ So sollte der Eindruck vermieden werden, dass sich aufgrund der *Round Table Conference* zusätzliche Probleme für das Königreich ergeben könnten. Dies wurde zunächst erneut zu einem schwierigen Unterfangen, da Georg V. die Delegierten zum Tee geladen hatte. Nachdem die protokollarischen Feinheiten geregelt waren – Gandhis Leintuch entsprach nicht ganz der königlichen Kleiderordnung, da zu wenig Stoff zu viel Haut frei gab¹¹⁰⁸ –, wartete Hoare angespannt einen passenden Moment ab, um dem Oberhaupt des Empires seinen „ungehorsamen“ Untertanen vorzustellen.¹¹⁰⁹

Auch wenn Georg V. eine Gartenparty ohne Gandhi vorgezogen hätte, blieb ihm nichts Anderes übrig, als ihn auf seine Gästeliste setzen zu lassen. Kritik hätte die prekäre Lage nur noch deutlicher gemacht. Dieser krasse Gegensatz zu den Attacken der *Daily Mail* und der *diehards* gegen Lord Irwin und sein Treffen mit Gandhi im März 1930 hätte vor Augen führen müssen, wie sehr Gandhis Prestige über die Jahre gestiegen bzw. das britische Prestige gesunken war. Die Presse blieb dazu bemerkenswert schweigsam. Offensichtlich war niemand bereit, darüber zu reflektieren. Aus Sicht der Zeitgenossen sollten dem Palast solche Peinlichkeiten offenbar erspart bleiben, zumal es bereits für Irwin scharfe Kritik gehagelt hatte, als er Gandhi die Tür seiner Residenz geöffnet hatte. Das politische Protokoll des Empires hatte dem König die Kontrolle über seine Gästeliste entzogen. Dies war nicht neu. Zu diesem Zeitpunkt erlaubte es jedoch einem der Hauptakteure gegen britische Kontrolle in Indien, das Zentrum des Empires zu betreten.

Die Ergebnisse der Konferenz beschränkten sich auf ein Minimum. Gandhi hatte es nicht geschafft, seine Landsleute von den guten Absichten des INC zu überzeugen. Da das Hauptproblem, die Minderheitenfrage, nicht gelöst werden konnte, musste MacDonald die Initiative ergreifen. Das Königreich verpflichtete sich nun, eine weitere Bürde auf sich zu nehmen und den indischen Parteien die unverrichtete Arbeit mit einer aufgezwungenen Lösung abzunehmen.¹¹¹⁰ Auf diese Weise gelang es dem IO, das von Hoare befürchtete PR-Desaster zu verhindern.

¹¹⁰⁷ Hoare an Willingdon, 2. Oktober 1931, Hoare Papers E 240/1.

¹¹⁰⁸ Auf Fragen der wartenden Reporter bezüglich seiner spärlichen Bekleidung soll Gandhi geantwortet haben: „The King wore enough for both of us.“ B. Lapping, *End of Empire*, New York 1985, 46.

¹¹⁰⁹ Der *Small Talk* verlief vergleichsweise harmonisch. Dennoch konnte Georg V. es sich nicht verkneifen, Gandhi vor weiteren Angriffen auf sein Empire zu warnen. Der Mahatma zog sich höflich und geschickt aus der Affäre: „I must not be drawn into a political argument in Your Majesty’s Palace after receiving Your Majesty’s hospitality.“ S. Hoare, *Nine Troubled Years*, London 1954 und Hoare an Willingdon, 6. November 1931, Hoare Papers E 240/1, 10.

¹¹¹⁰ *The Guardian*, 2. November 1931.

Einerseits konnte man den Eindruck eines Fehlschlags vermeiden, da die Regierung nun rettend eingriff und somit wieder ihre Rolle als Kontrollinstanz einnahm. Andererseits war – viel wichtiger – das Unvermögen der indischen Parteien, sich zu einigen, eine willkommene Entschuldigung. Der Ausgang der Konferenz lag somit nicht in der Verantwortung Großbritanniens. Das indische Versagen machte die britische Staatskunst vielmehr notwendig. So konnte die Regierung der Öffentlichkeit zwar nicht das Bild einer erfolgreichen Konferenz, aber doch das einer handlungsfähigen Regierung verkaufen. Indische Untertanen waren vor den britischen Machthabern mit ihren Problemen erschienen, und das Vereinigte Königreich konnte seiner Rolle als wohlwollende, neutrale und souveräne Herrschaftsinstanz gerecht werden. Die *Round Table Conference* endete so mit einem konkreten Ergebnis. Großbritannien versprach, sich selbst des Minderheitenproblems anzunehmen und eine faire Lösung zu suchen.

Die *diehards* und eine recht große Anzahl weiterer konservativer Abgeordneter befürchteten, der Premierminister würde eine Schlussansprache am Parlament vorbeihalten, die nicht mehr zu revidieren sein würde. Und so machten rund 100 Abgeordnete, darunter Churchill und Lord Lloyd, Premierminister MacDonald am Abend des 20. Novembers 1931 ihre Aufwartung. Sie forderten, seine Erklärung zum Ende der zweiten Konferenz grundsätzlich zuerst im Parlament diskutieren zu lassen. Mitglieder der IES versäumten es nicht, die Öffentlichkeit mit einzubeziehen und schickten einen Leserbrief an die *Times*: ohne die Lösung der kommunalen Frage — also wie die verschiedenen religiösen Gruppen in Indien friedlich zusammenleben können — dürfe es keine Föderation geben.¹¹¹¹

Der *Daily Herald* witterte sogleich Verrat und befürchtete, das Indienkomitee der konservativen Partei fordere, die in der ersten Konferenz gegebenen Versprechungen rückgängig machen zu wollen. Man warf den *diehards* vor, lediglich eine stark reduzierte Version der im *Simon-Report* vorgesehenen provinziellen Autonomie akzeptieren zu wollen. Eine solche Haltung würde jedoch weitreichende Konsequenzen mit sich bringen.

[...] the immediate consequence of such an action [...] is that it would do irreparable damage to the prestige of this country, would destroy all faith in the pledged word of a British Government.¹¹¹²

¹¹¹¹ Leserbrief der Lords Sumner, Sydenham, Greenway sowie von Sir A. Knox, Sir R. Craddock, Sir M. O'Dwyer u.a. an die *Times*, 24. November 1931.

¹¹¹² *The Daily Herald*, 21. November 1931.

Aus Sicht des *Guardian* war es möglich, eine Verfassung in Indien zu verwirklichen, solange sie die Unterstützung der Prinzen und der Gemäßigten genoss. Sollte die Konferenz jedoch fehlschlagen und nur die provinzielle Autonomie für Indien erwirken, wäre die Reputation der Delegierten angeschlagen.¹¹¹³ Auf diese Weise wurden fortan auch die Befürworter weitergehender Schritte auf die Bedeutung des Ansehens des Königreichs aufmerksam gemacht und nutzten es als emotionales Druckmittel für ihre Kampagnen.

MacDonalds Ansprache zum Ende der Konferenz wiederholte lediglich die Erklärung vom 19. Januar 1931, in der er die indischen Parteien zur Zusammenarbeit aufgefordert hatte. Abgesehen von der Übernahme der kommunalen Frage durch die britische Regierung hatte die zweite *Round Table Conference* wenig bewirkt. Dennoch waren einige Tageszeitungen in der Lage, selbst diesem Tatbestand etwas Positives abzugewinnen. Die *Times* begrüßte die drei Hauptaussagen, es gäbe kein Zurück, die Konferenz sei nicht fehlgeschlagen und man müsse die begonnene Arbeit rasch fortsetzen.¹¹¹⁴ Der *Guardian* unterstütze ebenfalls den Plan, Indien nicht in Teilschritten, sondern in einem Gesamtstatut eine neue Verfassung zu geben. Die schlichte Wiederholung des früheren Statements, ohne es zuvor dem Parlament zu unterbreiten, empfand der Leitartikel als Mut machend, hätte der Premierminister sich doch auch den Zwist unter den Delegierten zunutze machen und ganz auf eine wegweisende Bekanntmachung verzichten können.¹¹¹⁵ Ähnlich sah man es beim *Daily Herald*. Dort machte man nun alles von Gandhis Reaktion abhängig. Der Repräsentant des INC müsse davon überzeugt werden, dass Großbritannien weder Zeit gewinnen wolle, um den Prozess aufzuhalten, noch einen neuen Kampf gegen den Kongress plane. Die anderen Delegierten und indischen Interessengruppen spielten für den *Daily Herald* keine Rolle.¹¹¹⁶

In der nachfolgenden Unterhausdebatte erwirkte Churchill entgegen MacDonalds Appell¹¹¹⁷ eine Kampfabstimmung über dessen Abschlusstatement. Es gelang ihm jedoch lediglich, 43 Abgeordnete auf seine Seite zu ziehen.¹¹¹⁸ Die einzige

¹¹¹³ *The Guardian*, 26. November 1931.

¹¹¹⁴ *The Times*, 2. Dezember 1931.

¹¹¹⁵ *The Guardian*, 2. Dezember 1931.

¹¹¹⁶ *The Daily Herald*, 2. Dezember 1931.

¹¹¹⁷ HMSO, 260, 2. Dezember 1931, 1113.

¹¹¹⁸ Gilbert (1991:503).

Diskussion von Bedeutung betraf die möglichen Konsequenzen des Westminsterstatuts, das einige Tage später anderen *Dominions* zugestanden wurde, für Indien. Aus Sicht der *diehards* stellte das dadurch den *Dominions* eingeräumte Recht, unabhängig Außenpolitik zu führen und autonom Gesetze zu verabschieden, einen gefährlichen Präzedenzfall dar. MacDonald umging die Problematik, indem er das Westminsterstatut nur auf die im Gesetz erwähnten *Dominions*¹¹¹⁹ anwandte. Indien befände sich selbst nach einer verabschiedeten Verfassung zunächst in einer Übergangsphase, für die bestimmte Sicherheitsgarantien festgelegt würden. Attlee wiederum löste sich nun vom *Simon-Report*. Er führte das bereits bekannte Argument an, dass Indien nicht statisch und vormals erlangtes Wissen veraltet sei. Zwar habe man den Bericht noch als Ausgangsbasis benutzen können, dennoch seien Verhandlungen künftig der einzige Weg. Die Alternative für die *Daily Mail* und Lord Rothermere blieb die „starke Hand“.¹¹²⁰

Die kontrovers geführte Debatte täuschte jedoch über das eigentlich mangelnde Interesse hinweg. Der ehemalige Unterstaatssekretär Lord Winterton brachte es auf den Punkt: ein nahezu leeres Parlament spiegele das allgemeine Desinteresse an der Erklärung des Premierministers wider. Die Bekanntmachung werde weder auf enthusiastische Zustimmung noch auf starke Opposition stoßen. Schließlich sei sie nur eine Wiederholung dessen, was vor beinahe einem Jahr bereits geäußert worden sei.¹¹²¹ An die *diehards* gerichtet stellte Lord Winterton warnend fest, Großbritannien habe 1917 weitere Reformen und Selbstregierung in Aussicht gestellt und könne nun schlecht einen Rückzieher machen.¹¹²² Damit erteilte er ihnen eine klare Absage. Sie wurden selbst von ihren eigenen Parteifreunden im Unterhaus angegriffen. Hoare schrieb resümierend an Willingdon, dass Churchills Bewegung im Unterhaus zusammengebrochen sei.¹¹²³ Sein Optimismus wurde allerdings nicht von allen Seiten geteilt. Vielen war klar, wie leicht die Stimmung umschlagen konnte. Der liberale Abgeordnete R.H. Bernays beschrieb den „*mutiny-Komplex*“ Großbritanniens:

The electors will tolerate sweeping reforms as long as they are not accompanied by violence, but three first-class assassinations and one good rape will give Churchill a majority of the nation.¹¹²⁴

¹¹¹⁹ Australien, Kanada, Irland, Neuseeland, Neufundland und Südafrika.

¹¹²⁰ HMSO, 260, 2. Dezember 1931, 1121-28.

¹¹²¹ *Ibid.*, 1131.

¹¹²² Sir R. Craddock machte sich zum Anwalt dieser Sichtweise. *Ibid.*, 1192-97.

¹¹²³ Hoare an Willingdon, 3. Dezember 1931, Hoare Papers E 240/1, 13.

¹¹²⁴ R.H. Bernays, *Naked Fakir*, London 1931, S. 120.

Ebenso pessimistisch war man beim *Daily Herald*. Harold Laski war jedoch weniger wegen der *diehards* beunruhigt als wegen der konservativen Regierungsmitglieder. Er bedauerte, dass sich die „Atmosphäre der Indienpolitik“ mit dem Einzug Hoares in das IO erheblich verändert hatte. Laski war überzeugt, dass Hoare dem Bild einer idealen Weltordnung, die dem Empire zur Zeit Königin Viktorias nachtrauerte, nachhing. Dabei verwandelte sich der Artikel über den Staatssekretär für Indien in eine Abhandlung über die viktorianische Innenpolitik des konservativ beherrschten *National Government*. Laski prangerte das Selbstverständnis der britischen Oberklassen an, die glaubten, sie seien zum Herrschen geboren und Englands Wohlergehen hinge von Eton und Oxford ab.¹¹²⁵ Die Abrechnung mit der Elite wurde so zu einer Kritik an einer zu konservativ eingestellten großen Koalition. Das Thema Indien musste offenbar innenpolitischen Fragen weichen.

In ihren Bemühungen, die britische Öffentlichkeit vor der aus ihrer Sicht leichtsinnigen *Round Table Conference*-Politik zu warnen, grub die *Daily Mail* zum Jahresausklang ein Fossil aus. Den Lesern des Blattes wurde ein Indienveteran mit fünfzigjähriger Erfahrung präsentiert. Sein Name wurde nicht erwähnt, doch lieferte er seine Sicht der Dinge. Die Arbeit der Konferenz war für ihn Zeit- und Geldverschwendung. Die Inder könnten sich prinzipiell nicht einigen, und so sei die naheliegende Lösung, alle weiteren Konzessionen zu stoppen und mit eiserner Hand weiter zu regieren. Ohnehin wollten Millionen von Indern keine Veränderungen und beteten für britische Gerechtigkeit und Schutz.¹¹²⁶ Ob die Person wirklich existierte oder der Phantasie eines Redakteurs entsprungen war, ist dabei nur von sekundärer Bedeutung. Der Artikel konstatierte, dass Indiens Heil – und das der britischen Inseln – für die *Daily Mail* nur in einer Rückkehr zur Weltordnung des späten 19. Jahrhundert zu finden war.

Der *Daily Worker* sah in der *Round Table Conference* einen Sieg des britischen Imperialismus. Die Nichtkooperationsbewegung war zerstört und die Unterstützung der britischen Politik durch die indische *Bourgeoisie* gesichert. Die vom GOI nominierten muslimischen Delegierten, so glaubte man hier, hatten demnach ihre Rolle erfüllt und die kommunale Frage zum Stolperstein gemacht. Das wiederum erlaubte es der britischen Regierung, nach Ansicht des *Daily Worker*, die Probleme

¹¹²⁵ *The Daily Herald*, 5. Dezember 1931.

¹¹²⁶ *The Daily Mail*, 5. Dezember 1931.

der indischen Selbstregierung und des *Dominion*-Status zu umgehen.¹¹²⁷ Gandhis angebliches Versagen hatte ihn für die Zeitung als Scharlatan entlarvt. Zusätzlich passte es in das Weltbild des *Daily Worker*, dass das GOI die repressiven Bengalen-Verordnungen wiederbelebt hatte, um der angespannten Lage in Indien Herr werden zu können.¹¹²⁸ Während der Konferenz sei den indischen Massen nun endgültig vor Augen geführt worden, dass die indische Unabhängigkeit unter britischer Flagge unmöglich sein würde. Die Revolution stand somit unmittelbar bevor.¹¹²⁹ Um resümierend mit dem Militärhistoriker und -strategen Generalmajor J.C. Fuller zu sprechen, hatte die Debatte „Licht ins Dunkel gebracht, aber niemand konnte einschätzen, ob die schwache Beleuchtung Indiens Sonnenaufgang war oder vielmehr den Sonnenuntergang für den britischen Imperialismus bedeutete.“¹¹³⁰

Vor dem Beginn der zweiten *Round Table Conference* versuchten weder der *Guardian* noch der *Daily Herald*, Gandhi zu diskreditieren. Vielmehr gingen beide von einer positiven Einflussnahme des Mahatmas auf die Konsensfindung aus. Die *Times* dagegen versuchte Gandhi zu marginalisieren, da sie befürchtete, er könnte dieser Konsensfindung hinderlich sein, wenn ihm zu viel Gewicht zugemessen würde. Die *Daily Mail* fürchtete einfach nur einen neuen Konsens, während dem *Daily Worker* jede Konsensfindung durch die *Round Table Conference* nicht weit genug gegangen.

Der drohende Zusammenbruch des Konsenses zwischen dem IO und dem GOI aufgrund des von Willingdon angedrohten Rücktritts wegen der Weigerung der Regierung, die Einfuhrzölle auf britische Baumwollprodukte zu erhöhen, hätte die Ausübung dieser Kontrolle unmöglich gemacht. Auf der anderen Seite verschaffte die Unfähigkeit der indischen Delegierten, sich zu einigen, dem Königreich erneut wertvolle Zeit. Das IO nutzte dies, um allein die indischen Delegierten für einen möglichen Zusammenbruch der *Round Table Conference* verantwortlich zu machen. Damit knüpfte die Debatte an das Ende der ersten Konferenz an, während der Großbritannien jegliche Verantwortung für eine Annäherung zwischen Hindus und Muslimen auf indische Schultern abgewälzt hatte. Es gelang, das Bild der Mutternation aufrechtzuerhalten, die ihre kontrollierende Funktion zum Wohl ihrer

¹¹²⁷ *The Daily Worker*, 30. November 1931.

¹¹²⁸ *Ibid.*, 2. Dezember 1931.

¹¹²⁹ *Ibid.*, 3. Dezember 1931.

¹¹³⁰ J.F.C. Fuller, *India in Revolt*, London 1931, 181.

indischen Untertanen ausübte. Das Eingeständnis einer britischen Mitschuld hätte das Unvermögen der Kolonialmacht bloßgelegt, nicht einmal eine Konferenz leiten zu können, was mögliche Zweifel an der Fähigkeit des Königreiches, seine Kontrollfunktion auf dem Subkontinent wahrzunehmen, noch verstärkt hätte. MacDonalds Ansage, das Königreich würde an einer Lösung für den kommunalen Frieden arbeiten, half der Regierung zusätzlich, Großbritanniens Position zu stärken, da sich hier wieder das Bild der hilfeschuchenden indischen Untertanen bestätigten ließ.

Das *National Government* gab sich weiterhin den Anschein, eine einheitliche Politik zu verfolgen, was die Zentralisierung des Diskurses festigte. Dies zwang Konservative, Liberale und *Labour* bezüglich Indiens an einem Strang zu ziehen. Dabei übersah man, dass sich rechts des politischen Spektrums aktive Interessengruppen bildeten. Allen voran verstand es die IES, eine fulminante Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Es gelang den *diehards*, durch ihr lautes und selbstsicheres Auftreten der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, eine nicht geringe Gefolgschaft hinter sich zu haben.

Indien konnte nicht mehr durch britisches Ansehen allein regiert werden, auch wenn Irwin für manche Kreise dazu beigetragen hatte, das Ansehen des Königreichs in Indien wiederherzustellen.¹¹³¹ Obwohl ein erheblicher Teil der ICS-Beamten oder auch andere britische Politiker weiterhin versuchten, das Konzept des britischen Ansehens in der Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten,¹¹³² hoben der *Guardian* und die *Times* ihr Bestehen auf der zentralen Bedeutung desselben für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Indien auf, als deutlich wurde, dass Frieden ohne Gandhis Kooperation nicht möglich sein würde.¹¹³³

Gandhis Aufenthalt in England zeigte wiederum, wie hohl der britische Prestigeanspruch geworden war. Seit Gandhis Pakt mit Irwin war kein Jahr vergangen, und schon war er „halbnackt“ nicht nur die Stufen des vizeköniglichen Palastes hinauf marschiert, sondern erfreute sich ebenso leicht bekleidet der Gesellschaft des Königs selbst. Gandhi hatte immer noch eine ambivalente Reputation in der britischen Presse und Öffentlichkeit. Die Attribute reichten vom „halbnackten Fakir“ bis zum

¹¹³¹ Bernays (1931:182).

¹¹³² So etwa die Rothermere-Presse und auch Lord Lloyd, der immer wieder angab, in Indien wäre Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt, nachdem er 1921 Gandhis Verhaftung veranlasst hatte. H. Butler, *India Insistent*, London 1931, 84.

¹¹³³ Siehe die oben erwähnten Artikel im *Guardian* und dem *Daily Herald*, aber auch wieder Bernays (1931:157).

„gewieften Politiker“, „Heiligen“ und „eitlem Pfau“. Andere Teilnehmer an der Debatte warfen Großbritannien eine zu zögerliche Politik vor und unterstützten weitgehende Reformen, wollten aber zugleich Gandhi am liebsten von der politischen Bühne entfernen.¹¹³⁴ Nach wie vor beschränkte sich die Diskussion zum großen Teil immer noch auf die bereits erwähnten Eliten und Experten. Ihre Debatte wurde nach außen aggressiver, und die Protagonisten versuchten verstärkt, an die Öffentlichkeit zu appellieren und sie einzubeziehen.

¹¹³⁴ z.B. Fuller (1931)

4. Komitees, Ligen und Unionen schnüren das Reformpaket

a. Ziviler Ungehorsam – alles beim Alten?

Als Gandhi Ende Dezember 1931 wieder in Bombay eintraf, war sein Pakt mit Vizekönig Willingdons Vorgänger Lord Irwin so gut wie aufgelöst. Terroranschläge in Bengalen, die Enttäuschung des INC über den wenig überzeugenden Bericht über polizeiliches Fehlverhalten während der Ausschreitungen, die Weigerung von Bauern in den *United Provinces*, ihre Steuern zu zahlen und weitere Unruhen in den *Frontier Provinces* strapazierten die Geduld des GOI erheblich, und selbst Gandhi musste eingestehen, dass Willingdon und seine Beamten jegliches Vertrauen in den Kongress verloren hatten.¹¹³⁵ Nehru saß zusammen mit anderen Kongressmitgliedern erneut im Gefängnis, als Gandhi Willingdon um ein Gespräch bat. Der Vizekönig stellte jedoch Bedingungen: weder wollte er mit Gandhi über die Unruhen reden, noch über die Verhaftungen, noch über die präventiven Verordnungen und Maßnahmen, die anlässlich der Unruhen erlassen worden waren. Angesichts dieser Einschränkungen schien ein Dialog für Gandhi nicht möglich, und er sah keinen anderen Ausweg, als erneut Aktionen des zivilen Ungehorsams zu starten. Das GOI hatte die Monate des Pakts allerdings zu gründlichen Vorbereitungen genutzt. Die Polizei, die Armee und der ICS warteten nur auf den Befehl einzugreifen.

Im Kontext der Kontrollfunktion Großbritanniens schienen diese Ereignisse wie ein Wiedererstarken seiner Rolle der Mutternation. In London selbst hatte die Kolonialmacht verkündet, sich im Namen ihrer indischen Untertanen um den kommunalen Frieden zu bemühen. Die Unruhen, der Zusammenbruch des Pakts zwischen Gandhi und Irwin sowie die erneuten zivilen Ungehorsamkeitsaktionen lieferten dem GOI eine perfekte Vorlage, um seine Fähigkeit, das *British Raj* effektiv zu regieren, unter Beweis zu stellen. Am 4. Januar 1932 wurden landesweite Notverordnungen erlassen, woraufhin Gandhi und weitere führende INC-Mitglieder ohne Verfahren inhaftiert wurden. Um nicht den Eindruck zu erwecken, das GOI wolle die nationale Bewegung *per se* zerstören, wurde der INC nicht für ungesetzlich erklärt. Vizekönig Willingdon und Sir Harry Haig, ein neues Mitglied des Exekutivrats, gingen jedoch so weit, den INC in all seinen Aktivitäten soweit einzuschränken, dass

¹¹³⁵ Die Spannungen zwischen dem INC und dem GOI in jener Zeit sind hervorragend dargestellt in Low (1997:162 ff.); Burke & Quraishi (1995:292f.); Read & Fisher (1997:245f.).

seine gesamte politische und soziale Arbeit unmöglich gemacht wurde. Schon bald etablierte sich eine neue Willingdonsche Politik: der INC wurde bis auf Weiteres kaltgestellt. Ohne einen Abbruch der zivilen Ungehorsamkeitsaktionen würde es keine Kontakte zum GOI geben. Auf der anderen Seite setzten Willingdon und sein Exekutivrat alles daran, die Reformen so weit wie möglich zu konsolidieren. Damit versicherten sie den gemäßigten Kräften in Indien den Willen zum Festhalten an der Reformpolitik, machten jedoch zugleich klar, dass sie notfalls bereit waren, mit starker Hand zu regieren. So wurde der Konsens über die britische Kontrollfunktion und über die britische Mission, Indien politisch zu bilden nicht angetastet. Die Botschaft sollte sein, dass Reformen auch ohne den INC und unter einem starken GOI möglich sein würden.¹¹³⁶ Während der nächsten vier Monate war die zivile Ungehorsamkeitsbewegung praktisch gebrochen, und insgesamt wurden über 30.000 Personen inhaftiert.

Im O'Dwyer-Lager war man über die GOI-Politik verständlicherweise sichtlich erleichtert, und Sir Michael O'Dwyer verlor keine Zeit, dies auch nach außen hin kund zu tun:

[...] there ha[s] been a marked improvement in the situation in India as a direct result of the electorate in this country having ousted the Socialist Government, which brought the Empire to the verge of the abyss. The present Government here and in India [...] ha[s] re-established a feeling of order and security that [i]s welcomed by the Princes and the peoples of India. The days of the humiliating surrender to the Congress faction ha[ve] passed, and if the present policy [is] persevered it [will] ensure the peaceful progress of India.¹¹³⁷

Aber nicht von allen Seiten wurden die Maßnahmen des GOI positiv bewertet. So befürchtete der *Guardian* etwa das Scheitern der *Round Table Conference*. Für ihn resultierte das gesamte Verhalten des GOI aus einer konservativen Mehrheit im Unterhaus und der Politik von Sir Samuel Hoare an der Spitze des IO. Die Zeitung war der Meinung, die Haltung der Regierung stelle weitere Fortschritte in Indien in Frage. Dabei machte sie jedoch die bengalischen Extremisten für die Situation verantwortlich,¹¹³⁸ denn weder Gandhi noch das GOI konnten Interesse an erneuten Ungehorsamkeitsaktionen haben. Dennoch warnte der *Guardian* davor, den Kongress zu unterschätzen. Lansbury, mittlerweile offizieller Oppositionsführer, sandte ein

¹¹³⁶ Read & Fisher (1997:247).

¹¹³⁷ O'Dwyer vor dem *City of London Debating Club*, *The Times*, 22. Januar 1932.

¹¹³⁸ In Bengalen wurden Morde an Offiziellen des *British Raj* verübt. Ein Gefängnisaufseher und der Verwaltungsrichter von Midpore sowie zwei seiner Nachfolger fielen Attentaten zum Opfer. Burke & Quraishi (1995:292); Read & Fisher (1997:245).

Telegramm an Willingdon, in dem er an den Vizekönig appellierte, mit gutem Willen auf Gandhi zuzugehen und es nicht zu einem Verhärten der Positionen kommen zu lassen. Lord Lloyd andererseits forderte, ein öffentliches Verfahren gegen Gandhi einzuleiten.¹¹³⁹

Als die *Times* von Gandhis Verhaftung erfuhr, verdächtigte sie ihn, von Anfang an auf einen solchen Schritt seitens des GOI gehofft zu haben. An Kritiker gerichtet schrieb sie, man sei sich in Großbritannien nicht immer über die wahre Situation in Indien im Klaren und Willingdon hätte keine Alternative gehabt. Das GOI habe nicht den INC herausgefordert, sondern angemessen auf nicht zu tolerierende Ansprüche reagiert.¹¹⁴⁰ Der *Guardian* hingegen warf Willingdon eine Abkehr von der alten Politik vor.¹¹⁴¹ Mehrere Leserbriefe folgten, die die Ansicht teilten, der Vizekönig habe entgegen dem Geiste der *Round Table Conference* gehandelt.¹¹⁴² Der *Guardian* äußerte Zweifel an den Maßnahmen des ICS. In einem Leitartikel wurde die Frage gestellt, warum Verordnungen und Verhaftungen nötig seien, wenn, wie von Hoare immer wieder versichert, die Macht des INC bereits gebrochen sei. Notstandsgesetze wurden in den liberalen Redaktionsräumen allgemein kritisch gesehen, denn man glaubte, dass jeder Beamte, in hoher oder niedriger Position, seine autokratische Macht leicht missbrauchen würde.¹¹⁴³

Dass die ICS-Beamten davon ausdrücklich nicht ausgenommen wurden, ist bemerkenswert. Bedenkt man, wie sehr ihre Reputation in den britischen Medien bis in die späten 1920er noch eisern verteidigt worden war, scheint angesichts der erneuten Repressalien des GOI das Bild des stets wohlmeinenden ICS an einigen Stellen endgültig ins Wanken geraten zu sein. Hatte man sich im Vorjahr von der Idee verabschiedet, dass Indien ohne den ICS verloren sei, ging der *Guardian* jetzt einen Schritt weiter und warf die Idee der unbestechlichen ICS-Maschinerie über Bord. Hoare blieb jedoch unbeeindruckt und schrieb an Willingdon:

You may like to hear of the reaction of your vigorous policy upon British opinion. I can say without any hesitation that they have been excellent. [...] the big body of public opinion in the country is, I am sure, strongly behind you.¹¹⁴⁴

¹¹³⁹ *The Guardian*, 4. Januar 1932.

¹¹⁴⁰ *The Times*, 5. Januar 1932.

¹¹⁴¹ *The Guardian*, 5. Januar 1932.

¹¹⁴² Leserbriefe von F. W. Wilson und dem Präsidenten der Londoner City of London Föderation und A.D. Belden, *ibid.*, 6. Januar 1932.

¹¹⁴³ *Ibid.*, 16. Januar 1932.

¹¹⁴⁴ Hoare an Willingdon, 8. Januar 1932, Hoare Papers E 240/1.

Drei Tage zuvor hatte Sir John Reith unter Berufung auf den großen Einfluss der BBC den Staatsminister fragen lassen, was er von einer Sendereihe halte, die die Bevölkerung allgemein über Indien informieren sollte. Hoare ließ jedoch durch seinen Sekretär, W.D. Croft, telefonisch seinen Wunsch übermitteln, selbst auf Sendung zu gehen. Konsterniert schlug Reith daraufhin vor, ein an Fakten orientiertes Programm zu senden, in dem die Ergebnisse der *Round Table Conference* erläutert werden sollten und der Staatssekretär vor einem „beklagenswert unwissenden Publikum“, das seine Information nur „oberflächlich“ von den Zeitungen erhielt, die gegenwärtige Situation ins richtige Licht rücken sollte.¹¹⁴⁵ Während der Vorbereitungen zur Sendung kam es jedoch zu diversen Streitigkeiten, da Hoare sämtliche Absprachen mit C.A. Siepman, dem Direktor dieser BBC-Programme, ablehnte. Um das Narrativ vollends zu kontrollieren, reichte Hoare sein Manuskript erst am Tag vor der geplanten Sendung ein, um Änderungen durch die BBC zu verhindern.

Laut Siepman war der Text von oben herab, tendenziös und ohne wirkliche Erläuterung der Ereignisse, die zu Gandhis Verhaftung geführt hatten, in seinem Ton für eine nicht ausreichend informierte Zuhörerschaft „beinahe beleidigend“. Siepmanns Versuche, den Staatsminister über Croft zu Änderungen an seinem Manuskript zu bewegen, schlugen fehl. Hoare, der wiederum von seiner Leistung sehr überzeugt war, glaubte, dass die vorgeschlagenen Änderungen weder seiner Persönlichkeit und Position entsprachen, noch das liefern würden, was das Publikum erwartete.¹¹⁴⁶ Hoare hätte auf die volle Unterstützung der BBC setzen können. Sein arrogantes Verhalten gegenüber dem Sender verhinderte jedoch eine konstruktive Zusammenarbeit. Seine Ansprache im Radio wurde in erster Linie zu einer polemischen Attacke gegen den INC, mit der er den Kongress marginalisierte und die Muslime und gemäßigten Kräfte gleichzeitig als Verbündete der Kolonialmacht bezeichnete.¹¹⁴⁷

Als ob es nicht schon schlimm genug um die Beziehungen zwischen dem IO und der BBC gestanden hätte, fand daraufhin ein Schlagabtausch auf höchster Ebene zwischen dem BBC-Vorsitzenden John Whitley und Staatsminister Samuel Hoare statt. Whitley schrieb an den IO-Chef:

¹¹⁴⁵ Reith an Hoare, 5. und 11. Januar 1932, Reading Archives R34/431.

¹¹⁴⁶ BBC-internes Memorandum von Siepman an Reith über sein Treffen mit Hoare, 22. Januar 1932, *ibid.*; BBC-internes Memorandum von Siepman an Reith über den Stil von Hoares Text, 27. Januar 1932, *ibid.*; Croft an Siepman, 27. Januar 1932, *ibid.*; Siepman an Croft, 28. Januar 1932, *ibid.*

¹¹⁴⁷ *The Listener*, VII, January - June 1932.

[...] it is [our] duty to see that the immense power of broadcasting is used with proper regard to the different points of view held by responsible citizens in the country. In the present case the desire was for an explanatory, as distinct from polemical, statement of the position following the second adjournment of the Round Table Conference: a pronouncement which could give rise to any claim for a counter statement was not envisaged. [...] I must make it quite clear under what conditions the Government of the day is given the opportunity of making explanatory statements of policy from time to time. If these statements were allowed to slide into anything approaching propaganda, there would be an unanswerable call for their abolition, and the public would lose much. [...] It seems that you did not feel the need for any advice, nor even of further information as to what the Corporation had in mind.¹¹⁴⁸

Nachdem Hoare den Empfang des „kontroversen“ Briefes bestätigte, antwortete er im selben Ton und wies alle Vorwürfe zurück:

As to the charge of partisanship, I do not think that there can be said to be two parties in this country on the question. I believe that the policy to which I gave expression is the policy of the overwhelming majority. Of course, there is criticism from certain quarters, but it is criticism not so much of the policy as of details connected with its execution. It is not an issue between Great Britain and India, or between His Majesty's Government and the representatives of Indian Nationalist aspirations as a whole. It is an issue between us and all the Indians who are in favour of constitutional development on the one hand, and the Congress on the other. If there is a point of view to be expressed in opposition to my point of view, than it is that of the Congress and no one else. I should be surprised to hear that there is any substantial body of opinion in Great Britain which thinks that expression ought to be given to the Congress point of view, or that, if there is, the B.B.C. would feel any call to give facilities for it.¹¹⁴⁹

Für Hoare ließ sich das Problem auf den INC reduzieren. Ohne den Kongress wäre für ihn das gesamte Indienproblem fast mit einem Schlag zu lösen gewesen. Jegliche Annahme, dass die BBC einen anderen Standpunkt zuließe, wäre für Hoare einer möglichen Überschreitung des Konsenses gleichgekommen. Es war noch nicht an der Zeit, dass die Ansichten des INC in den Diskurs integriert werden konnten, ohne den Konsens zu gefährden.

Das Verhältnis zwischen Hoare und der BBC blieb fortan angespannt. Reith und Whitley waren sogar überzeugt, dass Hoare seinen Vortrag absichtlich derart gestaltet hatte, um die BBC davon abzubringen, weitere Sendungen zu Indien zu produzieren.¹¹⁵⁰ Zu allem Überfluss musste die BBC sich nach der Sendung den Vorwurf der IL gefallen lassen, „erneut als Propagandamaschine von der Regierung missbraucht“ worden zu sein.¹¹⁵¹

Hoare wiederum fand Willingdon weitaus kooperativer als die BBC. Der Staatssekretär und der Vizekönig arbeiteten Hand in Hand, was den Umgang mit dem

¹¹⁴⁸ Whitley an Hoare, 12. Februar 1932, Reading Archives R 34/431.

¹¹⁴⁹ Hoare an Whitley, 18. Februar 1932, *ibid.*

¹¹⁵⁰ Whitley an Hoare, 12. Februar 1932, *ibid.*

¹¹⁵¹ Leserbrief von B. Russel, J. Horrabin und J. Marley, *The Guardian*, 2. Februar 1932

INC betraf. Das IO und das GOI hielten an der Politik fest, den Kongress, so weit es ging, aus dem politischen Tagesgeschäft fernzuhalten. Hoares Devise, die gesamte Reformbewegung über Croft gegen den INC voranzutreiben, stand jedoch im krassen Gegensatz zu dem, was der *Guardian* und der *Daily Herald*¹¹⁵² in Großbritannien propagierten. Und so wurde Coatman vom IO auf den *Guardian* angesetzt. Aufgeschreckt durch einen erneuten Leserbrief an die Zeitung, hatte der Chef der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im IO, Hugh MacGregor, dem ehemaligen Direktor für Öffentlichkeitsarbeit unter Irwin genaue Instruktionen erteilt, wie auf solcherlei Korrespondenz zu reagieren sei.¹¹⁵³

Dennoch änderte sich der Ton der Berichterstattung nicht. Der *Guardian* forderte Willingdon auf, die Sonderverordnungen rückgängig zu machen und erinnerte den Vizekönig daran, dass Großbritanniens Aufgabe in Indien in mehr als nur der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bestehe. Es gehe darum, eine Verfassung zu schaffen, die die Frage der Selbstregierung behandeln müsse.¹¹⁵⁴ Regieren allein war für den *Guardian* im Hinblick auf Indien nicht mehr das Ziel des Vereinigten Königreichs. Das *Raj* als Selbstzweck hatte seine Daseinsberechtigung verloren. Ohne eine zielgerichtete Politik, die Indiens Selbstregierung ermöglichen würde, konnten GOI und IO keine Unterstützung von Seiten des *Guardian* erwarten.

Als im Blatt je doch behauptet wurde, in Indien würden ganze Dörfer niedergebrannt, um Steuern einzutreiben, riss MacGregor der Geduldsfaden. Denn kaum war der Leitartikel erschienen, verliehen INC-nahe Gruppierungen im Vereinigten Königreich verstärkt ihrer Sorge über die Situation in Indien Ausdruck.¹¹⁵⁵ Man glaubte, dass das Verhältnis zwischen dem GOI und Indien noch

¹¹⁵² z.B. 5. April 1932: In einer scharfen Attacke gegen die Sonderverordnungen machte das Blatt klar, dass es nicht darum ging, dem Terrorismus in Indien Einhalt zu gebieten, sondern dass die gesamte Notstandsgesetzgebung als Versuch gewertet werden musste, den INC zu zerstören.

¹¹⁵³ Joyce an MacGregor, 24. Februar 1932, IRO/L/I/1/284. Wilson hatte in seinem Brief vom 23. Februar 1932 dem GOI vorgeworfen, die Pressefreiheit in Indien durch „inoffizielle“ Warnungen an Zeitungen und auch durch Zensur erheblich einzuschränken. Der Leserbrief warf dem GOI vor, es der Außenwelt durch diese Maßnahmen unmöglich machen zu wollen, die Wahrheit über Indien zu erfahren. Coatman verneinte alle drei Punkte und legte dar, dass die in Großbritannien erhältlichen indischen Zeitungen eindeutig das Gegenteil bewiesen. Leserbrief an den *Guardian*, 25. Februar 1932. Das GOI schien allerdings sehr wohl die Korrespondenz von INC-Anhängern nach Großbritannien zu kontrollieren oder erst gar nicht weiterzuleiten. S. dazu auch B. Russels Leserbrief an den *Guardian*, 2. Februar 1932.

¹¹⁵⁴ *Ibid.*, 4. Februar 1932.

¹¹⁵⁵ U.a. J. Fry, C. Heath und S. Polak, die alle dem missionarischen *Friend's House* in London nahestanden, wo Gandhi während der zweiten *Round Table Conference* gewohnt hatte. *The Guardian*, 4. April 1932.

nie so belastet war. Entnervt schrieb MacGregor an James Bone vom *Guardian*:¹¹⁵⁶

In a 'Guardian' leading article of April 15th there appears the following: – 'The Government appears to resent criticism and even investigation; its methods vary from village-burning to collect revenue, to the childish dropping of little dolls in red shirts with suitable inscription from aeroplanes'. I'll leave the resentment of criticism and investigation as less real in fact than the Editor may think, and I'll say nothing about the little dolls, but I should be glad if you can ascertain what grounds the Editor has for the statement that villages are burnt down to collect revenue. Frankly we are surprised at such an allegation. Apart from other and higher considerations it is against common sense to burn a village in order to collect revenue from it.¹¹⁵⁷

Die *Times* ihrerseits hob ebenfalls die Notwendigkeit zügiger Maßnahmen hervor. Sie sah keine Alternative, denn nach ihrer Meinung durfte Großbritannien sich die kommunalen Zerwürfnisse in Indien nicht zu eigen machen. In Erwartung der von der Regierung vorgeschlagenen Lösung der kommunalen Frage warnte der Leitartikel, dass konstitutionelle Reformen nicht warten könnten, bis die einzelnen Parteien zu einem Kompromiss gefunden hätten.¹¹⁵⁸ Die Herstellung von Ruhe und Ordnung mit Sonderverordnungen war für die Zeitung eine Sache, eine andere war jedoch das Festhalten an solchen Verordnungen, nachdem wieder Recht und Gesetz herrschten. Dabei spielte das politische Selbstverständnis in Großbritannien eine Rolle. Notstands- oder Sondergesetze passten nicht in das Konzept der freiheitliebenden Briten, die es in ihrer blutigen Geschichte immer wieder mit despotischen Tyrannen aufgenommen hatten. Umso weniger konnten Sonderverordnungen in britischem Namen ein gutes Licht auf die politische Mission in Indien werfen. Von beiden Seiten – *Times* und *Guardian* – erhielt das IO nun verstärkt Druck, die Reformen voranzutreiben und nicht bei den Sonderverordnungen stehenzubleiben. Die Sichtweisen auf die britische Aufgabe in Indien hatte sich von der Forderung nach einer effizienten und gerechten Verwaltung über das Postulat einer klaren Zielsetzung der britischen Indienpolitik hin zum Bewusstwerden über die Notwendigkeit entwickelt, diese Politik tatsächlich zeitnah umzusetzen.

Mit Hoare als Chef des IO musste dies früher oder später zu Auseinandersetzungen führen. Denn der Staatssekretär wollte weder eine weitere Konferenz einberufen und erneut Inder in London empfangen,¹¹⁵⁹ noch war er bereit, sich nach den Wünschen der britischen Presse zu richten. Hoare beauftragte vielmehr

¹¹⁵⁶ Bone war einer der erfolgreichsten Chefredakteure des *Guardian*.

¹¹⁵⁷ MacGregor an Bone, 22. April 1932, IOR/L/I/1/284.

¹¹⁵⁸ *The Times*, 21. März 1932.

¹¹⁵⁹ Hoare an Willingdon, 5. Mai 1932, Hoare Papers E 240/2.

seinen parlamentarischen Privatsekretär Richard A. Butler damit¹¹⁶⁰, vertrauliche Gespräche mit der Presse zu suchen, um mit „ein, zwei weisen Worten“ Einfluss auszuüben.¹¹⁶¹ MacDonald seinerseits war durch den Rückhalt, den die *diehards* im Unterhaus hatten, verunsichert. Er ließ sich jedoch zunächst überzeugen, dass die jungen Konservativen sich nicht den „altmodischen 50 oder 100 Abgeordneten“ anschließen wollten.¹¹⁶² Was die Möglichkeit eines neuen GIA anbetraf, hatte Staatssekretär Hoare jedoch Zweifel. Die zivile Ungehorsamkeitsbewegung, so glaubte er, hatte den Willen zu konstitutionellen Reformen in Großbritannien spürbar geschwächt.¹¹⁶³ Im Kontext der Berichterstattung der *Times* und des *Guardian* ist es nicht unwahrscheinlich, dass Hoare selbst den Willen zur Reform verloren hatte und dies auf andere projizierte.

Der Druck durch die Presse nahm nicht ab.¹¹⁶⁴ Aber auch von anderen Stellen wurde das IO stark kritisiert. Hoare war vor allem aufgebracht darüber, dass die Erzbischöfe von Canterbury und York seinem Ministerium vorwarfen, Gandhi keine Chance zu geben, Frieden zu schließen. Der Staatssekretär schlug daraufhin vor, jemanden zu Gandhi ins Gefängnis zu schicken, dessen Besuch nicht die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen würde, um dem Mahatma die Möglichkeit zu geben sich auszusprechen.¹¹⁶⁵ Dabei kam es Hoare nicht etwa darauf an, eine neue Gesprächsrunde zu initiieren: der Staatssekretär war nach wie vor gegen alles, was nach Verhandlung aussah. Er wollte lediglich die Position des IO und des GOI stärken, in dem er den Eindruck erweckte, Gandhi jeden nur erdenklichen Ausweg aus der Sackgasse anzubieten.¹¹⁶⁶ Hoare verkündigte zudem, die Verordnungen weiterhin aufrecht zu erhalten. Die *Times* gab sich nicht zufrieden und schrieb, dass diese Entscheidung es noch dringlicher machen würde, den

¹¹⁶⁰ Butler hatte sich seine Sporen während der zweiten Konferenz verdient und wurde nun in Hoares engeren Kreis miteinbezogen. Entgegen früherer Warnungen seines Vaters ließ sich Butler nun immer weiter in indische Angelegenheiten verwickeln. Bereits 1926 hatte H. Butler, der ehemalige Gouverneur von Burma, an seinen Sohn geschrieben: „No one in England is the least interested in India and never will be. Anyone who speaks re India in Parliament is regarded ipso facto as a bore – I would not specialise in her.“ 3. Februar 1926 RAB D 48/12, zit. in A. Howard, *RAB, The Life of R.A. Butler*, London 1987, 47.

¹¹⁶¹ Hoare an Butler, 20. Mai 1932, RAB G4/37.

¹¹⁶² Allen an MacDonald, 27. Mai 1932, PRO 30/69/703.

¹¹⁶³ Hoare an Willingdon, 27. Mai 1932, Hoare Papers E 240/2.

¹¹⁶⁴ *The Times*, 3. und 26. Mai 1932; *The Guardian*, 30. Juni 1932.

¹¹⁶⁵ Gandhi durfte pro Woche einen Besucher empfangen. Während der Treffen war es ihm nicht gestattet, politische Themen zu diskutieren. Weiterhin sah das GOI zu, dass bestimmte Personen vom Besucherkreis ausgeschlossen waren, und verweigerte beispielsweise Mira Behn Zutritt. S. dazu Low (1997:186f.).

¹¹⁶⁶ Hoare an Willingdon, 24. Juni 1932, Hoare Papers E 240/2.

konstitutionellen Prozess schneller voranzutreiben. Die Erklärung, dass das gemeinsame Komitee von Ober- und Unterhaus für die Überarbeitung des *White Paper* zur *Round Table Conference*, das *Joint Select Committee* (JSC), auch ein „indisches Element“ enthalten würde, empfand der Leitartikel als couragierten Versuch, eben dies zu verwirklichen.¹¹⁶⁷

Die konservative Prägung des *National Government* hatte auch Einfluss auf die Arbeit des IO. Dieselben Kräfte formierten sich nun verstärkt gegen den INC. Es ging weder Willingdon noch Hoare darum, die Reformen als solche zu stoppen.¹¹⁶⁸ Es war ihnen allerdings wichtig, konstitutionelle Schritte am Kongress vorbei zu unternehmen. *Guardian* und *Daily Herald* befürchteten einen Zusammenbruch der *Round Table Conference* und machten das IO dafür verantwortlich oder mahnten zumindest, das Gespräch mit Gandhi und dem INC zu suchen. Hier war man noch ganz auf Irwinscher Linie, auf der man mit allen Parteien und vor allem mit der politisch am besten organisierten in Verhandlungen trat. Seit Montagus Tagen wurde nun zum ersten Mal wieder ein Staatssekretär von der Presse stark unter Druck gesetzt.

Die Verhaftungswelle in Indien nach der zweiten *Round Table Conference* führte zu heftiger Kritik an der britischen Indienpolitik vor allem im *Guardian* und im *Daily Herald*. Die beiden Zeitungen sahen die repressive Politik als fehlgeleitete Entwicklung der britischen Herrschaft in Indien. Diese Ansicht fand Unterstützung in Leserbriefen und auch bei der anglikanischen Kirche. Aus Sicht des *Guardian* konnte die britische Mission nur noch darin bestehen, Indien über die letzten Hürden zur Selbstregierung zu helfen. Die *Times* ging nicht so weit, forderte jedoch die britische Regierung ebenfalls auf, die kommunale Frage nicht als Entschuldigung dafür zu benutzen, keine weiteren Entwicklungen in dieser Richtung voranzutreiben. Es gab Zweifel darüber, ob die Regierungspolitik es dem Königreich ermöglichen würde, seine Rolle als Mutternation zu erfüllen. Ein Vorantreiben des Reformprozesses würde helfen, der Situation Herr zu werden. Demnach stimmten diese drei Blätter im Hinblick auf die britischen Aufgaben in Indien überein.

¹¹⁶⁷ *The Times*, 28. Juni 1932.

¹¹⁶⁸ Lord Sankey war von Hoares Ernsthaftigkeit überzeugt. In einem Memorandum an MacDonald sah der Lord Highchancellor die Schwierigkeiten eher bei Sir John Simon: „Hoare is genuinely anxious to push matters forward and would like to do so in one bill early next year. [...] The tiresome man is Simon. If he approves of a thing he says, with a little laugh, ‘I think that is a good idea, and it will be found in a certain report about India which was issued a couple of years ago’. If he does not approve of it he says it was not in the report. He is quite intransigent. [...] However, the stars in the course are fighting against him.” 27. Juni 1932, MacDonald Papers PRO/69/593.

Damit war der Konsens erneut an eine Grenze gebracht worden, denn die Reformgegner empfanden es als unklug, den Prozess angesichts der Situation in Indien vorantreiben zu wollen. Maßgeblich war für sie, dass das Königreich weiterhin die absolute Kontrolle über seine Kolonie haben müsse. Der angestrebte Reformprozess kam für sie einer für viele inakzeptablen Aufgabe der Rolle als Mutternation gleich. Sie mussten eine Transformation des Diskurses verhindern, die einen Konsens über die Einführung eines *Dominion*-Status erwirkt hätte. Die *diehards* bauten ihre Kampagnen aus.

Die Attacken gegen den INC erreichten neue Höhepunkte. In Indien übte Vizekönig Willingdon unter anderem durch die Verhaftungswelle physische Kontrolle über den Kongress aus. In Großbritannien versuchte Staatssekretär Hoare, das Narrativ durch stetig steigende Einflussnahme auf die Presse zu kontrollieren. Dies begann mit Kontaktaufnahmen und Kritik an spezifischen Leitartikeln durch MacGregor und Coatman von der Öffentlichkeitsabteilung des IO. Als die Presse verstärkt Druck ausübte und sogar die *Times* ihrer Ungeduld bezüglich des Reformprozess Ausdruck verlieh, wurde Hoares parlamentarischer Privatsekretär Butler persönlich mit beauftragt, die britische Presse auf die Linie des IO zu bringen. Dies missglückte, so dass Hoare das Narrativ nicht zu seinen Gunsten wenden konnte. Dies war tatsächlich einer der wenigen Zeitpunkte, zu denen dem IO diese Kontrolle entglitt. Der Konsens über eine aktive Indienpolitik, die den Reformprozess vorantreiben sollte, war zu sehr etabliert. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es auch Hoares Kritikern in der Presse um einen geordneten Prozess ging, den die Kolonialmacht kontrollieren würde. Der *Guardian*, der *Daily Herald* und die *Times* sahen in einem durch das Königreich geleiteten Prozess lediglich die bessere Methode, um diese Kontrolle auch behalten zu können. Passives Abarten, wie Hoare es scheinbar bevorzugte, barg zu viele Risiken.

b. Die Lösung der kommunalen Frage und die letzte Round-Table-Konferenz

MacDonalds Erklärung zur kommunalen Frage und der Lösungsvorschlag der britischen Regierung erfolgte Mitte August 1932. Neben den prozentualen Regelungen für die verschiedenen Gruppierungen in Indien enthielt der Ausgleich auch die Schaffung einer eigenen Wählerschaft für die Kastenlosen. Der *Guardian*, der *Daily Herald* und die *Times* reagierten in fast identischer Weise.¹¹⁶⁹ Keines der Blätter war glücklich über den Umstand, dass das Vereinigte Königreich überhaupt einen solchen Ausgleich gewähren musste und dass die indischen Parteien sich nicht selbst einigen konnten. Man begrüßte jedoch MacDonalds Bereitschaft, die britische Regelung sofort zurückzuziehen, sollten die indischen Interessenvertreter einen gemeinsamen Vorschlag unterbreiten. Allerdings fand man erneut einen Grund, die britische Staatskunst zu feiern. Indien, so hieß es, könne dem Königreich nun keine *divide et impera*-Politik vorwerfen. Großbritannien hatte einmal mehr demonstriert, dass es in der Lage war, die politische Entwicklung in Indien voranzutreiben, auch wenn dies nicht mit der expliziten Zustimmung der Inder erfolgt war. Weiterhin war die Ankündigung, die Maßnahmen gegebenenfalls zurückzuziehen ein Ausdruck der gerechten Verwaltung und wohl auch der Tatsache, dass die Regierung in London die Kontrolle über den Reformprozess wahrte.

Die Lösung der kommunalen Frage lieferte Gandhi einen Vorwand für eine Protestaktion aus dem Gefängnis. Der Mahatma schrieb nach Bekanntgabe der britischen Entscheidung an MacDonald und drohte mit einem Hungerstreik, sollte das im britischen Reformplan vorgesehene eigene Elektorat für die Kastenlosen nicht rückgängig gemacht werden.¹¹⁷⁰ Das GOI und das IO konnten es sich nicht leisten, Gandhi an den Folgen seines Hungerstreiks in britischer Haft sterben zu lassen, da die Verantwortung dann auf den Schultern der Regierung gelastet hätte. Vorschläge, ihn für die Dauer des Fastens auf freien Fuß zu setzen, lehnte der Gefangene allerdings ab. Und so griff das *Raj* auf die Lösung zurück, die sich bereits während der ersten *Round Table Conference* bewährt hatte: es hielt sich heraus, indem es die Verantwortung auf indische Schultern abwälzte und behauptete, es sei eine Angelegenheit zwischen

¹¹⁶⁹ *The Guardian*, *The Times* und *Daily Herald*, 17. August 1932.

¹¹⁷⁰ Aus seiner Sicht waren die Kastenlosen „Kinder Gottes“ und Hindus, daher durften sie nicht durch eine eigene Wählerschaft einen Sonderstatus erhalten, der sie ausgegrenzt und die Hindus als politische Kraft gespalten hätte. Neben den politischen Erwägungen spielten bei dem Mahatma durchaus religiöse und moralische Gründe eine Rolle.

Gandhi und den Kastenlosen und nicht zwischen Gandhi und dem GOI.¹¹⁷¹

Das Ergebnis war der Poona-Pakt, dem hektische Verhandlungen zwischen INC-Vertretern und dem Führer der Kastenlosen, Dr. Babasaheb Ambedkar, vorausgegangen waren.¹¹⁷² Die britische Regierung war mit dem Kompromiss einverstanden und erfüllte ihr Versprechen, die indischen Vorschläge zu respektieren. Gandhi signalisierte ebenfalls Zustimmung und beendete seinen Hungerstreik nach vier Tagen. Die *Times* lobte, der gesamte Verlauf der „höchst bemerkenswerten Episode in der indischen Geschichte“ habe die Regierungspolitik bestätigt. Pratt und Vernon weisen darauf hin, dass ein Großteil der britischen Presse Gandhis Hungerstreik und dessen schnelles Ende ins Lächerliche zogen. Dabei lassen sie jedoch außer Acht, dass es vor allem darum ging, vor dem Hintergrund der Debatte um indische Reformen, das britische Selbstverständnis zu wahren.¹¹⁷³ Lächerlich oder nicht, man hatte sich nicht von Drohungen einschüchtern lassen, und die Inder waren gezwungen worden, zu einer Einigung zu gelangen.¹¹⁷⁴ Gandhis Hungerstreik war nach erfolgreicher Übereinkunft zwischen ihm und Dr. Ambedkar nun doch wieder zu einer britischen Angelegenheit geworden. Wie weiter oben erwähnt, waren der *Guardian*, der *Daily Herald* und die *Times* weniger interessiert daran, Gandhi als Fanatiker darzustellen, als die britische Staatskunst zu betonen. Es war London gelungen, mit der Anerkennung des Poona-Pakts seine Rolle als zentrale Instanz für indische Angelegenheiten zu behaupten. Die Mutternation hatte quasi für eine Ausbildungseinheit gesorgt, und die indischen Untertanen hatten sich leiten lassen. Gleichzeitig erfüllte Großbritannien seine Rolle als gerechte Kontrollinstanz durch das Einhalten seines Versprechens.

Der Unterstaatssekretär für Indien Philip Kerr bewertete die Entwicklungen in Indien auf einer Veranstaltung der Liberalen positiv.¹¹⁷⁵ Die Geschichte habe gelehrt,

¹¹⁷¹ S. auch Low (1997:187ff.).

¹¹⁷² S. auch Read & Fisher (1997:247f.). Ambedkar verzichtete auf ein eigenes Elektorat, setzte jedoch eine fast doppelt so hohe Repräsentanz in den Räten durch.

¹¹⁷³ Weiterhin ist fraglich, inwiefern ihre Ausführungen zu dem Mangel an Fotos von Gandhi während seines Hungerstreiks von 1932 und auch 1943 zutreffend sind. Laut ihrer Interpretation hätte eine fotografische Gegenüberstellung eines hungernden Gandhi der Kolonialmacht geschadet, da sie Mitleid hätte erregen können. Dabei übersehen sie rein praktische Gründe. Die Tendenz, den Hungerstreik ins Lächerliche zu ziehen, mag Redakteure 1932 dazu bewegt haben, Spaltenplatz zu sparen. Und 1943 bestand aufgrund der Rationierung von Papier noch mehr Grund, auf solche Fotos zu verzichten. Wie weiter unten gezeigt wird, gab es 1943 auch eine gezielte Kampagne des IO, die Presse von einer detaillierten Berichterstattung abzuhalten. Pratt & Vernon (2005:100ff.).

¹¹⁷⁴ *The Times*, 28. September 1932.

¹¹⁷⁵ *Ibid.*, 18. August 1932.

dass eine ausländische Macht zwar Recht und Ordnung etablieren, nicht jedoch soziale und religiöse Reformen initiieren könne. Nur Repräsentanten des indischen Volkes könnten dies erreichen. Großbritannien habe nun die Zeichen der Zeit erkannt und war bereit, entsprechende Schritte einzuleiten. Philip Kerrs Rede ist insofern interessant, als dass in ihr das Konzept der indischen Eigenregierung immer mehr gegenüber der britischen Vormundschaft in den Vordergrund trat. Weiterhin sah er neben indischen Extremisten nun auch britische – nämlich die *diehards* – als Bedrohung für den Verlauf des Reformprozesses an. Damit wurden O’Dwyer, Churchill und andere mit dem extremen Flügel des INC in einen Topf geworfen. Gleichzeitig versuchte Philip Kerr eine neue Konsensgemeinschaft zu kreieren: Reformbefürworter gegen Reformgegner. Diese Gemeinschaft war nun auch offen für Inder.

Diese Rede rief wiederum die Reaktion der IES hervor. In einem Leserbrief an die *Times* definierte Lord Sumner das Selbstverständnis der Mitglieder der Gesellschaft. Um die eigene Expertise hervorzuheben, betonte Lord Sumner, dass die meisten *diehards* mehr Jahre als Philip Kerr Wochen in Indien verbracht hatten und fasste zusammen:

If they do not know India who does? If their opinions are not of value to the public whose are? They have retired; they have nothing to gain; what they have to lose is, as they fear, that India which they have helped to make and long have loved. Are we to be told that the equivalent of these men is to be found in those persons in India who have entertained, taught, and employed the spirit of civil disobedience? [...] The case against these men is that, after supporting the law and maintaining order in India, regardless of their personal safety, they presume to disagree with Lord Lothian; that they even oppose his Government’s policy, and venture to trouble the complacency of English public life with warnings against official haste and rashness.¹¹⁷⁶

Die ehemaligen ICS-Beamten und Gouverneure fühlten sich aus ihrer Sicht um die Früchte ihrer Aufbauarbeit in Indien betrogen, für die sie viele Jahre ihres Lebens geopfert hatten. Um ihre Glaubhaftigkeit zu beweisen, betonten sie, sie hätten weder Geschäftsbeziehungen zu verteidigen noch andere Eigeninteressen zu verfolgen. Was ihnen vorzuwerfen war, war höchstens eine nostalgische Sicht der Dinge, in der sie an dem *British Raj* des 19. Jahrhunderts festhalten und gleichzeitig das britische Empire in eben dieser glorifizierten Form aufrechterhalten wollten. Kritisch betrachtet wurden sie von einer rassistischen und imperialistischen Grundhaltung getrieben, die ihr paternalistisches Denken prägte. In mancherlei Hinsicht wird es eine Mischung aus beidem gewesen sein. Lord Sumner betonte, dass keiner von ihnen sich persönliche

¹¹⁷⁶ Ibid., 24. August 1932.

Vorteile erhoffte, und selbst Churchill schien immerhin bereit, seine politische Karriere aufs Spiel zu setzen. Im Gegensatz dazu war Indien für Beaverbrook und Rothermere lediglich ein Angriffspunkt unter vielen, mit denen sie ihren politischen Gegner Baldwin attackiert hatten, denn als sie sahen, dass der erwünschte Effekt ausblieb, ließen sie Indien fallen.

Entgegen seiner eigenen Vorbehalte rief Hoare, eine dritte *Round Table Conference* in London ein. Dabei setzte er alles daran, den Eindruck zu vermeiden, man wolle Zugeständnisse machen, die über die Beschlüsse der ersten beiden Konferenzen hinausgingen. Für die Konferenz war es aus Hoares taktischen Überlegungen heraus wichtig, eng mit den indischen Liberalen zusammenzuarbeiten, um den Kongress weiter auszugrenzen. Der Staatssekretär glaubte, die britische Öffentlichkeit würde ein Programm abweichend von den ersten Konferenzen nicht mittragen.¹¹⁷⁷ Für Hoare beschränkte sich die britische Öffentlichkeit jedoch vornehmlich auf die *diehards*. Während das GOI es zwar geschafft hatte, sich einigermaßen geschickt aus der Affäre um Gandhis Hungerstreik zu ziehen, befürchtete das IO eine neue Bedrohung in Form einer neuen Churchill-Kampagne im Zuge des Parteitreffens der Konservativen im Herbst.¹¹⁷⁸

Dem Chef des IO war daran gelegen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit im Hinblick auf die *Round Table Conference* auf ein Minimum zu beschränken. Folglich sollten die Sitzungen nicht öffentlich abgehalten werden. Die Presse würde lediglich offizielle Kommuniqués erhalten, die so farblos wie nur möglich gestaltet sein sollten. In einem Brief von MacGregor an F.H. Brown von der *Times* klang das so:

[...] it is essential that the Information Officers should be like Caesar's wife, above suspicion, whereas in certain sections of the Press they are made to jazz like giddy ladies. From our point of view it is wholly desirable that there should be some corner in a newspaper containing a faithful, if it may be at times, cut down representation of what the Information Officers give to the Press; that this newspaper should be in London, read by delegates and Government and that therefore the newspaper should be the 'Times'.¹¹⁷⁹

Das IO zeigte demnach nur Interesse daran, die Meinung einer höchst eingeschränkten Gruppe zu beeinflussen. Zu diesem Zeitpunkt waren das die politischen Eliten auf der Insel und in Indien. Das Hauptmedium, um diese Gruppe zu erreichen, war die *Times*. Der Vizekönig schlug daraufhin vor, die Entscheidung für eine Konferenz *in camera*

¹¹⁷⁷ Hoare an Willingdon, 24. August 1932, PRO/FO 800/287.

¹¹⁷⁸ Hoare an Willingdon, 9. September 1932, Hoare Papers E 240/2.

¹¹⁷⁹ MacGregor an Bown, 18. November 1932, IOR/L/I/1/267.

zu Beginn der ersten Sitzung bekannt zu geben und den Entschluss lediglich als Protokollpunkt zu behandeln.¹¹⁸⁰ Tickets für die Unterhausdebatten gingen fortan bevorzugt an zuverlässige Reuters-Reporter zu Ungunsten ihrer Kollegen, die für kritischere Medien arbeiteten.¹¹⁸¹ Reuters seinerseits erhielt jedoch vom IO eine nur leicht versteckte Warnung, seine Berichterstattung nicht kritisch ausfallen zu lassen, da die Agenturvertreter neben den Reportern des *Daily Herald* die einzigen gewesen waren, die über ein Treffen der IL vom 27. November 1932 berichtet hatten.¹¹⁸² Die Kontrolle über das Narrativ blieb weiterhin wichtig und das IO arbeitete mit dem engst möglichen Informationsfilter.

Der befürchtete Schlag der *diehards* während des Parteitages der Konservativen in Blackpool im Oktober 1932 blieb aus, denn Churchill lag mit einem Magengeschwür im Krankenhaus. Dennoch ließ er es sich nicht nehmen, einen warnenden Brief an den Vizevorsitzenden der West Essex *Unionist Association*, Sir James Hawkey, zu schicken, der in der Presse veröffentlicht wurde:¹¹⁸³

This may well be the last chance which the Conservative party will have of recording its opinion upon the grave constitutional decisions into which we are being drawn in India. After this meeting of the National Union the issues will be settled by the bargains and compromises of Coalition Cabinets and enforced by the hard mechanism of party Whips. Next year, when the party meets in conference, it may well be too late. [...] Yet it is to this absurdity and catastrophe that we are being led step by step, inch by inch, not by Indian pressure but by a kind of intellectual obstinacy which has obsessed our leading men. [...] The loss of a group of agricultural counties in Southern Ireland can be supported, but the loss of India, the central glory of the British Empire, will not only sound the death-knell of our greatness but destroy the means of livelihood of millions in this island, especially in Lancashire.¹¹⁸⁴

Demnach sprach Churchill dem Entscheidungsprozess im Vereinigten Königreich jegliche demokratische Basis ab. Dem Parlament wurden die Ergebnisse geheimer Verhandlungen aufgezwungen. Angesichts der politischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, wo durch die akute Wirtschaftskrise zunehmend demokratische Prinzipien in Frage gestellt wurden, und des Aufstiegs des Faschismus in Italien und Deutschland konnte Churchill nicht verstehen, warum man die Demokratie dem

¹¹⁸⁰ Hoare an Simon, 24. August 1932; Willingdon an Hoare, 31. August 1932, PRO/FO 800/287.

¹¹⁸¹ Notiz von Sir Roderick Jones, dem Geschäftsführer von Reuters, 29. November 1932, IOR/L/I/1/264.

¹¹⁸² Hoare an Jones, 5. Dezember 1932, IOR/I/1/264. Hoare war zwar mehr über die Konsequenzen in Indien besorgt als über die Berichterstattung in Großbritannien. Dennoch zeigt die Korrespondenz, dass sich das IO nicht scheute, Warnungen an Reporter oder Agenturen zu schicken, die ihm unangenehm werden konnten.

¹¹⁸³ Z.B. in der *Daily Mail* und im *Guardian*, 7. Oktober 1932.

¹¹⁸⁴ *Ibid.*

indischen Volk gegen seinen Willen zu einem Zeitpunkt aufzwingen sollte, an dem andernorts Menschen das Vertrauen in diese Staatsform verlören.

Während der Blackpool-Konferenz traten anschließend Lord Lloyd, Sir Alfred Knox und die Duchess of Atholl für ihren angeschlagenen Kollegen aufs Podium, wobei Lord Lloyd mit Ovationen begrüßt wurde. Trotzdem wurde ihr Antrag, davon abzusehen, Reformen gegen den Willen des indischen Volkes durchzuführen, abgelehnt. Die *Times* sprach ihm gar jeden Bezug zur Realität ab.¹¹⁸⁵ Der Leitartikel der *Daily Mail* sah in Lord Lloyds triumphalen Empfang dafür einen Sieg, der die Ablehnung des Antrages wieder wettmachte. Die wahre Gefahr lag für die Zeitung nicht in Indien, sondern in Großbritannien. Churchill und die IES waren angetreten, dieser Gefahr entgegenzuwirken.¹¹⁸⁶

Solche Begebenheiten führten dazu, dass man in einem Komitee unter Leitung des Unterstaatssekretärs Philip Kerr¹¹⁸⁷ Überlegungen anstellte, wie auf Strömungen in der Öffentlichkeit zu reagieren sei, die der Arbeit des IO nicht wohlgesonnen gegenüberstanden. Zu seinem Aufgabenbereich gehörte die Unterstützung für Autoren, deren Bücher über Indien man für erwähnenswert hielt, sowie die organisatorische Hilfe bei der Erstellung solcher Werke, wie z.B. Cummings *Modern India*, das im Vorjahr erschienen war. Was man offiziell als bildungsfördernde Maßnahme darstellte, wurde IO-intern als „diskrete und gute Propaganda“ bezeichnet. Aus PR-technischen Gründen fand Kerr es problematisch, dass man ausschließlich auf offizielle Quellen angewiesen war, die der Regierung oder dem IO zu nahestanden. Er schlug daher vor, eine Organisation ins Leben zu rufen, die „falsche“ Berichte über Indien, die in der britischen Presse oder auf Veranstaltungen auftauchten, sofort dementieren würde. Dabei hatte Kerr im Sinn, ehemalige ICS-Beamte und britische Offiziere der britisch-indischen Armee zu aktivieren, die über das Königreich verteilt lebten. Damit sollte der Eindruck vermieden werden, dass die Verfasser der geplanten Leserbriefe räumlich auf eine Region konzentriert waren. So etwas hätte schnell den Verdacht geweckt, dass deren Beiträge zentral gesteuert würden. Kerrs Abteilung litt jedoch unter chronischem Geldmangel und sah sich aufgrund dessen zunächst nicht in der Lage, eine solche Arbeit selbst leisten zu können.¹¹⁸⁸ Mit den Vorbereitungen für

¹¹⁸⁵ *The Times*, 7. Oktober 1932.

¹¹⁸⁶ *The Daily Mail*, 7. Oktober 1932.

¹¹⁸⁷ MacGregor an Corbett, 9. August 1932, IOR/I/1/253.

¹¹⁸⁸ Geheimes Memorandum von Sir John Kerr, 19. Oktober 1932, IOR/I/1/253.

eine solche Propagandaarbeit stellte sich das IO letztlich darauf ein, die Transformation des Diskurses so aktiv wie möglich zu beeinflussen.

Mittlerweile traten die Vorbereitungen für die dritte Konferenz in ihre letzte Phase. Hoare hatte durchgesetzt, dass eine festgelegte Agenda vorgegeben würde. Aus Protest lehnte die oppositionelle *Labour* es ab, Delegierte zu entsenden.¹¹⁸⁹ Weiterhin war es dem Staatssekretär gelungen, die Anzahl der indischen Abgeordneten auf ein Minimum zu beschränken. Ganze 46 nahmen teil. Gandhi und Nehru waren im Gefängnis, Jinnah war noch nicht einmal eingeladen worden, und von den einflussreichen Prinzen ließ sich ebenfalls niemand blicken. Die Maharajas und Nawabs hatten ihre Lust an politischen Reformen und ihrer Föderation mit Britisch-Indien weitgehend verloren.¹¹⁹⁰

Der *Guardian* warf *Labour* vor, Indien durch ihren Boykott zu einem parteipolitischen Thema zu machen.¹¹⁹¹ Außerdem entstände in Indien der Eindruck, dass nun konservative Kräfte das Sagen haben würden. Die Zeitung übergang dabei, dass Indien längst zu einem parteipolitischen Thema geworden war. Da der Konsens innerhalb der Parteien nicht mehr vorhanden war, konnte das *National Government* nur mehr den Schein aufrechterhalten, dass das Königreich eine einheitliche Indienpolitik verfolgte.

Was die *Times* anging, konnte Hoare sich darauf verlassen, dass sie ihm treu ergeben war. Die letzten Endes ergebnislos verlaufende dritte Konferenz wurde dort als Erfolg präsentiert.¹¹⁹² Auch der *Guardian* zog eine positive Bilanz. Sein Sonderkorrespondent hob Hoares persönlichen Erfolg hervor, die Delegierten von der Ernsthaftigkeit seiner Absichten überzeugt zu haben. In einem kooperativen Geist war es ihm gelungen, die Inder zur Annahme der Sicherheitsgarantien zu bewegen. Da somit die kontroversen Fragen geklärt schienen, wartete man auf die Reaktionen aus Indien, denn es war klar, dass die Delegierten nicht repräsentativ für den Subkontinent handelten. Man erwartete weiterhin eine Geste des GOI bezüglich des INC.¹¹⁹³

Das IO war optimistisch. Hoare hatte es tatsächlich geschafft, bei der kläglichen Anzahl der Delegierten einen positiven Eindruck zu hinterlassen. Sein

¹¹⁸⁹ Nach dem Bruch zwischen der Partei auf der einen Seite und MacDonald und denjenigen, die ihm in das *National Government* gefolgt waren, auf der anderen, war *Labour* in die Opposition gegangen.

¹¹⁹⁰ Burke & Quraishi (1995:296); Read & Fisher (1997:249f.).

¹¹⁹¹ *The Guardian*, 3. November 1932.

¹¹⁹² *The Times*, 5. und 10. Dezember 1932.

¹¹⁹³ *The Guardian*, 27. Dezember 1932.

Unterstaatssekretär Philip Kerr hoffte, man würde daraus Kapital schlagen können:

There will always be irreconcilables in Congress but the issue before India, once the Constitution is on the Statue Book, is whether it will try and build up its own national unity by constitutional means or work for revolution and chaos.¹¹⁹⁴

Was die inhaftierten INC-Führer betraf, glaubte der Unterstaatssekretär, es sei unmöglich, deren Inhaftierung länger rechtfertigen zu können. Philip Kerr schlug Lord Sankey daraufhin vor, die Gefangenen vor dem Erscheinen des *White Paper* über Indien und der Verabschiedung neuer Reformen zu entlassen.¹¹⁹⁵ Dabei hatte man jedoch die Rechnung ohne Vizekönig Willingdon gemacht, der sich in keiner Weise dazu veranlasst sah, Gandhi auf freien Fuß zu setzen. Das IO fürchtete wiederum die Reaktion, die eine solche Verweigerung in der britischen Öffentlichkeit zur Folge haben könnte. Der *Guardian*¹¹⁹⁶ und der *Daily Herald*¹¹⁹⁷ hatten schon seit Wochen gefordert, den INC-Führer aus dem Gefängnis zu entlassen. Außerdem bereisten Ellen Wilkinson, ehemaliges Parlamentsmitglied für *Labour* und nun Journalistin, sowie Krishna Menon von der IL das Königreich nach einem zweimonatlichen Indienaufenthalt, während dessen sie auch Gandhi im Gefängnis besucht hatten. Ihre Vortragsreise in Großbritannien war Hoare verständlicherweise ein Dorn im Auge. Sie gefährdeten seine Taktik, den Meinungs austausch über Indien mit gefilterten und möglichst spärlichen Informationen zu lenken. Der Staatssekretär versuchte, Wilkinsons und Menons Autorität dadurch zu untergraben, dass er ihre Fähigkeit in Zweifel zog, einen wahrheitsgetreuen Bericht über die Lage in Indien abzugeben. Er war davon überzeugt, sie seien durch den INC indoktriniert worden.¹¹⁹⁸ Dennoch setzten sie ihre Arbeit fort und forderten gemeinsam mit anderen führenden Mitgliedern der *Labour*-Partei das IO schriftlich auf, Gandhi freizulassen.¹¹⁹⁹ Dabei erhielten sie weitreichende Unterstützung von führenden *Labour*-Politikern. Unter den Unterzeichnern befanden sich Clement Attlee, der mit Sir John Simon nach Indien gereist war und auch Sir Stafford Cripps, der in den 1940er Jahren wichtigen Delegationsreisen nach Indien vorstehen sollte.

Ende 1932 präsentierte Edward Thompson, ein ehemaliger Missionar in Indien und persönlicher Freund von Gandhi, der als Sonderkorrespondent des *Guardian*

¹¹⁹⁴ Lothian an Sankey, 3. Januar 1933, Sankey Papers c 510/5-10.

¹¹⁹⁵ Ibid.

¹¹⁹⁶ 12. Dezember 1932.

¹¹⁹⁷ 7. Dezember 1932.

¹¹⁹⁸ *The Guardian*, 12. Dezember 1932.

¹¹⁹⁹ S. z.B. den IL-Leserbrief. *The Guardian*, 20. Januar 1933.

fungierte, das Ergebnis seiner Forschungen zu den politischen Reformen in Indien, die vom *Rhodes Trust* unterstützt worden waren. Sein Einstiegsargument war, dass Gandhis Verhaftung eine Fehlentscheidung war. Die Rechnung, Gandhi ins Gefängnis zu werfen, um dann im Anschluss von ihm zu erwarten, Verhandlungen zu unterstützen, konnte nicht aufgehen. Ohne Verhandlungen käme die Herrschaft des GOI jedoch einem Polizeistaat gleich. Bemerkenswert war außer diesem Vergleich Thompsons Auffassung, dass immer weniger Engländer in Indien an die britische Treuhanderschaft glauben.¹²⁰⁰ Auf diese Weise übte er beißende Kritik am Verhalten des GOI. Dass den Vertretern der britischen Nation nun polizeistaatliche Vorgehensweisen vorgeworfen wurden, macht deutlich, wie sehr das *Raj* bei einigen Gruppierungen im Königreich selbst an Ansehen verlor.

Die Vorbereitungen zur dritten *Round Table Conference* fielen zusammen mit einer weiteren Positionierung der Reformgegner und -befürworter. Es ging darum, das Ende des Konsenses und die anstehende Transformation des Diskurses zu beeinflussen. Neben der minimal gehaltenen Öffentlichkeitsarbeit während der dritten *Round Table Conference* wurde sogar die Anzahl der britischen Delegierten durch die Protestaktion der *Labour*-Partei verringert. Damit war es Hoare gelungen, beide von ihm als radikal eingestufte Diskursteilnehmer – *Labour* und den INC – von der Konsensbildung auszuschließen. Er konnte damit die Kontrolle über das Narrativ seitens des IO erneut etablieren.

Auch wenn die Diskursteilnehmer oft die sogenannte öffentliche Meinung als Adressaten ihrer Aktionen nannten, so zielten ihre Versuche, die Kontrolle über das Narrativ zu gewinnen, oft nur auf eine kleine Gruppe ab. Es ging um diejenigen politischen Eliten, für die Indien Relevanz hatte. Damit hatte sich seit Staatssekretär John Morleys Strategie während der Debatte um den GIA von 1909, mit der *Times* das für die Eliten wichtigste Pressemedium auf die Seite des IO zu ziehen, nicht viel geändert.

Allerdings führte der Umgang der Kolonialmacht mit Gandhi zu einer Debatte um die demokratischen Werte des Königreichs. Zwar waren sich die Regierung und das IO einig, aber außerhalb des *National Government* bildete sich eine Gruppe, die in Frage stellten, dass Großbritannien die notwendige Stärke besaß, seine Kontrollfunktion auszuüben und die Treffen der *Round Table Conference* zum Teil als

¹²⁰⁰ E. Thompson, *A Letter from India*, London 1932.

Verhandlungen bezeichnete. Hinzu kam auch, dass das britische Königreich bis zum Gandhi-Irwin Pakt immer bestimmt hatte, welche indischen Untertanen zu Gesprächen geladen wurden. Die *Times*, der *Guardian* und natürlich der *Daily Herald* stimmten darin überein, dass diese Zeiten vorbei waren. In seiner Mission, Indien auf die Selbstregierung vorzubereiten, konnte die Mutternation den Austausch mit Gandhi nicht mehr umgehen. Es gab Versuche, den Anschein von britischer Kontrolle über den Prozess zu wahren, indem man vor der Aufnahme jeglicher Gespräche auf der Herstellung von Ruhe und Ordnung in Indien beharrte. Aber dass diese Treffen unter Anwesenheit Gandhis stattfinden mussten, stand nun fest. Dies war ein ernstzunehmender Kontrollverlust. Die *diehards* waren nicht in der Lage dies hinzunehmen. Und so kam es ihrerseits zum Generalangriff.

c. Der Generalangriff der *diehards*

Nach den Neujahrsfeierlichkeiten von 1933 machte sich Churchill erneut über Indiens Zukunft Gedanken. In einem Brief an Lord Sydenham sah er pessimistisch auf das folgende Jahr:

We shall now this year come into our full battle about India. The position is even worse than I had apprehended. Irwinism has rotted the soul of the Tory party and I have no doubt they will vote for any measure, however disastrous, when the Whips are out on.¹²⁰¹

Eine der ersten Aktionen, die daraufhin von der IES initiiert wurde, bestand darin, Briefe an ihre Mitglieder in den verschiedenen Wahlkreisen zu versenden. Der Inhalt derselben sollte leicht variieren und dann von den Wahlkreisen an die jeweiligen parlamentarischen Vertreter dieser Wahlkreise geschickt werden. Insgesamt gab es sechs unterschiedliche Versionen:

1. die Regierung plane, alles preiszugeben, was Clive¹²⁰² und Hastings¹²⁰³ aufgebaut hatten
2. das *National Government* setze die Politik der Sozialisten fort
3. Sicherheit in Indien sei wichtiger als das *National Government*
4. Repräsentanten, die von einem unwissenden Volk gewählt würden, seien eine Gefahr für Indiens Sicherheit
5. Befürchtungen, dass Großbritannien die Gewalt über die Armee, den ICS und die Außenpolitik in Indien abgeben wolle
6. ohne eine Erprobung provinzieller Autonomie sei Verantwortung in der Zentralregierung nicht möglich

Nachdem die erste Welle von Briefen versandt worden war, zeigten sich die Parlamentarier von dem unerwarteten Interesse ihrer Wahlkreise an Indien überrascht, und in Gesprächen mit Kollegen stellten sie bald fest, wie sehr sich der Inhalt derselben ähnelte. Die *Times* erhielt Nachricht davon und unterrichtete postwendend das IO.¹²⁰⁴ Als der wahre Ursprung der Briefe bekannt wurde, kritisierte die Zeitung die IES:

Their attitude, as expressed in the model letters to members of Parliament, is purely destructive - or at least obstructive. It is sufficient to say that this is not the attitude of the men who are now carrying on the work of Clive and Warren Hastings [...].¹²⁰⁵

¹²⁰¹ Churchill an Sydenham, 7. Januar 1933, Churchill Papers Char 2/192/2.

¹²⁰² Britischer Offizier, der im 18. Jahrhundert die Herrschaft in Bengalen für die *East India Company* errungen hatte.

¹²⁰³ Der erste Generalgouverneur von Bengalen.

¹²⁰⁴ Joyce an Brown, 13. Januar 1933, IOR/L/I/1/51.

¹²⁰⁵ *The Times*, 14. Januar 1933.

Da ihre Aktion so schnell entdeckt worden war, blieb der IES nichts Anderes übrig als sich zu offenbaren: sie sei gezwungen, auf solche Maßnahmen zurückzugreifen, da ihre Leserbriefe nur widerwillig veröffentlicht wurden und die BBC sich geweigert habe, Churchill auf Sendung gehen zu lassen.¹²⁰⁶ Die Gesellschaft übergang dabei die Tatsache, dass die *Times* über vierzig ihrer Briefe und auch eine große Anzahl von Churchills Reden abgedruckt hatte. Dennoch war ihre Kritik nicht ganz unberechtigt, denn die Medien, vor allem die *Times* und die BBC hatten tatsächlich, soweit möglich, die *diehards* blockiert und somit dem IO geholfen, das Narrativ zu kontrollieren.

Im IO liefen derweil die Vorbereitungen für die Veröffentlichung des *White Paper* zu den Ergebnissen der *Round Table Conference* an. Nach dem punktuellen Kontrollverlust vor der dritten Konferenz konsolidierte das Ministerium erneut seine Machtstellung über das Narrativ. Dabei war das Radio hilfreich, denn Siepmann von der BBC bot dem IO über MacGregor erneut Sendeplatz an. Das Fiasko von Hoares Ansprache nach der Konferenz hatte dazu geführt, dass die BBC den Chef der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im IO kontaktierte und nicht den Staatssekretär selbst. Und auch MacGregor schien einer Neuauflage der Affäre abgeneigt. Um sicherzustellen, dass eine möglichst objektive Einschätzung der Lage über den Sender gehen würde, schlug MacGregor vor, diesmal jemanden von außerhalb des IO und der Regierung oder den Reihen der *diehards* ans Mikrofon zu lassen. Dabei schwebten MacGregor vor allem ehemalige ICS-Beamte vor. Selbstverständlich ging es lediglich darum, regierungsfreundliche Sprecher zu gewinnen. Experten von außerhalb des IO würden die Aufmerksamkeit von der Regierung ablenken. Diejenigen, auf die er sich verlassen konnte, waren Sir John Thompson, der gerade von seinem Posten als Kommissar des Delhi-Distrikts pensioniert worden war, sowie Sir Geoffrey Corbett, ebenfalls pensionierter ICS-Beamter und Sekretär der *Round Table Conference-Delegation* von Britisch-Indien.¹²⁰⁷

Aber auch die Reformgegner brachten sich in Stellung. In Erwartung des *White Paper* zur *Round Table Conference* und im Hinblick auf künftige Reformen befürchtete die *Daily Mail* das Schlimmste. Die *diehards* und ihr Presseorgan wollten die Zusicherung, dass nach dem Erscheinen des *White Paper* beide Häuser des Parlaments frei darüber würden abstimmen können. Wie Churchill fürchtete auch die

¹²⁰⁶ Ibid., 19. Januar 1933.

¹²⁰⁷ MacGregor an Siepmann, 21. Februar 1933, IOR/L/I/1/433.

Daily Mail den Einfluss parteidisziplinarischer Maßnahmen:

The risks are so terrible, the menace is so grave, if this experiment goes wrong, that men should be allowed to vote according to their conscientious conviction and not be required to compromise on an issue which might mean death to the Empire.¹²⁰⁸

Rothermere schürte in diesem Artikel die Angst der Leser und berief sich auf eine angebliche Beunruhigung der Bevölkerung angesichts der baldigen Veröffentlichung des *White Paper*. Er ging so weit, der Regierung vorzuwerfen, parlamentarische und demokratische Prinzipien zu gefährden, sollte sie sich auf die Parteidisziplin berufen. Damit wurden die Kämpfer für das *British Raj* zu besorgten Demokraten, die sich um das Wohl des politischen Klimas im eigenen Land bemühten. Die Allmacht der großen Koalition bedrohte demnach die britische Demokratie.¹²⁰⁹

Damit erreichte die Diskussion nicht zum ersten Mal eine Ebene, auf der weniger Indien debattiert wurde als die Verhältnisse in Großbritannien selbst. Indiens Demokratisierung rückte vor den möglichen Gefahren für Großbritanniens Demokratie in den Hintergrund. In Erinnerung an Montagus Erklärung von 1917 sahen sich die *diehards* von 1933 als Propheten, die früh genug ihren warnenden Finger erhoben hatten. Sir Henry Croft erinnerte sich an die Umstände, die zu Montagus Erklärung geführt hatten:

Those hon. Members who were there will remember that the House at that time was utterly war weary. We were filled with lassitude. When those discussions took place the House was almost empty and all the Members who knew anything about India, with the exception of three, were still waging war in one part of the world or another. We had no one here to advise us.¹²¹⁰

Abgelenkt von den Kriegereignissen hatten sich die Parlamentarier von damals laut Croft auf eine Erklärung eingelassen, auf der die Reformen von 1919 basierten, die nun wiederum weitere Schritte nach sich ziehen sollten. Der Vorwurf, dass damals parlamentarische Institutionen umgangen worden waren, indem Staatssekretär Montagu und sein Gefolge sich die schwache Besetzung des Unterhauses zunutze gemacht hatten, ließ für die *diehards* den Schluss zu, dass 1933 eben diese Gefahr erneut drohte. Um eine weitere Fehlentscheidung dieser Größenordnung zu verhindern, war man nun angetreten, die Autorität von Montagus Erklärung zu

¹²⁰⁸ *The Daily Mail*, 24. Februar 1933.

¹²⁰⁹ Sir Henry Croft wies darauf hin, dass *Labour* nicht in der Lage sei, ihrer Rolle als Opposition gerecht zu werden, da unter ihrer Regierung die nun diskutierten Maßnahmen eingeleitet worden waren. HMSO, 274, 22. Februar 1933, 1743.

¹²¹⁰ *Ibid.*, 1747.

untergraben. Nicht nur hatten unwissende und desinteressierte Abgeordnete seinerzeit der Bekanntmachung des Staatssekretärs ohne durch Autoritäten vermitteltes Wissen zugestimmt. Weiterhin, so Croft, sei nie so etwas wie ein *Dominion*-Status oder Verantwortung für Inder in der Zentralregierung vorgesehen gewesen. Dies sei zwar das Ideal, das alle gemeinsam verfolgten, das aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt schlichtweg nicht zu verwirklichen war. Croft setzte hier die neue Taktik der *diehards* um, mit der sie planten, jeder neuen Reform das Fundament zu nehmen: die Erklärung von 1917 und der GIA von 1919 als Ausgangspunkt hätten nie so weit gehen wollen, wie es das *National Government* nun vorsah. Dabei griffen sie weiterhin nur den Zeitplan an, nicht jedoch den Konsens über das Ziel der britischen Kolonialregierung in Indien.

In der darauffolgenden Parlamentsabstimmung über den Antrag, den Provinzen Autonomie zuzugestehen, ohne Inder an der Zentralregierung zu beteiligen, konnte Churchill lediglich 42 weitere Abgeordnete für sich gewinnen. Seine Befürchtungen über die Maßnahmen der Partei, die Debatte und damit das Narrativ zu kontrollieren, bestätigten sich. Das *Central Office* hatte nämlich zuvor den ungewöhnlichen Schritt unternommen, die Partei-Whips zu aktivieren, was im Fall von privat eingebrachten Anträgen nicht üblich war.¹²¹¹ Der *Guardian* jubelte und warf den *diehards* vor, jeglichen Sinn für die Realitäten in Indien verloren zu haben. In Bezug auf die Sorgen der Churchillianer um die Sicherheitsgarantien fasste man zusammen, es gäbe für Sicherheit und Ordnung in Indien letztendlich nur zwei Garantien: entweder die britische Armee oder das indische Wohlwollen gegenüber Großbritannien. Dauerhaft könne nur Letzteres den britischen Interessen in Indien dienlich sein.¹²¹²

Churchill reagierte, indem er seinen Wahlkreis in Epping vorwarnte, in dem anstehenden Kampf für Indien würde nichts ausgelassen werden, um seine Person zu diskreditieren.¹²¹³ Zuvor hatten er, Knox, Croft und Gretton ein Treffen von über sechzig konservativen Parlamentariern organisiert, auf dem das *India Defence Committee* (IDC) gegründet wurde, aus dem später die *India Defence League* (IDL) hervorging. Fünfzehn Konservative verließen die Versammlung jedoch, als klar wurde, dass sie unabhängig vom Inhalt des *White Paper* gegen die Regierung stimmen

¹²¹¹ Bridge (1986:94).

¹²¹² *The Guardian*, 23. Februar 1933.

¹²¹³ Churchills Rede in Epping vom 23. Februar 1933. *The Times*, 24. Februar 1933.

sollten.¹²¹⁴ Weiterhin brachte Churchill eine ähnliche Resolution ein, wie es Croft zuvor während der Konferenz des *Central Council of the National Union of Conservative and Unionist Associations* am 28. Februar 1933 getan hatte. Er warf der Partei vor, unfairen Druck auf ihre Mitglieder auszuüben, um ihr Indienprogramm durchzusetzen und forderte Hoare auf, für eine freie Abstimmung über das *White Paper* zu sorgen.¹²¹⁵ Churchills Resolution wurde mit 189 zu 165 Stimmen abgelehnt. Die *diehards* schafften es jedoch, erhebliche Unruhe zu stiften. Im Unterhaus häuften sich die Treffen der Hinterbänkler, und Hoare begann, sich Sorgen um die einzelnen Wahlkreise zu machen.¹²¹⁶

Da der Termin für die Veröffentlichung des *White Paper* näher rückte und zeitgleich Aktionen der *diehards* stattfanden, intensivierte das IO seine Pressearbeit. Dawson von der *Times* hatte dem Ministerium jede erdenkliche Hilfe angeboten. Um ihm bei seiner Planung zu unterstützen, ließ MacGregor ihm im Vorfeld die genauen Daten der Veröffentlichung zukommen. Weiterhin erhielt der Redakteur geheime Informationen über die Zusammensetzung des geplanten JSC und Informationen über die geplanten Debatten.¹²¹⁷ Butler schlug vor, das *White Paper* 48 Stunden vor der offiziellen Herausgabe auch an die Redakteure der anderen Zeitungen zu liefern, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich intensive Gedanken für ihre Leitartikel zu machen. Das Veröffentlichungsdatum fiel auf einen Freitag, was aus publizistischen Gründen recht ungünstig war. Die Abendzeitungen wären nur unzureichend in der Lage gewesen, auf das *White Paper* einzugehen. Jeglicher Kommentar wäre so bestenfalls oberflächlich gewesen und hätte das Interesse für die Samstagmorgenzeitungen, die, laut Butler, ohnehin meist nur überflogen wurden, erheblich geschwächt.

Von Vorteil für das IO war jedoch der Brauch, solche Vorabexemplare zusammen mit einer von dem jeweiligen Ministerium, in diesem Fall dem IO, angefertigten Kurzfassung zu verschicken. Da die Redakteure dazu tendierten, diese Kurzfassungen zu verwenden, konnte das Ministerium sie so gestalten, dass die dem Staatssekretär wichtigen Punkte betont wurden. Um weiterhin eine dem IO wohlgesonnene Berichterstattung über die Treffen des JSC zu gewährleisten, empfahl

¹²¹⁴ Bridge (1986:95).

¹²¹⁵ *The Guardian*, 1. März 1933.

¹²¹⁶ Hoare an Willingdon, 3. März 1933, Hoare Papers E 240/3.

¹²¹⁷ Dawson an MacGregor, 26. Februar 1933, IOR/L/I/1/426.

Butler, einen Presse-Beamten des IO abzustellen. Der Grund war, dass einige IO-Beamte befürchteten, Journalisten bei jeder Vorkenntnis der indischen Situation würden sich weniger auf die sachlichen Inhalte der JSC-Sitzungen konzentrieren, als vielmehr auf potenzielle Zwischenfälle oder extreme politische Ansichten.¹²¹⁸

Zusätzlich traf sich Butler mit dem Historiker und ehemaligen Kolonialverwalter in Afrika John Buchan¹²¹⁹ sowie Sir John Thompson und verabredete mit ihnen die Veröffentlichung eines Pamphlets zum *White Paper*. Thompson erklärte sich bereit, dieses zu verfassen. Gleichzeitig gab er Butler eine Namensliste von Personen, die bereit wären, das *White Paper* in der Presse zu verteidigen. Unter anderen wurden Cumming, der bereits mit der Unterstützung des IO *Modern India* und *Political India* geschrieben hatte, der ehemalige ICS-Beamte J.T. Gwynn, der nun als Indienexperte für den *Guardian* tätig war, und die Professoren Coatman und Coupland aufgezählt.¹²²⁰ MacGregor schlug vor, John Buchan als bekannten Autor das Vorwort schreiben zu lassen, um eine möglichst große Leserschaft zu gewinnen. Mit Abnahmegarantien von Seiten des *Central Office* sollte, wenn möglich, die *Oxford University Press* als Verlag gewonnen werden. Das gesamte Projekt durfte jedoch nicht mit dem IO in Verbindung gebracht werden.¹²²¹

Was problematische Artikel in den verschiedenen Zeitungen betraf, war es kein Problem, freundlich gesonnene Autoren zu finden, die das ein oder andere unterstützende Wort an die Blätter schicken könnten. MacGregor sah die Schwierigkeit vielmehr darin, dass diese auch abgedruckt würden. Nach einem weiteren Treffen zwischen Hoare, Butler, seinem Sekretär Horace Rumbold und MacGregor verfasste Letzterer eine Einschätzung der britischen Presse,¹²²² in der er für seine Kollegen Folgendes festhielt: was die *Times* betraf, waren keine besonderen Maßnahmen nötig. Die Kommunikation zwischen dem IO und dem Blatt, vertreten durch Dawson, verlief reibungslos. Dawson galt als Indienexperte und war eine sichere

¹²¹⁸ Undatierte Notizen von Butler bezüglich der Veröffentlichung des *White Paper*, RAB F73/3-8.

¹²¹⁹ Buchan hatte sich während des Ersten Weltkriegs durch verschiedene Schriften, vor allem zur Schlacht an der Somme, einen Namen gemacht. Seine Erfahrung in Propagandaaarbeit wurde nun nützlich für das IO. 1935 wurde er als Baron Tweedsmuir Generalgouverneur von Kanada.

¹²²⁰ Notiz von Butler an Stewart im Anhang eines Briefes von Rumbold an MacGregor, 3. März 1933 RAB F73/9-12.

¹²²¹ MacGregor an Rumbold, 4. März 1933, RAB F73/16-18.

¹²²² Geheimes Memorandum von MacGregor, vermutlich 4. oder 5. März 1933, RAB F73/21-25. Eigentlich sollte das Memorandum nach Empfang und Lektüre zerstört werden. Kopien tauchen jedoch auch heute noch in verschiedenen Sammlungen der IOR und RAB auf. Oben sind nur die Einträge für die hier verwerteten Zeitungen, sofern vorhanden, angegeben. Das Memorandum findet sich in Ausschnitten im Anhang.

Adresse für geheime Papiere, die er im Sinne des IO zu verwenden wusste. Weiterhin hatte er Butler sogar vorgeschlagen, das von Thompson zu verfassende Pamphlet im Notfall in der *Times* zu veröffentlichen. Die einzige Bedingung, die er mündlich gestellt hatte, bestand darin, dass die Vorschläge mit der Linie seiner Zeitung zu vereinbaren sein mussten. Im IO war man sich sicher, dass das der Fall sein würde.¹²²³ Der *Guardian* wurde zwar als weniger zuverlässig eingeschätzt, aber man war im Großen und Ganzen optimistisch, mit Gwynn jemanden auf der Seite des IO zu haben, der das Blatt ausreichend beeinflussen konnte. Beim *Daily Herald* war die Möglichkeit der Einflussnahme gering. Allerdings sah man einen Vorteil darin, dass die Reformen Lansburys Zeitung nicht weit genug gingen. Es war wahrscheinlich, dass der *Daily Herald* dies weiterhin schreiben und somit ein gutes Gegengewicht zur *diehard*-Presse liefern würde. Der Kommentar zur *Daily Mail* beschränkte sich auf eine halbe Zeile: „Irreconcilable and best left alone.“¹²²⁴

Was einzelne Journalisten betraf, konnte man auch hier wieder auf Dawson zählen, der offensichtlich versprochen hatte, sich um Herbert Sidebotham zu kümmern. Sidebotham war zwar kein Indienexperte, aber im Bereich des politischen Journalismus einer der führenden Reporter Londons. Das IO empfand ihn als zu reaktionär und setzte Dawson auf ihn an, um zu verhindern, dass er sich mit dieser Einstellung zu Indien äußern würde. Andere Journalisten, wie Samuel Ratcliffe, der für den *Statesman* in Indien tätig gewesen war und Verbindungen zur BBC unterhielt, der *Guardian*-Reporter Geoffrey Theodore Garratt¹²²⁵ und Thompson schienen kein Problem darzustellen. Sie wurden als progressiv eingestuft. Von gelegentlicher Kontaktaufnahme durch die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit abgesehen, sah sich das IO nicht genötigt, anderweitig für ihre Kooperation sorgen zu müssen. Ohnehin hatte man mit Thompson, Garratt und Ratcliffe die führenden Indienexperten unter den Journalisten auf seiner Seite. Ähnliches galt für die BBC, und MacGregor konnte seine Einschätzung optimistisch zusammenfassen:

This analysis [...] shows that potentially the Government are in a favourable position in relation to Reforms and press opinion. Labour and Liberal opinion is already committed to advance and likely to be critical if the advance be not regarded sufficiently great; Conservative opinion, with one or two notable popular exceptions, is also already committed to advance, but invariably with cautions and reservations. If the Safeguards prove at all reasonable, apart from the irreconcilable newspapers referred to, a Press

¹²²³ Rumbold an Patrick, 7. März 1933, RAB F 73/27-28.

¹²²⁴ Geheimes Memorandum von MacGregor, vermutlich 4. oder 5. März 1933, RAB F73/21-25.

¹²²⁵ Garratt war während des Ersten Weltkriegs Kavallerieoffizier in Indien gewesen und später in die *Round Table Conference* involviert. Er war *Labour*-Mitglied und arbeitete für den *Guardian*.

united in favour of the Reforms in principle may be anticipated, the only differences being as to the degree of advance.¹²²⁶

Diese Ansicht wurde von Hoare mehr oder weniger auch im Kabinett vertreten. Dennoch agierte er vorsichtig und betonte, das *White Paper* sei kein Gesetz, sondern lediglich Diskussionsgrundlage für das JSC.¹²²⁷ Vizekönig Willingdon offenbarte er jedoch am selben Tag seine Sorgen, denn die *diehard*-Aktionen setzten ihm zu.¹²²⁸ Kurz darauf veranlasste er Davidson vom *Central Office*, ein Treffen mit Butler zu vereinbaren, um in Anlehnung an Kerrs Empfehlungen vom Oktober 1932 ein Komitee ins Leben zu rufen, das sich aktiv um Gegenpropaganda kümmern sollte.¹²²⁹

Churchill seinerseits hatte erneut versucht, einen Platz vor einem BBC-Mikrofon zu erhalten, wurde jedoch vom Sender darauf hingewiesen, dass nach der Veröffentlichung des *White Paper* ohnehin bereits drei Sendungen geplant seien. Wie bereits zwei Jahre zuvor, landete die gesamte Korrespondenz erneut bei der Presse, und der *Guardian* kommentierte:

The truth is, of course, that Mr. Churchill has no intention of waiting to hear the Government's detailed proposals on India [...] if he can throw a spanner into the work here and now. The B.B.C. has refused to lend him a spanner, and Mr. Churchill is correspondingly annoyed. The B.B.C. is entirely justified.¹²³⁰

Damit wurde der vom IO antizipierte Schulterschluss wichtiger Medien gegen die *diehards* vollzogen. Auch wenn Hoares Sorgen nicht unbegründet waren, hatte die Regierung prinzipiell alle wichtigen Medien und Einzelakteure der britischen Medienwelt, insbesondere die Indienexperten, auf ihrer Seite. Damit waren die besten Voraussetzungen dafür geschaffen, die Kontrolle über das Narrativ zu behalten.

Das *White Paper* sah vor, die bis dahin für das GOI reservierten Ressorts in den Provinzen in indische Hände zu geben, was die Kontrolle über die Polizeikräfte miteinschloss. Weiterhin sollten föderale Ministerien eingesetzt werden, die einem föderalen Parlament verantwortlich sein würden. Der *Guardian* stellte fest, dass das Vereinigte Königreich damit nicht zu viel Verantwortung an Indien abgeben würde. Nun sei es an den Indern zu beweisen, dass die *diehards* mit ihren Zweifeln an ihrer politischer Reife Unrecht hatten. Die Zeitung mahnte jedoch an, dass

¹²²⁶ Geheimes Memorandum von MacGregor, vermutlich 4. oder 5. März 1933, RAB F73/21-25.

¹²²⁷ Kabinettsitzung vom 10. März 1933, PRO/Cab 23, 75.

¹²²⁸ Hoare an Willingdon, 10. März 1933, Hoare Papers E 240/3.

¹²²⁹ Davidson an Butler, 13. März 1933, RAB F73/32. Hoare an Willingdon, 17. März 1933, Hoare Papers E 240/3.

¹²³⁰ *The Guardian*, 13. März 1933.

Sicherheitsgarantien dabei nicht als Hindernis für politischen Fortschritt benutzt werden dürften.¹²³¹ Die *Times* sah das *White Paper* als das wichtigste Staatsdokument seit Simons Bericht.¹²³²

Die Vorabexemplare für die Zeitungen zahlten sich aus. Dawson lieferte eine achtseitige Zusammenfassung des Staatspapiers in der *Times*. Der Leitartikel verneinte, dass die Vorschläge ein Überbleibsel der letzten Regierung seien. Vielmehr seien sie Ergebnis der Arbeit einer parteiübergreifenden Kommission – der *Round Table Conference*. Wie MacGregor es vorausgesehen hatte, verurteilte der *Daily Herald* die Maßnahmen als nicht weitgehend genug. Letztlich würde aus dessen Sicht unter der Oberfläche so viel Kontrolle in britischen Händen verbleiben, dass sämtliche Entscheidungen der Provinzminister aufgehoben werden könnten. Die wahre Macht läge nach wie vor in den Händen des Vizekönigs und des Staatssekretärs. Die Sicherheitsgarantien waren für das Blatt zu inflexibel und zudem nicht als Übergangsinstrumentarium definiert worden waren.¹²³³ Im Übrigen kam es für ihn letztlich auch nicht darauf an, was die Parlamentarier von dem *White Paper* hielten. Für Lansburys Zeitung zählte einzig und allein, wie Gandhi und der INC auf das Papier reagieren würden.¹²³⁴ Hoare versicherte seinen Kabinettskollegen, er sei angenehm überrascht von der Aufnahme des *White Paper* in der Presse.¹²³⁵

Die *diehards* formierten sich nun im Hinblick auf die anstehende Parlamentsdebatte zum *White Paper*. Churchill erhielt Einladungen, vor Wahlkreisen und Versammlungen der Konservativen zu sprechen. Dabei mussten ihm die jeweiligen Veranstalter zuvor garantieren, dass er sich frei und ungebunden über Indien würde äußern dürfen.¹²³⁶ Während der entsprechenden Vorbereitungen wurde dabei ein wichtiger Schwachpunkt der IES deutlich: die desolante Finanzsituation. Louis Stuart, der Mark Hunter nach dessen Krankheit und Tod als Sekretär der IES abgelöst hatte, schätzte, dass die Gesellschaft 3,000 Britische Pfund benötigte, um eine effektive Kampagne starten zu können. Mit den derzeitigen Mitteln und Spenden war dies nicht möglich.¹²³⁷ Die *Daily Mail* veröffentlichte einen Artikel von George McIntosh Murray, einem ihrer wichtigsten Autoren, mit der Überschrift: *The Great*

¹²³¹ Ibid., 18. März 1933.

¹²³² *The Times*, 18. März 1933.

¹²³³ *The Daily Herald*, 18. März 1933.

¹²³⁴ Ibid., 20. März 1933.

¹²³⁵ Kabinettsitzung vom 22. März 1933, PRO/Cab 23, 75.

¹²³⁶ Boyce an Churchill, 23. März 1933, Churchill Papers Char 2/191/6.

¹²³⁷ Stuart an Donner, 22. März 1933, Churchill Papers Char 2/197/12.

Leap in the Dark in India.¹²³⁸ Das *White Paper* barg für „Kanonenboot-Murray“¹²³⁹ historisch nie da gewesene Risiken. Mit Blick auf das erst vor kurzem besiegelte Ende der Weimarer Republik und die Machtübernahme der Nazis in Deutschland warnte Murray, dass eine nicht organisch gewachsene Verfassung den Erfordernissen einer Nation nicht genügen könne.

Hoare blieb zunächst nichts Anderes übrig, als MacGregor seine Unterhausrede für den 27. März 1933 vorab an verschiedene Zeitungen schicken zu lassen, um den Redakteuren genügend Zeit zu geben, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen.¹²⁴⁰ Bei der eigentlichen Einführung des *White Paper* im Parlament ging die Regierung vorsichtig vor. Die von Hoare eingebrachte Resolution besagte lediglich, dass das Parlament ein JSC einberufen sollte, welches nach Beratungen mit Repräsentanten aus Britisch-Indien und den Prinzenstaaten die eingereichten Reformvorschläge untersuchen würde.¹²⁴¹ Der Staatssekretär versuchte in erster Linie, die kritischen Konservativen auf seine Seite zu ziehen. Simons Bericht, der für viele immer noch bindend war, durfte nicht leichtsinnig übergangen werden. Hoare betonte, er sei auf Veränderung ausgelegt, und wie bereits sein Vorgänger Wedgwood Benn hielt er ihn durch die *Round Table Conference* überholt. Folglich erklärte der Staatssekretär, das *White Paper* sähe immer noch vor, Indiens Exekutive nicht durch Reformen in der Verwaltung zu schwächen. Weiterhin wies er darauf hin, dass die gesamte Struktur es für Extremisten schwermachen würde, in den Provinzen und auch in der Zentralregierung eine Mehrheit zu erlangen.¹²⁴² Seine Argumente zielten in erster Linie darauf ab, den Erhalt der britischen Kontrolle zu betonen. Ein Komitee besetzt mit Vertretern aller Parteien und verantwortlich gegenüber dem Parlament sollte dies gewährleisten, ebenso wie eine genau bemessene Dosis von Regierungsverantwortung in indischen Händen.

Attlee wiederholte die Forderungen seiner Partei, die während der Blackpool-Konferenz 1927 gestellt worden waren. Er warf der Regierung vor, durch die Sonderverordnungen die Kooperation des INC verwirkt zu haben. Weiterhin prangerte er die im *White Paper* vorgesehene Machtposition des Vizekönigs an, dessen Arm in

¹²³⁸ *The Daily Mail*, 27. März 1933.

¹²³⁹ Murray war gerade vom *Sunday Dispatch* zu dessen Schwester *Daily Mail* gewechselt. Er war wegen seines robusten Schreibstils als *Gunboat-Murray* bekannt. Churchill schien so angetan, dass er ihn später als Redenschreiber engagierte.

¹²⁴⁰ Rundbrief von MacGregor an verschiedene Redakteure, 27. März 1933, IOR/L/I/1/426.

¹²⁴¹ HMSO, 276, 27. März 1933, 695.

¹²⁴² *Ibid.*, 699-714.

jeden Bereich vordringen könne und die indischen Minister letztlich ihrer Verantwortung enthob. Er versicherte der Regierung jedoch, dass *Labour* dem JSC beitreten würde, um diese Mängel zu beheben.¹²⁴³ Der Parteiführer Herbert Samuel holte für die Liberalen zum Schlag gegen die *diehards* aus. Bis auf diese kleine Gruppe, so Samuel, sei niemand gegen die Vorschläge.¹²⁴⁴

Dabei hatte Samuel die Rechnung ohne den ehemaligen Gouverneur von Burma, Craddock, gemacht, der das *White Paper* und die Indienpolitik der Regierung scharf kritisierte. Es seien nicht die Verhältnisse in Indien, die zu diesem Papier geführt hätten, sondern die in Großbritannien. Für ihn hatte der britische Löwe zwischen 1927 und 1931 unter einem „Anfall von Nervenschwäche“ gelitten, von dem er sich noch nicht erholt habe. Erst als Willingdon nicht mehr an den Irwin-Gandhi-Pakt gebunden war, habe man die Kontrolle über Indien wiedergewonnen. Den INC teilte er anschließend in drei Gruppen auf. Die extreme Linke war für ihn eine „versammelte Mörderbande“, das Zentrum bestand aus Kongressabgeordneten, die „revolutionär waren, jedoch so taten als seien sie das Gegenteil“, und die Liberalen unterschieden sich vom Zentrum lediglich dadurch, dass sie die „britische Nation an der Nase herumführten, um ihr Ziel zu erreichen“. Craddock gestand Indien eine neue Verfassung lediglich zu, wenn sie sich am *Simon-Report* und der Maßgabe orientierte, dass die Mittel, für Recht und Ordnung zu sorgen, in britischer Hand verbleiben müssten.¹²⁴⁵

Die Folgedebatten¹²⁴⁶ konzentrierten sich auf ähnliche Punkte. Es ging vor allem darum, wie Großbritanniens Kontrollfunktion in Indien gestaltet werden sollte. Während die einen sagten, das *White Paper* ginge nicht weit genug, warnten andere vor zu schnellem Handeln oder stellten in Zweifel, dass je ein Versprechen in Bezug auf den *Dominion*-Status für Indien gemacht worden war. Die Gegner der Reformen unter den Konservativen argumentierten vor allem gegen die Einführung eines föderativen Systems ohne die Erprobung von Selbstregierung in den Provinzen sowie gegen die Übergabe der Kontrolle über die Polizeikräfte an indische Minister. Selbst Simon unterbrach sein Schweigen und stimmte in den Chor derer ein, die sagten, er habe nicht von der Entscheidung der Prinzen einer Föderation beitreten zu wollen,

¹²⁴³ Ibid., 718-32.

¹²⁴⁴ Ibid., 736.

¹²⁴⁵ Ibid., 742-57.

¹²⁴⁶ Ibid., 28. März 1933, 849-979.

wissen können. Prinzipiell seien seine Vorschläge immer noch die richtigen. Hätten er und seine Kommissare bereits damals die nun vorliegenden Informationen gehabt, wären auch sie zu dem Schluss gekommen, den das *White Paper* gezogen hatte.

Darüber hinaus lieferten die Erfolge der Faschisten in Italien und die der Nazis in Deutschland Zweifeln an der Eignung demokratischer Institutionen für Indien, darunter auch Churchill, weitere Argumente. Roosevelt war seit Anfang März US-amerikanischer Präsident und startete sein *New Deal*-Programm, das mit bisher beispiellosen Regulierungsmaßnahmen in den Alltag der Bürger eingriff. Überall schienen demokratische Systeme zusammenzubrechen oder aufgrund der wirtschaftlichen Krise modifiziert zu werden. Wie sollte eine junge, demokratisch unerfahrene Nation, die Indien hoffte bald zu sein, mit einem politischen System zurechtkommen, das selbst von den „demokratischsten“ Staaten der Welt hinterfragt wurde, zumal für viele die Idee einer „indischen Nation“ ohnehin undenkbar schien? Der *Guardian* fand einen Ausweg:

The idea that we have either the right or the duty to argue from the failure of self-government in some parts of Europe to its impossibility in India, the idea that our right hand can continue to be autocratic in India while our left hand is busily democratic in Britain, is poor testimony to our belief in democracy and in the British Commonwealth's capacity to serve and maintain it.¹²⁴⁷

Großbritannien hatte mit der Einführung demokratischer Prinzipien in Indien nun die Möglichkeit, der Welt zu beweisen, dass die britische Staatsform immer noch Maßstäbe setzte. Es ging somit nicht darum, Englands Präsenz in Indien zu rechtfertigen, sondern britische Werte im Allgemeinen. Indien wurde zum konstitutionellen Testgebiet. Hier konnten britische Politiker vor der eigenen Bevölkerung die demokratische Staatsform im Angesicht gegenteiliger Tendenzen als stark, aktiv, agil und überlebensfähig präsentieren. Die Weltwirtschaftskrise war nicht zuletzt auch eine politische Sinn- und Gesellschaftskrise. Während Italien und Deutschland beschlossen hatten, dass Demokratie eine zu schwache Staatsform war, um auf diese Krisen reagieren zu können, war es nun an Großbritannien, der Mutter der modernen europäischen Demokratie, das Gegenteil zu beweisen. Die Einführung dieser Staatsform in Indien, dem kostbarsten Juwel in der Krone, suggerierte Vertrauen in die eigene politische Theorie und Wirklichkeit. So konnte auch eine Modifizierung der britischen Kontrollfunktion gerechtfertigt werden.

¹²⁴⁷ *The Guardian*, 28. März 1933.

Für die *Daily Mail* kam in diesem Zusammenhang Prinz Ranjitsinhjis¹²⁴⁸ Erklärung vom März 1933 gerade recht, der das *White Paper* als gefährlich für die Prinzenstaaten und die Verbindung zwischen Indien und dem Königreich einstufte.¹²⁴⁹ Mit Überschriften wie: *Giving India to Gandhi*,¹²⁵⁰ *A Gamble with India's Safety*¹²⁵¹ oder *The Peril of Scuttle*¹²⁵² und der Betonung der Tatsache, dass während der Debatte das Unterhaus „voll war wie selten zuvor“, suggerierte die Zeitung eine wachsende Unruhe unter den Abgeordneten und der Bevölkerung, die nun „angstvoll auf das Treiben des *National Government* schau“. Diese Strategie ging teilweise auf, denn der *Daily Herald* befürchtete, das Kabinett würde aus Angst vor den *diehards* das gesamte *White Paper* modifizieren.¹²⁵³

Bangende Erzkonservative im Ober- und Unterhaus, vornehmlich vertreten durch die IES, versuchten durch ihre Weigerung, die zukünftige indische Verfassung mitzugestalten, erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen.¹²⁵⁴ Der *Guardian* konnte dieser Entscheidung nur insofern etwas Positives abgewinnen, als somit die Unverbesserlichen dem JSC fernbleiben würden. Ansonsten konnten weder er noch die *Times* den Schritt der Churchillianer verstehen, da sie nach Ansicht der beiden Blätter ihre Position dadurch selbst erheblich geschwächt hatten.¹²⁵⁵ Die *Daily Mail* erklärte dagegen, die Regierung habe dafür gesorgt, dass das Komitee mit Jasagern besetzt sei, um andere Meinungen auszuschließen.¹²⁵⁶ Das JSC war nicht die parlamentarische Instanz, die man sich hier gewünscht hatte. Indem man das Personal diskreditierte, wurde ihm an dieser Stelle jegliche Glaubwürdigkeit abgesprochen.

¹²⁴⁸ Auch bekannt als Ranji. Der Prinz von Nawanagar hatte sich Jahre zuvor in Großbritannien einen Namen als begnadeter Cricketspieler gemacht und war nun Kanzler der *Chamber of Princes* (COP).

¹²⁴⁹ *The Daily Mail*, 28. März 1933. Die *diehards* verfolgten nun die Strategie, die indischen Prinzen von einem Beitritt zur geplanten Föderation fernzuhalten. Es war ihnen gelungen, über Gwynne von der *Morning Post* Rushbrook Williams, der mittlerweile Außenminister von Nawanagar geworden war, mit einem angeblich sicheren Sitz nach den nächsten Unterhauswahlen für ihre Zwecke zu gewinnen. Rushbrook Williams war der Autor des von Ranji während der Sitzung der COP vorgetragenen Textes gegen die Föderation. S. dazu I. Copland, *The Princes of India in the Endgame of Empire, 1917-1947*, Cambridge 1997, 113-27.

¹²⁵⁰ *The Daily Mail*, 28. März 1933.

¹²⁵¹ *Ibid.*, 30. März 1933.

¹²⁵² *Ibid.*, 8. April 1933.

¹²⁵³ *The Daily Herald*, 30. März 1933.

¹²⁵⁴ Die *diehards* verlangten von Hoare, das JSC zu 45% mit denjenigen Abgeordneten zu besetzen, die weiterhin daran glaubten, dass „Indien für die imperiale Krone zu retten“ sei. Das *National Government* war aus ihrer Sicht nur zu einem Zweck – nämlich zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise – angetreten. Keiner der Parlamentarier habe ein Mandat, die britische Herrschaft in Indien abzuschaffen. Croft an Hoare, 4. April 1933, Croft Papers CRFT 1/14/3.

¹²⁵⁵ *The Guardian* und *The Times*, 8. April 1933.

¹²⁵⁶ *The Daily Mail*, 8. April 1933.

Wie schon bei der *Round Table Conference* befürchteten die *diehards* nun eine Transformation des Diskurses durch die anstehende Debatte im JSC.

Mittlerweile war das Pamphlet von Thompson bei MacMillan erschienen. Hoares parlamentarischer Privatsekretär Butler war hellauf begeistert, und auch im *Central Office* war man überzeugt, mit dieser Veröffentlichung einen starken Eindruck in der Partei hinterlassen zu können.¹²⁵⁷ Ein Exemplar wurde sogleich an Brown von der *Times* geschickt, der wiederum im Einklang mit Dawson beschloss, das Erscheinen des Pamphlets in der Zeitung zu erwähnen.¹²⁵⁸ MacGregor aus dem IO wiederum sorgte für den Versand des Textes an die großen Zeitungen des Landes.¹²⁵⁹ MacMillan bemerkte eine gute Aufnahme, war jedoch enttäuscht, dass das *Central Office* lediglich 500 Exemplare abgenommen hatte. Er schlug vor, weitere Kopien an die Vorsitzenden der Ortsgruppen zu senden.¹²⁶⁰

Im Vorwort des Pamphlets ging Buchan auf den Vorwurf ein, man wolle Indien ein westliches System aufzwingen. Im *White Paper* seien vielmehr Vorschläge zusammengefasst, die Indiens besondere Bedingungen berücksichtigten. Das Königreich habe es geschafft, Indien durch seine eigene politische Staatsform zu inspirieren. Das war ein erneuter Versuch, Großbritanniens Rolle als Mutternation zu bestätigen. Thompson selbst ging auf wirtschaftliche Fragen ein und wies die Panikmache der *diehards* mit dem Argument zurück, dass die britische Geschäftswelt ihre Bedenken nicht teilte. Er konnte darauf verweisen, dass indische Investitionen stabil geblieben waren, obwohl seit der *Round Table Conference* Pläne für politische und wirtschaftliche Neuerungen bekannt gewesen waren. Bezüglich des indischen Haushalts machte Thompson klar, dass die Verfassung so konzipiert war, dass indische Minister lediglich 20% der Finanzen kontrollieren würden. Dass damit den Indern ein erheblicher Teil der Verantwortung genommen wurde, stand für Thompson nicht im Konflikt zum Reformvorhaben, Indien zu demokratisieren. Es war jedoch ein weiterer Versuch, den Erhalt britischer Kontrolle hervorzuheben.

Weiterhin betonte die Schrift die Zielgerichtetheit der britischen Indienpolitik seit 1909. Obwohl der damalige Staatssekretär Morley sich öffentlich immer wieder vehement gegen parlamentarische Institutionen in Indien ausgesprochen hatte, wurde

¹²⁵⁷ Butler an Thompson, 7. April 1933, Thompson Papers IOR/Eur/F. 137/48. Im Folgenden Thompson Papers F 137.

¹²⁵⁸ Brown an Thompson, 7. April 1933, Thompson Papers F 137/48.

¹²⁵⁹ MacGregor an Thompson, 10. April 1933, Thompson Papers F 137/38.

¹²⁶⁰ MacMillan an Butler, 11. Mai 1933, RAB F73/38.

nun ein Zusammenhang zum *White Paper* hergestellt, und der unglückselige Montagu wurde *posthum* in Schutz genommen. Thompson verlieh dessen Erklärung von 1917 mehr Gewicht und Autorität, indem er den damaligen Staatssekretär nicht als „losgelösten Idealisten“ darstellte, sondern darauf hinwies, dass er als Vertreter eines Koalitionskabinetts gehandelt hatte. Sir John Simon unterließ es selbstverständlich nicht, darauf aufmerksam zu machen, dass Curzon selbst an der Formulierung der Erklärung mitgewirkt hatte.¹²⁶¹

Zusätzlich knüpften Vertreter der *Times* Kontakte zu pensionierten ICS-Beamten, damit diese ihrerseits zur Propagandaarbeit des IO beitrügen. Brown und J.M. Joppling, ehemals ICS-Angehöriger in den *United Provinces*, kamen überein, dass Letzterer zusammen mit einer Gruppe von ehemaligen Kollegen einen Brief an die *Times* aufsetzen würde, in dem sie deutlich machten, dass O'Dwyers und Craddocks Ansichten nicht als repräsentativ für die Mehrheit des ICS angesehen werden könnten. Mehrere Entwürfe gingen zwischen Butlers Büro, der *Times* und den Pensionären hin und her, bevor der Leserbrief am 3. Juni 1933 veröffentlicht wurde.¹²⁶² Damit wurde seitens des IO die Stellung des ICS als vereint dastehende Autorität bezüglich Indiens weiter unterminiert.

Die Bekanntgabe der geplanten Zusammensetzung des JSC rief eine hitzige Debatte im Parlament hervor. Die *diehards* sahen sich in ihren Befürchtungen endgültig bestätigt, Hoare hätte die Mehrzahl der Komiteemitglieder so auswählen lassen, dass die Annahme des *White Paper* garantiert sein würde. Croft warf dem Staatssekretär vor, die Konservativen während der Blackpool-Konferenz getäuscht zu haben. Die damalige Entscheidung, ein JSC einzuberufen, sei nun durch die tatsächliche Zusammensetzung des Komitees zu einer Farce geworden und die Bedingungen für eine freie Abstimmung nicht mehr gegeben.¹²⁶³ Der Antrag der *diehards*, sechs Mitglieder der Regierung von der Liste zu streichen, wurde mit 209:118 abgelehnt. Trotz der verlorenen Abstimmung stellten die 118 Abgeordneten den bis dahin größten Widerstand, die gegen die Regierung. Churchill feierte das mit einem Pressestatement, in dem er der Regierung vorwarf, von dem JSC „nicht Rat,

¹²⁶¹ E.P. Thompson, *India. The White Paper*, London 1933. In weiteren Punkten befasste er sich mit dem Argument, dass lediglich 10% der Inder hinter den Vorschlägen des Papiers stünden. Für Thompson ließ dies nicht den Rückschluss zu, dass die restlichen 90% dagegen seien. Weiterhin sei die Situation nicht mit Irland zu vergleichen, da der Vizekönig immer noch die Außenpolitik bestimme und das Militär und die Verwaltung in britischer Hand bleiben würden.

¹²⁶² Brown an Butler, 26. April 1933, RAB F73/101.

¹²⁶³ HMSO, 276, 10. April 1933, 2208-13.

sondern Reklame, nicht Leitung, sondern Garantien“ zu wollen.¹²⁶⁴

Der Abgeordnete für Epping konzentrierte sich von nun an erneut auf Begegnungen in Wahlkreisen und bereitete sich auf die Parteikonferenz im Oktober vor.¹²⁶⁵ Dabei schrieb er optimistisch an Rothermere:

Many Conservative bodies of every kind are passing resolutions at their meetings against the White paper. We are taking steps to fight the issue in all the meetings of the National Union and its ancillary bodies. Of course, the Central Office is making exertions, too. [...] I am full of hope that we shall prevent the Bill from passing next year. [...] If the Daily Mail and your other papers go on as they have done, or perhaps even a little more so, the Conservative Association will continue to respond.¹²⁶⁶

Winston Churchills Sohn Randolph betrat nun ebenfalls das politische Parkett und brachte während der Jahreskonferenz der jungen Konservativen eine Resolution ein, die die gegenwärtige Indienpolitik der Regierung verurteilte. Unter lautem Jubel der aufstrebenden Konservativen sagte Randolph Churchill, seiner Überzeugung nach sei es wichtiger, Indien für die Krone zu retten als das *National Government*. Nach einer lebhaften Debatte wurde seine Resolution jedoch abgelehnt.¹²⁶⁷

Die IES verlegte nun ihre Arbeit auf das Hinterland und machte dort Propaganda gegen das *White Paper*, das JSC und die gesamte Indienpolitik der Regierung.¹²⁶⁸ Rothermeres Presse war dabei eine große Hilfe. Die *Daily Mail* unterstützte Randolph Churchill und präsentierte seine Resolution als repräsentativ für das junge England.¹²⁶⁹ Die Zeitung schlug Kapital aus dem Auftreten der *diehards* in einigen Wahlkreisen und schrieb, dies hätte dazu geführt, dass andere Wahlkreise ihre Abgeordneten nach Hause zitierten, um sich von ihnen die Indienproblematik erklären zu lassen. Aus Sicht der *Daily Mail* kam das einer Revolte konservativer Wähler gegen den Parteiapparat gleich.¹²⁷⁰

Der Freitagabend des 12. Mai 1933 wurde sowohl für die Regierungsvertreter als auch für die *diehards* ein anstrengender Abend. Baldwin sprach in der *Albert Hall*

¹²⁶⁴ Bridge (1986:97f.) weist daraufhin, dass 22 der 79 Konservativen, die gegen die Regierung gestimmt hatten, dies bei anderen Abstimmungen in Bezug auf Indien nicht wiederholten. Ihnen ging es zu diesem Zeitpunkt vermutlich um das Prinzip der neutralen Zusammensetzung eines JSC und weniger um die Indienpolitik an sich.

¹²⁶⁵ Bridge (1987:28).

¹²⁶⁶ Churchill an Rothermere, 3. Mai 1933, Churchill Papers Char 2/193/82.

¹²⁶⁷ *The Guardian*, 8. Mai 1933.

¹²⁶⁸ Siehe z.B. den Beschluss des Treffens der Konservativen Partei in Canterbury vom 7. Mai 1933, auf dem Sir William Wayland, der 1932 Sir Ernest Petter bei der St. George's-Nachwahl unterstützt hatte, der Regierung erneut vorwarf, kein Mandat für ihre Indienpolitik erhalten zu haben. *The Times*, 8. Mai 1933.

¹²⁶⁹ *The Daily Mail*, 8. Mai 1933.

¹²⁷⁰ *Ibid.*, 2. Mai 1933.

vor einer Versammlung konservativer Damen. Hoare redete in Doncaster. Croft trat in Bournemouth, und Winston Churchill und Lord Lloyd traten in der *Manchester Free Trade Hall* auf, die laut *Guardian* bis auf den letzten Platz besetzt war. Die *Lancashire and India Trade Preservation Society* hatte geladen. Für Churchill und Lloyd war es eine willkommene Gelegenheit, Ängste im von Baumwollindustrien geprägten Lancashire zu schüren: sie argumentierten, dass der gesamte Lebensstandard der britischen Insel seit Jahrhunderten auf dem Handel mit Indien beruhte. Eine resolute Entscheidung der Regierung würde ausreichen, dem angeschlagenen Lancashire-Handel wieder auf die Beine zu helfen.¹²⁷¹ Churchill erinnerte sein Publikum daran, dass er bereits zwei Jahre zuvor an derselben Stelle vor einer „gefährlichen sozialistischen“ Indienpolitik gewarnt hatte. Es sei unverständlich für ihn, dass das *National Government* mit seiner absoluten Mehrheit diese Politik fortsetzte:

[...] now we find that the same small group of men – Mr. Baldwin, Lord Irwin, Lord Reading, Lord Lothian, Mr. Geoffrey Dawson, the editor of the ‘Times’ newspaper, with Mr. MacDonald apparently a somewhat bewildered spectator – are driving forward the Round Table policy inherited from the Socialist Government with all the powerful machinery of the Conservative Party. [...] The Indian Constitution set out in the White Paper is unworkable. It will not bring peace to India. It will open an intense period of strife. [...] In the very centre of this struggle, like a football amid opposing teams, will be the trade of Lancashire.¹²⁷²

Das gesamte Konzept war für Churchill ein „von Pygmäen errichtetes billiges Gebäude aus Krimskrams“.¹²⁷³ Dawsons Nähe zu den Ereignissen und den Regierungspolitikern machte ihn zu einem „journalistischen Handlanger“. Seine Zeitung verlor damit für die *diehards* an Autorität, denn ihre Objektivität war aus ihrer Sicht nicht mehr gegeben. Günstig für die verstärkten Aktivitäten der *diehards* war, dass es der IES in der Zwischenzeit gelungen war, mehr Gelder aufzutreiben, um ihre

¹²⁷¹ A. Muldoon, *An unholy row in Lancashire*: The Textile Lobby, Conservative Politics and Indian Policy, 1931-1935, *TCBH* 14 (2), 2003, 93-111 und Pugh (2004:143-151) kommen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen bezüglich der Rolle, die Lancashire und sein Baumwollsektor in den 1930ern für die Konservative Partei spielten. Während Muldoon Lancashire und seinen konservativen Abgeordneten eine erhebliche Bedeutung zuspricht, dementiert Pugh zwar nicht den Einfluss von Lancashire, doch meldet er Zweifel daran an, welche Rolle Indien für die Konservative Partei spielte. Die Kampagne der Rebellen um Churchill bereiteten Baldwin, Hoare und anderen Konservativen schlaflose Nächte – nicht wegen Indien, sondern aus Sorge um die Stärke der Konservativen, gerade in Lancashire. Dort sahen sie sich bei der nächsten Wahl nicht nur der *Labour-Partei* gegenüber, sondern auch der *British Union of Fascists* unter Sir Oswald Mosley.

¹²⁷² *The Guardian*, 13. Mai 1933

¹²⁷³ *Ibid.* Am Rande des Treffens hatte Ernest Wilkenson, Mitglied der *Indo-British Trade Preservation League*, Flugblätter verteilt, auf denen der britische Imperialismus für Indiens Verarmung verantwortlich gemacht wurde. Die Polizei hinderte ihn jedoch nach einer Weile daran, weitere Exemplare an Passanten zu verteilen.

Kampagne voranzutreiben.¹²⁷⁴

In London betonte Baldwin, die Indiienerfahrung derer, die das *White Paper* nicht unterstützten, liege bereits geraume Zeit zurück. Im Gegensatz dazu unterstützte der ICS, der seit 1919 Indien verwaltete, die vorgeschlagenen Reformen. Gegen Ende seiner Rede gab Baldwin eine bemerkenswerte Erklärung ab: „I believe India may be kept in the Empire by moving forward, but if we do not adopt the Government’s proposals we shall lose India.“¹²⁷⁵

Dies verdeutlicht, dass sowohl die *diehards* als auch die Vertreter der Regierung versuchten, zu verhindern, dass Indien dem Empire verloren ging. Baldwin erklärte, was auf dem Spiel stand. Wer auch immer die Reformgegner als Ansammlung sentimentaler alter Herren darzustellen versuchte, wurde daran erinnert, dass auch die Regierung angetreten war, um Indien zu halten. Keine Rede mehr von Prestige, britischer Allmacht oder gegenseitigem Vertrauen. Großbritannien konnte sich nicht mehr auf die Unfehlbarkeit seiner bisherigen Indienpolitik und die garantierte Loyalität des Subkontinentes verlassen. Als Regierungsvertreter und Führer der Konservativen Partei machte Baldwin es sozusagen offiziell, dass das Königreich Indien ohne dessen Kooperation nicht mehr regieren bzw. kontrollieren konnte.

In Doncaster versicherte Hoare seinem Publikum, dass sich die Situation in Indien in den letzten achtzehn Monaten erheblich verbessert habe und Aktionen des zivilen Ungehorsams so gut wie beendet seien. Bezüglich der Wirtschaft wies er daraufhin, dass Investitionen in Indien sogar angestiegen waren. Weiterhin hob er hervor, dass niemand eine Kapitulation in Indien plane. Der Staatssekretär stimmte mit seinen Gegnern darin überein, dass Indien im Empire bleiben müsse, also dass die Kontrollfunktion des Königreiches nicht einfach aufgegeben werden sollte. Sie unterschieden sich lediglich in der Methode, nicht in ihrem Ziel. So versuchte Hoare, die *diehards* oder zumindest ihre Sympathisanten mit angeblichen Gemeinsamkeiten auf seine Seite zu locken. Weiterhin sollte die Betonung des gemeinsamen Ziels den Reformgegner den Wind aus den Segeln nehmen. Croft seinerseits fand starke Worte

¹²⁷⁴ Bridge (1986:101f.). Jedes parlamentarische Mitglied der IDL stiftete 50 Britische Pfund. Größere Summen wurden vom Duke of Westminster, einem der reichsten Männer des Landes, und Churchills Parteifreund John Courtauld gespendet, und weitere 4.500 Pfund stammten aus bereits bestehenden Fonds der *diehards*.

¹²⁷⁵ *The Guardian*, 13. Mai 1933.

für Baldwin und warf ihm vor, indischen Mördern in die Hände zu spielen.¹²⁷⁶

Im Verlauf der Debatte hatte Staatssekretär Hoare die größte Schwachstelle des IO und seiner Öffentlichkeitsarbeit in Großbritannien erkannt. Während die IES ihre Botschaften einfach in Form von polemischen Zeitungsüberschriften, die Rothermere gerne bereitstellte, und Podiumsslogans verbreiten konnte, musste das IO komplizierte Details erläutern.¹²⁷⁷ Wie bereits von Butler vorgeschlagen, forcierte Hoare nun die Gründung einer eigenen Propagandaorganisation, um den *diehards* einen Riegel vorschieben zu können. Die neue Organisation, die offiziell nicht mit dem IO in Verbindung gebracht werden sollte, hieß *Union of Britain and India* (UBI). Der Name sollte das Programm verdeutlichen. Trotz aller Unterstützung für konstitutionelle Reformen sollte die „Union“ zwischen Großbritannien und Indien aufrechterhalten werden. Irwin und Hoare schlugen Baldwin vor, die Propagandaabteilung des *Central Office* zu involvieren. Somit bildeten Butler, George Lane Fox, ehemaliger Minister für Bergbau, und William Ormsby-Gore, der *First Commissioner of Works*, ein eigenes Komitee, das als Bindeglied zwischen dem *Central Office* und der UBI fungierte.¹²⁷⁸ Das IO würde seinerseits dafür sorgen, die *Union* mit Material zu versehen, um auf Leserbriefe der IES prompt reagieren zu können.¹²⁷⁹

Am 19. Mai 1933 wurden Handzettel verteilt, in denen die Gründung der UBI bekanntgegeben wurde. Ziel der UBI sollte es sein, falsche Vorstellungen, die auf mangelnden Informationen beruhten, zu bekämpfen und dazu beizutragen, die Durchführung konstitutioneller Reformen in Indien zu unterstützen.¹²⁸⁰ Vorsitzender wurde Sir John P. Thompson, der ehemalige Präsident der *European Association* in Indien, Edward Villiers wurde Vizevorsitzender¹²⁸¹ und der ehemalige Offizier und Kolonialbeamter in Ägypten, Owen Tweedy, Sekretär. Die UBI bezog Räume im *Caxton House* in Westminster. Nachdem man sich eingerichtet hatte, sandte Thompson einen Rundbrief mit Richtlinien an potenzielle Rekruten. Die Strategie der Union bestand demnach darin, in Leserbriefen auf Pressestatements zu reagieren; konservativen Abgeordneten, sofern sie das *National Government* unterstützten, sowie

¹²⁷⁶ Ibid.

¹²⁷⁷ Hoare an Willingdon, 5. und 19. Mai 1933, Hoare Papers E 240/3.

¹²⁷⁸ Hoare an Baldwin, 16. Mai 1933, Baldwin Papers Vol. 106/78-79.

¹²⁷⁹ Butlers Sekretär Rumbold an Thompson, 17. Mai 1933, RAB F73/242-244.

¹²⁸⁰ Handzettel der UBI, 19. Mai 1933, RAB F73/248, Vollansicht im Anhang.

¹²⁸¹ Um ihn zu motivieren, stellte Hoare sicher, dass Villiers auf die jährliche Liste der zum Ritterschlag vorgesehenen Kandidaten gesetzt wurde. Tatsächlich konnte sich Villiers bald darauf Sir Edward nennen. Gilbert (1991:520).

dem Vorsitzenden der *Conservative Association* in ihren Wahlkreisen dabei behilflich zu sein, die Reformpolitik zu verteidigen; Treffen im Privaten oder in der Öffentlichkeit zu organisieren; während öffentlicher Treffen an Diskussionen teilzunehmen; Zeitungsartikel über solche Treffen zu sammeln und der UBI zukommen zu lassen; im Freundeskreis Werbung für die UBI zu machen und zu guter Letzt 5 Schilling oder mehr zu spenden.¹²⁸² Keine zwei Wochen später schickte das *Central Office* ein Memorandum an seine Agenten, in dem es sie aufforderte, Einladungen zu örtlichen Veranstaltungen an Mitglieder der UBI zu senden. Eine Debatte über das *White Paper* innerhalb der Konservativen Partei wurde zwar offiziell gutgeheißen, die Art und Weise jedoch, wie Churchill und Lord Lloyd vorgingen, brandmarkte das *Central Office* als illoyal. Die IES musste bekämpft werden.¹²⁸³ Diese Strategie sollte dazu beitragen, Reformgegner auszugrenzen und das Narrativ der Debatte innerhalb der Partei zu kontrollieren.

Parallel zu diesen Ereignissen hatte sich aus dem Zusammenschluss der IES und des IDC die *India Defence League* (IDL) formiert. Das IDC und die IES gaben nun zusammen die *Indian Empire Review* heraus,¹²⁸⁴ und jedes Mitglied, das 10 Schilling spendete, erhielt fortan die monatliche Ausgabe der Zeitschrift sowie alle weiteren Veröffentlichungen der IDL. Die Büroräume wurden im Haus Nr. 48 Broadway, in der Nähe des St. James's Parks in Westminster, eingerichtet. Gleichzeitig lief eine neue *Daily Mail*-Kampagne an. Diesmal diente die Nachwahl in Hitchin vom 9. Juni 1933 als Aufhänger, die durch den Tod des Konservativen Edward Lytton notwendig wurde. Der ehemalige Kolonialverwalter im Irak, Sir Arnold Wilson, trat für die *diehards* an und sollte schließlich auch die Wahl gewinnen. Rudyard Kipling, einer der Vizepräsidenten der IDL, schrieb ein paar unterstützende Worte für Wilson, die von der *Daily Mail* veröffentlicht wurden. Das Blatt druckte zusätzlich sein *White Man's Burden* ab und ließ auch Admiral Osborne, den Cheforganisator der IDL, zu Wort kommen, der behauptete, die Mitgliederzahlen der gerade eine Woche alten Liga stiegen sprunghaft an:

Every post brings us letters from scores of people in sympathy with our aims and anxious to be enrolled. Just how deeply the public feel can be gauged from the fact that although

¹²⁸² Rundbrief von Thompson, 3. Juni 1933, Thompson Papers F. 137/49.

¹²⁸³ Memorandum des Direktors des *Central Office*, 24. Mai 1933, CCO4/1/80.

¹²⁸⁴ Die *Indian Empire Review* war inhaltlich in Artikel über die Zeit vor und die Zeit nach 1919 aufgeteilt. Während die Autoren, z.B. Ameer Ali und O'Dwyer, die Vorteile der Zeit vor 1919 hervorhoben, wurden die anschließenden Entwicklungen ausschließlich in einem negativen Licht präsentiert.

our membership fee is only 1s the majority of people are sending £5,- and more.¹²⁸⁵

Die *Daily Mail* berichtete fortan über den Eintritt Prominenter und Adliger in die IDL. Dazu zählten, wie bereits erwähnt, Kipling, weiterhin Flottenadmiral Sir Roger Keyes und die Duchess of Somerset. In regelmäßigen Abständen wurde den Lesern die Adresse der IDL in Westminster mitgeteilt, und die Leitartikel sprühten vor Begeisterung und Aufbruchsstimmung:

Men and women in every station of life and of all shades of political opinion are enrolling themselves as member of the India Defence League [...]. People in every home in the country are beginning to realise what Britain stands to lose, and how the sacrifices of blood and treasure in building up the great Indian Empire and in bringing peace and prosperity to that sub-continent will have been made in vain if the 'Reforms' go through.¹²⁸⁶

Die Gründer der IDL, die sich laut *Daily Mail* durch Patriotismus und Indienerfahrung auszeichneten, wurden in ihrer Wahrnehmung zu Führern dieser Massen. Damit wurde nicht nur eine Mehrheit suggeriert, sondern auch eine gesteigerte politische Relevanz Indiens für die britische Öffentlichkeit.

Ermutigt wurden sie durch Briefe wie dem von J.B. Harrop an Churchill, in dem dieser versicherte, ICS-Pensionäre in Jersey „sähen rot“ angesichts der Indienpläne der Regierung.¹²⁸⁷ Als krönender Abschluss erschien Ende Juni ein Artikel in der *Daily Mail*, in dem unter anderem der Leibarzt des Ende April verstorbenen Prinzen Ranji, Dr. W. Prosser Thomas, zitiert wurde. Wie die Zeitung von ihm erfahren haben wollte, war der Prinz aus Sorge um Indiens Zukunft gestorben. Die Anstrengungen und Aufregungen der vorangegangenen Monate waren offenbar zu viel für ihn gewesen. Implizit war die Regierung also schuld an seinem Tod:

He understood so well the Indian character and the outlook of his people resulting from age-old traditions and the inflexibilities of the caste system He knew their reluctance for change. [...] He felt that it was far better for India to go on developing slowly and steadily than to have methods suddenly thrust upon her which were alien to the tradition-bred temperament of the vast portion of the people.¹²⁸⁸

Zusätzliche Möglichkeiten, an die Emotionen der Leser zu appellieren, lieferte das Treffen des *Central Council* der Konservativen am 28. Juni 1933 in London.¹²⁸⁹

¹²⁸⁵ *The Daily Mail*, 9. Juni 1933.

¹²⁸⁶ *Ibid.*, 10. Juni 1933.

¹²⁸⁷ Weiterhin schlug Harrop vor, Lord Lloyd und Churchill sollten die BBC umgehen, indem sie entweder vom Kontinent aus auf Sendung gingen oder sich gleich eine eigene Radiostation kauften. Harrop an Churchill, 6. Juni 1933, Churchill Papers Char 2/193/132-133.

¹²⁸⁸ *The Daily Mail*, 28. Juni 1933.

¹²⁸⁹ Bridge (1986:103f.) beschreibt die Taktiken, die Baldwin anwandte, um eine direkte Abstimmung

Lord Lloyd brachte eine Resolution ein, die die Übergabe der Kontrolle über die Polizeikräfte an indische Minister verhindern sollte. Lord Carson, ein Veteran mit dreißig Jahren „Kampferfahrung“ gegen die *Irish Home Rule*, war extra nach London gereist, um Lord Lloyd zu unterstützen. Mit seinen 79 Jahren schleppte er sich sichtlich ermattet an einem Stock auf die Bühne und wusste, sein Alter und seinen körperlichen Zustand einzusetzen:

If I differ from Mr. Baldwin today, If I have gone through the ordeal of coming here – which probably some people thought I ought not to have done – it is because I feel a very grave and great responsibility to be placed on every man who loves his country to try to prevent a great disaster to India and to the Empire.¹²⁹⁰

Die *Daily Mail* versäumte nicht darauf hinzuweisen, dass Lord Carson aus seiner Irlanderfahrung – Sicherheitsgarantien, die in kürzester Zeit erodiert worden waren – schöpfen und auf den tragischen Ausgang solcher „konstitutionellen Abenteuer“ verweisen konnte.¹²⁹¹ Die *diehards* verloren dennoch mit 356:838 Stimmen.

Das *Central Office* versuchte derweil, das Narrativ innerhalb der Partei unter Kontrolle zu halten, indem es Schritte unternahm, den Ansturm der *diehards* auf das Land einzuschränken. Sir Arnold Wilson, der gerade die Nachwahl in Hitchin als Kandidat der *diehards* gewonnen hatte, wollte ursprünglich in Oldham zusammen mit Lord Lloyd über Indien sprechen. Oldham hatte zwei Konservative ins Parlament entsandt, die beide das *National Government* unterstützten. Beide beschwerten sich im *Central Office* woraufhin die Zentrale entschied, es sei gegen die Etikette, in einem fremden Wahlkreis zu sprechen, ohne zuvor das Einverständnis des jeweiligen Abgeordneten einzuholen. Die *diehards* versäumten nicht, prompt darauf hinzuweisen, dass Baldwin in der vorangegangenen Woche in Belle Vue eine Rede gehalten hatte, wo die Situation genau umgekehrt war, da die beiden Abgeordneten dieses Wahlkreises gegen die Indienpolitik der Regierung waren. Baldwin hatte es ebenfalls unterlassen, sie um Erlaubnis zu bitten.¹²⁹²

Indessen wurde das Kabinett mit einem erneutem Ersuchen Gandhis konfrontiert, den Vizekönig sprechen zu dürfen. Gandhi war nach Beendigung seines Hungerstreiks und dem Abschluss des Poona-Pakts auf freien Fuß gesetzt worden und hatte die zivilen Ungehorsamkeitsaktionen für sechs Wochen ausgesetzt. Das Kabinett

zu vermeiden und die Partei auf die Zeit nach der Präsentation der Ergebnisse des JSC zu verträsten.

¹²⁹⁰ *The Daily Mail*, 29. Juni 1933

¹²⁹¹ *Ibid.*

¹²⁹² *The Guardian*, 6. Juli 1933.

lehnte es allerdings ab, verwaltungstechnische Fragen diskutieren zu lassen. Selbst wenn Gandhi sich bereit erklären sollte, lediglich konstitutionelle Probleme zu erörtern, würde es schwierig werden, die Verwaltung außen vor zu lassen. Weiterhin glaubten Hoares Kabinettskollegen, dass die öffentliche Meinung in Großbritannien ein Interview kaum unterstützen würde und Gandhi sich glücklich schätzen könne, aus dem Gefängnis entlassen worden zu sein.¹²⁹³ Nachdem Willingdon das Gespräch abgelehnt hatte, schrieb ihm Hoare, dass Gandhi in England mittlerweile zu einem „schlechten Scherz“ geworden sei, was er für „exzellent“ hielt. Der Staatssekretär versprach dem Vizekönig, alles zu unternehmen, um diese Meinung aufrechtzuerhalten.¹²⁹⁴

Als Gandhi daraufhin zivile Ungehorsamkeitsaktionen durch Einzelaktionen ersetzte, die jedem freigestellt waren, wurde er prompt wieder verhaftet. Hoare stellte sicher, dass Willingdon Gandhis erneuten Gefängnisaufenthalt so offen wie möglich gestaltete. Besuche, Zeitungslektüre und Korrespondenz mussten erlaubt bleiben, um Gandhi vor der britischen Öffentlichkeit nicht zum Märtyrer zu machen. Weiterhin bat das IO die BBC, von Berichten abzusehen, die den Eindruck erwecken könnten, das GOI wolle mit Gandhi in Verhandlungen treten.¹²⁹⁵ Sollte der Mahatma einen erneuten Hungerstreik im Sinn haben, schlug Hoare vor, ihn „rauszuschmeißen“, um keine Verantwortung für seinen Tod übernehmen zu müssen.¹²⁹⁶ Gandhi erhielt jedoch die Genehmigung, seine Arbeit für die Kastenlosen vom Gefängnis aus fortzusetzen, was der *Guardian* begrüßte.¹²⁹⁷

Zur selben Zeit machte es sich das *Central Office* zunutze, dass konservative Ortsgruppen Agenten der Zentrale anforderten, um die Parlamentspolitik der Partei zu diskutieren. Es wurde dafür gesorgt, dass die entsandten Agenten der UBI nahestanden. Den *diehards* blieb das verstärkte Auftreten der Unionsagenten selbstverständlich nicht verborgen. Lord Wolmer verdächtigte in einem Brief an den Parteivorsitzenden und ehemaligen Generalgouverneur von Australien, Lord Stonehaven, das *Central Office*, die UBI zu finanzieren. Stonehaven seinerseits log und versicherte Lord Wolmer, es gäbe keinerlei Verbindung zwischen der Zentrale

¹²⁹³ Kabinettsitzung vom 12. Juli 1933, PRO/Cab 23, 76.

¹²⁹⁴ Hoare an Willingdon, 27. Juli 1933, Hoare Papers E 240/3.

¹²⁹⁵ MacGregor an Rose-Troup, 21. August 1933, Reading Archives R28/91/1.

¹²⁹⁶ Hoare an Willingdon, 11. August 1933, Hoare Papers E 240/3.

¹²⁹⁷ *The Guardian*, 23. August 1933.

und der UBI.¹²⁹⁸ Wolmer wiederum glaubte ihm kein Wort und machte seinen Verdacht publik.¹²⁹⁹ Die UBI ihrerseits übernahm die IDL-Taktik, neue Mitgliederlisten an die Presse zu schicken. Die neuen Anhänger kamen vor allem aus den Bereichen Wirtschaft, Kirche, Militär, Verwaltung und Polizei.¹³⁰⁰ Fast alle konnten sich auf Indiienerfahrung berufen. Dabei fällt auf, dass ihre Dienstzeit in der Mehrzahl der Fälle in die Zeit nach der Einführung des GIA von 1919 fiel. Die Union konnte sich so auf Unterstützung von Männern aus verschiedenen Bereichen der indischen Verwaltung berufen, die Indien erst kürzlich verlassen hatten und mit den praktischen Folgen des GIA von 1919 vertraut waren. So wurde argumentiert, diese Mitglieder allein könnten die aktuelle Situation im Lande einzuschätzen, womit gleichzeitig impliziert wurde, dass die IDL veralteten Theorien anhing.

Für Oktober hatten die Konservativen ihren Parteitag in Birmingham anberaumt. Das JSC unter dem Vorsitz von Lord Linlithgow wurde bis Anfang Oktober vertagt. Die IDL erhielt im Vorfeld erneut Anfragen von hoffnungsvollen Konservativen ob sie bereit sei, Kandidaten zu unterstützen, die gegen die Vorschläge des *White Paper* waren.¹³⁰¹ Im Zuge der Vorbereitungen auf Birmingham sandte Croft Rundbriefe an die Parteiagenten und bat sie, einen von der IDL aufgesetzten Brief an die Vorsitzenden und Delegierten des kommenden Parteitags zu senden. Der Brief warnte vor dem Untergang des Empires und Großbritanniens, sollten die Konservativen die nächsten Wahlen aufgrund ihrer Indienpolitik verlieren. Einerseits wurde Croft daraufhin aus den Reihen seiner eigenen Partei für seine subversiven Maßnahmen heftig angegriffen. Andererseits muss festgehalten werden, dass das *Central Office* selbst eifrig Post an Delegierte verschickte, in der das *White Paper* unterstützt wurde.¹³⁰²

Nichtsdestotrotz sandten Thompson und Villiers Briefe an die *Times*, in denen sie sich über die IDL-Propaganda beschwerten. Sie befürchteten, die Arbeit der Liga

¹²⁹⁸ *The Times*, 26. Juli 1933.

¹²⁹⁹ So z.B. während eines von der IDL organisierten Treffens im *Victoria Hotel* vom 21. Juli 1933. *The Guardian*, 22. Juli 1933.

¹³⁰⁰ *Ibid.*, 5. August 1933. Neue Rekruten waren u.a. Sir Hubert Carr, Präsident der *European Association of India*, 1922-25; Sir David Chadwick, von 1922-1927 Sekretär der GOI-Abteilung für Kommerz und nun Sekretär des imperialen Komitees für Kommerz; Sir Geoffrey Clarke, Vorsitzender der Londoner Handelskammer; Bischof C.J. Ferguson-Davie, Bischof von Singapur 1909-27, Sir Arthur Hirtzel, permanenter Unterstaatssekretär für Indien, 1924-30, Brigadier H.R. Sandilands, Kommandant der Peshawar Brigade, 1929-32; Sir Charles Stead, Generalinspekteur der Polizei im Punjab 1928-32.

¹³⁰¹ Osborne an Churchill, 5. September 1933, Churchill Papers, Char 2/197/104. Osborne wurde kurz darauf wegen totaler Unfähigkeit entlassen.

¹³⁰² *The Times*, 30. September und 2. Oktober 1933; *The Guardian*, 29. September 1933.

und jede Stimme für Churchill würde nur dazu beitragen, den INC zu stärken.¹³⁰³ Ähnlichen Inhalts war ein Brief von Hugh MacPherson, ebenfalls Mitglied der UBI, an den *Guardian*.¹³⁰⁴ Sollte die *diehard*-Kampagne von Erfolg gekrönt sein, drohe eine zweite *mutiny*. Diesmal wäre das Königreich jedoch von allen Freunden in Indien verlassen und weder in der Lage, antibritische Propaganda zu bekämpfen, noch die Verwaltung aufrecht zu erhalten. Bisherige zivile Ungehorsamkeitsaktionen hatten laut MacPherson nur abgewehrt werden können, da man sich auf die indische Loyalität verlassen konnte. Er warnte davor, dass diesmal selbst England freundlich gesonnene Elemente in Indien nicht bereit sein würden, weniger zu akzeptieren, als im *White Paper* festgehalten wurde. Dies war mehr oder weniger ein offenes Eingeständnis, dass das Vereinigte Königreich seine Machtposition eingebüßt hatte:

The opponents of the White Paper proposals appear to think that we can afford to disregard the wishes of the Indian Intelligentsia because we have the 'dumb millions' behind us. [...] The educated and politically minded classes may only be a fraction of the great Indian population, but their importance is wholly disproportionate to their numbers, and it would be a fatal mistake to underrate their all pervading influence with the masses. [...] Nor is it correct to speak of the dumb millions as if they were wholly ignorant and credulous. A not inconsiderable proportion, though illiterate, is far from being unintelligent.¹³⁰⁵

MacPherson hob die indischen Massen von einem kindlichen Status auf eine emanzipierte Ebene. Er war nicht der Erste, der dieses tat. Vor ihm hatten der englische Arm des INC und seine Sympathisanten, die *Home Rule League* und die CL immer wieder dazu aufgerufen, die indischen Massen nicht zu unterschätzen. Jetzt aber bediente sich das durch das IO heimlich unterstützte Propagandaorgan ebenfalls dieses Arguments und machte es somit „salonfähig“. Ein von den *diehards* immer wieder angeführter Topos, die unpolitischen und naiven Massen in Indien, wurde so seiner Aussagekraft beraubt. MacPherson war nicht so weit gegangen, den indischen Massen ihre Rolle als dankbare Untertanen abzusprechen. Der Hinweis auf deren Mündigkeit trotz des augenscheinlichen Mangels an formeller Bildung trug jedoch dazu bei, den Konsens in diesem Punkt an eine Grenze zu bringen.

In Birmingham selbst lief die IDL-Maschinerie auf vollen Touren. 10.000 Flugblätter und andere Schriften wurden verteilt. Das wohl bekannteste Flugblatt trug den Titel: *The White Paper with the Black Border*, womit auf einen Nachruf für das

¹³⁰³ *The Times*, 2. und 5. Oktober 1933.

¹³⁰⁴ *The Guardian*, 5. Oktober 1933.

¹³⁰⁵ *Ibid.*

bedrohte Empire angespielt wurde.¹³⁰⁶ Plakate mit ähnlichen Botschaften wurden auf Birminghams Litfaßsäulen geklebt und fanden sich auch auf Autos, die durch die Innenstadt fuhren. Die *Morning Post* engagierte eine Truppe von „Sandwichmännern“, die behangen mit Werbetafeln auf den Straßen auf und ab liefen.¹³⁰⁷ Die *Daily Mail* versicherte ihren Lesern, dass Konservative allerorten gegen die Indienpolitik der Regierung seien,¹³⁰⁸ und wies auf die offensichtliche Anspannung bei den konservativen Parteiführern hin.¹³⁰⁹ Croft verlas am Abend vor der Konferenz ein Statement der IDL, in dem die Partei aufgefordert wurde, das *White Paper* abzulehnen und nicht erst zu warten, bis das Parlament über die Ergebnisse der JSC-Sitzungen diskutieren würde.¹³¹⁰ Der Antrag der *diehards* gegen das *White Paper* wurde mit 737:344 Stimmen abgelehnt. Stattdessen wurde der Regierungsantrag, man solle den Bericht des JSC abwarten, angenommen. Beide Seiten feierten ihre „Erfolge“. Die *diehards* konnten einen Anstieg der Regierungsgegner vermelden, die Parteiführer waren erleichtert, den Antrag derselben abgeblockt zu haben, und der *Guardian* fasste zusammen:

When put to the test the Tory rump is scarcely likely to risk a break-up of the Government over an issue such as India, which it must realise, could have small electoral value at the polls with desperate economic and social troubles calling out for attention much nearer home.¹³¹¹

Bis auf ein paar versprengte *diehards* sei niemand bereit, die Partei und die Regierung wegen Indien in Bedrängnis zu bringen. Für den *Guardian* war das Juwel letztlich politisch nicht relevant genug, um einen so etwas zu rechtfertigen. Bewusst oder unbewusst sprach die Zeitung von Indiens geringer Bedeutung für die breite britische Öffentlichkeit.

Was die Arbeit des JSC anbetraf, versuchten die *diehards* nun, den Prozess in die Länge zu ziehen. Churchill selbst schickte sich an, zur Beweisaufnahme beizutragen, und Stuart und O’Dwyer wurden ebenfalls platziert, um vor dem Komitee auszusagen. Um Zeit zu gewinnen, beantragten die *diehards*, den Kanzler der Prinzenkammer aus Indien anreisen zu lassen, was jedoch abgelehnt wurde.¹³¹² Die

¹³⁰⁶ Der Slogan ging zurück auf eine Rede des Duke of Westminster auf der IDL-Versammlung im *Victoria Hotel* am 21. Juli. *The Daily Mail*, 22. Juli 1933.

¹³⁰⁷ Bridge (1986:105).

¹³⁰⁸ *The Daily Mail*, 2. Oktober 1933.

¹³⁰⁹ *Ibid.*, 6. Oktober 1933.

¹³¹⁰ *Ibid.*

¹³¹¹ *The Guardian*, 7. Oktober 1933.

¹³¹² Gwynne von der *Morning Post* war überzeugt, dass der Maharaja von Patiala sich gegen eine

diehards versteiften sich weiterhin auf zwei Argumente: die Föderation sei tot und das JSC von vornherein angetreten, um das *White Paper* zu unterstützen.¹³¹³ Churchills Auftreten vor dem JSC wurde vom IO als Höhepunkt der *Anti-White-Paper*-Propaganda betrachtet. Ein Teil der Arbeit des Komitees drehte sich um Indiens Bedeutung für die Baumwollindustrie in Lancashire. Das IO ermunterte James Bone, den Londonkorrespondenten des *Guardian*, dessen Redaktion schließlich in der Lancashire Metropole Manchester ansässig war, nach Abschluss der Sitzungen einen zusammenfassenden Artikel über den bisherigen Verlauf zu verfassen.¹³¹⁴

Der *Guardian* kam dem IO entgegen, indem er gleich mehrere Artikel verfasste, in denen vorwiegend der Behauptung widersprochen wurde, dass ein föderatives System in Indien nicht funktionieren könne. Vor allem aber erhielt das JSC volle Rückendeckung:

If the diehards mean that most of the Committee is in general sympathy with the White Paper policy they would be [...] right. But it would have been difficult or almost impossible for the Government, choosing from persons with eminent Indian experience, to have got any other sort of Committee. [...] What do the diehards want? They have ostentatiously refused to take part themselves.¹³¹⁵

Auch von der *Times* wurde das *White Paper* unterstützt. Das Blatt beschwerte sich mittlerweile über die Dauer der Beweisaufnahme des JSC. Es bezweifelte, dass einige der Zeugen aufgrund ihrer offiziellen Tätigkeit berechtigt waren, die Zeit des JSC so ausgiebig in Anspruch zu nehmen, zweifellos ein Seitenhieb auf Churchill. Für sie hatte das JSC bereits endgültig gezeigt, dass es keine Alternative zum *White Paper* gäbe.¹³¹⁶

Der *Daily Worker* lieferte eine ganz eigene Interpretation der Ereignisse. Für ihn war der Disput zwischen Churchill und Baldwin nichts Anderes als eine Arbeitsaufteilung unter konservativen Kräften. Die Kritik der *diehards* ermöglichte es Hoare, so das Blatt, sich intensiv um Sicherheitsgarantien zu kümmern, die die *diehards* zufrieden stellen würden. Die Zeitung betonte, dass auch Baldwin angetreten war, um Indien für das Empire zu retten.¹³¹⁷ Dies war eine recht akkurate Einschätzung

Föderation in Indien aussprechen würde. Kontaktpersonen in Kaschmir wurden über Umwege bemüht, Patiala dazu zu überreden. Die *diehards* wagten nicht, ihm direkt zu telegrafieren, da sie überzeugt waren, das Telegramm würde vom GOI und dem IO abgefangen werden. Gwynne an Salisbury, 13. November 1933, Gwynne Papers dep 11.

¹³¹³ Hoare an Willingdon, 24. November 1933, Hoare Papers E 240/3.

¹³¹⁴ MacGregor an Bone, 25. Oktober 1933, IOR/L/I/1/429.

¹³¹⁵ *The Guardian*, 25. November 1933.

¹³¹⁶ *The Times*, 30. Oktober 1933.

¹³¹⁷ *The Daily Worker*, 3. Mai 1933.

des britischen Konsenses um den Erhalt der Kontrolle über Indien.

In akademischen Kreisen machte man sich ebenfalls Gedanken um Indiens Zukunft. 1933 wurde der erste Band einer vierbändigen Indienreihe herausgegeben. Unter dem Titel *India Analysed*¹³¹⁸ untersuchten die Professoren Alfred Zimmern aus Oxford, Manning von der *London School of Economics* und Arthur Keith aus Edinburgh mit ihren Assistenten Dr. Sundram und Jenks die indische Frage von einem internationalen Blickwinkel aus.¹³¹⁹ Im Vorwort hielten die Herausgeber fest, dass die Reihe für diejenigen gedacht sei, die sich objektiv mit der Thematik auseinandersetzen wollten und mit den politisch beeinflussten Darstellungen in verschiedenen Zeitungen nicht zufrieden waren. Aus Sicht der Autoren machte die neue Verfassung Indien zu einem unabhängigen und eigenständigen Mitglied der internationalen Gemeinschaft.

Eng an die Tradition des *Round Table* gebunden, sahen Zimmern und seine Co-Autoren Indien als Drehscheibe zukünftiger Weltpolitik. Nur wenn Indien im *Commonwealth* bliebe und dieses Indien die ihm gebührende Position zugestehe, seien Frieden und Fortschritt möglich. Andernfalls drohten Rassenkonflikte von nicht kalkulierbarem Ausmaß. Man befürchtete, dass ein „weißes *Commonwealth*“ sich auf die USA zubewegen und mit Amerika eine psychologische und politische Einheit bilden würde. Folglich würde ein *Commonwealth* ohne Indien das Prinzip der Gleichheit aller Rassen, für das es stand, in Frage stellen. Basierend auf den Ideen des *Round Table* ging es darum, das Empire in ein *Commonwealth* zu verwandeln, das sich als starke und lebensfähige Einheit etablieren sollte. Was in Großbritannien mit Wales, Schottland und England auf der Mikroebene funktionierte, sollte auf eine Makroebene gehoben werden. Gleichheit aller Bürger sollte sich in Gleichheit aller Rassen verwandeln.

Diese Vorstellung lag für die *diehards* allerdings in weiter Ferne. Die Realität des politischen Alltags im Königreich bedeutete für sie, verstärkt propagandistisch gegen die Regierungspolitik angehen zu müssen. Sie suchten weiterhin, sich auf konservativen Podien an die Öffentlichkeit zu wenden, während das *Central Office* erneut alle Hebel in Bewegung setzte, genau das zu verhindern. Frustriert musste Croft feststellen, dass er und die Duchess von Atholl von konservativen Veranstaltungen

¹³¹⁸ A. Zimmern, C.A.W. Manning et. al, *India Analysed*, Bd. 1, London 1933.

¹³¹⁹ Die Folgebände erschienen unter Mitwirkung u.a. von Shiva Rao, Abgeordneter auf der Internationalen *Labour*-Konferenz und ehemaliger *Round Table Conference*-Delegierter, Dr. Vera Anstey von der LSE und Prof. Shah aus Bombay. Auffallend ist, dass die Mehrzahl der Autoren aus Indien stammte und auch in Indien lehrte.

ferngehalten wurden, während Mitglieder der UBI oder ähnlich gesonnene Zeitgenossen jede nur erdenkliche Unterstützung erhielten.¹³²⁰ Croft war zunehmend verärgert und machte seine Korrespondenz mit Lord Stonehaven öffentlich, in der er zuvor das IO verdächtigt hatte, die UBI zu finanzieren. Weder die *Times* noch der *Guardian* hatten Mitleid mit ihm und unterstützten Stonehaven, der den *diehards* zu verstehen gegeben hatte, dass sie mit ihrer kritischen Haltung gegenüber der eigenen Partei keine Unterstützung erwarten konnten. Der *Guardian* forderte das *Central Office* auf, keine Kompromisse einzugehen.¹³²¹

Bezüglich des JSC-Abschlussberichts begann Hoare im Februar 1934, die IO-eigene Propagandamaschinerie in Gang zu setzen.¹³²² Der Staatssekretär gab sich keinen Illusionen hin und setzte alles daran, dem zu erwartenden Widerstand effektiv zu begegnen,¹³²³ denn im Gegensatz zur IDL verfügte die UBI noch über wenig Erfahrung und ein bescheidenes Netzwerk. Die Verteilerliste war kurz. Thompson hoffte auf die Wirkung der UBI-Veranstaltungen, ließ weitere Pamphlete drucken und mahnte an, die Union müsse dringend ihre Kontakte zur Presse ausbauen.¹³²⁴ Das Kabinett wiederum diskutierte eventuelle Änderungen des *White Paper* durch das JSC. Die Problematik lag darin, dass tiefgreifende Einschnitte laut Hoare nicht ratsam waren. Das hätte einen Sturm der Entrüstung in Indien ausgelöst, was für die Parlamentsdebatten über den Report des JSC hinderlich gewesen wäre. Andererseits befürchtete Chamberlain, ein Abschlussbericht ohne jegliche Veränderungen des Papiers sei Wasser auf den Mühlen der IDL, denn es würde zweifellos der Eindruck entstehen, als wären die gesamten Verhandlungen nur ein Schaukampf gewesen, um

¹³²⁰ Croft an Salisbury, 14. Dezember 1933, Croft Papers CRFT 1/18/4.

¹³²¹ *The Guardian*, 15. Januar 1934.

¹³²² Das IO und der Buckingham Palast hatten neben den üblichen Vorbereitungen noch mit einem Problem besonderer Natur zu kämpfen: Lady Minto war angetreten, das Vermächtnis und die Verdienste ihres verstorbenen Mannes ins rechte Licht zu rücken. Ihr Buch beinhaltete einige wenig freundliche Kommentare des Königs über den INC. Die ehemalige Vizekönigin hatte jedoch das Manuskript zunächst an Königin Mary gesandt, die wiederum den Sekretär ihres Gatten, Clive Wigram, beauftragte, mit dem IO Verbindung aufzunehmen. Angesichts der angespannten Lage in Indien und der Mühen der Regierung, das *White Paper* im eigenen Land durchzusetzen, war der Palast aufgebracht. Unfreundliche Äußerungen des Herrschers, selbst wenn sie Jahre zurücklagen, konnten großen Schaden anrichten. Zu allem Überfluss hatte Lady Minto private Korrespondenz zwischen ihrem Mann und Staatssekretär Morley in ihre Memoiren aufgenommen. Wigram schrieb verärgert an Zetland: „To me it seems monstrous that private correspondence between Secretaries of State and Viceroy's can be published without any restriction, and at the discretion of old ladies. These documents are probably far more secret and compromising than confidential State Papers. [...] The moral is that old ladies about 75 should not be allowed to write Memoirs.“ Wigram an Zetland, 6. Januar 1934, Zetland Papers D609/27.

¹³²³ Hoare an Willingdon, 1. Februar 1934, Hoare Papers E 240/4.

¹³²⁴ UBI-Memorandum vermutlich von Thompson, 15. Februar 1934, Thompson Papers F 137/51.

das *White Paper* in seiner jetzigen Form zu legitimieren.¹³²⁵

Hoare wiederum forcierte gemeinsam mit Lord Derby den Einfluss auf die *Manchester Chamber of Commerce* (MCC), deren Untersuchung über die Empfehlungen des *White Paper* und ihrer Auswirkungen auf den britischen Baumwollsektor dem JSC vorgelegt werden sollten. Die MCC war gespalten in gemäßigte Mitglieder und diejenigen, die darauf beharrten, dass das GOI die Zölle auf Einfuhren von Baumwollprodukten aus Großbritannien nach Indien senken sollte. Letztere formierten sich in der *Cotton Trade League* (CTL), die alsbald eine Kooperation mit der IDL aufnahm. Die CTL vereinte ca. 50 Textilfirmen unter ihrem Dach und genoss die Unterstützung zweier Parlamentarier aus Manchester. Bald warnte der Vorsitzende der konservativen Parlamentsdelegation aus Lancashire Douglas Hacking Staatssekretär Hoare vor ihrem wachsenden Einfluss.¹³²⁶ Hoare seinerseits glaubte zu erkennen, dass die Aktionen der *diehards* außerhalb Londons und Lancashires abebbten und konzentrierte sich von nun an noch stärker auf Lancashire.¹³²⁷ Was dem IO dabei zugute kam, war die Tatsache, dass die Mitgliedschaft der MCC nicht nur aus Angehörigen der Textilbranche bestand und dass viele Geschäftsleute in Manchester wenig Interesse daran hatten, ihren politischen Einfluss für die marode Textilindustrie geltend zu machen.¹³²⁸ In anderen Wirtschaftsbereichen gab es kaum Opposition gegen die indische Zollpolitik, was dazu führte, dass Churchills Chancen noch mehr sanken.¹³²⁹

Hoares Kontakte zur MCC lieferten den *diehards* jedoch Futter für ihre nächste Kampagne. Aus MCC-Kreisen erhielt die Rothermere-Presse Hinweise, dass Hoare und Derby die Kammer im Sommer des Vorjahres bei seiner Beweisaufnahme in Indien unter Druck gesetzt hatten, um sie dazu zu bewegen, ihre schriftliche Beweisaufnahme für das JSC rhetorisch abzuschwächen.¹³³⁰ Churchill erhob im

¹³²⁵ Kabinettsitzung vom 12. April 1934, PRO/Cab, 27/520.

¹³²⁶ Bridge (1979:216); Pugh (2004:144); Muldoon (2003:97).

¹³²⁷ Hoare an Willingdon, 16. Februar 1934, Hoare Papers E 240/4. Im JSC war es Hoare gelungen, die Chamberlain-Brüder und damit Birmingham, Derby mit Lancashire und Zetland und Halifax (Lord Irwin) für Yorkshire auf seine Seite zu ziehen. Hervorragend beschrieben in Bridge (1986:112-18).

¹³²⁸ Das IO und führende Konservative hatten die Lancashire-Baumwollindustrie bereits 1930 verdächtigt, dass ihre Opposition gegen indische Einfuhrzölle nicht aus einem Festhalten am Freihandel resultierte, sondern vielmehr aus dem Unwillen, ihre Produktionsmethoden zu modernisieren. Muldoon (2003:95).

¹³²⁹ Pugh (2004:144).

¹³³⁰ Bridge fasste die Situation so zusammen: „[...] Hoare’s bid to have the evidence altered was successful [...] because Barlow [...] was able to use the Indian situation as an occasion to force through amendments which the India Office and Derby had recommended well before the [MCC] mission left Britain [for India].“ Bridge (1986:129); siehe auch Notizen über ein Treffen zwischen Churchill und

Unterhaus Vorwürfe gegen Sir Samuel Hoare und Lord Derby wegen eines angeblichen Verstoßes gegen parlamentarische Privilegien, durch unerlaubte Versuche der Einflussnahme auf die Arbeit der MCC. Die *Daily Mail* wartete daraufhin mit der „größten Sensation seit Jahren“ auf.¹³³¹ Als Folge wurde ein Komitee eingesetzt, das sich der Sache annahm.¹³³² Zwar wurde in der Presse darüber spekuliert, ob es – sollte Churchills Unterfangen gelingen – zu Neuwahlen kommen würde, die Churchill einen Sitz im Kabinett sichern würden.¹³³³ Führende Politiker räumten dem jedoch wenig Chancen ein, da das Privilegienkomitee mit regierungsnahen Mitgliedern besetzt wurde.¹³³⁴

Die *diehard*-Propaganda lief auf Hochtouren, und die Mitglieder der IDL sprachen auf zahlreichen Veranstaltungen. Aus ihrer Sicht hatten einige Regierungsmitglieder ihre Stellung grob missbraucht, so dass demokratische Prinzipien erneut gefährdet schienen. Über Rothermeres Zeitungen hinaus erhielten sie nun auch verstärkt Rückendeckung von den *Movietone News*. Der Wochenschaudienst war zu 51% im Besitz der Harmsworth Presse, die der gleichnamigen Familie gehörte. Lord Rothermere war führendes Familienmitglied und nutzte seinen Einfluss in der britischen Medienlandschaft. Zum Beispiel tauchten Minister, gegen die die *Daily Mail* eine Kampagne startete, nicht mehr in den Wochenschaun auf, oder ihre Reden wurden dermaßen gekürzt, dass ihr Inhalt nur äußerst verzerrt an die britische Öffentlichkeit gelangte.¹³³⁵ Im Gegensatz zu Beaverbrook, der während seines Empire-Kreuzzuges eigene Kandidaten aufgestellt hatte, begannen die *diehards* nun damit, konservative Abgeordnete für die

Robinson vom 8. April 1934, Churchill Papers Char 2/213/27-36; Churchill an O’Conner, 11. April 1934, Churchill Papers Char 2/213/43-52.

¹³³¹ *The Daily Mail*, 17. April 1934.

¹³³² Hoare reagierte mit dem Ausruf: „What a terrible business is politics! [...] I have now thrown a bomb at my head [...]. This Winston business is really one of the most unscrupulous affairs that there has been in politics for a hundred and fifty years. [...] I might have been a traitor being arraigned by the Star Chamber in the sixteenth century, or Warren Hastings being attacked by Sir Philip Francis. [...] This episode will show you how extraordinarily bitter some people have become over India in this country.“ Hoare an Willingdon, 20. April 1934, Hoare Papers E 240/4. Während Hoare sich echaufferte, sorgte die Regierung dafür, dass Churchills Antrag, neue Mitglieder in das Privilegienkomitee zu entsenden, abgelehnt wurde. Somit war mit Lord Cecil lediglich ein *diehard*-Sympathisant vertreten. Lord Derby und Hoare hatten Glück im Unglück. Wie Bridge anhand von Lord Derbys Nachlass aufzeigt, war Churchill nicht im Besitz aller wichtigen Papiere, die eindeutig einen Privilegienbruch des Staatssekretärs bewiesen hätten. Die Regierung war offenbar selbst nicht ohne Zweifel und aktivierte die *Whips* für die entsprechende Debatte im Unterhaus.

¹³³³ *The Daily Telegraph*, 9. Juli 1934, zit. in Bridge (1979:217).

¹³³⁴ *Ibid.*, 218.

¹³³⁵ Memorandum vermutlich von Sir Patrick Gower an Baldwin, undatiert, wahrscheinlich entstanden zwischen Mai und Juli 1934, Baldwin Papers, Vol. 48/231-39.

Nachwahlen abzuwerben. Es gelang der IDL, den Kriegshelden Admiral Sir Roger Keyes beim *Central Office* als Kandidaten für Portsmouth durchzusetzen.

Innerhalb der IDL begann man sich jedoch Überlegungen anzustellen, wie man den Feldzug gegen führende Politiker dem Mann auf der Straße nahebringen konnte. Der Vorsitzende der CTL, A.E.G. Chorlton, riet Churchill, keine reine Negativkampagne gegen seine eigene Partei zu führen.¹³³⁶ Chorlton glaubte, die politische Relevanz Indiens müsse den Durchschnittsbürgern durch praktische und materielle Beispiele vermittelt werden. Rothermere hatte ganz in diesem Sinne einen Artikel in der *Daily Mail* verfasst, in dem er auf die schwierige berufliche Situation junger Männer in Großbritannien aufmerksam machte.¹³³⁷ Angesichts der Wirtschaftskrise waren die Karriereaussichten aus seiner Sicht ohnehin rar, doch mit einer „Abdankung“ in Indien würden weitere berufliche Chancen verlorengehen und der Handel zurückgehen. Die Kampagne wurde in der Folge verstärkt auf die negativen Konsequenzen eines Kontrollverlustes in Indien für den britischen Handel ausgerichtet.

Höhepunkt der *diehard*-Aktionen wurde das von der *Daily Mail* im Mai 1934 veröffentlichte *Blue Book* zu Indien. Lord Rothermere selbst schrieb das Vorwort, in dem er an die britischen Wähler appellierte, das Empire zu retten und damit Großbritanniens Position als Großmacht in der Welt zu erhalten. Indien wurde nicht nur als das Juwel in der Krone dargestellt, sondern als „weißer Saphir-Angelpunkt“, auf dem das Fundament des gesamten wirtschaftlichen Systems des Empire basierte. Sir Michael O'Dwyer verfasste das Kapitel über die „glorreiche“ Geschichte des *Raj*, das er mit schon oft von ihm bemühten Klischees ausstattete. Grundlegende „Fakten“ über den Subkontinent wurden stichwortartig zusammengefasst.¹³³⁸ Dem folgten sieben von Rothermere zwischen März 1930 und April 1931 geschriebene *Daily Mail*-Artikel. Gewürzt mit Bildern von Gandhi – die deutlich sein mangelhaftes Gebiss zeigten – und von Leichenbergen, die sich nach Kämpfen zwischen Hindus und Muslimen auftürmten, machte das *Blue Book* deutlich, was dem Juwel aufgrund der

¹³³⁶ Chorlton an Churchill, 4. Mai 1934, Churchill Papers Char 2/214A/8. Somit hat Pugh Unrecht, wenn er den konservativen Rebellen vorhält, die wirtschaftliche Dimension nicht in ihrer Kampagne zu berücksichtigen (2004:144).

¹³³⁷ *The Daily Mail*, 16. April 1934.

¹³³⁸ Indien sei kein Land, sondern ein Kontinent, ja eine „Arche Noah von Rassen, Religionen und Sprachen“; das moderne Indien war eine britische Schöpfung; des Weiteren folgten genaue Angaben über die Größe des Subkontinentes und numerische Angaben über die einzelnen ethnischen Gruppen und Religionen. Alles war darauf ausgerichtet, hervorzuheben, dass es Indien an Homogenität fehlte.

Regierungspläne angeblich drohte.

Die UBI konterte im Gegenzug auf mehreren Treffen, auf denen ihre Redner, allen voran Sir John Thompson, versuchten, die Schrift ins Lächerliche zu ziehen. Unterstützt wurden die Veranstaltungen der Union durch eine intensive Berichterstattung im *Guardian* und der *Times*, die Auszüge aus den Reden mit der Aufforderung abdruckten, die Nation solle auf Sir John Thompson hören und sich nicht von den *diehards* beunruhigen lassen.¹³³⁹ Zusätzlich halfen hinter den Kulissen gemäßigte Kräfte innerhalb der MCC, einen Konfrontationskurs derselben mit der Regierung zu vermeiden.¹³⁴⁰

Die Presse hatte sich bezüglich des Privilegienkomitees, das Churchills Vorwürfe gegen Hoare und Derby untersuchte, nicht zu den Vorgängen geäußert, bis sein Bericht öffentlich gemacht wurde, so wie es der Tradition entsprach. Das Komitee kam zu dem Schluss, dass Hoare und Lord Derby sich nichts hatten zuschulden kommen lassen, sondern lediglich einen technischen Fehler begangen hatten. Für den *Guardian* war das Verfahren ohnehin nur von einer Gruppe verbitterter Baumwollindustrieller initiiert worden. So bedauerte er weniger die politischen Konsequenzen des Zwischenfalls, als dass das gute Verhältnis zwischen Indien und Lancashire bedroht worden war.¹³⁴¹ Die *Daily Mail* sah Churchills Aktion durch den Bericht bestätigt und forderte das Komitee auf, die konsultierten Papiere zu veröffentlichen. Für Rothermere wies das Zurückhalten des Beweismaterials auf eine erneute Regierungsintrige hin.¹³⁴²

Die Debatte über den Abschlussbericht ist in der Literatur durch den Schlagabtausch zwischen Leo Amery und Winston Churchill im Unterhaus berühmt geworden. Amery warf Churchill vor: „At all costs he had to be faithful to his chosen motto: ‘*Fiat justitia, ruat caelum*’.“ Churchill verlangte eine Übersetzung, und Amery, der nicht zu hoffen gewagt hatte, dass Churchill in die Falle tappen würde, antwortete: „I will translate it into the vernacular: ‘If I can trip up Sam, the Government’s bust’.“¹³⁴³ Das Unterhaus brach in schallendes Gelächter aus, und Churchills Kampagne gegen den Staatssekretär löste sich in Wohlgefallen auf.¹³⁴⁴ Für den

¹³³⁹ *The Guardian*, 26. Mai 1934.

¹³⁴⁰ Bridge (1979:219).

¹³⁴¹ *The Guardian*, 9. Juni 1934.

¹³⁴² *The Daily Mail*, 9. Juni 1934.

¹³⁴³ HMSO, 290, 13. Juni 1934, 1738. Kaiser Ferdinands I. Motto bedeutet übersetzt: „Der Gerechtigkeit ihren Lauf, selbst wenn der Himmel einstürzt.“

¹³⁴⁴ Barnes & Nicholson (1988:382).

Guardian stand fest, dass die Regierung sich nun sicher fühlen konnte.¹³⁴⁵ Er und die *Times* trugen dazu bei, das Bild einer sauberen britischen Politik aufrechtzuerhalten. Der Zweck (indische Reformen) heiligte dabei implizit die Mittel („technische Fehler“). Damit gelang es der Presse, die die Regierungspolitik unterstützte, zum einen die Indienpolitik zu rechtfertigen und zum anderen, die Vorwürfe gegen Hoare und Derby abzuschwächen.

Churchill ließ jedoch nicht von seiner Behauptung ab und kündigte vor dem konservativen Club in Wansted die Fortführung seines Kampfes an.¹³⁴⁶ Der Fehlschlag im Unterhaus kostete ihn jedoch Freunde. Diverse Parlamentsmitglieder sahen ein, dass es für ihre politische Zukunft besser war, sich von Winston Churchill zu distanzieren. Es war zwar durchaus legitim, sich mit seinen Sorgen um Indien und die Stellung des Empires Gehör zu verschaffen. Churchill und Rothermere aber waren zu weit gegangen. Vorwürfe gegen einen Minister der Krone, wie Churchill sie im Unterhaus erhoben hatte, hoben den gesamten Kampf auf eine andere Ebene. Nicht jeder war bereit, dies mitzutragen. Der Bruder des Vorsitzenden der CTL, A.E.L. Chorlton, der im Unterhaus saß, war einer der Ersten, der das erkannte und legte den Vorsitz für das Treffen in der Manchester Free Trade Hall am 26. Juni 1934 nieder, bei dem Churchill auftreten sollte.

In einer realistischen Einschätzung der Lage musste Chorlton feststellen, dass auch ihm selbst durch die Nähe zu den *diehards* die Isolation drohte. Um weiteren politischen Persönlichkeiten solche Peinlichkeiten zu ersparen, schlug er dem Generalsekretär der CTL vor, bedeutende Vertreter aus dem Handelsbereich zu gewinnen, um der geplanten Versammlung Gewicht zu verleihen. Der neue Cheforganisator der IDL, Kapitän Norman Orr-Ewing, konnte jedoch zufällig den Brief einsehen, fertigte heimlich eine Kopie an und schickte sie Churchill, um ihn vorzuwarnen.¹³⁴⁷ Statt Chorlton saß nun der junge und unerfahrene James Watts, der gerade Mitglied des Stadtrats von Manchester geworden war, dem Treffen vor.

Die *Daily Mail* versuchte, zu retten, was zu retten war und widmete am Vortag dem Treffen einen Leitartikel mit der Überschrift: *Fighting for Lancashire*.¹³⁴⁸ In fetten Lettern legte das Blatt dar, wie wichtig das Treffen in Manchester für Lancashire

¹³⁴⁵ *The Guardian*, 14. Juni 1934.

¹³⁴⁶ *Ibid.*, 18. Juni 1934.

¹³⁴⁷ Chorlton an den Sekretär der *Cotton League*, 20. Juni 1934, Churchill Papers Char 2/226/64-65; Orr-Ewing an Churchill, 22. Juni 1934, Churchill Papers Char 2/226/63.

¹³⁴⁸ *The Daily Mail*, 25. Juni 1934.

sei, und am nächsten Tag veröffentlichte man zudem einen längeren Artikel von Churchill Junior. Aus seiner Sicht waren die Vertreter der Baumwollindustrie die wahre Lebensader Lancashires und nicht die Politiker im fernen London. Bezüglich der Privilegienaffäre hielt Randolph Churchill fest, dass die Geschäftsleute aus Lancashire nicht daran interessiert seien, ob und inwiefern tatsächlich ein Staatssekretär gegen parlamentarische Regeln verstoßen hatte. Vielmehr ging es ihnen seiner Auffassung nach ausschließlich um die Frage, ob der Lebensunterhalt und das Wohlergehen der Menschen in Lancashire durch die Verfassung verbessert würden, die die Führer der konservativen Partei „Indien aufzwingen wollten“. Damit wurde der Angriff nun ausschließlich auf die eigene Partei gelenkt und nicht mehr auf die Sozialisten in der Regierung oder im INC.

In der Free Trade Hall ließ sich letzten Endes kein Abgeordneter aus Manchester auf dem Podium blicken. Obwohl Churchill Junior in seinem Artikel die Besucheranzahl stolz mit über 3.000 angab, überging er damit, dass damit die Free Trade Hall bei weitem nicht ausgebucht war.¹³⁴⁹ Im Mai 1933 war sie noch bis auf den letzten Platz besetzt gewesen. Vor Ort verlangte Winston Churchill erneut die Freigabe des Beweismaterials, auf das sich Privilegienkomitee gestützt hatte, dass der ursprüngliche Bericht der MCC-Kommission dem JSC vorgelegt werden sollte und darüber hinaus geeignete Sicherheitsgarantien für den britischen Handel mit Indien.

Der folgende Leitartikel der *Daily Mail* sprach Churchill seinen Dank für dessen unerschrockene Kampagne gegen „Apathie und Schwäche“ aus, die die „Kapitulationspolitik“ der Regierung ausgelöst hatte. Die Tatsache, dass keine konservativen Parlamentarier anwesend waren und die niedrige Teilnehmerzahl, wurden mit Angst vor dem Druck der allmächtigen Parteimaschinerie erklärt,¹³⁵⁰ die Widersacher aus den eigenen Reihen mit unfairen Mitteln bedrohe. Mit Lob für Churchills mutige Kampagne sollten Zweifler in den eigenen Reihen zu ähnlichen Taten aufgerufen werden.

Die *Times* nahm eben diesen Punkt auf und wies darauf hin, dass kein einziger Parlamentarier außer Churchill das Podium betreten hatte.¹³⁵¹ Auch der *Guardian* versäumte nicht festzustellen, dass eine Teilnahme an Churchills Kampagne für

¹³⁴⁹ Schätzungen zufolge konnten zwischen 7.000 und 8.000 Menschen in dem Gebäude aus den 1840er Jahren Platz finden. N.J. Frangopulo (ed.), *Rich Inheritance, A Guide to the History of Manchester*, Manchester 1964.

¹³⁵⁰ *The Daily Mail*, 28. Juni 1934.

¹³⁵¹ *The Times*, 27. Juni 1934.

konservative Abgeordnete den Bruch mit ihrem Parteiführer und der Partei bedeutet hätte.¹³⁵² Weitere Versuche der *diehards*, die MCC weiter zu spalten, scheiterten.¹³⁵³ Der einzige Erfolg ihrer Aktionen bestand darin, die Arbeit des JSC für zwei Monate aufzuhalten, was bedeutete, dass das Komitee nicht in der Lage war, vor dem Parteitag der Konservativen im Oktober zu berichten. Churchill und die Liga mussten sich den Vorwurf gefallen lassen, eine bedeutungslose, reaktionäre kleine Gruppe zu sein, die versuchte, eine veraltete Politik durchzusetzen.¹³⁵⁴

In der Zwischenzeit hatten fünf konservative Hinterbänkler Überlegungen zu Indien und der Zukunft der Reformen angestellt und sie pünktlich zu Beginn des Parteitages in Bristol unter dem Titel *India from a Backbench* veröffentlicht.¹³⁵⁵ Sie wiesen auf die allgemeine Unkenntnis über Indien hin und stellten provokativ die Frage, wer überhaupt das so umkämpfte *White Paper* gelesen habe. Sie versuchten, ihre Leser wachzurütteln und legten dar, dass ein Auf-der-Stelle-Treten zu gefährlich sei. Bemerkenswert ist ihre Einschätzung der Position der Regierung in Indien:

[...] public opinion here should realise that the Government machine, on which so much depends, is already to no small extent in Indian hands; in other words, that we rely today and rely successfully on Indian cooperation.¹³⁵⁶

Die Vorstellung, dass die indische Kooperationsbereitschaft grundlegend dafür geworden war, um Regierung und Verwaltung auf dem Subkontinent aufrecht erhalten zu können, war damit bis in die Reihen der Konservativen Partei vorgedrungen. Die konservativen Hinterbänkler gaben indirekt zu, dass die Position Großbritanniens dort prekär war, indem sie darauf hinwiesen, wie viel Kontrolle über den Subkontinent bereits in indischen Händen lag. Außerdem prangerten sie an, dass der Glaube an das allmächtige GOI in Großbritannien zu lange aufrechterhalten worden war. Die Bevölkerung sollte der Wahrheit endlich ins Auge sehen. De facto waren bereits so viele Bereiche des Verwaltungsapparates in indischer Hand, dass von einer britischen Kontrollfunktion im alten Sinne nicht mehr zu reden war.

Sie warfen Churchill und der Liga vor, die Unkenntnis der britischen

¹³⁵² *The Guardian*, 22. Juni 1934, zit. in Bridge (1986:132).

¹³⁵³ Die *diehards* unter den MCC-Mitgliedern riefen zu einer außerordentlichen Sitzung auf, während der sie forderten, das ursprüngliche Beweismaterial dem JSC vorzulegen. Es gelangen ihnen lediglich, 500 der 3.200 Mitglieder zur Teilnahme an ihrer Veranstaltung zu bewegen. Während der Sitzung verließen ca. 200 die Debatte, und nur dreißig stimmten für den Antrag. Bridge (1986:132).

¹³⁵⁴ *The Times*, 24. Juli 1934.

¹³⁵⁵ Sir Adrian Baillie, Captain Victor Cazalet, der Marquess von Dufferin und Ava, Wing Commander A.W.H. James und Mark Patrick, *India from a Backbench*, London 1934.

¹³⁵⁶ *Ibid.*

Öffentlichkeit über Indien auszunutzen, um ungerechtfertigte Behauptungen aufzustellen. Um den Vorwurf zu entkräften, die Regierung verfolge eine sozialistische Indienpolitik, brachten sie wiederum das Argument der Kontinuität ins Spiel. Für sie fußten die vorgeschlagenen Reformen auf einer Politik, die lange vor der ersten und zweiten *Labour*-Regierung initiiert worden war. Auch der Vergleich zwischen den Zuständen in China oder Persien und dem scheinbaren Niedergang demokratischer Institutionen in Europa überzeugte sie nicht. Zum einen legten sie dar, dass weder China noch Persien demokratische Staaten waren, zum anderen gab es mit Japan ein fernöstliches Land mit parlamentarischen Strukturen, das annähernd westlichen Standard erreicht hatte. Zum Schluss konnte sie auch der Ruf: „Denkt an Irland!“, nicht überzeugen, denn im Gegensatz zum Irland-Konflikt habe in Großbritannien niemand im Sinn, Indien zu räumen. Die Armee sollte weiterhin in britischer Hand, und neben weiteren Sicherheitsgarantien würde die Struktur des ICS vorhanden bleiben. Der Kontrollbereich der Kolonialmacht wurde somit lediglich reduziert.

Sowohl der *Guardian*¹³⁵⁷ als auch die *Times*¹³⁵⁸ legten ihren Lesern nahe, die Veröffentlichung der Hinterbänkler zu studieren. Die Redakteure beider Blätter waren überzeugt, das kleine Buch sei das „beste Antidot zur *diehard*-Kampagne“. Der *Guardian* unterstrich die Einstellung der Autoren, dass es zur momentanen Politik keine wahre Alternative gab. Das Blatt bescheinigte ihnen, die indischen Verhältnisse realistisch darzustellen und betonte die Kontinuität der britischen Indienpolitik, die dem Subkontinent im Lauf der Jahre immer konkretere Versprechen gemacht habe.

Im Vorfeld des jährlichen Parteitages der Konservativen einigte sich das *Central Office* mit Butler, den Antrag der Reformbefürworter so zu gestalten, dass jeglicher Bezug zum Privilegienkomitee vermieden würde. Um den *diehards* keine Gelegenheit zu geben, kontrovers zu diskutieren, wollte man sich auf den Beschluss des Vorjahres beschränken, den Abschlussbericht des JSC abzuwarten. Insgesamt schätzte man jedoch die Lage so ein, dass unter den Delegierten kaum Interesse bestand, Indien erneut „durchzukauen“.¹³⁵⁹ Angesichts der sicherlich noch nicht überwundenen Niederlage in Lancashire schien von den *diehards* keine Gefahr für den Parteitag auszugehen. Churchill selbst zog eine dreiwöchige Mittelmeerkreuzfahrt

¹³⁵⁷ 1. Oktober 1934.

¹³⁵⁸ 27. September 1934.

¹³⁵⁹ Gower an Butler, 19. Juli 1934, CCO4/1/80.

dem Aufenthalt im herbstlichen Bristol vor und überließ es Croft, die Hauptrede der Reformgegner zu halten. Die IDL war jedoch nicht untätig und sorgte dafür, dass jeder Delegierte einen Stapel von Schriften in seinem Hotelzimmer vorfand.

Auf Regierungsseite waren zunächst nicht einmal Baldwin oder Neville Chamberlain erschienen. Die *Daily Mail* veröffentlichte Crofts Antrag und seine Korrespondenz mit Baldwin, in der er den Parteiführer aufgefordert hatte, vor der Veröffentlichung des JSC-Reports Rücksprache mit der Partei über mögliche weitere Schritte zu halten.¹³⁶⁰ Crofts Taktik, Baldwin nicht wegen Indien anzugreifen, sondern wegen seiner Weigerung, die Partei vor dem Bericht des JSC zu konsultieren, ging zum Schrecken der Parteiführer beinahe auf. Unter chaotischen Szenen unterlag sein Antrag 543:520 bei über 500 Enthaltungen. Croft strahlte, und ein aufgeregter Kirchenvertreter rief: „Cast down but not destroyed. Tomorrow the victory!“¹³⁶¹

Die *Daily Mail* erwartete nun den nahenden Sieg und gratulierte Croft zu seinem „hervorragenden Erfolg“.¹³⁶² Man sah die Mehrheit für das *White Paper* rapide schwinden. Die Zeitung rief die Erinnerung an das bereits erwähnte *Young England* wach, das sich angeblich gegen den Parteiapparat durchzusetzen versuchte. Die Abstimmung war für die *Daily Mail* eine „sensationelle Mahnung“ an die Minister, sich nun endlich der Partei zu stellen. Die *Times* wiederum unterstützte Baldwins Linie, von einer Diskussion über Indien während des Parteitages und vor dem Bericht des JSC abzusehen.¹³⁶³ Trotz aller Euphorie mussten besonnenere Gemüter unter den *diehards* einsehen, dass ihr Beinahe-Sieg wenig gebracht hatte.

Parallel liefen die Vorbereitungen für die Veröffentlichung des Abschlussberichts des JSC und für das Treffen der *National Union* an, auf der Baldwin die Partei zu ihrer Meinung zum *White Paper* befragen wollte. Die *Times* glaubte nicht an ein großes öffentliches Interesse, da sie davon ausging, dass der JSC-Bericht mit zu vielen Details gespickt sein würde,¹³⁶⁴ worin sie von Neville Chamberlain unterstützt wurde.¹³⁶⁵ Die *Daily Mail* ihrerseits befürchtete ein zweites Irlanddesaster in Indien,¹³⁶⁶ und der *Guardian* war der Meinung, es sei wichtiger, Indien

¹³⁶⁰ *The Daily Mail*, 3. Oktober 1934.

¹³⁶¹ *The Guardian*, 5. Oktober 1934; Bridge (1982:19).

¹³⁶² *The Daily Mail*, 5. Oktober 1934.

¹³⁶³ *The Times*, 5. Oktober 1934.

¹³⁶⁴ *Ibid.*, 12. November 1934.

¹³⁶⁵ S. Chamberlains Rede während einer Veranstaltung von Konservativen in York vom 26. Oktober 1934, *The Guardian*, 27. Oktober 1934.

¹³⁶⁶ *The Daily Mail*, 16. November 1934.

zufriedenzustellen als die *diehards*.¹³⁶⁷ Der *Daily Herald* warf den Konservativen vor, Indien als Vorwand zu benutzen, um innere Streitigkeiten auszufechten. Anstatt zu fragen, wie Indien auf den Bericht reagieren würde, sei die Aufmerksamkeit leider ausschließlich auf die *diehards* und ihre mögliche Reaktion gelenkt worden.¹³⁶⁸

Der JSC-Bericht erschien am 22. November 1934 in zwei Bänden. Band I umfasste 400 Seiten und stellte den Bericht selbst dar, während Band II mit über 600 Seiten das konstitutionelle Verfahren festlegte. Mit über tausend Seiten voll verfassungstechnischer Jargons war das Werk vermutlich dazu verdammt, ein Ladenhüter zu werden. Von den 28 Mitgliedern des Komitees stimmten die fünf *diehard*-Sympathisanten und vier *Labour*-Mitglieder gegen den Bericht. Die konservativen Gegner veröffentlichten unter Lord Salisburys Führung einen Minderheitsbericht mit ihren eigenen Schlussfolgerungen, die den Komiteebericht weitgehend als zu progressiv einstufte. Anders als bei der Berufung der Simon-Kommission und der damaligen Übereinstimmung der Kommissare über die Ergebnisse ihrer Arbeit, konnte von einem nationalen Konsens hier keine Rede mehr sein. Die Mitglieder des Komitees spalteten sich in zwei Lager entlang der politischen Parteien und innerhalb der Konservativen.

Die Presse war ebenso gespalten. Was den einen zu weit ging,¹³⁶⁹ verurteilten die anderen als Beleidigung für Indien.¹³⁷⁰ Der *Guardian*¹³⁷¹ und die *Times*¹³⁷² unterschieden sich nicht grundlegend in ihrer Einschätzung: der JSC-Bericht sei ein großartiges Staatspapier, das auf fundiertem Wissen und Autorität beruhe und das für sie alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Der Text war für sie der Höhepunkt nicht nur von sechs Jahren harter Arbeit und Diskussion, sondern von 300 Jahren Evolution der britischen Verbindung mit Indien. Der *Guardian* schätzte lediglich die Sicherheitsgarantien anders ein als die *Times*. Er empfand sie als zu streng, glaubte aber, man habe Indien hiermit eine Verfassung gegeben, auf der es aufbauen konnte. Folglich erwartete man hier früher oder später weitere Zugeständnisse.

¹³⁶⁷ *The Guardian*, 12. Oktober 1934.

¹³⁶⁸ *The Daily Herald*, 20. November 1934.

¹³⁶⁹ Die *Daily Mail* war erschüttert über die angebliche Aufgabe der Herrschaft über Indien, 23. November 1934.

¹³⁷⁰ *The Daily Herald*, 22. November 1934. Attlee verfasste einen Artikel, in dem er den Bericht zusammenfasste und mit der Überschrift *India Needs More Than This* versah. Lansbury hatte angekündigt, *Labour* werde den Fortgang der Reformen nicht behindern, um den *diehards* nicht in die Hände zu spielen. *The Guardian*, 22. November 1934.

¹³⁷¹ 22. November 1934.

¹³⁷² 23. November 1934.

Das IO war mit der Darstellung des *Guardian* nicht glücklich. Weiterhin gab es Gerüchte, dass der INC versuchte, seine Kontakte zum *Guardian* auszubauen und die Zeitung für seine Zwecke zu benutzen. Am Tag nach dem Erscheinen des erwähnten Leitartikels erhielt Bone, MacGregors Kontaktmann bei der Zeitung, einen Brief, in dem das IO Bone klarmachte, dass man momentan nicht mehr für Indien erwarten könne, als was das JSC bereit war, ihm zuzugestehen. Aufgrund dessen würden INC-nahe oder von INC-Sympathisanten verfasste Artikel im *Guardian* nur dazu beitragen, die *diehards* wachzurütteln. Um Indien zu helfen, legte MacGregor Bone nahe, eine INC-Kampagne gegen den JSC-Report in seiner Zeitung zu vermeiden.¹³⁷³

Die IDL ihrerseits veröffentlichte am 24. November 1934 ein Manifest zum JSC-Bericht. Vormalige Beschwerden über mangelnde Sicherheitsgarantien wurden erneut aufgezählt. Das Manifest hob hervor, der *Simon-Report* sei im Gegensatz zum JSC-Bericht einstimmig von allen Kommissaren unterschrieben worden. Nun sollte ein gefährliches Experiment gewagt werden, das den Prinzipien desselben entgegenstand.

Das Indienkomitee der Konservativen im Unterhaus begann nun, in regelmäßigen Abständen Zusammenkünfte zu veranstalten, auf denen seine Mitglieder über den JSC-Bericht informiert wurden. Die britischen Zeitungen verfolgten zum Teil diese Versammlungen. Gleich zum ersten Treffen konnte die Regierungsseite mit Sir Austen Chamberlain einen prominenten „Konvertiten“ präsentieren, der seinen Kollegen berichtete, wie ihn die Arbeit im JSC davon überzeugt hatte, dass es mit regionaler Autonomie allein in Indien nicht getan war.¹³⁷⁴ Chamberlains Meinungsänderung suggerierte der Öffentlichkeit, dass die JSC-Sitzungen dazu geführt hatten, dass selbst Politikveteranen wie er sich von besseren Argumenten hatten überzeugen lassen. Als sich dann auch noch Sir Arnold Wilson, den die IDL und Rothermere während der Hitchin-Nachwahl so enthusiastisch gefeiert hatten, plötzlich vom *White Paper* überzeugt sah und seine Mitgliedschaft bei der IDL aufkündigte, bedeutete das einen weiteren Riss in der *diehard*-Phalanx. Ein anderes führendes Mitglied der IDL, Peter Agnew, trat eine Woche später mit derselben Begründung aus der Liga aus und verkündete seinen Schritt in einem Leserbrief an die

¹³⁷³ MacGregor an Bone, 23. November 1934, IOR/L/I/1/284.

¹³⁷⁴ *The Guardian*, 27. November 1934.

Times.¹³⁷⁵ Die *diehards* erschienen als unverbesserliche Reaktionäre, die sich durch nichts von ihren Ansichten abbringen lassen würden.

Während die IDL an Rückhalt verlor, baute die UBI ihr Netzwerk aus. Seit Oktober 1934 war die Anzahl der örtlichen Komitees um weitere elf angestiegen. Das Bulletin war von einer zweiwöchigen Publikation zu einer wöchentlichen geworden, deren Auflage seit August 1934 von 8.000 auf über 13.000 gestiegen war. Im Zuge der Veröffentlichung des JSC-Berichts wollte man bis Weihnachten eine Stückzahl von 16.000 erreichen. Der Dezember war ohnehin einer der betriebsamsten in der Geschichte der Union. Innerhalb von zwei Wochen traten UBI Mitglieder, deren Zahl ebenfalls stetig gewachsen war, auf 21 Treffen auf.¹³⁷⁶

Auf Seiten des IO sandte das Ministerium Dawson das IDL-Manifest zum JSC-Bericht und versah es mit Kommentaren, die als Richtlinien für einen geeigneten Leitartikel gegen die Liga dienen sollten. Dawson wiederum hatte etwas in der Richtung bereits geplant und sicherte MacGregor jede nur erdenkliche Hilfe für das anberaumte Treffen des *Central Council* zu.¹³⁷⁷ Die Union wiederum veröffentlichte ihr eigenes Manifest Anfang Dezember, in dem es praktisch alle Änderungen, die das JSC am *White Paper* vorgenommen hatte, unterstützte.¹³⁷⁸

Thompson seinerseits brachte den Generalsekretär der nationalen Erwachsenenbildungsinstitutionen, George Peverett, mit Prof. John Coatman zusammen. Peverett war so angetan von Coatmans *Britain and India*, dass er es in das Handbuch für Erwachsenenbildung von 1935 aufnahm, um der Bevölkerung Großbritanniens einen „gesunden und ausgewogenen“ Einblick in die indische Problematik zu geben.¹³⁷⁹ Allgemein nutzte die Regierung nun angesichts des nahenden Treffens des *Central Council* verstärkt die Möglichkeit, Mitglieder des JSC an der öffentlichen Debatte teilnehmen zu lassen.

Auch Sir John Simon meldete sich zu Wort und ließ die Öffentlichkeit wissen, was er als Vorsitzender der *Statutory Commission* von dem JSC-Bericht hielt.¹³⁸⁰ Auf einer von den Parteien der Konservativen und Liberalen gemeinsam organisierten

¹³⁷⁵ *The Times*, 5. Dezember 1934.

¹³⁷⁶ Undatierte Angaben zu der Anzahl von UBI-Treffen und -Auflagezahlen, vermutlich nach Juni 1935, Thompson Papers IO/Eur/F. 137/51.

¹³⁷⁷ Dawson an MacGregor, 29. November 1934, IOR/L/I/1/267.

¹³⁷⁸ *The Guardian*, 3. Dezember 1934.

¹³⁷⁹ Peverett an Thompson, 22. November 1934, Thompson Papers F 137/43.

¹³⁸⁰ Dabei hatte er lediglich an einer Sitzung des JSC teilgenommen, das sechs Monate nach seiner Einberufung stattgefunden hatte und dies nur, um sich den Beileidsbekundungen für ein verstorbenes Mitglied anzuschließen.

Veranstaltung in Dumfries erteilte er den *diehards* eine endgültige Absage. Die IDL hatte immer wieder seinen Bericht als argumentative Basis für ihre Kampagne gegen die Einführung einer föderativen Regierung benutzt. Simon machte jetzt jedoch klar, dass sich die Kommission für eine Beteiligung der Inder in der Zentralregierung ausgesprochen hätte, hätte sie von der Entscheidung der Prinzen gewusst.¹³⁸¹ Die *diehards* wollten frühere Fehler vermeiden und beschlossen, in der Presse keine Stimmung gegen Baldwin zu machen. Bis zur Zusammenkunft des *Central Council* am 4. Dezember wollten sie dem Parteiführer eine Schonfrist geben, um nicht von vornherein die öffentliche Meinung gegen sich aufzubringen.¹³⁸²

Im neuen Jahr stand jedoch wieder der Wahlkampf auf der Tagesordnung. Churchill bat Rothermere erneut um Hilfe, da dafür erhebliche finanzielle Mittel aufgebracht werden mussten. So veranlasste Rothermere, dass verstärkt in der *Daily Mail* um Spenden für die IDL geworben würde.¹³⁸³ In Manchester erhoffte man sich Auftrieb durch den Beschluss des örtlichen *Constitutional Club*, den Minderheitsbericht zu unterstützen, der mit Lord Salisburys Hilfe entstanden war. Die Überschriften der *Daily Mail* hielten erneut passende Warnungen über den Untergang des Empires bereit. Lord Carson verlas zusätzlich einen Tag vor dem Treffen des *Central Council* von seinem Krankenbett aus eine Erklärung, in der er die Konservative Partei davor warnte, dass ein zweiter Rückzug aus Indien nach Irland das Ende der Partei bedeuten könnte. Von Sorge um seine Landsleute und die Wahrung der britischen Interessen in Indien bewegt, mahnte er:

The bleeding corpses of your friends, as well as the decay or destruction of every British interest in Ireland, proved that we were right. And if you substitute Congress for Sein Fein, it seems to me that the situation in India is much as it was in Ireland 15 years ago.¹³⁸⁴

Im Gegensatz zum Parteitag im Oktober 1934 schickten die Konservativen diesmal die Schwergewichte ihrer Partei auf das Podium. Der Vorsitzende Stanley Baldwin, der ehemalige Kolonialminister Leo Amery und Sir Austen Chamberlain schafften es, die Delegierten mit 3:1 auf ihre Seite zu ziehen. Chamberlain wurde erneut gebeten, von seinem Sinneswandel zu berichten, den er durch die JSC-Sitzungen erfahren hatte:

What was borne in on me [...] in the Joint Committee is not the strength of our position [in India] but its weakness. [...] If you leave the Centre unchanged and make no response

¹³⁸¹ *The Guardian* und *The Times*, 1. Dezember 1934.

¹³⁸² Croft an Churchill, 21. November 1934, Churchill Papers Char 2/225/71.

¹³⁸³ Churchill an Rothermere, 30. November 1934, Churchill Papers Char 2/227/67-68.

¹³⁸⁴ *The Daily Mail*, 4. Dezember 1934.

to Indian sentiment with regard to the Centre, no Provincial Legislature will set itself to its own task. They will all become levers for the overthrow of the Government you have left unreformed.¹³⁸⁵

Bemerkenswert offen in Bezug auf die eigene schwache Stellung in Indien folgte Chamberlain der bereits im *Guardian* zuvor verbreiteten Ansicht, dass Großbritannien ohne indisches Entgegenkommen nicht in der Lage sein würde, das *Raj* zu regieren. Eine weitere Bastion fiel. Die *Pax Britannica* war nicht stark genug, um ohne die Kooperation Indiens und ohne Berücksichtigung des politischen Willens der indischen Bevölkerung zu agieren und seiner Mission gerecht zu werden.

Dies wurde jedoch mit demokratischen Argumenten kaschiert. Phrasen wie *Response to Indian Sentiment* halfen, den durch konservativen Widerstand – nicht nur seitens der *diehards* – immer wieder verzögerten, zähen Reformprozess ein demokratisches Gewand umzuhängen. Die Konservative Partei ging nicht so weit, wie es *Labour* gerne gesehen hätte. Noch war nicht die Rede vom Willen des Volkes oder von demokratischer Legitimation. Aber dennoch wurde die Ansicht vertreten, dass man auf Indien zugehen müsse und dass Indiens eigene Vorstellungen zu berücksichtigen seien.

Die *Times* feierte den Triumph der Baldwin-Anhänger.¹³⁸⁶ Der *Guardian* ging von einer endgültigen Wende aus, da sich die Konservative Partei nicht gespalten hatte und Indien nun aus seiner Sicht damit rechnen konnte, eine reformierte Verfassung zu erhalten. Die *diehards* waren für ihn am Ende. Aber Churchill gab sich nicht geschlagen. Die IDL traf sich nach der Versammlung des *Central Council* und beschloss, sich nun auf die indischen Prinzen zu konzentrieren.¹³⁸⁷ So schickte sich Gwynne von der *Morning Post* erneut an, einen Brief an den Maharaja von Patiala zu senden, in dem er ihm nahelegte, die Prinzen vom Eintritt in die Föderation abzuhalten. Die *diehards* waren weiterhin darauf aus, das föderale Element der Reformen abzuwenden.¹³⁸⁸

Während einer dreitägigen Debatte im Unterhaus bemühte sich Hoare, das *White Paper* nun als Konzept anzupreisen, mit dem man Indien so viel Selbstregierung wie nur möglich übertrug und es gleichzeitig auf immer als Partner an das Empire band. Er warnte seine Kollegen davor, dass Reformen ohne Veränderungen in der

¹³⁸⁵ NUCUA Central Council Minutes, 4. Dezember 1934, zit. in Bridge (1986:135).

¹³⁸⁶ *The Times*, 5. Dezember 1934.

¹³⁸⁷ *The Guardian*, 5. Dezember 1934.

¹³⁸⁸ Gwynne an Patiala, 26. Dezember 1934, Gwynne Papers dep. 11.

Zentralregierung eine der größten britischen Errungenschaften – die Einheit des Subkontinents – zerstören würden. Damit wurde ein weiteres Argument eingeführt, das die britische Präsenz in Indien rechtfertigte, nämlich Großbritanniens Verantwortung, eben diese Einheit zu wahren. Mit dem Reformpaket bot sich laut Hoare den Parlamentariern eine einmalige Chance. Sollte es in der laufenden Legislaturperiode nicht gelingen, ein Gesetz zu verabschieden, würde die Gelegenheit dazu auf Jahre nicht wiederkommen. Für diesen Fall drohte ein Abgleiten der Diskussion in einen Kampf zwischen Linken und Rechten in Großbritannien, womit auch die Einheit des Königreichs gefährdet sei.¹³⁸⁹

Attlee, der für die *Labour*-Opposition sprach, betonte, dass seine Partei den Bericht des JSC nicht aus politischem Kalkül abgelehnt hatte, sondern aufgrund unterschiedlicher Schwerpunkte in der Indienpolitik. Das Streben nach wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit sollte von Großbritannien auf Indien ausgeweitet werden. Die Frage für Attlee war, welche Art Verfassung dies garantieren könnte. Gegenüber dem JSC-Abschlussbericht führte er daraus folgend drei Kritikpunkte an: erstens zeugte dieser von zu wenig Vertrauen in Indiens politische Kräfte. Attlee wies dabei auf die Tatsache hin, dass der INC fortwährend die Wahlen zu den legislativen Räten gewann, so dass es in seinen Augen wenig Sinn machte, ihn zu ignorieren. Zweitens würden in den gesetzgebenden Versammlungen auf regionaler Ebene viele Interessen vertreten sein, während die vorgesehene Zentralregierung laut Attlee die „reaktionärste Körperschaft“ war, die je erdacht worden sei. Vor allem nahm er jedoch drittens Anstoß an dem Recht der autokratischen Prinzen, ihr Veto auf föderaler Ebene einzulegen.

Auch das Finanzsystem kritisierte Attlee, da er glaubte, es gestehe den Indern zu wenig Rechte zu. Er erinnerte daran, dass auch das britische Parlament erst durch die vollständige Kontrolle über die Finanzen des Königreichs zu dem geworden sei, was es nun war – eine politisch starke Institution.¹³⁹⁰ Genauso wie den zeitgenössischen parlamentarischen Institutionen in Großbritannien im Laufe der Zeit immer größere Verantwortung zugewachsen war, sollte sich das System auch in Indien

¹³⁸⁹ HMSO, 296, 10. Dezember 1934, 46-58.

¹³⁹⁰ *Ibid.*, 61-70. Während MacDonald nie über seine Antipathie gegenüber dem INC hinwegkam, den er als aufrührerische Partei betrachtete und von dem er erwartete, dass er sich mit dem britischen Imperialismus arrangierte, glaubte Attlee, man müsse nationalistische Kräfte lenken und sie nutzen, um Indien politisch voranzutreiben. Nationalismus war aus seiner Sicht eine einigende Kraft, die Indien dringen nötig hatte. Brasted & Bridge (1988:89).

entwickeln können. Die britische Geschichte zeigte also auch für *Labour*, wie eine erfolgreiche Demokratisierung ablaufen konnte. Die britische Erfahrung und die britischen Werte sollten weiterhin der Entwicklung in Indien zugutekommen.

Churchill, der für die *diehards* erneut ihre gesammelten Argumente gegen das *White Paper* vor einem unbeeindruckten Unterhaus vortrug, warf der Presse vor, seit Irwin unkritisch dieselbe „sozialistische Leier“ zu spielen. Baldwin schloss jedoch die Sitzung, indem er seine parlamentarischen Kollegen daran erinnerte, dass die Demokratie ihre Wurzeln in Großbritannien hatte und in Europa nur da zusammengebrochen sei, wo sie nicht auf einem ähnlichem Fundament basierte: „We are here introducing [India] to democratic methods of the sort we believe to be the best form of Government still in the world.“¹³⁹¹ Wer Zweifel daran hegte, dass dieses System in Indien funktionieren könnte, hegte somit automatisch Zweifel an der eigenen Regierungsform, und Baldwin versäumte nicht darauf hinzuweisen, dass es in den eigenen Reihen „Nestbeschmutzer“ gab, die von anderen – weniger demokratischen – Staatsformen angetan schienen. Außerdem betonte Baldwin, dass dieser Prozess von der Mutternation initiiert worden war, die die Kontrolle über den richtigen Zeitpunkt für die Durchführung politischer Reformen fest innehatte.

Der *Guardian* griff einen der oft erwähnten Kritikpunkte der *Labour*-Opposition auf, indem er sich enttäuscht darüber zeigte, dass in dem Gesetzesvorschlag der *Dominion*-Status nicht festgehalten worden war. Ein solcher Schritt wäre in Indien zumindest auf etwas Resonanz gestoßen, denn man rechnete nicht mit überschwänglicher Dankbarkeit auf dem Subkontinent:

Why should there be [gratitude]? It may in truth be difficult to recognise 'the proudest day in English history' among the dull political manoeuvres of the last months at home, the impatient resentment in India, the apathy of an English electorate for whom Indian affairs are largely a far off alien noise, occasionally disturbing their blissful unawareness that they have an Empire.¹³⁹²

Die Teilnahmslosigkeit und das Desinteresse der Öffentlichkeit standen im krassen Gegensatz zu dem, was Baldwin einerseits und die *Daily Mail* andererseits in die Situation hineininterpretierten. Der *Guardian* dagegen betonte ebenfalls, wie wenig die britische Wählerschaft an Indien interessiert sei. Die Gründung der IDL und der UBI sowie die Einberufung des Privilegienausschusses entsprangen nicht in erster Linie dem Drang der Öffentlichkeit nach Orientierung, sondern waren in seinen Augen

¹³⁹¹ HMSO, 296, 12. Dezember 1934, 519.

¹³⁹² *The Guardian*, 13. Dezember 1934.

vielmehr das Ergebnis politischen Kalküls. Der *Daily Mail* blieb nichts Anderes übrig, als Churchills Eloquenz zu feiern,¹³⁹³ und die *Times* gratulierte der Regierung zu einem weiteren Sieg über die *diehards*.¹³⁹⁴

Die BBC ihrerseits war seit Juni 1934 mit den Vorbereitungen auf die Veröffentlichung des JSC-Berichts beschäftigt. Der Aufsichtsrat hatte die geplante Sendereihe mehrfach verschieben müssen, da sich die Arbeit des JSC immer wieder verzögert hatte. Der ursprüngliche Plan sah vor, Churchill, einen Vertreter des linken Flügels, der glaubte, das *White Paper* ginge nicht weit genug, ein bis zwei Befürworter des Papiers und drei Inder – einen Prinzen, einen Hindu und einen Muslim –, die ebenfalls hinter dem Papier standen, auf Sendung gehen zu lassen. Weiterhin war ein Sprecher von außerhalb des politischen Zirkels eingeplant, der das Papier in jedem Fall unterstützen sollte, wobei der Aufsichtsrat an Sir John Thompson dachte.¹³⁹⁵ Eindeutiger konnte das Gewicht nicht zugunsten der Reformbefürworter gelagert sein. Diese Idee musste jedoch zunächst fallengelassen werden, da das IO die BBC wissen ließ, man könne vor November 1934 nicht mit dem JSC-Bericht rechnen.

Die BBC musste folglich ihr Konzept ändern und schlug nun vor, dass ein Regierungsvertreter die Sendereihe eröffnen und schließen solle. Mündlich hatte man sich bereits verpflichtet, zwei Vertreter der Churchill-Gruppe sprechen zu lassen. Weiterhin war der Auftritt je eines Repräsentanten von *Labour* und den Liberalen vorgesehen. Was Thompson betraf, wollte man ihn weiterhin gerne integrieren. Da er jedoch bekanntermaßen Beziehungen zum IO unterhielt und leitendes Mitglied der UBI war, musste zusätzlich ein „unpolitischer“ Redner gefunden werden, der sich kritisch zum *White Paper* äußern würde. In jedem Fall beschloss man, den Vorsitzenden des JSC Lord Linlithgow und das parlamentarische Gremium zu Rate zu ziehen.¹³⁹⁶

Kaum hatte Churchill die Einladung der BBC erhalten, sandte er John Reith eigene Vorschläge für die Sendereihe. Churchill bemängelte, dass er und Lord Lloyd, der andere *diehard*-Vertreter, in der Minderheit seien, denn selbst wenn die Vertreter von *Labour* und der Liberalen das *White Paper* kritisierten, so standen sie für ihn faktisch doch auf der Regierungsseite, da die vom JSC diskutierten konstitutionellen

¹³⁹³ *The Daily Mail*, 13. Dezember 1934.

¹³⁹⁴ *The Times*, 13. Dezember 1934.

¹³⁹⁵ Memorandum von Darling, 28. Juni 1934, Reading Archives R34/428/1.

¹³⁹⁶ Internes BBC-Memorandum von Dawnay, 6. Juli 1934, Reading Archives, *ibid*.

Veränderungen ihnen im Gegensatz zu ihm nicht weit genug gingen. Daher schlug er der Gerechtigkeit halber vor, sich an parlamentarischen Regeln zu orientieren, die das Prinzip Rede auf Rede vorsahen. Churchill wollte vor allem O'Dwyer als Gegengewicht zu Thompson einbinden.¹³⁹⁷

Die Verzögerung der Veröffentlichung des Berichts führte jedoch dazu, dass die BBC die für den Herbst geplante Reihe in das neue Jahr verschieben musste. Ein Programmdirektor, Alan Dawnay, hielt daran fest, eine Sendung für die Zeit nach der Veröffentlichung des Berichts vorzubereiten und machte Vorschläge, wie die BBC vorgehen sollte, um die *diehards* nach Möglichkeit zu neutralisieren. Die Idee, Linlithgow als Vorsitzenden des JSC oder einen seiner Vertreter, etwa den Erzbischof von Canterbury oder Lord Zetland, ans Mikrofon zu lassen, verlieh der Regierungsseite mehr Gewicht. Da die Gegner des *White Paper* ohnehin in zwei Lager gespalten waren, bedeutete dies eine weitere Schwächung für die *diehards*. Insgesamt würden sich beide Seiten gegenseitig schwächen, was der Regierungsseite förderlich war.¹³⁹⁸ Siepmann besprach die Strategie mit Thompson. Dieser wollte sich oder die UBI möglichst nicht Churchills Attacken aussetzen. Der Programmdirektor versicherte Thompson jedoch, dass die BBC alles unternehmen würde, um dies zu verhindern.¹³⁹⁹ Churchill wiederholte seine Proteste und spielte den Medien wie drei Jahre zuvor seine Korrespondenz mit der BBC zu. Lord Lloyd bezeichnete diese daraufhin empört als „chief propaganda organ of defeatism in India“.¹⁴⁰⁰

Die Sendereihe wurde letztlich so konzipiert, dass Hoare den Reigen eröffnete und Baldwin das Schlusswort erhielt. Attlee und Lansbury vertraten die Opposition, für die Liberalen sprach Isaac Foot. Sir George Schuster, der ehemalige Finanzminister des GOI, seit kurzem zurück in Großbritannien, legte die finanzwirtschaftlichen Punkte dar, und für die *diehards* gingen Churchill und Lord Lloyd ans Mikrofon. C.F. Andrews – Missionar in Indien und ein persönlicher Freund Gandhis – vertrat die Ansichten des INC, Lady Layton¹⁴⁰¹ legte die Situation der Frauen in Indien dar und Thompson unterstützte als „unpolitischer“ Sprecher das *White Paper*. Man verzichtete

¹³⁹⁷ Churchill an Reith, 25. August 1934, Reading Archives R/34/429.

¹³⁹⁸ Internes BBC-Memorandum von Dawnay, 24. August 1934, Reading Archives R34/428/1.

¹³⁹⁹ Vertrauliche Notizen von Thompson über ein Gespräch mit Siepmann, 17. September 1934, Thompson Papers F 137/47.

¹⁴⁰⁰ Lord Lloyds Rede während eines Empfangs bei dem Ehepaar Croft vor dem IDL-Rat vom 25. Januar 1935, *The Guardian*, 26. Januar 1935.

¹⁴⁰¹ Vorsitzende des *Women's Advisory Council on Indian Questions* und Gattin von Sir Walter Thomas Layton, der seinerseits Redakteur des *Economist* und Vorsitzender von *News-Chronicles* war.

darauf, indische Vertreter zu Wort kommen zu lassen.

Hoares Ansprache vom 1. Januar 1935 basierte auf zwei Argumenten. Erstens wartete er mit einer langen Reihe von Experten auf, die das Papier unterstützten. Er hob hervor, dass neben den Mitgliedern der Simon-Kommission drei ehemalige Vizekönige, die Mehrheit beider Häuser des Parlaments, die Gouverneure in Indien und die Mehrheit der ICS-Beamten den Gesetzentwurf unterstützten. Niemals zuvor hatte laut Hoare eine solche Ansammlung von Experten vereint Pläne für eine konstitutionelle Reformen in Indien gutgeheißen. Zweitens habe niemand in Indien oder in Großbritannien eine adäquate Alternative aufzeigen können. Die Vorschläge der *diehards* und der Sozialisten gingen für den Staatssekretär entweder nicht weit genug oder sahen zu viele Veränderungen auf einmal vor. Den Rest seiner Sendezeit nutzte er für einen Angriff auf die *diehards*. Hoare bescheinigte ihnen, auf ganzer Linie versagt zu haben, da es ihnen nicht gelungen war, das Parlament und andere Körperschaften in Großbritannien mit ihren Argumenten zu überzeugen. Der Staatssekretär grenzte die Churchillianer somit aus und sprach ihnen die Fähigkeit ab, als Autoritäten in der Indienfrage gelten zu können.¹⁴⁰²

Attlee bedauerte in seiner Ansprache, dass Hoare die gesamte Debatte als Fortsetzung des *Central Council*-Treffens zu behandeln schien. Es sei weitaus wichtiger, was Indien von dem *White Paper* hielt als die *diehards*. In diesem Sinne galt es vor allem, die indischen Nationalisten auf die britische Seite zu ziehen. Das Königreich musste aus seiner Sicht sein Misstrauen ihnen gegenüber abbauen und ihnen versichern, dass sie gleichberechtigte Partner im *Commonwealth* waren. Darum war es für ihn von großer Bedeutung, den *Dominion*-Status eindeutig in der neuen Verfassung zu verankern.¹⁴⁰³

Lloyd warnte wiederum vor einer Oligarchie der gebildeten Klassen in Indien. Dabei betonte er, dass er weder die Uhr zurückdrehen noch aus imperialistischem Interesse an Indien festhalten wolle. Königin Viktorias Versprechen, zum Wohle Indiens zu regieren, hatte aus seiner Sicht in erster Linie den indischen Massen gegolten, deren Schutz durch das *White Paper* nicht gewährleistet sein würde.¹⁴⁰⁴ Thompson legte dagegen großes Gewicht auf die Prämisse, dass es vor allem des Wohlwollens der indischen Seite bedurfte, um den Subkontinent im Empire halten zu

¹⁴⁰² Hoares Radioansprache, 1. Januar 1935, u.a. Hoare Papers E 240/18; siehe auch Reading Archives.

¹⁴⁰³ Attlees Radioansprache, 4. Januar 1935, *Listener*, Vol. XIII, Januar - Juni 1935.

¹⁴⁰⁴ Lloyds Radioansprache, 11. Januar 1935, *ibid*.

können. Weiterhin legte er dar, man könne keine politische Evolution erwarten, ohne Verantwortung in indische Hände abzugeben. Nur so könne auf Dauer eine wirkliche Demokratie in Indien etabliert werden.¹⁴⁰⁵ Schuster versicherte seinen Zuhörern, Indien könne sich die neue Verfassung finanziell durchaus leisten.¹⁴⁰⁶

Andrews mahnte, dass Indien mit dem *White Paper* nicht zufrieden sei.¹⁴⁰⁷ Foot diskutierte die Alternativen Abdankung, Beherrschung und Kooperation. Da er Letzteres für den einzig gangbaren Weg hielt, war auch für ihn Großbritannien auf die Zustimmung des indischen Volkes angewiesen. Foot war allerdings noch davon überzeugt, dass das Königreich sich immer noch auf diese Zustimmung verlassen konnte.¹⁴⁰⁸ Weiterhin hielt er die Idee aufrecht, dass Großbritannien die Geschicke des Subkontinents zu Indiens Vorteil geleitet hatte. Das Königreich war für ihn eine wohlwollende Macht, die in Indien aus freien Stücken Reformen durchführte.

Churchill eröffnete seine Rede mit einem wenig subtilen Hinweis auf die aus seiner Sicht ungerechte Verteilung der Redezeit, die für seine Sache erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringe. „Aber“, so setzte er fort, „hätten sich unsere Vorväter von Schwierigkeiten ins Bockshorn jagen lassen, wäre das Empire nicht über den Strand von Brighton hinausgewachsen“. Anschließend beschwerte er sich über das geschickte Taktieren der Regierung, um sich anschließend an die „einfachen, praktisch denkenden Bürger im Königreich“ zu wenden. Seiner Überzeugung nach musste jeder Realist einsehen, dass man unmöglich einem unwilligen asiatischen Volk ein westliches System aufzwingen konnte. Im weiteren Verlauf warnte er eben diese einfachen Bürger, dass sie dasselbe Schicksal erleiden würden, das bereits 100.000 arbeitslose Arbeiter der Baumwollindustrie in Lancashire ereilt hatte: das Ende der britischen Herrschaft in Indien bedeute den Ruin Großbritanniens. Unter Berufung auf britische Errungenschaften in und für Indien warnte er davor, dieses in Korruption, Nepotismus und Ineffizienz abgleiten zu lassen.¹⁴⁰⁹

Die BBC sah davon ab, seine Rede im *Listener* abzudrucken und beschränkte sich darauf, Baldwins Abschlussrede zu veröffentlichen.¹⁴¹⁰ Der Führer der Konservativen war davon überzeugt, im Hinblick auf die Entwicklung der *Dominions*

¹⁴⁰⁵ Thompsons Radioansprache, 18. Januar 1935, Thompsons Papers F 137/47.

¹⁴⁰⁶ Schusters Radioansprache, 16. Januar 1935, *Listener*, Vol. XIII, Januar - Juni 1935.

¹⁴⁰⁷ Andrews Radioansprache, 20. Januar 1935, *ibid.*

¹⁴⁰⁸ Foots Radioansprache, 25. Januar 1935, *ibid.*

¹⁴⁰⁹ Churchills Radioansprache, 29. Januar 1935, Reading Archive.

¹⁴¹⁰ Baldwins Radioansprache, 5. Februar 1935, *Listener*, Vol. XIII, Januar - Juni 1935.

und nun auch auf die Reform der indischen Verfassung einen Weg gefunden zu haben, das Empire zu erhalten und es vor dem Zerfall zu bewahren:

An Empire fertilised by self-government grows into a Commonwealth of Nations, and the mutual advantage of a voluntary association under the Crown is the bind that holds it together.¹⁴¹¹

Im Gegensatz zu den verschiedenen Imperien der Geschichte hatte das Vereinigte Königreich laut Baldwin aus früheren Fehlern gelernt und war in der Lage, in einer sich ändernden Welt auf die Bedürfnisse der einzelnen Kolonien einzugehen. In Bezug auf die Wirtschaft versicherte Baldwin seinen Zuhörern, dass nur eine Welle von Hass die momentan bestehenden exzellenten Beziehungen zerstören konnte. Somit ginge von den Reformen keine Gefahr aus.

Trotz der intensiven Vorbereitungen blieb Hoare nichts Anderes übrig, als ein allgemein schrumpfendes Interesse an Indien im Königreich festzustellen. Lediglich die BBC-Sendereihe habe kurzzeitig für das Gegenteil gesorgt. Er ging davon aus, dass sich das Hauptinteresse auf die Sendungen beschränken würde, in denen er selbst, Churchill und Baldwin zu Wort kamen. Der Staatssekretär war somit davon überzeugt, dass das Interesse hauptsächlich auf den innerparteilichen Zwist gerichtet war und weniger auf konstitutionelle Feinheiten. In den Wahlkreisen glaubte er, ebenso ein schwindendes Interesse an Indien feststellen zu können. Teile der *diehard*-Fraktion gaben ihre aktive Opposition auf, um resigniert das Ende des Reformprozesses abzuwarten.¹⁴¹² Selbst das *Central Office* widmete den Sendungen wenig Aufmerksamkeit. Anders als bei anderen Themen wurden diesmal keine Mitschriften angefertigt, um sie für eventuelle Propagandaarbeit nutzen zu können.¹⁴¹³ Hauptgrund für das Abflauen des Interesses mag gewesen sein, dass der Reformprozess sich nun dem Ende zuneigte.

Randolph Churchill hatte jedoch die Zeichen der Zeit nicht erkannt und kündigte seine Kandidatur für die Nachwahlen in Wavertree in Liverpool an.¹⁴¹⁴ Weder Randolphs Vater noch die IDL waren darüber informiert, und so blieb ihnen am Ende nichts Anderes übrig, als ihm konsterniert unter die Arme zu greifen.¹⁴¹⁵ Auch Rothermere war erneut zur Stelle und feierte Randolphs Entschluss als ein

¹⁴¹¹ Ibid.

¹⁴¹² Hoare an Willingdon, 3. und 17. Januar 1935, Hoare Papers E 240/4.

¹⁴¹³ Gower an Ball, 9. Januar 1935, CCO 4/1/23.

¹⁴¹⁴ Der Sitz wurde frei, als der bisherige Inhaber, Ronald Nall-Cain, den Titel eines Barons von seinem Vater erbte und somit seinen Sitz im Unterhaus aufgeben musste.

¹⁴¹⁵ Bridge (1986:137).

Ereignis von höchster Wichtigkeit. Eine neue Taktik neben den üblichen Appellen an Lancashire und Warnungen vor dem Ruin des Königreichs bestand nun darin, Churchill Junior als Vertreter des *Young England* zu präsentieren, den die alten „Parteischranken“ versuchten, kaltzustellen.

With great courage and tenacity of purpose worthy of his upbringing and his illustrious forbears, he has set about winning the Wavertree division of the city for true Conservatism. This dramatic decision [...] is a thrilling example to the youth of the country. [...] Already there are signs that Wavertree will become an historic battleground of the revolt of British youth against the complacency of our Party leaders and their lack of imagination and inspiration.¹⁴¹⁶

Das *Central Office* ließ bald durchblicken, dass jede Hilfe für Randolph Churchill höchst unwillkommen sei und drohte mit Disziplinarmaßnahmen, was die *IDL* und *Daily Mail* propagandistisch als undemokratischen Druck innerhalb der Partei ausschlachteten. Die Redakteure liefen zur Hochform auf, und Churchill Senior erhielt ganze Spalten, um für seinen Sohn in den Wahlkampf zu ziehen:

[...] what a spectacle is presented to the nation of the Conservative party machine working frantically night and day, its wealth, its wire-pulling, Ministers of the Crown in shoals, agents by the dozen all employed to prevent a young man of 23 from making his way as a Conservative into Parliament where for so many generations his forbears have borne their part. I think it is a pitiful spectacle, humiliating to the present leaders of the National Government.¹⁴¹⁷

Randolphs Sieg würde nicht nur Indien retten, sondern auch der drohenden sozialistischen Gefahr im Unterhaus einen Riegel vorschieben.¹⁴¹⁸ Immer mehr wurde der Kampf um Indien von dieser Seite als Kampf um Großbritanniens innenpolitische Zukunft interpretiert. Demokratische Grundprinzipien im eigenen Land rückten dabei immer weiter in den Vordergrund und ließen Indien ins Hintertreffen geraten.

Staatssekretär Hoare hielt es nicht einmal für nötig, während einer von der UBI in Oxford organisierten Veranstaltung auf die neue Herausforderung in Wavertree einzugehen.¹⁴¹⁹ Der *Guardian* mokierte sich eher über Rothermeres Ausbrüche und zog Randolph Churchills parlamentarische Ambitionen, die angeblich von *Young*

¹⁴¹⁶ *The Daily Mail*, 21. Januar 1935. In derselben Ausgabe veröffentlichte Rothermere sein Telegramm an die indischen Prinzen, in dem er warnte, mit ihrer Zustimmung zum *White Paper* würden sie ihren eigenen Untergang besiegeln. Sehr zur Enttäuschung der *diehards* gelang es jedoch Willingdon mit Hilfe des Maharaja von Patiala, Bhupinder Singh, die Prinzen dazu zu bewegen, das Papier weitgehend zu unterstützen. Dabei hatten vor allem die Verluste der *diehards* eine erhebliche Rolle gespielt, denn die Prinzen mussten einsehen, dass von dieser Seite auf Dauer keine Hilfe zu erwarten war. Copland (1997:134ff.).

¹⁴¹⁷ Churchills Rede auf einer IDL-Veranstaltung in Bristol vom 25. Januar 1935. *The Guardian*, 26. Januar 1935.

¹⁴¹⁸ *The Daily Mail*, 6. Februar 1935.

¹⁴¹⁹ Hoares Rede vor der UBI in Oxford vom 23. Januar 1935. *The Guardian*, 25. Januar 1935.

England getragen wurden, ins Lächerliche.¹⁴²⁰ Man konzentrierte sich vielmehr auf den zu diskutierenden Gesetzesvorschlag zu Indien. Euphorisch stellte der Leitartikel fest, dass die letzte Etappe der langen Reise begonnen hatte, auf der die JSC-Empfehlungen endlich umgesetzt würden. Enttäuscht zeigte sich das Blatt jedoch darüber, dass der *Dominion*-Status noch nicht einmal in der Präambel erwähnt werden sollte.¹⁴²¹

Die Wavertree-Nachwahl, die die Konservativen letztlich verlieren würden, war in zweierlei Hinsicht entscheidend für die *diehards*. Zum einen waren sie ironischerweise gezwungen, Indien als Wahlkampfthema fallen zu lassen und die Aufmerksamkeit der Wähler auf den parteiinternen Zwist zu lenken. Damit hatten sie ihren bisherigen Hauptangriffspunkt verloren. Zum anderen führte Randolph Churchills Aktion dazu, dass Wavertree, bis *dato* ein sicherer Wahlkreis der Konservativen, einen *Labour*-Abgeordneten ins Unterhaus entsandte. Der verlorene Sitz schadete der konservativen Übermacht im Unterhaus wenig, auch wenn man sich über das Ergebnis überrascht zeigte.¹⁴²² Die IDL wurde jedoch ungemein diskreditiert, denn ihr Anspruch, für das Wohl der Partei anzutreten, wurde als hohl entlarvt. So kamen einige Mitglieder der IDL zu dem Schluss, man müsse eine dauerhafte politische Isolation vermeiden und dabei gegebenenfalls einige Überzeugungen opfern. Selbst Lord Salisbury begann nun, Baldwin zu beschwören, die Tür für „loyale“ *diehards* offen zu halten, die nach der Abstimmung über den Gesetzentwurf wieder in den Schoß der Partei zurückkehren wollten.¹⁴²³

Während der ersten Debatten zum Gesetzesentwurf im Februar 1935 versuchte Hoare in diesem Sinne, die allen gemeinsamen Anliegen zusammenzufassen und erneut einen Konsens zu bilden. Schließlich sei man sich über das Prinzip einig und unterscheide sich nur in der Methodik. Das *White Paper* sah nicht umsonst vor, einige Ressorts und Sondergewalten in britischer Hand zu belassen, und so lange es nötig wäre, sei das Königreich bereit, Indien jede erdenkliche Hilfe zukommen zu lassen. Kritiker, die darauf hinwiesen, der *Dominion*-Status sei nicht erwähnt worden, beschwichtigte Hoare damit, dass das Ziel bereits 1919 gesteckt worden sei und man

¹⁴²⁰ *The Guardian*, 23. Januar 1935.

¹⁴²¹ *Ibid.*, 25. Januar 1935.

¹⁴²² Allen an Baldwin, 11. Februar 1935, Baldwin Papers, Vol. 51/149-151.

¹⁴²³ Salisbury an Baldwin, 10. Februar 1935, Baldwin Papers, Vol. 107/12-15. S. auch Bridge (1986:137).

daher nicht erneut darauf eingehen müsse.¹⁴²⁴ Attlee befürchtete jedoch, dass dies in Indien Verunsicherung hervorrufen würde, was die *diehards* ausnutzen könnten. Aus Sicht der *Labour*-Opposition unterschied sich die Regierung von den *diehards* ohnehin nur graduell. Attlee warnte davor, sich selbstgefällig zurückzulehnen. Größere Veränderungen seien nötig, denn für ihn halfen die Reformen, die alte kapitalistische Grundordnung aufrechtzuerhalten, die *Labour* beseitigt sehen wollte.¹⁴²⁵

Herbert Samuel von den Liberalen sicherte die Unterstützung seiner Partei zu, da das *White Paper* die besten Prinzipien des britischen Systems auf Indien anwende und der sicherste Weg sei, die Verbindung zwischen dem Vereinigten Königreich und dem *Raj* aufrecht zu erhalten. Politische Freiheit war aus seiner Sicht der einzige Garant für gute Handelsbeziehungen.¹⁴²⁶ Am nächsten Sitzungstag legte Earl Winterton dem Haus seine und Amerys Empire-Vision vor:

[...] an evolving British Empire, unity in diversity, with increasing self-government locally, coupled with increasing trade within the Empire and a progressive sharing of responsibilities for mutual help in both peace and war. [...] We want to see not a dependent but an inter-dependent Empire. We believe that the days of the dependent Empire have passed away.¹⁴²⁷

Schützenhilfe erhielt er von James de Rothschild, der den *diehards* vorwarf, Indien entgegen allen Versprechen auf ewig beherrschen zu wollen. Anschließend kritisierte er Simon scharf, dem er im Prinzip vorwarf, durch sein vierjähriges Schweigen den *diehards* erst ihre Gegenkampagne ermöglicht zu haben. An *Labour* appellierte er, die Sicherheitsgarantien nicht als Stolperstein zu werten. Indien hatte es selbst in der Hand, inwieweit Sondergewalten in Anspruch genommen werden mussten. Dennoch war er überzeugt, dass Indien erst in 100 Jahren volle Selbstverwaltung erhalten könnte.¹⁴²⁸

Die Debatte vom 8. Februar 1935 bedeutete noch mehr Druck für die *diehards*. So verließ etwa Rhys Davies seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass, obwohl Lancashire ein Zehntel aller Unterhausabgeordneten stellte, lediglich vier von ihnen bisher an der Debatte teilgenommen hatten. Stattdessen würden nun die Mitglieder für Epping, Bournemouth, Eastbourne und Chertsey – allesamt südenenglische Wahlkreise – ein seltenes Interesse an dem Wohlergehen der Baumwollspinner in Lancashire

¹⁴²⁴ HMSO, 297, 6. Februar 1935, 1151-66.

¹⁴²⁵ *Ibid.*, 1168-74.

¹⁴²⁶ *Ibid.*, 1176-89.

¹⁴²⁷ *Ibid.*, 7. Februar 1935, 1348.

¹⁴²⁸ *Ibid.*, 1350-69.

bekunden. Davies wies darauf hin, dass sich die dortigen Arbeiter darüber bewusst seien, von Churchill und Croft für ihre Zwecke benutzt zu werden und erwähnte, dass die IDL vor Ort *India Pretence League* genannt wurde.¹⁴²⁹ Churchill blieb nichts Anderes übrig, als erneut seine Befürchtung zu äußern, dass eine zukünftige sozialistische Regierung mit nur wenigen Federstrichen alle Sicherheitsgarantien beseitigen würde. Ohnehin hätten „okkulte Einflüsse der Sozialisten“ das Unterhaus bereits infiltriert und die konservative Mehrheit dazu gebracht, eine radikale Politik auszuführen.¹⁴³⁰

Während der Debatten hatte es zahlreiche Beschwerden darüber gegeben, dass Konservative die Sitzung für eine parteiinterne Diskussion benutzen würden, die die anderen Parlamentsparteien praktisch ausschloss. Vor allem Lansbury zeigte sich erbost von ständigen Unterbrechungen durch störende Gespräche auf der Regierungsbank.¹⁴³¹ Während der Rede eines *Labour*-Abgeordneten hatte die Mehrheit von Baldwins Partei das Haus sogar verlassen, so dass nur etwas mehr als ein Dutzend Parlamentarier dort verblieben. Die meisten Konservativen waren offensichtlich weniger interessiert an den unterschiedlichen Herangehensweisen in Bezug auf das indische Problem als an den Konflikten innerhalb der eigenen Partei.

Als die britische Presse sich daran machte, die Debatte zu kommentieren, war es vor allem die *Daily Mail*, die Hoare kritisierte. Die Tatsache, dass der Staatssekretär den *Dominion*-Status als Ziel britischer Indienpolitik definiert hatte,¹⁴³² stieß auf wenig Gegenliebe. Schließlich würde Indien als *Dominion* frei über den Verbleib im Empire entscheiden können. Obwohl der Subkontinent von einem solchen Schritt noch weit entfernt war, lautete die Überschrift des Leitartikels: *Losing India!*¹⁴³³ Ganz im Sinne von Lord Rothermere, für den Wiederholungen das effektivste Stilmittel journalistischer Arbeit waren, um den Lesern eine Idee zu vermitteln, verbrachten die Redakteure offensichtlich einen Großteil ihrer Zeit damit, die alten Argumente wieder aufzuwärmen und neu zu arrangieren. Die Reformen seien ein großer Schwindel, da das *National Government* kein Mandat für seine Indienpolitik erhalten habe. Weiterhin würden der Handel mit Indien zusammenbrechen und die Einstellungschancen für britische Arbeiter schwinden. Außerdem würde eine indische Regierung Tausende von

¹⁴²⁹ *Ibid.*, 8. Februar 1935, 1530-37.

¹⁴³⁰ *Ibid.*, 11. Februar 1935, 1641-61.

¹⁴³¹ *Ibid.*, 1706-1708.

¹⁴³² *The Daily Mail*, 7. Februar 1935.

¹⁴³³ *Ibid.*, 8. Februar 1935.

ICS-Pensionäre um ihre Renten bringen.¹⁴³⁴ Als die indischen Prinzen ihrerseits verlangten, den Gesetzentwurf entschieden zu verändern,¹⁴³⁵ triumphierte die *diehard*-Presse. Rothermere sandte ein Telegramm, in dem er den Prinzen zu ihrer Entscheidung gratulierte und veröffentlichte es in der *Daily Mail*.¹⁴³⁶ Seine Zeitung ging so weit, zu behaupten, Hoare hätte in einem Ferngespräch versucht, mit den Prinzen zu verhandeln.

Für Churchill war das föderale Prinzip in Indien damit gestorben. Während die *diehards* davon ausgingen, dass die Reformen nun erheblich verändert oder ganz aufgegeben werden müssten, blieb der *Guardian* gelassen, da er den Schritt der Prinzen in Relation zu den Reaktionen anderer indischer Interessengruppen setzte, die ebenfalls versuchten, eigene Vorstellungen in die Debatte einzubringen.¹⁴³⁷ Der Leitartikel drückte Verärgerung darüber aus, dass die *diehards* nun glaubten, ihren schwindenden Einfluss wiederbeleben zu können.¹⁴³⁸

Weniger gelassen war man allerdings im *Central Office*. Sein Vorsitzender, Sir Geoffrey Fry, überlegte, gegen die *Daily Mail* vorzugehen. Wenn die Zeitung zugeben würde, der Vorwurf, Hoare hätte per Telefon versucht, die indischen Prinzen zu beeinflussen, sei der Fantasie eines ihrer Redakteure entsprungen, wäre das *Central Office* in der Lage gewesen, das Vertrauen in das Blatt erheblich zu erschüttern. Fry ging davon aus, dass jetzt oder nie die Gelegenheit sei, sich für die Zukunft vor „Lügen“ dieser Art zu schützen.¹⁴³⁹ Was das *Central Office* nicht wissen konnte, war, dass die Allianz zwischen Churchill und Rothermere bereits bröckelte. Die *Daily Mail* schrieb zwar weiter über den drohenden Verlust Indiens und das Desaster, das die neue Verfassung mit sich bringen würde. Rothermere näherte sich jedoch im Laufe des Jahres 1935 wieder Baldwin an. Churchill bekam diese Annäherung zu spüren und beschwerte sich beim Besitzer der *Daily Mail*.¹⁴⁴⁰

Ogleich die letzten Debatten über den GIA von 1935 näher rückten, wandten

¹⁴³⁴ Ibid., 11. Februar 1935.

¹⁴³⁵ Wie Copland aufzeigt, ging dieser Zug weniger auf ein plötzliches Umdenken der Prinzen zurück, sondern war ein Versuch, durch Neuverhandlungen bessere Bedingungen zu erwirken. Nach anfänglicher Panik in London überwog jedoch der „eiserne Wille“, nicht auf den Bluff der Prinzen einzugehen. Hoare überredete Georg V., die Prinzen wissen zu lassen, dass sie nicht zu den Feierlichkeiten seines silbernen Thronjubiläums eingeladen würden, sollten sie ihre Meinung nicht ändern. Dies schien großen Eindruck zu machen. Copland (1997:134ff.).

¹⁴³⁶ *The Daily Mail*, 26. Februar 1935.

¹⁴³⁷ *The Guardian*, 26. Februar 1935.

¹⁴³⁸ Ibid., 27. Februar 1935.

¹⁴³⁹ Fry an Baldwin, 28. Februar 1935, Baldwin Papers, Vol. 56/30-31.

¹⁴⁴⁰ Churchill an Rothermere, 29. April 1935, Churchill Papers Char 2/235/53-54.

sich Politiker und Öffentlichkeit verstärkt anderen Fragen zu. Die Landesverteidigung, neue Unterhauswahlen, die britische Wirtschaft und die allgemeine politische Lage in Europa riefen ein großes Presseecho hervor. MacDonalds Gesundheitszustand verschlechterte zudem sich rapide, und Baldwin überlegte, ob er Churchill in ein neues Kabinett integrieren könnte.¹⁴⁴¹ Churchill sollte seine Fehde mit Baldwin im November offiziell begraben.

Der *Government of India Act* von 1935 wurde am Ende im August des Jahres verabschiedet und führte folgende Elemente ein:

- das Ende des *Dyarchy*-Systems und eine signifikante Autonomie der Provinzen
- eine Vorkehrung für die Föderation von Britisch-Indien und den Prinzenstaaten
- direkte Wahlen und ein Ausweiten des Wahlrechts von sieben auf 35 Millionen Menschen
- die Reorganisation der Provinzen:
 - Sindh wurde von der Provinz Bombay getrennt
 - Bihar und Orrissa wurde in zwei Provinzen gespalten
 - Burma wurde komplett von Britisch-Indien getrennt
 - Aden wurde ebenfalls von Britisch-Indien ausgeschlossen und als eigene Kronkolonie etabliert
- Die Mitgliedschaft in den Provinzräten wurde umstrukturiert, um mehr gewählte indische Repräsentanten zu integrieren, die nun Mehrheiten bilden und die Regierung der Provinzen stellen konnten; allerdings behielten die Gouverneure die Macht, die Provinzregierungen aufzulösen
- Etablierung eines Föderationsgerichtshofes¹⁴⁴²

Der *Daily Herald* ging davon aus, dass er rasch zu weiteren Veränderungen führen würde.¹⁴⁴³ Die Überschrift der *Daily Mail* fasste ihn mit den Worten „Auf Wiedersehen Indien“ zusammen.¹⁴⁴⁴ Die *Times* schrieb, kein anderer Gesetzesentwurf

¹⁴⁴¹ Notizen über ein Treffen zwischen Baldwin und Dawson, 4. Mai 1935, MS Dawson 78/101-102.

¹⁴⁴² Es war die längste Gesetzgebung der britischen Geschichte. In den beiden Häusern des Parlaments wurden über die Jahre 2.000 Reden gehalten, viele davon gegen die Reform. Read & Fisher (1997:255); Reden Burke & Quraishi (1995:297ff.).

¹⁴⁴³ *The Daily Herald*, 8. August 1935.

¹⁴⁴⁴ *The Daily Mail*, 2. August 1935.

habe je so viel Vorbereitungen und Untersuchungen erfordert wie diese neue Verfassung Indiens. Trotz aller Versuche der *diehards*, die Reformen zu verhindern, sei es vor allem Leuten wie Lord Goschen und Sir John Thompson von der UBI zu verdanken, die Gegenpropaganda organisiert zu haben. Die Befürworter des GIA von 1935 waren laut *Times* berechtigterweise davon überzeugt, dass man in Indien durchaus eine gewagtere Politik verfolgen müsse, um weitaus größere Probleme in der Zukunft zu vermeiden.¹⁴⁴⁵

Thompson selbst fasste auf einer der letzten Sitzungen der UBI zusammen: nach zwei Jahren erfolgreicher Arbeit könne die UBI sich nun aus der aktiven Politik zurückziehen. Er hielt daran fest, dass sie eine von den Parteien unabhängige Körperschaft gewesen sei. Die geheime Unterstützung durch das IO ließ er unter den Tisch fallen. Innerhalb von nur zwei Jahren hatte es die UBI geschafft, erhebliche Teile des ICS, des Militärs, der Wirtschaft, der Kirche und nicht zuletzt der Presse auf ihre Seite zu ziehen. Zwischen Juni 1933 und Mai 1935 hatten Unionsredner auf 326 Veranstaltungen in England, Schottland und Wales gesprochen. Dabei waren nur 47 Treffen von der UBI selbst organisiert worden. Thompson und Villiers waren die aktivsten Sprecher der Union. Staatssekretär Hoare gratulierte der UBI und bedankte sich für ihre Hilfe, die aus seiner Sicht zu 85% zum Erfolg der Regierung beigetragen hatte.¹⁴⁴⁶

Die IDL hingegen hatte trotz Rothermeres Unterstützung immer wieder unter finanziellen Schwierigkeiten zu leiden. Während die Regierung sich auf das parlamentarische Geschäft konzentrieren und der UBI die Propagandaaufarbeit überlassen konnte, die sich zu erheblichen Teilen aus Mitteln des *Central Office* und des IO finanzierte, war die IDL gezwungen, das gesamte Geld für ihre Tätigkeit selbst aufzubringen. Noch im Dezember 1934 hatte die Liga versucht, über die *Daily Mail* und die *Morning Post* Spenden einzuwerben. Das Ergebnis war jedoch enttäuschend und konnte das erhebliche Defizit auf den IDL-Konten nicht verringern.¹⁴⁴⁷ Gleichzeitig reflektierte dies ein Abnehmen des Interesses an der Arbeit der IDL.

Was den Reformprozess in Indien betraf, blieb festzuhalten: so sehr sich die Konservativen mit dem Erlass des GIA von 1935 bemüht hatten, das Alte so lange wie

¹⁴⁴⁵ *The Times*, 6. Juni und 3. August 1935.

¹⁴⁴⁶ UBI-Treffen vom 20. Juni 1935, Thompson Papers F 137/51, undatierte Angaben über das Bulletin der UBI, *ibid.*

¹⁴⁴⁷ IDL an Gwynne, 7. Februar 1936, Gwynne Papers dep. 11.

möglich zu bewahren, so waren sie doch zum Scheitern verurteilt. Nachdem das Thema Indien seit 1928 so intensiv wie nie zuvor in den Medien diskutiert worden war, wurde der Öffentlichkeit nun suggeriert, dass alles Erdenkliche getan und die Zeit für eine Atempause gekommen sei. Seit der Teilung Bengalens im Jahr 1905 jedoch waren mehrere ideologische Bastionen gefallen, die ein Fortbestehen des traditionellen *Raj*-Konzept unmöglich machten.

Was Indien selbst anbetraf, so wurden drei Prämissen aufgehoben. Zum einen war der Mythos der uneingeschränkten Loyalität der Inder gegenüber Großbritannien zerstört. Was mit Studentenprotesten begonnen hatte, hatte sich zu einer nationalistischen Bewegung ausgeweitet. Was politisch zunächst auf Bengalen beschränkt war, mündete in eine Entwicklung, in deren Verlauf der INC zur am besten organisierten politischen Partei in ganz Indien wurde. Auch wenn der Kongress nicht beanspruchen konnte, für ganz Indien zu sprechen, so war unter seiner Schirmherrschaft doch ein erheblicher Teil der indischen Elite vereint worden, die man durch ihre oftmals britische Erziehung eigentlich auf Seiten Großbritanniens geglaubt hatte. Diese Elite forderte nun den vollen *Dominion*-Status, der das Recht beinhaltete, aus dem Empire-Verband auszutreten. Die Marginalisierungsstrategien wurden in der britischen Presse zwar weiter aufrechterhalten, dennoch war die INC-Kampagne in Indien laut und anhaltend genug, um Großbritannien zu zwingen, sich dieser Forderung zu stellen.

Zweitens hatte der GIA von 1919, so hölzern und unbeliebt er auch war, gezeigt, dass Inder sehr wohl in der Lage waren, politische Ämter zu führen. Wie weiter oben aufgezeigt, hatte der *Guardian* als erster mit dem Gedanken gespielt, dass Indien auf Dauer auch ohne den britischen ICS auskommen würde. Die Autorität dieses „Stahlrahmens“ wurde nun laufend untergraben. Die britische Öffentlichkeit wurde in den Jahren 1928-1935 nicht nur auf politische Reformen in Indien vorbereitet, sondern auch auf die Tatsache, dass der ICS nicht mehr das administrative *sine qua non* für Indien war. Aus diesen ersten beiden Punkten resultierte letztlich auch der dritte. Ohne indische Kooperation war die Verwaltung des Subkontinents nicht möglich. Die angeblich allmächtige GOI-Maschinerie war nicht in der Lage, ihr Selbstverständnis im Verlauf der Debatte aufrecht zu erhalten. Was zuvor bis zu einem gewissen Grad möglich gewesen war, scheiterte nun an der Realität. Die britische Präsenz in Indien war nie flächendeckend. Vielmehr gab es eine Ansammlung

„britischer Ghettos“¹⁴⁴⁸, die über das *Raj* verteilt waren und von jeher auf indische Zusammenarbeit angewiesen waren. Mit der Zeit kam man nicht mehr umhin, dieses Faktum anzuerkennen.

In Großbritannien selbst kam es zu zwei wichtigen Veränderungen. Einerseits verloren alte Autoritäten an Bedeutung und Einfluss. Andererseits war das Konzept einer einheitlichen und überparteiischen Indienpolitik bis 1935 völlig erodiert. Ex-Gouverneure und ICS-Beamte wie Craddock, Lloyd, O'Dwyer oder Sydenham konnten sich nicht mehr damit brüsten, zu denen zu gehören, die wüssten, was zu tun sei (*those who know*). Die alte Formel, dass langjährige Indieneerfahrung zu einer einheitlichen Betrachtungsweise führte, ging nicht mehr auf. Die britische Öffentlichkeit bekam fortan Einschätzungen aus zwei Lagern zu hören, die beide auf lange Jahre Dienst in Indien zurückschauen konnten – zumal es nicht mehr um administrative Effizienz, die *raison d'être* des ICS, sondern zunehmend um politischen Fortschritt ging. Seiner ursprünglichen und sinnstiftenden Aufgabe beraubt, konnte der ICS nicht mehr so uneingeschränkt als Autorität fungieren wie zuvor. *Think Tanks* wie der *Round Table*, die UBI, Fabianisten, *Labour* und die britischen Zweiggruppen des INC oder die IL verschafften sich ebenfalls Gehör.

Weiterhin war Indien zu einem parteipolitischen Thema geworden. Das *National Government* konnte nur mit Mühe den Anschein einer nationalen Indienpolitik aufrechterhalten, da sowohl Befürworter, als auch Gegner der Reformpolitik aus den Lagern der politischen Splittergruppen kamen. Die *diehards* und die *Labour*-Partei bildeten eine gemeinsame Opposition, auch wenn sie nicht gegensätzlicher hätten sein können. Selbst die Einheit zwischen dem GOI und dem IO war ins Wanken geraten und konnte nur mühsam erhalten werden, was freilich nicht in die Öffentlichkeit getragen wurde.

Zusätzlich führte die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise der 1930er Jahre vielerorts zu Fatalismus, Desillusionierung und Melancholie, die auch vor dem Empire und damit dem *Raj* nicht haltmachten. Nicht umsonst fragte sich der *Guardian* öfter, ob Indien den ganzen Aufwand überhaupt wert sei, nur um sich dann wieder einen Ruck zu geben und die britische Mission zu unterstützen. Die alte Idealwelt des *Raj* war bis 1935 verschwunden. Die ICS-Beamten waren längst nicht

¹⁴⁴⁸ T. Richards, *The Imperial Archive. Knowledge and Fantasy of Empire*, London 1993, 2. Ein Aspekt, den Wilson (2016) noch weiter ausführte.

mehr die *heaven born*. Die britisch-indische Armee war nicht in der Lage, ohne Rückhalt durch Truppen aus Großbritannien für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Außerdem hatte sie seit Amritsar eine potenziell negative und zerstörende Kraft bewiesen und galt als zu schießwütig.¹⁴⁴⁹

Für die nachfolgende Debatte war es nun endgültig keine Frage mehr, ob man Indien weitere politische Reformen zugestehen wollte. Die Diskussion drehte sich vielmehr um das Problem, wann, wie und mit wem Großbritannien weitere konstitutionelle Schritte gehen würde. Welche der politischen Parteien in Indien würden das Vertrauen der gesamten Nation erringen können? Das Problem wurde so erneut allein auf indische Schultern abgewälzt.

Der Generalangriff der *diehards* schlug fehl, unter anderem aufgrund der soliden Kontrolle, die das Indienministerium in Kooperation mit der *Times* und der BBC über das Narrativ ausüben konnte. Zusätzlich konnte das IO den *Guardian* auf seine Seite ziehen. Dieser ging in der Folge teilweise sogar über die Wünsche des IO hinaus, um das Reformvorhaben während der Debatten um das *White Paper* zu unterstützen. Diese Debatte drohte den Konsens über die britische Kontrollfunktion erneut an eine Grenze zu bringen. Dabei stand der Streit um die Sicherheitsgarantien stellvertretend für die unterschiedlichen Meinungen zur Kontrollfunktion der Kolonialmacht. Die geplante Übergabe der Kontrolle etwa über die Polizeikräfte an indische Minister wurde so hart umkämpft, weil dieser Schritt für die *diehards* symptomatisch für den Kontrollverlust des Königreichs insgesamt waren. Andere Teile des britischen Konsenses wurden ebenso an ihre Grenzen gebracht. So zum Beispiel die Idee der politisch uninteressierten und unmündigen indischen Massen. In der Debatte um das *White Paper* wurde ihnen nun eine aktive Rolle zugesprochen, die die Mutternation auf ihre eigene Gefahr hin unterschätzen würde. Folglich arbeiteten die *diehards* gegen eine Transformation des Diskurses, die sie durch die Debatten des JSC befürchteten.

Diese Transformation ließ sich aufgrund der Realität in Indien jedoch nicht aufhalten. Dabei waren bereits so viele Bereiche des Verwaltungsapparates in indischer Hand, dass von britischer Kontrollfunktion im hergebrachten Sinn nicht mehr die Rede sein konnte. Was darüber hinweghelfen sollte, war die Vorstellung, dass man Indien durch seine Mitgliedschaft im *Commonwealth* an die Mutternation

¹⁴⁴⁹ Booker (1997:97); Greenberger (1969:90).

binden und damit Großbritannien auch künftig die Kontrolle über die politische Entwicklung des Landes behalten könne.

Der GIA von 1935 war so angelegt, dass Indien diesen Status implizit erhalten hatte. Der Gesetzestext garantierte jedoch einen Kontrollerhalt für die Mutternation, der weit über den üblichen *Dominion*-Status hinausging. Die Debatte war nun an einen Punkt gelangt, an dem die politische Emanzipation für viele unausweichlich geworden war und es für sie nur noch darum gehen konnte, die Rahmenbedingungen so zu fassen, dass der Subkontinent Teil des *Commonwealth* bleiben würde.

Zwischenbilanz

Um die nationale Einheit über die britische Indienpolitik aufrechtzuerhalten, legte Staatssekretär Birkenhead sein Augenmerk darauf, die vollkommene Kontrolle über das Personal der *Statutory Commission* zu haben. Die Kommissare mussten vor allem untereinander stellvertretend für die nationale Ebene zu einem Konsens finden. Dieser Konsens über einen ausschließlich von Großbritannien gelenkten und kontrollierten Reformprozess, ohne dabei auf indischen Druck einzugehen, wurde jedoch 1927 in Vorbereitung auf die Simon-Kommission an seine Grenzen gebracht. *Labour* trug dazu bei, ihn zu untergraben, indem die Partei erklärte, weitere politische Schritte nur mit Indiens Zustimmung zu unternehmen und damit Indien ein Mitspracherecht einzuräumen.

Weiterer Druck kam 1929 mit Irwins Vorschlag einer Konferenz von Vertretern unterschiedlicher Interessengruppen, denn dies führte tatsächlich zu einer nie dagewesenen Integration der Inder in den politischen Entscheidungsprozess. Der drohende Boykott der *Round Table Conference* durch den INC ließen jedoch Zweifel aufkommen, ob das *British Raj* nicht zu viel Ärger für das Königreich bedeutete. Dadurch manifestierte sich eine Transformation im Diskurs um die Rolle der Mutternation und deren Prestige und Aufgaben in Indien. Diese Entwicklungen riefen die IES auf die Bühne, was den Konsens über die überparteiliche Indienpolitik weiter schwächte. Zusätzlich war der *Guardian* 1930 eine der ersten britischen Zeitungen, die das Wort „Unabhängigkeit“ ernsthaft in den Indiidiskurs einbrachte. Die britische Mission in Indien wurde nun zu einer Treuhandschaft für eine Übergangsphase, deren Dauer jedoch weiterhin nicht definiert wurde. Damit verfestigte sich das Argument, dass es nicht mehr so sehr um die Kontrolle über die Kolonie ging, sondern nur noch über den Prozess der politischen Transformation.

Die *Round Table Conference* wurde für Großbritanniens Rolle als Mutternation zunächst das perfekte Medium, um ein einheitliches Handeln des britischen Parlaments als Kontrolleur des Prozesses der indischen politischen Emanzipation zu konsolidieren. Großbritannien hielt Hof und konnte den politischen Vorschlägen, die einem von ihm kontrollierten und evaluierten politischen Bildungsprozess seiner Untertanen entsprungen waren, zustimmen. Die Konferenz und die Reformbefürworter brachten den Konsens jedoch an eine Grenze. Folglich konnten die *diehards* die sich anbahnende Transformation des Konsenses über Indiens *Dominion*-Status nicht unterstützen. Sie setzten nun alles daran, diese Transformation

des Diskurses zu verhindern. Dabei ignorierten sowohl die *diehards* als auch *Labour* eine Prämisse der britischen Kontrolle über Indien: Sie machten Indien offen zu einem parteipolitischen Thema.

Zwar gelang es 1932 vor allem durch die britische Handhabung des kommunalen Ausgleichs, das Bild der Mutternation aufrechtzuerhalten, die ihre kontrollierende Funktion zum Wohl ihrer indischen Untertanen ausübte. Aber das Ende der zweiten *Round Table Conference* offenbarte Zweifel darüber, ob die aktuelle Regierungspolitik es dem Königreich ermöglichen würde, seine Rolle als Mutternation zu erfüllen. Ein Vorantreiben des Reformprozesses würde helfen, so die Reformbefürworter, der verfahrenen Situation in der Kolonie Herr zu werden. Im Gegensatz dazu empfanden es die Reformgegner als unklug, eben diesen Prozess angesichts der Situation in Indien weiter verfolgen zu wollen. Sie setzten folglich alles daran, eine weitere Transformation des Diskurses zu verhindern, die einen Konsens über die Einführung eines *Dominion*-Status herbeigeführt hätte.

Der Generalangriff der *diehards* schlug auch deshalb fehl, da das Indienministerium eine solide Kontrolle über das Narrativ ausüben konnte. Eine Transformation ließ sich aufgrund der Realität in Indien nicht aufhalten. De facto waren bereits so viele Bereiche des Verwaltungsapparates in indischer Hand, dass von britischer Kontrollfunktion im hergebrachten Sinn nicht mehr die Rede sein konnte. Die Tatsache, dass der *Dominion*-Status nicht im GIA von 1935 verankert worden war, verdeutlicht, wie schwer man sich dabei tat, die Kontrollübergabe schriftlich zu fixieren.

Do you still feel as if you were sitting on a barrel of gun powder? - Good Lord, no, we got off that long time ago and are now sitting on a complete magazine which is going to blow up at any time.

Austausch zwischen Vizekönig Lord Mountbatten und Sir Frederick John Burrows,
Gouverneur von Bengalen¹⁴⁵⁰

IV: Großbritanniens Abgang – Mission erfüllt?

1. Eine Verfassung mit Hindernissen

a. Die Prinzen und der Kongress zögern

Im Juni hatte Premierminister Ramsay MacDonald sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt, und in den folgenden Wahlen gewann die Konservative Partei. Ihr Wahlsieg bedeutete das Ende des *National Government* und Stanley Baldwin zog erneut als Premierminister in 10 Downing Street ein. Mit der Verabschiedung des GIA von 1935 stellte sich die Frage nach einer indischen Föderation. Während viele der Prinzen erklärt hatten, dem Prinzip der Föderation immer noch positiv gegenüber zu stehen, schreckte ein erheblicher Teil von ihnen zurück, als der INC im Februar 1937 716 der insgesamt 1.161 Sitze in den Provinzen gewinnen konnte. Der neue Vizekönig Linlithgow, der den Vorsitz des JSC innegehabt und 1936 die Nachfolge von Lord Willingdon angetreten hatte, versuchte, die Föderation mit allen Mitteln voranzutreiben. Dabei scheiterte er nicht zuletzt an der langsamen GOI-Maschinerie, die nicht in der Lage war, noch so minimale kurzfristige Neuerungen umzusetzen. Linlithgow hatte geplant, die Prinzen durch die Aussicht, gewisse finanzielle Angelegenheiten selbst regeln zu können, in die Föderation zu locken. Der Vizekönig musste dabei so weit gehen, dass er Anfang 1938 mit Rücktritt drohte, um das IO auf seine Linie zu bringen.¹⁴⁵¹ Damit war er bereits der zweite Vizekönig in Folge, der in mit Rücktritt drohen musste, um die Dinge voranzutreiben. Sein Nachfolger, Lord Wavell, sollte ebenso mit dieser drastischen Maßnahme in London die Erfüllung seiner Forderungen erzwingen.¹⁴⁵² Als Gerüchte über einen Zwist zwischen dem neuen Staatssekretär für Indien, Lord Zetland, und Vizekönig Linlithgow in Zeitungskreisen

¹⁴⁵⁰ Bericht des Vizekönigs Nr. 5, 1. Mai 1947, TOP X, 276.

¹⁴⁵¹ Copland (1997:160f.).

¹⁴⁵² Read & Fisher (1997:340).

die Runde machten, bat John Hennessy, Informations-Beamter im *Home Department* des GOI, MacGregors Nachfolger im IO, Alec Joyce, die Zeitungen in Schach zu halten.¹⁴⁵³

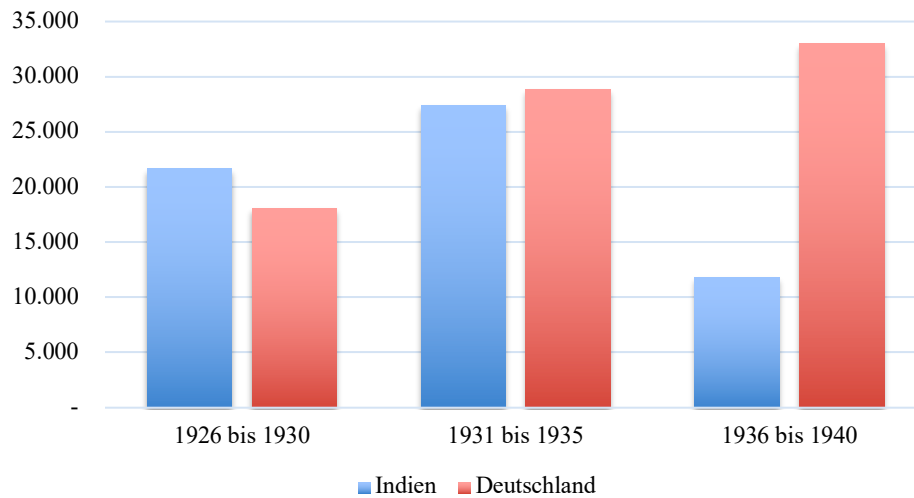
Die Medien hatten sich bis dahin fast ausschließlich auf die politischen Forderungen des INC konzentriert. Der befürchtete Boykott der neuen Räte war jedoch ausgeblieben, ja der INC hatte sich beinahe als seriöse politische Kraft etabliert, und die Verwaltung der Provinzen verlief ohne größere Schwierigkeiten.¹⁴⁵⁴ Da der Kongress davon absah, die Arbeit in den Versammlungen von innen zu unterwandern, mag in Großbritannien der Eindruck entstanden sein, er habe sich mit der gegenwärtigen Situation arrangiert. Ohnehin stellt sich die Frage, inwieweit die britische Bevölkerung für die Geschehnisse im *Raj* noch aufnahmefähig war, denn die Europapolitik des Vereinigten Königreichs besaß nun erneut weitaus mehr politische Relevanz in der Öffentlichkeit. Im März 1938 erfolgte der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich. Seit Mai kriselte es in der Tschechoslowakei. Hitlers Ambitionen und die britische *Appeasement*-Politik mögen die Medien mehr beschäftigt haben als föderative Streitigkeiten zwischen den indischen Prinzen, dem GOI, dem IO und dem Kongress. Die Anzahl der Artikel zu Indien, die in der *Times* veröffentlicht wurde, fiel von insgesamt 27.300 zwischen 1931 und 1935 auf 11.800 zwischen 1936 und 1940, ein Rückgang um 57%. Im Gegensatz dazu stiegen die Artikel über Deutschland um 14%, von insgesamt 28.800 zwischen 1931 und 1935 auf 32.900 für den Zeitraum zwischen 1936 und 1940.¹⁴⁵⁵

¹⁴⁵³ Hennessy an Joyce, 6. September 1938; Joyce an Hennessy, 14. September 1938, IOR/L/I/1/616.

¹⁴⁵⁴ Erste Probleme bezüglich einer Amnestie für politische Gefangene hatten nicht zum befürchteten Zusammenbruch geführt, was der *Guardian* nicht zuletzt der Zurückhaltung des INC zugesprochen hatte, 22. Februar 1938.

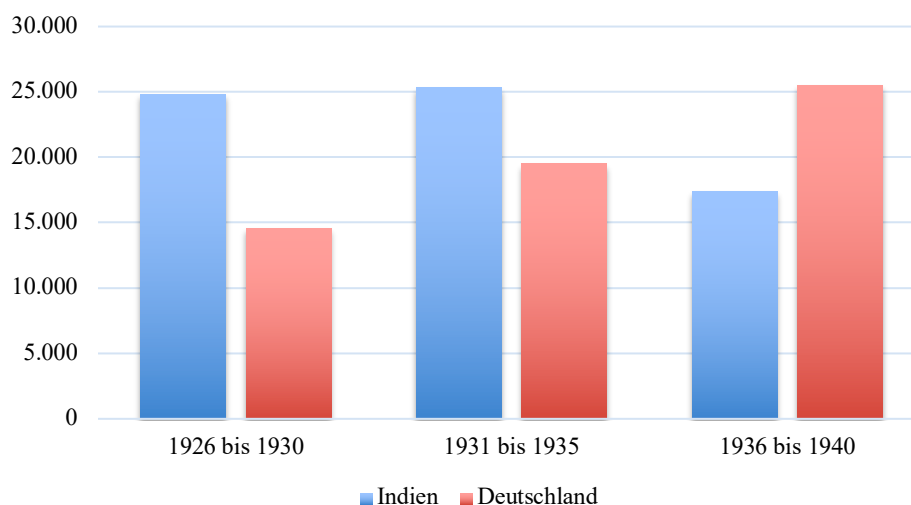
¹⁴⁵⁵ *Palmer's Index* und *Official Index to The Times*.

Sinkendes Interesse an Indien Gemessen an *Times* Artikeln



Dieser Trend traf auch auf die Berichterstattung des *Guardian* zu, wie die folgende Grafik zeigt:

Sinkendes Interesse an Indien Gemessen an *Guardian* Artikeln



Nicht umsonst fand der *Guardian* nichts Neues oder Aufregendes an der Situation in Indien.¹⁴⁵⁶ Auch das Kabinett weigerte sich, angesichts der Geschehnisse in Europa einer weiteren Indiendebatte zuzustimmen. Das IO war zu diesem Zeitpunkt ohnehin mehr um die öffentliche Meinung in Indien besorgt. Trotz der offensichtlichen Erfolge in Indien war der Frieden brüchig, und man wollte alles vermeiden, was die Gemüter unnötig erhitzen konnte. 1936 hatten etwa britische Filmemacher mit einem Film über

¹⁴⁵⁶ *The Guardian*, 20. Juni 1938.

die *mutiny* mit Szenen zur Befreiung von Lucknow aufgewartet. Damals war es Staatssekretär Zetland gelungen, das gesamte Projekt zu stoppen. Konfrontiert mit dem erneuten Versuch, den Film zu drehen, traf sich Zetland mit Lord Tyrell, dem Vorsitzenden des Vorstandes der Filmzensoren. Lord Tyrell machte jedoch klar, dass die Zensoren eine Veröffentlichung nur verhindern würden, wenn Staatssekretär Zetland erklärte, dass dies allein aufgrund eventueller Schwierigkeiten mit den indischen Räten geschehen würde. Das Kabinett autorisierte Zetland daraufhin zu einer entsprechenden Erklärung.¹⁴⁵⁷ Der Verlauf der Diskussion um Indien zeigt weiterhin, dass das Prestige der Prinzen in Großbritannien sank. Im IO und dem GOI wartete man mit zunehmender Ungeduld auf eine endgültige Entscheidung der Prinzen. Zetland schrieb entnervt an Linlithgow:

[...] if the Princes throw a spanner into the works, with the result that Federation breaks down, there is no reason in the world why we should not make it clear that the responsibility was theirs.¹⁴⁵⁸

O'Dwyer fühlte sich daraufhin berufen, die Nation daran zu erinnern, dass die Prinzen in Notfällen immer die Ersten gewesen waren, die der Krone hilfreich zur Seite gestanden hatten.¹⁴⁵⁹ In der Erwartung des Ausbruchs des Krieges rief er 1939 Erinnerungen an die große Unterstützung wach, die das Königreich 1914 von Seiten der Maharajas und Nawabs erhalten hatte. Die IES gestaltete daraufhin ihre Mitgliedschaftsanträge entsprechend, in denen sie unter Punkt zwei den Schutz der britischen Verträge mit den Prinzen auflistete, mit denen ihre Machtposition gesichert werden sollte.¹⁴⁶⁰

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges produzierte die BBC mehrere Programmreihen, die die Einheit des Empires thematisierten. Die Septemбераusgabe des *Listener* beinhaltete eine Rede von Lord Hailey, der zwischen 1924 und 1934 zunächst Gouverneur im Punjab und dann in den *United Provinces* gewesen war.¹⁴⁶¹ Lord Hailey hob Indiens Loyalität und die Unterstützung der Prinzen hervor. Was er nicht erwähnte, war die Tatsache, dass Indiens Teilnahme am Zweiten Weltkrieg über die Köpfe des INC hinweg bestimmt worden war – mit weitreichenden Folgen.

¹⁴⁵⁷ Zetland an Linlithgow, 6. Dezember 1938, Zetland Papers D 609/9; Protokoll der Kabinettsitzung vom 7. Dezember 1938, PRO/Cab. 23, 96.

¹⁴⁵⁸ Zetland an Linlithgow, 4. April 1939, Zetland Papers D 609/11.

¹⁴⁵⁹ Leserbrief an die *Times*, 1. Februar 1939.

¹⁴⁶⁰ Aufnahmeformular der IES von 1939, Stuart Papers MS.Eng.hist.c. 610/133. Vollansicht im Anhang.

¹⁴⁶¹ *Listener*, 28. September 1939, zitiert in Hajkowski (2002:140).

b. Vizekönig Linlithgow erklärt für Indien den Krieg

Nachdem Hitler am 1. September 1939 vor dem Reichstag erklärt hatte, seit den frühen Morgenstunden würde „zurückgeschossen“ und Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatten, zog Vizekönig Linlithgow nach und ließ den Subkontinent wissen, Indien sei nun vereint mit dem Königreich im Kampf gegen Deutschland. Auch wenn Linlithgow durch den GIA von 1935 zu diesem Schritt berechtigt war, so war sein Entschluss, dies ohne vorherige Beratungen mit den indischen Ministern zu tun, ein politischer Affront. Der INC hatte bereits Mitte August die legislative Versammlung boykottiert, da indische Truppen nach Übersee verschickt worden waren. Der Kongress forderte von Großbritannien nun eine eindeutige Definition der Kriegsziele nicht zuletzt in Bezug auf Indien. Würde der Kampf um Freiheit auch Folgen für Indiens Streben nach Unabhängigkeit haben? Die Muslim-Liga verlangte dagegen, das Vereinigte Königreich müsse sie als einzig legitime Stimme der Muslime anerkennen und dürfe keinerlei konstitutionelle Veränderungen vornehmen, ohne zuvor ihre Zustimmung eingeholt zu haben. Linlithgow war in der Zwickmühle. Der Kongress machte die Freiheit zu seinen Bedingungen während die Liga auf ihrem Veto gegen eben diese Bedingungen pochte.¹⁴⁶²

Linlithgow verschanzte sich hinter Neville Chamberlain, der Stanley Baldwin als Premierminister 1937 abgelöst und erklärt hatte, dass die regionale Autonomie ein Erfolg, die Föderation jedoch für die Dauer des Krieges nicht in die Praxis umzusetzen sei. Der *Guardian* bedauerte dies, räumte jedoch ein, dass es den indischen Parteien nicht gelungen sei, ihre Differenzen zu überwinden.¹⁴⁶³ Die Verantwortung für eine Verbesserung der Situation lag also einmal mehr bei den Indern. Nachdem die INC-Minister ihre Posten in den Provinzen aus Protest niederlegten, trat Paragraph 93 des GIA von 1935 in Kraft, und die Gouverneure übernahmen die Regierung in den INC-Provinzen. Dass damit die Reformen von 1935, mit denen Ausarbeitung das Königreich sich sieben Jahre gequält hatte und die nicht zuletzt durch die Weigerung der Prinzen einer Föderation beizutreten, nie ihre vorgesehene Form angenommen hatten, bereits obsolet geworden waren, fand in den Medien keinen Niederschlag. Man hielt eher an der Idee fest, dass es sich um eine Art „konstitutionelle Unterbrechung“

¹⁴⁶² Read & Fisher (1997:288); Burke & Quraishi (1995:337).

¹⁴⁶³ *The Guardian*, 13. September 1939.

handelte, die nach dem Krieg wieder behoben werden würde. Die Mutternation, die nach 1912 sukzessive Kontrolle abgegeben hatte, wurde nun durch den indischen Boykott gezwungen, diese wieder auszuweiten – und damit ihre Rolle als wohlwollende Kolonialmacht einzunehmen. Die Verantwortung dafür lag beim INC, dessen Mitglieder ihrer Rolle als dankbare Untertanen nicht gerecht wurden.

Die ML feierte die Aufgabe der Kongressministerien als Tag der Befreiung von hinduistischer Dominanz. Den Medien in Großbritannien begann zu dämmern, dass zukünftige Probleme nicht nur um den Kongress kreisen würden, sondern dass es Jinnah gelungen war, die ML zu einer Kraft aufzubauen, mit der man zu rechnen hatte und ohne deren Zustimmung keiner Schritte mehr unternommen werden konnten.¹⁴⁶⁴ Der *Guardian* musste sich den Vorwurf gefallen lassen, den Kongress bisher tendenziell unterstützt und die ML darüber vernachlässigt, ja sogar unberechtigtweise zu kritisieren zu haben. Das Blatt verteidigte sich:

What is needed is cooperation among Indians in bringing into being a body capable of commanding the confidence of India. To all who are working for this end, Moslem or Hindu, Christian or Harijan, prince or peasant, we wish to offer encouragement rather than criticism.¹⁴⁶⁵

Der *Guardian* machte weiterhin die indischen Parteien für den Stillstand verantwortlich, namentlich Gandhi und Jinnah. Während Gandhi an einer verfassungsgebenden Versammlung für Indien festhielt, hatte Jinnah sich auf einen eigenen Staat für die Muslime versteift.¹⁴⁶⁶

In Großbritannien kam es aus jedoch zu einem aus indischer Sicht katastrophalen Wechsel an der Spitze der Regierung. Chamberlain stand vor dem Scherbenhaufen seiner *Appeasement*-Politik und sah sich angesichts des schwindenden Rückhalts in der eigenen Partei gezwungen, seinen Rücktritt einzureichen. Erste Versuche, Irwin als Premier einzusetzen, scheiterten nicht zuletzt an dessen eigenen Bedenken, und so wurde Churchill am 10. Mai 1940 neuer erster Minister des Königs. Den Posten des Staatssekretärs für Indien erhielt Leopold

¹⁴⁶⁴ Ibid., 1. März 1940; *The Times*, 27. März 1940.

¹⁴⁶⁵ *The Guardian*, 19. März 1940.

¹⁴⁶⁶ Ibid., 2. April 1940. Die Liga hatte am 24. März 1940 ihre Lahore-Resolution verabschiedet, in der sie einen eigenen Staat für die indischen Muslime forderte. Das Konzept Pakistan ging zurück auf die Schrift *Now or Never* (Cambridge 1933) in dem Choudhary Rahmat Ali, enttäuscht über das Verhalten der Muslime während der *Round Table Conference*, zum ersten Mal die Teilung Indiens vorschlug. **P** stand für *Punjab*, **A** für *Afghan* (*Pathan* bzw. *Northwest Frontier Province*), **K** für *Kashmir*, **S** für *Sind* und **Tan** für *Baluchistan*. *Paka* in Urdu bedeutet außerdem „rein“, so dass Pakistan auch „Land der Reinen“ bedeuten konnte.

Amery.¹⁴⁶⁷ Der neue Staatssekretär gehörte dem rechten Flügel der Konservativen Partei an. Er war Churchill in den 1930ern in die politische „Wildnis“ gefolgt — also in die Isolation innerhalb seiner eigenen Partei — und hatte ihn entgegen der Parteiführung auch loyal in der Frage der britischen Wiederbewaffnung unterstützt. Bezüglich Indiens gingen ihre Ansichten jedoch auseinander.

Amery konnte den Premierminister nicht ohne Weiteres für den politischen Fortschritt in Indien begeistern. Der Blitzkrieg, die drohende Invasion der deutschen Wehrmacht und die Neuformierungen britischer Strategien angesichts eines immer mächtiger werdenden Nazideutschlands lenkten Churchills Aufmerksamkeit in eine völlig andere Richtung. Hinzu kam, dass Vizekönig Linlithgow vor Ort wenig Flexibilität an den Tag legte. Und auch Amery führte den Stillstand in Indien auf interne religiöse, soziale und historische Strukturen zurück und nicht auf britisches Verschulden.¹⁴⁶⁸

Der *Guardian* war mit dieser Einschätzung nicht zufrieden. Während der INC forderte, Indien im Krieg als gleichberechtigten Partner zu behandeln, um einen vollen Kriegseinsatz zu gewährleisten und sich die ML nicht auf die konstitutionellen Ideen des Kongresses einlassen wollte, trat Churchill auf der Stelle:

How can we not sympathise with this deep feeling that if they are asked to give as equals they should be treated also politically as equals? [...] India is waiting for a move forward and [...] it would like to see a recognition of the new order accompanied by something like a 'National Government' at the centre. [...] We hope sincerely that Mr. Amery and the Home Government will refuse to be put off by the timorous or reactionary and that they will act boldly in the knowledge that now, in our greatest trial, now more than ever before, is the time for an act of statesmanship, which means an act of faith, in India.¹⁴⁶⁹

Keine Rede mehr von indischer Loyalität und Dankbarkeit. Anders als 1914 war diesmal das Königreich an der Reihe, die Initiative zu ergreifen, und zumindest der *Guardian* war bereit, Reformen als Belohnung für den indischen Kriegseinsatz

¹⁴⁶⁷ Zetland schrieb an Linlithgow: „Winston's approach to the Indian problem differs so fundamentally from my own that my inclusion in his Government was scarcely possible; I should indeed only have ended up being an embarrassment to him.“ Zetland Papers 609, S. 296, zit. in Read & Fisher (1997:297). Zetland war noch angeschlagen von einem Attentat: während eines der vierzehntägigen Treffen der *Royal Society for Asian Affairs*, an der neben Zetland auch O'Dwyer, Sir Louis Dane, Sir Percy Sykes und Lord Lamington teilgenommen hatten, hatte Udham Singh das Feuer eröffnet. Singh war als Teenager 1919 in Amritsar von Dyers Truppen verwundet worden. Das Treffen der *Royal Society* am 13. März 1940 bot ihm Gelegenheit für einen Rachefeldzug. O'Dwyer starb noch in den Räumen der *East India Society*, wo die Versammlung stattgefunden hatte. Zetland war an den Rippen verletzt worden, Lord Lamington wurde von einer Kugel an der rechten Hand getroffen und Sir Louis Dane am Arm. Näher beschrieben in Draper (1981:272ff.).

¹⁴⁶⁸ *The Guardian*, 17. Juni 1940.

¹⁴⁶⁹ *Ibid.*, 27. Juni 1940.

anzumahnen.

Es folgte in der Tat ein Angebot aus London. Die britische Regierung war willens, für die Dauer des Krieges den vizeköniglichen Rat mit weiteren Indern zu besetzen, sprach sich jedoch gegen tiefgreifende konstitutionelle Veränderungen für die Dauer der Kampfhandlungen aus. Amery seinerseits versuchte, bei Linlithgow und Churchill eine Erklärung durchzusetzen, dass Indien ein Jahr nach dem Krieg zu einem *Dominion* und der vizekönigliche Rat sofort erweitert werden sollte. Linlithgow beschwerte sich jedoch, dass Amery ihn unter Druck setze.¹⁴⁷⁰ Churchill wiederum sandte ein Telegramm nach Indien, in dem er den Vizekönig fragte, warum er überhaupt eine Erklärung abgeben wolle. Der Vizekönig sandte daraufhin eine apologetische Antwort zurück, im Anhang seine Korrespondenz mit Amery. Der Premierminister appellierte an seinen Staatssekretär, von einer „konstitutionellen Revolution“ in Indien abzusehen, solange Großbritannien in einen Krieg verwickelt war. Amery befürchtete zurecht, seine Position im Kabinett geschwächt zu haben, da der Eindruck entstanden war, er habe den Vizekönig gegen dessen Willen zu bestimmten Zugeständnissen drängen wollen. Churchill machte sich das zunutze und reduzierte die von Amery ursprünglich verfasste Erklärung auf eine Erweiterung der Räte mit vagen Versprechungen für eine verfassungsgebende Versammlung nach Beendigung des Krieges.¹⁴⁷¹ Weiterhin erhielten die Muslime eine Garantie, dass Großbritannien keinen Machttransfer über die Köpfe großer und starker Elemente in Indien hinweg organisieren werde.¹⁴⁷²

Das sogenannte August-Angebot – *August Offer* – wurde in der *Times* als eine visionäre Entscheidung der Churchill-Regierung gefeiert. Die Forderungen des Kongresses nach Unabhängigkeit waren für die Zeitung durch Linlithgows Angebot im Prinzip anerkannt. Der INC wurde aufgefordert, die sich ihm bietende Gelegenheit zu ergreifen, um mit der Arbeit an der zukünftigen Verfassung zu beginnen. In dem im Angebot vorgeschlagenen erweiterten Rat würden der Kongress und die Liga laut *Times* die Gelegenheit erhalten, sich zu einigen.¹⁴⁷³ Der *Guardian* war ähnlich enthusiastisch, beschwerte sich jedoch über einige vage Punkte, wobei vor allem die unklaren Aussagen bezüglich des angestrebten Zeitrahmens kritisiert wurden.¹⁴⁷⁴ John

¹⁴⁷⁰ Barnes & Nicholson (1988:633).

¹⁴⁷¹ Burke & Quraishi (1995:354); Read & Fisher (1997:299ff.); Low (1997:299ff.).

¹⁴⁷² G. Rizvi, *The Congress Revolt of 1942: A Historical Revision*, *IBR* 11 (1), 1984, 30.

¹⁴⁷³ *The Times*, 9. August 1940.

¹⁴⁷⁴ *The Guardian*, 9. August 1940.

Coatman, ehemaliger Chef für Öffentlichkeitsarbeit unter Vizekönig Irwin, dessen *Britain and India* während der Debatten um den GIA von 1935 von Seiten des IO wohlwollend aufgenommen war, griff diesem erneut medientechnisch unter die Arme und bezeichnete das August-Angebot während einer BBC-Sendung als britischen Beitrag zur neuen Weltordnung, für die das Empire zu kämpfen angetreten war.¹⁴⁷⁵ Damit waren die britische Kriegsziele mit Indiens politischer Entwicklung verknüpft und durch sie legitimiert. Was als mutiger Schritt nach vorn interpretiert wurde, war in Wirklichkeit in Grabenkämpfen zwischen Churchill und Linlithgow auf der einen Seite und Amery auf der anderen entstanden.

Auffallend ist, dass Großbritannien letztlich seine Bereitschaft verkündete, durch einen Machttransfer einen Kontrollverlust über seine Kolonie zu akzeptieren. Auch wenn der zugrundeliegende Text ähnlich wie Montagus Erklärung von 1917 vage formuliert war, war dieses Zugeständnis keine fünf Jahre nach Beendigung der erbitterten Debatte mit den *diehards* nun offizielle Grundlage der britischen Politik. Zum einen war dies die logische Konsequenz der Debatte, die Montagus Erklärung gefolgt war, doch andererseits war es noch nicht solange her, dass sich die Konservativen beinahe wegen dieser Thematik zerfleischt hatten und der parteiübergreifende Konsens zu Indien gestorben war.

Wenig überraschend lehnte der INC das Angebot ab, während die Liga das Prinzip anerkannte, aber nur unter bestimmten Bedingungen bereit war, dem dort vorgesehenen erweiterten Rat beizutreten. Erneut forderte Jinnah, dass die ML als einziger Repräsentant der Muslime akzeptiert werden sollte. Er werde dem Rat ohne Mitwirken des INC nur beitreten, wenn das GOI bereit sei, der Liga volle Gleichberechtigung zu gewähren.¹⁴⁷⁶ Die *Times* fasste die Situation frustriert zusammen:

[...] in spite of its common opposition to Nazi ambitions, the Indian war effort is still hampered by the insistence of too many Indian political leaders on contradictory claims and policies.¹⁴⁷⁷

Erneut wurde einerseits der Handlungswille des Königreichs betont, andererseits aber zugleich darauf hingewiesen, dass es aufgrund der indischen Uneinigkeit zur Tatenlosigkeit verdammt war. Die INC-Mitglieder verlegten wiederum ihre Taktik

¹⁴⁷⁵ Coatmans Radioansprache, 8. August 1940, Reading Archives.

¹⁴⁷⁶ Burke & Quraishi (1995:357).

¹⁴⁷⁷ *The Times*, 2. Oktober 1940.

darauf, als individuelle zivile Ungehorsamkeitsaktion antibritische Reden zu halten, die durch die Kriegszensur illegal waren. Prominente Mitglieder wurden reihenweise ins Gefängnis geworfen. Somit konnte sich das GOI der lästigen INC-Mitglieder entledigen, und Gandhi, Nehru, Patel und andere waren durch diese Mittelsmänner ihrerseits in der Lage, Protest anzumelden, ohne das in einen Krieg verwickelte Königreich zu kompromittieren. Ein gelungenes Arrangement für alle Beteiligten, fand der *Guardian*, würde es nicht dem britischen Ideal von guter Regierung entgegenwirken.¹⁴⁷⁸

Überhaupt stellte der *Guardian* fest, dass mangelnde politische Effizienz auf britischer Seite zu dieser Situation geführt hatte:

We have made 'declarations' and 'proposals' and then, finding that they did not go far enough, made others, which, might have had a decisively good effect. Meanwhile the relations of the two principle parties to the conflict, Congress and the Moslem League, have grown worse and more rigid in their worseness until they have reached a point where the League is openly proposing the territorial division of India [...].¹⁴⁷⁹

Mit diesem Vorwurf wurde der gesamte politische Ansatz des Königreichs in Frage gestellt. Da der Konsens über Großbritanniens Rolle als leitende Mutternation auch den Erhalt der subkontinentalen Einheit beinhaltete, war die Regierung nun laut *Guardian* gefragt, sich dieser Aufgabe mit ausreichender Kreativität zu stellen. Amery waren die Beschwerden des *Guardian* ein Dorn im Auge. Als die Zeitung außerdem in einem Leitartikel einen Leserbrief von Sir John Thompson veröffentlichte,¹⁴⁸⁰ in dem er die Regierung aufgefordert hatte, mit dem INC in Verhandlung zu treten, da der gegenwärtige Krieg nicht Indiens Angelegenheit sei, sah sich das IO gezwungen zu handeln. Alec Joyce befürwortete ein „privates Gespräch“ mit einem Redakteur des *Guardian*. Das IO schickte sich somit an, die Linie der Zeitung zu beeinflussen.¹⁴⁸¹ Das Gespräch mit Boardman, der daraufhin ins IO gebeten wurde, trug jedoch keine Früchte, und die Redakteure des Blattes bezichtigten die Regierung weiterhin, eine ergebnislose Politik zu verfolgen.¹⁴⁸²

In Indien schloss sich Nehru kurz darauf den individuellen Ungehorsamkeitsaktionen an. Drei antibritische Reden brachten ihm drei Haftstrafen ein, die sich insgesamt auf vier Jahre beliefen. Als Reaktion verabschiedete der

¹⁴⁷⁸ *The Guardian*, 24. Oktober 1940.

¹⁴⁷⁹ *Ibid.*

¹⁴⁸⁰ *Ibid.*, 12. November 1940.

¹⁴⁸¹ Joyce an Amerys Privatsekretär, 13. November 1940, IOR/L/I/1/284.

¹⁴⁸² *The Guardian*, 21. November 1940.

Birmingham Council of the Peace Pledge eine Resolution, in der er forderte, Nehru und andere Inhaftierte sofort zu entlassen. Auf diese Weise, so die Resolution, wäre Großbritannien in der Lage, seinem Anspruch gerecht zu werden, für nationale Freiheit und Selbstbestimmung zu kämpfen.¹⁴⁸³ Von dieser Stelle wurde somit die Ausweitung des Kampfes für Freiheit, den das Königreich zur selben Zeit in Europa führte, auf seine Kolonialpolitik gefordert. Gleichzeitig startete die *India League* eine eigene Kampagne für Nehrus Freilassung. In einem von ihr organisierten Protesttreffen in der Holborn Hall versammelten sich mehrere Parlamentarier. Maude Royden, ehemalige Suffragettenaktivistin, und Herbert Elvin, der frühere Vorsitzende des *Trade Union Congress*, waren ebenfalls anwesend. Ihr Beschluss, der auch auf anderen IL-Treffen landesweit verabschiedet werden sollte, forderte Nehrus Freilassung und das Recht auf Meinungsfreiheit in Indien.¹⁴⁸⁴

In dieser Situation konnte das IO weiterhin auf die Unterstützung der *Times* zählen. Während mehrere Interessengruppen in Großbritannien gegen das IO und das GOI protestierten, beharrte die *Times* auf ihrer Position, Gandhi und den Kongress mit ihrem „Krieg gegen die Vernunft“ für die Situation verantwortlich zu machen. Sie glaubte, weder Gandhi noch Jinnah oder andere Politikveteranen in Indien wären in der Lage, ihre alten Streitigkeiten beizulegen,¹⁴⁸⁵ und hielt daran fest, dass der britischen Seite nicht die Verantwortung zugeschoben werden könne.

Dies trug dazu bei, dass sich die *Times* und der *Guardian* in ihrer Indienberichterstattung gegen Ende des Jahres 1940 voneinander entfernten. Die *Times* war eng an die Regierungslinie angelehnt und fuhr fort, die indische Situation – und nicht zu vergessen die indischen Politiker – für den konstitutionellen Stillstand verantwortlich zu machen. Alte Männer, die an ihren Prinzipien von gestern festhielten und trotz der drohenden Gefahr durch den Krieg nicht in der Lage waren, den Realitäten ins Auge zu sehen, konnten aus dieser Sicht nichts mehr zur Bewältigung der gegenwärtigen Probleme beitragen. Was während der 1930er Jahre den *diehards* vorgeworfen worden war, galt nun für diejenigen indischen Politiker, die man in der *Times* als unzeitgemäß empfand. Auf der anderen Seite erhöhte der *Guardian* zunehmend den Druck auf die Regierung und das GOI, eine weitere Initiative zu ergreifen. Die Zeitung warf der britischen Politik vor, sich die vertrackte Lage in

¹⁴⁸³ Ibid., 14. November 1940.

¹⁴⁸⁴ Ibid., 25. November 1940.

¹⁴⁸⁵ *The Times*, 7. Dezember 1940.

Indien zunutze zu machen, um weitere Schritte zu vermeiden. Anstatt untätig auf eine Einigung seitens der Inder zu warten, erwartete der *Guardian* von der Regierung, alles Erdenkliche zu unternehmen, um den Beteiligten in Indien beizustehen. Sarkastisch fasste man zusammen:

In India at the moment all goes smoothly. Government goes on; the Viceroy goes slowly; Congress goes to prison. All, therefore, however smoothly, does not go well. Congress under Mr. Gandhi and the Moslem League under Mr. Jinnah face each other as rigidly as ever.¹⁴⁸⁶

Die darauffolgenden Leitartikel trugen nun öfter Überschriften wie *Drifting*, und man fragte sich, wie lange Amery noch bereit sein würde, sein August-Angebot aufrecht zu erhalten.¹⁴⁸⁷

Als sich Linlithgow und Amery im Juli 1941 dazu durchdrangen, den vizeköniglichen Rat um fünf weitere Inder zu erweitern und somit den indischen Mitgliedern eine Mehrheit zu geben, feierte man dies in der *Times*. Man erwartete eine positive Aufnahme in Indien. Das GOI habe einen mutigen Schritt weg von alten Traditionen unternommen. Einzig die Haltung des Kongresses und der Liga hielten den konstitutionellen Prozess auf.¹⁴⁸⁸ Der *Guardian* war weitaus reservierter. Für ihn konnte aufgrund der minimalen Veränderungen kaum von einem Traditionsbruch die Rede sein, da die neuen „Reformen“ streng begrenzt waren und nichts Anderes bewirkten, als fünf neue mit Indern besetzte Ministerien zu schaffen. Finanzen und Verteidigung blieben weiterhin in britischer Hand. Die Zeitung glaubte nicht daran, dass dieser Schritt die verfahrenere Situation erheblich ändern würde.¹⁴⁸⁹

Währenddessen brachte Churchill Amery mit der Atlantik-Charter in eine peinliche Lage. US-Präsident Roosevelt und der britische Premier hatten sich während ihres Treffens im August 1941 auf den betreffenden Text geeinigt. Punkt III sprach allen Völkern das Recht zu, ihre eigene Regierungsform zu wählen und sie dort wiederherzustellen, wo sie durch die Besetzung durch die Achsenmächte zwangsweise abgeschafft worden war. Der Premierminister hatte Englands Kolonien und Indien von der Charter ausgenommen, wofür er vom *Guardian* stark kritisiert wurde.¹⁴⁹⁰ Staatssekretär Amery blieb jedoch nichts Anderes übrig, als Churchills Linie zu folgen. Die *Times* ihrerseits griff Amery unter die Arme, indem sie schrieb, Artikel III

¹⁴⁸⁶ The Guardian, 4. März 1941.

¹⁴⁸⁷ Ibid und 26. April 1941.

¹⁴⁸⁸ The Times, 23. Juli 1941.

¹⁴⁸⁹ The Guardian, 24. Juli 1941.

¹⁴⁹⁰ Ibid., 20. November 1941.

der Charter und die Interpretation des Staatssekretärs widersprüchen sich nicht, da das Königreich die Charter für Indien längst im Geiste anerkannt habe.¹⁴⁹¹

Gegen Ende des Jahres 1941 wurde folglich von verschiedenen Seiten im Parlament und der Presse der Druck auf die Regierung weiter erhöht, einen neuen Start zu wagen.¹⁴⁹² *Labour* kam seinerseits zu dem Schluss, dass es an der Zeit war, einen eigenen Standpunkt zu beziehen. Seit der Formierung des Kriegskabinetts, des neuen *National Government*, hatten die Konservativen und *Labour* ihre parteipolitischen Differenzen für die Dauer des Krieges *ad acta* gelegt, um eine effektive Kriegsplanung zu gewährleisten. Dennoch fanden genügend Abgeordnete, die Situation in Indien sei zu verfahren, um ignoriert werden zu können. Attlee hatte sich bereits 1938 während dessen Großbritannienaufenthaltes mit Nehru im Landhaus von Sir Stafford Cripps getroffen, der seit 1940 britischer Botschafter in Moskau war. Die drei Männer hatten sich damals darauf geeinigt, dass Indien seine Verfassung selbst schaffen sollte, ohne vom Königreich eine Lösung aufgezwungen zu bekommen.¹⁴⁹³ Dies war für Attlee zur Marschroute geworden. Und so war für *Labour* der Zeitpunkt reif, darauf hinzuweisen, dass die Reformen in Indien zu schleppend vorangingen. Im Zuge der militärischen Erfolge Japans in Südostasien erhöhte sich der Druck auf die Regierung: „Now that the evil figure of Japan has appeared at India’s gates, must we not make a fresh effort to bring a peaceful settlement to a united India?“¹⁴⁹⁴

Weiterer Druck ging von Dorothy Hewetts 1941 veröffentlichter Schrift *Truth about India* aus, das die britische Indienpolitik stark kritisierte. Ein glücklicher Umstand für Joyce im IO war die Tatsache, dass das Pamphlet miserabel recherchiert war. So wurden etwa Kongressministerien Provinzen aufgeführt, in denen der INC niemals Minister gestellt hatte. Problematisch für das IO war jedoch vor allem, dass die Schrift bereits an mehrere Parteien, Universitäten und Indienorganisationen verschickt worden war. Weiterhin befürchtete Joyce, das IO müsste eine ebenso lange Gegenschrift herausgeben, um auf jeden einzelnen von Hewetts Fehlern hinweisen zu können. Man beschränkte sich letzten Endes auf eine kurze Mitteilung, in der die eklatantesten von ihnen aufgeführt wurden. Da das IO jedoch diese Art von

¹⁴⁹¹ *The Times*, 20. November 1941.

¹⁴⁹² K. Veerathappa, *The British Conservative Party and Indian Independence 1930-1947*, Neu-Delhi 1976, 179.

¹⁴⁹³ Brasted & Bridge (1988:93); R. Moore, *Escape from Empire: The Attlee Government and the Indian Problem*, New York 1983, 6.

¹⁴⁹⁴ *The Guardian*, 20. und 22. Dezember 1941.

Gegenpropaganda nicht offiziell organisieren wollte, bat Joyce Sardar Iqbal Ali Shah, der sich unter anderem als Sufilehrer in Oxford niedergelassen hatte und ein persönlicher Freund des Indienexperten Rushbrook Williams war, diese von seiner Adresse aus zu versenden. Das Ministerium übernahm alle Kosten, zahlte eine Aufwandsentschädigung und sandte Shah 100 Kopien, die er an verschiedene Organisation weiterschickte.¹⁴⁹⁵

Die BBC begann Mitte 1940, ihr Indienprogramm zu erweitern. Clark von der BBC bereitete beispielsweise eine Reihe genannt *I am an Indian* vor, in Inder zu Wort kommen sollten.¹⁴⁹⁶ Bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit bemühte sich das IO Ende 1940 seinerseits verstärkt um den Ausbau seiner Kontakte zum Sender, um seine Kontrolle über das Narrativ zu stärken. Alec Joyce traf sich mit dem BBC-Redakteur für Empire-Angelegenheiten Michael Barkway und beratschlagte mit ihm, wie man den Informationsfluss zwischen dem Radio und dem IO verbessern könnte. Die bisherige planlose Kommunikation zwischen beiden Seiten machte eine kontinuierliche Arbeit unmöglich. Künftig sollte ein Beamter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit in täglichem Kontakt mit der BBC stehen.¹⁴⁹⁷

Joyces Vorschläge, die BBC und das IO enger aneinander zu binden, trugen alsbald Früchte. Sir Malcolm Darling, ein ehemaliger ICS-Beamter, der zusammen mit George Orwell bei der BCC arbeitete, informierte den Chef der IO-Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, er plane eine Sendung über Religionen und deren Einstellung zu Gewalt vor dem Hintergrund von Gandhis Theorien der Gewaltfreiheit. Sir Malcolm Darling wollte den Ehrensekretär der *Khalsa Jatha* in West-London, Shiv Singh Jouhl, für die Sikhs sprechen lassen. Dabei fragte er an, ob seine Wahl für das IO akzeptabel sei, und versprach, Jouhls Manuskript gründlich zu prüfen, bevor er auf Sendung ginge. Joyce ließ antworten, dass Jouhl kaum die geeignete Person sei, da er glaubte,

¹⁴⁹⁵ Mitteilung über *Truth about India*, März 1941; Brief von Joyce an Shah, 8. April 1941, IOR/I/L/1/848.

¹⁴⁹⁶ Da Clark glaubte, das Publikum sei von der eher trockenen, rein politischen und anonymen Herangehensweise der BBC gelangweilt, wollte er Inder, die im Vereinigten Königreich lebten, ihre Geschichte erzählen lassen. Das sollte Indien dem Publikum lebendig vor Augen führen und auf die religiösen, ethnischen und geographischen Unterschiede hinweisen. Im Übrigen fand er, die BBC sollte im Ganzen einen professionelleren Umgang mit Indien an den Tag legen. Die Sprecher des Senders waren notorisch schlecht, was die Aussprache indischer Namen anbetraf. Clark fragte: „Was würde Großbritannien von einem Sender halten, der den ersten Minister des Königs als „Mr. Wanstor Charkill“ vorstellte?“ Internes Memorandum von Clark, 29. April 1940; internes Memorandum von Miede, 17. April 1940, Reading Archives R 51/257/1.

¹⁴⁹⁷ Notizen von Joyce über ein Treffen mit Barkway vom 17. Dezember 1940, 19. Dezember 1940, IOR/I/L/1/433.

es würde ihm unmöglich sein, sich nicht kritisch zu äußern, zumal Jouhl sich für Shaheed Udham Singh eingesetzt hatte, der das Attentat auf Sir Michael O'Dwyer verübt hatte. Das IO schlug daraufhin Dr. Diwam Singh aus Birmingham vor, der weniger politisch, sondern vornehmlich religiös engagiert war.¹⁴⁹⁸

Die Bemühungen, die Indienberichterstattung der BBC auszubauen, wurde im IO als noch dringlicher empfunden, als die kriegsbedingte Papierrationierung einsetzte. Das Radio war so die einzige Möglichkeit, fundierte Informationen über Indien zu präsentieren. Joyce dachte dabei vor allem an den Kriegsbeitrag des Subkontinents und schlug der BBC vor, den Sender mit entsprechendem Informationsmaterial zu versorgen.¹⁴⁹⁹ Zu einer Zeit, als die Regierung gedrängt wurde, weitere politische Schritte in Indien zu unternehmen, versuchte das IO nun, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung verstärkt auf die indischen Anstrengungen an den verschiedenen Fronten zu lenken.

In gewissem Sinne ging die BBC damit auch auf Hörerumfragen ein, nach denen die Mehrzahl der Befragten Informationen zur allgemeinen Kriegslage wünschten.¹⁵⁰⁰ Auf Indien bezogen waren die Umfrageergebnisse allerdings recht diffus. Über die Hälfte der Befragten fand, der Sender sollte mehr Zeit für Indien aufwenden, fand jedoch, dass die Situation auf dem Subkontinent nur schwer verständlich sei. Nicht ganz die Hälfte hatte laut eigenen Aussagen ohnehin keine „besonderen Emotionen“, was Großbritanniens Rolle in Indien betraf und meinte, man könne die konstitutionelle Frage getrost der Regierung überlassen. Die Mehrheit schien überzeugt, dass das Königreich Indien die Selbstregierung zugestehen würde, sobald der Subkontinent in der Lage sei diese zu übernehmen. Angesichts der Atlantik-Charter fanden nur wenige die Regierungspolitik zu Indien paradox. Bei näherer Untersuchung wurde klar, dass zwar die Mehrzahl meinte, sich mehr Wissen über Indien aneignen zu müssen, aber keine Möglichkeit sah, dies zu tun. Ein Bibliothekar, der zur Erstellung des Berichts beigetragen hatte, fasste zusammen: „No two people seem to have the same view on the matter, and not many of my acquaintances seem to be interested in the questions.“ Allerdings hatte sich herauskristallisiert, dass nicht wenige an Großbritanniens Mission in Indien zu zweifeln begonnen hatten. Auf einige

¹⁴⁹⁸ Darling an Joyce, 15. Januar 1941; Joyces Sekretär an Darling, 27. Januar 1941, Reading Archives R51/257/1.

¹⁴⁹⁹ Joyce an Rushbrook Williams, 16. Dezember 1941, Reading Archives R 34/428/2.

¹⁵⁰⁰ *Listener Research Report*, Januar 1941, Reading Archives R9/9/5. S. auch Hajkowski (2002:151).

Punkte war man stolz, für andere wiederum schämte man sich, ohne dabei spezifisch zu werden.

Das *Raj* blieb ein Thema unter vielen. Die Annahme, dass die Simon-Kommission, die *Round Table Conference*, die Propagandaarbeit der UBI und der IDL sowie die zahlreichen Debatten im Unterhaus zur Bildung der britischen Öffentlichkeit beigetragen haben, kann nicht aufrechterhalten werden. Auch die Meinungsumfragen, die seit Mitte der 1930er Jahre immer häufiger erstellt wurden, machen das deutlich. Im Dezember 1940 hatten laut *Mass-Observation File Reports* 60% der Befragten keine Meinung zu Indien. Die meisten konnten sich nur vage äußern. „Things nearer home worry me“, fasste eine Person zusammen und sprach dabei wahrscheinlich für viele.¹⁵⁰¹ Dies war nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, wie der Kriegsalltag das gesamte Leben verändert hatte. Der *London Blitz* bedeutete schlaflose Nächte in Angst, Familien waren auseinandergerissen, Eigeninitiative war gefragt, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen, Nahrungs-, Kleidungs- und Benzinscheine waren ausgegeben geworden.¹⁵⁰² Die BBC schätzte die Lage ähnlich ein:

The listening section of the B.B.C. have come to the conclusion that, while generally the British public are not interested in India, there is a certain section of the community which takes the line that it feels it ought to know more about India than it does, but is appalled by the complexity of the explanations which are from time to time given of the general situation.¹⁵⁰³

Um Indien als Diskussionsthema war es also schlecht bestellt. In seinen Versuchen, ein öffentliches Interesse für Indien zu wecken, um die britischen Leistungen im rechten Licht erscheinen zu lassen, sah sich das IO großen Schwierigkeiten gegenüber.

Seitens des *Guardian* sollte Großbritannien seiner Kontrollfunktion gerecht werden, in dem es Indiens politische Emanzipation aktiv unterstützte und für eine Einigung der indischen Parteien sorgte. Es war nun an der Zeit, die Kontrolle an die Inder abzugeben. Für den Verlauf der Debatte hatte die Papierrationierung Folgen, die es dem IO erleichterten, das Narrativ zu kontrollieren. Das Radio spielte nun eine größere Rolle, um dem Mangel an Spaltenplatz entgegenzuwirken. Folglich nahm das

¹⁵⁰¹ *Mass-Observation File Report* 519, Dezember 1940: Attitudes to Spain, India and Russia. Diese Berichte wurden von einer Organisation zusammengetragen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Nation mit objektiven und neutralen Studien über die Geschehnisse in Großbritannien zu versorgen. Sie hatte ein landesweites Netz freiwilliger Helfer aus allen sozialen Schichten aufgebaut, die ihr Ohr am Puls der Nation haben sollten. Neben diesen Freiwilligen wurden Sozialwissenschaftler eingestellt, die sich methodisch mit den *Reports* auseinandersetzten.

¹⁵⁰² *Mass-Observation File Report*, 762, Juni 1941: *Broadcast for India Service: British Life - Air Raids and the War Effort*.

¹⁵⁰³ Haward an Joyce, 1. Januar 1942, IOR/L/I/1/948.

IO frühzeitig Kontakt mit der BCC auf, um seinen Einfluss auf die Berichterstattung des Senders zu stärken.

2. Der Transfer of Power – eine neue Rolle für die Kolonialmacht

a. Cripps, sein Angebot und *Quit India*

Während japanische Truppen im Januar 1942 über die malaysische Halbinsel in Richtung Singapur vorrückten, sandten der Anführer der pro-britischen Liberalen in Indien, Sir Tej Bahadur Sapru, und einige seiner Mitstreiter ein Telegramm an Churchill, der sich zu der Zeit in den USA aufhielt:

Gravity of international situation compels some of us [...] make this appeal to you, Prime Minister, realise urgent necessity for transforming entire spirit and outlook administration India. [...] But some bold stroke far-sighted statesmanship called for without delay [...] to enlist her wholehearted active co-operation [...].¹⁵⁰⁴

Widerwillig und angesichts entsprechender Signale aus Washington und dem eigenen Kabinett musste Churchill eine entgegenkommende Antwort genehmigen.¹⁵⁰⁵ Dem war auch zunehmender Druck seitens der britischen Presse vorausgegangen, auf den INC und die ML zuzugehen, da der japanische Vormarsch in Südostasien Indien nun direkt ins Kriegsgeschehen involvierte.¹⁵⁰⁶

Um die nötigen Schritte durchführen zu können, wurde eine Delegation entsandt. Sir Stafford Cripps, der ein persönlicher Freund von Nehru war und gerade seiner Rolle als britischer Botschafter in Moskau beendet hatte, wurde mit einer Erklärung nach Indien geschickt, die Folgendes beinhaltete: Vertreter der ML und des INC sollten der Exekutiven des Vizekönigs beitreten und während des Krieges an der Regierungsverantwortung beteiligt werden; um den *Dominion*-Status für Indien nach dem Ende des Krieges zu erreichen, sollte eine verfassungsgebende Körperschaft eingesetzt werden, die auch die Prinzenstaaten miteinbeziehen sollte. Des Weiteren war für jede Provinz das Recht vorgesehen, die neue Verfassung abzulehnen oder sich unter einer eigenen mit anderen zusammenzuschließen. Diese Option hätte es den Muslimen ermöglicht, mehrere hauptsächlich muslimische Provinzen zu vereinen. Bis zum Ende des Krieges war jedoch vorgesehen, die Verantwortung für die Verteidigung Indiens in britischer Hand zu belassen.¹⁵⁰⁷

Damit war die Debatte im Königreich an einem Punkt angelangt, der den

¹⁵⁰⁴ Sapru an Laithwaite, 2. Januar 1942, TOP I, 2. Mehr zu Sapru und dem Telegramm in D.A. Low, *The Mediator's Moment: Sir Tej Bahadur Sapru and the Antecedents to the Cripps Mission to India, 1940-42*, *JICH* 12 (2), 1984, 145-64.

¹⁵⁰⁵ Veerathappa (1976:180).

¹⁵⁰⁶ Low (1997:329).

¹⁵⁰⁷ Kriegskabinett, Treffen des Indienkomitees, 8. Treffen, 9. März 1942, TOP I, 283.

Zeitpunkt des vollen Machttransfers in unmittelbare Nähe rückte. So wurde eine Grenze des Konsenses überschritten, denn frühere Absichtserklärungen über das Ziel britischer Indienpolitik von 1912, 1917, 1919 und auch noch 1935 hatten sich zeitlich nie festgelegt. Es war bis in die 1920er Jahre noch legitim erschienen, von mehreren Jahrzehnten oder gar 100 Jahren zu sprechen. Auch wenn keiner das Ende des Krieges absehen konnte, war nun die Rede von wenigen Jahren. Indiens Fähigkeit zur Selbstregierung war damit faktisch anerkannt.

In diesen Zeitraum fiel auch die erneute inhaltliche Annäherung zwischen der *Times* und dem *Guardian*, was die Indienberichterstattung betraf. In der *Times* erschien ein Leitartikel, der die Debatte zu eventuellen Neuansätzen britischer Außenpolitik reflektierte. Die Regierung wurde aufgefordert, ihren Willen zu bekräftigen, Großbritannien zu einer modernen Großmacht machen zu wollen. Die politischen Pläne für Indien wiesen den Weg zu diesem Ziel. Der bisherige Mangel an Initiative, verkrustete Beziehungen und Traditionen hätten einen neuen Ansatz behindert, womit zu viele Gelegenheiten verpasst worden seien.¹⁵⁰⁸ Damit rückte die *Times* wieder näher an die Linie des *Guardian* heran.

Auch der *Daily Herald* reflektierte über die Möglichkeiten, die sich für das Empire bzw. das *Commonwealth* nach Kriegsende abzeichneten. Da das Zeitalter der Freiheit für ihn das Zeitalter des Imperialismus abgelöst hatte, hatte der Kampf gegen Hitler und Japan nach Ansicht des Blattes die Freiheit aller Völker zur logischen Konsequenz.¹⁵⁰⁹ Um das neue Verhältnis zu Indien zu unterstreichen, überschrieb der *Daily Herald* eine Karikatur, die einen geflügelten Cripps auf dem Weg nach Indien zeigte, mit den Worten: *A Friend from the West*.¹⁵¹⁰ Der neue Optimismus wurde in fettgedruckten Überschriften wie dieser verbreitet: *India Is Offered Dominion Rights*, und man schrieb euphorisch über das neue *Commonwealth*, in dem die unterschiedlichsten Völker gleichberechtigt vertreten sein würden.¹⁵¹¹ Die *Labour* nahestehende Literatur dieses Jahres vermittelt ein ähnliches Bild. Der Willen zur Beherrschung Indiens sei nicht mehr vorhanden, schrieb etwa der Abgeordnete George Ridley.¹⁵¹² Auch wenn Staatssekretär Amery vielleicht nicht ganz so weit gehen

¹⁵⁰⁸ *The Times*, 28. April 1942.

¹⁵⁰⁹ *The Daily Herald*, 20. April 1942.

¹⁵¹⁰ *Ibid.*, 12. März 1942.

¹⁵¹¹ *Ibid.*, 30. März 1942.

¹⁵¹² G. Ridley, *India*, Bombay 1942, 7.

wollte, war er erfreut über die positive Aufnahme der geplanten Delegation.¹⁵¹³ Die zeitgenössischen Wochenschaun zeigten die Ankunft der einzelnen indischen Delegierten und wie sie von Sir Stafford Cripps in Neu-Delhi empfangen wurden. Nehru wurde als einer der wichtigsten Politiker des Landes vorgestellt. Der Sprecher kam nicht umhin zu betonen, dass Jinnah mit einem Lächeln auf Cripps zuzuging.¹⁵¹⁴

In Neu-Delhi schätzte man die Lage allerdings ganz anders ein, was zu einem Konflikt zwischen dem Vizekönig und Cripps führte. Laut Linlithgow hatte der Krieg eine weitere Entfremdung Indiens von Großbritannien und dem Empire zur Folge. Angesichts ethnischer, religiöser und historischer Unterschiede und der Tatsache, dass Indien eine eroberte Kolonie war, die nicht freiwillig dem Empire beigetreten war, ermahnte er das Kabinett, sich über Indiens zukünftige Rolle im Empire Gedanken zu machen. Falls Indien aus Londons Sicht seine Bedeutung behalten sollte, riet er von weiteren Reformen – also einer weiteren Aufgabe von Kontrolle – ab.¹⁵¹⁵

Cripps setzte dagegen auf ein aktives Eingreifen, um Indien nicht zu verlieren.¹⁵¹⁶ Auch wenn er dies weniger machtpolitisch begründete, so war auch aus seiner Sicht der Erhalt Indiens für das Empire von großer Bedeutung. Cripps' Antwort auf Linlithgows Einschätzung erfolgte einen Monat später. Er weigerte sich die Ansicht zu akzeptieren, es gäbe keinerlei freundschaftliche Bande zwischen Indien und dem Vereinigten Königreich. Dies bedeute, dass die gesamte britische Indienpolitik über Generationen hinweg kläglich versagt und dass letztlich Großbritannien seine Rolle als wohlwollende Mutternation nicht erfüllt hätte.

Mit dieser Einschätzung stand Cripps offenbar nicht allein. Das Prestige des Empires und mit ihm die Idee der loyalen *Dominions* und Indiens waren insgesamt zu Beginn des Jahres 1942 stark angegriffen. Die Versenkung der britischen Schlachtschiffe *Prince of Wales* und *Repulse* durch die Japaner nördlich von Singapur, die Kapitulation Hong Kongs, Singapurs und Burmas und die mögliche Invasion Indiens hatten die britische Vormachstellung in Fernost zerstört. Hinzu kam, dass die Kollaboration mit den Japanern von burmesischer Seite und das Überlaufen einiger indischer Kolonialtruppen zu den Japanern heftig am Bild der Empire-Loyalität

¹⁵¹³ Barnes & Nicholson (1988:789).

¹⁵¹⁴ *Pathé News*, 27. April 1942, 1324.25/42/34, <http://www.britishpathe.com/video/sir-stafford-cripps-in-india/query/cripps>

¹⁵¹⁵ Linlithgow an Amery, 21. Januar 1942, TOP I, 23.

¹⁵¹⁶ Treffen des Kriegskabinetts vom 2. Februar 1942, War Cabinet Paper W.C. (42) 59, TOP I, 60.

rüttelten.¹⁵¹⁷

Die Arbeit der Cripps-Delegation wurde jedoch zum Fehlschlag. Der INC forderte die volle Regierungsgewalt im Gegenzug für die uneingeschränkte Unterstützung der britischen Kriegsanstrengungen. Linlithgow seinerseits untergrub Sir Stafford Cripps' Stellung, in dem er sich bei Churchill über ihn beschwerte. Der Vizekönig fühlte sich übergangen, da Cripps öfter ohne sein Wissen Verhandlungen führte, wobei er von Louis Johnson, dem Sondergesandten Roosevelts, unterstützt wurde. Dies interpretierte Linlithgow als Einmischung der Amerikaner in britische Angelegenheiten, womit er bei Churchill auf offene Ohren stieß.¹⁵¹⁸ Während Cripps versuchte, den Indern den zentralen Rat des Vizekönigs in neuer Verpackung als Kabinett mit dem Vizekönig als konstitutionellem Oberhaupt zu verkaufen, konnte Churchill das Kabinett in London von seiner Auffassung überzeugen, Sir Stafford Cripps habe seine Kompetenzen überschritten. Der INC wiederum lehnte seinerseits Cripps' Vorschläge ab, wohl wissend, dass Linlithgow zum einen nicht hinter ihnen stand und zum anderen sein Vetorecht behalten hätte. Die ML wiederum sah das Pakistanprinzip nicht anerkannt und lehnte die Vorschläge gleichfalls ab. Auch wenn Churchill und Linlithgow einen großen Anteil am Scheitern der Mission hatten, konnte Cripps darauf hinweisen, dass in letzter Sekunde Gandhi seinen Einfluss geltend gemacht und den INC von der Annahme der Vorschläge abgehalten hatte.¹⁵¹⁹

Nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen wurde Gandhis Einfluss, den er ohne ein offizielles Amt zu bekleiden auf den INC ausübte, in Großbritannien aufs Schärfste verurteilt. Cripps dementierte Linlithgows ablehnende Haltung¹⁵²⁰ bei seiner Rückkehr im Parlament und verschwieg damit die Streitigkeiten, die er zuvor mit dem Vizekönig und Churchill gehabt hatte.¹⁵²¹ In seinem Bericht an das Kabinett machte Sir Stafford Cripps ebenfalls allein Gandhi für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich.¹⁵²² Der Mahatma, so Cripps, habe sich während der gesamten Mission bewusst gegen jedes Übereinkommen gestellt. Da Gandhi als Pazifist den Krieg gegen Japan nicht aktiv unterstützen konnte, habe er sich gezwungen gesehen, gegen

¹⁵¹⁷ Hajkowski (2002:143).

¹⁵¹⁸ Barnes & Nicholson (1988:790ff.); mehr zu der US-Perspektive und Johnsons Rolle in Clymer (1995:55ff.) und Moore (1979:104ff.).

¹⁵¹⁹ Burke & Quraishi (1995:374); Low (1997:338ff.); Read & Fisher (1997:316ff.); Barnes & Nicholson (1988:794); Moore (1979:96).

¹⁵²⁰ Moore (1979:83).

¹⁵²¹ HMSO, 379, 13. April 1942, 831.

¹⁵²² War Cabinet Paper W.P. (42) 283, 6. Juli 1942, TOP II, 227.

diejenigen Elemente im INC vorzugehen, die seinem Pazifismus entgegenzuwirken drohten. Dieser Interpretation schloss sich der *Guardian* an: „The outcome does not reflect the failure of a mission: rather does it exemplify the unwillingness of Indian political leaders to compromise.“¹⁵²³ Aus britischer Sicht standen sich die Liga und Kongress weiterhin durch ihre Uneinsichtigkeit selbst im Weg.¹⁵²⁴ Auch wenn die Regierung erst lange, nachdem sie von verschiedenen Seiten zum Handeln aufgerufen worden war, Schritte in Indien unternommen hatte, war man sich im Vereinigten Königreich einig, dass der Fehlschlag ausschließlich Gandhi anzulasten, also allein die indische Seite nicht in der Lage war, ihre Rolle zu erfüllen. Die Cripps-Delegation war demnach ein erneuter Ausdruck des aktiven Handelns der Mutternation, die ihre Rolle erfüllt und die Initiative ergriffen hatte, um den Prozess der indischen politischen Entwicklung voranzutreiben.

In einer Ansprache für die Wochenschau fasste Cripps zusammen, dass mit dem Ende seiner Gesandtschaft zunächst auch die politische Diskussion beendet sei. Nun müsse angesichts der drohenden japanischen Invasion die Verteidigung Indiens im Vordergrund stehen. Er schloss mit den Worten: „We want to see India, a free self-governing nation, free from the Japanese, free from all domination, side by side with us as a great power.“¹⁵²⁵ Dies schloss letztlich auch die britische Herrschaft ein. Damit machte Cripps erneut deutlich, worin Großbritanniens Aufgabe in der nahen Zukunft liegen musste.

Im Rückblick auf die Cripps-Delegation strahlte die BBC im Mai 1942 fünf Sendungen aus, in denen Vertreter des INC und der ML mit Briten über das Scheitern von Sir Stafford Cripps' Unterfangen debattierten. Was in der britischen Öffentlichkeit mehr oder weniger als spontane Diskussionsrunde erschien, hatte in Wahrheit wochenlanger Vorbereitungen bedurft, denn die BBC und das IO setzten alles daran, das Narrativ zu kontrollieren und die Mission nicht als Fehlschlag zu präsentieren. Erste Planungen für eine Diskussionsrunde erreichten das IO im Januar und bildeten das Fundament der Manuskripte für die Teilnehmer. Zu diesem Zeitpunkt schaltete sich auch das *Ministry of Information* (MI) ein. Beide Ministerien korrespondierten

¹⁵²³ *The Guardian*, 13. April 1942. Wo auch immer in diesem Jahr Gandhis Einfluss in britischen Publikationen thematisiert wurde, war man sich sicher, er allein habe den Zusammenbruch der Cripps-Mission herbeigeführt, ohne die ML in diesem Zusammenhang weiter zu erwähnen. Vgl. etwa Ridley (1942:15).

¹⁵²⁴ *The Times*, 28. Februar 1942.

¹⁵²⁵ *Pathé News*, 30. April 1942, 1324.29/42/35, <http://www.britishpathe.com/video/sir-stafford-cripps-on-india/query/cripps>

daraufhin mit der BBC. Alec Joyce vom IO schrieb etwa an Edwin Haward,¹⁵²⁶ das IO habe keinerlei Einwände gegen eine Sendung. Haward sollte die Sendungen moderieren. Er hatte sich in Indien als Journalist einen Namen gemacht und unter anderem als Korrespondent für die *Times* gearbeitet hatte. Darüber hinaus war er Autor von *A Picture of India*, das in den 1940ern in mehreren Auflagen veröffentlicht wurde, und Sekretär der *India and Burma Association*. Joyce ließ ihn wissen, dass die Zustimmung des IO allerdings von den indischen Teilnehmern abhinge. Für das Ministerium war es vor allem wichtig, die richtige Balance zwischen der britischen und der indischen Seite zu finden. Ähnliche Signale erhielt die BBC vom MI. Der zuständige Redakteur Sir Richard Maconachie erstellte daraufhin erste Vorschläge für eine Diskussionsrunde. Diese deckten nicht nur den vorgegebenen Inhalt, sondern auch das „richtige“ Personal der Diskussionsrunde ab, das nötig war, um die Strategie des IO aufgehen zu lassen.

Maconachie ging zunächst von insgesamt sechs Sendungen aus. Sie sollten folgende Themenbereiche abdecken: Nationalismus, die gegenwärtige politische Lage in Indien, die Forderungen der Inder und was Großbritannien bisher getan hatte, um auf diese einzugehen, warum das Königreich nicht zu viele Kompetenzen gleichzeitig in indische Hände abgeben konnte sowie Indiens Rolle im Krieg. Dabei wählte Sir Richard Maconachie einen traditionellen Ansatz. Die Entstehung des indischen Nationalismus war demnach ohne das *British Raj* nicht denkbar¹⁵²⁷ und wurde so einmal mehr zur Legitimation der britischen Präsenz in Indien. Die anderen bereits so oft erwähnten Errungenschaften – wirtschaftliches Wachstum, Infrastruktur und Bildung – gerieten so an die zweite Stelle. Indem der indische Nationalismus zu einer britischen Errungenschaft stilisiert wurde, verlor er seine Bedrohlichkeit und fing weitere politische Reformen, die mehr oder weniger absehbar waren, auf.

Dabei hätte laut Maconachie alles reibungslos funktionieren können, wäre da nicht der INC gewesen, der sich von einem politischen Club zu einer aktiven Opposition entwickelt hatte. Seine anfänglich bescheidenen Forderungen waren in eine klare Unabhängigkeitsbewegung gemündet. Sir Richard Maconachie sah den Grund dafür im Prestigeverlust des Westens während des Burenkriegs und im Ersten Weltkrieg, wohingegen der Orient durch den japanischen Sieg über Russland im Jahre

¹⁵²⁶ Joyce an Haward, 13. Januar 1942, IOR/L/I/1948.

¹⁵²⁷ Maconachie an Brown, 21. März 1942, Reading Archives R51/256/1.

1905 an Selbstvertrauen gewonnen hatte. Zusätzlich habe INC-intern die Übernahme des Kongresses durch antibritische Persönlichkeiten und vor allem das Auftauchen Gandhis Großbritanniens Position geschwächt. Erst an letzter Stelle führte er die britische Fehleinschätzung und Verständnislosigkeit für Indiens Forderungen auf.¹⁵²⁸

In Bezug auf die kommunale Frage gab es aus Maconachies Sicht politisch nur zwei erwähnenswerte Institutionen: die Liga und den Kongress. Dabei bildeten sie für ihn weniger politische Parteien als regionale Gruppierungen, die auf religiöser Zugehörigkeit basierten. Der Hauptunterschied zwischen dem INC und der ML lag aus seiner Sicht darin, dass der Kongress dabei vor allem durch seine antibritische Einstellung zusammengehalten wurde. Das Fundament der Liga sei der Islam und die Angst vor der Hindu-Mehrheit. Implizit wurde der Liga so eine gewisse Loyalität zur Krone zugesprochen. Zwar machte sich Maconachie keine Illusionen über ihre nationalistische Einstellung, aber die Angst der Muslime vor den Hindus – und damit dem INC – machte sie zu einem potenziellen Bündnispartner der britischen Regierung.

Bezüglich der Frage, was das Vereinigte Königreich bisher getan hatte, um auf die indischen Forderungen einzugehen, sah Maconachie vor, dass der Moderator der Sendung den GIA von 1935 als maßgebliche Antwort präsentieren sollte. Die Verfassung beinhalte eine demokratische, parteipolitische Staatsform: „[...] from the moment when we began political reforms all our reforms had represented forward steps along this line of development. [...] The last of these steps was the Act of 1935.“¹⁵²⁹ Eingebettet in das Narrativ, dass Großbritannien eine zielgerichtete Indienpolitik verfolgt hatte, waren ohne eine vorherige Übereinkunft auf indischer Seite weitere Schritte kaum möglich.

Als die Cripps-Delegation zu scheitern drohte, sah sich die BBC zunächst gezwungen, das IO um vorläufige allgemeine Richtlinien für ihr Indienprogramm zu bitten. Für die BBC telefonierte Hilton Brown mit Joyce, und die beiden kamen überein, die folgende Linie einzuschlagen: Cripps' Angebot war zum jetzigen Zeitpunkt alles, was Indien erwarten konnte. Das Königreich stelle nicht weniger, aber auch nicht mehr in Aussicht. Für die Dauer des Krieges hatten die Kontroversen zu enden. Joyce bat die BBC weiterhin, Sir Stafford Cripps Zusammenfassungen der Sendungen zukommen zu lassen.¹⁵³⁰ Zwei Tage darauf erhielt der Sender weitere

¹⁵²⁸ Ibid., Radcliffe an Maconachie, 23. März 1942.

¹⁵²⁹ Anhang zu Maconachie an Brown, 21. März 1942, Reading Archives R51/256/1.

¹⁵³⁰ Memorandum über Browns Telefonat mit Joyce, 2. April 1942, Reading Archives R51/256/1.

Anweisungen aus dem IO von Rushbrook Williams: die Sendungen hatten Spekulationen zu vermeiden und sollten sich auf Namen und Fakten beschränken. Grundsätzlich wollte das IO eine positive Gesamteinschätzung der Lage, dabei durfte unter keinen Umständen auf eventuelle Streitigkeiten zwischen Cripps und den Indern eingegangen werden. Vor allem aber durfte trotz des von oben verordneten Optimismus in der britischen Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstehen, das IO wolle sie in die Irre führen. Indische Zeitungsmeldungen waren nicht heranzuziehen, es sei denn, sie enthielten positive Äußerungen über Cripps.¹⁵³¹

Bereits kurz vor Cripps' Rückkehr hatte Rushbrook Williams in kurzen Abständen weitere Anweisungen an den Sender gesandt, um sicherzustellen, dass die BBC sich an Sir Stafford Cripps' Version der Geschehnisse halten würde. Die Moderatoren waren angehalten, den INC zu kritisieren und eine defensive Haltung zu vermeiden. Vielmehr forderte Rushbrook Williams, man solle die positiven Ergebnisse der Cripps-Delegation hervorheben, da er glaubte, Cripps habe den Weg für zukünftige Entwicklungen freigemacht. Die Ehrenhaftigkeit der britischen Absichten sei vor der Welt bewiesen worden. Das Königreich hatte seine Position als Initiator weiterer Schritte trotz widriger Umstände gefestigt. Zusätzlich galt es, den Einsatz der britisch-indischen Armee und die kriegswirtschaftlichen Anstrengungen des Subkontinents zu erwähnen. Amery war so beeindruckt von der BBC-Kooperation, dass er den Sender wissen ließ: „You B.B.C. people have done remarkably well. They have done us very well; and we are very grateful.“¹⁵³²

Parallel liefen die Vorbereitungen für die Diskussionsrunde zur Cripps-Delegation weiter. Cripps' Rückkehr lieferte der BBC eine gute Gelegenheit, ihren Zuhörern Indien und die Indienpolitik der Regierung nahe zu bringen. Untersuchungen des *Research Department* des Senders hatten ergeben, dass frühere Versuche in dieser Richtung auf wenig Interesse gestoßen waren.¹⁵³³ Der neue Ansatz einer englisch-indischen Diskussionsrunde schien dafür ideal, denn englische Moderatoren mit Fachwissen zu Indien wurden vom Publikum erfahrungsgemäß entweder als Propagandisten oder Reaktionäre betrachtet. Diese Einschätzung ist vor der Frage, ob die hitzigen Debatten der 1930er Jahre dazu beigetragen hatten, das Ansehen der

¹⁵³¹ IO-Anweisung von Rushbrook Williams, 4. April 1942, Reading Archives R EI/887.

¹⁵³² IO-Anweisungen von Rushbrook Williams, 6. und 13. April 1942; Amery an Rushbrook Williams, BBC-internes Memorandum, 7. April 1942, Reading Archives R EI/887.

¹⁵³³ Memorandum von Maconachie, 20 April 1942, Reading Archives R51/256/1.

Experten sinken zu lassen. Neben einer erhöhten Glaubwürdigkeit der geplanten Diskussionsrunde erhoffte sich Maconachie eine positive Propaganda für die britische Seite:

It would, it is submitted, offer striking evidence of the liberality and good faith of His Majesty's Government, and as such have considerable propaganda value in India, the U.S.A. and the countries in occupied Europe.¹⁵³⁴

Die Propagandamaschinerie richtete sich auch an das befreundete Ausland, denn die BBC entschloss sich, die Aufnahmen auch in den USA zu senden.¹⁵³⁵

Um dafür zu sorgen, dass bei der Auswahl der Diskussionsteilnehmer das Gewicht eindeutig auf Seiten der britischen Regierung lag, wählte man als Vorsitzenden Sir Frederick Whyte,¹⁵³⁶ den ehemaligen Präsidenten der zentralen legislativen Versammlung in Indien. Der pro-indische englische Teilnehmer war Carl Heath,¹⁵³⁷ der Gandhi seit den 1930er Jahren kannte und in dem Quäkerzentrum aktiv war, das den Mahatma während der *Round Table Conference* beherbergt hatte. Alle verfügten über Indienerfahrung, waren ganz dem GIA von 1935 verschrieben und würden sicherstellen, dass die „extremen“ Ansichten des INC-Vertreters, Gandhis ehemaligem Privatsekretär Dr. D.V. Tahmankar,¹⁵³⁸ ins „rechte Licht“ gerückt würden. Iqbal Ali Shah,¹⁵³⁹ der die muslimische Seite vertreten würde, war ohnehin gegen den Kongress eingestellt, und Dr. Sudhin Ghose, Journalist, Autor und indischer Christ, würde ebenfalls dazu beitragen, dass der INC-Standpunkt unter schweren Beschuss geraten würde. Auf Haward konnte man sich ohnehin verlassen, da er zur Zeit der *Round Table Conference* Beamter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im IO gewesen war. Er sollte einen „realistischen“ Standpunkt vertreten. Bereits im Vorfeld der Sendungen konnte die BBC einen Sieg gegen Tahmankar erringen. Der Vertreter des INC hatte versucht, das Konzept der Sendung in Frage zu stellen und plädierte für eine offene Diskussionsrunde. Das schien dem Sender zu riskant, da er die Kontrolle über den Verlauf verloren hätte, und es gelang der BBC, andere

¹⁵³⁴ Ibid.

¹⁵³⁵ Maconachie an Brown, 7. Mai 1942, *ibid*; Veerathappa (1976:205).

¹⁵³⁶ Zwischen 1920 und 1925. Er war ebenfalls Gründer der Wochenzeitung *The New Europe* und Autor zahlreicher Bücher.

¹⁵³⁷ Vorsitzender der *Indian Conciliation Group*, die 1931 im Zuge der *Round Table Conference* gegründet worden war.

¹⁵³⁸ Mittlerweile tätig als Redakteur der in London ansässigen *United Press of India*.

¹⁵³⁹ Wie weiter oben erwähnt, hatte er dem IO durch seine Verbindung mit Rushbrook Williams bereits während der Auseinandersetzungen um den GIA von 1935 hilfreich zur Seite gestanden, indem er die Gegenpropaganda für D. Hewetts *Truth about India* verteilte.

Teilnehmer dazu zu bewegen Tahmankars Vorschlag abzulehnen.¹⁵⁴⁰ Damit waren die Fronten von Anfang an geklärt.

Amery war mit Maconachies Gesamtkonzept für die Sendereihe einverstanden. Der Staatssekretär nahm jedoch Anstoß an der Wahl Iqbal Ali Shahs als Vertreter des muslimischen Standpunkts und wollte ihn durch Ameer Ali ersetzen, der sich seinerzeit als IDL-Mitglied auf die Seite der *diehards* geschlagen hatte. Das IO befürchtete, Shah stünde der ML und damit der Pakistanfrage zu positiv gegenüber. Maconachie hingegen lehnte Ali ab, da seine Vorgeschichte als *diehard* ihn für das Publikum unglaublich machen würde. Allerdings stimmte er mit dem IO darüber überein, dass der Pakistanfaktor möglichst in den Hintergrund zu drängen sei. Telefonisch versicherte er Joyce, den Staatssekretär vorab mit den Manuskripten der Sendung zu versehen.¹⁵⁴¹ Amery telegraphierte darauf an Linlithgow:

BBC are running short series of discussion on India giving several Indian and British points of view, since it seemed desirable to take advantage of current interest in India here to try educate ordinary listeners and provide balanced view. I am trying to ensure that British case gets a good show, and I think that general impression produced on public will be that nobody in India can agree on anything.¹⁵⁴²

Noch wenige Stunden vor der ersten Sendung erhielt der „Realist“ Edwin Haward einen Brief aus dem IO, in dem Joyce ihn ermahnte, die britische Seite hervorzuheben und Tahmankar möglichst wenig Raum zu geben. Er schloss mit einem wenig subtilen Hinweis:

I don't want the B.B.C. to think that we have been attempting to bring any pressure to bear on you and I should be glad if you would regard this letter as purely personal. You can take it, however, that what I have said fully represents the view of the Secretary of State.¹⁵⁴³

Die Sendungen verliefen, wie man es sich im IO erhofft hatte und die BBC konnte mit den Einschaltquoten ebenso zufrieden sein, die 11% bis 12% erreichten.¹⁵⁴⁴ Während sich Shah erfreut zeigte, dass Pakistan nicht im Wort, aber doch im Geiste von Cripps anerkannt worden sei, beschuldigte Tahmankar die britische Regierung, eine Hinhaltenaktik zu verfolgen. Ghose erfüllte seine Rolle als Vertreter der

¹⁵⁴⁰ Memorandum von Maconachie, 20. April 1942, Reading Archives R51/256/1. Memorandum über Browns Telefonat mit Joyce, 2. April 1942, Reading Archives R51/256/1.

¹⁵⁴¹ Memorandum zum Telefonat zwischen Joyce und Maconachie vom 27. April 1942, Reading Archives R51/256/1.

¹⁵⁴² Amery an Linlithgow, 6. Mai 1942, TOP II, 26.

¹⁵⁴³ Joyce an Haward, 5. Mai 1942, IOR/L/I/1/948. Haward war letztlich während der ersten beiden Sendungen verhindert und musste von Whyte vertreten werden.

¹⁵⁴⁴ Hajkowski (2002:150).

gemäßigten indischen Meinung und ließ den INC als extrem und radikal erscheinen. Auffallend ist, dass Tahmankar weitaus öfter unterbrochen und hinterfragt wurde als der Rest der Runde. Die Art und Weise der Diskussion rückte die beiden englischen Teilnehmer Haward (bzw. Whyte als dessen Vertreter) und Heath, immer mehr ins Zentrum, wo sie sich gegenseitig den Rücken stärkten, Englands Leistungen in Indien hervorhoben und den INC vorführten. Trotz der minutiösen Vorbereitungen gelang es Shah und Tahmankar jedoch, öfter von ihrem Manuskript abzuweichen. Damit drohten sie, die Sendung aus dem ihr zugedachten Gleichgewicht zu bringen und es der BBC zu erschweren, das durch das IO mehr oder weniger vorgegebene Narrativ zu kontrollieren. Der Sender sah sich gezwungen, beide bei den Proben verschärft darauf hinzuweisen, sich an das geschriebene Wort zu halten.¹⁵⁴⁵ Heath und Haward konnten trotz allem zu dem erwünschten Fazit der Diskussionsrunde kommen:

Great Britain brought India under one rule, which gave her the beginning of real unity. Britain gave India peace, made it easy to travel from one end of the country to another, and so brought Indians together as they had never been before.¹⁵⁴⁶

Cripps war ebenfalls mit den Sendungen zufrieden. Während eines Treffens mit Sir Frederick Whyte bemerkte er jedoch, es sei nun genügend kontrovers diskutiert worden, nun sollten die Gemeinsamkeiten aller Beteiligten hervorgehoben werden. Er schlug Whyte vor, zusammen mit Coupland¹⁵⁴⁷ im Anschluss an die Diskussionsrunde auf Sendung zu gehen, um in einem abschließenden Überblick der Öffentlichkeit die positiven Ergebnisse seiner Mission darzulegen.¹⁵⁴⁸ Sir Richard Maconachie war von dieser Idee jedoch wenig angetan. Die BBC und das IO hatten sich große Mühe gegeben, den Anschein eines freien Austausches zwischen Indern und Briten zu erwecken. Ein zusammenfassender Rückblick von Whyte und Coupland hätte den Eindruck entstehen lassen, als wolle das IO das letzte Wort haben und die offizielle Sichtweise der Dinge betonen.

Maconachies Kompromissvorschlag sah vor, Whyte und Coupland erst nach Ablauf von mindestens vierzehn Tagen auf Sendung gehen zu lassen. Der Bezug zur vorherigen britisch-indischen Diskussionsrunde sollte eher lose bleiben.¹⁵⁴⁹ In den

¹⁵⁴⁵ Memorandum von Maconachie, 9. Mai 1942, Reading Archives R51/256/1.

¹⁵⁴⁶ BBC, *A Round Table Discussion*, 6. Mai 1942, Reading Archives.

¹⁵⁴⁷ Das IO hatte Coupland Ende September 1941 nach Indien entsandt, um die konstitutionelle Lage vor Ort zu erkunden. Er hatte sich dort der Cripps-Delegation angeschlossen und wurde halboffizieller Chronist der Ereignisse.

¹⁵⁴⁸ BBC-internes Memorandum von Brown, 11. Mai 1942, Reading Archives R51/256/1.

¹⁵⁴⁹ BBC-internes Memorandum von Maconachie, 12. Mai 1942, *ibid.*

Entwürfen zu den Whyte-Coupland-Sendungen, die nun BBC-intern ihre Runde machten, stellten Hilton Brown, ein Produzent des Senders, der selbst in Indien geboren und aufgewachsen war, sowie G.R. Barnes, ebenfalls ein Produzent, sicher, dass sich die Sendung nicht zu sehr um Cripps drehen würde, sondern um die Indienpolitik der Regierung allgemein. Brown wollte zudem betonen, wie sehr das politische Indien seit der *Round Table Conference* in den Demokratisierungsprozess eingebunden worden war. Vor allem aber durfte die Sendung nicht zu akademisch werden.¹⁵⁵⁰ Zu guter Letzt mischte sich das IO, vertreten durch Joyce, ebenfalls in die Vorbereitungen ein:

Admit Cripps's fizzle; bad luck; try again later, but meantime concentrate on problem of India's defence. In spite of political non-cooperation there is a vast feeling of cooperation generally in the country. For example, new Council members; peak recruiting figures (70,000) in May, while Cripps's stuff going on.¹⁵⁵¹

Während das IO und die BBC die Whyte-Coupland Sendung vorbereiteten, reagierte die Presse auf die britisch-indische Diskussionsrunde. Der Großteil der britischen Zeitungen hielt diese für gelungen und glaubte, sie hätten immens zur Aufklärung der Öffentlichkeit beigetragen.¹⁵⁵² Der *Daily Herald* war allerdings weniger glücklich. Für ihn waren die Sendungen irreführend und dienten lediglich dazu, eine Ausrede zu finden, um die britische Herrschaft in Indien unnötig zu verlängern.¹⁵⁵³ Auch von anderer Stelle gab es Kritik. Die IES hatte erneut einen Grund, sich darüber zu beschweren, dass Großbritanniens Seite zu wenig berücksichtigt würde.¹⁵⁵⁴ Aus Neu-Delhi meldete sich ein verärgelter Vizekönig, der sich allgemein über das Indienprogramm der BBC beschwerte. Offensichtlich bar jeder Vorstellung, wie sehr das IO und die BBC kooperierten, telegraphierte Linlithgow an Amery:

I have been very much disturbed by prominence of late given to Nehru's and Gandhi's utterances in the B.B.C. overseas broadcast. [...] Why our sole national broadcasting organisation which is presumably under the control of H.M.G. at least in war should lend itself to this propaganda passes my comprehension.¹⁵⁵⁵

Das IO nahm sich Linlithgows Warnung zu Herzen und beauftragte Rushbrook Williams, die Kontakte zur BBC noch enger und intensiver zu gestalten. Die

¹⁵⁵⁰ BBC-internes Memorandum von Maconachie, 12. Mai 1942; Barnes an Brown, 7. Juli 1943, *ibid.*

¹⁵⁵¹ BBC-internes Memorandum von Brown, 13. Juli 1942.

¹⁵⁵² Farquharson an Davis, 12. Mai 1942, Reading Archives R51/256/1.

¹⁵⁵³ *The Daily Herald*, 9. Mai 1942.

¹⁵⁵⁴ Knox an Maconachie, 6. Mai 1942, Reading Archives R51/256/1.

¹⁵⁵⁵ Linlithgow an Amery, 27. Juni 1942, IOR/L/I/1/1122.

Nachrichtenabteilung des Senders wurde daraufhin aufgefordert, sich im Zweifelsfall zunächst mit dem IO in Verbindung zu setzen, bevor weitere Informationen über den INC, Gandhi oder Nehru gesendet würden.¹⁵⁵⁶ Auch die guten Verbindungen zu Reuters kamen dem IO in diesem Zusammenhang zugute. Die Agentur verzichtete darauf, Berichte über die Sendungen in Indien in Umlauf zu bringen. Während Reuters dazu angehalten wurde, möglichst wenige Informationen nach Indien dringen zu lassen, sorgte die BBC nun dafür, möglichst wenig aus Indien in Großbritannien zu berichten. Das betraf vor allem Ansprachen der INC-Spitzen.¹⁵⁵⁷

Die Whyte-Coupland-Sendung verlief wie vorgesehen. Coupland, der in gewissem Sinne auf der Gehaltsliste des IO stand, berichtete darüber, wie hervorragend der GIA von 1935 in den Provinzen funktioniert hatte, und dass allein der INC die Schuld daran trug, dass die Verwaltung zusammengebrochen war. Er betonte die Kontinuität der britischen Indienpolitik, hob hervor, wie sehr Indien in diese Entwicklung involviert worden war, und bescheinigte Cripps, mit seiner Mission konkrete Ergebnisse erzielt zu haben. Der Kabinettsminister hatte aus seiner Sicht dazu beigetragen, der gesamten indischen Problematik einen Realismus eingehaucht zu haben, der „bitter nötig“ gewesen sei. Vor allem aber habe man jegliches Misstrauen beseitigen können. Zum ersten Mal hätten indische Nationalisten verstanden, das Königreich meine es mit seinem Versprechen ernst, die Regierung in indische Hände zu legen.¹⁵⁵⁸

Sowohl in den Parlamentsdebatten, in der *Times*, im *Guardian* und nicht zuletzt auch in den BBC-Sendungen wurde weiterhin beharrlich die Ansicht vertreten, das Indienproblem könne ausschließlich in Indien selbst gelöst werden. So rückte der INC ins Zentrum der Kritik und nicht etwa mangelnde britische Bemühungen, die Konflikte zwischen Hindus und Muslimen zu beenden. Die ML wurde zu diesem Zeitpunkt ebenfalls kritisiert, diente jedoch vorläufig dazu, den INC weiterhin zu marginalisieren. Damit wiederum gelang es dem IO und der BBC, der britischen Öffentlichkeit die Schwierigkeiten der Verhandlungen und die mangelnde Kompromissbereitschaft des Kongresses vor Augen zu führen. Die BBC erhielt weiter Anweisungen vom IO, die Kritik am INC zu verschärfen. Der Öffentlichkeit in Großbritannien und im Ausland musste klargemacht werden, dass die endgültige

¹⁵⁵⁶ Joyce an Patrick, 3. und 7. Juli 1942, *ibid.*

¹⁵⁵⁷ Amery an Linlithgow, 9. Juli 1942, TOP II, 234.

¹⁵⁵⁸ Whyte-Coupland-Sendung, 10. Juli 1942, Reading Archives.

Entscheidung des INC im August 1942, Cripps' Angebot abzulehnen nicht repräsentativ für die Haltung ganz Indiens war.¹⁵⁵⁹

Im Juli 1942 gab Gandhi seine *Quit India*-Politik bekannt, die als gewaltlose Protestaktion gestartet und vom INC beschlossen werden sollte. Diese Bekanntmachung wurde in der den unterschiedlichen Medien in Großbritannien ähnlich aufgenommen. Der *Guardian* hielt fest:

The Englishman must sympathise with the desire of Indians to manage their own country. One can only ask them – and with them Congress – to reflect on two truths. Nothing but their own disagreements can prevent them from achieving 'independence' in a short few years' time. They can, if they choose, have the practical government of India in their hands even now on the lines of the Cripps plan, with the provincial governors and the Viceroy accepting the custom of acting on their advice.¹⁵⁶⁰

Der *Guardian* bedauerte, dass der INC so kurz vor dem Ziel die gesamte Angelegenheit unnötig erschwerte. Die *Times* verurteilte Gandhis Bekanntmachung als „typisch provokativ“ und warf ihm vor, angesichts des japanischen Vormarsches unverantwortlich zu handeln und seinem Land dadurch nicht Freiheit, sondern Versklavung durch die Japaner zu bescheren: „It is a threat which is in fact directed against the war effort and the security of India and the purpose of the United Nations.“¹⁵⁶¹ Weiterhin schrieb die *Times*, Gandhi habe als alter Mann nichts Anderes im Sinn, als sein persönliches Ansehen zu wahren.¹⁵⁶² Damit handelte das Blatt ganz in Amerys Sinne, der an Linlithgow geschrieben hatte, die Aufgabe der britischen Presse sei es, Gandhi als senil darzustellen und die Thematik möglichst oberflächlich zu behandeln.¹⁵⁶³ Die Verantwortung für Indiens politischen Fortschritt lag allein bei den Indern.

Amery konnte Linlithgow daraufhin bald wissen lassen, dass Gandhis „Mätzchen“ dazu beigetragen hätten, sein teilweise positives Bild in der britischen und sogar in der US-Presse zu relativieren. Der Staatssekretär sah seine Politik des Abwartens nun gerechtfertigt, da er hoffte, Gandhi und der INC würden sich mit der Zeit selbst ins politische Abseits manövrieren. Im Kriegskabinett erwog man weiterhin Möglichkeiten, das Interesse der Presse, das sich auf Kosten moderater Gruppierungen auf Gandhi und den INC konzentrierte, in andere Bahnen zu lenken.¹⁵⁶⁴ Auch dies

¹⁵⁵⁹ Weisung vom Chefredakteur des *Empire Service*, 16. Juli 1942, Reading Archives EI/887.

¹⁵⁶⁰ *The Guardian*, 17. Juli 1942.

¹⁵⁶¹ *The Times*, 20. Juni 1942.

¹⁵⁶² *Ibid.*, 15. Juli 1942.

¹⁵⁶³ Amery an Linlithgow, 30. Mai 1942, TOP II, 105.

¹⁵⁶⁴ Protokoll des Kriegskabinettsprechens W.C. (42) 107th Conclusion, Minute 5, 7. August 1942, TOP

sollte dazu beitragen, den Absolutheitsanspruch des INC zu untergraben. Zusätzlich sollte das GOI nach der Entscheidung des INC über zivile Ungehorsamkeitsaktionen drastische Maßnahmen in Erwägung ziehen.¹⁵⁶⁵

Gandhis Nichtkooperation wurde in Großbritannien als Einladung an die japanischen Invasoren gewertet. Was an Popularität für Gandhi in Großbritannien noch vorhanden gewesen sein mochte, schwand im Laufe des Jahres 1942. Äußerungen wie „Großbritannien solle Indien verlassen und die politischen Schwierigkeiten den Indern selbst überlassen, auch wenn das Chaos bedeuten würde“, stießen auf wenig Verständnis,¹⁵⁶⁶ zumal, wenn man in Betracht zieht, dass Chaos auch den völligen britischen Kontrollverlust bedeutete. Da sich die Debatte seit Jahrzehnten um verschiedene Formen von Kontrolle gedreht hatte, konnten Vorschläge dieser Art kaum auf Gegenliebe stoßen. Auch der *Daily Herald* war enttäuscht: „We believe that your methods are wrong. We believe [...] that you are not, in this phase of your campaign, interpreting the will of the toiling and suffering masses.“¹⁵⁶⁷ Somit war man nun auch hier angesichts der prekären Kriegslage nicht mehr uneingeschränkt auf Gandhis Seite.¹⁵⁶⁸ Dies trug dazu bei, ihn in der britischen Presse vom Kongress zu isolieren. Letztlich hatte dies zum Ziel, Gandhis Kampf um seine Stellung im INC hervorzuheben und damit den INC als chaotische, zerstrittene Splittergruppe zu diffamieren. Der *Guardian* warnte jedoch, dass man die Drohung des INC nicht einfach im Raum stehen lassen könne. Staatssekretär Amerys Behauptung, Großbritannien habe alles in seiner Macht stehende getan, kritisierte das Blatt unverhohlen:

It is pure nonsense that the Government can do nothing more. [...] The Viceroy might see the leaders personally; he might quietly assist in getting an Indian Conference together; he might help any of the schemes that Indians themselves are considering to secure a National Government of representative men [...].¹⁵⁶⁹

Ganz anders die Liga: sie hatte während der Arbeit der Cripps-Delegation den Zuspruch der Konservativen in Großbritannien genossen.¹⁵⁷⁰ Noch bevor Sir Stafford

II, 451.

¹⁵⁶⁵ Laithwaite an die Sekretäre der Gouverneure von Madras, Bombay, der *United Provinces*, Bihar, der *Central Provinces and Berar*, Assam, und *North-West Frontier Province*, 24. Juli 1942, TOP II, 322. Amery plante, die Führung des INC nach Uganda zu deportieren, bedauerte allerdings, dass Gandhis Gesundheitszustand das unmöglich machte, *ibid.*

¹⁵⁶⁶ *The Times*, 6. August 1942.

¹⁵⁶⁷ *The Daily Herald*, 21. Juli 1942.

¹⁵⁶⁸ *Ibid.*, 27. Juli 1942.

¹⁵⁶⁹ *The Guardian*, 1. August 1942.

¹⁵⁷⁰ Veerathappa (1976:185).

Cripps sich auf den Weg gemacht hatte, drängte Amery darauf, Jinnah zu versichern, dass Cripps keine extremen Maßnahmen plane.¹⁵⁷¹ Jinnahs Aufruf an die Muslime, sich von sämtlichen *Quit India*-Veranstaltungen des INC fernzuhalten,¹⁵⁷² war Wasser auf die Mühlen der gegen den INC gerichteten Kampagne in London. Die Korrespondenz zwischen Amery und Linlithgow zeigt, wie sehr sie Jinnahs Haltung schätzten: „[Jinnah’s] attitude [is] a distinctive positive one.“¹⁵⁷³

Die ML wurde zum Repräsentanten der indischen Minderheiten erhoben, die man angesichts der Ambitionen des INC nicht ihrem Schicksal überlassen durfte. Der konservative Abgeordnete Henry Scrymgeour-Wedderburn warnten im Parlament vor der unkontrollierten Herrschaft einer religiösen Gruppe über andere: „[...] the leaders of the Indian Congress Party, or at least those of them whose counsels have most prevailed, have been always irresponsible and usually mischievous.“¹⁵⁷⁴ Die *Times* behauptete nun sogar, selbst die Forderung nach Unabhängigkeit entspreche nicht dem Willen des gesamten indischen Volkes. Als Beispiel wurden ausgerechnet die Prinzenstaaten herangezogen. Der Kriegsbeitrag der Prinzen sei so immens, dass man deren Bevölkerung mit dem Zugeständnis der Unabhängigkeit beleidigen würde.¹⁵⁷⁵

Als Reaktion auf die Verabschiedung der *Quit India*-Politik ließ das GOI Gandhi und die gesamte INC-Spitze verhaften, was ein Leitartikel der *Times* als „bittere Notwendigkeit“ bezeichnete.¹⁵⁷⁶ Amery sagte dazu, man hätte Indien mit diesem Schritt vor einem Desaster bewahrt und nannte Gandhi einen „Erzsaboteur“.¹⁵⁷⁷ Vor allem das GOI sah sich bestätigt, nachdem das INC-Hauptquartier durchsucht und die Mitschrift eines Gespräches zwischen Gandhi, Nehru und anderen Kongressführern gefunden worden war, in dem Gandhi für Friedensgespräche mit Japan geworben hatte. Der Mahatma war davon ausgegangen, Japan kämpfe nicht gegen Indien, sondern gegen die Briten in Indien und damit gegen das Empire. Sollte Japan dennoch auf Krieg mit Indien aus sein, so sei man dafür gewappnet, auch ohne britische Unterstützung.¹⁵⁷⁸

Im Gegensatz zur *Times* stellte der *Daily Herald* diese Aktion des GOI in

¹⁵⁷¹ Barnes (1988:786). Bei der Abgleichung der Cripps-Direktiven achtete Amery darauf, der ML den Rücken zu stärken. Eine weitere Aktion, die den INC lahmlegen sollte. *Ibid.*, 780.

¹⁵⁷² *The Times*, 10. August 1942.

¹⁵⁷³ Linlithgow an Amery, 16. November 1942, TOP III, 187 (Annex).

¹⁵⁷⁴ HMSO, 383, 11. September 1942, 559.

¹⁵⁷⁵ *The Times*, 5. August 1942.

¹⁵⁷⁶ *Ibid.*, 10. August 1942.

¹⁵⁷⁷ *Ibid.*

¹⁵⁷⁸ *The Daily Herald*, 5. August 1942.

Frage. Die Veröffentlichungen der INC-Protokolle hätten nichts Neues zu Tage gefördert. Gandhi sei bekanntermaßen Pazifist und von daher seine Befürwortung von Friedensgesprächen – auch mit Japan – nicht weiter verwunderlich. Man forderte erneut, die Regierung solle weitere Schritte unternehmen, um die festgefahrene Situation zu ändern.¹⁵⁷⁹ Bis dahin hatten andere Teile der Presse Gandhi bereits zum Feind stilisiert und lasteten ihm die gesamte verfahrenere Situation an. Mal wurde er als Führer des Kongresses bezeichnet, mal als die graue Eminenz. Stets hielt er angeblich allein die Fäden in der Hand und leitete als ehrgeiziger, alter Mann die Geschicke des INC mit der Wunschvorstellung, den Kongress und sich selbst zur Macht zu führen. Mit den *Quit India*-Aktionen setzten zunächst friedliche Proteste gegen britische Herrschaft und für die Freilassung der verhafteten INC-Mitglieder ein. Der anfängliche passive Widerstand mündete bis September 1942 jedoch in Gewaltaktionen gegen britische Institutionen.

Die Tatsache, dass Gandhi nicht auf die einheitliche Unterstützung der indischen Intelligenz zählen konnte, nutzten die Medien, um seine Stellung weiter zu schwächen. Für die *Times* etwa schien es hilfreich, dass die Muslime sich gegen die Kongresspolitik richteten und sich damit aus ihrer Sicht auf die Seite der Briten stellten. In derselben Ausgabe zählte Cripps die Bevölkerungsanteile auf, die nicht zu den Anhängern des INC zu zählen seien. Dabei kam er auf knapp die Hälfte der indischen Bevölkerung.¹⁵⁸⁰ Solche Zahlenspielerien waren auch bei Premierminister Churchill ein beliebtes Mittel, dem Kongress jegliche Kompetenz abzusprechen. Für ihn waren die indischen Mitglieder des Rates des Vizekönigs wahre Patrioten, die den einstimmigen Beschluss gefasst hatten, die INC-Führung verhaften zu lassen.¹⁵⁸¹

Zur selben Zeit sandte Rushbrook Williams beinahe täglich Weisungen aus dem IO an die BBC und die Printmedien. Seine „Vorschläge“ liefen darauf hinaus, die Nichtkooperationsaktionen herunterzuspielen, darauf hinzuweisen, dass der zentrale Rat in der Mehrheit mit Indern besetzt sei, die in seinen Augen ebenso wie die INC-Anhänger Nationalisten waren und dennoch der Verhaftung der INC-Spitze zugestimmt hätten; im Falle eines erneuten Hungerstreiks des Mahatma sollte dies als reines politisches Taktieren dargestellt werden. Zusätzlich sollte hervorgehoben werden, wie viel Indien zu den Kriegsanstrengungen beitrug, um damit zu

¹⁵⁷⁹ Ibid., 8. August 1942.

¹⁵⁸⁰ *The Times*, 24. August 1942.

¹⁵⁸¹ HMSO, 383, 10. September 1942, 303.

verdeutlichen, dass der Subkontinent hinter dem Königreich stehe. Gerüchte über Verhandlungen zwischen dem GOI und dem INC mussten dementiert werden, um zu betonen, dass Cripps dem Kongress ein großzügiges Angebot gemacht habe. Zu guter Letzt sollten unkooperative Inder als gewaltsame, aber isolierte „Hooligans“ dargestellt werden.¹⁵⁸²

Auch im Parlament wurde der INC ausgegrenzt. Zwar kritisierten die *Labour*-Abgeordneten Churchills Statement im Unterhaus über die Situation in Indien nach der Niederschlagung der *Quit India*-Bewegung vom 10. September 1942. Denn im Gegensatz zu Churchill, der alles seinen gewohnten Gang gehen lassen wollte, vertrat Arthur Greenwood, *Labour*-Mitglied des Kriegskabinetts, die Auffassung, Großbritannien sei verpflichtet, Indiens politische Emanzipation voranzutreiben.¹⁵⁸³ Reginald Sorenson erklärte für die Partei, der Sieg in diesem Krieg würde keine neue Welt hervorbringen, aber dennoch den altmodischen Imperialismus abschaffen. Ohnehin war es für ihn höchste Zeit, diesen zu Grabe zu tragen.¹⁵⁸⁴

Trotz der Kritik an der Regierung stellte sich allerdings kein Abgeordneter auf die Seite des Kongresses. Den Kritikern ging es darum, den Stillstand zu überwinden, nicht dem Kongress entgegenzukommen. Die *Labour*-Politiker waren stets bemüht, im Unterhaus einen Ton anzuschlagen, der die Situation in Indien nicht weiter anheizen würde. Um so kritischer äußerte man sich gegenüber Churchills Einschätzung der indischen Situation, verurteilte man Amerys Aussage, Gandhi sei ein Erzsaboteur¹⁵⁸⁵ und bedauerte man eine Indienpolitik, die dazu geführt habe, dass INC-Mitglieder verhaftet wurden. Insgesamt betrachtet, setzten sich jedoch diejenigen Stimmen im Parlament durch, die davon ausgingen, dass der nächste Schritt nun von indischer Seite getan werden müsse bevor Großbritannien handeln konnte. Der *Labour*-Abgeordnete Charles George Ammon fasste die Debatte im September 1942 folgendermaßen zusammen:

The [last two] speeches [...] differing as they do somewhat in their expression, do indicate nevertheless a genuine desire on the part of a large number of Members of this House on both sides that India may be free to order her own destiny.¹⁵⁸⁶

Da mit der Cripps-Delegation das Königreich die Gewährung des *Dominion*-Status

¹⁵⁸² Weisungen von Rushbrook Williams an die BBC, 7., 8., 10., 11., 12., 17., 18. 20. und 21. August 1942, Reading Archives R34/430.

¹⁵⁸³ HMSO, 383, 10. September 1942, 556f.

¹⁵⁸⁴ *Ibid.*, 598.

¹⁵⁸⁵ *Ibid.*, 553.

¹⁵⁸⁶ *Ibid.*, 600.

innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens vorgegeben hatte, wurde nun auch wieder der parteiübergreifende Konsens zu Indien beschworen und die Indienpolitik als Ausdruck des nationalen Willens dargestellt werden.

Die Gallup-Umfragen von 1942 bestätigen, dass Amerys Maßnahmen und die Presseberichte in der britischen Bevölkerung nicht ohne Auswirkungen geblieben waren. Noch 1939 waren 26% der Befragten für Indiens Selbstverwaltung bereits während des Krieges gewesen.¹⁵⁸⁷ Bis April 1942 war diese Zahl auf 31% gestiegen. Allerdings waren im April auch erstmals wieder 2% gegen jede Form von Selbstverwaltung, gleich ob vor oder nach Kriegsende. Als die Arbeit der Cripps-Delegation scheiterte und die militärische Lage in Asien sich immer weiter verschärfte, fanden nur 4%, Indien sei ein Kriegsproblem, das die Regierung schnellstens zu lösen habe. Die Front vor der Haustür war den meisten wichtiger.¹⁵⁸⁸ Bis September, nach dem Höhepunkt der *Quit India*-Aktionen, hatte die Regierung in der Bevölkerung eine breite Zustimmung für ihre Politik erreicht. 66% sprachen sich gegen weitere Gespräche aus.¹⁵⁸⁹ Den konservativen Meinungsmachern der Regierung war es gelungen, die Reputation des Kongresses auf einen Tiefpunkt zu bringen. Mit „Radikalen“, „Verrätern“ und „Demagogen“ sollten keine weiteren Verhandlungen geführt werden. Wohlgemerkt waren diese 66% nicht *per se* gegen Indiens Selbstregierung.

An anderer Stelle machte man sich zunehmend Gedanken über die Nachkriegswelt und auch um Indiens Rolle und die des *Commonwealth* in einer neuen Weltordnung. Für George Schuster, den ehemaligen Finanzminister unter Vizekönig Willingdon, hatten die Ereignisse der vorangegangenen Jahre gezeigt, dass keine Nation in einer modernen Welt für sich alleine bestehen konnte.¹⁵⁹⁰ Allein wirtschaftliche und vor allem militärische Kooperationen könnten die zukünftige Weltpolitik stabilisieren. Er betrachtete das *Commonwealth* als eine der Hauptorganisationen internationaler Zusammenarbeit, auf die sich die Nachkriegswelt stützen sollte. Für Indien würde das *Commonwealth* Freiheit in einer starken Gemeinschaft, wirtschaftliche Vorteile durch Kooperation innerhalb des Empires und

¹⁵⁸⁷ G.H. Gallup (ed.), *The Gallup International Public Opinion Polls, Great Britain 1939-1975, Bd. I: 1937-1964*, New York 1976, 25.

¹⁵⁸⁸ *Ibid.*, 58.

¹⁵⁸⁹ *Ibid.*, 65.

¹⁵⁹⁰ G. Schuster, *India and Democracy*, London 1942, 37f. Oder auch Lord Huntingdon, *Commonsense about India*, London 1943, 12.

eine gemeinsame Verteidigungsstrategie bieten. Dabei erkannte Schuster Indiens Bedeutung als militärischen Stützpunkt im asiatischen Raum an. Um diesen Stützpunkt für das *Commonwealth* weiterhin halten zu können, müsse Indien der Geist dieser Organisation nahegebracht werden. Das sei in den vergangenen Jahren versäumt worden. Die britische Verwaltung sei zwar gerecht, aber zu „kalt“ und zu „rigide“¹⁵⁹¹ gewesen, um Indien für das *Commonwealth* begeistern zu können. Diese Beschreibung erinnert an Montagus Vorwürfe gegen den ICS, den er bereits 25 Jahre zuvor als zu hölzern beschrieben hatte. Wirtschaftliche Fragen wurden eher allgemein und fast immer unter dem Gesichtspunkt dargestellt, dass eine Verbindung zwischen dem Königreich und dem Subkontinent vor allem für Indien von Vorteil sein würde.

Coupland hatte mittlerweile eine Abhandlung über die konstitutionellen Probleme Indiens veröffentlicht, in der er sich ebenfalls mit der strategischen Bedeutung des Subkontinents beschäftigte. Sir Reginald Coupland war davon überzeugt, dass Indien sich zu einer führenden Macht in Asien entwickeln würde. Voraussetzung sei jedoch eine enge militärische Kooperation mit dem britischen Königreich und auch die Präsenz britischer Truppen in Indien über die Unabhängigkeit hinaus: „It is the natural destiny of a free and united India to become a great Asiatic Power; but she cannot achieve it in isolation.“¹⁵⁹² Laut Coupland sollte das *Commonwealth* aktiv werden:

[...] the Commonwealth will become a much more impressive and fruitful example of international association than it can ever be if all the associates are wholly or mainly European. It will form a bridge between Europe and Asia.¹⁵⁹³

Einige gingen also immer noch davon aus, dass Großbritannien eine der führenden Nachkriegsmächte sein würde und glaubten, Indien würde weiterhin die Rolle des Zöglings einnehmen. Der Subkontinent würde zwar nicht mehr beherrscht werden, aber dennoch auf die Hilfe der alten Mutternation angewiesen bleiben. Langsam kristallisierte sich damit auch eine neue Rolle für Großbritannien für die Zeit nach dem *Raj* heraus. Intuitiv überlegte man, wie man das ideologische Vakuum ausfüllen konnte. Der Begriff „Mutternation“ tauchte nun verstärkt wieder auf. Das Königreich war nicht mehr Wegweiser und Führer.

Nur kurz nach Beginn der *Quit India*-Aktionen hatten die britischen Behörden

¹⁵⁹¹ Schuster (1942:417).

¹⁵⁹² R. Coupland, *The Future of India*, London 1943, 109 und 173.

¹⁵⁹³ *Ibid.*, 175.

in Indien wieder Ruhe und Ordnung hergestellt. Stolz wurde das loyale Verhalten der indischen Angestellten des ICS und der indischen Eisenbahn erwähnt, die ihren Einsatz oft unter Lebensgefahr verrichtet hatten. Auch dies trug dazu bei, den INC weiter zu isolieren. Die ML zeigte sich auch weiterhin kooperativ und erhielt ihre Regierung in vier Provinzen aufrecht.¹⁵⁹⁴ Einzelne indische Untertanen erfüllten aus der Sicht Großbritanniens also ihre Rolle, was dem angeblichen Rollenausfall des INC gegenübergestellt wurde.

Gandhi seinerseits stand im Palast des Agha Khan unter Hausarrest und zog einen Hungerstreik in Erwägung, um aus der Haft entlassen zu werden. Er wollte, zurück in die Freiheit und die indische Bevölkerung wieder auf den Pfad der Gewaltlosigkeit führen. In London und Neu-Delhi fühlten sich die Behörden jedoch durch die Androhung eines Hungerstreiks erpresst.¹⁵⁹⁵ Schon seit August 1942 hatte sich das GOI jedoch auf diese Möglichkeit vorbereitet. Linlithgow und die Gouverneure der Provinzen empfahlen Amery, Gandhi für die Dauer seines Hungerstreiks aus der Haft zu entlassen. London hingegen war für die Fortdauer seiner Gefangenschaft, und Amery plädierte sogar dafür, Gandhi bis zum Tode fasten zu lassen, sollte der Beginn seines Hungerstreiks mit dem japanischen Angriff auf Indien zusammenfallen.¹⁵⁹⁶

Trotz des Ausbleibens der japanischen Invasion änderte sich Anfang 1943 die Meinung des Kabinetts. Die Gefahr von Unruhen in Indien war zu groß, als dass man Gandhis Tod in britischer Haft hätte riskieren wollen. In einem Memorandum empfahl Amery, den Mahatma aus der Haft zu entlassen, sollte sich sein Gesundheitszustand verschlechtern.¹⁵⁹⁷ Gandhi lehnte jedoch ab und verlangte seine bedingungslose Freilassung. Churchill hatte cholerische Ausbrüche, die – sehr zu Amerys Leid – immer dann auftraten, wenn Indien auf der Kabinettsagenda stand.¹⁵⁹⁸ Amerys größtes Problem bestand darin, dass die gesamte Arbeit des Kabinetts und vor allem die des

¹⁵⁹⁴ Tatsächlich profitierte Jinnah am meisten von dem Fehlschlagen der *Quit India*-Aktionen. Er hatte sich als unangefochtener Anführer der indischen Muslime etabliert. Read & Fisher (1997:332); Burke & Quraishi (1995:387f.); A. Herman, *Gandhi and Churchill. The Epic Rivalry that Destroyed an Empire and Forged our Age*, New York 2008, 495ff.

¹⁵⁹⁵ Linlithgow an Amery, 9. August 1942, TOP II, 480.

¹⁵⁹⁶ Amery an Linlithgow, 11. November 1942, TOP III, 165.

¹⁵⁹⁷ Kriegskabinettsstreffen vom 4. Januar 1943, War Cabinet Paper W.C. (43) 5, TOP III, 314.

¹⁵⁹⁸ Typisch für die Sitzungen des Indienkomitees scheinen folgende Erinnerungen: „Winston opened with a terrific tirade, just shouting at us all, about the whole monstrous business of being kicked out of India and apologising for ourselves while at the same time sacrificing life and treasure for her defence“, in Barnes & Nichols (1988:838).

Komitees für Indien durch Churchills Unkenntnis der Sachlage erschwert wurde.¹⁵⁹⁹

Als Gandhi schließlich im Februar 1943 seinen Hungerstreik begann, war die erste Anfrage des Premiers an Linlithgow: „I have heard that Gandhi usually has glucose in his water when doing his various fasting antics. Would it be possible to verify this?“¹⁶⁰⁰

Zwei Wochen später schrieb er:

Would be most valuable any fraud could be exposed. Surely with all these Congress Hindu doctors around him it is quite easy to slip glucose or other nourishment into his food. [...] Let me know what you think.¹⁶⁰¹

Die BBC erhielt Anweisungen von Rushbrook Williams, wonach der Hungerstreik nicht aufgebauscht werden sollte.¹⁶⁰² Sollte Gandhi in Haft sterben, war hervorzuheben, dass er sich den Hungerstreik selbst auferlegt hatte und damit lediglich ungerechtfertigten Druck auf die Regierung ausüben wollte. Als eine gesundheitliche Krise Gandhis kurz nach Beginn des Hungerstreiks überwunden war, war Linlithgow der Meinung, seinen Sympathisanten müsse klar gemacht werden, die Aktion ziele nur darauf ab, ihre Emotionen zu wecken, eine Ansicht, die Churchill von ganzem Herzen unterstützte.¹⁶⁰³ Trotz aller Versuche, den Hungerstreik als Schwindelei zu entlarven, war man in Neu-Delhi und London über das glimpfliches Ende im März 1943 erleichtert.¹⁶⁰⁴ Die BBC wurde jedoch angehalten, das Ende des Fastens nicht als außerordentliche Meldung zu behandeln. Rushbrook Williams betonte, die Haltung der Regierung sei durch die Ereignisse bestätigt worden, da Gandhi mit der Verweigerung der Nahrungsaufnahme nichts erreicht hatte. Folglich empfahl er erneut, die gesamte Episode herunterzuspielen.¹⁶⁰⁵

Die *Times* schrieb in Übereinstimmung mit dieser Linie von Erpressung. Die Zeitung nannte es „the weapon of fast“, bezichtigte Gandhi der Sturheit und warf ihm vor, nicht in der Lage zu sein, die indischen Massen von seiner Politik zu

¹⁵⁹⁹ Amery war nicht selten der Verzweiflung nahe: „It is an awful thing dealing with a man like Winston who is at the same moment dictatorial, eloquent and muddleheaded. I am not sure I ever got into his mind that India pays for the whole of her defence including the British forces in India [...]. None of [the cabinet members] ever really have the courage to stand up to Winston and tell him when he is making a fool of himself.“ Ibid., 836.

¹⁶⁰⁰ Churchill an Linlithgow, 13. Februar 1943, TOP III, 463.

¹⁶⁰¹ Churchill an Linlithgow, 25. Februar 1943, TOP III, 538. An General Smuts schickte Churchill folgendes Telegramm: „I do not think Gandhi has the slightest intention of dying, and I imagine he has been eating better meals than I have for the last week.“ TOP III, 547.

¹⁶⁰² Anweisung von Rushbrook Williams, 22. Februar 1943, Reading Archives R34/430.

¹⁶⁰³ Churchill an Linlithgow, 28. Februar 1943, TOP III, 553.

¹⁶⁰⁴ Herman (2008:511).

¹⁶⁰⁵ Anweisung von Rushbrook Williams, 2. März 1943, Reading Archives R34/430.

überzeugen.¹⁶⁰⁶ Diese Ansicht wurde jedoch nicht überall geteilt. In der Kathedrale von Birmingham rief der Bischof zu gegenseitigem Verständnis auf:

What many of us in England desire is to see India freely choosing to be a member of the British Commonwealth of Nations [...]. I personally am convinced that, as regards India, such a slogan as 'what we have we hold' is out-of-date. The mental attitude which it suggests is that of our early nineteenth century nabobs. To regard Indians as subject races held down by force of arms is wholly incompatible with the outlook of a modern Christian democracy. [...] there has been in England profound misunderstanding of Mahatma Gandhi's fast. [...] I myself cannot believe that the fast was of the nature of blackmail. It may seem so to many among us because they do not understand Mr. Gandhi's religious outlook.¹⁶⁰⁷

Damit äußerte sich ein prominenter Kirchenvertreter kritisch von der Kanzel herab. Aber auch er berief sich weiterhin auf traditionelle britische Werte. Mit dem Appell an die Fundamente der christlichen Demokratie griff der Bischof weniger die politische Praxis in Indien an, die aus seiner Sicht lediglich an die Verhältnisse des 20. Jahrhunderts angepasst werden mussten. Vielmehr war seine Predigt ein Weckruf für die Nation und ein Hinweis darauf, wofür das Königreich in den Krieg getreten war. Eine Mitschrift dieser Predigt gelangte auch in die Akten der IO-Abteilung für Öffentlichkeit, wo man es offenbar für angebracht hielt, ein Auge auf die Kirchen zu haben und auch an diesem Ort die Stimmung in der Bevölkerung zu beobachten.

Das Indienministerium erhielt kurz darauf ein Hilfsangebot von eher unerwarteter Seite. Sir Alfred Knox von der IES bot Amery persönlich seine Dienste an.¹⁶⁰⁸ Erstaunen machte sich im Ministerium breit. Nach einigem Überlegen kam man jedoch zu dem Schluss, dass die „alten Empire-Streiter“ durchaus von Nutzen sein konnten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kam es aus Sicht des IO nämlich darauf an, den politischen Fortschritt in Indien zu bremsen, und da kamen die *diehards* von gestern gerade recht. Entgegen allen Beteuerungen nach außen, das Königreich sei bereit, so schnell wie möglich weitere Schritte einzuleiten, wollte man nun auf Knox, Stuart und andere zurückgreifen, die sich wie zehn Jahre zuvor daranmachen wollten, Leserbriefe zu schreiben, Vertreter in Versammlungen zu platzieren und im Parlament ein Auge auf die Fragen an den Staatssekretär für Indien zu haben.

Hatte Staatssekretär Hoare das Narrativ lenken wollen, indem er die *Labour*-Opposition gegen den GIA von 1935 eingebunden hatte, um die Schläge der IDL zu

¹⁶⁰⁶ *The Times*, 11. Februar 1943.

¹⁶⁰⁷ Predigt des Bischofs von Birmingham, 12. März 1943, IOR/L/I/1/755.

¹⁶⁰⁸ Knox an Amery, 17. April 1943; Memorandum von Morley, 21. April 1943; H.M. an Morley, 4. Mai 1943, IOR/L/I/1/51.

dämpfen, wurden nun die alten Mitglieder derselben Gesellschaft benutzt, um die Geschwindigkeit politischer Reformen in Indien im Sinne des IO zu regulieren. Die erste Begeisterung verflog jedoch schnell. Frustriert schrieb ein Kollege an Alec Joyce:

I spent a weary hour and a quarter with Sir Louis Stuart and Mr. Waris Ameer Ali, who seemed more concerned to regale me with their views on India (which have not changed), with anecdotes illustrating the appalling ignorance of the American and British publics on the subject, and indeed with the shortcomings of humanity in general. [...] In general, I should say it is just worth keeping on terms with the I.E.S. and preventing them from saying that we have spurned their offers, but I would not expect very much practical assistance to result.¹⁶⁰⁹

Das IO war für seine Öffentlichkeitsarbeit zu jenem Zeitpunkt ohnehin nicht auf die Kooperation der IES angewiesen, da in der britischen Bevölkerung im Jahr 1943 relativ wenig Rückhalt für die INC-Spitze auszumachen war.¹⁶¹⁰

Im Juni 1943 hielt *Labour* ihren Parteitag in Westminster ab. Neben dem Wunsch, Indien bald als *Dominion* in die Familie des *Commonwealth* aufzunehmen, verabschiedete die Partei folgende Erklärung zu Indien:

The Labour Movement believes that the establishment of a free India in the post-war world is secure, and is not endangered by any possibility of evasion or procrastination by the British Government.¹⁶¹¹

Der weitere Wortlaut verurteilte die *Quit India*-Aktionen und rief die Inder dazu auf, sich zu einigen und erneut Kontakt mit der britischen Regierung aufzunehmen. Gleichzeitig bekräftigte *Labour* jedoch, das Recht auf Selbstverwaltung sei unumstößlich anerkannt. Die abwartende Haltung der Regierung wurde verurteilt.¹⁶¹² Der Parteitag des Folgejahres brachte diesbezüglich keine wesentlichen Neuerungen.¹⁶¹³ Beide Konferenzen versuchten jedoch, Druck auf die Regierung

¹⁶⁰⁹ Morley an Joyce, 6. Mai 1943, IOR/L/I/1/51.

¹⁶¹⁰ Die *Mass Observation Files* bestätigen, dass das IO mit der Einstellung der Bevölkerung zufrieden sein konnte. Vor Bekanntgabe der INC-Resolution zu *Quit India* im August 1942 hatten lediglich 4% der Befragten einen positiven Eindruck von Gandhi. 56% hatten sich gegen ihn ausgesprochen und 34% hatten überhaupt keine Meinung zu den Ereignissen auf dem Subkontinent und Gandhis Forderungen. Der INC-Führer wurde wahlweise als „Fanatiker“, „Verrückter“ und „Spinner“ bezeichnet, den man schon „vor langer Zeit hätte erschießen sollen“. Während seines Hungerstreiks standen Gandhi mehr Befragte als zuvor wohlgesonnen gegenüber, wobei Mitleid eine Rolle gespielt haben dürfte („He is a brave little bugger, but – you know – a bit touched“, erscheint als treffende Zusammenfassung). Dennoch empfand ein Großteil seine Aktion als „naiv“, „übertrieben“ und „dumm“ und unterstütze Churchills Weigerung, Gandhi freizulassen. *Mass Observation File Report* 1634, March 1943: *Fortnightly Bulletin* (4): *Gandhi, The Beveridge Debate, Russia and Morale, Rumours and Grumbles*.

¹⁶¹¹ Labours Declaration on India, in: *The Labour Party, Report of the 42nd Annual Conference. Held in The Central Hall, Westminster, June 14th to June 18th, 1943*, S. 40.

¹⁶¹² *Ibid.*, 211ff.

¹⁶¹³ Dazu: *The Labour Party, Report of the 43rd Annual Conference. Held in The Central Hall, Westminster, December 11th to December 15th, 1944*.

auszuüben. *Labour* erachtete es als falsch, Cripps' Vorschläge als einzige Möglichkeit zu präsentieren und die Internierung der INC-Spitze als Entschuldigung zu benutzen, um die Indienpolitik nicht vorantreiben zu müssen.

Das Indienbild der Konservativen Partei erfuhr wiederum eine weitere Modifikation während des Parteitages in Westminster von 1943. Der Beschluss zu Indien besagte, dass aus der Kolonie so bald wie möglich ein freies und gleichwertiges Mitglied des *Commonwealth* werden sollte: „We are trustees not only for the happiness but even for the continued survival of 380.000.000 of our fellow men and women.“¹⁶¹⁴ Damit etablierten sich Couplands Ideal nun auch in der Konservativen Partei. Großbritanniens künftige Rolle als eine Art Vormund wurde jedoch keineswegs aufgegeben oder in Frage gestellt.

Indiens Aufnahme in das *Commonwealth* sollte nun zur Krönung der britischen Mission auf dem Subkontinent werden. Das war zwar bereits im GIA von 1935 vorgesehen, seit der Cripps-Delegation hatte dieser jedoch seine verzögernde Wirkung verloren. Dies war auch den Reflexionen über Großbritanniens Rolle nach Kriegsende geschuldet. Amery etwa sah für die Nachkriegszeit eine Schwächung der internationalen Organisationen voraus. Deshalb müsse nach dem Krieg zunächst Großbritanniens Position wieder gestärkt werden, dann die des Empires, um schließlich der Welt zu helfen, sich selbst zu regenerieren.¹⁶¹⁵ Der Erhalt des Empires wurde für den Staatssekretär zum Schlüssel für Großbritanniens zukünftige Stärke und Rolle in der Welt. Diese Hoffnung spiegelte sich auch in der Suche nach einem Nachfolger für Linlithgow wider. Amery schrieb an Churchill:

To keep India within the Commonwealth during the next ten years is much the biggest thing for us. If we can keep her for ten years I am convinced we can keep her for good [...]. Almost everything will depend on the personality of the next Viceroy and his successor.¹⁶¹⁶

Indien musste Teil des Empire bleiben, um die Stellung des Königreiches in der gesamten Welt aufrechterhalten zu können. Ironischerweise war das Ansehen Großbritanniens damit nun in gewisser Weise von Indien abhängig.

Was folgte war eine Notlösung für die Neubesetzung des vizeköniglichen Postens. Churchill war zu diesem Zeitpunkt gezwungen, schwierige Personalfragen zu

¹⁶¹⁴ Beschluss über die Zukunft Indiens während des 62. Parteitages der Konservativen Partei in der *Central Hall von Westminster*, London vom 20-21. Mai 1943, abgedruckt in: *The Times*, 21. Mai 1943.

¹⁶¹⁵ Amery an Linlithgow, 23. März 1943, TOP III, 610.

¹⁶¹⁶ Amery an Churchill, 16. April 1942, TOP III, 654.

lösen¹⁶¹⁷ und nominierte Lord Archibald Wavell als Kandidaten für das vizekönigliche Amt. Wavells großes Ansehen hatte nach seiner Niederlage gegen General Rommel im Wüstenkrieg 1941 jedoch stark gelitten. Churchill traute ihm das Oberkommando für Südostasien nicht zu, und der Versuch, Wavell zum Generalgouverneur von Australien zu machen, schlug ebenfalls fehl. Indien bot dem Premierminister einen willkommenen Ausweg. Vizekönig Linlithgow hatte die übliche Amtszeit von fünf Jahren wegen des Krieges bereits überschritten und bat um Ablösung. Zudem wollte Churchill jemanden im Amt sehen, der Indien sicher durch den Krieg führen und vor äußeren und inneren Bedrohungen schützen würde.¹⁶¹⁸ Wavell sollte mit sicherer Hand die britische Kontrolle über den Subkontinent wahren, damit man den Krieg ohne Störungen aus Indien weiterführen konnte.

Zu Beginn der 1940er Jahre war gerade von Seiten *Labours* verstärkt zu hören, dass der Krieg das Ende eines veralteten Imperialismus bedeuten würde. In Vorbereitung auf die neue Weltordnung der Nachkriegszeit und ein neues *Commonwealth* wurde Indiens absehbare politische Emanzipation zur Bewährungsprobe. Habe es diese bestanden, würde man der Welt beweisen, dass das Königreich auch als Mutternation freier *Dominions* wegweisend sein konnte. Dies drückte jedoch lediglich ein Umdenken bezüglich der Art der britischen Kontrollfunktion aus. Als Teil des britisch geführten *Commonwealth* wäre Indien weiterhin ein strategisch wichtiger Partner für die Nachkriegswelt. Dies wäre jedoch nur dann möglich, wenn der britische Einfluss auf Indien teilweise, wenn auch auf andere Art, erhalten bliebe. Zeitgenossen schienen davon auszugehen, dass dies möglich sein würde.

¹⁶¹⁷ R. Mason, *The Making of a Viceroy*, *HT* 11, 1982, 11-15.

¹⁶¹⁸ I. Glynn, 'An Untouchable in the Presence of Brahmins'. Lord Wavell's Disastrous Relationship with Whitehall During His Time as Viceroy to India, 1943-7, *MAS* 41 (3), 2007, 639-663; Herman (2008:513ff.); Burke & Quraishi (1995:396f.); Read & Fisher (1997:336ff.); Moore (1983:148).

b. Simla – Wavells Initiative

Immer noch unter Hausarrest im Palast des Agha Khan und ohne die Möglichkeit, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, war die INC-Spitze zur Untätigkeit verdammt. In Großbritannien wurde Gandhi von Beverly Nichols, Journalist und Autor zahlreicher Bücher, als „alternde Primadonna“ bezeichnet, die Englands schwerste Stunde gewählt habe, um dem Königreich in den Rücken zu fallen. Nichols ging so weit, den INC als eine faschistische Organisation und Gandhi als ihren Führer zu bezeichnen.¹⁶¹⁹ Selbst sein Kosenamen, *Gandhiji*, rief bei ihm Erinnerungen an das „Heil Hitler“ der Deutschen wach. Der einzige Grund, weshalb der Kongress sich nicht auf die Liga zubewegte und gegen die Pakistan-Lösung sei, sei sein Trachten, den gesamten Subkontinent ausbeuten zu können: „One has only to keep one’s eye open, in India, to see all the signs and portents of Fascism sticking out a mile.“¹⁶²⁰ Gemäßigtere Autoren bezeichneten Gandhi zumindest als Utopisten.¹⁶²¹ Der Anspruch des INC, eine politische Partei zu sein, wurde verstärkt in Frage gestellt. Schuster schrieb, der Kongress sei besessen von der Idee, allein das Recht zu haben, für Indien sprechen zu können.¹⁶²² Die Tatsache, dass die ML für sich beanspruchte, die Stimme der indischen Muslime zu sein, wurde von Nichols jedoch kommentarlos hingenommen.

Andere Publikationen werteten die Nichtkooperation als einziges Mittel des INC, die Masse der indischen Bevölkerung zu mobilisieren, die auf andere Art nicht für den Kongress zu gewinnen gewesen wäre. Die gesamte Arbeit des INC baue darauf auf, Gandhi politisch zu verherrlichen. Dies war keine überraschende Einschätzung, wenn man bedenkt, dass der Personenkult um Hitler und Mussolini oder auch um den japanischen Tenno Zeitgenossen für solche Dinge vermutlich sensibilisiert hatten. Sir William Barton, ein ehemaliger ICS-Beamter, schrieb: „Ohne Gandhi wäre Indien bereits politisch unabhängig.“¹⁶²³ *Quit India* habe er initiiert, um sich die

¹⁶¹⁹ B. Nichols, *Verdict on India*, London 1944. Das Buch fand große Verbreitung. Selbst heute ist es nicht schwierig, in Antiquariaten ein Exemplar davon zu finden. Nichols war Redakteur der *Daily Mail*. Sein Buch war sehr nützlich für die Propagandaarbeit des IO in den Vereinigten Staaten, wo es 1945 in verkürzter Form im *Reader’s Digest* erschien.

¹⁶²⁰ Nichols (1944:187). Auffällig ist, dass er *Qaid-I-Azam* („der große Führer“), wie Jinnah von seinen Anhängern bezeichnet wurde, nicht mit „Heil Hitler“ assoziierte.

¹⁶²¹ Schuster (1942:12).

¹⁶²² *Ibid.*, 16.

¹⁶²³ W. Barton, *India’s Fateful Hour*, London 1942. In seinem Schlusskapitel beschuldigte Barton Gandhi, er hätte die Herrschaft über den INC an sich gerissen, um ihn zu einem Instrument seines Willens zu machen.

uneingeschränkte Herrschaft über den INC und Indien zu sichern.¹⁶²⁴ Trotz aller Kritik an der Person Gandhis: solche Publikationen verdeutlichen, wie sehr sich die Idee etabliert hatte, dass Indien bald den *Dominion*-Status erhalten würde. In den meisten der hier zitierten Schriften spiegelte sich ebenfalls die offizielle Unterstützung der ML. Und während man dem Kongress vorhielt, die Kriegsanstrengungen nicht nur nicht unterstützt, sondern obendrein gefährdet zu haben, wurde die Kooperation der Muslime in der britisch-indischen Armee hervorgehoben: „It must be pointed out that, although the League has not been co-operating officially, its members have been freely helping in the war as individuals.“¹⁶²⁵

So erschien der INC unter Gandhi als Verräter, der seinen Glauben an Großbritannien in der Stunde der Gefahr verloren und sich dem Feind zugewandt hatte. In London sahen weder das Kabinett noch die Presse auf Jinnahs Pakistanfeldzug. Für Amery und Churchill zählten vielmehr die vermeintlichen Gemeinsamkeiten mit der Liga: man wollte keine unmittelbaren Reformen, die einen britischen Kontrollverlust zugunsten des INC bedeutet hätten. Beiden Seiten versprachen sich davon Zeitgewinn. Hinzu kam, dass die konservativ geprägte Regierung in London seit der Entsendung der Cripps-Delegation alles daran setzte, die ML und damit die Muslime in Indien nicht zu verbittern.¹⁶²⁶ Im *Guardian* wurde jedoch Mitte 1944 ein erster versteckter Vorwurf gegen die Gründung eines muslimisch dominierten Pakistan geäußert. Sinn und Durchführbarkeit einer Abspaltung wurden bezweifelt und hinterfragt: „Must we really join in promoting the partition [...]?“¹⁶²⁷

Es sollte noch ein Jahr dauern, bis Wavell das Kabinett und damit auch Churchill dazu überredet hatte, ihm die Genehmigung zu erteilen, einen weiteren Versuch der Annäherung durch die Veranstaltung einer Konferenz zu unternehmen.¹⁶²⁸ Dies gelang ihm nur unter größten Anstrengungen und unter Androhung seines Rücktritts im Jahr 1944. In einem Memorandum an Wavell hatte

¹⁶²⁴ R. Coupland, *Report on the Constitutional Problems in India Submitted to the Warden and Fellows of Nuffield College*, Oxford, London 1943, 291.

¹⁶²⁵ Lady Hartog, *India in Outlook*, Cambridge 1944, 92.

¹⁶²⁶ Barnes & Nichols (1988:786). Bei der Prüfung der Cripps-Direktiven hatte Amery darauf geachtet, der ML den Rücken zu stärken – eine weitere Aktion, die den INC lahmlegen sollte. Ibid., 780.

¹⁶²⁷ *The Guardian*, 19. Mai 1944.

¹⁶²⁸ Wieder einmal behinderte Churchill den Fortgang der Ereignisse. Während Gandhi ein Antwortschreiben auf seine Vorschläge erwartete, explodierte Churchill im Kabinett. Amery hielt das Ereignis in seinem Tagebuch fest: „For a long time Winston objected to any reply being sent to Gandhi on the ground that the Viceroy had no business to correspond with a traitor who ought to be put back in prison“, in: Barnes & Nichols (1988:992).

Sir Francis Mudie, Innenminister und Mitglied des vizeköniglichen Exekutivrates, dass ein weiteres Verharren in der von London propagierten Haltung das gesamte Empire gefährden könne.¹⁶²⁹ Wavell teilte diese Auffassung und versuchte, London davon zu überzeugen, aktive Schritte zu unternehmen. Bis er die sogenannte Simla-Konferenz endlich einberufen konnte, musste er sich jedoch noch Monate gedulden. Sein Ansatz, einen rein indischen vizeköniglichen Exekutivrat zu schaffen, stieß nicht zuletzt beim Vorsitzenden des Indienkomitees, Clement Attlee, auf Widerstand. Aus seiner Sicht fehlte einem solchen Kabinett die demokratische Basis, und er befürchtete, man würde Oligarchen den Weg zur Macht in Indien ebnen. Am Ende siegte eine Kombination aus Pragmatismus, die Vermittlungen von Cripps und Gandhis Entscheidung, einem solchen Exekutivrat unter Vorbehalt zuzustimmen.¹⁶³⁰ Amery dagegen hoffte, mit einer Verzögerung der politischen Reformen Zeit zu gewinnen, um Indien im Empire zu halten:

It is Whitehall domination that India resents most [...]. I would [...] leave the Viceroy and his Executive Council perfectly free to handle the political situation on their own, and gradually hammer out the new constitution. That might take years and meanwhile the idea of breaking away from the Commonwealth would fade out.¹⁶³¹

Das Jahr 1945 markiert jedoch einen entscheidenden Wendepunkt für die Indiendebatte in Großbritannien. Die Kapitulationen Deutschlands und Japans sowie das Ende der Kampfhandlungen bedeuteten, dass der Zeitpunkt gekommen war, die Versprechen, die man Indien gegeben hatte, einzulösen. Die von Wavell anberaumte Konferenz in Simla bedeutete einen signifikanten Einschnitt. Gandhi wurde in der *Times* mit den Worten zitiert: „The proposed [Simla] conference can do much useful work if it is put in its proper political setting.“¹⁶³² Seine Bereitschaft, an den Verhandlungen teilzunehmen und Nutzen in den Treffen zu sehen, führte zu einer Änderung der britischen Sichtweise des Mahatmas. Wenngleich man ihm gegenüber immer noch ein gewisses Misstrauen hegte, erschien er in den Medien nun nicht mehr als alternde Diva, Diktator oder Ähnliches.

Auch der *Daily Herald* begrüßte die Konferenz:

Mr Amery, the Secretary of State, has emerged from his Years of silence. [...] We hope the response will be wholehearted. Mr Amery's long obstinacy, and the senseless prolongation of the imprisonment of the Congress leaders, may very well have

¹⁶²⁹ Notiz von Mudie, 9. September 1944, TOP V, 9.

¹⁶³⁰ Glynn (2007:643ff.); Moore (1983:35ff.); Burke & Quraishi (1995:410ff.); Read & Fisher (1997:353ff.).

¹⁶³¹ Barnes & Nichols (1988:1017).

¹⁶³² *The Times*, 16. Juni 1945.

exasperated our friends in India.¹⁶³³

Es war keine Rede mehr von angeblich unverantwortlich handelnden indischen Politikern. Dafür wurde das IO nun für die Untätigkeit der vergangenen Jahre kritisiert.

Der Zeitpunkt der Simlakonferenz fiel mit der Aufkündigung der Koalitionsregierung, des *National Government*, zusammen. Das Motto der *Labour*-Partei für den Wahlkampf lautete *Let Us Face the Future*, und die Partei versprach weitreichende innenpolitische Reformen.¹⁶³⁴ Während *Labour* Churchills Leistungen anerkannte, verließen sich die Konservativen fast ausschließlich auf die Wirkung seines Namens¹⁶³⁵ oder versuchten, Sozialismus mit Kommunismus und Diktatur gleichzusetzen. Die britische Außenpolitik spielte während des Wahlkampfes kaum eine Rolle. Selbst den Kommunisten fehlte es an Argumenten, den als veraltet empfundenen britischen Imperialismus in den Wahlkampf einzubeziehen. Sie sahen sich vor allem durch *Labour* ins Abseits manövriert.¹⁶³⁶

Churchill hatte jedoch eine kaum verhohlene Warnung an Indien in sein Wahlkampfprogramm aufgenommen. Der *Guardian* versäumte nicht, dies mit Blick auf die Simlakonferenz in einem Leitartikel als unzeitgemäß zu verurteilen:

We may feel that Indians ought to appreciate the honesty of our struggle to set them on their path as a free nation. But can we really expect them to take so much for granted? They may well point to Mr. Churchill's election manifesto, with its ominous reference to 'those friends who stood with us in our hour of peril' and its heavily laboured caution in regard to India's future Constitution.¹⁶³⁷

Der Ausgang der Konferenz würde laut *Guardian*, nicht nur über Indiens Schicksal bestimmen, sondern auch über Großbritanniens Status als Weltmacht.¹⁶³⁸

Die Annahme von Wavells Vorschlag, einen neuen Exekutivrat zu gründen, der allein mit Indern besetzt sein sollte, hätte bedeutet, dass nur noch der Oberbefehl über die britisch-indische Armee in seiner und damit in britischer Hand verblieben wäre. Die Mitglieder des Rates sollten nach Beratungen mit den indischen Parteien

¹⁶³³ *The Daily Herald*, 15. Juni 1945. Die „Years of Silence“ waren eine Anspielung auf Gandhis „Day of Silence“, den er im Gedenken an die Opfer von Amritsar wöchentlich einzuhalten pflegte und an dem er sich nur durch Notizen verständlich machte.

¹⁶³⁴ Über den *Labour*-Wahlkampf von 1945 s. S. Broke, *The Labour Party and the 1945 General Election*, *CR* 9 (1), 1995, 1-21.

¹⁶³⁵ *Labour* griff die allgemeine Bewunderung für Churchill auf, indem sie ein Plakat mit den Worten „Cheer Churchill! Vote Labour!“ herausgab.

¹⁶³⁶ J. Callaghan, *Common Wealth and the Communist Party and the 1945 General Election*, *CR* 9 (1), 1995, S. 68.

¹⁶³⁷ *The Guardian*, 15. Juni 1945.

¹⁶³⁸ *Ibid.*, 15. Juni 1945.

ernannt werden. Jinnah bestand jedoch darauf, dass alle Muslime des neuen Rates von der Liga ausgewählt werden sollten, was den Vorstellungen des Kongresses zuwiderlief, der als Ausdruck seiner interreligiösen Ausrichtung ebenfalls Muslime aufstellen wollte. Jinnahs Weigerung, durch den INC nominierte Muslime im Rat zu akzeptieren und seine Forderung, dass der Rat ohne eine Zweidrittelmehrheit keine Entscheidungen gegen den Willen der Muslime treffen können sollte, führten zum Scheitern der Konferenz.¹⁶³⁹ Wavells bittere Enttäuschung wurde im Kabinett nicht geteilt.¹⁶⁴⁰

Bei der Bekanntgabe des Scheiterns der Simlakonferenz am 16. Juli 1945 wurden in der Presse andere Töne angeschlagen als zwei Jahren zuvor im Zusammenhang mit der Cripps-Delegation. Die *Times* druckte den Text von Wavells Radioansprache ab, in der er die gesamte Verantwortung für das Scheitern der Gespräche auf sich nahm.¹⁶⁴¹ Der Leitartikel relativierte zwar Wavells Schuldbekennnis und sprach ihm Dank für seine Arbeit aus, gleichzeitig hielt man sich mit der Suche nach anderen Verantwortlichen für das Scheitern zurück. Simla führte jedoch dazu, dass sich ein neues Bild von Gandhi und Jinnah in der britischen Debatte herauskristallisierte. Während man in den meisten britischen Medien versuchte, Wavells Schuldbekennnis abzuschwächen – vom *Daily Worker* einmal abgesehen¹⁶⁴² –, sah der *Guardian* die Verantwortung vor allem bei Jinnah.¹⁶⁴³ Die *Times* konnte sich noch nicht dazu entschließen, die ML direkt anzugreifen, äußerte jedoch Verständnis für die Auffassung, die Liga trage einen Großteil der Schuld. Schließlich war es allein die Angst der ML vor der Hindu-Mehrheit, die zum Scheitern der Konferenz geführt hatte.¹⁶⁴⁴ Damit wurde gleichzeitig eingeräumt, dass trotz allen Verständnisses die ML mit ihrer Politik ein Hindernis darstellte. Einen Monat später hieß es, es müsse noch andere Lösungen außer Pakistan geben.¹⁶⁴⁵ Demgegenüber schlug der *Daily Herald* deutlichere Töne an: der Grund für das Fehlschlagen von Simla sei das Beharren der Liga auf ihren Bedingungen gewesen.¹⁶⁴⁶ Auch der *Daily Worker* sprach von einer Verweigerungshaltung seitens der ML, die die britische

¹⁶³⁹ Burke & Quraishi (1995:415).

¹⁶⁴⁰ Glynn (2008:647).

¹⁶⁴¹ *The Times*, 16. Juli 1945.

¹⁶⁴² *The Daily Worker*, 2. August 1945.

¹⁶⁴³ *The Guardian*, 14. Juli 1945.

¹⁶⁴⁴ *The Times*, 16. Juli 1945.

¹⁶⁴⁵ *Ibid.*, 14. August 1945.

¹⁶⁴⁶ *The Daily Herald*, 16. Juli 1945.

Regierung ignorieren müsse, um den Kampf gegen Japan nicht zu gefährden.¹⁶⁴⁷

Mit dem Ende der Simlakonferenz setzte eine neue Phase in der Debatte um Indiens Unabhängigkeit ein. Der *Daily Herald* und der *Guardian* äußerten harte Kritik an Jinnahs Verhalten, und auch die *Times* schwenkte langsam um. Im Rückblick hatte sich die Kritik stets gegen denjenigen gerichtet, von dem man den meisten Schaden erwartete. Zwischen 1939 und 1942 war es der INC, der den Kriegseinsatz, Ruhe und Ordnung und das britische Ansehen gefährdete. 1945 legte Großbritannien dagegen großen Wert auf Indiens Einheit. Jinnah drohte, diese letzte Bastion britischer Herrschaft zu zerstören und damit auch den Kontrollverlust der britischen Kolonialmacht zu offenbaren, die eben diese Einheit für eine ihrer Errungenschaften hielt. Auf sie hatte Großbritannien angeblich jahrhundertlang hingearbeitet, und so kurz vor Einführung der Selbstregierung wollte man sie sich nicht von Jinnah bzw. einer religiösen Minderheit zerstören lassen. Die Meinungsumfragen zeigten, dass der Kurs der Regierung auf große Unterstützung traf. 59% sprachen sich dafür aus, dass Großbritannien in Indien verbleiben sollte, bis sich die indischen Politiker auf eine Verfassung geeinigt hätten, mit der die Einheit des Subkontinents gewahrt werden könnte. Nur knapp ein Viertel der Befragten wollte die Indier sich selbst überlassen.¹⁶⁴⁸ Damit drückte die Mehrheit der Befragten aus, dass sie die Kontrolle über Indiens politische Entwicklung in britischen Händen sehen wollten.

Nach dem Scheitern der Simlakonferenz waren die *Times* und ein Teil der Parlamentsabgeordneten verstärkt darauf bedacht zu betonen, Großbritannien warte ungeduldig auf die Einführung des *Dominion*-Status für Indien. Selbst die Konservativen sahen dies so, blieben jedoch bei der Auffassung, Indien habe selbst Schuld an der Verzögerung.¹⁶⁴⁹ Die *Times* hoffte auf eine weitere Initiative des Vizekönigs.¹⁶⁵⁰ Das Vereinigte Königreich war ihrer Meinung nach in Anbetracht seiner Größe und Bedeutung dazu aufgerufen, sein diplomatisches Geschick unter Beweis zu stellen, indem es die diplomatischen Hürden in Indien überwand und den Subkontinent als *Dominion* im *Commonwealth* hielt. Das britische Ansehen sollte daran gemessen werden, ob dies gelingen würde.

Für die *Labour*-Partei, die seit August 1945 die Regierung stellte, ging es

¹⁶⁴⁷ *The Daily Worker*, 2. August 1945.

¹⁶⁴⁸ Gallup (1976:126).

¹⁶⁴⁹ Der Abgeordnete J. Wardlaw-Milne fasste es in die Worte: „India is not a Dominion, but that is not our fault. We all want her to be a Dominion“, in: HMSO, 402, 28. Juli 1944, 1086.

¹⁶⁵⁰ *The Times*, 16. Juli 1945.

neben der Unabhängigkeit auch darum, mit dem neuen *Dominion* dem *Commonwealth* in der Nachkriegszeit einen geeigneten Neuanstrich zu verpassen.¹⁶⁵¹ Indien würde der britischen Öffentlichkeit und der Welt – vor allem den USA – beweisen, dass Großbritannien es mit seinen Versprechen ernst meinte.¹⁶⁵² Zukünftige emanzipatorische Bewegungen in den Kolonien würden zudem den Erhalt des Empires nicht mehr gefährden, da sie als freie Mitglieder im *Commonwealth* verbleiben und den Fortbestand desselben ebenso wie seine politische Stärke garantieren würden. Das Beispiel Indien sollte den Kolonien die britische Bereitschaft vor Augen führen, den Völkern zum richtigen Zeitpunkt die Selbstregierung zu gewähren. Durch die freiwillige Mitgliedschaft der ehemaligen Kolonien im *Commonwealth* hätte Großbritannien zudem den schlechten Ruf des Imperialismus abschwächen können. Die Krone zeigte damit ihre Bereitschaft, eine neue Ära einzuleiten.¹⁶⁵³ Zusätzlich verschaffte die früher als erwartet erfolgte japanische Kapitulation der neuen *Labour*-Regierung unter Clement Attlee mehr Freiraum, eine mutige Indienpolitik voranzutreiben.¹⁶⁵⁴

Für den *Guardian* stellte die friedliche Übergabe der Regierungsgewalt in indische Hände die größte Herausforderung in der Geschichte des Empires dar:

The future of a stable Indo-British system of security is [...] important to the world [...], and the friendship of a free India will not be gained if we become involved in restoring colonial powers elsewhere.¹⁶⁵⁵

In anderen Kreisen in London war man weniger idealistisch und maß Indiens Wert für das Empire vor allem nach militärischen Gesichtspunkten. Während der neue Außenminister Ernest Bevin davon ausging, Westeuropa wünsche eine britische Führung, war man ähnlich optimistisch in Bezug auf Indiens zukünftiges Verhältnis

¹⁶⁵¹ Brasted & Bridge (1988:96).

¹⁶⁵² Die USA hatten Großbritannien bereits seit 1940 unter Druck gesetzt, die politische Emanzipation Indiens voranzutreiben. Moore (1983:11); M. Venkataramani, *Quit India: the American Response to the 1942 Struggle*, Vikas 1979; K. Jeffreys, *The Labour Party since 1945*, London 1993, 15. Selbst Churchill, dessen Verhältnis zu Präsident Roosevelt eng war, musste die amerikanische Kritik am britischen Imperialismus hinnehmen und war erleichtert, als er die Schuld für das Scheitern der Cripps-Mission von 1942 dem INC in die Schuhe schieben konnte. Clymer (1995, 55-72).

¹⁶⁵³ Attlee stellte sicher, dass er von Anfang an die Indienpolitik leitete. Neben Cripps war er innerhalb der Partei am besten mit dem Thema vertraut. Attlee machte sich de facto selbst zum Staatssekretär, indem er 1945 zunächst Lord Pethick-Lawrence und 1947 Lord Listowel zum Chef des IO kürte. Da die adligen Minister vom Unterhaus ausgeschlossen waren, war gewährleistet, dass der Premierminister die Indiendebatten im Unterhaus selbst leiten würde. Harris (1982:362).

¹⁶⁵⁴ Glynn (2008:650).

¹⁶⁵⁵ *The Guardian*, 5. Dezember 1945. Er bezog sich hier auf den Einsatz britischer und indischer Truppen in Indonesien, wo niederländische Einheiten versuchten, ihr Kolonialreich zurückzuerobern.

zu Großbritannien.¹⁶⁵⁶ Grundvoraussetzung für alle strategischen Planungen in London war zunächst, dass Indien weiterhin abhängig vom Vereinigten Königreich sein würde. Die Pläne des Kabinetts sahen für die Zukunft eine eigenständige militärische Präsenz im Indischen Ozean durch Indien vor. Zunächst aber fasste man die Vorhaben folgendermaßen zusammen:

- (a) India will continue to be dependent upon the United Kingdom for defence, and will follow the United Kingdom's lead on all major issues of foreign policy.
- (b) Indian foreign policy will be conducted chiefly in terms of her dealings with her smaller neighbours and she will probably evolve a more independent, purely Indian policy towards them. [...]
- (d) A self-governing India within the Commonwealth may well wish to take the lead in Asia and to assume a more important role than China.¹⁶⁵⁷

Damit wurde Indien im *Commonwealth* zu einem Juniorpartner in Sachen Asienpolitik. Die Politik gegenüber den kleineren Nachbarn konnte man getrost dem Subkontinent überlassen. Dabei beruhten alle weltpolitischen Pläne der britischen Regierung stets auf der Annahme, Indien würde sich ratsuchend an die Krone wenden und sich von Großbritannien führen lassen. Trotz der Zugeständnisse hätte das Königreich somit keine Einbußen bezüglich seiner Position im weltweiten Mächtekonkordat erlitten. In seiner Neujahrsansprache beschrieb der neue Staatssekretär für Indien, Lord Pethick-Lawrence, die britischen Vorstellungen folgendermaßen: „The new world organisation needs members who are strong and determined in the cause of world peace.“¹⁶⁵⁸ Das *Commonwealth* sollte zu eine neuartigen Weltorganisation werden. Ein von Großbritannien geführter freiwilliger Zusammenschluss von Staaten würde dem angeschlagenen Königreich dazu verhelfen, seine frühere Größe zurückzuerlangen und ein Gegengewicht zu einer von den USA und der UdSSR dominierten UN zu bilden.

Seit Mitte 1945 wurden klassische Argumente des *Round Table* erneut in die Diskussion aufgenommen, die die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft im *Commonwealth* betonten. In den vorangegangenen Monaten hatten die Parlamentsabgeordneten der *Labour*-Partei Stimmung gegen einen überkommenen Imperialismus nach Churchills Art gemacht. Mit Konzepten wie Freiwilligkeit und Gleichwertigkeit der Mitglieder sowie der Absicht, für den Weltfrieden Sorge zu

¹⁶⁵⁶ Far Eastern Civil Planning Unit. Paper Gen. 77/94. British Foreign Policy in the Far East. Note by the Secretaries, 14. Januar 1946, TOP VI, 354.

¹⁶⁵⁷ Ibid.

¹⁶⁵⁸ *The Daily Herald*, 2. Januar 1946.

tragen, stellten sie das Empire auf neue Grundlagen. Der *Daily Herald* schrieb:

Even if India should choose absolute independence, Britain will benefit no less than India. For one of the handicaps from which our country still suffers today is the legacy of imperialism. [...] India was – and is – the test.¹⁶⁵⁹

Wie weiter oben aufgezeigt wurde, war die britische Bevölkerung stetig darauf hingewiesen worden, dass *Britannia* eine zivilisatorische Aufgabe zu erfüllen hatte. Ein Ausstieg kurz vor dem Ziel hätte kaum dem Bild einer Indien verpflichteten Krone entsprochen. Weiterhin wurden die Unabhängigkeitsbestrebungen nicht als Wunsch interpretiert, die Verbindung zwischen Indien und dem Vereinigten Königreich komplett abubrechen. Vielmehr waren nun die nach außen hin sichtbaren Manifestationen des britischen Kolonialismus unerwünscht. Das beinhaltete die Kontrolle durch Westminster, die Tatsache, dass der *Dominion*-Status noch nicht anerkannt worden war und auch die Präsenz des Vizekönigs und der britischen Gouverneure. Die indische Unabhängigkeit würde diese Form von britischer Präsenz abschaffen. Sobald die indische Souveränität nach außen hin für alle sichtbar hergestellt worden sei, würde sich am momentanen Verhältnis gewissermaßen nichts Wesentliches ändern. Großbritannien würde immer noch die Geschichte des Subkontinents auf die eine oder andere Art als politischer Ratgeber leiten und beeinflussen.

¹⁶⁵⁹ Ibid., 19. März 1946.

c. Der zweite Versuch – die Kabinettsmission

Im Jahr 1946 wagte London einen weiteren Versuch, den Reformprozess in Indien voranzutreiben. Wavell war jedoch frustriert, da ihm das Prozedere lediglich wie eine Wiederholung der Cripps-Delegation von 1942 erschien. Staatssekretär Pethick-Lawrence, der *First Lord of the Admiralty* Albert Alexander und Sir Stafford Cripps, der mittlerweile den Posten des *President of the Board of Trade* innehatte, machten sich mit elf weiteren Regierungsbeamten als Kabinettsdelegation auf den Weg nach Indien. Alexander gehörte dem rechten Flügel der *Labour*-Partei an und wurde als Gegengewicht zu Cripps und Pethick-Lawrence eingesetzt, die beide freundschaftliche Beziehungen zu Nehru bzw. Gandhi unterhielten.¹⁶⁶⁰ Attlee betonte anlässlich der Bekanntmachung der neuen Gesandtschaft:

I feel sure that the House will give its support and goodwill to the Ministers and to the Viceroy in these discussions, in which the future of 400 million people and crucial issues both for India and the world will be at stake.¹⁶⁶¹

Die *Times* begrüßte die Entscheidung, noch einmal die britische Expertise für die Bewältigung der konstitutionellen Probleme in Indien bereitzustellen. Entscheidend waren dabei die Sätze:

Mr. Alexander [...] is entitled to represent the general opinion of the Labour Party, and indeed of Parliament, which looks forward unanimously to the achievement of Indian self-government [...]. The object, which has been the object of all British statesmanship in Indian affairs for the last four years past is [...] to assist Indians to find agreement upon a constitutional programme of their own.¹⁶⁶²

Der *Daily Herald* beschrieb die das Vorhaben in einer Überschrift als *Boldest Move yet to Break the Deadlock*. Attlees Ankündigung hätte bewiesen, dass die Lösung des indischen Problems oberste Priorität für die *Labour*-Regierung habe: „The three men have the trust of the British people, whose earnest wish is that India should become self-governing without [...] delay.“¹⁶⁶³ Auch der *Guardian* hielt sich mit Lob nicht zurück. Die Gesandtschaft habe im Gegensatz zur Cripps-Delegation, die nur eine vorläufige Lösung angestrebt hatte, die Aufgabe, das indische Verfassungsproblem ein für allemal zu lösen. Im Unterhaus herrsche eine ermutigende Einheit, da keiner der Hinterbänkler die Richtigkeit der Entscheidung anzweifelte.¹⁶⁶⁴

¹⁶⁶⁰ Glynn (2008:650f.); French (1997:229).

¹⁶⁶¹ HMSO, 419, 19. Februar 1946, 965.

¹⁶⁶² *The Times*, 20. Februar 1946.

¹⁶⁶³ *The Daily Herald*, 20. Februar 1946.

¹⁶⁶⁴ *The Guardian*, 20. Februar 1946.

Damit wurde wieder ein nationaler Wille suggeriert, mit dem das Königreich aktiv eine parteiübergreifende Indienpolitik vorantrieb. Wie groß die Hoffnungen waren, die auf der Kabinettsmission lagen, wurde unter anderem durch den Titel des Wochenschauberichts ausgedrückt. Der Bericht über die Treffen der Kabinettsmitglieder in Indien trug den Titel *Cabinet mission at work for Indian Independence*. Aber es gab auch Befürchtungen, die der Moderator in seinem abschließenden Kommentar mit den Worten zusammenfasste, man frage sich, ob nach den vergangenen Fehlschlägen diesmal staatsmännisches Geschick endlich zum Erfolg führen würde.¹⁶⁶⁵

Während es Wavell gelungen war, das Kabinett und anfänglich auch die Delegation davon zu überzeugen, Pakistan als Möglichkeit in alle weiteren Verhandlungen aufzunehmen,¹⁶⁶⁶ bildeten sich in Indien zwei Fronten. Cripps und Pethick-Lawrence waren einer Meinung mit dem INC, für den die Teilung Indiens nicht in Frage kam, während Alexander und Wavell, für den Pakistan eine durchaus denkbare Lösung war, eine enge Arbeitsbeziehung entwickelten.¹⁶⁶⁷ Bereits im Vorfeld hatte die *Times* der ML mangelnde Unterstützung für die Regierungsvorschläge vorgeworfen und wies zugleich Vorwürfe der Liga zurück, Großbritannien habe sich mit dem Kongress gegen Jinnah verbündet.¹⁶⁶⁸ Der *Guardian* überschrieb einen seiner Artikel mit *Further Welcome from Congress. Moslems Becoming More Insistent About Pakistan*¹⁶⁶⁹ und unterstrich den Kooperationswillen des Kongresses, während die Liga nun unversöhnlich schien. Im *Daily Herald* gab man den Lesern zu verstehen, die Liga plane eine ähnliche Massenbewegung, wie die, die der INC vier Jahre zuvor initiiert hatte, sollte die Kabinettsdelegation nicht auf ihre Forderungen eingehen. Die Überschrift lautete *Pakistan Or We Shall Disobey*, womit auf die vergangenen zivilen Ungehorsamkeitsaktionen des Kongresses angespielt wurde.¹⁶⁷⁰ Im Unterhaus wiederum hatte sich William Cove für *Labour* eindeutig gegen Jinnahs Pakistanidee ausgesprochen.¹⁶⁷¹

¹⁶⁶⁵ *Pahté News*, vermutlich Mai 1946, 2090.10/UN 1457 A, <http://www.britishpathe.com/video/campaign-for-indian-independence-aka-cabinet-missi/query/cabinet+mission>

¹⁶⁶⁶ Wavell an Pethick-Lawrence, 11. März 1946, TOP VI, 152.

¹⁶⁶⁷ Glynn (2008:652).

¹⁶⁶⁸ *The Times*, 25. März 1946.

¹⁶⁶⁹ *The Guardian*, 25. März 1946.

¹⁶⁷⁰ *The Daily Herald*, 15. April 1946.

¹⁶⁷¹ HMSO, 420, 15. März 1946, 1458.

Vor Ort waren die Schwierigkeiten um die Zusammensetzung der Übergangsregierung, des *Interim Government* (IG) das beherrschende Thema. Als deutlich wurde, dass sich die indischen Parteien nicht einigen konnten, wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Wie ein Jahr zuvor in Simla, gab es auch diesmal in der britischen Presse keine eindeutigen Schuldzuweisungen. Es wurde lediglich berichtet, aus welchen Gründen der INC bzw. die ML nicht zu einer Einigung gekommen waren. Der *Guardian* hielt sich nicht lange mit Erklärungsversuchen über das Scheitern der Konferenz auf, sondern ging gleich dazu über, die Mitteilung der Kabinettsdelegation vorzustellen, die eine Lösung vorschlug.¹⁶⁷² Der *Daily Herald* betitelte seine entsprechenden Artikel mit *Attlee Offers full Freedom*¹⁶⁷³ und *Independence is a Magic Word*.¹⁶⁷⁴ Die Erklärung vom 16. Mai 1946 beinhaltete folgende Vorschläge:

1. Unabhängigkeit für ein vereintes Indien
2. Die Provinzen mit einer vornehmlich muslimischen Bevölkerung sollten in zwei Gruppen zusammengeführt werden (Sind, Punjab und *Northwest Frontier* im Westen und Bengalen und Assam im Osten)
3. Die vornehmlich hinduistischen Provinzen in Zentral- und Südindien würden eine weitere Gruppierung bilden
4. Eine Zentralregierung in Delhi würde für Verteidigung, Währung und Außenpolitik zuständig sein, wohingegen andere Angelegenheiten in den Händen der Provinzen liegen sollten¹⁶⁷⁵

Dies kam dem Versuch gleich, die indischen Parteien dazu zu bewegen, eine Teilung des Subkontinents zu verhindern.

Ein unabhängiges Indien, das nicht dem *Commonwealth* angehörte, konnte für *Labour* nur eine Notlösung sein. Die Kabinettsdelegation hatte Premierminister Attlee allerdings zuvor wissen lassen, es würde die Verhandlungen nur unnötig erschweren, wenn man auf der Mitgliedschaft im *Commonwealth* bestünde.¹⁶⁷⁶ Die Direktiven für die Delegation sahen vor, finanzpolitische Themen zu umgehen,¹⁶⁷⁷ und das obwohl

¹⁶⁷² *The Guardian*, 17. Mai 1946.

¹⁶⁷³ *The Daily Herald*, 16. März 1946.

¹⁶⁷⁴ *Ibid.*, 19. März 1946.

¹⁶⁷⁵ Cabinet Mission Plan, 16. Mai 1947, TOP VII, 235-255; W. Akram: Jinnah and Cabinet Mission Plan 1946, (Al-Khair University, Bhimber, ohne Jahr, 6., zugänglich unter https://www.academia.edu/2146058/Jinnah_and_cabinet_Mission_Plan).

¹⁶⁷⁶ Kabinettsdelegation an Attlee, 15. Mai 1946, TOP VII, 291.

¹⁶⁷⁷ Draft Directive to Cabinet Mission, 8. März 1946, TOP, VI, 509.

Indien durch den Krieg neben den USA der Hauptschuldner des Königreichs geworden war.¹⁶⁷⁸ Was die militärischen Arrangements zwischen Indien und Großbritannien anging, hatten Alexander, Cripps und Pethick-Lawrence zunächst dazu geraten, auf eine entsprechende Anfrage der Inder zu warten, anstatt diese Thematik wie selbstverständlich in die Verhandlungen einzubringen. Letztlich kamen sie jedoch nicht umhin, militärstrategische Fragen zu erörtern. Für Wavell war Indiens Mitgliedschaft im *Commonwealth* vor allem aus militärischer Sicht notwendig.¹⁶⁷⁹ Das Militär befürwortete seinerseits ein Indien, das konstitutionell im *Commonwealth* verankert und zumindest moralisch zur Kooperation verpflichtet war.¹⁶⁸⁰

In der Öffentlichkeit wurde dieser Sachverhalt anders dargestellt. Der *Daily Herald* schrieb über die Vorteile, die die britischen Generäle in einem militärischen Abkommen mit Indien sahen: „Britain is virtually interested in the defence of India and is ready to arrange a treaty with the new Government for this purpose as soon as possible.“¹⁶⁸¹ Der Artikel ließ Indien praktisch zum Bittsteller werden, dem London Hilfe gewährte. Dass Indien als militärisches Sicherheitsventil für eine globale *Commonwealth*-Strategie fungieren sollte, tauchte hier nicht auf.

Die ML fasste die Erklärung vom 16. Mai 1946 implizit als Unterstützung für die Pakistan-Lösung auf. Der INC dagegen wollte seine überwältigende Mehrheit im zentralen Exekutivrat nutzen, um die Muslime und die Prinzen zu überstimmen und Indiens nationale Einheit zu erhalten.¹⁶⁸² Bis zum Juni wurde an Kompromissen gefeilt, die letztlich beinhalteten, dass die Provinzen nach den ersten Wahlen zu einer gesetzgebenden Versammlung selbst bestimmen konnten, welcher Gruppe sie beitreten wollten. Daraufhin entschied sich Jinnah für das IG.

Im Juli kehrten Cripps, Pethick-Lawrence und Alexander nach London zurück. Ihre Mission wurde allgemein als Erfolg dargestellt. Während der *Daily Worker* bemängelte, Indien sei immer noch nicht unabhängig, und weder der Kongress noch

¹⁶⁷⁸ B.R. Tomlinson, Indo-British Relations in the Post-Colonial Era: The Sterling Balances Negotiations, 1947-49, *JICH* 13 (3), 1985, 143.

¹⁶⁷⁹ Wavell an Pethick-Lawrence, 13. Juli 1946, TOP VIII, 26. In den Überlegungen spielte das aufkommende Atomzeitalter eine Rolle, das eine Kriegslogistik voraussetzte, die auf Land- und Menschenmassen zurückgreifen konnte, die ähnlich groß wie die der Vereinigten Staaten oder der UdSSR waren.

¹⁶⁸⁰ Hollis an Monteath, 4. Oktober 1946, TOP VIII, 408.

¹⁶⁸¹ *The Daily Herald*, 21. Februar 1946.

¹⁶⁸² M. Abid, From Cabinet Mission Plan to the Statement of 20 February 1947, *JRSP* 26 (2), 1989, 3f; Burke & Quraishi (1995: 438f.); Read & Fisher (1997:390ff.).

die Liga hätten den Vorschlägen vollständig zugestimmt,¹⁶⁸³ hob die *Times* die Langzeiteffekte der Mission hervor:

The achievements of the Cabinet mission are not limited to the promising acceptance of their long-term plan. Their visit has notably changed the political atmosphere and has laid the foundations of a new and cordial relationship with this country.¹⁶⁸⁴

Auch der *Guardian* betonte, die Delegation hätte erheblich dazu beigetragen, in Indien neues Vertrauen in Großbritannien geweckt zu haben.¹⁶⁸⁵ Der Großteil der britischen Zeitungen verzichtete auf direkte Konfrontation mit der ML. Mehr oder weniger subtil hob man die Gemeinsamkeiten zwischen dem Kongress und der britischen Indienpolitik hervor. Das Ergebnis war eine Art Schulterschluss gegen die ML.

Die Zusammensetzung des IG sorgte in Neu-Delhi selbst jedoch für weitere Konflikte. Insgesamt vierzehn Mitglieder sollten dem IG beitreten, fünf INC-Mitglieder, fünf für die ML, ein weiteres INC-Mitglied, das die Kastenlosen repräsentieren sollte sowie zwei weitere Vertreter indischer Minderheiten. Der INC weigerte sich zu akzeptieren, dass er keine Muslime stellen dürfe, was wiederum für Jinnah nicht akzeptabel war. Der Anführer der ML war weiterhin im Glauben, dass nur diejenigen Parteien, die den Vorschlag vom 16. Mai unterstützen, dem IG beitreten würden. Der INC machte jedoch deutlich, dass er nur der Teilnahme an einer verfassungsgebenden Versammlung zugestimmt habe, was letztlich bedeutete, dass er die Erklärung vom 16. Mai selbst für nicht bindend hielt.¹⁶⁸⁶ Jinnah erwog, daraufhin, dem IG fern zu bleiben.

Bereits vor Jinnahs Zögern hatten Teile der Presse in Großbritannien vor allem dem Kongress die politische Mündigkeit zugesprochen. Die *Times* etwa attestierte ihm eine realistische Einschätzung der Lage.¹⁶⁸⁷ Selbst Gandhi wurde nach langer Zeit wieder positiv in der britischen Presse erwähnt. Immer mehr schien er sich aus ihrer Sicht einer konstruktiven Politik zugewandt zu haben. So jedenfalls versuchte es der *Daily Herald* seinen Lesern darzustellen, der *Gandhi Backs British Plan* als Überschrift für seinen Artikel über die indischen Reaktionen auf die Vorschläge der Delegation wählte.¹⁶⁸⁸ Der Leitartikel nahm den INC sogar in Schutz, indem er

¹⁶⁸³ *The Daily Worker*, 29. Juni 1946.

¹⁶⁸⁴ *The Times*, 2. Juli 1946.

¹⁶⁸⁵ *The Guardian*, 1. Juli 1946.

¹⁶⁸⁶ Abid (1989:6); Glynn (2008:654); Burke & Quraishi (1995:446ff.).

¹⁶⁸⁷ *The Times*, 10. Juni 1946.

¹⁶⁸⁸ *The Daily Herald*, 18. Mai 1946.

schrieb, der Kongress könne von der Liga mehr politischen Realismus erwarten.¹⁶⁸⁹
Eine ähnliche Haltung nahm der *Guardian* ein.¹⁶⁹⁰

In der Parlamentsdebatte vom 18. Juli 1946 wurde das Unterhaus ausführlich über den Ausgang der Kabinettsmission unterrichtet. Churchill konnte seine Vorbehalte gegenüber politischen Reformen in Indien nicht verbergen. Er lieferte eine eigene Einschätzung der Ereignisse, die auch die Ergebnisse der Cripps-Delegation einschloss und in der er den Kongress noch einmal beschuldigte, die Kriegsanstrengungen gefährdet zu haben. Der Oppositionsführer sah vor allem die Gefahr eines möglichen Austritts Indiens aus dem Empire. Aus seiner Sicht musste das Empire in der Lage sein, das Austreten eines einzelnen *Dominion* zu verhindern. Sollten mehrere seiner Mitglieder den Wunsch nach absoluter Unabhängigkeit verspüren, sei das ein eindeutiger Hinweis darauf, dass das Ende des Empires nahte. Aber ein einziges *Dominion* durfte dessen Existenz nicht gefährden. Churchill glaubte, man könne einen Gruppenzwang ausüben. Er kritisierte den Ansatz der *Labour*-Regierung, da sie nicht auf eine anfängliche Mitgliedschaft Indiens im *Commonwealth* bestehe und Indien absolute Unabhängigkeit ohne jede Vorbedingung zugestehen wolle.¹⁶⁹¹

Sein Hauptkritikpunkt war, dass *Labour* sich nicht an die Vorschläge der Cripps-Delegation hielt, die eine Einigung der beteiligten indischen Parteien als Voraussetzung für die Wahrung der Einheit Indiens vorgesehen hatte. Außerdem sei die jetzige Regierung weit über frühere Angebote hinausgegangen.¹⁶⁹² Für seine Rede erntete er allerdings harsche Kritik und wenig Beifall. Der *Labour*-Abgeordnete William Cove schätzte Churchill als Ewiggestrigen ein.¹⁶⁹³ Alexander bedauerte, dass Churchills Rede den Eindruck erweckte, man habe Cripps 1942 nur mit Reformvorschlägen nach Indien gesandt, weil die Japaner mit einer Invasion drohten:

I am sure, Members on all sides would not be offering independence and freedom to India today simply because the Indians have done us a great military service from time to time [...]. We offer it to them on the basis of it being our own birthright, a birthright which we desire to see accorded to men and women in all parts of the world.¹⁶⁹⁴

Damit unterstützte er die Idee, das Königreich habe jederzeit aus einer Position der

¹⁶⁸⁹ Ibid., 14. Juni 1946.

¹⁶⁹⁰ *The Guardian*, 29. Juni 1946.

¹⁶⁹¹ HMSO, 425, 18. Juli 1946, 1444.

¹⁶⁹² Ibid., 1419.

¹⁶⁹³ Ibid., 1429: „He [Churchill] is the adolescent imperialist bereft of power.”

¹⁶⁹⁴ Ibid., 1445-47.

Stärke heraus gehandelt. Demokratisierung aufgrund politischen Kalküls und militärischer Notwendigkeit passte nicht in das Konzept, dass Großbritannien sein Juwel stetig und in wohl bemessenen Schritten auf das Leben als unabhängiger Staat vorbereitet hatte.

Ende Juli 1946 informierte Jinnah Vizekönig Wavell über seine Entscheidung, dem IG fern zu bleiben. Wavell berief daraufhin das IG ohne Beteiligung der Liga ein. Damit wurde die vormalige Begünstigung der ML in der britischen Debatte beendet. Mit den neuen Amtsinhabern in der Downing Street wechselte auch die Einstellung der britischen Regierung gegenüber der Liga bzw. dem INC. Das Ende der Kabinettsmission führte der britischen Öffentlichkeit vor Augen, dass die ML erneut ein Hindernis für die Einführung der konstitutionellen Maßnahmen darstellte, die man in London und Delhi anstrebte.

Jinnah sah sich von den Briten nicht unterstützt und glaubte, nun an zwei Fronten kämpfen zu müssen: gegen Großbritannien und den INC.¹⁶⁹⁵ Er war bitter enttäuscht, dass er als Hauptschuldiger für das Scheitern der Mission bezeichnet wurde.¹⁶⁹⁶ Die Liga beschloss daraufhin, Protestaktionen zu starten. Jinnahs *Direct Action Day* vom 16. August 1946 und die daraus resultierenden Unruhen in Kalkutta, die viele Todesopfer forderten, führten dazu, dass das Verhältnis zwischen der Liga und der britischen Kolonialmacht bis zur Unabhängigkeit dauerhaft beschädigt sein würde.¹⁶⁹⁷ Mit dem Aufmacher *Mr. Jinnah Stirs Up The Moslems* machte der *Guardian* den Ligaführer direkt für die Massaker verantwortlich.¹⁶⁹⁸ Die *Times* gab der Hoffnung Ausdruck, Jinnah möge die Gefahr, die von seiner Politik ausging, erkennen.¹⁶⁹⁹ Jinnah verlor in der britischen Presse vollkommen an Rückhalt. Dies war umso erstaunlicher, als Großbritannien während der *Quit India*-Bewegung vier Jahre zuvor auf die Kollaboration der Muslime angewiesen gewesen war, die nicht zuletzt Jinnah ermöglicht hatte, indem er die ML von einer Beteiligung an den Protesten abgehalten hatte.¹⁷⁰⁰

Als am 25. August 1946 die Abgeordneten des Kongresses ohne die ML als Mitglieder des IG eingeschworen wurde, schrieb die *Times*, der INC habe seine

¹⁶⁹⁵ Burke & Quraishi (1995:452).

¹⁶⁹⁶ Moore (1983:154).

¹⁶⁹⁷ Read & Fisher (1997:392ff.); Abid (1989:8).

¹⁶⁹⁸ *The Guardian*, 17. August 1946.

¹⁶⁹⁹ *The Times*, 20. August 1946.

¹⁷⁰⁰ W.M. Louis, *The Imperialism of Decolonization*, *JICH* 22 (3), 1994, 466.

ehemalige „sterile Ablehnung“ der britischen Herrschaft aufgegeben und die Verantwortung übernommen, Indien zu regieren.¹⁷⁰¹ Mit einem Schlag war der Kongress rehabilitiert. Aus den Revoluzzern von gestern waren verantwortungsbewusste Politiker geworden, die in der Lage waren, die Geschicke ihres Landes zu führen. Jinnah, der dem IG fernblieb, wurde geraten, sich ebenfalls dieser politischen Verantwortung zu stellen. Nur so könne er sich und damit die Liga wieder auf das politische Parkett führen. Seine jetzige Haltung sei eine Katastrophe.¹⁷⁰²

Während nun mehr über den Kongress als über Gandhi geschrieben wurde, war es in Bezug auf die Liga und Jinnah umgekehrt. Hier wurde Jinnah als Verantwortlicher isoliert. Damit erlitt er das gleiche Schicksal wie Gandhi einige Jahre zuvor. Um den einen Schuldigen an der prekären Lage in Indien, vor allem an der bedrohten Einheit des Landes, ausmachen zu können, konzentrierte sich die Presse fortan auf den Führer der Liga. Um so erleichterter zeigte sie sich, als sich der Führer der ML im Oktober 1946 schließlich doch dazu durchrang, an der Regierung teilzunehmen.¹⁷⁰³ Der *Daily Herald* sprach davon, dass Jinnahs Entscheidung einen Bürgerkrieg verhindert habe.¹⁷⁰⁴ Vom *Guardian* erhielt er den Rat, Vertrauen in die Arbeit des IG zu haben.¹⁷⁰⁵

Wie notwendig eine zeitnahe Übergabe der Regierung angesichts der prekären britischen Position in Indien war, zeigte sich bald an Lord Wavells dringender Empfehlung, einen militärstrategischen Rückzugsplan zu genehmigen der im Falle eines nicht unwahrscheinlichen Totalverlusts jeglicher Kontrolle umgesetzt werden sollte.

¹⁷⁰¹ *The Times*, 26. August 1946.

¹⁷⁰² *Ibid.*, 20. August 1946.

¹⁷⁰³ Dazu hatte vor allem Wavell beigetragen, dem es gelang, den INC und die Liga mit einer neuen Formel für die Zusammensetzung des IG (INC = 6, ML = 5, dazu ein Vertreter der Sikhs, ein Parse und ein indischer Christ) an einen Tisch zu bringen. Abid (1989:12); Burke & Quraishi (1995:459ff.); Read & Fisher (1997:400f.); Moore (1983:173f.).

¹⁷⁰⁴ *The Daily Herald*, 15. Oktober 1946.

¹⁷⁰⁵ *The Guardian*, 14. Oktober 1946.

d. Endlich in die Unabhängigkeit

Alarmiert durch die Unruhen in Kalkutta, die die Protestaktionen der ML ausgelöst hatten, hatte Wavell immer dringender für den von ihm ausgearbeiteten Evakuierungsplan¹⁷⁰⁶ geworben in der Hoffnung, eine klare Rückzugspolitik Großbritanniens würde den Kongress und die Liga auf Kurs bringen. Auch im Kabinett gewann die Idee immer mehr Befürworter, einen Zeitpunkt für das Ende der britischen Herrschaft in Indien festzulegen. Allerdings gingen Attlee und seine Kollegen von anderen Voraussetzungen als Wavell aus. Großbritannien sollte nicht den Eindruck hinterlassen, als kämpfe es mit dem Rücken zur Wand. Solange das Königreich diese Macht nach außen noch hatte, wollte Attlee sie auch demonstrieren.¹⁷⁰⁷

Die öffentliche Meinung in Großbritannien schien von all dem relativ unberührt zu bleiben. Zwischen 1942 und 1945 hatte es keine Gallupumfragen zu Indien gegeben, was auf die untergeordnete Stellung der Problematik in Großbritannien schließen lässt. Im Februar 1947 empfanden 80% der Befragten innenpolitische Themen als weitaus wichtiger, und nur 1% erwähnte Indien.¹⁷⁰⁸

Im Februar 1947 gab Attlee im Unterhaus bekannt, Großbritannien würde sich spätestens im Juni 1948 aus Indien zurückziehen und – sollten sich die indischen Parteien bis dahin nicht geeinigt haben – selbst entscheiden, wem man die Regierungsgewalt übergebe. Dies war wie ein letztes Aufbäumen der Rechtfertigung der kolonialen Kontrollfunktion. Das Königreich behauptete, die Entscheidung, an wen es die Regierungsgeschäfte übergeben würde, läge fest in seiner Hand, unabhängig von der Meinung in Indien. Gleichzeitig wurde die Ablösung von Wavell durch Lord Mountbatten angekündigt. Der *Daily Worker* interpretierte das als Drohung an Indien und wählte *Attlee Threatens India with Partition* als Überschrift.¹⁷⁰⁹ Der adlige Mountbatten schien dem Blatt jedoch vergleichsweise mehr Kopfzerbrechen zu bereiten als die Möglichkeit eines geteilten Indiens. Daher widmete es der Frage, warum man im 20. Jahrhundert noch einen Angehörigen des

¹⁷⁰⁶ Wavells Plan trug den Namen *Operation Madhouse*. Letztlich stellte er Attlee vor die Alternative, die Armee in Indien mit genügend Personal zu versorgen, um den Subkontinent weitere zehn bis fünfzehn Jahre halten zu können, oder sofort den britischen Abzug vorzubereiten. Moore (1983:184ff.).

¹⁷⁰⁷ P. Clarke, *The Last Thousand Days of the British Empire. Churchill, Roosevelt and the Birth of Pax Americana*, New York 2008, 469f.; Harris (1982:370f.); A. von Tunzelmann, *Indian Summer. The Secret History of the End of Empire*, New York 2007, 140f.

¹⁷⁰⁸ Gallup (1976:148).

¹⁷⁰⁹ *The Daily Worker*, 21. Februar 1947.

Königshauses nach Indien senden musste, mehr Aufmerksamkeit als dem Schicksal des Subkontinents, und reflektierte damit eher über innenpolitische Praktiken als über außenpolitische Entscheidungen.¹⁷¹⁰

Der *Daily Herald* zeigte sich zufrieden mit dem neuen Vizekönig, der durch seine Jugend einen frischen Ansatz versprach. Die Inder würden sich nun an das Zeitlimit gebunden fühlen, um in den ihnen verbleibenden fünfzehn Monaten konstruktive Arbeit zu leisten. Der Leitartikel feierte den Entschluss als Beweis für die Ernsthaftigkeit der britischen Absichten.¹⁷¹¹ Der *Guardian* berichtete, die Bekanntmachung habe geradezu ein Wunder vollbracht, indem sie letzte Zweifel auf indischer Seite ausgeräumt habe.¹⁷¹² Mountbattens Ernennung, der letztlich die Aufgabe eines Reichsverwesers übernahm, wurde zu einer weiteren britischen Initiative stilisiert, die Entschlossenheit und Handlungswillen demonstrieren sollte. Je näher das Ende des *British Raj* rückte, desto mehr musste das Bild aufrechterhalten werden, dass Großbritannien souverän handelte und völlige Kontrolle über die Entwicklungen in Indien besaß. Als enger Verwandter von König Georg VI. war Mountbatten das letzte Aufgebot an britischer Kontrolle und Ansehen, um eine kontrollierte Machtübergabe zu garantieren, bevor der Mutternation der Prozess aus den Händen glitt.

Die *Times* fasste zusammen: das wichtigste sei nun, die Regierungsgewalt so schnell wie möglich zu übergeben. Fortschritt für die Mehrheit der Inder könne nicht um einer Minderheit willen verschoben werden.¹⁷¹³ Damit wurde Attlees Schritt voll unterstützt. Insgesamt wertete die *Times* Attlees Februarstatement als hoffnungsvolles Fundament zukünftiger britisch-indischer Freundschaft.¹⁷¹⁴ Damit manifestierte sich Indiens neuer Status in der Welt. Es sollte nicht nur eine ehemalige Kolonie sein.

Im Unterhaus sorgte augenscheinlich nicht die Bekanntgabe des definitiven Rückzugs für Unruhe, sondern die Tatsache, dass mit Mountbatten ein neuer Vizekönig nach Indien gehen sollte, um diese Politik umzusetzen.¹⁷¹⁵ Es wurde angemahnt, dass dies einen Traditionsbruch darstellte, da Lord Wavells Amtszeit noch

¹⁷¹⁰ Ibid: „They could not, it appears, find anyone in the ranks of Labour so able, so courageous, so suitable, so charming as this brilliant and audacious courtier, descendant of a long line of German Grand Dukes, married to multi-millions and famous for many exploits of war.“

¹⁷¹¹ *The Daily Herald*, 22. Februar 1947.

¹⁷¹² *The Guardian*, 22. Februar 1947.

¹⁷¹³ *The Times*, 22. Februar 1947.

¹⁷¹⁴ Ibid., 6. März 1947.

¹⁷¹⁵ N. Owen, *The Conservative Party and Indian Independence, 1945-1947*, HJ, Vol. 46, No 2, 2003, 419f.

nicht abgelaufen war, der scheinbar weniger hinnehmbar war als die Bekanntgabe des britischen Rückzugs. Im Hintergrund, also unter Ausschluss der Öffentlichkeit, fanden jedoch durchaus intensive Auseinandersetzungen über den Rückzug statt. Die Konservative Partei hatte überlegt, es zu einer Kampfabstimmung kommen zu lassen. Wie Nicholas Owen aufzeigte, kam es im Vorfeld der Debatte zu hitzigen Treffen zwischen der Regierung und der konservativen Opposition, die sich gegen einen Rückzug Großbritanniens auch ohne eine vorherige Einigung der indischen Parteien aussprach.¹⁷¹⁶ Die taktische Entscheidung, auf eine Kampfabstimmung zu verzichten, basierte unter anderem auf Zweifeln, dass eine solche Kampagne nicht durchzuhalten gewesen wäre. Proteste innerhalb der Konservativen Partei gegen diese Entscheidung blieben aus, weil die *diehards* ihre Machtposition seit der Verabschiedung des GIA von 1935 völlig verloren hatten.¹⁷¹⁷ Lediglich zwanzig der 136 Konservativen, die in den 1930ern gegen die Indienpolitik der Regierung gestimmt hatten, waren 1946 noch im Parlament vertreten.

Es ist allerdings schwer zu glauben, dass die Konservativen diese Entscheidung auch im Hinblick auf zukünftige Wahlen getroffen hatten. Owen behauptet, *Labours* Wahlsieg von 1945 hätte unter anderem die schwindende Bedeutung Indiens für die britischen Wähler widerspiegelt.¹⁷¹⁸ Wie oben aufgezeigt wurde, kam es nach der Verabschiedung des GIA von 1935 zu einem drastischen Abfall in der Indienberichterstattung. Außer den *diehards* in den 1930er Jahren hatte niemand Indien je wirklich zum Wahlkampfthema gemacht, und auch 1945 hatten die Parteien außenpolitische Themen außen vorgelassen. Das Ergebnis war, dass die wahren Streitigkeiten zwischen den Parteien vor der Öffentlichkeit verborgen blieben und im Parlament vor allem über den Umgang mit Wavell diskutiert wurde.

Sollte zu Beginn des Prozesses die Möglichkeit der Einbindung Indiens in das *Commonwealth* die Wucht der Veränderung in den britisch-indischen Beziehungen auffangen, so bemühte man sich nun um ein freundschaftliches Verhältnis, um den eventuellen Verlust Indiens für das britische *Commonwealth* auszugleichen. Attlees Februaransprache versprach, die Zugehörigkeit zum *Commonwealth* würde für Frieden und Sicherheit sorgen.¹⁷¹⁹ Der Premierminister behauptete, Großbritannien

¹⁷¹⁶ Ibid.

¹⁷¹⁷ Ibid., 422.

¹⁷¹⁸ Ibid., 406.

¹⁷¹⁹ HMSO, 433, 20. Februar 1947, 1395.

und sein Empire seien immer noch in der Lage, für den Erhalt des Weltfriedens einzutreten. Dies setzte ein *Commonwealth* voraus, das dem Königreich die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellte ebenso wie eine Wirtschaftsordnung, die den Niedergang der britischen Inseln auffangen konnte. Genau das fehlte jedoch 1947. Dies wusste auch die Regierung, und so fanden die ersten Memoranden ihren Weg in das Indienkomitee des Kabinetts, die sich mit der Möglichkeit auseinandersetzten, dass Indien den Austritt aus dem *Commonwealth* vorziehen könnte. Um dies zu verhindern, wurden sogar Pläne erarbeitet, um Indien eventuell auch als eigenständige Republik im *Commonwealth* zu halten.¹⁷²⁰

Die folgende Unterhausdebatte im März 1947 führte erneut zu heftigster Kritik seitens der konservativen Opposition, die bemängelte, es sei zu wenig Zeit, um eine Verfassung auszuarbeiten, die Indien vor dem Chaos bewahren würde und darüber hinaus die Minderheiten zu schützen und die Versprechen gegenüber den Prinzen zu erfüllen.¹⁷²¹ Der Kommentar der *Times* führte an, dass sowohl die Konservativen als auch die *Labour*-Regierung starke Argumente hätten und erst die Zukunft zeigen werde, wer Recht behalte. Der Artikel schloss resignierend:

[...] it [the time limit] does in fact bind Britain to transfer power at a time calculated not so much by consideration of India's welfare as by Britain's own resources and convenience.¹⁷²²

Bis dahin hatte es keine öffentlichen Zweifel an Großbritanniens Fähigkeit gegeben, den angestrebten Prozess zu kontrollieren. Auch wenn weder Premierminister Attlee, noch die Opposition oder auch das GOI und das IO es zugeben wollten: Lord Wavells Krisenszenario fußte auf einem klassischen militärischen Rückzugsgefecht angesichts der Gewissheit, dass der Kolonialmacht mit den bisherigen Mitteln die Kontrolle über Indien, den Übergabeprozess und damit das Ende seiner jahrhundertelangen Herrschaft in Indien verloren ging. Die *Times* sprach dies nun mehr oder weniger offen aus. Aber es gab kein Dementi. Scheinbar war dieser Sachverhalt oder Indiens Unabhängigkeit an sich nicht wichtig genug.

Im Laufe der Verhandlungen in Indien wurde deutlich, dass die territoriale Einheit nicht mehr zu halten war. Mountbatten sicherte sich die Zustimmungen des Kongresses und der Liga für den Plan vom 3. Juni 1947, der folgende Teile beinhaltete:

¹⁷²⁰ TOP X, 338.

¹⁷²¹ *The Times*, 6. März 1947.

¹⁷²² *Ibid.*

1. Großbritannien erkennt das Prinzip der Teilung Indiens an
2. Die beiden neuen Staaten (Indien und Pakistan) erhalten *Dominion*-Status
3. Implizit haben beide *Dominions* das Recht, aus dem *Commonwealth* auszutreten

Der Vizekönig gab auf einer gemeinsamen Pressekonferenz bekannt, dass der 15. August 1947 der Stichtag sein und sich bis dahin eine unabhängige Kommission um die Grenzziehung bemühen würde. Im Unterhaus wurde die Zustimmung der Inder für den Plan mit Erleichterung aufgefasst. Attlee telegrafierte Mountbatten, Churchills Reaktion im Unterhaus, sei nützlich gewesen,¹⁷²³ und die *Times* lobte, er habe sich gebührend zurückgehalten.¹⁷²⁴

Ausgerechnet den letzten Unterhausdebatten im Juli 1947, die zur Verabschiedung der indischen Verfassung führten, musste Churchill aufgrund einer Krankheit fernbleiben.¹⁷²⁵ Die Debatten wurden zu einem sentimental Abgesang auf die indisch-britischen Beziehungen der vergangenen 350 Jahre und zu einer hoffnungsvollen Vorausschau in die Zukunft des *Commonwealth* mit Indien als freiem und gleichwertigem Mitglied. Attlee eröffnete die erste sechsstündige Debatte mit den Worten:

This Bill brings to an end one chapter in the long connection between Britain and India, but it opens another. [...] The history of our connection in India begins with the story of the East India Company, [...] and the extension of British power, partly by conquest but still more by voluntary cession of authority to the British [...]. It is very rare for a people that have long enjoyed power over another nation to surrender it voluntarily.¹⁷²⁶

Im Laufe dieser gemeinsamen Geschichte habe sich der ICS seinen Pflichten gegenüber Indien gestellt. Spätere Zeiten hätten in Großbritannien den Willen erzeugt, Indien in staatspolitischen Affären so lange zu lenken, bis das Land in der Lage sein würde, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Die Teilung Indiens war für Attlee zwar ein Rückschlag für die Bemühungen der britischen Regierung, aber selbst hier zeigte aus seiner Sicht noch die Stärke des *Commonwealth*:

The British Commonwealth of Nations survives today, and has survived through the

¹⁷²³ Attlee an Mountbatten, 3. Juni 1947, TOP XI, 56.

¹⁷²⁴ *The Times*, 4. Juni 1947.

¹⁷²⁵ Churchill hatte Attlee am 1. Juli 1947 wissen lassen, dass er gegen die Bezeichnung *Indian Independence Bill* sei. Sie stünden im Widerspruch zu den gemachten Vorschlägen, die seiner Meinung nach einen *Dominion*-Status beinhalteten. TOP XI, 445.

¹⁷²⁶ HMSO, 439, 10. Juli 1947, 2442.

strain of two great wars, precisely because it is not static, but is constantly developing, and because it has throughout the years steadily changed from an Empire, in which the power of control rested with Britain to a partnership of free peoples inspired by common ideals and united in common interest.¹⁷²⁷

Wie auch immer, das Königreich ging als (moralischer) Sieger hervor.

Der Mantel der Geschichte wehte auch über den Reden der Opposition, für die Harold Macmillan zunächst das Wort ergriff. Die 350 Jahre britisch-indischer Beziehungen hätten zu einem einmaligen Austausch geführt: „Never, in the long course of history, has an alien nation given so much of its best.“¹⁷²⁸ MacMillan missbilligte im Folgenden den Titel des Gesetzesentwurfs, denn *India Independence Bill* lasse jegliche Verbindung zum *Commonwealth* vermissen. Zwar seien innerhalb des *Commonwealth* alle Nationen unabhängig, aber gleichzeitig doch aufs Engste miteinander verbunden. Der Begriff „Unabhängigkeit“ ließ für ihn die Betonung der „mystischen“ Verbindung außer Acht.¹⁷²⁹

Am Ende seiner Rede vertrat er die Meinung, die langanhaltenden Bande zwischen Indien und der Krone würden zu einer natürlichen, fruchtbaren und stets enger werdenden Beziehung im Rahmen des *Commonwealth* führen. Bis zuletzt wurde das Bild britischer Stärke und Souveränität aufrechterhalten. 350 Jahre britischer Aufbauarbeit in Form von Bildung und Erziehung gipfelten endlich in Indiens Unabhängigkeit. Andere hoben hervor, dass mit Indien die erste nicht-weiße Nation in die *Commonwealth*-Gemeinschaft aufgenommen wurde.¹⁷³⁰

Die Abgeordneten stellten die indische Unabhängigkeit als eine rein britische Errungenschaft dar. Indiens historische Entwicklung von einer Handelskolonie zu einer freien und unabhängigen Demokratie, der Großbritannien die Mitgliedschaft im *Commonwealth* anbot, wurde zur Legitimation für das gesamte Empire und die britische Herrschaft in Indien.¹⁷³¹ Indiens Fortschritt war aus Sicht der Parlamentarier das Ergebnis einer kontinuierlichen, vom Vereinigten Königreich ausgehenden Politik, die gleichzeitig die Weichen für zukünftige Verfahrensweisen im *Commonwealth* stellte:

Whatever we may say now, it may well form a precedent in subsequent years when we come to do the same generous, unselfish act to other peoples whose interests we now look

¹⁷²⁷ Ibid., 2462.

¹⁷²⁸ Ibid., 2464.

¹⁷²⁹ Ibid.

¹⁷³⁰ Ibid., 2498.

¹⁷³¹ Ibid., 2500-01.

after.¹⁷³²

Die letzte Gesetzgebung für die indische Kolonie wurde ohne Gegenstimme verabschiedet. Der *Daily Herald* bezeichnete den 15. August 1947 als „most significant [day] in modern history“, der jedoch in den Wirren der Gegenwart zu wenig Beachtung finde. Der Leitartikel, der einen kurzen historischen Abriss lieferte, trug den Titel *An Accidental Empire Ends: Two Dominions are born*.¹⁷³³ Die Überschrift im *Guardian* lautete *Farewell and Hail*.¹⁷³⁴ Damit wurden zum Abschluss erneut alle ideologischen Rechtfertigungen für die Präsenz des Vereinigten Königreichs in Indien aufgeföhren. In der Abschiedsstimmung übergang man frühere Verzögerungstaktiken und die indische Sicht der Dinge. Im gebeutelten Nachkriegs Großbritannien wurde die Aufgabe des Juwels der Krone zu einem Akt der Erfüllung, der aus einer Position politischer und moralischer Stärke heraus erging.

In den ausgewerteten Quellen gibt es keine Hinweise, die auf ein ähnlich drastisches Eingreifen der Regierung in die Berichterstattung hinweisen, wie es zwischen 1928 und 1935 oder 1942 - 1945 der Fall gewesen war.¹⁷³⁵ Vermutlich konnte man auf bereits vorhandenen Strukturen aufbauen. Die *Labour*-Propaganda insgesamt zielte auf eine Verbreitung der neuen innenpolitischen Ideale. Ein weiteres Argument, das gegen eine massive Einflussnahme auf die Medien spricht, liefern die öffentlichen Umfragen und auch die Einschätzungen der Zeitungen. Die Bemerkung im *Daily Herald* vom 15. August 1947, der historisch bedeutsame Tag genieße kaum die Aufmerksamkeit, die ihm zustehe, und die Gallup-Umfrage vom Januar 1947, die auf eine ähnliche Indifferenz bezüglich Indiens in der britischen Bevölkerung schließen lässt, verdeutlichen, dass sich die offiziellen Kreise nicht um die Meinungsbildung zu Indien zu bemühen brauchten. Während Großbritannien in Indien auf einen Abgrund zusteuerte, waren die meisten Menschen auf der Insel damit beschäftigt, um ihr tägliches Überleben zu kämpfen. Die Regierung war weitaus mehr

¹⁷³² Ibid., 2510.

¹⁷³³ *The Daily Herald*, 15. August 1947.

¹⁷³⁴ *The Guardian*, 15. August 1947.

¹⁷³⁵ Das Außenministerium hatte seit 1945 versucht, die Oberhand über das Informationsministerium zu erhalten, was deutlich macht, wie weit man Propaganda und Außenpolitik verknüpfen wollte. Dennoch spielte das für Indien kaum eine Rolle, da Informationen über die britische Innenpolitik in Großbritannien selbst und auch in den USA Vorrang hatten. Dazu M. Dockrill (ed.), *British Foreign Policy 1945-1956*, Hampshire 1989, 12f. Dass der neue Schwerpunkt der Berichterstattung auf der Innenpolitik lag, zeigte sich auch in den Maßnahmen der Regierung, die für US-Journalisten einen besonderen Zugang zum Schatzkanzler einrichtete. S. Astey, *British Foreign Policy. A Guide to Research and Research Materials*, Wilmington 1984, 423.

um Versorgungsengpässe besorgt, denn sie befürchtete große Hungersnöte in Europa, die auf das Königreich übergreifen könnten.¹⁷³⁶

Ein Bereich, der in diesem Kapitel noch nicht diskutiert wurde, sind die wirtschaftlichen Folgen der indischen Unabhängigkeit für Großbritannien im Spiegel der Debatte. Dass diese Frage gewissermaßen als Anhang an dieses Kapitel behandelt wird, kommt nicht von ungefähr. Obwohl die Öffentlichkeitsarbeit der *Labour*-Partei nach 1945 und vor allem im Jahr 1947 auf die wirtschaftlichen Probleme Großbritanniens abzielte,¹⁷³⁷ blieb eine Debatte über die wirtschaftlichen Aspekte der indischen Unabhängigkeit praktisch aus. Dies basierte nicht nur auf einer bewussten Entscheidung, dass solche Fragen nicht in die letzte Verhandlungsphase einfließen und erst nach der indischen Unabhängigkeit besprochen werden sollten.¹⁷³⁸ Offensichtlich sahen weder London noch Neu-Delhi ihre Handelsbeziehungen als so gefährdet an, dass das Thema unmittelbar seinen Weg in die Verhandlungen hätte finden müssen.¹⁷³⁹

Diesbezüglich wurde ein eher vorsichtiger Optimismus verbreitet. Nach der Bekanntgabe des Planes vom 3. Juni versuchte etwa der *Daily Herald*, eine rosige wirtschaftliche Zukunft für Indien und das *Commonwealth* vorauszusagen:

In the sphere of trade we will gain. In the absence of political hostility the fund of goodwill for Britain, always present in India and particularly so today, will bear good fruits. We are sure to benefit from the enormous industrial expansion that will take place in India, once tranquillity has come to that riotstricken land.¹⁷⁴⁰

Die zeitgenössischen Publikationen reflektierten kaum die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Coupland war einer der wenigen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzten. Obwohl das IO seine Forschungen bezüglich der konstitutionellen Problematik unterstützte, ließ es den Professor jedoch bewusst über die wirtschaftlichen Aspekte im Dunkeln. Während das Kabinett bereits 1942 um das negative *Sterling Balances*-Verhältnis mit Indien wusste, ging Coupland noch von der Annahme aus, dass die indischen Schulden an die neue indische Regierung übergehen würden.¹⁷⁴¹ Die wahren Verhältnisse wurden vor der Öffentlichkeit geheim gehalten.

¹⁷³⁶ Harris (1983:332f).

¹⁷³⁷ S.W. Crofts, The Attlee Government's Economic Information Propaganda, *JCH* 21 (3), 1986, 453-71.

¹⁷³⁸ TOP, VI, 509.

¹⁷³⁹ Tomlinson (1985:143). Cain & Hopkins betonen, man dürfe die konstitutionellen Reformen in Indien nicht unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Zwangslage des Königreiches betrachten (1993:198). Entwurf der Direktiven an die Kabinettsdelegation, 8. März 1946, TOP VI, 509.

¹⁷⁴⁰ *The Daily Herald*, 6. Juni 1947.

¹⁷⁴¹ Coupland (1943:3rd part: 167).

Die Knappheit des vorgefundenen Materials in der hier untersuchten Presse lässt darauf schließen, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Indien zumindest für die Debatte um Indiens Unabhängigkeit keine große Rolle spielten. Vermutlich war dabei hilfreich, dass die britische Industrie der indischen Unabhängigkeit gelassen entgegensah.¹⁷⁴² Dies war ohnehin schon seit den 1930er Jahren der Fall, abgesehen von der Baumwollindustrie in Lancashire. Aber auch hier darf nicht übersehen werden, dass die MCC gespalten war und dass die CTL, die mit der IDL kooperierte, nur eine Abspaltung der mächtigen Lancashire Lobbygruppe war. Selbst im Parlament waren die *diehards* vor allem durch Abgeordnete aus südenglischen Wahlkreisen vertreten und eben nicht aus Lancashire. Der Glaube an ein ungehindertes Fortdauern britisch-indischen Handelsbeziehungen trotz aller politischen Reformen war seit 1935 fest verankert.¹⁷⁴³

¹⁷⁴² Das wird durch Attlees Aussage bestätigt. Niemand schien auf wirtschaftlichen Garantien bestehen zu wollen. Cain meint dazu: „Despite its [India’s] importance, the manufacturing lobby in Britain never came to direct policy towards India [...]” (1993:198).

¹⁷⁴³ *Listener*, Vol. XIII, Januar – Juni 1935.

Zwischenbilanz

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erforderte von Großbritannien eine Neuorientierung in seiner Rolle als Kolonialmacht. Während man sich in Europa als Verfechter der Freiheit stark machte, versuchte man in Indien, die Kontrolle aufrecht zu erhalten. Diese beiden Rollen kollidierten vor allem nach der Unterzeichnung der Atlantik-Charter. Der INC und seine Sympathisanten im Königreich konnten daraus Kapital schlagen und forderten, diesen Kampf für Freiheit auf Indien auszuweiten.

Das Angebot, mit dem Cripps nach Indien reiste, stellte eine Transformation des Diskurses dar. Das Königreich legte sich auf einen konkreten Zeitpunkt für die Übergabe der Regierungsverantwortung fest. Implizit war damit Indiens Fähigkeit zur Selbstregierung ohne britische Aufsicht endlich anerkannt. Dies war unter anderem möglich, weil der indische Nationalismus seit den frühen 1940er Jahren auch von wichtigen Diskursteilnehmern als Großbritanniens größte Errungenschaft definiert und akzeptiert wurde. Zuvor war es noch der Aufbau der indischen Wirtschaft gewesen, die Verbesserung der Bildung und der Infrastruktur. All dies trat nun in den Hintergrund. Der indische Nationalismus war keine Bedrohung mehr, sondern eine britische Errungenschaft in Erfüllung seines kolonialen Auftrags in Indien.

Mit dem Näherrücken der indischen Unabhängigkeit wurden im Königreich Bewältigungsmechanismen entwickelt, die darauf hinausliefen, eine indirekte Kontrolle über Indien als annehmbaren Ersatz für den Verlust der direkten Kontrolle zu etablieren. Dies wurde dadurch erleichtert, dass im Kontext des *Round Table* bereits einige Jahre zuvor Begriffe wie organisches Wachstum und die freiwillige Zugehörigkeit zum *Commonwealth* in den Diskurs eingeflossen waren, die nun wieder aufgenommen werden konnten. Weiterhin half die Annahme, dass man annahm, die Rolle der Mutternation würde sich nach einem Machttransfer nicht wesentlich ändern. Hatte das Königreich seinen indischen Zögling in den letzten Jahrhunderten auf die Übernahme der vollen Regierungsverantwortung vorbereitet, würde es nun mit Rat und Tat der neuen indischen Nation zur Seite stehen und sie lenken können – in eine Richtung, die Großbritannien strategisch stärken würde.

Auch wenn Großbritannien seine direkte Kontrolle über Indien aufgab, so war die Kolonialmacht durchaus darauf bedacht, die Kontrolle über den Übergabeprozess zu behalten mit der Aussicht, angesichts der sich entwickelnden geopolitischen Nachkriegswirklichkeit, weiterhin indirekte Kontrolle über die ehemalige Kolonie ausüben zu können. Das Ziel des Königreichs, seine Kolonie an einen Nachfolger zu

überreichen, ließ nur eine enge Kooperation mit dem INC zu. Er genoss den meisten Rückhalt in Indien und war wie die britische Regierung gegen eine Teilung. Auch verhielt er sich nun als verantwortungsbewusste Kraft, im Gegenteil zu Jinnah, der es mit Boykott und Protesten als undankbarer noch-Untertan der Mutternation erschwerte, ihre Rolle zu erfüllen. Diese bestand nun darin, Indien als Ganzes in einem reibungslosen Ablauf an eine neue Regierung zu übergeben in der Hoffnung, den neuen unabhängigen Staat auf Dauer als Juniorpartner an sich zu binden.

V: Zusammenfassung

Die britische Debatte über Indiens Unabhängigkeit sollte in dieser Arbeit anhand von drei Thesen untersucht werden:

1. Die Debatte fand im Rahmen wachsender Unsicherheit und Selbstzweifel über den Sinn und Zweck der britischen Mission in Indien statt und beschränkte sich auf eine zahlenmäßig relativ kleine Elite, deren Selbstverständnis es war, für Indiens Wohlergehen zu agieren.
2. Die Debatte war eingebettet in eine Diskussion um britische Werte und politisches Selbstverständnis.
3. Die Einbindung einer breiteren britischen Öffentlichkeit in die Debatte wäre ohne deren Einbeziehung in die britische Parteipolitik zu anderen Themen nicht — oder nur schwer — möglich gewesen.

Der langsame britische Abzug aus Indien begann 1912 und wurde durch zwei Ereignisse ausgelöst: der damalige Unterstaatssekretär für Indien, Edwin Montagu, veranlasste das Königreich, ein Ziel für seine Herrschaft in Indien zu definieren. Zuvor hatte Vizekönig Hardinge konstitutionelle Reformen auf Provinzebene in Aussicht gestellt, nachdem das GOI seinen Umzug in die neue Machtzentrale in Neu-Delhi bekannt gegeben hatte. In der öffentlichen Debatte musste in der Folge der Übergang von einer Reformpolitik, die einen Machttransfer in ferner Zukunft vorsah, bis hin zur Cripps-Delegation von 1942, während der sich eine durch den Zweiten Weltkrieg erschöpfte Nation verpflichtete, Indien nach dem Krieg den Status eines *Dominion* zuzubilligen, bewältigt werden.

Großbritannien führte die Debatte über Indiens Unabhängigkeit vor dem Hintergrund wachsender Zweifel — nicht nur an seiner Rolle als Kolonialmacht, sondern als eine Reflexion über die eigene demokratische Staatsform angesichts des Aufstiegs des europäischen Faschismus, der Dekolonisierungsbestrebungen und der Weltwirtschaftskrise. Indien wurde zum Testfall, an dem sich die englische Demokratie bewähren musste. Großbritannien nahm aus dieser Sicht die Herausforderung an und initiierte einen Reformprozess in Indien, der Elemente der britischen Verfassung im *British Raj* einführen sollte. Die Umwandlung des Empires in ein *Commonwealth* bewies weiterhin die Anpassungsfähigkeit des Königreichs an die Erfordernisse der Nachkriegswelt von 1945. Dies wiederum legitimierte den

Führungsanspruch der Eliten in Großbritannien selbst, aber natürlich auch als Herrscher und später Schiedsrichter über Indiens politische Emanzipation. Über diese Eliten hinaus wurde Indien für eine breitere Öffentlichkeit nur relevant, wenn die Debatte auch andere für die britische Parteipolitik relevante Themen berührte oder wenn Befürchtungen über eventuelle Konsequenzen einer Nichterfüllung seiner Rolle als Kolonie für die britische Bevölkerung geäußert wurden.

Zwischen 1909 und 1947 durchlief der britische Diskurs über Indiens Unabhängigkeit drei kritische Transformationen. Die erste Transformation fand vor dem Hintergrund der Neudefinition des britischen Herrschaftsanspruchs in Indien statt. Der GIA von 1909 wurde noch als Mittel zur Optimierung der britischen Kontrolle über Indien gerechtfertigt. Dem Unbehagen an Sir Bampfylde Fullers Repressalien gegen die Anführer von Protesten gegen die Teilung Bengalens folgten Zweifel am ICS als maßgebliche Autorität über Indien, sowie das Staunen über Indiens Loyalitätsbekundung während des Krönungsdarbar und des Ersten Weltkrieges. Zusammen mit dem Amritsar-Massaker ging von diesen Ereignissen ein Umdenken darüber aus, wie das Königreich seine Kontrollfunktion in Indien in der Zukunft ausüben würde. Die Debatten um Fullers und General Dyers Fehlverhalten wurden vor dem Hintergrund der britischen Identität geführt, in dem man versuchte, sich gegen das Andere in Form von russischem Despotismus oder auch preußischer bzw. deutscher Tyrannei abzugrenzen. Britische Kolonialherrschaft in Indien musste anders ausgeübt werden.

Der zweiten Transformation ging eine Debatte über die Dauer der britischen Kontrolle über Indien voraus. Beginnend mit dem Jahr 1912 wurden Forderungen nach einer Formulierung der konkreten Zielsetzung der britischen Herrschaft in Indien laut, die implizit die Frage nach einem Zeitrahmen für die Übergabe der Regierungsgewalt beinhaltete. Bis in die 1920er Jahre dachten führende Diskursteilnehmer wie Staatssekretär Birkenhead in diesem Zusammenhang noch in Jahrhunderten, während es in der Realität nur noch weniger als zwanzig Jahre bis zu den entscheidenden Zugeständnissen während der Cripps-Delegation von 1942 dauern sollte.

Die dritte Transformation erfolgte durch die Debatte über die Regierungsfähigkeit der Inder. Beginnend mit dem GIA von 1909, so unerheblich diese Reform letztlich war, wurden diejenigen Lügen gestraft, die diese Regierungsfähigkeit aufgrund der angeblichen indischen Charakterschwäche oder

Unfähigkeit zur Verwaltung ihrer jeweiligen Aufgabenbereiche anzweifeln. Indische Akteure hielten immer mehr Posten innerhalb des ICS und auch Regierungsressorts, was in den Maßnahmen des GIA von 1935 gipfelte. Zweifel an der Sinnhaftigkeit der britischen Mission in Indien wurden stärker seit den 1930er Jahren durch die Erkenntnis, dass indische Beamte in der Tat regierungsfähig waren. Die Transformation war letztlich ein Ausdruck davon, dass sich der Diskurs in Großbritannien der Realität in Indien anpasste. Dies geschah vor allem durch die Anerkennung der Arbeit indischer Kolonialbeamter, wie zum Beispiel während der *Quit India*-Aktionen des INC. Solche Ereignisse halfen der Kolonialmacht, den Machttransfer als Vollendung ihrer Mission zu präsentieren. Eine solche Darstellung sollte auch verschleiern, dass Großbritannien gar nicht mehr in der Lage war, Indien zu regieren. Schließlich war das *British Raj* von 1947 noch immer von denselben religiösen Konflikten geplagt, die die Kolonialmacht immer wieder als einen Grund und eine Berechtigung für seinen Verbleib angeführt hatte.

Der diesen Transformationen zugrundeliegende britische Diskurs über Indiens Unabhängigkeit war vor allem von dem Bemühen um die britische Kontrolle über seine Kolonie bestimmt. Diese Kontrolle erstreckte sich während des hier untersuchten Zeitraums auf folgende Bereiche: die Diskursteilnehmer, den Reformprozess, den Zeitplan und nicht zuletzt das Narrativ. Am Ende gelang es den Eliten im Königreich nur, die Kontrolle über das Narrativ zu wahren. Dies war jedoch von immenser Bedeutung, weil es ermöglichte, innerhalb des Königreichs das Bild der wohlwollenden Mutternation aufrechtzuerhalten. Damit wurde Indiens Unabhängigkeit zur Erfüllung von Macaulays Traum vom stolzesten Tag der britischen Herrschaft in Indien – obwohl der Mutternation die effektive Kontrolle über ihr *British Raj* bereits lange vor 1947 tatsächlich entglitten war.

Die Kontrolle über das Personal

Die Kontrolle über die Diskursteilnehmer zielte darauf ab, die Kontrolle über das Narrativ zu sichern. Die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen beinhalteten etwa die Pressekampagnen gegen Keir Hardie im Jahr 1907, die Ausgrenzung indischer Nationalisten von der Debatte um den GIA von 1909, die Einreiseverbote für indische Politiker nach Großbritannien, wie die im Fall der *Home Rule League-Delegation* von 1918, oder auch die Deportation des Redakteurs des *Bombay*

Chronicle, B.G. Horniman, von Indien nach England nach dem Amritsar-Massaker von 1919. Dazu zählten ebenfalls die Inhaftierungen prominenter INC-Mitglieder oder die Weigerung Vizekönig Willingdons im Jahr 1931, Gandhi zu Gesprächen zu empfangen. Dem lag als Rechtfertigung zugrunde, dass die von diesen Schritten betroffenen Diskursteilnehmer ihre Rollen nicht erfüllten. Booker zufolge war das für die Inder die Rolle als dankbare Untertanen.¹⁷⁴⁴ Keir Hardie und B.G. Horniman waren dagegen gewissermaßen Nestbeschmutzer, die die britische Kolonialmacht in der Ausübung ihrer Kontrollfunktion kritisierten.

Verschiedene Instanzen unternahmen Schritte, auch das Personal des Diskurses in Großbritannien zu kontrollieren. *Labours* erfolgreiche Strategie, sich nach ihrem Regierungsantritt von 1924 in die britische Konsensgemeinde über Indien zu integrieren, basierte auf Ramsay MacDonalds Entscheidung, das IO mit keinem der prominenten parteiinternen Reformbefürworter oder Indienexperten zu besetzen. Aus anderen politischen Gründen übten auch die Konservativen Kontrolle über das Personal des Diskurses aus. So sollte die Besetzung der Simon-Kommission gewährleisten, dass sie für einen nationalen britischen Konsens über Indien stand. Deswegen stellte Staatssekretär Birkenhead 1927 auch sicher, dass die Kommission keine indischen Mitglieder haben würde. Durch seine Ambivalenz in der Frage des *Dominion*-Status wurde der Kommissionsvorsitzende Sir John Simon 1930 ironischerweise selbst Opfer dieser Personalkontrolle, als der *Labour*-Staatssekretär Wedgwood Benn (Nachfolger des konservativen Birkenhead) gegen ihn als Teilnehmer der *Round Table Conference* intrigierte. Während der 1930er und 1940er Jahre zeigte sich der Einfluss des IO auf die BBC in der aktiven Auswahl der Teilnehmer an Radiosendungen zu Indien, vor allem der Diskussionsrunde um die Ergebnisse der Cripps-Delegation. Die Kooperation verlief so erfolgreich, dass Staatssekretär Amery dem Sender schriftlich seinen Dank zukommen ließ.

Die Kontrolle über die Autoritäten im Diskurs

Wer die Kontrolle über das Narrativ erlangen wollte, musste auch darauf Einfluss nehmen, welches Personal oder welche Instanzen als Autoritäten innerhalb des Diskurses anerkannt wurden. Vor der Debatte um den GIA von 1909 war die

¹⁷⁴⁴ Booker (1997:77).

Autorität des ICS und der Männer vor Ort noch unangetastet. In den Folgejahren wurde die Kontrollinstanz des *British Raj* jedoch von mehreren Seiten in ihrer Autoritätsstellung attackiert. Erste Angriffe von Keir Hardie gegen den kolonialen Verwaltungsapparat führten zunächst dazu, dass der *Labour*-Politiker aus der Konsensgemeinde ausgeschlossen wurde. Indem Staatssekretär John Morley sein Reformvorhaben gegen das GOI durchsetzte, gingen solche Angriffe von höchster Stelle innerhalb der Kolonialverwaltung aus. Die von ihm erwirkten machtpolitischen Umschichtungen zwischen dem IO und dem GOI waren von großer Tragweite für die weitere britische Debatte um politische Reformen in Indien. Die Autorität des ICS und der Männer vor Ort als einheitlicher Block war nun unterminiert. Morleys späterer Nachfolger Montagu fand dazu noch weitere Mittel und Wege. Zwei einschneidende Maßnahmen, für die es bis dahin keinen Präzedenzfall gegeben hatte, waren zum einen seine Forderung von 1912, ein klares Ziel für die Indienpolitik des Königreichs zu definieren, und zum anderen 1917 selbst nach Indien zu reisen, um die Lage vor Ort persönlich zu begutachten. Das begründete er mit der Behauptung, der ICS sei verkrustet. Gleichzeitig versuchte der Chef des IO, sich ungefilterten Zugang zu Informationen über Indien zu sichern und heuerte mit Curtis einen Außenseiter an, der ihm dabei helfen sollte. Damit unterminierte er die Position des ICS noch mehr.

Ein Großteil der Kontrolle über das Narrativ in Großbritannien ging nicht mehr vom GOI in Indien aus, sondern vom IO in London. Die Debatte um den GIA von 1919 und ihre Folgen für die Verwaltung des *British Raj* bewirkten, dass der ICS und andere britische Amtsträger vor Ort endgültig nicht mehr als einheitliche Autorität innerhalb des Diskurses anerkannt wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg fand der ICS nicht mehr ausreichend britische Bewerber für seine Posten in Indien, und die zunehmende Rekrutierung von Indern für den Kolonialdienst stellte unter Beweis, dass nicht nur Briten die Verwaltung ausüben konnten. Vor allem aber waren es die Fehlentscheidungen der Kolonialoffiziere und Regierungsspitzen – verkörpert durch General Dyer und den Vizegouverneur O'Dwyer – in Amritsar, die den ICS schwächten. Dabei untergab das GOI sein Ansehen durch den Versuch, das Narrativ über Amritsar durch Nachrichtensperren und eine selektive Kommunikation mit London zu kontrollieren.

Das Scheitern dieser Strategie stärkte das IO in seiner Position als Kontrollinstanz des Informationsflusses. Danach stellte das GOI dem IO sogar

Personal zur Verfügung, um das Ministerium in London während einiger kritischer Phasen zu unterstützen. Vizekönig Chelmsford entsandte beispielsweise seinen Chef für Öffentlichkeitsarbeit, Rushbrook Williams, um Staatssekretär Montagu bei der Lenkung der Debatte um den GIA von 1919 zu helfen. Lord Irwin handelte ähnlich, indem er Rushbrook Williams' Nachfolger John Coatman 1930 nach Großbritannien entsandte, um ihn bei der *Round Table Conference* zu platzieren. Ein weiterer Angriff auf das Konzept, dass die Männer vor Ort als einheitliche Autorität fungierten, war die Erklärung der *European Association* in Indien, mit der sie 1930 die Empfehlungen des *Simon-Reports* als unzureichend kritisierte. Im weiteren Verlauf hob auch die Propagandaarbeit der UBI hervor, dass es innerhalb des ICS – sowohl unter den aktiven, wie auch unter den bereits pensionierten Beamten – durchaus unterschiedliche Meinungen gab.

Aber nicht nur deren unterschiedliche Ansichten brachen die Phalanx der britischen Gemeinde vor Ort als einheitliche Autorität in Indienfragen. Die Einberufung der *Round Table Conference* im selben Jahr trug dazu bei, einen Prozess einzuleiten, in dessen Verlauf der britische Konsens nicht mehr durch eine bestimmte politische Partei, wie z.B. *Labour*, an seine Grenzen gebracht wurde. Vielmehr verlief die Linie zwischen den Reformbefürwortern und -gegnern zunehmend quer durch die Parteien und die Gruppe der vormals anerkannten Experten, wie etwa den ICS-Beamten. Dies wiederum ermöglichte es beispielsweise Staatssekretär Wedgwood Benn, Sir John Simons Stellung als Vorsitzenden der *Statutory Commission* zu schwächen. Das IO konnte während des hier untersuchten Zeitraums nicht immer bestimmen, wer als Autorität im britischen Diskurs anerkannt wurde. Immerhin verliehen Männer wie O'Dwyer oder Lord Sydenham den *diehards* ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit. Auf Dauer war ihr Einfluss aber nicht stark genug, um sich gegen die vom IO bevorzugten Autoritäten durchsetzen zu können.

Verbotene Worte

Während des hier untersuchten Zeitraums wurden verbotene Worte in die Debatte eingebracht, die sich vorwiegend auf zwei Bereiche konzentrierten. Auf der einen Seite waren es Worte, die die politischen Bestrebungen der Inder umschrieben. Auf der anderen Seite waren es Worte, mit denen die Kontrollfunktion Großbritanniens beschrieben wurde. Die immer wieder erfolgende Integration neuer,

vormalen verbotenen Worten in die Debatte leitete zumindest mittelfristig eine Transformation des Diskurses ein. Staatssekretär Morley war es etwa kaum möglich gewesen, von politischen oder gar konstitutionellen Reformen zu sprechen, die einen Kontrollverlust für die britische Kolonialmacht bedeutet hätten. Das Wort „Selbstregierung“ wurde im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Teilung Bengalens oder den Debatten um den GIA von 1909 von den hier untersuchten britischen Medien entweder ignoriert oder zurückgewiesen. Eine Selbstregierung Indiens war zu diesem Zeitpunkt für die Kolonialmacht noch unvorstellbar. Erst Edwin Montagus Forderung nach einer klaren Indienpolitik im Jahr 1912 schuf ein Umfeld, in dem diese Idee in die Debatte eingeführt werden konnte. Zum Beispiel rief *Labour* dazu auf, die Selbstregierung zum erklärten Ziel der britischen Indienpolitik zu machen.

Sir Bampfylde Fullers Reaktion auf die Unruhen in Bengalen führte dazu, dass seine Aktionen mit verbotenen Worten wie „Despotismus“ verglichen wurde. Um Fullers verfehlte Politik zu überwinden und dabei nicht das Prinzip der kolonialen Kontrolle anzugreifen, bildete sich ein neuer Konsens über die Art und Weise, wie das Königreich seine Kontrollfunktion zukünftig ausüben sollte. Weiterhin bot die indische Reaktion auf das Krönungsdurbar von 1911 dem Staatssekretär Montagu die Gelegenheit, das Fehlen einer zielgerichteten britischen Indienpolitik zu bemängeln. Zusätzlich stellte Vizekönig Hardinge mit seiner Depesche Verfassungsänderungen in den indischen Provinzen in Aussicht. Das Königreich musste sich folglich mit dem Wort Selbstregierung auseinandersetzen. Das sprachliche Gerangel, das Montagus Erklärung vom August 1917 vorausging, macht deutlich, wie schwer sich Großbritannien damit tat. „Selbstregierung“ (*self-government*) wurde durch „verantwortliche Regierung“ (*responsible government*) ersetzt, aber dennoch implizit in die Debatte integriert, wenngleich als fernes, sehr fernes Ziel.

Offensichtlich war es auch von Bedeutung, wer die verbotenen Worte in den Diskurs einbrachte. Vor dem GIA von 1909 hatten bereits indische Nationalisten um Lajpat Raj und Bipin Chandra Pal die Selbstregierung gefordert. Sie waren damit jedoch ihrer Rolle als dankbare Untertanen nicht gerecht geworden und stießen deshalb auf taube Ohren. Der Lucknow-Pakt von 1916 forderte dagegen nicht nur Selbstregierung, sondern auch den *Dominion*-Status für Indien — und brachte damit ein weiteres verbotenes Wort auf den Tisch. Da der Pakt auch von indischen

Nationalisten unterschrieben wurde, traf er in Großbritannien auf wenig Gegenliebe. Vielmehr führte er zu einer Reaktion der Reformgegner. Dazu gehörte die Gründung der IBA von 1917, die eine Transformation des Diskurses verhindern sollte.

Der Erste Weltkrieg, der Antrag des GOI, Indien als Mitglied der *Imperial Conference* aufzunehmen sowie eine weitere Überreaktion General Dyers auf indische Proteste zwangen das Königreich, sich verstärkt mit den verbotenen Worten „Selbstregierung“ und „*Dominion*-Status“ auseinanderzusetzen, denn nun wurden sie von anerkannten Autoritäten in den Diskurs eingebracht. Der indische Kriegsbeitrag machte es notwendig, stärker auf die Forderungen der Kolonie einzugehen. Eine Mitgliedschaft in der *Imperial Conference* führte das Konzept von Selbstregierung quasi durch die Hintertür ein. Was den Diskurs jedoch vor allem vorantrieb, war General Dyers Reaktion auf die Proteste in Amritsar. Die britische Presse benutzte Worte wie „Abschlachten“ oder „Massaker“, um seine Befehle an die indischen Truppen zu beschreiben. General Dyer hatte den zuvor von Fuller verkörperten Kontrollwahn auf eine neue Spitze getrieben. Hatte die Kolonialmacht sich während der Diskussionen um den GIA von 1909 entschieden, die Art seiner Kontrollausübung zu überdenken, so musste sie nach 1919 erneut mit sich selbst ins Gericht gehen und Taten folgen lassen.

Die Anerkennung des Begriffs „Selbstregierung“ im Diskurs fand letztlich erst während der Debatte um den *Simon-Report* und der *Round Table Conference* statt und manifestierte sich in der Verabschiedung des GIA von 1935. Wie die Diskussion zwischen Simon, Dawson und Irwin zeigte, gelang es ihnen, die Empfehlungen der *Statutory Commission*, wenn auch noch nicht offiziell als *Dominion*-Status, so doch als „*Dominion*-Methode“ zu definieren. Die Tatsache, dass der *Dominion*-Status nicht im GIA von 1935 verankert wurde, verdeutlicht, wie schwer sich das Königreich damit tat, die Kontrollübergabe sprachlich festzulegen, auch wenn *Dominion*-Status nicht mit Unabhängigkeit gleichzusetzen war. Da einzelne *Dominions* jedoch dazu berechtigt waren, über ihren Verbleib im Empire frei zu entscheiden, hätte ein indischer *Dominion*-Status die Unabhängigkeit ermöglicht. Um Großbritanniens Kontrolle über seine Kolonie trotzdem zu behalten und die Konkretisierung des verbotenen Wortes „Unabhängigkeit“ zu verhindern, durfte ein solch einseitig erklärter Austritt nicht geschehen.

Mitte der 1930er Jahre war „Unabhängigkeit“ noch kein anerkanntes Konzept in der britischen Debatte, doch findet sich dieses verbotene Wort bereits Mitte der 1920er Jahre vereinzelt im Diskurs um Indiens politische Emanzipation. Der *Guardian* war dann 1930 eine der ersten britischen Zeitungen, die das Wort ernsthaft in den Indiidiskurs einbrachte, denn er benutzte es nicht mehr, um indische Bestrebungen ins Lächerliche zu ziehen, sondern um das Königreich vor der Gefahr einer möglichen Unabhängigkeit zu warnen. Man fürchtete den Abfall der Kolonie, wenn Großbritannien das indische Problem nicht würde lösen können. Ein weiteres verbotenes Wort war „Verhandlung“, weil es die souveräne Position der Mutternation in Frage stellte. Nicht Verhandlungen durften zu Reformen führen, sondern nur eine Entscheidung, die die britische Regierung nach reiflicher Überlegung aus freien Stücken getroffen hatte. Noch 1930 wollten Reformgegner die Gespräche zwischen Gandhi und Irwin als Verhandlungen sehen. Vor diesem Hintergrund war es von grundlegender Bedeutung für Großbritannien, die Kontrolle über das Narrativ zu wahren. Selbst 1947, bei der letzten Indiendebatte im Unterhaus, kreiste daher ein Teil der Auseinandersetzung um das Wort „Unabhängigkeit“, das Churchill am liebsten nicht im Gesetzestext gesehen hätte.

Die strukturelle Kontrolle über das Narrativ

Praktisch jeder der hier untersuchten Staatssekretäre versuchte, die Kontrolle über das Narrativ zu bewahren, indem er eine breite Diskussion über Indien verhinderte und nur ausgewählte Informationen für eine Debatte zur Verfügung stellte. Letzteres konnte etwa dadurch erreicht werden, dass die parlamentarischen *Blue Books*, nach vorheriger Kontrolle, zu einem Zeitpunkt veröffentlicht wurden, der es den Abgeordneten unmöglich machte, sie gründlich zu lesen. Andrea Bosco zitiert Donald C. Watt, der in den Jahren nach 1945 der Redakteur des britischen Jahresreport *Survey of International Affairs* war und das Vereinigte Königreich als „oligokratische Gesellschaft“ bezeichnete, in der politische Macht von einer „Minderheit seiner Bürger“ bestimmt wird.¹⁷⁴⁵ Ob dies speziell auf Großbritannien zutrifft, sei dahingestellt. Es unterstreicht jedoch, dass die Kontrolle über das Narrativ zur indischen Unabhängigkeit von einer kleinen Gruppe ausgeübt wurde. Staatssekretär

¹⁷⁴⁵ D.C. Watt, *Personalities and Policies, Studies in the Formulation of British Foreign Policy in the Twentieth Century*, London 1965, 1, zitiert in: Bosco (2017:461).

Morley nutzte im Zuge der Aufhebung der Teilung Bengalens auch selten angewandte parlamentarische Verfahren, um Entscheidungen ohne Beteiligung des Unterhauses zu treffen und so eine Debatte der Abgeordneten zu verhindern. Weiterhin gelang es ihm während der Debatte um den GIA von 1909, die *Times* auf die Seite des IO zu ziehen. Für Staatssekretär Montagu Vorhaben war eine Einschränkung der Debatte besonders wichtig, da er den Konsens unter den politischen Eliten – dem IO, GOI und dem Kabinett – angesichts weitreichender Reformvorschläge festigen musste. Die Informationspolitik des GOI nach dem Amritsar-Massaker führte zu einem zeitweisen Kontrollverlust über das Narrativ seitens des IO. Der Hintergrund dieser Maßnahmen – vor allem die Desinformation durch das GOI – war jedoch so offensichtlich, dass Montagu seine Kontrolle rasch wieder konsolidieren konnte.

Die Informationen wurden nicht nur selektiv verbreitet, sondern auch gezielt bei vertrauenswürdigen Journalisten platziert. Der Redakteur der *Westminster Gazette* John Spender erhielt die Rede des Königs für das Krönungsdurbar von 1911 im Voraus, womit das IO die Berichterstattung lenken wollte. Später wurden Sir Valentine Chirol und Geoffrey Dawson von der *Times* auf ähnliche Weise in die Informationspolitik eingebunden. Die Staatssekretäre für Indien luden aus gleichen Gründen regelmäßig Vertreter der Presse zu Gesprächen ein. Das IO verfügte über eine interne Einschätzung der britischen Zeitungen und einzelner Journalisten, die dem Ministerium dabei half, PR-Kampagnen strategisch zu platzieren.

Der Berufung der Simon-Kommission gingen Überlegungen von Seiten des konservativen Staatssekretärs Lord Birkenhead voraus, wie man das Einvernehmen unter den Teilnehmern sichern und damit auch den Konsens unter den politischen Eliten insgesamt beeinflussen könne – ähnlich wie bei Montagu im August 1917. Da sein Nachfolger von der *Labour*-Partei, Wedgwood Benn, dem *Simon-Report* Gewicht nehmen wollte, dabei aber nicht das Personal der Kommission und damit die Vertreter des Konsenses unter den Eliten angreifen konnte, diskreditierte er die dem Bericht zugrundeliegenden Informationen als von den jüngsten Entwicklungen überholt. Bennis konservativer Nachfolger Hoare forcierte seinerseits die Gründung der UBI, deren Ziel es war, ein Netzwerk gegen die Propaganda der *diehards* aufzubauen. Dies war wichtig geworden, da deren Strategie, die Konservative Partei auf ihre Seite zu ziehen und damit einen parteiinternen Konsens gegen die Reformen zu erwirken, Kontrolle über das Narrativ gewährt hätte.

Während der *Round Table Conference* wurde der Informationsfluss weiter von Seiten des IO gefiltert, und das Ministerium stellte sicher, dass kritische Journalisten keinen Zugang zu Informationsmaterial oder den Debatten erhielten. Der Generalangriff der *diehards* gegen den GIA von 1935 schlug fehl, weil das Indienministerium in Zusammenarbeit mit der *Times* und der BBC eine solide Kontrolle über den Diskurs ausüben konnte. Während der 1940er Jahre stützte sich die Regierung verstärkt auf die BBC, da die Papierrationierung während des Krieges die Arbeit der Printmedien erheblich erschwerte. Rushbrook Williams verbrachte einen erheblichen Teil seiner Zeit damit, den Sender auf die Linie des IO zu trimmen.

Die inhaltliche Kontrolle über das Narrativ

Zusätzlich zu der strukturellen Kontrolle über das Narrativ musste das IO auch inhaltlich richtungsweisend agieren. Dabei diente vor allem das Bild von Großbritannien als wohlwollender Mutternation als Leitmotiv. Die Art und Weise wie Großbritannien diese Rolle erfüllen sollte, wurde mit der Zeit modifiziert, aber immer unter folgenden Prämissen: das Königreich behielt die Kontrolle über die Kolonie, den Verwaltungsapparat und den gesamten Reformprozess und handelte grundsätzlich aus einer Position der Stärke heraus. Vor diesem Hintergrund durfte keine der politischen Reformen zwischen 1909 und 1947 als Kontrollverlust, als Reaktion auf äußere Zwänge oder als Ergebnis von Verhandlungen erscheinen.

So wurde der GIA von 1909 nicht als politische Reform, sondern als Maßnahme verkleidet, die die Verwaltung des *British Raj* und so die Kontrolle über die Kolonie verbessern sollte. Da die Diskussion im Anschluss an die Unruhen stattfand, die durch die Teilung Bengalens verursacht waren, musste der Eindruck verhindert werden, dass die Mutternation auf Druck von Seiten der Inder reagierte. Nicht umsonst betonte Staatssekretär Morley 1907, dass das GOI auf unabsehbare Zeit autokratisch regieren müsse, damit die Mutternation ihre Rolle erfüllen könne. Daher wurde auch beschlossen, dass der Reformprozess erst nach dem Ende der Unruhen fortgesetzt werden könne. Die Mission war klar, aber der GIA 1909 half nicht über den Mangel einer klaren Strategie für das Juwel in der Krone hinweg.

Die Vision der unangefochtenen britischen Kontrolle wurde durch die Integration einiger neuer Gesichtspunkte in den britischen Indiidiskurs aufrechterhalten. In der Diskussion um die Reform von 1909 führte Premierminister

Asquith das Bild einer kontinuierlichen Indienpolitik ein. Im Krönungsdurbar von 1911 manifestierte sich zwar der Herrschaftsanspruch Großbritanniens in Indien, verkörpert durch den regierenden Monarchen. Die Anwesenheit des Königs in Indien trug jedoch auch dazu bei, die Aufhebung der Teilung Bengalens nicht zuletzt in Großbritannien zu rechtfertigen. Eine implizite Konsequenz war, dass daraufhin, wie oben beschrieben, Reformen auf der Provinzebene in Aussicht gestellt wurden. Montagus anschließendes Drängen führte dazu, dass durch das August-Statement von 1917 neu überlegt wurde, wie die britische Kontrolle über die Kolonie inhaltlich definiert werden sollte. Großbritannien sah sich nun als Wegbereiter des konstitutionellen Prozesses seiner Kolonie. Indiens Loyalität während des Krieges wurde als Argument für die Richtigkeit der Indienpolitik der Mutternation unter Beweis herangezogen.

Für Montagu fand die Debatte um den GIA von 1919 aus drei Gründen unter erschwerten Bedingungen statt. Er musste sicherstellen, dass die Reformen nicht als Kontrollverlust für das Königreich interpretiert wurden. Weiterhin durfte der indische Kriegsbeitrag nicht als Grund für Reformen gewertet werden. Vor allem aber machte das Amritsar-Massaker eine Fortführung der bisherigen Kontrollmechanismen unmöglich. Es gelang Montagu, die Kontrolle über das Narrativ zu wahren. Bereits 1917 hatte er deutlich gemacht, dass er nicht beabsichtigte, die Kontrolle über den Reformprozess konkurrierenden Kräften in Indien zu überlassen. Nach dem Amritsar-Massaker stellte der Staatssekretär eine gespaltene Nation vor die Wahl, wie Großbritannien seine Kontrolle über das *British Raj* ausfüllen sollte, wobei er verbotene Worte wie „Terror“ und „Rassismus“ einerseits und „indisches Wohlwollen“ andererseits in den Diskurs einführte. Trotz aller Rückendeckung, die der verantwortliche General Dyer in Indien und auch in Großbritannien erhielt, war ein weiteres Massaker unbedingt zu vermeiden. Die Art der britischen Kontrollfunktion musste sich entschieden ändern. Wie Lord Meston 1920 feststellte, war die britische Indienpolitik nun vorwärts gerichtet.

Für die zukünftige Kontrolle über das Narrativ erwies sich die im GIA von 1919 festgelegte Einsetzung der *Statutory Commission* als Schachzug, mit dem der Diskurs konform mit dieser vorwärts gerichteten Bewegung gelenkt werden konnte. Die britische Kolonialmacht hatte damit ihre Kontrollfunktion per Reform institutionalisiert und sich vom Herrscher in einen Richter über die

Regierungsfähigkeit der Inder verwandelt, jedoch noch immer ohne zeitliche Begrenzung. Der Bericht der Simon-Kommission und die anschließende *Round Table Conference* ermöglichten es Großbritannien, diese neue Rolle zur Schau zu stellen. Indische Untertanen reisten nach London, um über ihre Fähigkeit, politische Verantwortung zu übernehmen, urteilen zu lassen. Der aus diesen Konferenzen hervorgehende GIA von 1935 übergab gewisse Kontrollfunktionen in indische Hände. Dadurch, dass er jedoch keine Festschreibung des *Dominion*-Status enthielt und Sicherheitsgarantien beinhaltete, konnte das Königreich weiterhin erhebliche Kontrolle über seine Kolonie üben und gleichzeitig erkennen lassen, dass es den politischen Transformationsprozess überwachen würde.

Der GIA von 1935 bestätigte letztlich, was bereits seit dem GIA von 1919 deutlich geworden war: die Inder waren in der Lage, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dies half Großbritannien, weitere politische Schritte zu rechtfertigen und sich 1942 zumindest implizit auf ein konkretes Datum für den Machttransfer einzulassen. Man beschloss dies mitten im Zweiten Weltkrieg, in einer mental und wirtschaftlich auf äußerste beanspruchten Nation, die nicht mehr über die nötigen Ressourcen und seit Amritsar auch nicht mehr über den Willen verfügte, Indien gegen den Willen der Inder zu regieren. Mit der Übergabe der direkten Regierungsgewalt durch den Reichsverweser Lord Mountbatten, der eng mit König Georg VI. verwandt war, wurde Indiens Unabhängigkeit praktisch durch eine der höchsten Instanzen des Königreichs vollzogen. Der Verlust sollte in der Folge durch eine indirekte britische Kontrolle über die ehemalige Kolonie in Form einer Mitgliedschaft Indiens im *Commonwealth* ausgeglichen werden. Zeitgenossen gingen davon aus, dass sich Indien weiterhin hilfesuchend an die ehemalige Mutternation wenden würde, was Großbritannien ermöglicht hätte, weiterhin seine Rolle zu spielen.

Ein wichtiger Teil des Narrativs war darüber hinaus ein parteiübergreifender Konsens. Während des hier untersuchten Zeitraums wurde die Grenze des Konsenses mehrfach ausgelotet. Die *diehards* schickten während verschiedener Nachwahlen eigene Kandidaten ins Rennen, und *Labour* stellte zumindest Überlegungen darüber an, ob man Indien als Thema in den Wahlkampf aufnehmen sollte. Die Weigerung der *Labour*-Partei, den Abschlussbericht des JSC zu unterzeichnen, wurde sogar offen mit einer abweichenden Haltung in der Indienfrage gerechtfertigt. Der parteiübergreifende und quasi nationale Konsens wurde trotzdem nie offiziell für tot erklärt. Er wurde

jedoch so weit modifiziert, dass es den Parteiführern Ramsay MacDonald und Stanley Baldwin möglich wurde, zugleich Extremisten in ihren Parteien zu isolieren, und die Gemäßigten so zu stärken, dass die britische Indienpolitik mit dem Etikett eines Konsenses unter dem *National Government* fortgesetzt werden konnte.

Der Kontrollverlust

Die Unabhängigkeit Indiens war keinesfalls das Resultat einer planvollen Regierungsübergabe, sondern vielmehr eines über Jahrzehnte zu beobachteten Kontrollverlust. Unbeabsichtigt verursachte Großbritannien seinen Kontrollverlust selbst, zunächst durch den 1911 angekündigten Umzug des GOI von Kalkutta nach Neu-Delhi. Aber bereits in dieser Phase zeichnete sich eine Strategie ab, mit der ein eventueller Kontrollverlust kompensiert werden sollte. Demnach sollten politische Reformen in Indien dazu beitragen, das *British Raj* als Teil des Empires und damit auch eine fortdauernde, zumindest indirekte Kontrolle durch die Mutternation zu bewahren. Die Konsequenzen des Fehlverhaltens einzelner Akteure der britischen Kontrollinstanzen zwangen das Königreich letztlich, Kontrollbereiche aufzugeben. Die indischen und britischen Proteste gegen das Fehlverhalten Sir Bampfylde Fullers in Bengalen und General Dyers in Amritsar trugen entscheidend dazu bei, den Prozess zu beschleunigen. Auf der indischen Seite war es der INC unter Gandhis Führung, der der Kolonialmacht deutlich machte, wie prekär ihre Stellung als Kontrollinstanz in Indien oft war. Dazu organisierte der INC Boykotte während des Indienbesuchs von Prinz Edward von 1921 und Aktionen ziviler Ungehorsamkeit bis in die 1940er Jahre.

Großbritanniens immer schwächerer Position in Indien wurde auch auf Kabinettssebene erkannt. Bereits 1915 machte Staatssekretär Chamberlain seine Kollegen darauf aufmerksam, dass sich die britische Herrschaft nach dem Krieg erheblich verändern müsse, um Indien halten zu können. Der GIA von 1919 versuchte eigentlich nur noch, das Unausweichliche hinauszuzögern. Dass er entgegen allen Beteuerungen als Zugeständnis für Indiens Loyalitätsbekundungen während des Krieges verabschiedet wurde, war letztlich ebenfalls Ausdruck des britischen Kontrollverlustes. Das Königreich konnte es sich nicht mehr leisten, die Hoffnungen der Inder zu ignorieren. Auch das Entsenden der *Statutory Commission* offenbarte die schwächer werdende Stellung der Kolonialmacht. Immerhin nahmen die angeblich

Großbritannien loyal gegenüberstehenden indischen Massen in ausreichend großer Anzahl an den von Gandhi und anderen Akteuren organisierten Protestaktionen teil. Die *Round Table Conference* bestätigte, dass Großbritanniens Indienpolitik ohne Gandhis Kooperation nicht durchsetzbar sein würde. Das Königreich war gezwungen, Verhandlungen mit dem „Fakir“ aufzunehmen und ihm Zugang zum Vizekönig und sogar zum König zu gewähren. Daher dienten auch die Sicherheitsgarantien dem Ziel, die Kontrollfunktion der Kolonialmacht aufrechtzuerhalten. Die geplante Übergabe der Kontrolle — unter anderem über die Polizeikräfte — an indische Minister war so hart umkämpft, weil dieser Schritt für die *diehards* zentral für den Kontrollverlust des Königreichs war.

Mit dem Näherrücken der Unabhängigkeit wurden im Königreich weitere Mechanismen entwickelt, um selbst nach dem Ende der direkten Herrschaft noch eine indirekte Kontrolle über Indien aufrechterhalten zu können. Dabei konnte man auf die bereits Jahrzehnte zuvor entwickelte Sprache des *Round Table* – die geprägt war durch Konzepte wie „organisches Wachstum“ und „freiwillige Zugehörigkeit zum *Commonwealth*“ – zurückgreifen. Weiterhin hoffte man, dass sich die Rolle der Mutternation nach einem Machttransfer nicht wesentlich ändern würde. Hatte das Königreich seinen indischen Zögling in den letzten Dekaden auf die Übernahme der vollen Regierungsverantwortung vorbereitet, konnte es nun der jungen indischen Nation weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen und sie lenken – vermutlich in eine Richtung, die Großbritannien strategisch stärken würde. So würden die Inder den Briten weiterhin Vertrauen schenken und das Königreich konnte eine Rolle einnehmen, die der neuen Weltordnung und dem neuen *Commonwealth* angepasst war.

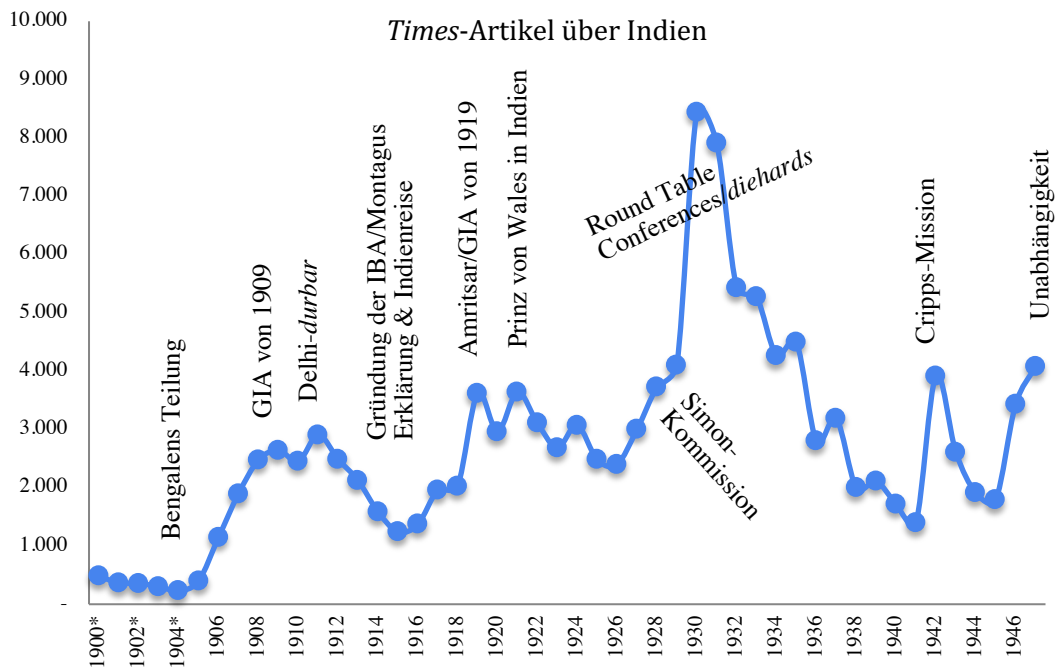
Während Großbritannien langsam seine direkte Kontrolle über Indien verlor, war es zumindest darauf bedacht, die Kontrolle über den Übergabeprozess zu behalten. Das Ziel, die Regierung an fähige indische Nachfolger zu überreichen, ließ letztlich nur eine Kooperation mit dem INC zu. Er hatte den meisten Rückhalt in Indien und war ebenso wie die britische Kolonialmacht gegen eine Teilung des *Raj*. Auch die britische Presse hielt ihn ab 1946 für eine verantwortungsbewusste politische Kraft – im Gegensatz zu Jinnah, der durch seine Boykothaltung und Proteste aus Sicht der Kolonialmacht seine Rolle als dankbarer Untertan nicht erfüllte und es ihr damit erschwerte, ihre Rolle als wohlwollende Mutternation spielen. Diese Rolle bestand nun darin, Indien ungeteilt in einem reibungslosen Ablauf an eine neue Regierung zu

übergeben in der Hoffnung, die neue unabhängige Kolonie auf Dauer als Juniorpartner an sich zu binden. Jinnahs Beharren auf der Gründung Pakistans leitete die Teilung des *British Raj* ein und kostete ihn das Wohlwollen der Kolonialmacht, die ihn bis 1945 durchaus positiv beurteilt hatte.

Dies war die letzte Mission des *British Raj*: der Erhalt eines ungeteilten Indiens. Die Gründe für das Scheitern des Versuchs, die Kolonie als ein vereintes *Dominion* ins *Commonwealth* zuzufügen, wurden gänzlich den kolonialen Untertanen zugeschoben, die unfähig gewesen seien, sich zu einigen. Dabei ignorierte die Mutternation, dass es ihr selbst nie gelungen war, diesen Konflikt zu lösen. Angesichts eines Bürgerkrieges in der Kolonie, den das Königreich mangels Ressourcen nicht verhindern konnte, blieb Großbritannien nur ein übereilter Rückzug, um den Kontrollverlust über seine Kolonie, deren Bewohner und auch den Prozess des Machttransfers zu kaschieren. Die Massaker zwischen Hindus und Muslimen, die der Teilung des *British Raj* folgten, waren so nicht mehr unter britischer Kontrolle geschehen. Das Königreich hatte sich aus der Affäre gezogen – nun hatten die Inder die Verantwortung.

Indiens Relevanz für Großbritannien – britisches Problembewusstsein

Das weitgehende Desinteresse der britischen Öffentlichkeit und des Parlaments an der Kolonie sowie die kontinuierliche und zumeist erfolgreiche Strategie der Staatssekretäre für Indien, die Debatte über politische Reformen möglichst einzuhegen, waren immens wichtig, um die Kontrolle über das Narrativ zu wahren. Was Indien zu einem politisch relevanten Thema für Großbritanniens Öffentlichkeit machte, war die Zurschaustellung der imperialen Rolle Großbritanniens durch Besuche der königlichen Familie, die Debatte um das Amritsar-Massaker, von dem man fürchtete, es könne Konsequenzen für die britische Bevölkerung haben, oder auch aufsehenerregende Propaganda wie die der *diehards*. Die folgende Grafik veranschaulicht die Indienberichterstattung der *Times* im Kontext der britischen Indienpolitik.



*Palmer's Index to The Times ansonsten Official Index to The Times

Die Ausschläge des Graphen für die Jahre 1909, 1911, 1917 sowie 1919 sind nicht überraschend. Nach den Unruhen, die der Teilung Bengalens im Jahr 1905 folgten, und nach dem Wahlsieg der Liberalen von 1906 stiegen die Erwartungen an die Morley-Minto-Reformen, die 1909 eingeführt wurden. Wie das erste Kapitel darlegt, fiel die Diskussion um die Unruhen in Bengalen und den GIA von 1909 in eine Phase gesellschaftspolitischer Umwälzungen in Großbritannien selbst. Im ausgehenden 19. Jahrhundert fand eine Neueinschätzung des europäischen Kolonialsystems statt, und so war die Debatte um die Reformen von 1909 auch eine Debatte über die Legitimation der britischen Herrschaft in Indien. Diese wurde zunächst vor allem in dem Schutz gefunden, den die Kolonialmacht den indischen Massen vor ihren eigenen extremistischen Landsmännern bot.

Nach der Verabschiedung des GIA von 1909 wurde das abnehmende Interesse der Öffentlichkeit mit dem Krönungsdurbar von 1911 zunächst wieder aufgefangen. Erwähnenswert ist, dass im Jahr des *durbar* ca. 300 – oder 9% – mehr Artikeln zu Indien erschienen als während des ersten Gipfels von 1909, dem Jahr der ersten Reformgesetzgebung. Der Berichterstattung über den Besuch Georgs V. in Indien und seiner politischen Bedeutung für das Empire und damit für die Selbstwahrnehmung Großbritanniens wurde also mehr Aufmerksamkeit gewidmet als zuvor den Reformen. Der erneute Rückgang der Indienberichterstattung der *Times* nach 1911 endete

1914/15. Es war offenbar nicht Montagus Forderung nach einem klaren Ziel der britischen Indienpolitik, die das Interesse der Öffentlichkeit an Indien steigen ließ. Wie die Grafik illustriert, wurde Indien erst wieder verstärkt thematisiert, als Großbritannien sich ab 1914 dem unerwartet großen indischen Kriegsbeitrag gegenüber sah, der als Bestätigung der britischen Rolle in Indien als Kolonialmacht interpretiert wurde.

Die britische Selbstwahrnehmung im Bezug auf seine Herrschaft in Indien war bis 1919 weitgehend positiv. Dabei ging es zwischen 1911 und 1919 weniger um die Geschehnisse in Indien als um das Selbstverständnis der Kolonialmacht. Die Indiendebatte wurde vor dem Hintergrund der Maßnahmen, mit denen Sir Bampfylde Fuller und General Dyer auf Proteste reagierten, zu einer Reflexion über die britischen Werte. Ohne eine Übertragung der Indiendebatte auf diese für die britische Öffentlichkeit relevante Ebene hätte eine Beteiligung an derselben in dem vorliegenden Ausmaß vermutlich nicht stattgefunden.

Mit dem Amritsar-Massaker von 1919, das in die Zeit der Diskussion um den GIA von 1919 fiel, erhielt das britische Selbstverständnis Risse. Damit intensivierte sich in der Öffentlichkeit ein Problembewusstsein und der Drang nach Information. Nicht nur war es fortan unmöglich, die Kontrolle über Indien mit solch drastischen Maßnahmen auszuüben. Zeitungen wie der *Guardian* fragten sich auch, ob Soldaten künftig auch auf friedliche und unbewaffnete Demonstranten im Königreich schießen könnten. Diese Frage war hochaktuell angesichts der revolutionären Bewegungen und Unruhen in Deutschland oder auch in Ägypten und Persien. Damit wurde die Debatte erneut zu einer Selbstreflexion und relevant für die britische Öffentlichkeit.

Die Anzahl der Artikel, die in der britischen Presse zu Indien erschienen, stieg auf einen neuen Höhepunkt an, mit jeweils ca. 3.600 Artikeln in den Jahren 1919 und 1921. Damit wurden während des Indienbesuchs des Prinzen von Wales mehr Artikel zu Indien verfasst als zu dem GIA von 1919 und dem Massaker von Amritsar zusammen. Ein Prinzenbesuch erhielt mehr Platz in den Zeitungsspalten als einschneidende Reformen und ein Massaker. Doch zeigten die Boykottmaßnahmen gegen den Prinzen im Jahr 1921, im Unterschied zu 1911, wie sehr das britische Ansehen in Indien gesunken war.

Bis 1935 war der Konsens der britischen Eliten endgültig zerbrochen, sowohl innerhalb der Kolonialverwaltung als auch in der Presse und der Konservativen Partei.

Die Beziehung zwischen dem IO und dem GOI wurde so brüchig, dass seit den frühen 1930er Jahren, beginnend mit Lord Willingdon und mit der Ausnahme des letzten Amtsinhabers Lord Mountbatten, jeder Vizekönig mit Rücktritt drohte. Angesichts einer immer kontroverseren Debatte verdichtete sich auch die Berichterstattung der *Times*. Mit ca. 8.400 Artikeln bildete das Jahr 1930 den absoluten Höhepunkt der Indienberichterstattung innerhalb des hier untersuchten Zeitraums. In den Folgejahren erschienen weniger Artikel, aber zwischen 1930 und 1933 lag die Anzahl der auf Indien bezogenen Zeitungsberichte um das Doppelte oder gar Dreifache über dem bereinigten jährlichen Durchschnitt von ca. 2.400 Artikeln für die Jahre von 1900 bis 1947. Der Höhepunkt der Debatte fiel zusammen mit der Phase, in der die britische Öffentlichkeit Zeuge der endgültigen, aber nie offiziell formulierten Auflösung des parteiübergreifenden Konsenses zu Indien wurde. Churchills Versuche, die Regierung zu stürzen, hatten direkten Einfluss auf den politischen Alltag. Gandhis Englandbesuch und die Versuche der Reformgegner, während der *Round Table Conference* Verbündete gegen eine Transformation des Diskurses in Lancashire zu finden, von wo man sich die Unterstützung der Baumwollindustrie erhoffte, erhöhten ebenfalls die Relevanz der indischen Ereignisse für die britische Bevölkerung und damit auch die Anzahl der Zeitungsartikel.

Dass die Intensität der Indienebatte, so wie sie durch die Anzahl der Artikel in der *Times* empirisch verfolgt werden kann, nach 1935 so stark einbrach bzw. wenigstens auf den Stand der frühen 1920er zurückfiel, macht deutlich, dass Indien oft nur vordergründig behandelt wurde und vor allem als Bühne für eine britische Nabelschau bildete. Die Debatte um indische Reformen blieb eingebettet in eine Diskussion um britische Werte und politisches Selbstverständnis. Die wenigen Umfragen, die für den Zeitraum existieren, lassen nicht auf ein großes Interesse der britischen Öffentlichkeit an Indien selbst schließen. Und auch Klagen von den wenigen Indienkennern, dass das Parlament dem *British Raj* zu wenig Aufmerksamkeit zukommen lasse, finden sich durch den gesamten untersuchten Zeitraum. Ein Vergleich mit der Anzahl von Presseberichten der *Times* über andere Länder in einem breiteren zeitgeschichtlichen Kontext verdeutlicht Indiens relativ geringere Relevanz noch mehr (vgl. Graphiken S. 16 f).

Der von Lilly beschriebene „rasante“ Anstieg der Indienberichterstattung verblasst förmlich im Vergleich zu anderen Ländern wie Deutschland oder den

Vereinigten Staaten. Der allgemeine Rückgang nach 1940 ist vermutlich auf die weiter oben erwähnte Rationierung von Papier zurückzuführen. Die beiden Weltkriege, die gesellschaftlichen Umwälzungen in Großbritannien, die Weltwirtschaftskrise und der Aufstieg der USA als Weltmacht sind nur einige der Entwicklungen, die um die Aufmerksamkeit der *Times* konkurrierten. Mit Ausnahme der Phase zwischen 1928 und 1931, in die der Generalangriff der *diehards* fiel, blieb das Juwel in der Krone meist Nebenschauplatz, selbst während der Debatten über den GIA von 1919, über Amritsar, und über die letzte Phase der Machtübergabe zwischen 1942 und 1947. Desinteresse und Konkurrenzereignisse erleichterten es diversen Staatssekretären und Kabinetten, die Kontrolle über das Narrativ zu wahren.

In Wirklichkeit war die indische Unabhängigkeit nicht das Ergebnis eines von Großbritannien kontrollierten und geordneten Machttransfers. Die Kolonialmacht setzte alle Hebel in Bewegung, um das Unvermeidliche hinauszuzögern und verlor dabei die Kontrolle über seine Kolonie. Am Ende des hier analysierten Prozesses wurde der Kontrollverlust als Machttransfer kaschiert, den das Königreich als Erfüllung seiner Rolle als Mutternation verbuchen konnte – wobei sie von diversen Szenarien ausging, die es ihr auch in der Zukunft ermöglichen würden, Einfluss auf das ehemalige *British Raj* auszuüben. Indiens Unabhängigkeit wurde als Erfüllung des von Lord Macaulay bereits 1835 beschworenen „stolzesten Tag der britischen Geschichte“ als solcher bezeichnet. Mit dieser Rechtfertigung gelang es den britischen Eliten, den langsamen Kontrollverlust über das *British Raj*, während dessen sie den Entwicklungen meist hinterherliefen, diskursiv aufzufangen.

Anhang

Interner *Daily Mail*-Artikel über die *Round Table Conference*, April 1931

[IOR/L/1/1/267]

Rugby Football Notes

India's International Side

(From our Specious Co-respondent), Simla 28 April, 1931

The Indian team to play the Home Counties at Twickenham next autumn was announced last night and, as expected in well-nourished circles, contained few surprises.

At full back we are to have the veteran Matt Gandhi, who retains all his old cunning. Wakefield, George Stevenson, and Bannerman may all boast over thirty caps apiece but there are now so many Gandhi caps that sporting statisticians have ceased to count them. It is true that Gandhi was rather shaken after being tackled by Irwin in the match at New Delhi last February, but he seems to have recovered his old form on his Bardoli tour and in any case, it is satisfactory to note that his own trainer Mirabhai will accompany the team in the capacity of masseuse.

Among the three-quarters, Bhopal (Princes Club) will play on the right wing. He is a trustful young player who, it will be remembered, was to chosen to captain his club side at the beginning of the season in succession to Patiala, although the latter was satisfactorily cleared of the charges of foul play preferred against him last year. In the centre we are to have Sapru (United Provinces, Davenport) and Jayarkar (Bombay Gliberals) who have a perfect understanding while on the left is Jehangir (Racing Club de Parsi) who, whether there is a try in sight or not, may confidently be expected to be trying most of the time.

The half-back situation presents the usual problem. On last seasons form there is no doubt that Mody and Sankey would have been the obvious pair, the Royal Ancient and Modern combination having won appropriate hymns of praise from all the critics. Unfortunately Sankey is no longer eligible, his woosack not having the

necessary Swadeshi qualification. A new partner therefore, has to be found for Mody, who, by the way, has signed professional forms for one of clubs in the anti-Lancashire League. Alwar, a clubmate of Bhopal's, had strong claims, as last year he served his youthful backs with rare determination and was usually well upon in his finishing movements. However, the selectors have wisely preferred a player who has fitted in with Mody before and have picked 'Chimpanzee' Setalvad (Regent's Park) one of the best Light Blue backs seen in recent years who is an old hand at working the scum.

So to the forwards. They will be led by another hefty veteran in Shoukat Ali who has played in succession for Oxford, Greyboards, Banned of Brothers and I.Z. (Inquilab Zindabads). Hari Singh (Kasmir 'A') and Gidney (Strugglers of Asia) will complete a solid front row. Then there will be 'Snowball' Kabir, who captained the nearly All Blacks; S.C. Bose who has played on both sides in many Calcutta Cup fixtures; Abdul Ghaffar Khan (Barbarians) whose familiar red shirt has figured in Trials on both sides of the Border, and Sethna (Ferozian Latrinians) who on his paper form alone was bound to make his presence felt. The back, a peculiar fitting term in this case, will probably be completed by the addition of that elusive winger M.A. Jinnah (Cryptics) who, it will be remembered, scored all 14 points against Jonnie Simon's touring side two seasons ago.

Altogether the team is one of distinctive possibilities although doubts may still be raised as to whether its status is strictly amateur, as the term is understood in the Home Countries, or whether its members will press for the Dominion interpretation. It will be strong in attack but many have a dangerous tendency to discard safeguards where defence is concerned. Before sailing for Europe it will undergo intensive practice in the finer points of the game, such as passing the buck, selling the dhoti and 'satyagraha' which, of course, consists of stopping forward rushes by lying down in mass formation before them. F.W. Wilson, who judging by his own statements enjoys the unique distinction of being the only blue who has played for Oxford three times without getting his name in the official list of the Rugger Annual, will coach the forwards and may be relied on to teach them how to get a good sent off. Players should be warned, however, that they are unlikely to find English referees so lenient as those they have been accustomed to encounter at the Bombay Gymkhana, or the Delhi

Gymcrerar. The team will be captained by Matt Gandhi, its publicity will be suppressed by Mr. D.S. Bajpai and Mr. Wedgwood Benn is to mismanage the tour.

MOST SECRET - TO BE DESTROYED

NEWSPAPER

REMARKS

LONDON PRESS

The Times.

No extraordinary arrangements necessary.

[...]

Morning Post.

Irreconcilable and best left alone. When the White Paper is in the hands of the Press, the Information Officer, on his own responsibility, might invite Mr. Ian Colvin, the inspirer of the Morning Post Indian policy to have a talk. At the best this might lead to a modification of accent, it would not result in a change of view.

Daily Mail.

Irreconcilable and best left alone.

[...]

Daily Herald.

Best left alone. For it the Reforms are not likely to be sufficiently extreme. It is likely to say so and to that extent to be helpful in dealing with extremists at the other end of the line.

[...]

¹⁷⁴⁶ An dieser Stelle werden nur die Zeitungen und Journalisten aufgeführt, die in der Arbeit verwandt wurden.

B.B.C. Our relations with the B.B.C. News Department are good so that arrangements for satisfactory news bulletins can be left to the Information Officer. Talks have already been under discussion. The use of Mr. Vernon Bartlett on the wireless can also be left to the Information Officer.

[...]

INDIVIDUAL JOURNALISTS

H. Sidebotham. The most powerful individual journalist not holding Editor's rank. Hitherto has not dealt directly with India, but might, and in his parliamentary allusions has tended to reaction. Altogether suspicious of official views. A fellow member of the Reform or Lord Lothian might convince him. Mr. Dawson of the Times, if willing, might be able to do something with him as his first London Editor.

J.T. Gwynn. The Chief Advisor of the Manchester Guardian on Indian policy. A sane progressist with individualistic views on certain aspects. The Secretary of State might see him again despite the non-too-happy sequel of the last occasion.

S.K. Ratcliffe. Sound on Reform. Has connections with the New Statesman and the monthlies and the B.B.C. Does invaluable work for us as a lecturer in U.S.A. But probably needs no more attention than that already given him by the Information Officer.

J.T. Garratt. Like Mr. Gwynn, ex I.C.S. Labour writer whose chief market is the Manchester Guardian. Also a sane progressist and influenced to some extent by his brother-in-law Mr.

Benthall. But suffering from a grievance, real or imaginary, that the Political Department of the Government of India stultified an arrangement which he had come to with the Gaekwar. This grievance might be sorted out by Mr. Patrick. Otherwise he can be left to the Information Officer.

Edward J. Thompson. The most brilliant but also the most erratic of the four Indian journalists. He is a progressist. Like Mr. Garrat has a grievance, in this case the appointment of Sir Geoffrey Corbett to the Oxford Readership in Indian History. But a mercurial person he may have forgotten this by now. Can be left to the Information Officer.

(The last three men are apt to appear in print anywhere in this country or U.S.A. – hence their importance.)

PROVINCIAL PRESS

[...]

Manchester Guardian. On such occasion Mr. J.T. Gwynn, the Chief Indian Advisor is likely to be summoned from Ireland to direct. Mr. Gwynn has already been referred to.

[...]

This analysis, which includes all the greater newspapers and groups shows that potentially the Government are in a favourable position in relation to Reforms and press opinion. Labour and Liberal opinion in relation to Reforms is already committed to advance and likely to be critical only if the advance be not regarded sufficiently great; Conservative opinion, with one or two notable popular exceptions, is also already committed to advance, but invariably with cautious reservations. If the Safeguards prove at all reasonable, apart from the irreconcilable newspapers referred

to, a Press united in favour of the Reforms in principle may be anticipated, the only differences being as to the degree of advance.

Flugblatt zur Gründung der UBI, 19. Mai 1933

[RAB F73/248]

UNION of BRITAIN and INDIA

**NEW ORGANISATION to COMBAT ATTACKS
on the WHITE PAPER**

With the aim of combating ill-informed propaganda on Indian affairs and of supporting the general policy of reform represented by the Government White Paper, a new organisation is being formed under the title "Union of Britain and India". The founders of the Association are for the most part men who have recently lived and worked in India, and who are primarily concerned with the realities of the situation there.

The Acting Chairman is Sir John Thompson, K.C.S.I., K.C.I.E., and among those associated with him are Mr. Edward Villiers, Sir Alfred Watson and Lord Brabourne, M.C. Offices have been taken at Caxton House (East), Westminster, S.W. 1, and communications should be addressed there to the Secretary, Mr. Owen Tweedy.

(Sir John Thompson was Chief Commissioner of Delhi from 1928 to 1932; Mr. Edward Villiers was President of the European Association until March 1933; and Sir Alfred Watson has just retired from the editorship of the "Statesman", Calcutta.)

The object of the Union is to further the Government's programme of constitutional advance while insisting on the maintenance of adequate safeguards which alone will make such advance practical and possible. Its further purpose is to spread knowledge of the Indian situation by the provision of literature and speakers, and it will welcome support in its work from those who hold that the retention within the Empire of a willing India must continue to be the true objective of British policy.

19th May, 1933.

Mitgliederliste der *Union of Britain and India*, erste Hälfte 1934
[Thompson Papers F 137/51]

U. B. I.

(Union of Britain and India)

WHO ARE THOSE WHO SUPPORT THE PRINCIPLES of the WHITE PAPER ?

1. The National Government
2. The men who govern India today:-
The Viceroy and his Executive Council.
The Provincial Governors and their Governments.
3. The Associated Chambers of Commerce in India.
4. The European Association of India.
5. The men who know best at home.

WHO ARE “THE MEN WHO KNOW BEST AT HOME“?

Those who have governed India **SINCE** the introduction of the Montagu-Chelmsford Reforms - in other words, since partial self-government was given its first real trial in India.

IN THIS CLASS THE U.B.I. OUTNUMBERS ANY OTHER ORGANIZATION BY 10 to 1 and includes

26 Governors and Members of Executive Councils.

ALL THESE MEN SUPPORT THE BROAD PRINCIPLES of the WHITE PAPER.

TRUST THEM

Read the enclosed List.

Mr. BALDWIN said of our previous one:-

“I challenge anyone to produce a comparable list in respect of a different opinion.“

Vorstandssitzung der *Union of Britain and India*, 20. Juni 1935

[IOR/Eur/F. 137/51]

Sir John Thompson

The time has now come for the Union of Britain and India to retire from the field of active politics, and the object of today's meeting is to enable the Executive to give you a summary of the work that has been done [...]

We have been in existence for just over two years. We came into existence in circumstances which were unique, and the Union of Britain and India itself has been a unique organisation.

Circumstances were unique in that the National Government, the most powerful Government in modern times, suddenly found itself deprived of the services of the Party organisation on which it had hitherto relied for its propaganda. The Opposition were already in the field. They were able to employ almost their full strength from the first, and it seemed for a time that with their ablest exponents serving on the Joint Select Committee, there was a serious risk of the Government's case going by default.

It was at this stage that the Union of Britain and India began to assert itself. [...]

In the first place we belonged to no Party. Our object was merely to educate, and we felt certain that if the public could be made to understand the facts about India and the nature of the proposals, good-will and support would be forthcoming.

Secondly, we were a body composed almost entirely of men with recent first-hand knowledge of India, and it was not very long before we had among our supporters enough ex-governors and ex-members of Council to fill all the governorships and all the seats in the Council that are held by Europeans at the present time, as well as several distinguished soldiers with recent Indian experience. Apart from the element of ex-officials, we had among us some of the most distinguished journalists who have ever served the joint interests of India and Britain and some of the most outstanding leaders of non-official European opinion in the Indian business world.

Thirdly, we were independent. We have a general support to the policy of the Government, and in particular to its three-fold basis; but held ourselves free to criticise, and we have criticised, and I like to think that our criticisms have helped to improve the proposals as they originally appeared in the White Paper. [...]

The Bulletin has had an astounding success. Not long ago an experienced journalist said that it had constituted an entirely new departure in political journalism. [...]

Of the value of what the Union of Britain and India has done, it is perhaps difficult for members of the Executive to speak, but it will, I am sure, interest every one here if I repeat a remark which was made to me the other day by Sir Samuel Hoare himself. He told me that he felt that the success of the Government's policy in regard to India has been due to the work of the Union of Britain and India to the extent of 85%. There can have been very few periods in the political history of England when such a remark would have been made by a Minister of the Crown in regard to a private organisation such as ours.

Anmeldeformular der India Defence League, 1939

[MS.Eng.hist.c 610/133]

Aims and Objects

To supply accurate information in regard to all matters affecting the welfare of the Indian Empire, in order: -

1. To secure for the peoples of British India, without distinction of race, creed or caste, orderly progression towards self-government; the improvement of their well-being; the uplift and protection of the peasantry, artisans and industrial workers and of the minority and backward communities of whom over ninety per cent are illiterate and are, in addition, incapable of protecting their own interests under any elective system.
2. To ensure the fulfilment of British obligations to India, and the faithful observance of the Treaties which link the Indian States to the Crown.
3. To insist on safety for all in India. An efficient Army for danger from without. Efficient police and land forces for dangers from within. Efficient independent Law Courts. The suppression of anarchical movements.
4. To protect British and Empire trade interests in India and the furtherance of British and Empire trade with India.
5. To protect the Services, whether manned by Indians or British.
6. To support the Governor-General and the Governors.
7. TO ENSURE THE RETENTION OF INDIA WITHIN THE EMPIRE, thus to promote the 'welfare and advancement of the Indian peoples' for which the British Parliament has declared itself responsible.

In view of the recent complication in India it is most essential that this Society should remain in existence.

[written by hand]

8. To support Great Britain in the event of a war, which is equally injurious to the interests of India.

Abkürzungsverzeichnis

<i>British Broadcasting Corporation</i>	BBC
<i>Communist Party of Great Britain</i>	CPGB
<i>Cotton Trade League</i>	CTL
<i>East India Company</i>	EIC
<i>Government of India</i>	GOI
<i>Government of India Act</i>	GIA
<i>Home Office</i>	HO
<i>India Defense Committee</i>	IDC
<i>India Defense League</i>	IDL
<i>India Office</i>	IO
<i>Indian Civil Service</i>	ICS
<i>Indian Empire Society</i>	IES
<i>Indian National Congress</i>	INC
<i>Indo-British Association</i>	IBA
<i>Interim Government</i>	IG
<i>Joint Select Committee</i>	JSC
<i>Manchester Chamber of Commerce</i>	MCC
<i>Member of Parliament</i>	MP
<i>Ministry of Information</i>	MI
<i>Muslim Leagues</i>	ML
<i>Round Table Conference</i>	RTC
<i>Secretary of States for India</i>	SSI
<i>Transfer of Power</i>	TOP
<i>Union of Britain and India</i>	UBI

Literaturverzeichnis

Abkürzungen der Zeitschriftentitel

<i>Albion Quarterly</i>	<i>AQ</i>
<i>American Journal of Sociology</i>	<i>AJS</i>
<i>Army Quarterly and Defence Journal</i>	<i>AQDJ</i>
<i>Art History</i>	<i>AH</i>
<i>Asian Affairs</i>	<i>AA</i>
<i>Australian Journal of Politics and History</i>	<i>AJPH</i>
<i>Bulletin of the Institute of Historical Research</i>	<i>BIHR</i>
<i>Canadian Journal of History</i>	<i>CJH</i>
<i>Contemporary British History</i>	<i>CBH</i>
<i>Contemporary Record</i>	<i>CR</i>
<i>Diplomacy & Statecraft</i>	<i>DS</i>
<i>Economic History Review</i>	<i>EHR</i>
<i>Ethnic and Racial Studies</i>	<i>ERS</i>
<i>French Historical Studies</i>	<i>FHS</i>
<i>Geschichte und Gesellschaft</i>	<i>GG</i>
<i>Historical Journal</i>	<i>HJ</i>
<i>Historical Journal of Film, Radio and Television</i>	<i>HJFRT</i>
<i>Historische Zeitschrift</i>	<i>HZ</i>
<i>History of Political Economy</i>	<i>HPE</i>
<i>History Today</i>	<i>HT</i>
<i>India Quarterly</i>	<i>IQ</i>
<i>Indian Economic and Social History Review</i>	<i>IESHR</i>
<i>Indo British Review</i>	<i>IBR</i>
<i>International Affairs</i>	<i>IA</i>
<i>International History Review</i>	<i>IHR</i>
<i>International Journal</i>	<i>IJ</i>
<i>Journal of Asian History</i>	<i>JAH</i>
<i>Journal of British Studies</i>	<i>JBS</i>
<i>Journal of Colonialism and Colonial History</i>	<i>JCCH</i>

<i>Journal of Commonwealth and Comparative Politics</i>	JCCP
<i>Journal of Contemporary History</i>	JCH
<i>Journal of Economic Development and Cultural Change</i>	JEDCC
<i>Journal of Economic History</i>	JEH
<i>Journal of European Economic History</i>	JEEH
<i>Journal of Global History</i>	JGH
<i>Journal of Historical Geography</i>	JHG
<i>Journal of Historical Sociology</i>	JHS
<i>Journal of Imperial and Commonwealth History</i>	JICH
<i>Journal of Indian History</i>	JIH
<i>Journal of Strategic Studies</i>	JSS
<i>Journal of the Pakistan Historical Society</i>	JPHS
<i>Journal of the Research Society of Pakistan</i>	JRSP
<i>Journal of the Royal Asiatic Society of Great Britain and Ireland</i>	JRASGI
<i>Labour History Review</i>	LHR
<i>Media History</i>	MH
<i>Middle Eastern Studies</i>	MES
<i>Modern Asian Studies</i>	MAS
<i>Modern History Review</i>	MHR
<i>Northern History</i>	NH
<i>Pacific Affairs</i>	PA
<i>Pacific Historical Review</i>	PHR
<i>Paedagogica Historica</i>	PH
<i>Parliamentary History</i>	PIH
<i>Quarterly Review of Historical Studies</i>	QRHS
<i>Renaissance and Modern Studies</i>	RMS
<i>Round Table</i>	RT
<i>South Asia</i>	SA
<i>Twentieth Century British History</i>	TCBH

Quellen

- Alexander, Horace*, India since Cripps, London 1944.
- , Congress Rule in India. A Study in Social Reform, London 1938.
- Amery, Leopold C.*, India and Freedom, Bombay 1943.
- Anstey, Vera*, The Economic Development of India, London 1929.
- Archibold, William J.*, Outlines of Indian Constitutional History, London 1973 (first published 1926).
- Baillie, Adrian and others*, India from a Backbench, London 1934.
- Bainbridge, Olivier*, The Truth about Britain in India, London 1911.
- Baltersbury, H.F.P.*, India Under Royal Eyes, London 1906.
- Barnes, John & Nicholson, David* (eds.), Empire at Bay: The Leo Amery Diaries 1929-1945, London 1988.
- Barton, William*, India's Fateful Hour, London 1942.
- Bernays, Robert H.*, "Naked Fakir". A Diary of my Reactions to the Indian Scene and the Chief Characters upon its Stage, London 1931.
- Besant, Annie*, England and India. An Address Delivered at South Place Chapel, Finsbury on October 5th, 1902, Harrogate 1903.
- , From within the Iron Ring, London 1918.
- , The Case for India, London 1918.
- , Why India Wants Home Rule, Edinburgh 1919.
- , The Problem of Indian Self-Government, London 1919.
- , Wounded to Death, Adyar 1919.
- , Responsibility of the Press, Madras 1920.
- , Our Secretary of State, Madras 1924.
- , Self-Determination and Self-Government, Madras 1924.
- Blunt, Edward A.H.*, The I.C.S., the Indian Civil Service. With a Foreword by Lord Hailey, London 1937.
- Brailsford, Henry N.*, India in Chains, London 1935.
- , Subject India, London 1943.
- Browning, O.*, Impressions of India, London 1903.
- Butler, Spencer H.*, India Insistent, London 1931.
- Carstairs, Robert*, The Little World of an Indian District Officer, London 1912.
- Carhill, Al*, The Lost Dominion. The Story of England's Abdication in India, New

York 1925.

Chirol, Valentine, Indian Unrest. A Reprint, revised and enlarged, from The Times, with an Introduction by Sir Alfred Lyall, London 1910.

-- , India Old and New, London 1921.

-- , India, London 1926.

-- , India, with an Introduction by H.A.L. Fisher, London ⁴1930.

Churcher, E.J., Some Reminiscences of Three Quarters of a Century in India by a Mutiny Veteran, London 1909.

Churchill, Winston S., India, Speeches and an Introduction, London 1931.

-- , Mr. Churchill's Declaration of Policy to the Electors, London 1945.

-- , Here is the Course We Steer, London 1945.

Coatman, John, India, the Road to Self-Government, London ²1942.

Colvin, Ian D., The Life of General Dyer, Edinburgh 1929.

Cook, Chris, Sources in British History 1900-1951, Bde.. 1-6, London 1975-1978.

Cotton, Henry, Corporal Punishment in India. Whipping and Mortality in Gaols, London 1905.

-- , An Address on the Problem of India, London 1905.

-- , The Problem of India, London 1905.

Coupland, Reginald, The Cripps Mission, London 1942.

-- , Indian Politics 1936-1942, Oxford 1943.

-- , The Future of India, London 1943.

-- , India. A Re-statement, London 1945.

-- , Report on the Constitutional Problems in India Submitted to the Warden and Fellows of Nuffield College, Oxford, London 1943-45.

Cox, E.C., My 30 Years in India, London 1909.

Cumming, John, Modern India, London 1931.

-- , Political India, 1832-1932. A Cooperative Survey of a Century, London 1932.

Curtis, Lionel, Four Studies of Indian Government, Allahabad 1917.

-- , Letters to the People of India on Responsible Government, London 1918.

-- , Papers Relating to the Application of the Principle of Diarchy to the Government of India, to which are Appended the Report of the Joint Committee and the Government of India Act, 1919, with an Introduction, Oxford 1920.

Curzon, George N., British Government in India; the Story of the Viceroys and

- Government Houses, London 1925.
- , Leaves from a Viceroy's Notebook and other Pages, London 1926.
- Dangerfield, George*, Bengal Mutiny. The Story of the Sepoy Rebellion, London 1933.
- Dewar, Douglas*, Bygone Days in India, London 1922.
- Douglas, David, C.* (ed.), English Historical Documents, Bde. I-XII, London 1977.
- East India Association*, Truths about India, London 1913.
- , More Truths about India, London 1914.
- Fraser, Lovat*, India under Curzon and After, London ²1911.
- Fuller, John F.C.*, India in Revolt, London 1931.
- Fuller, Bampfylde*, Studies of Indian Life and Sentiment, London 1910.
- Garratt, Geoffrey T.*, The Legacy of India, with an Introduction by the Marquess of Zetland, Oxford 1938.
- Gibbs, P.A.H.*, India: Our Eastern Empire, London 1903.
- Grey, L.J.H.*, Tales of Our Grandfathers or India since 1856, London 1912.
- Gwynn, C.W.*, Imperial Policing, London 1934.
- Halifax, Edward F.L.W.*, Indian Problems. Speeches by Lord Irwin, London 1932.
- Hancock, William H.*, Survey of British Commonwealth Affairs, Bd. I: Problems of Nationality 1918-1936. Bd. II: Problems of Economic Policy 1918-1939, Oxford ²1964.
- Hardie, Keir*, India. Impressions and Suggestions, London 1909.
- Hartog, Lady*, India in Outlook, Cambridge 1944.
- Hewett, John*, Some Reflections on the White Paper, Southend-on-Sea 1932.
- Hinden, Rita*, Fabian, Colonial Essays, London 1945.
- , The Labour Party and the Colonies, London 1946.
- Hoare, Samuel*, Nine Troubled Years, London 1954.
- Horne, Eric A.*, The Political System of British India, with Special Reference to the Recent Constitutional Changes, Oxford 1922.
- Horniman, B.G.*, The Agony of Amritsar, London 1920.
- Huntingdon, Lord*, Commonsense about India, London 1942.
- Hyam, Ronald* (ed.), The Labour Government and the End of Empire 1945-1951, Bde. I-IV, London 1992.
- Hyndman, H.M.*, The Unrest in India, London 1907.
- Indo-British Association*, Indian Constitutional Reform, London 1919.
- , The Political Situation in India, London 1919.

- James, Robert R. (ed.),* Winston S. Churchill: His complete speeches, 1897-1963, New York, 1974.
- Jones, Morgan,* Wither India?, London 1935.
- Keary, C.F.,* India: Impressions, London 1903.
- Keith, Arthur B.,* A Constitutional Innovation, London 1920.
- , Letter on Imperial Relations. Indian Reform, Constitutional and International Law, 1916-1935, London 1935.
- , Selected Speeches and Documents on British Colonial Policy 1763-1917, Oxford 1961.
- , Selected Speeches and Documents on British Colonial Policy 1918-1931, Oxford 1961.
- Kennion, R.L.,* Diversions of an Indian Political London 1932.
- Lajpat, Raj L.,* The Political Future of India, New York 1921.
- Lansbury, George,* Labour's Way with the Commonwealth, London 1935.
- Lawrence, W.R.,* The India We Served with an Introductory Letter by Rudyard Kipling, London 1928.
- Lee-Warner, Williams,* The Native States of India, London 1910.
- Lester, Muriel,* Entertaining Gandhi, London 1932.
- Lilly, W.S.,* India and its Problems, London 1902.
- Lovett, Verney,* The Importance of a Clear Understanding of Britain's Work in India, Oxford 1920.
- , A History of the Indian Nationalist Movement, London ³1921.
- MacDonald, Ramsay,* The Awakening of India, London 1910.
- Madden, Frederick & Darwin, John (eds.),* The Dominions and India since 1900. Select Documents on the Constitutional History of the British Empire and Commonwealth, Bd. VI, London 1993.
- Mansergh, Nicholas & Moon, Penderel (eds.),* Constitutional Relations between Britain and India: The Transfer of Power 1942-1947, Bde. I-XII, London 1978-82.
- , (ed.), Documents and Speeches on British Commonwealth Affairs 1931-1952, Bd. I und II, Oxford 1953.
- Mayhew, A.E.,* Mother India. By Those who Know her Better than Miss K. Mayo, Liverpool 1929.
- Minto, Mary C.,* India, Minto and Morley, 1905-1910. Compiled from the

- Correspondence between the Viceroy and the Secretary of State. With Extracts from her Indian Journal, London 1934.
- Montagu, Edwin S.*, India and the Land: A Paper Read before the Liberal Colonial Club, Thursday, 19th February, 1914.
- , An Indian Diary, London 1930.
- Montagu, Venetia* (ed.), Montagu, Edwin S.. An Indian Diary, London 1930.
- Moon, Penderel* (ed.), Wavell, the Viceroy's Journal, London 1973.
- Morley, John*, Indian Speeches, 1907-1909, London 1909.
- Nichols, Beverly*, Verdict on India, London 1943.
- O'Dwyer, Michael*, India as I Knew it, 1885-1925, London 1925.
- , Dominion-Status for India, London 1929.
- , A Sound Constitution for India: An Alternative to the White Paper, London 1934.
- Pethik-Lawrence, Frederick*, Indian Problems, London 1927.
- Pillai, Purushottama*, Economic Conditions in India, London 1928.
- Ratcliffe, Samuel K.*, What the Simon Report Means, London 1930.
- Reed, Stanley*, Royal Tour in India. A Record of the Tour of T.R.H. the Prince of Wales and the Princess of Wales in India and Burma, from November 1905 to March 1906, Bombay 1906.
- , India: The New Phase, London 1928.
- , The India I Knew, 1897-1947, London 1952.
- Ridley, George*, India, Bombay 1942.
- Rinder, W.G.*, India, A Danger or a Safeguard?, London 1926.
- Russel, H.W.H.*, With the Prince of Wales in the East: a Record of the Royal Visit to India and Japan, London ²1922.
- Schiff, Leonard M.*, The Present Condition of India. A Study in Social Relationships, London 1939.
- Schuster, George*, India and Democracy, London 1942.
- Seton, Malcom*, The India Office, London 1926.
- Simon, John*, Indian Statutory Commission. Report. Presented to Parliament by Command of his Majesty, May 1930, London 1930.
- , Comments and Criticism, London 1930.
- , Two Broadcast Talks on India, London 1930.
- Smith, R.B. & Stockwell A.J.* (eds.), British Policy and the Transfer of Power in Asia:

- Documentary Perspectives, London 1988.
- Smith, Vincent A.*, Indian Constitutional Reform Viewed in the Light of History, London 1919.
- Smith, William R.*, Nationalism and Reform in India, Port Washington 1973.
- Snow, Edgar*, People on Our Side, New York 1944.
- Sorenson, R.W.*, My Impression of India, London 1947.
- Spender, John A.*, The Changing East, London 1926.
- Stoddart, Theodore L.*, The New World of Islam, London ²1922.
- Strachey, John*, India: Its Administration and Progress, London ⁴1911.
- Stuart, Charles*, The Reith Diaries, London 1975.
- Sydenham, Lord*, The Interests of India. Minutes of Proceedings, London 1917.
- Teland, Lawrence, J.L.D.*, The Heart of Aryavarta. A Study of the Psychology of Indian Unrest, London 1925.
- The Daily Mail*, The Daily Mail Blue Book on the Indian Crisis, London 1935.
- Thompson, Edward J.*, The Reconstruction of India, London 1930.
- , A Letter from India, London 1932.
- , India: The White Paper, London 1933.
- , Rise and Fulfilment of British Rule in India, London 1934.
- Times*, The Times, London India and the Durbar. A Reprint of the Indian Articles in the 'Empire Day' edition of the Times, May 24, 1911, London 1911.
- Trevelyan, Ernest J.*, India and the War, Oxford 1914.
- Turnbull, H.D.G.*, India (BBC Talks), London 1929.
- Underwood, Alfred C.*, Contemporary Thought of India, London 1930.
- Whitehead, Henry*, Indian Problems in Religion, Education, Politics, London 1924.
- Whyte, Frederick*, India. A Bird's Eye View, Oxford 1942.
- Younghusband, Francis E.*, Dawn in India. British Purpose and Indian Aspiration, London 1930.
- Zetland, Lawrence*, India, A Bird's-Eye View, London ²1931.
- , India: Retrospect and Prospect, Nottingham 1935.
- Zimmern, Alfred*, India Analysed, London 1933.

Privatsammlungen

Baldwin Papers (University Library, Cambridge)
Butler Papers (Trinity College Library, Cambridge)
Chelmsford Papers (India Office Library, London)
Churchill Papers (Churchill Archives Centre, Churchill College, Cambridge)
Croft Papers (Churchill Archives Centre, Churchill College, Cambridge)
Curzon Papers (India Office Library, London)
Dawson Papers (Times Archives, London/Bodleian Library, Oxford)
Gwynne Papers (Bodleian Library, Oxford)
Hirtzel Tagebücher (India Office Library, London)
Hoare Papers (India Office Library, London)
Linlithgow Papers (India Office Library, London)
MacDonald Papers (Public Record Office, London)
Montagu Papers (India Office Library, London)
Morley Paper (India Office Library, London)
Pethick-Lawrence Papers (India Office Library, London)
Reading Papers (India Office Library, London)
Sankey Papers (Bodleian Library, Oxford)
Simon Papers (Bodleian Library, Oxford)
Stuart Papers (Bodleian Library, Oxford)
Thompson Papers (India Office Library, London)
Thesinger Papers (India Office Library, London)
Wood Papers (India Office Library, London)
Zetland Papers (India Office Library, London)

Autobiographien und Biographien

- Ahmed, Akbar S.*, Jinnah, Pakistan and Islamic Identity, The Search for Saladin, London 1997.
- Birkenhead, Frederick W.F. Smith*, Halifax. The Life of Lord Halifax, Boston 1966.
- Blake, Robert/Louis, William R.*, Churchill, Oxford 1993.
- Brittain, Vera*, Pethick-Lawrence. A Portrait, London 1963.
- Burke, S.M./Quraishi, Salim AL-Din*, Quaid-I-Azam Mohammad Ali Jinnah. His Personality and His Politics, Oxford 1997.
- Butler, Richard A.*, The Art of the Possible. The Memoirs of Lord Butler, London 1971.
- Chandra, Yogesh*, Rediscovering Gandhi, London 1997.
- Chisholm, Annie & Davie, Michael*, Beaverbrook. A Life, London 1992.
- Charmley, John*, Churchill: The End of Glory, London 1993.
- Dutton, David, Simon*. A Political Biography of Sir John Simon, London 1992.
- Fritzingler, Linda*, Diplomat without Portfolio: Valentine Chirol. His Life and Times, London, 2006.
- Glendevon, John H.*, The Viceroy at Bay: Lord Linlithgow in India, 1936-1943, London 1971.
- Gilbert, Martin*, Servant of India, London 1966.
- , Churchill. A Life, London 1991.
- Gilmor, David*, Curzon, Imperial Statesman, London 1994.
- Hamer, David A.*, John Morley: Liberal Intellectual in Politics, Oxford 1968.
- Harris, Kenneth*, Attlee, London²1983.
- Howard, Anthony, RAB*. The Life of R.A. Butler, London 1987.
- Jenkins, Roy*, Baldwin, London 1987.
- James, Robert Rhodes*, Anthony Eden, London 1986.
- Lavin, Deborah*, From Empire to International Commonwealth. A Biography of Lionel Curtis, Oxford 1995.
- Lee, Francis*, Fabianism and Colonialism. The Life and Political Thought of Lord Sydney Olivier, London 1988.
- Marquand, David*, Ramsay MacDonald, London 1977.
- Middlemas, Keith/Barnes, John*, Baldwin, Weidenfeld 1969.
- Simon, John*, Autobiography: Retrospect, London 1952.

Wolpert, Stanley A., *Jinnah of Pakistan: A Life*, New York 1984.

-- , *Nehru*, Oxford 1996.

Ziegler, Philip, *Mountbatten: The Official Biography*, London 1985.

-- , *King Edward VIII.*, Stroud 2001.

Referenzwerke

- Astey, Sidney* (ed.), *British Foreign Policy. A Guide to Research and Research Materials*, Wilmington 1984.
- Battacherji, S.B.*, *Encyclopaedia of Indian Events and Dates*, Neu-Delhi ³1996.
- Bence-Jones, Marc*, *The Viceroy of India*, New York 1984.
- Butler, Rohan* u.a. (eds.), *Documents on British Policy Overseas, Series I: Bde. I-VII*, London 1984-1995.
- Foster, Janet/Sheppard, Julia* (eds.), *British Archives. A Guide to Archive Resources in the United Kingdom*, Bristol ²1989.
- Griffiths, Dennis* (ed.), *Encyclopaedia of the British Press, 1422-1992*, Basingstoke 1992.
- Hazlehurst, Cameron*, *A Guide to the Papers of British Cabinet Ministers, 1900-1951*, London 1974.
- HMSO*, *Government Publications*, London 1973.
- India Office Library*, *Catalogue of the Home Miscellaneous Series of the India Office Records* by Samuel C. Hill, London HMSO 1927.
- , *A Guide to the Indian Office Records* by S.C. Sutton, London 1967.
- , *Newsletter*, 4, 1975.
- , *Catalogue of the Newspaper Collection in the India Office Library*, London 1977.
- , *A Brief Guide to Bibliographical Sources*, London 1979.
- , *A General Guide to the India Office Records*, London 1988.
- Kurian, George T.*, *Historical and Cultural Dictionary of India*, Metuchen 1976.
- Lancaster, Joan*, *The India Office Records*, London 1970.
- Lewin, Evans*, *Subject Catalogue of the Library of the Royal Empire Society, Bd. 4*, London 1967.
- Moir, Martin*, *A General Guide to the India Office Records*, London 1988.
- Parshotam, Mehra*, *A Dictionary of Modern Indian History, 1707-1947*, Neu-Delhi 1985.
- Public Record Office*, *Documents on Microfilm*, London 1970.
- Sharma, Jagdish S.*, *Encyclopaedia Indica*, Neu-Delhi ²1981.

Sekundärliteratur

- Abid, Massarat*, From Cabinet Mission Plan to the Statement of 20th February 1947, *JRSP* 26 (2), 1989, 1-24.
- Adams, R.J.Q.*, Andrew Bonar Law and the Fall of the Asquith Coalition: The December 1916 Cabinet Crisis, *CJH* 32, 1997, 185-200.
- Ahmed, Mesabahuddin*, Indian Political Developments and the British Labour Party, 1919-1924. Some Reflections, *JIH* 60, 1982, 161-72.
- , The British Parliament Labour Party Stand on India, 1932-1935, *JIH* 62 (1-3), 1984, 227-46.
- , The Indian Statutory Commission and British Labour Politics, 1927-1930, *IBR* 12 (1), 1985, 79-91.
- , The First Labour Government and the Problems of India, *IBR* 12 (2), 1986, 40-4.
- , The British Labour Party and the Indian Independence Movement, 1917-1939, Neu-Delhi 1987.
- Ahuja, Ravi*, The Bridge-Builders: Some Notes on Railways, Pilgrimage and the British Civilizing Mission in Colonial India, in H. Fischer-Tiné & M. Mann (eds.), *Colonialism as Civilizing Mission: Cultural Ideology in British India*, London 2004.
- Akram, Waleed*, Jinnah and Cabinet Mission Plan 1946, (Al-Khair University, Bhimber, ohne Jahr), 6., zugänglich unter https://www.academia.edu/2146058/Jinnah_and_cabinet_Mission_Plan
- Albertini, Rudolf von*, Das Ende des Empire: Bemerkungen zur Britischen Dekolonisation, *HZ* 249 (3), 1989, 583-617.
- Alexander, H.M.L.*, Discarding the "Steel Frame": Changing Images among Indian Civil Servants in the Early Twentieth Century, *SA* 5 (2), 1982, 1-12.
- Ansari, K.H.*, Pan-Islam and the Making of Early Indian Muslim Socialists, *MAS* 20 (3), 1986, 509-37.
- Appleyard, Dennis R.*, The Terms of Trade between the United Kingdom and British India, 1858-1947, *JEDCC* 54 (3) 2006, 635-654.
- Arora, Keshava C.*, Indian Nationalist Movement in Britain, 1930-1949, Neu-Delhi 1992.

- Aziz, Khurshed K.*, Britain and Muslim India. A Study of British Public Opinion vis-à-vis the Development of Muslim Nationalism in India, 1857-1947, London 1963.
- Bagshi, S.R.*, Simon Commission: A Case Study of its Appointment, *JIH* 50 (149), 1972, 561-72.
- Baines, Malcolm*, The Liberal Party and 1945 General Election, *CR* 9 (1), 1995, 48-61.
- Bakshi, S.R.*, Simon Commission and Political Awakening in India, *JIH* 52 (2/3), 1974, 437-56.
- Balan Chandran, G.*, Imperialism: The Auditor's Report, *IESHR* 27 (2), 1990, 229-43.
-- , Gold and Empire: Britain and India in the Great Depression, *JEEH* 29 (2), 1991, 239-70.
- Barker, R.S.*, Civil Service Attitudes and the Economic Planning of the Attlee Government, *JCH* 21 (3), 1986, 473-86.
- Barnett, Corelli*, The Collapse of British Power, London 1972.
- Bayly, Christopher A.*, The Raj: India and the British, 1600-1947, London 1990.
-- , Empire and Information: Intelligence Gathering and Social Communication in India, 1780-1870, Cambridge 1996.
- Beckert, Sven*, King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus. 2. Auflage, München, 2015.
- Behn, Mira (Madeleine Slade)*, The Spirit's Pilgrimage, London 1960.
- Beloff, Max*, Britain's Liberal Empire 1897-1921, London 1969.
- Bernstein, George*, Sir Henry Campbell-Bannerman and the Liberal Imperialists, *JBS* 23 (1), 1983, 105-124.
- Blom, Philip*, The Vertigo Years: Change and Culture in the West, 1900–1914, London 2008.
- Blythe, Robert*, The Age of Illusion: England in the Twenties and Thirties, 1919–1940, London, 1963.
- Bogardus, Emory S.*, The Making of Public Opinion, New York 1951.
- Bond, Brian*, British Military Policy between the Two World Wars, Oxford 1980.
- Booker, M. Keith*, Colonial Power Colonial Texts. India in the Modern British Novel, Ann Arbor 1997.
- Bosco, Andrea*, The Round Table Movement and the Fall of the 'Second' British Empire (1909-1919), Cambridge 2017.

- Bourdieu, Pierre*, Public Opinion Does Not Exist, in A. Mattelart & S. Siegelau (eds.), *Communication and Class Struggle*, New York 1979.
- Boyd, Kelly*, Exemplars and Ingrates: Imperialism and the Boys' Story paper, 1880-1930, *HR* 67 (163), 1994, 143-55.
- Brandt, Peter et al.*, (eds.), *Symbolische Macht und inszenierte Staatlichkeit. „Verfassungskultur“ als Element der Verfassungsgeschichte*, Bonn, 2005.
- Brasted, Howard & Bridge, Carl*, The British Labour Party and Indian Nationalism, 1907-1947, *SA* 11 (2), 1988, 69-99.
- , Labour and Transfer of Power in India: A Case for Reappraisal, *IBR* 14 (2), 1988, 70-90.
- , The British Labour Party "Nabobs" and Indian Reform, *JICH* 17 (3), 1989, 396-412.
- Bridge, Carl*, Churchill, Hoare, Derby, and the Committee of Privileges, April to June 1934, *HJ* 22 (1), 1979, 215-227.
- , The Impact of India on British High Politics in the 1930's. The Limits of Cowlingism, *SA* 5 (2), 1982, 13-23.
- , Holding India to the Empire: the British Conservative Party and the 1935 Constitution, London 1986.
- , Churchill and Indian Political Reform: The Diehards and the 1935 Act, *IB* 13 (2), 1987, 26-30.
- , Britain and India since 1942, Blackwell 1995.
- Brivati, Brian & Jones, Harriet* (eds.), *What Difference Did the War Make?*, Leicester 1990.
- Broke, Stephan*, The Labour Party and the 1945 Election, *CR* 9(1), 1995, 1-21.
- Burke, S.M. & Quraishi, Salim Al-Din*, *The British Raj in India: A Historical Review*, Oxford 1996.
- Cain, Peter J. & Hopkins, Anthony G.*, *British Imperialism: Crisis and Deconstruction, 1914-1990*, London 1993.
- Cain, Peter, J.*, Capitalism, Aristocracy and Empire: Some 'Classical' Theories of Imperialism Revisited, *JICH* 35 (1), 2007, 25-47.
- Callaghan, John*, Common Wealth and the Communist Party and the 1945 General Election, *CR* 9 (1), 1995, 62-79.
- Cannadine, David*, *The Decline and Fall of the British Aristocracy*, London ³1999.
- , *Ornamentalism. How the British Saw their Empire*, Oxford 2001.

- Chakravarty, Suhash*, *The Raj Syndrome: A Study in Imperial Perceptions*, Neu-Delhi 1989.
- Chandavarkar, R.* *Strangers in the Land: India and the British since the Late Nineteenth Century*, in C. Bayly (ed.), *The Raj: India and the British, 1600-1947*, London.
- Chatterji, Basudev*, *The Abolition of the Cotton Excise in 1925: A Study in Imperial Priorities*, *IESHR* 17 (4), 1980, 355-80.
- , *The Political Economy of Textiles in the 1920's*, *IESHR* 20 (3), 1983, 239-76.
- , *Trade, Tariffs and Empire: Lancashire and British Policy in India, 1919-1939*, Oxford 1992.
- Clarke, Peter*, *The Last Thousand Days of the British Empire. Churchill, Roosevelt and the Birth of Pax Americana*, New York 2008.
- Cherry, Deborah*, *Statues in the Square: Hauntings at the Heart of Empire*, *AH* 29 (4), 2006, 660–698.
- Clayton, Anthony*, *The British Empire as a Superpower, 1919-1939*, London 1986.
- Clymer, Kenton*, *Quest for Freedom: The United States and India's Independence*, Columbia 1995.
- Cody, Donald K.*, *British Attitudes towards India: A Selection of Documents*, New York 1970.
- Cohen, Gidon*, *The Independent Labour Party, Disaffiliation, Revolution and Standing Orders*, Oxford 2001.
- Connelly, Mark*, *The British People, the Press and the Strategic Air Campaign against Germany, 1939–45*, *CBH* 16 (2), 2002, 39-58.
- Copland, Ian*, *Lord Mountbatten and the Integration of the Indian States: A Reappraisal*, *JICH* 21 (2), 1993, 385-408.
- , *The Princes of India in the Endgame of Empire, 1917-1947*, Cambridge 1997.
- Crane, Robert*, *U.S.-India Relations: The Early Phase, 1941-1945*, *AA* 15 (4), 1988-89, 189-93.
- Cronin, James E.*, *The Politics of State Expansion. War, State and Society in Twentieth-Century Britain*, London 1991.
- Croft, Stuart*, *The End of Super-Power: British Foreign Office Conceptions of a Changing World, 1945-51*, Aldershot 1994.

- Crofts, S.W.*, The Attlee Government's Economic Information Propaganda, *JCH* 21 (3), 1986, 453-71.
- Curram, James* (ed.), *The British Press. A Manifesto*, London 1978.
- Dalrymple, William*, *The Last Mughal. The Fall of a Dynasty*. Delhi 1857, London 2006.
- Dalton, Dennis*, *Mahatma Gandhi. Nonviolent Power in Action*, New York 1993.
- Darwin, John*, Imperialism in Decline? Tendencies in British Imperial Policy between the Wars, *HJ* 23 (3), 1980, 657-79.
- , *The End of the British Empire. The Historical Debate*, Oxford 1991.
- Das, Manmath N.*, *India under Morley and Minto. Politics behind Revolution, Repression and Reforms*, London 1964.
- Datta, V.N.*, The Attlee Government and the Partition of India. A Review Article, *IQ* 41 (3-4), 1985, 401-11.
- Dauids, John S.*, *The Times, London and its Influence on British Public Opinion and Government Policy towards India (April 1926 - November 1929)*, Oxford 1966.
- Dawson, Robert MacGregor*, *The Development of Dominion-Status, 1900-1936*, London 21965.
- de Sola Pool, Ithiel & Frey F. u.a.*, *Handbook of Communication*, Chicago 1973.
- Dewey, John*, *The Public and its Problems*, Athens 1954.
- Dignan, Don*, *The Indian Revolutionary Problem in British Diplomacy, 1914-1919*, Bombay 1984.
- Dockrill, John* (ed.), *British Foreign Policy 1945 - 1956*, Hampshire 1989.
- Domin, Dolores*, Aspects of India's Position within the British Empire, 1832-1917, *QRHS* 15 (2), 1975-76, 63-73.
- Draper, Alfred*, *Amritsar: The Massacre that Ended the Raj*, London, 1981.
- , *Echoes of War. The Amritsar Massacre. Twilight of the Raj*, London 41993.
- Durante, Ruben & Zhuravskaya, Ekaterina*, Attack When the World is Not Watching? International Media and the Israeli-Palestinian Conflict, *Social Science Research Network*, 2, 2015, 1-55.
- Edwards, Michael*, *High Noon of Empire. India under Curzon*, London 1965.
- Eley, Geoff*, Beneath the Skin. Or: How to Forget about the Empire without Really Trying, *JCCH* 3:1, 2002, 1-17.
- English, Jim*, Empire Day in Britain, 1904-1958, *HJ* 49 (1), 2006, 247-76.

- Ewen, Stuart*, PR! A Social History of Spin, New York 1996.
- Ewing, Ann*, The Indian Civil Service 1919-1924: Service and the Response to London and in Delhi, *MAS* 18 (1), 1984, 33-53.
- Fair, John*, Labour's Rise and the Liberal Demise: A Quantitative Perspective on the Great Debate, 1906-1918, *AQ* 34 (1), 2002, 58-73.
- Faubion, James D.* (ed.), *Aesthetics: Method and Epistemology*, New York 1998.
- , *Power*, New York 2000.
- Fay, Peter Ward*, *The Forgotten Army: India's Armed Struggle for Independence, 1942-1945*, University of Michigan Press 1993.
- Ferguson, Niall*, *Empire. The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power*, London 2002.
- Fischer-Tiné, Harald & Mann, Michael* (eds.), *Colonialism as Civilizing Mission: Cultural Ideology in British India*, London 2004.
- Fleming, Neil C.*, The Press, Empire and Historical Time, *MH*, 16:2, 2010, 183-198.
- Foreman-Peck, James/Millward, Robert*, *Public and Private Ownership of British Industry, 1820-1990*, Oxford 1994.
- Foucault, Michel*, *The Order of Things*, New York 1970.
- , *The Archaeology of Knowledge and the Discourse on Language*, New York 1972.
- , *Discipline and Punishment*, New York 1977
- , *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt 1991.
- Frangopulo, Nicholas J.* (ed.), *Rich Inheritance. A Guide to the History of Manchester*, Manchester 1964.
- French, Patrick*, *Liberty or Death, India's Journey to Independence and Partition*, London 1997.
- Frenz, Margret*, A Race of Monsters: South India and the British Civilizing mission in the Later Eighteenth Century, in H. Fischer-Tiné & M. Mann (eds.), *Colonialism as Civilizing Mission: Cultural Ideology in British India*, London 2004.
- Friedberg, Aaron L.*, *The Weary Titan. Britain and the Experience of Relative Decline, 1895-1905*, Princeton 1988.
- Furieux, Robert*, *Massacre at Amritsar*, London 1963.

- Gallagher, John*, The Imperialism of Free Trade, *EHR*, XIV, 1953, 1-15.
- , Nationalism and the Crisis of Empire, 1919-1922, *MAS* 15 (3), 1981, 355-58.
- , Britain and India between the Wars, *MAS* 15 (3), 1981, 387-414.
- Gerald, James E.*, The British Press under Government Economic Controls, Minneapolis 1956.
- Gibbons, Ivan*, The Irish Policy of the First Labour Government, *LHR* 72 (2), 2007, 169-84.
- Gill, Sadiq A.*, Anglo-American Diplomacy and the Political Deadlock over India, *JRSP* 26 (3), 1989, 1-21.
- Glasser, Theodore L. & Salmon, Charles*, Public Opinion and the Communication of Consent, London 1995.
- Glendevon, John H.*, The Viceroy at Bay: Lord Linlithgow in India, 1936-1943, London 1971.
- , Gandhi and Linlithgow: A Critical Commentary, *IBR* 11 (1), 1984, 15-27.
- Glynn, Carroll J. u.a.*, Public Opinion, Oxford 1999.
- Glynn, Irial*, 'An Untouchable in the Presence of Brahmins'. Lord Wavell's Disastrous Relationship with Whitehall During His Time as Viceroy to India, 1943-7, *MAS* 41 (3), 2007, 639-63.
- Golant, William*, Imperialism in India, *History*, 66 (216), 1981, 61-8.
- Gopal, Sarvepalli*, All Souls and India, 1921-1947, *JCIH* 27 (2), 1999, 86-106.
- Greenberger, Allen J.*, The British Image of India: a Study in the Literature of Imperialism, 1880-1960, London 1969.
- , Partition: The Legacy of the Raj, *IBR* 14 (2), 1988, 57-60.
- Habermas, Jürgen*, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962.
- , Discourse Ethics: Notes on Philosophical Justification, Cambridge 1980.
- , The Structural Transformation of the Public Sphere: An Inquiry into a Category of Bourgeois Society, Cambridge, MA 1989, 11-50.
- Hajkowski, Thomas*, The BCC, the Empire, and the Second World War, 1939-1945, *HJFRT* 22 (2), 2002, 135-55.
- Hall, Catherine*, Civilising Subjects: Metropole and Colony in English Imagination, 1830 – 1867, Cambridge 2002.
- Hampton, Mark*, The Press, Patriotism, and Public Discussion: CP Scott, The Manchester Guardian and the Boer War, 1899-1902, *HJ*, 44 (1), 177-97.

- Hannay, Alastair*, *On the Public*, London 2005.
- Hardy, Peter*, *The Muslims of British India*, Cambridge 1972.
- Harris, Jose*, *Private Lives, Public Spirit: Britain: 1870-1914*, Oxford, 1993.
- Herman, Arthur*, *Gandhi and Churchill. The Epic Rivalry that Destroyed an Empire and Forged our Age*, New York 2008.
- Hibbert, Christopher*, *The Great Mutiny. India 1857*, London 1978.
- Hill, Peter*, L.S. Amery, India and the Commonwealth 1940-42, *JIH* 57 (2-3), 1979, 315-41.
- , Towards an Indian Dominion: Lord Zetland and the Indian Constitutional Problem, 1939-1940, *JIH* 60, 1982, 199-226.
- Hirschmann, Edwin*, The Ilbert Bill Agitation: A Struggle for Public Opinion, *QRHS* 18 (1), 1978-79, 7-18.
- Hobsbawn, E.*, *The Age of Empire*, New York 1987.
- Hoffenberg, Peter*, David Cannadine and the Decline and Fall of Britain's Imperial Aristocracy, *JCCH* 3 (1), 2002, 1-14.
- Holland, R.F.*, *Britain and the Commonwealth Alliance, 1918-1939*, Cambridge 1981.
- Hollingworth, Mark/Fielding, Nick*, *Defending the Realm. Inside MI5 and the War on Terrorism*, London ³2003.
- Hoppen, K. Theodore*, *Ireland since 1800. Conflict and Conformity*, Edinburgh ²1999
- Howe, Stephen*, *Anticolonialism in British Politics. The Left and the End of Empire, 1918-1964*, Oxford 1993.
- Hubel, Teresa*, *Whose India?: The Independence Struggle in British and Indian Fiction and History*, Durham 1996.
- Hyslop, Jonathan*, The World Voyage of James Keir Hardie: Indian Nationalism, Zulu Insurgency and the British Labour Diaspora, 1907-1908, *JGH* 1, 2001, 343-62.
- Israel, Milton*, *Communications and Power: Propaganda and the Press in the Indian Freedom Struggle, 1920-1947*, Cambridge 1994.
- Jackall, Robert (ed.)*, *Propaganda*, New York 1995.
- James, Lawrence*, *The Rise and Fall of the British Empire*, London 1997.
- , Raj. The Making and Unmaking of British India, London 1997.
- Jeffery, Keith*, 'An English Barrack in the Oriental Seas?' India in the Aftermath of the First World War, *MAS* 15 (3), 1981, 369-86.
- Jeffreys, Kevin*, *The Labour Party since 1945*, London 1993.

- Johnson, Gordon*, Indian Independence: (1) Taking the Strain, (2) Cutting the Knot, *AA* 16 (3), 1985, 254-64.
- Joshi, Shash & Josh, Bhagwan*, Struggle for Hegemony in India, 1920-1947. The Colonial State, the Left and the National Movement, London 1993.
- Judd, Dennis/Slinn, Peter*, The Evolution of the Modern Commonwealth, London 1982.
- Kalpagam, U*, Colonial Governmentality and Public Sphere in India, *JHS* 15 (1), 2002, 35-58.
- Kaminsky, Arnold P.*, The India Office, 1880-1910, London 1986.
- , Managing the News under the Raj: Communalism and Nationalism during World War II, *IBR* 15 (1), 1989, 77-84.
- Kandiah, Michael D.*, The Conservative Party and the 1945 General Election, *CR* 9 (1), 1995, 22-47.
- Karim, Muhammed E.*, Rudyard Kipling's Changing Vision of India, Madison 1970.
- Kaul, Chandrika*, England and India: The Ilbert Bill 1883: A Case Study of Metropolitan Press, *IESHR* 30 (4), 1993, 413-36.
- , A New Angle of Vision: The London Press, Governmental Information Management and the Indian Empire, 1900-1922, *CR* 8, 1994, 213-41.
- , Reporting the Raj. The British Press and India, c. 1880-1922, Manchester 2003.
- Keay, John*, The Honourable Company. A History of the English East India Company, London 1991.
- Kedonrie, Elie*, Scuttling an Empire, *Commentary* 80 (6), 1985, 45-50.
- Keith, Jeffrey*, The Eastern Arc of Empire: A Strategic View, 1850-1950, *JSS* 5 (4), 1982, 531-45.
- Kennedy, Paul*, The Realities behind Diplomacy. Background Influences on British External Policy, 1865-1980, London 1985.
- Koller, Christian*, „Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt“. Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914-1930), Stuttgart 2001.
- Krozewski, Gerold*, Finance and Empire: The Dilemma Facing Great Britain in the 1950s, *IHR* 1 1996, 48-69.

- Krull, Catherine/McKercher, B.J.C.*, The Press, Public Opinion, Arms Limitations, and Government Policy in Great Britain, 1932-1934: Some Preliminary Observations, *DS* 13 (3), 2002, 103-36.
- Kulke, Hermann & Rothermund, Dietmar*, A History of India, Florence 2016.
- Landwehr, Achim*, Historische Diskursanalyse, 2. Auflage, Frankfurt/New York 2018.
- Laping, Brian*, End of Empire, New York 1985.
- Laybourn, Keith*, The Labour Party, 1881-1951, New Hampshire 1988.
- Lester, Alan*, Colonial and Postcolonial Geographies, *JHG* 29 (2), 2003, 277-88.
- Lilly, David*, Imperial Consensus: The English Press and India, 1919-1935, Baton Rouge 2012.
- Lippmann, Walter*, Public Opinion, New York 1929.
- , Essays in the Public Philosophy, Boston 1955.
- Listowel, Lord*, Further Reflections on the Transfer of Power, *IBR* 11 (1), 1984, 46-57.
- Louis, William R.*, Imperialism at Bay. The United States and the Decolonisation of the British Empire, 1941-1945, Oxford 1978.
- , In the Name of God, Go!: Leo Amery and the British Empire in the Age of Churchill, New York 1992.
- , The Imperialism of Decolonisation, *JICH* 22, 1994, 462-511.
- , (ed.), The Oxford History of the British Empire, IV The Twentieth Century, Oxford 1999.
- Low, Donald A.* (ed.), Congress and the Raj. Facets of the Indian Struggle, 1917-1947, London 1977.
- , The Mediator's Moment: Sir Tej Bahadur Sapru and the Antecedents to the Cripps Mission, *Journal of Imperial and Commonwealth History* 12 (2), 1984, 145-64.
- , Britain in India: The Final Weeks, *RT* 293, 1985, 76-87.
- , Britain and Indian Nationalism. The Imprint of Ambiguity, 1929-1942, Cambridge 1997.
- Mackay, Robert*, 'An Abominable Precedent': the BBC's Ban on Pacifists in the Second World War, *CBH* 20 (4), 2006, 491-510.
- MacKenzie, John M.*, Propaganda and Empire, Manchester 1986.
- , (ed.), Imperialism and Popular Culture, Manchester 1986.
- Maddrell, Avril M.C.*, Empire, Emigration and School Geography: Changing Discourses of Imperial Citizenship, 1880-1925, *JHG* 22 (4), 1996, 373-87.

- Mann, Michael*, Torchbearers upon the Path of Progress: Britain's Ideology of a Moral and Material Progress in India, in H. Fischer-Tiné & M. Mann (eds.), *Colonialism as Civilizing Mission: Cultural Ideology in British India*, London 2004.
- , *Geschichte Indiens. Vom 18. bis zum 21. Jahrhundert*, Paderborn 2005.
- , *Pomp and Circumstance in Delhi, 1877 – 1937 oder: Die hohle Krone des British Raj*, in P. Brandt, et al., (eds.), *Symbolische Macht und inszenierte Staatlichkeit. „Verfassungskultur“ als Element der Verfassungsgeschichte*, Bonn, 2005, 101-134.
- , *Wiring the Nation: Telecommunication, Newspaper-Reportage, and Nation Building in British India, 1850-1930*, Oxford 2017.
- Marquis, Alice G.*, Written on the Wind: The Impact of Radio during the 1930's, *JCH* 19 (3), 1984, 385-415.
- Mason, Robert*, The Making of a Viceroy, *HT* 32, 1982, 11-15.
- Mattelart, A./Siegelaub, S.* (eds.), *Communication and Class Struggle*, New York 1979.
- McCombs, Maxwell, Danielian, Lucig & Wanta, Wayne*, Issues in the News and the Public Agenda: The Agenda-Setting Tradition, in T.L. Glasser & C.T. Salmon (eds.), *Public Opinion and the Communication of Power*, London 1995.
- McLeod, Jack, Pan, Zhongdang & Rucinski, Dianne*, Levels of Analysis in Public Opinion Research, in T.L. Glasser & C.T. Salmon (eds.), *Public Opinion and the Communication of Power*, London 1995.
- Menon, Vappala Pangunni*, *The Transfer of Power in India*, Princeton 1957.
- Metcalf, Thomas R.*, *Ideologies of the Raj*, Cambridge 1994.
- Miller, J.D.B.*, The End of Bombast and Pessimism? *JCH* 15 (1), 1980, 53-65.
- Mommsen, Wolfgang* (ed.), *Das Ende der Kolonialreiche: Dekolonisation und die Politik der Großmächte*, Frankfurt a.M. 1990.
- Moore, Robin J.*, *Liberalism and Indian Politics, 1872-1922*, London 1966.
- , *The Crisis of Indian Unity, 1917-1940*, Oxford 1974.
- , *Churchill, Cripps and India*, Oxford 1979.
- , *Mountbatten, India and the Commonwealth*, *JCCP* 19 (1), 1981, 5-43.
- , *Towards Partition and Independence India*, *JCCP* 20 (2), 1982, 189-99.
- , *Escape from Empire: The Attlee Government and the Indian Problem*, New York 1983.

- , The Mountbatten Viceroyalty. A Review Article, *JCCP* 22 (2), 1984, 204-15.
 - , The British Labour Party and the Indian Independence Movement, Neu-Delhi 1987.
 - , Making the New Commonwealth, Oxford 1987.
 - , Endgames of Empire: Studies of Britain's Indian Problem, Oxford 1989.
 - , Curzon and Indian Reform, *MAS* 27, 1993, 719-40.
 - , India in the 1940s, in R.W. Winks (ed.), The Oxford History of the British Empire, V, Historiography, Oxford 1999.
- Morris-Jones, W.H.*, Thirty-Six Years Later: The Mixed Legacy of Mountbatten's Transfer of Power, *IA* 59 (4), 1983, 621-28.
- Muldoon, Andrew*, 'An unholy row in Lancashire': The Textile Lobby, Conservative Politics and Indian Policy, 1931-1935, *TCBH* 14 (2), 93-111.
- Murray, Bruce K.*, The Politics of the 'People's Budget', *HJ* 16 (3), 1973, 555-70.
- Nanda, Bal Ram*, Nehru and the British. *Modern Asian Studies* 30 (2), 1990, 469-79.
- Nathan, Benjamin*, Habermas's „public sphere“ in the Era of the French Revolution, *FHS* 16, 1990, 620 – 644.
- Nicholson, Virginia*, Singled Out. How Two Million Women Survived Without Men after the First World War, Oxford 2007.
- Noelle-Neumann, Elisabeth*, Das doppelte Meinungsklima: Der Einfluss des Fernsehens im Wahlkampf 1976, *Politische Vierteljahresschrift* 18, 1977, 408-51.
- , Elisabeth, Public Opinion and Rationality, in T.L. Glasser & C.T. Salmon (eds.), Public Opinion and the Communication of Power, London 1995.
- Nünning, Ansgar*, Literaturwissenschaftliche Theorien, Modelle und Methoden. Eine Einführung, Trier 1995.
- Oakley, Gillian*, The People's Budget in the North and Squire Thelluson of Brodsworth Hall, *NH* 42 (2), 2005, 329-47.
- Oddie, G.*, Some British Attitudes towards Reform and Repression in India, 1917-1920, *AJPH* 19 (2), 1973, 224-40.
- Osterhammel, Jürgen*, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2011.
- Overy, Richard*, The Twilight Years: The Paradox of Britain Between the Wars, Oxford 2009.

- Owen, Nicholas, "More than a Transfer of Power": Independence Day Ceremonies in India, 15th August 1947, *Contemporary Record* 6 (3), 1992, 415-51.
- , Critics of Empire in Britain, in W. R. Louis, *The Oxford History of the British Empire*, IV, *The Twentieth Century*, Oxford 1999.
- , The Conservative Party and Indian Independence, 1945-1947, *HJ* 46 (2), 2003, 403-36.
- , MacDonald's Parties: The Labour Party and the "Aristocratic Embrace", 1922-31, *TCBH* 18 (1), 2007, 1-53.
- Palmowski, Jan, Auf der Suche nach der neuen Mitte: Die britische Liberale Partei 1914–1931, *GG* 29, 2003, 40-65.
- Parry, Benita, *Delusions and Discoveries, Studies on India in the British Imagination: 1880-1930*, London 1972.
- Patel, Harbans, Indian Political Deadlock and British Diplomacy, *IBR* 11 (2), 1985 62-71.
- Philips, Cyril H./Wainright, Mary D., *The Partition of India. Policies and Perspectives, 1935 - 1947*, London 1970.
- Ponting, Clive, *Secrecy in Britain*, London 1990.
- Popplewell, Richard, *Intelligence and Imperial Defence: British Intelligence and the Defence of the Indian Empire, 1904-1924*, London 1995.
- Porter, A.N./Stockwell, A.J., *British Imperial Policy and Decolonization*, Bd. II: 1951-64, London 1989.
- Potter, Simon, Webs, Networks, and Systems: Globalization and the Mass Media in the Nineteenth- and Twentieth-Century British Empire, *JBS* 46 (3), 2007, 621-46.
- Pratt, Tim & Vernon, James, 'Appeal from this fiery bed ...': The Colonial Politics of Gandhi's Fasts and their Metropolitan Reception, *JBS* 44, 2005, 92-114.
- Pressnell, E.S., 1925: The Burden of Sterling, *EHR* 31 (1), 1978, 67-88.
- Price, Vincent, *Public Opinion*, London 1992.
- Pugh, Martin, 'Class traitors': Conservative Recruits to Labour, 1900-30, *HER* 113, 1998, 38-64.
- , The Rise of Labour and the Political Culture of Conservatism, 1890-1945, *History* 87 (288), 2002, 514-37.
- , Lancashire, Cotton, and Indian Reform: Conservative Controversies in the 1930s, *TCBH* 15 (2), 2004, 143-51.

- , The General Strike, *HT* 56 (5), 2006, 7-12.
- Quinault, Roland*, Asquith's Liberalism, *History* 77 (249), 1992, 33-49.
- Qureshi, M. Naeem*, The Indian Khilafat Movement, 1918-1924, *JAH* 12 (2), 1978, 152-68.
- Rabinow, Paul* (ed.), *The Foucault Reader*, New York 1984.
- , *Ethics: Subjectivity and Truth*, New York 1997.
- Rahman, Matiur*, *From Consultation to Confrontation. A Study of the Muslim League in British Politics, 1906-1912*, London 1970.
- Read, Anthony/Fisher, David*, *The Proudest Day. India's Long Road to Independence*, London 1997.
- Read, Donald*, Reuters: News Agency of the British Empire, *CR* 8, 1994, 195-212.
- Reynolds, David*, *Britannia Overruled*, London 1991.
- Richards, Thomas*, *The Imperial Archive. Knowledge and Fantasy of Empire*, London 1993.
- Rizvi, Gower*, The Congress Revolt of 1942: A Historical Revision, *IBR* 11 (1), 1984, 28-45.
- Robb, Peter G.*, *The Government of India and Reform. Policies towards Politics and the Constitution, 1916-1921*, London 1976.
- Robbins, Keith*, *The Eclipse of a Great Power. Modern Britain 1870-1990*, London 2¹⁹⁹⁴.
- Roberts, Matthew*, Popular Conservatism in Britain, 1832-1914, *PIH* 26, 2007, 387-410.
- Robinson, Ronald*, Imperial Theory and the Question of Imperialism after Empire, *JICH* 12, 1983, 42-54.
- Rooth, Tim*, The Political Economy of Protectionism in Britain, 1919-1932, *JEEH* 21 (1), 1992, 47-98.
- Rothermund, Dietmar*, British Foreign Trade Policy in India during the Great Depression, 1929-1939, *IESHR* 18 (3-4), 1981, 349-76.
- Row, E.A.*, Broadcasting and the 1929 General Election, *RMS* 12, 1968, 108-19.
- Rumbold, Algernon*, *Watershed in India, 1914-1922*, London 1979.
- Said, Edward*, *Orientalism*, London 1978.
- Sayer, Dereck*, British Reaction to the Amritsar Massacre, 1919-1920, *PP* 131, 1991, 130-64.
- Schmidt-Liebig, Jochen*, *Daten der Englischen Geschichte*, München 1977.

- Schoenbach, Klaus & Becker, Lee*, Origins and Consequences of Mediated Public Opinion, in T.L. Glasser & C.T. Salmon (eds.), *Public Opinion and the Communication of Power*, London 1995.
- Seymore-Ure, Colin*, *The Press, Politics and the Public: An Essay on the Role of the National Press in the British Political System*, London 1968.
- , *The British Press and Broadcasting since 1945*, Oxford 1991.
- , Who Owns the National Press, *CR* 8, 1994, 259-73.
- Shamsuddin M.*, The Foundation of Pakistan and the British Press, *JPHS* 37 (1), 1989, 49-57.
- Sharp, Alan*, Adapting to a New World? British Foreign Policy in the 1920s. *CBH* 18 (3), 2004, 74-86.
- Silverman, Julius*, The India League in the Freedom Movement, *IBR* 16 (2), 1989, 47-55.
- Singh, Anita I.*, Decolonisation in India: The Statement of 20th February 1947, *IHR* 6 (2), 1984, 191-209.
- , A British Achievement? Independence and Partition of India, *MHR* 2 (2), 1990 2, 28-33.
- Singh, Meharvan*, *Contemporary Impressions upon the Indian Independence Movement and Punjabi Suba Struggle*, Singapur 1992.
- Singh, R.P.*, The India Office and its Attitude towards Constitutional Advance at the Centre, 1921-1925, *JIH* 56 (1), 1978, 159-68.
- Small, Melvin (ed.)*, *Public Opinion and Historians. Interdisciplinary Perspectives*, Detroit 1970.
- Smith, Michael/Smith, Steve* (eds.), *British Foreign Policy. Tradition, Change and Transformation*, London 1988.
- de Sola Pool, Ithiel*, Public Opinion, in T.L. Glasser & C.T. Salmon (eds.), *Public Opinion and the Communication of Power*, London 1995.
- Spurr, David*, *The Rhetoric of Empire, Colonial Discourse in Journalism, Travel Writing and Imperial Administration*, London 1993.
- Stevenson, John*, *British Society, 1914-1945*, London 1984.
- Studdert-Kenney, Gerald*, Political Science and Political Theology: Lionel Curtis, Federalism and India, *JICH* 24 (1), 1996, 197-217.
- Taylor, David*, The Indian National Congress: A Hundredyear Perspective, *JRASGI* 2, 1987, 289-305.

- Thompson, Andrew S.*, The Language of Imperialism and the Meaning of Empire: Imperial Discourse in British Politics, 1895-1914, *JBS* 36, 1997, 147-77.
- Thompson, Lee*, Fleet Street Colossus: The Rise and Fall of Northcliffe, 1896-1922, *PLH* 25 (1), 2006, 115-38.
- Thompson, Noel*, Hobson and the Fabians: Two Roads to Socialism, *HPE* 26 (2), 1994, 203-20.
- Thorne, Christopher*, The British Cause and Indian Nationalism in 1940: An Officer's Rejection of Empire, *JICH* 10 (3), 1982, 344-59.
- Thorpe, Andrew*, A History of the British Labour Party, New York 1996.
- Tinker, Hugh*, Incident at Simla, May 1942: What the Documents Reveal: A Moment of Truth for the Historians, *JCCP* 20 (2), 1982, 200-22.
- , The Contradiction of Empire in Asia 1945-1948: The Military Dimension, *JICH* 16 (2), 1988, 218-39.
- Tomlinson, Brian R.*, India and the British Empire, 1880-1935, *IESHR* 12 (4), 1975, 337-80.
- , The Indian National Congress and the Raj, 1929-1942. The Penultimate Phase, London 1976.
- , India and the British Empire, 1935-1947, *IESHR* 13 (3), 1976, 331-52.
- , The Political Economy of the Raj, 1914-1947, London 1979.
- , Colonial Firms and the Decline of Colonialism in Eastern India, 1914-47, *MAS* 15 (3), 1981, 455-86.
- , The Contraction of England: National Decline and Loss of Empire, *JICH* 11 (1), 1982, 58-72.
- , The Political Economy of the Raj: The Decline of Colonialism, *JEH* 42 (1), 1982, 133-37.
- , Indo-British Relations in the Post-Colonial Era: The Sterling Balances Negotiations, 1947-49, *JICH* 13 (3), 1985, 142-62.
- , The Economy of Modern India, 1860-1970, Cambridge 1993.
- Tomlinson, Jim*, The Attlee Government and the Balance of Payments, 1945-1951, *TCBH* 2 (1), 1991, 47-66.
- Tunzelmann, Alex von*, Indian Summer. The Secret History of the End of Empire, New York 2007.
- Vagdama, Kusoom*, India. British Indian Campaigns in Britain for Indian Reforms, Justice and Freedom, 1931-1947, London 1997.

- Veerathappa, K.*, *The British Conservative Party and Indian Independence, 1930-1947*, Neu-Delhi 1976.
- Venkataramani, M.*, *Quit India: the American Response to the 1942 Struggle*, Vikas 1979.
- Wagle, Dileep M.*, *Imperial Preference and the Indian Steel Industry, 1924-1934*, *EHR* 34 (1), 1981, 120-31.
- Wagner, Kim A.*, *Amritsar 1919. An Empire of Fear and the Making of a Massacre*, London 2019.
- Wainright, A. Martin*, *Inheritance of Empire: Britain, India and the Balance of Power in Asia, 1938-1955*, Westport 1994.
- Wasti, Razi S.*, *Lord Minto and the Indian Nationalist Movement, 1905-1910*, Oxford 1964.
- Washbrook, David*, *Orients and Occidents: Colonial Discourse Theory and the Historiography of the British Empire*, in R.W. Winks (ed.), *The Oxford History of the British Empire, V, Historiography*, Oxford 1999.
- Wiener, Joel H.* (ed.), *Great Britain: Foreign Policy and Span of Empire, 1689-1971. A Documentary History*, Bde. I-IV, London 1972.
- , (ed.), *Great Britain: the Lion at Home. A Documentary History of Domestic Policy, 1689-1973*, New York 1974.
- Wildly, Tom*, *British Television and Official Film, 1946-1951*, *HJFRT* 8 (2), 1988, 195-202.
- Williamson, Philip*, *Party First and India Second. The Appointment of the Viceroy of India in 1930*, *BIHR* 56 (133), 1983, 86-101.
- , *National Crisis and National Government. British Politics, the Economy and Empire, 1926-1932*, Cambridge 1992.
- Wilson, Jon*, *Britain's Raj and the Chaos of Empire. India Conquered*, London 2016.
- Wilson, K.M.*, *Watching "This New Power of Wireless": Correspondence between Sir J. Reith of the BBC and H.A. Gwynne of the Morning Post, 1936-1937*, *HJFRT* 4 (2), 1984, 205-11.
- Winks, Robin W.* (ed.), *The Oxford History of the British Empire, V Historiography*, Oxford 1999.
- Witherell, Larry*, *Sir Henry Page Croft and Conservative Backbench Campaigns for Empire, 1903-1932*, *PIH* 25 (3), 2006, 357-81.
- Wolpert, Stanley A.*, *Morley and India, 1906-1910*, Berkeley 1967.

Wood, John R., Dividing the Jewel: Mountbatten and the Transfer of Power to India and Pakistan: Review Article, *PA* 58 (4), 1985/86, 653-62.

Zaidi, A. Moin, Evolution of Political Thought in India, Neu-Delhi 1975.

Zweiniger-Bargielowska, Ina, Rationing, Austerity and the Conservative Party Recovery after 1945, *HJ* 37 (1), 1994, 173-97.